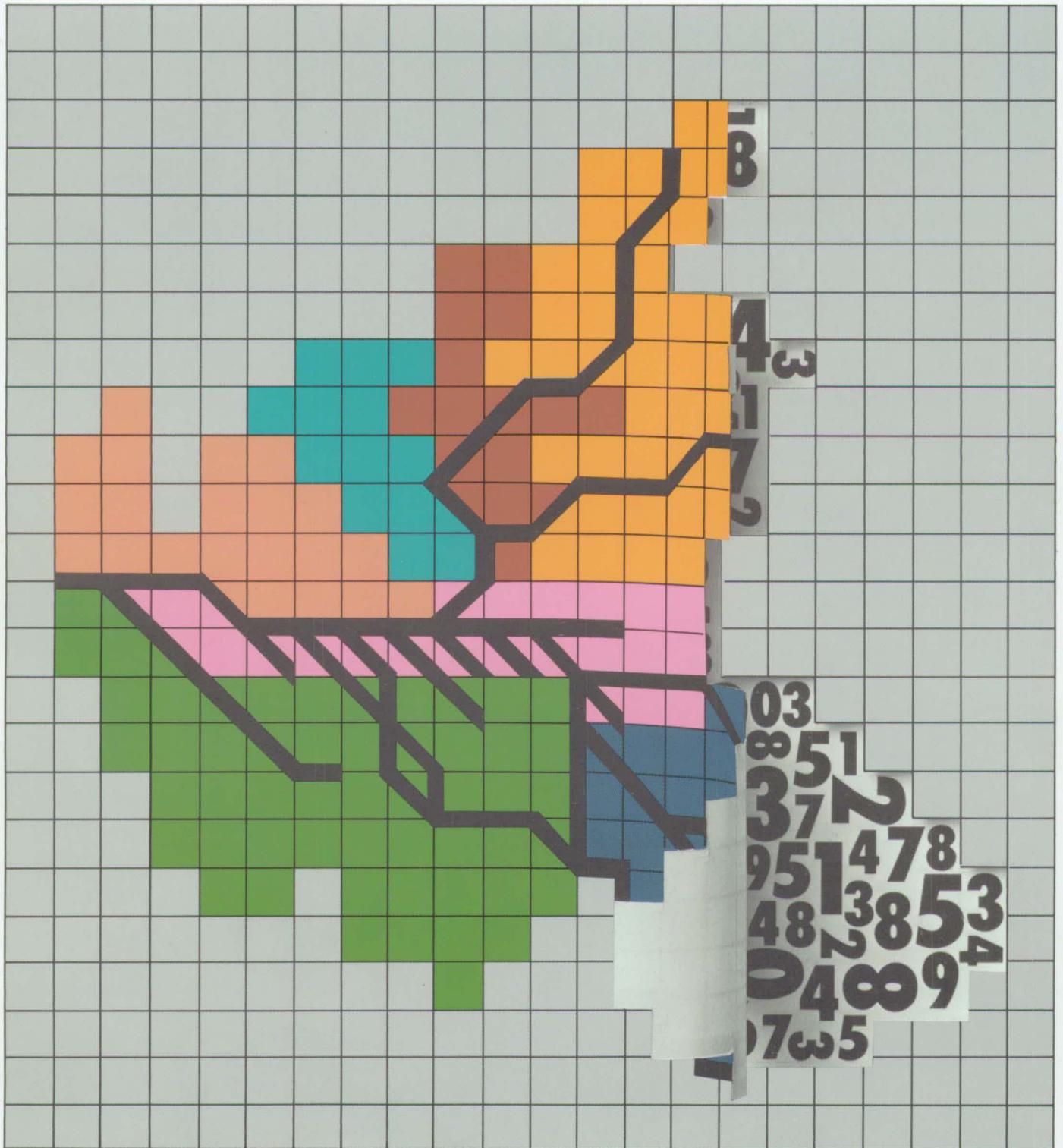


Hamburg in Zahlen

1991 **7**



18

43

7

03

851

372

951478

483853

04009

0735

4

Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Felddbesetzung gemindert sein kann
- ≐ = entspricht
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

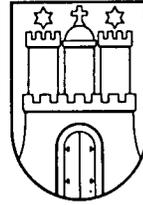
- MD = Monatsdurchschnitt
- Vj = Vierteljahr
- Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.
Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Impressum

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721
Telefax: (040) 3681-1700
Btx: * 36 502 #
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka
Einzelpreis: DM 4,-
Jahresabonnement: DM 40,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1
ISSN 0017-6877

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamtes
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 7.1991

In eigener Sache

○ Auswahlplan 214

*

Statistik aktuell

○ Überdurchschnittliches

Wirtschaftswachstum 1990 214

○ Mehr Investitionen

im Baugewerbe 214

○ Sieben Millionen Sack

Kaffee eingeführt 214

*

Schaubild des Monats

○ Bevölkerungsveränderung

in den Hamburger Stadt-

teilen zwischen dem

25. Mai 1987 und dem

31. Dezember 1989 215

*

100 Jahre Statistisches Jahr- buch Deutscher Gemeinden

Demographische Indikatoren

zum Großstädtevergleich 216

*

Literaturhinweis

Bericht 1990 zur demo-

graphischen Lage:

Trends in beiden Teilen

Deutschlands und Ausländer

in der Bundesrepublik

Deutschland 224

*

Baugewerbe 1990 226

*

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

○ Strukturzahlen über die ausländi-

sche Bevölkerung aus der Volks-

zählung 1987 232

*

Das interessiert in Hamburg

○ Diagramme 236

○ Hamburg heute und gestern 236

○ Neue Schriften 236

○ In Kürze 237

○ Der Draht zum StaLa 237

*

Hamburger Zahlenspiegel 238

Hamburg im

großräumlichen Vergleich 244

Hamburg im Städtevergleich 246

Das statistische Stichwort

Auswahlplan

Der Begriff Auswahlplan stammt aus der Stichprobenpraxis. Man versteht darunter eine Reihe von Vorschriften, nach denen eine Stichprobe aus der interessierenden Grundgesamtheit gezogen werden soll. Die Gestaltung eines Auswahlplans hängt von vielen Einflußgrößen ab, unter anderem von den Kosten sowie der verfügbaren Zeit.

Für das Ziehen der Stichprobe können verschiedene Auswahlverfahren angewandt werden. Es ist zu unterscheiden zwischen auf dem Zufallsprinzip beruhenden Auswahlverfahren und solchen, die nicht auf dem Zufallsprinzip aufbauen. Zufallsauswahlen haben den Vorteil, daß bei der Auswahl keine subjektiven Entscheidungen getroffen werden müssen und sich die Güte der Ergebnisse nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung ermitteln läßt. Aus diesem Grunde beruhen die Repräsentativerhebungen der amtlichen Statistik überwiegend auf Zufallsstichproben.

Um eine Zufallsauswahl durchführen zu können, ist eine Auswahlgrundlage, das heißt ein Verzeichnis aller Einheiten der Grundgesamtheit erforderlich. Die Einheiten der Auswahlgrundlage, die dem Auswahlvorgang zugrundegelegt werden, nennt man Auswahlseinheiten. Unter den zufälligen Verfahren ist die **einfache Zufallsauswahl** am bekanntesten. Als Modellfall kann die Lotterziehung gelten: Eine Urne ist mit Losen für alle Auswahlseinheiten gefüllt, und nach Durchmischen wird jeweils ein Los blind gezogen. In der Praxis wird fast immer die Auswahl ohne Zurücklegen angewandt. Für die einfache Zufallsauswahl muß nur der Stichprobenumfang oder äquivalent dazu der Auswahlanteil, das heißt der Anteil des Stichprobenumfangs am Umfang der Grundgesamtheit, festgelegt werden. Eine Vereinfachung der Auswahltechnik stellt die **systematische Auswahl** dar: Bei einem angestrebten Auswahlanteil von zum Beispiel fünf Prozent wird systematisch jede 20. Auswahlseinheit gezogen. Der Kehrwert des Auswahlanteils (das „Schrittmaß“) – in diesem Fall 20 – ist der Auswahlabstand. Der Beginn der systematischen Auswahl muß durch eine Zufallszahl – hier eine Zufallszahl zwischen 1 und 20 – festgelegt werden.

Als Kompromiß zwischen der einfachen Zufallsauswahl und der systematischen Auswahl kommt oft ein Verfahren zur Anwendung, bei dem die Auswahlseinheiten zu Zonen gleichen Umfangs zusammengefaßt werden, aus denen dann jeweils eine Auswahlseinheit zufällig entnommen wird.

Nachdruck (gekürzt) aus:
Statistisches Bundesamt:
„Methoden-Verfahren-Entwicklungen...“,
Ausgabe 2/90

Statistik aktuell

Überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum 1990

Nach neuesten Berechnungen betrug das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg 1990 nominal 110,2 Milliarden DM. Bei Ausschaltung der Preiseinflüsse errechnet sich daraus ein reales Wirtschaftswachstum von 5,2 Prozent gegenüber 1989. Wie schon 1989 lag auch 1990 die wirtschaftliche Entwicklung deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 4,7 Prozent.

Unter den „alten“ Bundesländern konnte Hamburg 1990 einen der Spitzenplätze einnehmen und wurde nur durch Berlin(West) mit 5,7 Prozent, von Bayern mit 5,4 und Schleswig-Holstein mit 5,3 Prozent übertroffen.

Das Verarbeitende Gewerbe war 1990 mit gut einem Drittel am Wirtschaftswachstum beteiligt. Allerdings beruhte hier der Zuwachs auf günstigen Umsatzentwicklungen in einigen wenigen Branchen, während die Mehrzahl der Hamburger Branchen des Verarbeitenden Gewerbes unterdurchschnittliche, zum Teil sogar negative Umsatzentwicklungen zu verzeichnen hatten. Wachstumsbranchen waren die Mineralölverarbeitung, der Maschinenbau und die Elektrotechnik. Die sonstigen Dienstleistungen waren 1990 ebenfalls mit einem knappen Drittel am Wachstum beteiligt. Aufgrund des Abbaus der innerdeutschen Grenzen konnte sich 1990 auch der Handel in die Wachstumsbranchen einreihen; sein Beitrag lag mit einem Anteil von 16 Prozent am Wirtschaftsaufschwung weit über dem der Vorjahre.

Hans Badur

Mehr Investitionen im Baugewerbe

Die allgemeinen Besserungstendenzen in der Hamburger Bauwirtschaft spiegelten sich schon 1989 in einer gestiegenen Investitionstätigkeit wider. So investierten im Bilanzjahr 1989 die in der Hansestadt ansässigen Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten rund 94 Millionen DM; dieses sind knapp 28 Prozent mehr als 1988. Insgesamt wurden bei einem Umsatz von 1,9 Milliarden DM im Jahr 1989 im Durchschnitt fünf Prozent des Umsatzerlöses für Investitionsvorhaben eingesetzt (im Vorjahr vier Prozent). Die Anschaffungen von Ausrüstungsgütern – zum Beispiel Baumaschinen, Geräten, Betriebs- und Baustellenausstattungen – haben gegenüber dem Vorjahr um 27 Prozent zugenommen. Damit betrug der Mitteleinsatz für Ausrüstungsinvestitionen 85 Millionen DM, was einem Anteil von 91 Prozent der gesamten Investitionen des Bauhauptgewerbes ent-

spricht. Die Aufwendungen für Grundstücke und Bauten (Lager- und Verwaltungsgebäude) beliefen sich auf acht Millionen DM und lagen um 42 Prozent über dem Niveau von 1988.

Auch bei den Firmen des Ausbaugewerbes mit zehn und mehr tätigen Personen war die Investitionssumme 1989 mit 37 Millionen DM beträchtlich höher als im Vorjahr (plus 23 Prozent). Bei einem Umsatz von zwei Milliarden DM wurden 1,8 Prozent für Investitionsvorhaben angelegt (1988: 1,6 Prozent). Diese im Vergleich zum Bauhauptgewerbe niedrigere Investitionsquote ist dadurch zu erklären, daß in vielen Unternehmen des Ausbaugewerbes die Einsatzmöglichkeiten für große und entsprechend aufwendige Baugeräte begrenzt sind.

Ingrid Asmus

Sieben Millionen Sack Kaffee eingeführt

1990 wurden 408 000 Tonnen Kaffee (knapp sieben Millionen Sack á 60 Kilogramm) über den Hamburger Hafen in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Diese Menge, die Hamburg wieder zum wichtigsten deutschen Kaffee-Importhafen werden ließ, stellt alle bisherigen Einfuhresultate in den Schatten. Gegenüber dem Vorjahr konnte eine Steigerung um 27 Prozent registriert werden.

Dem mengenmäßigen Zuwachs stand 1990 bei den Werten allerdings ein Rückgang auf 1,27 Milliarden DM gegenüber; im Vergleich zu 1989 war bei den im Hamburger Hafen umgeschlagenen Kaffee-Importen ein wertmäßiges Minus von über 20 Prozent zu verzeichnen.

Der durchschnittliche Einfuhrpreis je Tonne fiel von knapp 5000 DM im Jahr 1989 auf 3100 DM im vergangenen Jahr. Ursache für den rapiden Preisverfall war das Scheitern der Verhandlungen der Internationalen Kaffee-Organisation Mitte 1989, wodurch das System der festen Exportquoten der Erzeugerländer zusammenbrach und der Kaffeemarkt – einer der wichtigsten Warenmärkte der Welt – freigegeben wurde. Der Konsument konnte sich freuen, sank doch der Verbraucherpreis auf den niedrigsten Stand seit der Währungsreform 1948.

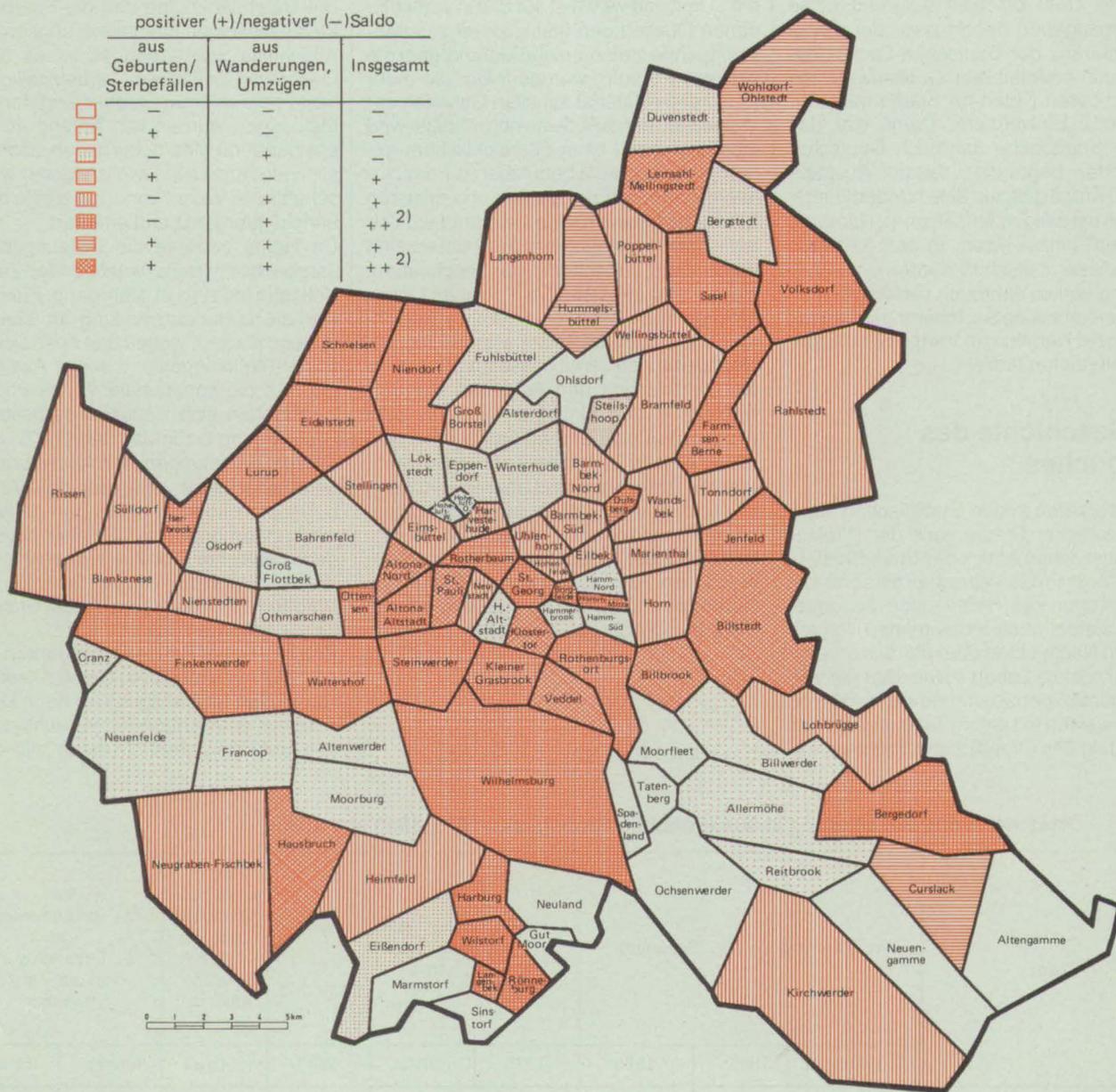
Unter den Erzeugerländern, aus denen 1990 Kaffee in Hamburg angelandet wurde, nahm Kolumbien die Spitzenposition ein. 111 000 Tonnen wurden von dort eingeführt, mehr als ein Viertel des gesamten Kaffeimports über Hamburg. Auf den folgenden Plätzen rangierten Kenia (37 000 Tonnen), Papua-Neuguinea (32 000 Tonnen) und – der Welt größter Kaffeeproduzent – Brasilien (31 000 Tonnen). Indonesien, Tansania und El Salvador hoben sich mit Mengen von jeweils rund 20 000 Tonnen etwas von der Vielzahl der übrigen Länder ab, aus denen die restlichen rund 140 000 Tonnen Kaffee eingeführt wurden.

Horst Schlie

Bevölkerungsveränderung in den Hamburger Stadtteilen¹⁾ zwischen dem 25. Mai 1987 und dem 31. Dezember 1989

positiver (+)/negativer (-)Saldo

	aus Geburten/Sterbefällen	aus Wanderungen, Umzügen	Insgesamt
	-	-	-
	+	-	-
	-	+	-
	+	-	+
	-	+	+
	-	+	++ ²⁾
	+	+	+
	+	+	++ ²⁾



Um 33 450 Personen (2,1 Prozent) hat die Bevölkerung Hamburgs im Zeitraum zwischen dem Volkszählungstichtag 1987 und dem Jahresende 1989 zugenommen. Die Einwohnerzahl stieg in 64 Stadtteilen an, darunter in 33 Gebieten stärker als im städtischen Durchschnitt. Die Stadtteile mit Bevölkerungszuwachs verteilen sich über das gesamte Stadtgebiet, die beiden Stadtteile mit dem stärksten relativen Bevölkerungsanstieg liegen in der Inneren Stadt: St. Georg mit 20,4 Prozent und St. Pauli mit 19,0 Prozent. Von den 22 Stadtteilen, die einen positiven Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung aufwiesen, in denen also die Geburten die Sterbefälle überstiegen, liegen sechs in der Inneren Stadt, dazu gehören Altona-Nord, St. Pauli und Hamm-Nord. Ein positiver Saldo aus Wanderungen und innerstädtischen Umzügen wurde für 73 Stadtteile festgestellt. Solche Einwohnerverluste hatten neben wenigen Stadtteilen der Inneren Stadt insbesondere Stadtteile in ländlich geprägten Gebieten der südlichen Bezirke Bergedorf und Harburg. Das räumliche Muster der Bevölkerungsveränderung der letzten Jahre zeichnet sich durch einen deutlichen Anteil der Inneren Stadt am gesamtstädtischen Wachstum aus.

1) Wegen der geringen Einwohnerzahl wurden folgende Stadtteile mit benachbarten zusammengefaßt:
Steinwerder mit Kleiner Grasbrook, Waltershof mit Finkenwerder, Gut Moor mit Neuland und Altenwerder mit Moorburg.
2) ++: relative Bevölkerungszunahme über dem Hamburger Durchschnitt von 2,1 Prozent.

100 Jahre Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden

Demographische Indikatoren zum Großstädtevergleich

Im Jahre 1890 erschien aufgrund eines 1885 ergangenen Beschlusses der „Zweiten Konferenz der Deutschen Gemeinde-Statistiker“ erstmals ein Quellenwerk mit vergleichbaren Daten für Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern. Damit war das heutige Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden begründet, dessen Ausgabe für 1990 Anlaß gibt, auf eine hundertjährige Tradition mit einigen Aufsätzen in „Hamburg in Zahlen“ hinzuweisen. In den nächsten Heften dieser Zeitschrift werden unter Verwendung von im Jahrbuch veröffentlichten Daten verschiedene Sachthemen behandelt werden, die Hamburg in Vergleich zu anderen Großstädten stellen.

Zur Geschichte des Jahrbuches

Im Vorwort zum ersten Statistischen Jahrbuch deutscher Städte stellt der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Breslau, Dr. Neefe, der in Gemeinschaft mit zunächst acht Kollegen die Herausgabe besorgte, ein „Bedürfnis nach fortlaufenden vergleichenden Nachrichten über das wirtschaftliche und soziale Leben sowie über die verwaltungsmäßigen Zustände der größeren Städte, welche mit jedem Tage mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses tre-

ten“) fest und verweist auf das in verschiedenen Quellen und Institutionen zerstreut vorliegende umfangreiche Material über die einzelnen Städte, woraus folge: „Je mehr sich dieses Material auf allen Gebieten der Verwaltung anhäuft, desto notwendiger wird es, dasselbe in einer übersichtlichen, gedrängten und leicht benutzbaren Form zunächst in Betreff der großen und mittleren Städte für weitere Kreise zusammenzustellen“. Zweck und Ziel des Jahrbuches sind damit relativ einfach und klar beschrieben, jedoch: „So zeitgemäß ein solches Unternehmen auch erschien, so bot die Ausführung desselben doch Schwierigkeiten, da die allgemeinen Verhältnisse, insbesondere die Organisation und Aufgaben der Verwaltung in den einzelnen Städten sehr verschieden sind und es an Beziehungen fehlte, welche Einheitlichkeit bei den statistischen Aufnahmen und Übereinstimmung in der Methode der Bearbeitung herbeiführen können. Dies aber rechtfertigte gerade das Bestreben, die Ursachen, welche die Vergleichbarkeit der Tatsachen stören, zu erforschen, zu erläutern und mit der Zeit möglichst zu beseitigen“.

1) 1. Jg. 1890, S. V

Die Datensammlung und die Bearbeitung für die einzelnen thematisch abgegrenzten Abschnitte war – und so ist es bis zur Gegenwart geblieben – arbeitsteilig organisiert; die von den Städten eingeforderten Meldungen wurden von Anfang an durch spezialisierte Mitarbeiter in den städtestatistischen Ämtern in jeweils eigener wissenschaftlicher Verantwortung geprüft, notfalls berichtigt/ergänzt und erläutert.

Dr. Neefe betreute die Herausgabe des Jahrbuches mit einer wachsenden Zahl von Kollegen bis zum 21. Jahrgang. Für diesen war die Materialsammlung im Mai 1914 abgeschlossen, wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges und seiner Auswirkungen auf die kommunale Verwaltung aber verzögerten sich Redaktionsarbeiten und Drucklegung bis in das Jahr 1916. Anderweitige Belastungen der Ämter und ihrer Mitarbeiter durch kriegsbedingte Arbeiten beendeten sodann eine über ein Vierteljahrhundert bewährte aus eher privatwissenschaftlicher Initiative zustande gekommene Kooperation bei der Sammlung und Veröffentlichung vergleichender Statistiken für die größeren Städte.

Erst nach einer Pause von elf Jahren wurde es 1927 mit finanzieller Unterstützung des Deutschen Städtetages – er hatte sich bereits vor dem Kriege für Vorausbestellungen auf das Jahrbuch durch alle Städte

Tabelle 1 Ortsanwesende Bevölkerung in ausgewählten Großstädten 1875, 1880 und 1885

Stadt	Bevölkerung am 1. Dezember			Anteil der weiblichen Bevölkerung in %			Durchschnittl. jährliche Zunahme der Bevölkerung in %	Von 1000 Ortsanwesenden am 1. Dezember 1885 waren am Zählort geboren	
	1875	1880	1885	1875	1880	1885		1880/85	Männer
Berlin	966 858	1 122 330	1 315 287	49,8	51,6	52,0	3,2	202	222
Hamburg	348 447	410 127	471 427	50,8	51,4	51,5	2,8	238	271
München	193 024	230 023	261 981	50,6	52,2	52,4	2,6	176	199
Köln	135 371	144 772	161 401	50,2	51,2	51,0	2,2	257	284
Frankfurt am Main	103 136	136 819	154 513	50,7	52,9	52,9	2,4	164	184
Essen	54 790	56 944	65 064	47,3	49,3	49,4	2,7	221	226
Dortmund	57 742	66 544	78 435	47,1	48,9	48,7	3,3	222	224
Düsseldorf	80 695	95 458	115 190	49,6	50,5	50,2	3,8	236	254
Stuttgart	107 273	117 303	125 901	50,9	52,1	52,3	1,4	.	.
Bremen	102 532	112 453	118 395	51,4	52,6	52,9	1,0	264	301
Duisburg	.	41 212	47 519	.	49,1	49,0	2,8	.	.
Hannover	106 677	122 843	139 731	48,5	50,9	50,8	2,6	185	203
Nürnberg	91 018	99 519	114 891	49,6	50,9	50,9	2,9	222	252

Tabelle 2 Ortsanwesende Bevölkerung in ausgewählten Großstädten nach Geburtsjahrgruppen 1885

Stadt	Von 1000 am 1. Dezember 1885 gezählten Personen waren geboren									
	1871 - 1885		1856 - 1870		1841 - 1855		1826 - 1840		1825 und früher	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Berlin	140,7	143,7	150,2	160,8	117,3	123,5	52,3	59,5	19,5	32,1
Hamburg	157,6	159,2	131,1	144,4	116,3	113,0	54,7	59,0	24,6	38,9
München	123,7	126,1	148,9	150,4	109,3	122,7	63,4	77,0	30,2	47,5
Köln	145,4	145,9	164,4	160,8	103,0	104,5	51,5	58,7	25,5	39,9
Frankfurt am Main	136,1	136,6	146,1	184,0	113,7	118,8	52,7	58,6	22,3	31,1
Essen	201,3	197,1	132,4	130,9	105,0	90,3	52,6	52,4	15,2	22,8
Dortmund	203,0	197,8	138,2	128,3	109,8	92,9	47,4	48,3	14,5	19,8
Düsseldorf	170,5	169,9	155,7	148,5	103,7	101,7	56,3	64,2	22,4	35,7
Stuttgart	142,9	143,1	160,5	166,6	99,5	115,0	52,4	65,1	21,4	33,5
Bremen	175,2	174,9	122,6	146,6	98,7	106,2	47,2	53,2	21,3	31,8
Duisburg
Hannover	147,3	144,5	173,9	164,4	98,4	103,4	48,6	59,8	23,4	36,3
Nürnberg	149,7	149,2	160,2	152,5	99,7	108,1	52,8	71,4	27,7	49,8
Reichsgebiet	177,0	176,7	125,5	129,6	88,9	93,9	60,5	66,5	37,5	44,0

eingesetzt und dadurch geholfen, die Finanzierung des Druckes zu erleichtern – wieder möglich, eine neue Folge des Jahrbuches zu eröffnen und mit dem XXII. Jahrgang Daten hauptsächlich für das Jahr 1924 zu präsentieren. Bezüglich des zeitlichen Abstandes zwischen Berichtsjahr und Erscheinen wird im Vorwort auf die schwierigen Zeitverhältnisse sowie auf die mit dem Neuaufbau der Stoffsammlung verbundene langwierige Bearbeitung hingewiesen. Anknüpfend an die Absichten der Begründer wird der Sinn des Jahrbuches betont, der darin liegt, „daß alle neuen und neuesten Angaben, die man für sogenannte aktuelle Zwecke oft in Eile sammeln muß, erst ihren rechten Rückhalt

in dem systematischen statistischen Gefüge (finden), wie es... in einem solchen Werke dargeboten wird“²⁾.

Mit dem XXIII. Jahrgang wird das Jahrbuch 1928 amtliche Veröffentlichung des Deutschen Städtetages, seine Bearbeitung verbleibt weiterhin in den Händen des Verbandes der deutschen Städtestatistiker.

1934 wird der seit 1890 gebräuchliche Titel geändert in Statistisches Jahrbuch Deutscher **Gemeinden**. „Der Deutsche Gemeindetag, der das Werk... in Zukunft be-

2) XXII. Jg. 1927, S. III

treut, stellt dem Jahrbuch eine noch umfassendere Aufgabe. Er führt unter dem erweiterten Titel auch ein weitgreifendes Programm durch. ... Die Verantwortung für die sachliche Ausgestaltung des Jahrbuches liegt bei der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft für gemeindliche Statistik. Sie hat in dieser Aufgabe den Verband der deutschen Städtestatistiker abgelöst, der seine verdienstvolle Tätigkeit Ende vorigen Jahres beendet hat.“³⁾ Unter dem neuen Titel, in Aufbau und Sachinhalt gleichwohl außer durch Erweiterung auch auf kleinere Gemeinden und Einführung einer zusam-

3) 29. Jg. 1934, Vorwort

Tabelle 3 Natürliche Bevölkerungsbewegung in ausgewählten Großstädten 1881 bis 1887

Stadt	Heiratende				Geburten				Sterbefälle				Geburtenüberschuß			
	je 1000 Einwohner (mittlere Jahresbevölkerung)															
	1881	1883	1885	1887	1881	1883	1885	1887	1881	1883	1885	1887	1881	1883	1885	1887
Berlin	19,6	20,2	21,5	21,9	39,7	37,9	36,4	35,3	28,8	30,3	25,8	23,1	10,9	7,6	10,6	12,2
Hamburg	17,6	17,6	16,9	18,2	39,0	37,7	36,1	35,3	25,6	26,9	27,0	28,3	13,4	10,8	9,1	7,0
München	14,0	15,0	15,3	17,7	40,1	36,9	35,2	36,1	33,6	32,3	30,1	30,7	6,5	4,6	5,1	5,4
Köln	17,6	18,3	19,2	20,9	38,8	37,2	37,5	38,0	27,9	27,0	27,7	27,5	10,9	10,2	9,8	10,5
Frankfurt am Main	17,8	18,2	18,9	20,0	32,0	29,3	28,1	27,5	20,3	20,4	20,8	20,5	11,7	8,9	7,3	7,0
Essen	19,2	19,6	17,9	18,6	49,3	48,2	45,6	44,3	30,9	29,5	26,8	24,7	18,4	18,7	18,8	19,6
Dortmund	18,9	19,7	19,0	16,3	49,1	48,1	46,2	43,3	28,3	27,0	25,0	26,1	20,8	21,1	21,2	17,2
Düsseldorf	17,0	17,6	18,3	19,0	41,1	40,6	40,6	40,5	25,1	25,8	24,0	22,9	16,0	14,8	16,6	17,6
Stuttgart	13,4	13,1	14,4	15,0	36,7	32,9	32,4	26,5	23,7	22,3	22,7	16,8	13,0	10,6	9,7	9,7
Bremen	14,2	14,6	15,1	15,1	35,6	32,4	31,0	29,4	22,7	22,0	21,2	20,0	12,9	10,4	9,8	9,4
Duisburg
Hannover	16,7	16,0	17,6	17,9	35,9	33,7	34,3	32,2	20,1	24,4	20,6	19,7	15,8	9,3	13,7	12,5
Nürnberg	16,1	17,4	17,2	19,5	37,0	35,0	36,2	37,5	28,1	28,4	26,1	28,4	8,9	6,6	10,1	9,1

Tabelle 4 **Bevölkerungsbewegung in ausgewählten Großstädten 1892 und 1912**

Stadt	Jahr	Mittlere Einwohnerzahl in 1000	Eheschliessungen	Geborene			Gestorbene	
				insgesamt	darunter		insgesamt	darunter Kinder unter 1 Jahr
					unehelich	totgeboren		
je 1000 Einwohner								
Berlin	1892	.	10,4	32,0	4,2	1,6	20,9	7,4
	1912	2 083,2	11,0	21,3	4,9	0,8	14,4	2,9
Hamburg	1892	.	9,3	35,3	4,4	1,6	42,1	12,0
	1912	975,6	9,2	22,5	3,2	0,7	13,6	2,8
München	1892	.	9,0	36,2	8,1	1,5	27,3	10,7
	1912	615,0	9,6	22,6	7,1	0,7	14,7	2,9
Köln	1892	.	9,0	39,5	6,6	1,2	26,5	9,8
	1912	532,0	9,6	27,6	3,6	0,9	14,4	4,1
Frankfurt am Main	1892	.	10,1	28,2	3,5	1,0	20,7	5,0
	1912	429,1	10,2	21,6	3,2	0,7	12,0	2,1
Essen	1892	.	10,8	43,9	1,5	1,6	26,5	8,7
	1912	305,0	8,1	30,9	1,4	0,9	11,6	3,5
Dortmund	1892	.	8,7	43,2	1,3	1,3	25,2	8,2
	1912	230,3	9,2	32,7	2,7	1,0	14,9	4,6
Düsseldorf	1892	.	9,4	40,7	2,0	1,2	23,3	7,8
	1912	385,9	10,0	27,0	2,5	0,7	11,9	3,3
Stuttgart	1892	.	6,7	25,1	4,4	1,0	18,8	5,5
	1912	297,6	10,1	25,5	4,2	0,8	14,0	3,3
Bremen	1892	.	9,3	31,4	2,1	1,1	20,2	5,2
	1912	256,4	9,2	25,7	2,7	0,8	14,1	3,0
Duisburg	1892	.	8,9	43,9	1,3	1,2	27,3	9,1
	1912	241,9	8,2	34,2	1,2	1,0	14,3	4,7
Hannover	1892	.	9,8	37,2	5,5	1,4	21,2	8,5
	1912	309,6	9,0	21,3	3,8	0,7	12,6	2,3
Nürnberg	1892	.	8,0	35,7	7,4	2,2	24,9	8,6
	1912	353,2	9,4	26,5	5,3	0,9	13,7	4,0

Fortsetzung Tabelle 4 **Bevölkerungsbewegung in ausgewählten Großstädten 1892 und 1912**

Stadt	Jahr	Geburtenüberschuß	Zugezogene	Fortgezogene	Wanderungsgewinn bzw. -verlust	Gestorbene unter 1 Jahr auf 100 Lebendgeborene
Berlin	1892	11,1	108,5	92,0	16,5	28,2
	1912	6,0	162,0	168,8	- 0,8	14,2
Hamburg	1892	6,8	.	.	.	38,6
	1912	8,2	192,2	165,7	26,5	13,0
München	1892	8,9	.	.	.	30,8
	1912	7,2	.	.	.	13,4
Köln	1892	12,0	121,5	113,4	8,1	27,9
	1912	12,3	155,9	144,4	11,4	15,2
Frankfurt am Main	1892	7,6	.	.	.	20,9
	1912	9,0	190,6	239,6	- 49,0	10,2
Essen	1892	17,4	107,1	129,6	- 22,4	23,6
	1912	18,4	180,0	177,6	2,4	11,6
Dortmund	1892	18,0	174,7	161,1	13,6	22,8
	1912	16,9	228,7	188,6	40,1	14,5
Düsseldorf	1892	17,6	174,8	161,1	13,7	22,2
	1912	14,4	183,6	138,2	45,4	12,5
Stuttgart	1892	6,3	55,9	54,5	1,4	26,1
	1912	10,8	226,5	180,3	46,2	13,3
Bremen	1892	11,2	.	.	.	19,8
	1912	10,7	184,8	170,0	14,7	12,0
Duisburg	1892	16,7	148,9	122,9	26,0	28,4
	1912	18,8	224,8	239,0	- 14,2	14,3
Hannover	1892	16,1	.	.	.	26,5
	1912	8,0	211,9	185,7	26,2	11,2
Nürnberg	1892	10,8	90,2	100,8	- 10,6	30,3
	1912	11,9	104,6	119,3	- 14,7	15,6

menfassenden Hauptübersicht prinzipiell wenig geändert, erscheinen acht Jahrgänge, die beiden letzten 1940 und 1941 mit der Klassifizierung „Vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch“. Zwar wird der 37. Jahrgang noch fast vollständig ausgedruckt, aber insgesamt durch Kriegseinwirkung vernichtet, so daß mit dem 36. Jahrgang das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden eingestellt wurde.

Kriegs- und Nachkriegsjahre hatten zwangsweise eine Unterbrechung der Reihe zur Folge, weil andere Aufgaben in den Städten und Gemeinden vordringlicher zu bearbeiten waren. Dennoch wurde bereits 1949 ein Neuanfang möglich. Auch nachdem die „Kontinuität der statistischen Materialsammlung unterbrochen (war) und auf vielen Gebieten mühsam Stein um Stein des einst stolzen Baues der Statistik wieder zusammengetragen werden (mußte)“⁴⁾ – für viele neue Aufgaben der Verwaltung waren überdies neue statistische Begriffe und Erfassungstechniken zu entwickeln –, wurde die Aufgabe des Jahrbuches grundsätzlich als unverändert angesehen. Erneut anknüpfend an Gedanken im Vorwort zum ersten Jahrgang über die Notwendigkeit laufender vergleichender Nachrichten in übersichtlicher, gedrängter und leicht nutzbarer Form wollten Herausgeber und Bearbeiter mit dem neuen Werk „den Gegenwartsnöten der Gemeinden und Gemeindeverbände gerecht werden, die Verwaltung von unfruchtbarer Sucharbeit befreien und das statistische Material in leicht lesbarer und handlicher Form darbieten“.

Inhaltlich decken die Abschnitte des Statistischen Jahrbuches Deutscher Gemeinden ein breites Themenspektrum ab. Im Zeitverlauf traten Themen neu auf und andere fielen in ihrer Bedeutung zurück. Über seine allgemeine Funktion der Vermittlung sachlich angemessener verlässlicher Vergleichsdaten für die verschiedenen kommunalen Zwecke hinaus veranschaulicht es die Vielseitigkeit des Wirkens der kommunalen Selbstverwaltung und lehrt lebendige Geschichte, indem es deutlich werden läßt, welches die besonderen gemeindlichen Zeitprobleme bestimmter Jahre seit der Jahrhundertwende waren⁵⁾.

Demographische Indikatoren

In diesem Beitrag werden unter Verwendung der in den Jahrbuchabschnitten zu Bevölkerungsstand und -bewegung zusammengetragenen Materialien einige Indikatoren zum Großstadtvergleich veröffentlicht. Dargestellt werden Daten für die nach der heutigen Einwohnerzahl 13 größten westdeutschen Städte. Dabei ist eine Beschreibung einzelner demographischer

Prozesse in den Städten nicht vorgesehen. Insbesondere werden keine durchgängigen Zeitreihen von 1890 bis heute geboten, da die damit verbundenen Datenmengen nicht einmal übersichtlich präsentiert werden könnten, wenn sie sich nur auf eine Stadt bezögen. Um einen überschaubaren Vergleich zwischen den größten deutschen Städten auch in der zeitlichen Dimension möglich zu halten, wird die Darstellung auf die Daten für einige Stichjahre beschränkt, die an die einleitend angesprochenen Erscheinungsperioden des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Gemeinden anknüpfen.

Absolute Zahlen können für sinnvolle Vergleiche zwischen den Städten kaum genutzt werden, wenn man von der Rangfolgebestimmung nach der Einwohnerzahl einmal absieht. Insoweit stehen Verhältniszahlen im Vordergrund, die insbesondere auf die Daten zur Bevölkerungsbewegung angewendet werden. Durch die bei der Berechnung derartiger Ziffern erreichte Reduktion der absoluten Werte auf die einheitliche Bezugsgröße „1000 Einwohner“ werden Vergleiche in der Zeit wie auch zwischen den Städten möglich, die störende Momente aus den unterschiedlichen Größenverhältnissen der Städte zueinander in gleicher Weise ausschalten wie die durch Veränderungen im Gebietsstand der einzelnen Stadt aufkommenden quantitativen Verschiebungen.

Grundsätzlich wurden die in den Jahrbüchern veröffentlichten Werte übernommen, auf neue oder ergänzende Berechnungen wurde verzichtet. Mit der Verwendung des früher erarbeiteten Zahlenmaterials soll auf die fortbestehende Nutzungsmöglichkeit der alten Jahrbuchtabellen aufmerksam gemacht werden. Von aktualisierten Berechnungen wurde auch deswegen abgesehen, weil vergleichbare Zusatzdaten, die für verfeinerte Berechnungen hätten genutzt werden können, nicht zur Verfügung stehen.

Definitionen

Bei einer Zusammenstellung von historischen Statistikdaten über einen Zeitraum von 100 Jahren sind Änderungen von statistischen Begriffen sowie der Zuordnungsprinzipien möglicherweise von so großer Bedeutung, daß trotz der rechnerischen Relativierung von Zahlenwerten ungebrochene sachlich vergleichbare Reihen nicht gefunden werden können. Es ist deshalb auf folgende Besonderheiten in dem verwendeten Zahlenmaterial hinzuweisen: Die für die Städte ermittelten Einwohnerzahlen bilden vor dem Ersten Weltkrieg in der Regel die **ortsanwesende** Bevölkerung ab. Diese umfaßt alle Personen, die sich am Zählungstichtag in der Stadt aufhielten, unabhängig davon, ob sie dort ständig wohnten oder nur vorübergehend anwesend waren (zum Beispiel als Besucher, Erholungsreisende, Saisonpersonal). Bei Zählungstichtagen außerhalb der Reisezeiten wie bei den Volkszählungen

per 1. Dezember kann angenommen werden, daß mit der ortsanwesenden Bevölkerung in etwa der normale Einwohnerstand erfaßt wird. Bei der Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925 wurde sowohl die ortsanwesende als auch erstmals die **Wohnbevölkerung** ermittelt. Zu ihr rechnet die Personen, die am Stichtag im Zählgebiet ihren ständigen Wohnsitz hatten einschließlich der vorübergehend Abwesenden und ausschließlich der nur vorübergehend Anwesenden; Personen mit mehreren Wohnsitz wurden an dem Ort berücksichtigt, an dem sie sich zum Stichtag aufhielten, Erwerbstätige und Schüler „in Untermiete“ rechneten zur Wohnbevölkerung am Arbeits- oder Studienort. Das Wohnbevölkerungskonzept wurde in der deutschen Bevölkerungsstatistik etwa 60 Jahre beibehalten und erst mit der Volkszählung 1987 durch die Bevölkerung am **Ort der Hauptwohnung** abgelöst. Eine Besonderheit brachte die unmittelbare Nachkriegszeit, als wegen Fehlens von Fortschreibungsgrundlagen die über Lebensmittelkarten **versorgte Bevölkerung** gezählt wurde.

Eine einheitliche amtliche **Fortschreibung** der Einwohnerzahlen für Gemeinden wurde erst nach 1950 möglich; fortgeschriebene Einwohnerstände vor 1945 stammen jeweils aus internen Fortrechnungen der Städte.

Zahlenangaben über Geburten und Sterbefälle gelten in den Jahren vor 1933 immer für den **Registrierort** des Ereignisses, erst ab 1933 für den **Wohnort** der Kindesmutter beziehungsweise des/der Gestorbenen. In den registrierten Zahlen sind also jeweils auch Geburten und Sterbefälle von ortsfremden Personen enthalten.

Statistiken über **Zu- und Fortzüge** konnten wegen der sehr unterschiedlichen Regelungen des Meldewesens in den ersten Ausgaben des Jahrbuches nur für wenige Städte in vergleichbarer Form zusammengetragen werden⁶⁾, für die in den vorliegenden Beitrag einbezogenen Großstädte (mit Ausnahme Münchens) war das erstmals für das Jahr 1905 möglich⁷⁾.

Bevölkerung der Großstädte vor 1890

Etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts setzte ein außerordentlich starkes Wachstum der größeren deutschen Städte ein, das sich vor allem nach der Reichsgründung beschleunigte. Bestimmend waren dafür sowohl steigende Zuwanderungen vom Lande in die Städte als auch administrative Erweiterungen des Stadtgebietes durch Eingemeindungen. Während die Reichsbevölkerung zwischen 1875 und 1880 im Durchschnitt jährlich um 1,1 Prozent zunahm, stieg die Einwohnerzahl in größeren Städten (mit mehr als 50 000 Einwohnern)

4) 37. Jg. 1949, S. III

5) Peters, Hans: Der Weg der Stadtstatistik. Zum 50. Jahrgang. In: 50. Jg. 1962, S. VII ff.

6) 1. Jg. 1890, S. 20 ff.

7) 14. Jg. 1907, S. 70

Tabelle 5 Bevölkerungsbewegung in ausgewählten Großstädten 1924, 1933 und 1940

Stadt	Einwohner in 1000			Eheschließungen			Lebendgeborene			Gestorbene		
				je 1000 Einwohner								
	1924	1933	1940	1924	1933	1940	1924	1933	1940	1924	1933	1940
Berlin	3 945,0	4 235,3	4 348,3	7,8	10,9	11,8	10,5	8,7	16,1	12,0	11,8	14,6
Hamburg	1 073,9	1 130,4	1 710,2	8,8	12,0	10,6	14,1	10,3	17,5	11,6	10,7	13,8
München	680,0	734,2	828,5	7,5	9,5	13,4	13,7	9,9	16,1	12,6	11,5	13,5
Köln	693,4	757,0	767,3	8,8	10,5	10,8	18,6	11,7	17,7	11,1	9,6	13,4
Frankfurt am Main	471,0	555,1	556,4	7,7	10,1	11,3	12,8	8,8	14,8	10,5	9,8	13,0
Essen	471,4	654,5	667,9	7,2	11,0	9,3	19,4	13,5	18,9	9,8	9,3	11,8
Dortmund	320,1	541,9	539,3	7,7	10,8	9,7	19,6	12,5	18,4	10,5	9,5	12,3
Düsseldorf	422,4	499,1	538,4	8,0	11,2	10,6	15,5	10,9	18,9	10,0	9,5	13,5
Stuttgart	328,0	405,7	451,2	7,3	10,0	12,7	16,7	11,3	19,3	11,7	8,7	10,5
Bremen	289,6	323,4	431,3	7,3	10,7	10,8	16,8	11,8	18,4	11,0	10,1	11,9
Duisburg	254,7	439,9	432,6	8,3	11,3	9,7	22,4	15,1	19,9	11,2	9,2	12,2
Hannover	412,5	443,0	568,5	7,7	9,9	11,1	14,1	10,2	17,4	11,0	10,6	13,3
Nürnberg	387,6	410,4	424,6	7,6	9,8	11,9	14,3	10,5	16,8	10,2	10,1	12,6

Fortsetzung Tabelle 5 Bevölkerungsbewegung in ausgewählten Großstädten 1924, 1933 und 1940

Stadt	Zuzüge			Fortzüge			Geburten- bzw. Sterbeüberschuß (+/-)			Wanderungsüberschuß bzw. -verlust (+/-)		
	je 1000 Einwohner											
	1924	1933	1940	1924	1933	1940	1924	1933	1940	1924	1933	1940
Berlin	69,9	51,7	65,6	51,2	61,2	72,7	- 1,4	- 3,1	1,9	18,7	- 9,5	- 7,1
Hamburg	128,4	69,4	49,4	110,2	77,5	53,6	2,5	- 0,4	3,7	18,1	- 8,1	- 4,2
München	71,4	98,0	102,8	72,5	93,1	94,5	1,0	- 1,6	2,6	- 1,0	4,9	8,3
Köln	66,8	63,8	63,0	66,2	59,1	64,6	7,5	2,0	4,5	0,5	4,7	- 1,6
Frankfurt am Main	98,4	66,3	80,7	99,4	77,1	90,2	2,4	- 0,9	1,8	- 1,0	- 10,8	- 9,5
Essen	72,1	52,5	56,9	76,1	56,6	74,3	9,6	4,3	7,3	- 4,1	- 4,1	- 17,4
Dortmund	74,0	55,6	65,8	80,0	59,0	80,4	9,1	3,0	6,1	- 6,1	- 3,4	- 14,6
Düsseldorf	80,8	64,3	79,8	69,1	59,4	94,8	5,6	1,4	5,4	11,7	4,9	- 15,0
Stuttgart	132,6	110,7	108,9	103,1	105,1	131,7	5,0	2,6	8,8	29,5	5,6	- 22,8
Bremen	96,1	68,3	110,7	96,1	67,1	94,0	5,7	1,7	6,5	- 0,5	1,2	16,7
Duisburg	87,1	55,2	70,0	97,9	72,4	91,4	11,2	5,9	7,7	- 10,7	- 17,2	- 21,4
Hannover	96,4	76,1	107,2	84,3	79,0	115,3	3,1	- 0,5	4,1	12,1	- 2,9	- 8,1
Nürnberg	54,1	54,6	97,4	43,3	59,1	95,1	4,0	0,4	4,2	10,8	- 4,5	2,3

pro Jahr um 2,7 Prozent. Noch ausgeprägter war bei etwas schwächerem Gesamtzuwachs der Unterschied in den Zuwachsraten zwischen 1880 und 1885.

Die Tabellen 1 bis 3 sind zusammengestellt aus dem ersten Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte⁸⁾. Hinsichtlich der Größenverhältnisse der betrachteten 13 Städte zueinander ist bemerkenswert, daß die damalige Rangfolge nach der Einwohnerzahl auf den ersten fünf Plätzen der heutigen Reihenfolge entspricht. Duisburg gehörte damals noch nicht zu den größeren Städten (erst bei der Volkszählung 1890 hatte es mehr als 50 000 Einwohner).

Berechnet man das relative Wachstum von Zählung zu Zählung – die in Tabelle 1

ausgewiesene Zuwachsrate bezieht sich auf die mittlere Bevölkerung –, so ergibt sich für Düsseldorf, Dortmund, Berlin, Nürnberg, Essen und Köln zwischen 1880 und 1885 eine schnellere, für die anderen Städte eine langsamere Zunahme als in der Periode 1875 bis 1880.

Der Anteil der weiblichen Bevölkerung nahm zwischen 1875 und 1885 in den 13 Städten kräftig zu. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zu bewerten, daß der Frauenanteil an der ortsanwesenden Bevölkerung

	1875	1880	1885
im Reichsgebiet	50,9	51,0	51,1
in den größeren Städten	50,1	51,3	51,5

Prozent ausmachte. Von den heutigen größten Städten hatten sechs im Jahre 1875 noch einen deutlichen Männerüberschuß, 1885 war das nur noch bei den

westdeutschen Industriepfützen Dortmund, Duisburg und Essen der Fall. Vergleichsweise die meisten Frauen lebten in Bremen, Frankfurt, München und Stuttgart.

Ein gewisses Bild der Mobilitätsverhältnisse vermitteln die bei der Volkszählung 1885 gewonnenen Daten über den Geburtsort der Einwohner. Addiert man die Werte für Männer und Frauen, so findet man nur in Bremen, Köln und Hamburg ein Mehr an ortsgebürtigen Personen, während in München, Frankfurt und Hannover die nicht am Ort geborenen Einwohner bei weitem überwiegen. Daß die Anteile der Frauen die der Männer übertreffen, ist angesichts des ohnehin hohen Frauenanteils an den Einwohnern nicht unerwartet. Die Unterschiede zur allgemeinen Geschlechterrelation sind jedoch beachtlich: In Nürnberg, Hamburg,

8) 1. Jg. 1890, S. 13 ff

Düsseldorf, Hannover und Köln ist der Frauenanteil an der ortsgebürtigen Bevölkerung deutlich höher als an der Einwohnerzahl im ganzen; die Werte für Dortmund, Duisburg und Essen erklären sich aus der überregionalen Attraktivität des Arbeitsplatzangebots der Industrie. Die Unterschiede deuten auf einen beachtlichen Austausch der männlichen Bevölkerung durch Wanderungen hin. Bei einer getrennten Berechnung der Geburtenraten für Männer und Frauen (jeweils auf die entsprechenden Ortsanwesenden bezogen) für 1890 zeigten sich spezifische Wanderungseinflüsse bei Militärstandorten und Hochschulen; außerdem ergab sich daraus, daß „die großen rheinischen Industriestädte und einige alte Handelsplätze relativ die seßhafteste Bevölkerung aufzuweisen haben“⁹⁾. Das weitere Anwachsen der Städte mit zunehmendem Wanderungsaustausch führte übrigens zu einer Abnahme der Ortsgebürtigen, deren Anteil zum Beispiel in Hamburg zwischen 1885 und 1890 von 509 auf 486, in Berlin von 424 auf 407 je 1000 Ortsanwesende zurückfiel.

Die Altersstruktur der städtischen Bevölkerung unterschied sich auch damals charakteristisch von der in ländlichen Gebieten und dementsprechend vom Gesamtdurchschnitt. „In Folge des Zuzugs von Leuten überwiegend in dem kräftigsten Lebensalter erscheinen in den Großstädten einige Geburtsjahrganggruppen stärker besetzt als im Reiche, die anderen ... müssen deshalb gegen die entsprechenden des Reiches zurücktreten“¹⁰⁾. Deutlich zeigen dies die beiden Gruppen der etwa 16- bis 45jährigen der Jahrgänge 1841 bis 1870 in Tabelle 2. Außer in Bremen mit unterdurchschnittlicher Besetzung der Jahrgänge 1856 bis 1870 bei Männern sowie in Dortmund und Essen mit unterdurchschnittlichen Anteilen der 1841 bis 1870 geborenen Frauen, liegen die Werte über dem Reichsdurchschnitt; besonders ausgeprägt ist dies in Frankfurt und Berlin.

Der Anteil älterer Einwohner lag in den Städten verhältnismäßig niedrig. Unterdurchschnittlich blieb allgemein auch der Promillesatz der Kinder aus den Geburtsjahren 1871 bis 1885, lediglich in Dortmund und Essen zeigte er sehr hohe Werte.

Nach den ersten veröffentlichten Vergleichsdaten über die Bevölkerungsvorgänge in den Städten (vergleiche Tabelle 3) hatte zwischen 1881 und 1887 die Zahl der Heiratenden in allen Städten stetig zugenommen; die Ziffern der Heiratenden je 1000 Einwohner lagen durchweg über dem Reichsdurchschnitt. Gleichzeitig war die Zahl der Geburten in den größeren Städten im Verhältnis zu deren Einwohnerzahl zurückgegangen, die Sterblichkeit schwankte entsprechend der Entwicklung im Reich ohne eindeutigen Trend. „Obwohl wegen der mannigfach anders liegenden Verhältnisse in den größeren Städten ...

Zahlen, die aufgrund der betr(effenden) Bevölkerungsziffern berechnet sind, eine ausweichende Unterlage zur Vergleichung nicht wohl bieten können“¹¹⁾, lassen die Daten zur Bevölkerungsbewegung bei gleichzeitiger Betrachtung der Altersstruktur doch einige Besonderheiten erkennen.

Hinsichtlich der Heiratshäufigkeit lag Berlin in den beobachteten Jahren stets an der Spitze, Stuttgart zeigte immer die niedrigsten Ziffern; in beiden Städten stieg die Heiratshäufigkeit etwa im gleichen Maße. Wenn die Höhe der Heiratendenziffer zumindest teilweise von der Zahl der Einwohner im heiratsfähigen Alter abhängt, kann nach der Altersverteilung (vergleiche Tabelle 2) ein allgemein hohes Heiratssalter angenommen werden. Die vergleichsweise stärksten Zunahmen der Heiratshäufigkeit sind für München und Nürnberg zu notieren (26 beziehungsweise 21 Prozent), nur schwache Anstiege gab es in Hannover mit sieben, Bremen mit sechs und Hamburg mit drei Prozent; Essen und Dortmund registrierten sogar eine rückläufige Entwicklung.

Bei den Geburtenziffern findet man die durchweg höchsten Werte in Essen, Dortmund und Düsseldorf, die niedrigsten in Frankfurt. Am stärksten ging die Geburtenhäufigkeit zurück in Stuttgart, Bremen und Frankfurt, praktisch gleichgeblieben ist sie über die Jahre in Düsseldorf und Köln.

Die Sterblichkeit zeigt in München und Köln sehr hohe Werte, während Hannover, Frankfurt und Bremen eine sehr niedrige Sterblichkeit aufweisen. Auffällig sind beachtliche Minderungen der allgemeinen Sterbeziffern für Stuttgart, Berlin und Essen sowie der aus dem allgemeinen Entwicklungsrahmen fallende Anstieg in Hamburg.

Verhältniszahlen zum Städtevergleich 1892 und 1912

Nachdem sich die Darstellung in den ersten drei Ausgaben des Jahrbuches bei den Daten zum Einwohnerstand, zur Bevölkerungsstruktur und den einzelnen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung zunächst auf detaillierte Tabellen und ausführliche Texte konzentriert hatte, wurden mit dem 4. Jahrgang 1896 erstmals ergänzend dazu Verhältniszahlen der laufenden Bevölkerungsstatistik in einer Tabelle konsolidiert, die direkte Vergleiche zwischen Großstädten ermöglicht. Diese Tabelle ist als eine Art Standardnachweis für die Jahre von 1892 bis 1912 durchgängig verfügbar. Inhaltlich ist sie während dieser Zeit nur geringfügig verändert worden, so durch Wechsel von personenbezogenem Nachweis der Heiratenden auf die Eheschließungsfälle ab 1894 und durch Aufnahme der jeweiligen Jahresdurchschnittsbevölke-

rung im Jahr 1905. Der Tabelle 4 liegt die Gliederung nach der Fassung für das Berichtsjahr 1912 zugrunde¹²⁾.

Bei den Zahlen über Geborene und Gestorbene handelt es sich um die am Ereignisort erfaßten Fälle. Die Zahl der Lebendgeborenen ist als Differenz zwischen Geborenen insgesamt und Totgeborenen gerechnet worden. Die bereits angesprochenen Schwierigkeiten bei der Ermittlung von Wanderungen werden an den lückenhaften Nachweisen für 1892 deutlich.

Im Zeitvergleich verdeutlicht die Tabelle die Fortdauer der bereits vor 1890 gemessenen hohen Heiratshäufigkeit in Berlin und Frankfurt (vergleiche Tabelle 3) sowie den weiteren durchgängigen Geburtenrückgang zwischen 1892 und 1912 (nur Duisburg und Stuttgart zeigen einen Anstieg). Auch die allgemeine Sterbeziffer – diese lag in Hamburg 1892 wegen der Cholera-Epidemie extrem hoch – hat 1912 ebenfalls deutlich niedrigere Werte erreicht. Aus den Wanderungen hatten 1912 Stuttgart, Düsseldorf und Dortmund hohe Bevölkerungszunahmen, auch der Zuwanderungsüberschuß für Hamburg ist beachtlich. Einwohnerverluste durch Wanderungen ergaben sich in Frankfurt, Nürnberg und Duisburg.

Kontinuierliche Vergleichsreihen

Sieht man über kleinere redaktionelle Eigenheiten in den Tabellenköpfen hinweg, so läßt sich die 1892 beginnende Vergleichsreihe auch in die Jahrbücher der neuen Folge verlängern. Der XXII. Jahrgang stellte in den einschlägigen Tabellen noch auf die Gesamtzahl der Geburten und Sterbefälle am Ort ab, jedoch werden schon im XXIII. Jahrgang für das Jahr 1926 die Ortsfremden getrennt nachgewiesen und Verhältnisziffern für Ortsansässige berechnet. Das bisher übliche Zählprinzip ausschließlich nach dem Registrierort wird damit von einer auf den Wohnort ausgerichteten statistischen Zuordnung abgelöst. Die entsprechend neue Reihe bietet unter Ausparung des Jahres 1930 inhaltlich gleiche Daten über 13 Jahre bis einschließlich 1939.

Die zweite kriegsbedingte Unterbrechung der Jahrbuchreihe bis 1949 hat die Idee eines kontinuierlichen Nachweises vergleichender Daten in einer übersichtlichen, gedrängten und benutzerfreundlichen Form nicht untergehen lassen. Daß die Datenreihen für die Jahre nach 1940 nicht einheitlich fortgeführt wurden, stand dem Neubeginn mit (im wesentlichen) dem Berichtsjahr 1947 nicht entgegen. Für die bevölkerungsstatistischen Nachweise konnten die Vergleichsziffern praktisch in der bereits 1892 gewählten Form zusammengestellt werden.

9) 4. Jg. 1896, S. 138
10) 1. Jg. 1890, S. 16

11) 1. Jg. 1890, S. 18

12) 21. Jg. 1916, S. 76

Tabelle 6 Bevölkerungsbewegung in ausgewählten Großstädten 1947, 1970 und 1988

Stadt	Einwohner in 1000			Eheschließungen			Lebendgeborene			Gestorbene		
	je 1000 Einwohner											
	1947 ¹⁾	1970	1988	1947	1970	1988	1947	1970	1988	1947	1970	1988
Berlin(West)	3 253,9	2 122,1	2 068,3	8,2	7,9	6,0	9,6	9,5	10,3	19,9	19,1	14,7
Hamburg	1 482,6	1 793,8	1 603,1	10,7	7,8	6,1	12,8	10,2	9,6	13,1	14,8	13,3
München	773,5	1 293,6	1 211,6	12,5	7,0	9,7	14,7	9,7	9,8	11,1	10,4	10,3
Köln	519,6	848,4	937,5	9,3	8,1	6,6	12,1	11,6	10,8	10,2	12,3	10,9
Frankfurt am Main	553,1	669,6	625,3	13,8	8,2	5,9	13,8	9,9	9,2	11,1	12,4	11,5
Essen	554,8	698,4	620,6	10,4	7,7	6,0	13,0	10,9	9,8	9,9	13,2	13,1
Dortmund	459,7	639,6	587,3	11,1	7,2	5,9	12,7	11,7	9,9	10,1	13,1	12,6
Düsseldorf	437,5	663,6	569,6	9,2	8,1	6,6	11,3	10,4	9,8	11,3	12,6	12,8
Stuttgart	447,6	633,2	562,7	10,1	8,0	5,5	14,2	11,0	10,0	9,1	10,3	10,6
Bremen	405,6	582,3	535,1	9,8	7,6	6,4	15,1	12,1	9,7	10,5	13,3	13,2
Duisburg	378,3	454,8	527,4	10,7	8,0	6,0	13,9	11,1	10,7	9,8	13,3	11,7
Hannover	384,2	523,9	498,5	11,7	7,9	5,8	12,7	9,8	9,3	10,7	14,4	13,3
Nürnberg	326,8	473,6	480,1	10,6	7,5	6,3	14,1	10,8	9,9	10,3	12,6	12,5

Fortsetzung Tabelle 6 Bevölkerungsbewegung in ausgewählten Großstädten 1947, 1970 und 1988

Stadt	Zuzüge			Fortzüge			Geburten-/Sterbeüberschuß			Wanderungsgewinn/-verlust		
	je 1000 Einwohner											
	1947	1970	1988	1947	1970	1988	1947	1970	1988	1947	1970	1988
Berlin(West)	.	54	56,4	.	49	32,6	- 10,3	- 9,6	- 4,4	.	4,2	23,8
Hamburg	.	46	47,4	.	45	38,1	- 0,3	- 4,6	- 3,7	.	1,3	9,3
München	.	91	72,9	.	61	64,5	3,6	- 0,7	- 0,5	.	30,2	8,4
Köln	.	70	45,0	.	73	37,9	1,9	- 0,7	- 0,1	.	- 2,2	7,1
Frankfurt am Main	.	103	61,4	.	98	52,9	2,7	- 2,5	- 2,3	.	5,1	8,5
Essen	.	36	27,7	.	37	25,8	3,1	- 2,3	- 3,3	.	- 1,2	1,9
Dortmund	.	38	40,6	.	30	31,9	2,6	- 1,4	- 2,7	.	7,9	8,7
Düsseldorf	.	69	50,7	.	66	40,4	-	- 2,2	- 3,0	.	2,9	10,3
Stuttgart	.	115	73,9	.	107	62,0	5,1	0,7	- 0,6	.	8,0	11,9
Bremen	.	48	44,2	.	46	36,9	5,0	- 1,2	- 3,5	.	1,3	7,3
Duisburg	.	41	39,2	.	44	32,6	4,1	- 2,2	- 1,0	.	- 2,5	6,6
Hannover	.	72	53,3	.	72	44,0	2,0	- 4,6	- 4,0	.	- 0,4	9,3
Nürnberg	.	83	72,7	.	62	58,9	3,8	- 1,8	- 2,6	.	21,0	13,8

1) versorgte Bevölkerung Ende 1947; Berlin in diesem Jahr als Gesamtstadt.

Die Einwohnerzahlen der 13 Großstädte waren gegenüber dem letzten Stand von 1940 durchweg erheblich gesunken. Im Rahmen von Evakuierungen während des Krieges waren große Teile der Zivilbevölkerung in ländliche Gebiete abgewandert, der aus Kriegszerstörungen resultierende Wohnungsmangel behinderte eine schnelle Rückkehr. Daß die Städte dennoch wuchsen, ergab sich teilweise auch aus der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ost-

gebieten des Deutschen Reiches. Dennoch lagen 1947 die Einwohnerzahlen von Köln um fast ein Drittel, die von Berlin und Nürnberg um rund ein Viertel unter dem Stand zu Kriegsbeginn, Hamburg hatte gut ein Achtel weniger Bewohner. Berlin(West) zeigte über die für Tabelle 6 ausgewählten Beobachtungsjahre einen Rückgang der Einwohnerzahl, Köln mit Duisburg und Nürnberg steigende Bevölkerungsstände. Die anderen Städte hatten

nach einer Anstiegsphase 1988 wieder weniger Einwohner als 1970. Bei den Komponenten der Bevölkerungsentwicklung hatten 1970 München und Nürnberg sehr hohe Wanderungsgewinne je 1000 Einwohner, vier Städte hatten relative Abwanderungsverluste. 1988 gab es überall beachtliche Wanderungsgewinne, insbesondere in Berlin. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war in allen Städten bestimmt durch Sterbeüberschüsse.

Schlußbemerkungen

Die demographischen Vorgänge in Stadt und Land haben in den vergangenen 100 Jahren viele verschiedene Ausprägungen gezeigt. Als Stichworte seien genannt das Anwachsen der städtischen Agglomerationen über die Verwaltungsgrenzen hinaus sowie Einwohnerverluste der Innenstädte und Selektionsvorgänge infolge von Wanderungen. Vor diesem Hintergrund hat der Abschnitt „Bevölkerung“ im Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden vergleichsweise wenige materiell-inhaltliche Änderungen oder Ergänzungen¹³⁾ erfahren, die Präsentation der Daten zu Bevölkerungsstand und -struktur sowie zur Bevölkerungsentwicklung und ihren Komponenten ist formal nahezu unverändert geblieben.

Bis zum Ersten Weltkrieg lag das Hauptinteresse der Bearbeiter des Abschnitts deutlich auf demographischen Analysen zur Großstadtentwicklung insgesamt und im

13) So etwa das Thema „Stadtregionen“ im 52. Jg. 1964, S. 34 ff.

Vergleich der Städte; ausführliche textliche Kommentierungen ergänzten das jeweilige Zahlenwerk. Einschränkungen ergaben sich weniger aus dem Anspruchsrahmen als vielmehr aus Materialzwängen: „Obgleich die Bevölkerungsstatistik durch ihre ausgebildeten wissenschaftlichen Methoden die Frage nach der Bewegung der Bevölkerung im allgemeinen hinreichend exakt zu beantworten vermag, so reicht doch das Material, das dem Bearbeiter für die Mehrzahl der Städte zur Verfügung steht, bei weitem nicht aus, um den methodischen Anforderungen genüge zu thun. Gerade für die Berechnung der Geburts-, Verehelichungs- und Sterblichkeitsziffern erweisen sich die vorliegenden Daten als unzureichend, da weder Altersaufbau noch die Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Civilstand, weder die Ehedauer noch die Absterbeordnung für die grosse Mehrzahl der Städte bekannt ist. Wir mussten uns daher mit den üblichen, ganz ungenauen Vergleichsziffern begnügen.“¹⁴⁾

14) 6. Jg. 1897, S. 303

Später trat mehr und mehr die Dokumentation von einheitlich ermittelten Vergleichsdaten über die Bevölkerung der Gemeinden in den Vordergrund und damit mittelbar auch die Nutzungsmöglichkeit für methodisch gesicherte Zeitvergleiche. Neben den Ergebnissen der laufenden Bevölkerungsstatistiken wurden selbstverständlich stets auch die Hauptdaten der regelmäßigen Volkszählungen veröffentlicht. Dem Charakter einer Jahrbuchserie entsprechend ist und war die Detaillierung der Sachnachweise im einzelnen Abschnitt in der Regel jedoch eingengt. Einige Zahlen mögen dafür als Indikator dienen: Im 1. Jahrgang des Statistischen Jahrbuches Deutscher Städte waren 1890 bei einem Gesamtumfang von 247 Seiten 42 Seiten der Darstellung demographischer Daten für 44 Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern gewidmet – der 77. Jahrgang des Statistischen Jahrbuches Deutscher Gemeinden belegte 1990 von 439 Seiten noch fünf für Nachweise über „Stand und Entwicklung der Bevölkerung“ in den 152 heutigen Gemeinden über 50 000 Einwohner.

Klaus Kamp

Bericht 1990 zur demographischen Lage: Trends in beiden Teilen Deutschlands und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland

Mit diesem Titel ist eine Veröffentlichung überschrieben, die das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung im Heft 2/90 seiner „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“ herausgebracht hat. Den Inhalt des Berichts faßt das Institut wie folgt zusammen:

Teil A des traditionellen Berichts zur demographischen Lage befaßt sich aus aktuellem Anlaß mit einem Vergleich der wichtigsten demographischen Trends in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR seit 1950 und einem Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung (ohne Außenwanderung) bis zum Jahr 2025.

Die Erstheiratsintensität ist in der DDR immer noch recht hoch, während sie in der Bundesrepublik Deutschland seit den 70er Jahren deutlich zurückgeht. In der DDR ist das Durchschnittsalter bei der Erstheirat immer schon niedriger gewesen als in der Bundesrepublik. Der Abstand hat sich aber seit Mitte der 70er Jahre vergrößert, da das Heiratsalter in der Bundesrepublik (.../DDR) von 1975 (Männer: 25,3/23,2; Frauen: 22,7/21,3) bis 1988 (Männer: 28/24,8; Frauen 25,5/22,7) sehr viel stärker anstieg als in der DDR. Die zusammengefaßte Scheidungsziffer liegt in der DDR höher (45,3 Prozent; 1987) als in der Bundesrepublik Deutschland (30,6 Prozent; 1988).

Von den späten 50er Jahren bis 1975 verlief das Geburtenniveau in den beiden deutschen Staaten nahezu parallel. Nachdem die DDR 1976 eine umfangreiche Bevölkerungs- und Sozialpolitik eingeleitet hatte, bewegten sich die zusammengefaßten Geburtenziffern auseinander, erreichten jedoch in der DDR in keinem Jahr das Bestandserhaltungsniveau. Seit 1980 sinkt die durchschnittliche Geburtenzahl je Frau in der DDR, seit 1986 steigt sie in der Bundesrepublik, so daß sich die Werte seitdem nähern (1988: 1,423/1,67). In der DDR werden die Kinder deutlich in jüngerem Alter geboren (60 Prozent bis zum 25. Lebensjahr; dagegen 30 Prozent in der Bundesrepublik). Die Nichtehelehenquote in der DDR ist nach 1976 sprunghaft angestiegen und betrug 1988 33,4 Prozent (Bundesrepublik zehn Prozent).

Zur lebhaften Diskussion zur Frage der Schwangerschaftsabbrüche sei beigetragen, daß die absolute Zahl der Abbrüche in der DDR bis Mitte der 80er Jahre höher war als in der Bundesrepublik. Bezogen auf 100 Schwangerschaften betrug die Zahl der

legalen Abbrüche in der DDR 1989 27,0 und war damit fast dreimal so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland (10,0). Geht man für die Bundesrepublik statt von den gemeldeten Abbrüchen von den immer wieder geschätzten 200 000 Schwangerschaftsabbrüchen aus, nähert sich die „revidierte“ Abbruchquote auf 22,6 dem (immer noch höheren) DDR-Niveau.

Die spektakulärsten Unterschiede bestehen jedoch hinsichtlich der Wanderungen. Während die DDR durch Abwanderung ihrer Bürger bis zum Bau der Mauer und seit Mitte 1989 gekennzeichnet ist, nahm die Bundesrepublik bis 1961 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene und danach über vier Millionen ausländische Arbeitskräfte und deren Familienmitglieder auf. In den 80er Jahren kamen Asylbewerber, Aussiedler und schließlich seit Mitte 1989 verstärkt wieder Übersiedler; 1989 gab es den Rekordwanderungssaldo von etwa einer Million.

Der säkulare Geburtenrückgang erreichte in Deutschland schon in den 20er Jahren das Bestandserhaltungsniveau und bewirkte demographisches Altern und schließlich für beide deutsche Staaten Bevölkerungsrückgang. Seit 1972 (Bundesrepublik) beziehungsweise 1969 (DDR) nimmt die jeweilige deutsche Bevölkerung infolge eines Geburtendefizits ab. Während die Bevölkerung der DDR seit 1950 durch Abwanderung abnimmt, überlagert in der Bundesrepublik Deutschland die Zuwanderung den Rückgang der deutschen Bevölkerung. Insgesamt lebten Anfang 1990 62,7 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und 16,4 Millionen Menschen in der DDR, zusammen also 79,1 Millionen.

Die unteren UN-Vorausberechnungen für die DDR und die Bundesrepublik Deutschland (ohne Wanderungen) zeigen, daß der Rückgang der deutschen Bevölkerung und die demographische Alterung in beiden Teilen Deutschlands einzeln und „vereinigt“ ähnlich verlaufen sind und weiterhin verlaufen werden.

Teil B widmet sich der Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Von den am Jahresende 1988 im Ausländerzentralregister geführten 4,49 Millionen Ausländern stammten 28,4 Prozent aus den EG-Staaten, 33,9 Prozent aus der Türkei und 23,3 Prozent aus dem übrigen Europa. Angestiegen ist seit dem Anfang der

70er Jahre der Ausländeranteil aus den nichteuropäischen Ländern, nämlich von 8,6 Prozent (1973) auf 14,4 Prozent (1988); über die Hälfte von ihnen kam aus Asien.

Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung im Bundesgebiet hat sich weiter derjenigen einer „gewachsenen“ Bevölkerung angenähert: Abgenommen hat im letzten Jahrzehnt die Zahl der 25- bis 34-jährigen Männer, die größten Zuwächse gab es bei den Kindern und Jugendlichen, bei den Frauen zwischen 25 und 44 Jahren sowie bei den Männern im Alter von 40 bis 55 Jahren. Nach wie vor gibt es jedoch einen starken Männerüberschuß vom Alter 20 ab und eine Unterbesetzung in der Klasse der über 50-jährigen, insbesondere der alten Frauen.

Infolge des Anwachsens der Ausländerzahl seit 1965 hat sich die Zahl der Eheschließungen, an denen mindestens ein ausländischer Partner beteiligt war, bis 1988 auf über 38 400 erhöht. Zu Mitte der 80er Jahre hatte in gut drei Viertel der Eheschließungen einer der Partner die deutsche Staatsangehörigkeit, wobei etwa doppelt so viele deutsche Frauen einen Ausländer heirateten wie deutsche Männer eine Ausländerin.

Seit 1975, als noch annähernd 96 000 Lebendgeborene mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit registriert wurden, hat sich deren Zahl bis 1988 um 23,4 Prozent auf 73 500 verringert. Die allgemeine Geburtenziffer der Ausländer ist im selben Zeitraum sogar um nahezu ein Drittel zurückgegangen. Die zusammengefaßte Geburtenziffer sank von 2643 auf 1913, wobei Türiinnen mit 2900 Kindern pro 1000 Frauen nach wie vor an der Spitze liegen.

Die höchste Zuzugszahl war 1970 erreicht worden, seitdem hat sich vor allem die Struktur der Migranten grundlegend gewandelt. Die Zahlen der zuziehenden EG-Angehörigen und Personen aus den ehemaligen sogenannten Anwerbeländern sind stark rückläufig, während die Wanderungsströme aus Ost- und Südosteuropa sowie aus außereuropäischen Gebieten anwachsen.

Die für „Gastarbeiter“-Bevölkerungen überdurchschnittlich hohen Erwerbsquoten haben sich bis 1988 weitgehend denen der einheimischen Bevölkerung angeglichen, das heißt, die Quote der ausländischen Männer zwischen 15 und 65 Jahren ist

innerhalb der eineinhalb Jahrzehnte zwischen 1972 und 1988 schneller gesunken als die der deutschen der gleichen Altersgruppe, während die Quote der ausländischen Frauen seit 1986 sogar niedriger ist als die nach wie vor ansteigende Quote

ihrer deutschen Geschlechtsgenossinnen. Die Aufenthaltsdauer der Ausländer hat sich bis Ende 1988 weiter erhöht: 60 Prozent von ihnen waren bereits zehn Jahre und länger im Bundesgebiet. Von denen, die sich 1978 rechtmäßig im Bundesgebiet

aufhielten, waren Ende 1988 noch 71 Prozent hier gemeldet. Die Zahl der Asylbewerber stieg 1989 erstmals über 120 000 Fälle. Auch die Zahl von mehr als 46 000 Einbürgerungen im Jahr 1988 stellt eine neue Rekordmarke dar.



Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt Hamburg bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext (Btx)** an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen. Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Ge-

meinschaftsprogramm der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 040 36 5038 oder über die Mitteilungsseite * 36 5029 # möglich.



Die Hamburger Bauwirtschaft konnte wie im Bundesgebiet¹⁾ 1990 an die positive Konjunktorentwicklung des Jahres 1989 anknüpfen. Nahezu alle Indikatoren vermitteln das Bild einer Aufwärtsbewegung, wenn auch die Zuwachsraten in einigen Bausparten nicht ganz so hoch wie im Vorjahr ausfielen.

Starke Impulse gingen abermals vom gewerblichen und industriellen Hoch- und Tiefbau aus: Nachfrage und Produktion expandierten und brachten stattliche Erlöszuwächse. Besonders erfreulich ist, daß das Bauhauptgewerbe nach dem starken Personalabbau in der Vergangenheit sowohl im kaufmännisch-technischen als auch im gewerblichen Bereich 1990 mehr Arbeitsplätze als im letzten Jahr anbieten konnte.

Die Zunahme der Auftragseingänge läßt überdies die nahe Zukunft des Bauhauptgewerbes in einem günstigen Licht erscheinen. So lag der Ordereingang bis Ende 1990 um 16 Prozent höher als 1989. Besonders ausgeprägt war – trotz der ungünstigen Kapitalmarktverhältnisse – die Ordertätigkeit im Wohnbau sowie im gewerblichen und industriellen Bau. Auch im Straßenbau, der in aller Regel unter den Auswirkungen der angespannten Haushaltslage zu leiden hat, ist nach langer Zeit sogar ein Auftragsplus zu verzeichnen. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß sich 1990 – nachdem bereits das Vorjahr einen beachtlichen Auftragsboom im Bauhauptgewerbe gebracht hatte – das Auftragspolster des Bauhauptgewerbes nochmals vergrößerte, was angesichts der begrenzten Personalkapazitäten eine kräftige Aufwärtstendenz der Preisentwicklung für Bauleistungen im Jahr 1991 erwarten läßt.

Vermehrter Arbeitseinsatz nur im Hochbau

Trotz zunehmender Auftragseingänge erreichte die Summe der auf Baustellen geleisteten Arbeitsstunden nicht ganz das Ergebnis des Vorjahres. Außer den Produktionsausfällen, verursacht durch „Schlechtwetter“, haben im wesentlichen die zu Beginn des Jahres 1990 in Kraft getretene Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit sowie verstärkte Investitionen in der Bauwirtschaft zum Zwecke der Ra-

tionalisierung der Bautätigkeit dazu beigetragen.²⁾ Innerhalb des **Tiefbaus** wurde im Straßenbau und im „sonstigen“ öffentlichen Tiefbau, wozu in Hamburg hauptsächlich der Hafenanlagen- sowie der Siel- und Abwasseranlagenbau zu rechnen sind, ein Stundenrückgang um neun bis zehn Prozent registriert. Dagegen konnte im gewerblichen und industriellen Tiefbau eine Steigerung des Arbeitseinsatzes um fast ein Fünftel erreicht werden. Allerdings waren die Aktivitäten in diesem Sektor nicht in dem Maße entwicklungsbestimmend wie im Straßenbau und „sonstigen“ Tiefbau, auf die mit zusammen gut sechs Millionen Stunden allein über 70 Prozent aller Arbeitsstunden des Tiefbaus entfielen. Für den Tiefbau insgesamt ergab sich ein Arbeitsstundenverlust von über drei Prozent.

Im **Hochbau** ist ein leichter Anstieg des Arbeitseinsatzes zu verzeichnen. Erhöht hat sich die Zahl der Arbeitsstunden im gewerblichen und industriellen Bau (plus 1,8 Prozent) sowie im Wohnbau (plus 0,4 Prozent). Ein deutlicher Einbruch ist im öffentlichen Verkehrsbau festzustellen (minus 8,9 Prozent), der nur knapp ein Zehntel der Arbeitsstunden im gesamten Hochbau verbuchen konnte.

Faßt man den Hoch- und Tiefbau zusammen, so ergab sich im Bereich des öffentlichen Baus, der sich auf Aufträge der Gebietskörperschaften, der Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie von Bundesbahn und Bundespost stützt, ein Ausfall an Arbeitszeit von 9,5 Prozent.

Dagegen konnte für den nichtstaatlichen Sektor des Hoch- und Tiefbaus eine Zunahme von fast fünf Prozent festgestellt werden.

Erneut leichter Anstieg der Beschäftigung

Der Personalbestand im Bauhauptgewerbe wies 1990 nochmals eine Zunahme auf. Die Zahl der Beschäftigten betrug im Jahresdurchschnitt etwas mehr als 21 000 Personen; das sind im Vergleich zu 1989 fast drei Prozent mehr.

Ein wesentlicher Teil der Beschäftigtenzunahme ist auf die Niederlassung neuer Baufirmen zurückzuführen. Zu nennen sind vor allem Betriebe mit 20 und mehr Be-

schäftigten, deren Zahl gegenüber 1989 zugenommen hat. Es handelt sich hauptsächlich um Betriebe, deren Tätigkeit schwerpunktmäßig im Hochbau (zum Beispiel Modernisierung und Ausbau von Altbauten) lag.

Charakteristisch für die Beschäftigtenentwicklung war erneut die vermehrte Einstellung von Facharbeitern, die rund 60 Prozent aller im Bauhauptgewerbe tätigen Mitarbeiter stellen. Eine Zunahme ist – nach Jahren des kontinuierlichen Rückgangs – diesmal auch bei den Fachwerkern und Werkern, also bei den Hilfskräften und Arbeitern mit angelernten Spezialtätigkeiten im Bauhauptgewerbe, zu beobachten. In entsprechender Weise steigerte sich die Zahl der überwiegend als Hilfskräfte eingesetzten ausländischen Arbeitnehmer (vergleiche **Tabelle 2**). 1990 waren insgesamt annähernd 2700 Personen als Fachwerker und Werker tätig, das sind 12,5 Prozent der gesamten Belegschaft im Bauhauptgewerbe. Neue Arbeitsplätze wurden ferner im Bereich der kaufmännischen und technischen Angestellten angeboten. Abermals geschrumpft ist jedoch die Zahl der gewerblich Auszubildenden: 1990 standen im Durchschnitt des Berichtsjahres rund 650 Jugendliche in einem Ausbildungsverhältnis, gut zwei Prozent weniger als 1989. Damit hat sich der Rückgang, der 1989 noch mit minus einem Zehntel zu Buche schlug, erheblich abgeschwächt. Dazu beigetragen haben sicherlich die von der Hamburger Bauwirtschaft verstärkten Werbekampagnen und Informationsveranstaltungen für Bauberufe in Schulen und Ausbildungsstätten.

Umsätze deutlich höher als im Vorjahr

Der baugewerbliche Umsatz der etwa 1230 Hamburger Betriebe des Bauhauptgewerbes erreichte 1990 eine Höhe von 3,8 Milliarden DM. Das war nominell über ein Zehntel mehr als im Vorjahr (vergleiche **Tabelle 1**). Dieser Erlösanstieg ist jedoch von verhältnismäßig starken Preissteigerungen, die sich für Hoch- und Tiefbauarbeiten im Mittel auf sechs bis sieben Prozent beliefen, beeinflusst und stellt somit nicht den tatsächlichen realen Wertzuwachs dar³⁾.

1) Die Angaben für das Bundesgebiet beziehen sich in diesem Beitrag auf den Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin(West) ein.

2) Vergleiche Analyse und Prognose 1991. In: Bauwirtschaftlicher Bericht 1990/91, Zentralverband des Deutschen Baugewerbes 1991, S. 38 und 40.

3) Vergleiche Analyse und Prognose 1991, a.a.O., S. 40.

Tabelle 1 Baugewerbe in Hamburg 1989 und 1990

Art der Angabe	1990	1989	Veränderung in %
- Bauhauptgewerbe ¹⁾ -			
Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)	21 315	20 776	+ 2,6
Geleistete Arbeitsstunden (in 1000)	26 062	26 299	- 0,9
davon im Hochbau	17 045	16 998	+ 0,3
davon für Wohnbauten	5 325	5 303	+ 0,4
gewerbliche und industrielle Bauten	10 121	9 940	+ 1,8
öffentliche und Verkehrsbauten	1 599	1 755	- 8,9
Tiefbau	9 017	9 301	- 3,1
davon im gewerblichen und industriellen Bau	2 583	2 178	+ 18,6
Straßenbau	2 308	2 540	- 9,1
sonstigen öffentlichen und Verkehrsbau	4 126	4 583	- 10,0
Baugewerblicher Umsatz ²⁾ (in Mio. DM)	3 840	3 469	+ 10,7
davon im Hochbau	2 565	2 296	+ 11,7
davon aus Wohnbauten	592	592	+ 0,0
gewerblichen und industriellen Bauten	1 730	1 500	+ 15,4
öffentlichen und Verkehrsbauten	242	204	+ 18,7
Tiefbau	1 275	1 173	+ 8,7
davon aus dem gewerblichen und industriellen Bau	376	253	+ 48,6
dem Straßenbau	335	351	- 4,6
dem sonstigen öffentlichen und Verkehrsbau	563	568	- 0,9
Index der Nettoproduktion insgesamt (1976 = 100)	79,4	79,9	- 0,6
Hochbau	79,6	79,1	+ 0,6
Tiefbau	79,0	81,2	- 2,7
- Ausbaugewerbe ³⁾ -			
Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)	8 892	8 730	+ 1,9
Geleistete Arbeitsstunden (in 1000)	12 175	11 946	+ 1,9
Gesamtumsatz ²⁾ (in Mio. DM)	1 165	1 083	+ 7,6
darunter			
in der Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	269	249	+ 7,8
in der Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitlichen Anlagen	350	314	+ 11,6
in der Elektroinstallation	178	165	+ 7,3
im Glasergewerbe	48	39	+ 22,2
im Maler- und Lackierergewerbe	203	197	+ 3,0
in der Bautischlerei	47	53	- 11,0

1) Aus der monatlichen Berichterstattung nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet.

2) ohne Umsatzsteuer.

3) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Im **Hochbau** ist eine Erlöszunahme um nicht ganz zwölf Prozent zu verzeichnen. Ausschlaggebend war die gute Geschäftslage im gewerblichen und industriellen Bau. In diesem umsatzstärksten Teilbereich wurde ein Anstieg von gut 15 Prozent ermittelt, nachdem schon im Jahr zuvor eine 32prozentige Expansion zu verbuchen war. Ebenso beachtlich ist die Erlössituation im öffentlichen und Verkehrsbau. Hier wurde ein Umsatzgewinn von fast einem Fünftel registriert; er wirkte sich mit insgesamt nur 240 Millionen DM – dies sind neun Prozent des gesamten Umsatzes im Hochbau – jedoch kaum auf die Gesamtentwicklung in diesem Teil des Bausektors aus. Die im Vergleich zu den Arbeitsstunden diametrale Entwicklung spricht dafür, daß das Umsatzvolumen gegenüber der Produktionsphase zeitverschobene Schlußabrechnungen früherer Fertigstellungen enthält. Im Wohnungsbau, nach dem gewerblichen und industriellen Hochbau der zweitstärkste Wirtschaftszweig im gesamten Bauhauptgewerbe, wurden 1990 mit knapp 600 Millionen DM Rechnungswerte erreicht, die die gleiche Höhe wie 1989 aufwiesen. Die Umsätze enthielten jedoch nicht sämtliche Abrechnungen für Bauleistungen aus dem Jahr 1990. Außerdem besteht in diesem Sektor ein vergleichsweise hoher Überhang von vergebenen aber noch nicht ausgeführten Bauaufträgen, so daß künftig mit einer günstigen Geschäftsentwicklung der mit dem Wohnbau befaßten Betriebe gerechnet werden kann.

Im **Tiefbau** konnte der Umsatz gegenüber 1989 um fast neun Prozent gesteigert werden. Ausschlaggebend war wie im Hochbau die Entwicklung im gewerblichen und industriellen Bau, wo die Erträge um knapp

die Hälfte zunahm. Verluste mußten der Straßenbau sowie der „sonstige“ öffentliche Verkehrsbau hinnehmen, deren Einnahmen um fünf Prozent beziehungsweise ein Prozent hinter den Vorjahresergebnissen zurückblieben.

Faßt man den Hoch- und Tiefbau zusammen, so ergab sich ein besonders kräftiges Wachstum im privaten Sektor des Hoch- und Tiefbaus: Das Umsatzvolumen erreichte eine Höhe von über zwei Milliarden DM; dies war gut ein Fünftel mehr als 1989. Relativ bescheiden nahm sich dagegen die Zuwachsrate bei den auf öffentliche Aufträge zurückgehenden Bauarten aus: Hier erhöhten sich die Erlöse auf 1,1 Milliarden DM, was einer Zuwachsrate von 1,5 Prozent gegenüber 1989 entspricht.

Positive Entwicklung im Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe hat nach Jahren des Rückgangs 1990 Anschluß an den Konjunkturaufschwung im Baugewerbe gefunden. Betrachtet man die größeren Betriebe des Ausbaugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten – über Kleinbetriebe dieses Wirtschaftsbereiches werden keine Zahlenangaben erhoben –, so hat sich der Personalbestand gegenüber 1989 um zwei Prozent erhöht. Um den gleichen Prozentsatz steigerte sich auch der an den geleisteten Arbeitsstunden gemessene Arbeitseinsatz. Die mittlere Tagesleistung belief sich auf 48 700 Stunden, das waren täglich über 900 Stunden mehr als 1989. Der aus abgerechneten Bauleistungen und sonstigen Leistungen resultierende Gesamtumsatz erreichte 1,2 Milliarden DM,

acht Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesem Ergebnis die im Ausbaugewerbe recht unterschiedlichen Preissteigerungen enthalten sind, so daß der Gesamterlös real niedriger ausgefallen sein dürfte.

Maßgeblich bestimmt wurde die Entwicklung im Ausbaugewerbe durch die gute Geschäftslage bei den Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnikern sowie bei den Klempnern, Gas- und Wasserinstallateuren, die im Hinblick auf die Beschäftigung und den Umsatz ein überaus starkes Gewicht im Hamburger Ausbaugewerbe besitzen. In diesen Wirtschaftszweigen wurde (neben einer Beschäftigtenzunahme) ein Erlösanstieg von zwölf beziehungsweise acht Prozent festgestellt. Merkwürdigerweise höhere Umsätze als im letzten Jahr meldeten ferner die Elektroinstallateure (sieben Prozent), die zudem ihr Personal um mehr als neun Prozent aufgestockt haben. Auch die Dienste von Glasern waren stark gefragt: Hervorzuheben ist vor allem die kräftige Umsatzsteigerung (plus 22 Prozent). Bautischler mußten eine verschlechterte Ertragslage hinnehmen (vergleiche Tabelle 1).

Bei Betrachtung dieser Entwicklung sollte man im Auge behalten, daß die für die größeren Betriebe des Ausbaugewerbes dargestellten Gegebenheiten sich nicht ohne weiteres auf das gesamte überwiegend kleinbetrieblich strukturierte Ausbaugewerbe, das seinen Schwerpunkt im Reparaturgeschäft und in Modernisierungsarbeiten hat, übertragen lassen. Die aufgezeichneten Tendenzen können deshalb nur als Anhaltspunkte für die Beurteilung der Wirtschaftslage dieses Sektors gewertet werden.

Tabelle 2 Beschäftigte im Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hamburg 1989 und 1990

Beschäftigte	1990	1989	Veränderung in %
	Anzahl ²⁾		
Tätige Inhaber ³⁾	919	953	- 3,6
Kaufmännische und technische Angestellte	4 078	3 911	+ 4,3
Facharbeiter, Poliere, Meister	12 997	12 631	+ 2,9
Fachwerker, Werker	2 670	2 614	+ 2,1
Gewerblich Auszubildende	651	667	- 2,4
Beschäftigte insgesamt	21 315	20 776	+ 2,6
davon			
Deutsche	19 911	19 440	+ 2,4
Ausländer	1 404	1 336	+ 5,1

1) Aus der monatlichen Berichterstattung nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet.

2) Jahresdurchschnitt.

3) Einschließlich unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

Bessere Situation des Bauhauptgewerbes im Bundesgebiet

Stellt man die Ergebnisse des Hamburger Baugewerbes denen des Bundesgebietes gegenüber, so zeigt sich im Bund ein etwas besseres Konjunkturbild (vergleiche Tabelle 3). Während bei den Beschäftigten und beim baugewerblichen Umsatz die Zuwachsraten im Bund und in Hamburg in etwa gleich hoch sind, hat im Bundesgebiet die Zahl der auf Baustellen geleisteten Arbeitsstunden – im Gegensatz zu Hamburg – zugenommen (plus drei Prozent). Wesentliche Unterschiede sind im Wohnungsbau zu erkennen, wo im Bund ein starkes Umsatzplus festzustellen ist (plus

18 Prozent). Ansonsten konnten im gewerblichen und industriellen Hochbau die Hamburger Betriebe mit der Entwicklung im Bundesgebiet Schritt halten. Im öffentlichen Hochbau war hinsichtlich der Arbeitsstunden allerdings auch im Bundesgebiet die Bilanz negativ.

Im Tiefbau ist eine erheblich bessere Situation für die Hamburger Firmen im Bereich des gewerblichen und industriellen Tiefbaus zu erkennen: Hier lag die Zunahme der Arbeitsstunden, vor allem aber der Erlösanstieg, beträchtlich höher als im Bundesgebiet. Im Straßenbau und im „sonstigen“ öffentlichen Tiefbau ist die Zahl der Arbeitsstunden in Hamburg jedoch stärker als im Bund zurückgegangen.

Auch im Ausbaugewerbe konnten die Betriebe des Bundesgebietes gegenüber den

hiesigen Firmen Vorteile verbuchen. Die Zahl der Beschäftigten und die der Arbeitsstunden hatten wesentlich stärker zugenommen, und die Ertragssteigerung war sogar mehr als doppelt so hoch wie bei den Ausbaubetrieben in Hamburg.

Auftragslage und Aussichten für 1991

Ein ungefähres Bild über die weitere Entwicklung der Hamburger Bauwirtschaft erhält man bei Betrachtung der Auftragseingänge. Danach stellen sich die Aussichten für das Jahr 1991 durchaus günstig dar. Insgesamt erreichte das Auftragsvolumen bei den Hamburger Betrieben von Unter-

Tabelle 3 **Baugewerbe in Hamburg und im Bundesgebiet¹⁾**
– Veränderungen 1990 gegenüber 1989 in Prozent –

Art der Angabe	Hamburg	Bundesgebiet
Bauhauptgewerbe ²⁾		
Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)	+ 2,6	+ 3,5
Geleistete Arbeitsstunden	- 0,9	+ 2,6
davon im Hochbau	+ 0,3	+ 3,8
davon für Wohnbauten	+ 0,4	+ 7,4
gewerbliche und industrielle Bauten	+ 1,8	+ 2,4
öffentliche und Verkehrsbauten	- 8,9	- 7,3
Tiefbau	- 3,1	+ 0,1
davon im gewerblichen und industriellen Bau	+ 18,6	+ 3,4
Straßenbau	- 9,1	- 1,9
sonstigen öffentlichen und Verkehrsbau	- 10,0	- 0,3
Baugewerblicher Umsatz ³⁾	+ 10,7	+ 12,2
davon im Hochbau	+ 11,7	+ 13,9
davon aus Wohnbauten	+ 0,0	+ 18,2
gewerblichen und industriellen Bauten	+ 15,4	+ 12,6
öffentlichen und Verkehrsbauten	+ 18,7	+ 2,7
Tiefbau	+ 8,7	+ 8,7
davon aus dem gewerblichen und industriellen Bau	+ 48,6	+ 11,8
dem Straßenbau	- 4,6	+ 6,1
dem sonstigen öffentlichen und Verkehrsbau	- 0,9	+ 9,0
Ausbaugewerbe ⁴⁾		
Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)	+ 1,9	+ 9,1
Geleistete Arbeitsstunden	+ 1,9	+ 8,1
Gesamtumsatz ³⁾	+ 7,6	+ 16,6
darunter		
im Klempnerei-, Gas- und Wasserinstallationsgewerbe	+ 7,8	+ 15,1
in der Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen	+ 11,6	+ 16,9
in der Elektroinstallation	+ 7,3	+ 18,0
im Maler- und Lackierergewerbe	+ 3,0	+ 9,6

1) Gebietsstand vor dem 03.10.1990 einschließlich Berlin(West)

2) Aus der monatlichen Berichterstattung nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet.

3) ohne Umsatzsteuer.

4) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Tabelle 4 **Auftragseingang im Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hamburg 1989 und 1990 nach Bauarten**

Bauart	1990	1989	Veränderung in %
	1000 DM		
Hochbau	1 903 705	1 577 213	+ 20,7
davon für Wohnbauten	287 195	146 669	+ 95,8
gewerbliche und industrielle Bauten	1 477 635	1 286 786	+ 14,8
öffentliche und Verkehrsbauten	138 875	143 758	- 3,4
Tiefbau	943 290	883 659	+ 6,7
davon für den gewerblichen und industriellen Bau	256 046	171 463	+ 49,3
Straßenbau	286 325	246 788	+ 16,0
sonstigen öffentlichen und Verkehrsbau	400 919	465 408	- 13,9
Bauhauptgewerbe insgesamt	2 846 995	2 460 872	+ 15,7
davon aus dem 1. Quartal	745 354	548 264	+ 35,9
2. "	815 192	590 081	+ 38,1
3. "	716 678	778 096	- 7,9
4. "	569 771	544 431	+ 4,7

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

nehmen mit 20 und mehr Beschäftigten des Bauhauptgewerbes eine Höhe von 2,8 Milliarden DM; dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Plus von fast 16 Prozent. Die positive Gesamtentwicklung zeigt sich in fast allen Baubereichen. Im **Hochbau** lagen die nominellen Bestellwerte um gut ein Fünftel über der Summe des Vorjahres. Zusätzliche Nachfrageimpulse gingen vom Wohnungsbau aus. In diesem Sektor haben sich die Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Dies wird mit Sicherheit dazu beitragen, daß Produktion und Erlöse in dieser Bauparte expandieren werden. Hierfür spricht die Zahl der im Jahr 1990 erteilten Baugenehmigungen für Wohnungen, die im Vergleich zu 1989 auf das Dreifache angestiegen ist. Wachstumsimpulse gehen auch von den verschiedenen Maßnahmen des Staates zur Förderung des Wohnungsbaus aus.

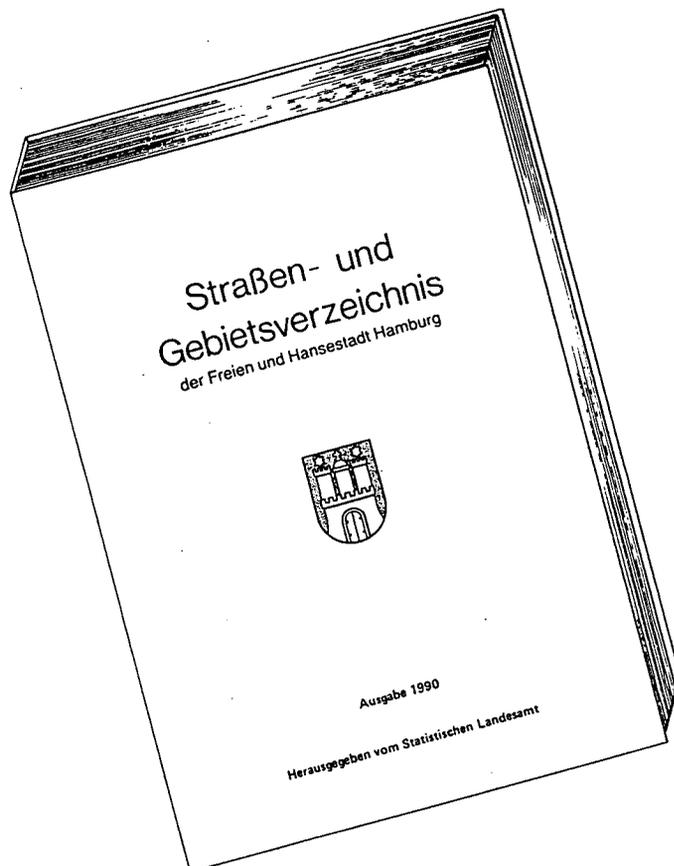
Hervorzuheben ist ferner die Investitionsbereitschaft im gewerblichen und industriellen Hochbau, so daß sich auch hier weiterhin rege Geschäftstätigkeiten für das Jahr 1991 ergeben werden. Die Bestellungen erhöhten sich, insbesondere durch größere Hochbauvorhaben im Bereich des Hamburger Flughafens sowie der Energieversorgung, um 15 Prozent auf 1,5 Milliarden DM; dies sind gut drei Viertel aller im Hochbau registrierten Auftragseingänge. Dagegen ist im öffentlichen Hochbau nach wie vor eine Nachfrageschwäche festzustellen, wozu der infolge der angespannten Haushaltslage knappe Mitteleinsatz der öffentlichen Hand beigetragen hat. Recht günstige Perspektiven ergeben sich auch im **Tiefbau**: Die Auftragseingänge sind um knapp sieben Prozent angewachsen, nachdem im Jahr zuvor schon eine starke Expansion (plus 22 Prozent) registriert wurde. Wie im Hochbau waren hierfür die

Auftragssteigerungen im gewerblichen und industriellen Tiefbau maßgebend. Es handelt sich dabei in erster Linie um größere Erdbauarbeiten im Bereich des industriellen Anlagebaus. Überraschend hoch waren die Aufwendungen für den Straßenbau, von denen der größte Teil Ausbau- und Reparaturarbeiten betrifft. Hier stieg der Bestellwert um 16 Prozent auf 286 Millionen DM. Die Summe entspricht einem Anteil von gut 30 Prozent an allen Auftragseingängen im Tiefbaubereich. Verschlechtert hat sich die Lage im „sonstigen“ öffentlichen Tiefbau. Die Auftragsvergaben in diesem Sektor sind im Gegensatz zum Vorjahr (plus 32 Prozent) um 14 Prozent gesunken. Der Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, daß 1989 eine Reihe von Großaufträgen der öffentlichen Hand zu verzeichnen waren, die 1990 keine Entsprechung fanden.

Johannes Marx

Straßenverzeichnis neu erschienen

Eine auf den neuesten Stand gebrachte Ausgabe des Straßen- und Gebietsverzeichnisses für die Freie und Hansestadt Hamburg ist jetzt vom Statistischen Landesamt veröffentlicht worden. Das Verzeichnis führt alle rund 8500 amtlich benannten Straßen, Brücken und übrigen Verkehrsflächen in Hamburg auf und gibt für diese die Stadt- und Ortsteile sowie eine geographische Lagebestimmung an. Darüber hinaus weist die Neuerscheinung die für die einzelnen Stadtgebiete jeweils zuständigen Postämter, Polizeireviere, Dienststellen der Bezirksverwaltung, Amtsgerichte und Grundbuchämter nach. Die Veröffentlichung enthält zudem eine Zusammenstellung der vorhandenen Kleingartenvereine.



Das Straßen- und Gebietsverzeichnis kann beim

Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12
2000 Hamburg 11

zum Preis von 15,- DM zuzüglich Porto und Verpackung bezogen werden (schriftliche Bestellungen erbeten).

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

– Strukturzahlen über die ausländische Bevölkerung aus der

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Hamburg	Nieder-sachsen
1	Ausländische Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	Anzahl %	4 145 575 100	75 884 1,8	147 383 3,6	265 163 6,4
Nach Alter von ... bis unter ... Jahren						
2	unter 15	Anzahl %	972 354 100	15 845 1,6	32 586 3,4	60 684 6,2
3	15 - 45	Anzahl %	2 334 738 100	45 093 1,9	86 539 3,7	151 597 6,5
4	45 - 65	Anzahl %	746 009 100	12 570 1,7	24 922 3,3	45 606 6,1
5	65 und mehr	Anzahl %	92 474 100	2 376 2,6	3 336 3,6	7 276 7,9
Nach Geschlecht						
6	männlich	Anzahl %	2 297 475 100	40 063 1,7	82 663 3,6	148 289 6,5
7	weiblich	Anzahl %	1 848 100 100	35 821 1,9	64 720 3,5	116 874 6,3
Nach Familienstand						
8	ledig	Anzahl %	1 837 927 100	32 468 1,8	66 199 3,6	119 502 6,5
9	verheiratet	Anzahl %	2 098 163 100	38 900 1,9	71 251 3,4	131 606 6,3
10	verwitwet	Anzahl %	79 800 100	1 698 2,1	3 108 3,9	5 685 7,1
11	geschieden	Anzahl %	129 685 100	2 818 2,2	6 825 5,3	8 370 6,5
Darunter nach Staatsangehörigkeit						
12	griechisch	Anzahl %	254 503 100	2 711 1,1	6 057 2,4	14 076 5,5
13	italienisch	Anzahl %	495 433 100	3 012 0,6	5 556 1,1	23 978 4,8
14	übrige EG-Staaten	Anzahl %	479 606 100	13 885 2,9	17 946 3,7	45 864 9,6
15	jugoslawisch	Anzahl %	545 371 100	4 293 0,8	17 637 3,2	22 201 4,1
16	türkisch	Anzahl %	1 422 732 100	29 569 2,1	50 899 3,6	89 738 6,3
Darunter nach Religionszugehörigkeit						
17	römisch-katholisch	Anzahl %	1 326 390 100	14 695 1,1	28 944 2,2	70 771 5,3
18	evangelisch ¹⁾	Anzahl %	185 137 100	9 680 5,2	6 995 3,8	21 542 11,6
19	jüdisch	Anzahl %	11 664 100	118 1,0	629 5,4	442 3,8
20	islamisch	Anzahl %	1 602 986 100	31 814 2,0	59 006 3,7	98 928 6,2
21	Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung insgesamt	Anzahl %	61 077 042 100	2 554 241 4,2	1 592 770 2,6	7 162 103 11,7
22	Anteil der ausländischen Bevölkerung (Ausländerquote)	%	6,8	3,0	9,3	3,7

1) Einschl. evangelisch-freikirchlich.

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

Volkszählung 1987 –

Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Lfd. Nr.
45 116 1,1	1 260 075 30,4	471 265 11,4	152 420 3,7	849 677 20,5	611 552 14,8	43 551 1,1	223 489 5,4	1
11 251 1,2	320 987 33,0	107 422 11,0	34 537 3,6	199 252 20,5	125 446 12,9	9 275 1,0	55 069 5,7	2
25 908 1,1	691 657 29,6	267 369 11,5	86 670 3,7	471 365 20,2	351 887 15,1	25 012 1,1	131 623 5,6	3
7 009 0,9	218 890 29,3	87 465 11,7	26 783 3,6	163 708 21,9	117 795 15,8	7 548 1,0	33 713 4,5	4
948 1,0	28 523 30,8	9 009 9,7	4 430 4,8	15 352 16,6	16 424 17,8	1 716 1,9	3 084 3,3	5
24 828 1,1	696 979 30,3	259 939 11,3	84 751 3,7	472 568 20,6	341 921 14,9	24 657 1,1	120 817 5,3	6
20 288 1,1	563 096 30,5	211 326 11,4	67 669 3,7	377 109 20,4	269 631 14,6	18 894 1,0	102 672 5,6	7
20 986 1,1	578 620 31,5	205 602 11,2	66 348 3,6	368 310 20,0	256 813 14,0	19 610 1,1	103 469 5,6	8
21 486 1,0	626 883 29,9	242 280 11,5	78 342 3,7	442 286 21,1	317 071 15,1	21 365 1,0	106 693 5,1	9
950 1,2	24 072 30,2	8 762 11,0	3 124 3,9	14 856 18,6	12 621 15,8	1 225 1,5	3 699 4,6	10
1 694 1,3	30 500 23,5	14 621 11,3	4 606 3,6	24 225 18,7	25 047 19,3	1 351 1,0	9 628 7,4	11
1 063 0,4	85 180 33,5	26 309 10,3	6 161 2,4	64 484 25,3	41 146 16,2	630 0,2	6 686 2,6	12
1 302 0,3	129 595 26,2	61 789 12,5	22 793 4,6	162 293 32,8	62 069 12,5	16 324 3,3	6 722 1,4	13
4 692 1,0	181 345 37,8	58 551 12,2	21 439 4,5	73 653 15,4	40 708 8,5	8 096 1,7	13 427 2,8	14
3 415 0,6	120 259 22,1	63 561 11,7	14 960 2,7	164 214 30,1	104 920 19,2	1 355 0,2	28 556 5,2	15
23 244 1,6	492 841 34,6	135 714 9,5	48 175 3,4	245 426 17,3	188 006 13,2	7 457 0,5	111 663 7,8	16
7 690 0,6	362 342 27,3	154 262 11,6	58 821 4,4	346 803 26,1	222 694 16,8	25 378 1,9	33 990 2,6	17
2 386 1,3	44 342 24,0	21 223 11,5	8 595 4,6	33 229 17,9	27 331 14,8	1 907 1,0	7 907 4,3	18
121 1,0	2 905 24,9	1 962 16,8	261 2,2	1 141 9,8	2 135 18,3	133 1,1	1 817 15,6	19
23 574 1,5	559 255 34,9	165 474 10,3	56 493 3,5	267 321 16,7	209 590 13,1	9 341 0,6	122 190 7,6	20
660 084 1,1	16 711 845 27,4	5 507 777 9,0	3 630 823 5,9	9 286 387 15,2	10 902 643 17,9	1 055 660 1,7	2 012 709 3,3	21
6,8	7,5	8,6	4,2	9,1	5,6	4,1	11,1	22

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

– Strukturzahlen über die ausländische Bevölkerung aus der

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen
23	Ausländische Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren	Anzahl %	3 080 747 100	57 663 1,9	111 461 3,6	197 203 6,4
24	Mit höchstem allgemeinen Schulabschluß	Anzahl %	2 959 023 100	55 437 1,9	107 665 3,6	188 709 6,4
25	Volksschule/Hauptschule	Anzahl %	2 076 507 100	33 429 1,6	63 133 3,0	125 126 6,0
26	Realschule oder gleichwertiger Abschluß	Anzahl %	404 477 100	10 387 2,6	19 466 4,8	31 408 7,8
27	Fachhochschul-/Hochschulreife	Anzahl %	478 039 100	11 621 2,4	25 066 5,2	32 175 6,7
28	Schüler ohne Schulabschluß	Anzahl %	121 724 100	2 226 1,8	3 796 3,1	8 494 7,0
29	Ausländische Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 15 Jahren und mehr	Anzahl %	3 173 221 100	60 039 1,9	114 797 3,6	204 479 6,4
	Darunter					
30	Erwerbspersonen	Anzahl %	2-110 254 100	37 753 1,8	74 804 3,5	127 825 6,1
31	Erwerbstätige zusammen	Anzahl %	1 853 883 100	31 276 1,7	59 012 3,2	106 415 5,7
	Darunter nach (ausgewählten) Wirtschaftsbereichen					
32	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl %	20 191 100	949 4,7	580 2,9	2 355 11,7
33	Produzierendes Gewerbe ²⁾	Anzahl %	1 111 836 100	14 993 1,3	21 510 1,9	61 231 5,5
34	Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Anzahl %	208 875 100	4 367 2,1	14 024 6,7	11 040 5,3
	Darunter nach (ausgewählter) Stellung im Beruf					
35	Selbständige	Anzahl %	105 355 100	2 554 2,4	4 133 3,9	7 219 6,9
36	Angestellte, einschl. Auszubildende kfm/techn.	Anzahl %	399 606 100	8 935 2,2	17 478 4,4	23 948 6,0
37	Arbeiter, einschl. Auszubildende gewerblich	Anzahl %	1 314 343 100	18 542 1,4	36 098 2,7	72 534 5,5
38	Erwerbslose	Anzahl %	256 371 100	6 477 2,5	15 792 6,2	21 410 8,4
39	Privathaushalte mit ausländischer Bezugsperson 3)	Anzahl %	1 597 751 100	28 585 1,8	59 077 3,7	101 959 6,4
	mit ... Haushaltsmitgliedern					
40	1	Anzahl %	511 437 100	9 333 1,8	22 033 4,3	32 130 6,3
41	2	Anzahl %	307 325 100	5 698 1,9	11 846 3,9	19 158 6,2
42	3	Anzahl %	270 298 100	4 868 1,8	9 364 3,5	17 067 6,3
43	4	Anzahl %	276 736 100	4 732 1,7	9 057 3,3	17 784 6,4
44	5 und mehr	Anzahl %	231 955 100	3 954 1,7	6 777 2,9	15 820 6,8

2) Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.

3) Bezugsperson ist die Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Heft 5, S. 18/19

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

Volkszählung 1987 –

Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Lfd. Nr.
32 917 1,1	910 565 29,6	354 834 11,5	113 453 3,7	635 073 20,6	469 682 15,2	32 560 1,1	165 336 5,4	23
31 494 1,1	864 570 29,2	342 426 11,6	109 980 3,7	613 085 20,7	456 370 15,4	31 446 1,1	157 841 5,3	24
20 516 1,0	628 140 30,2	223 154 10,7	79 090 3,8	465 309 22,4	320 529 15,4	23 486 1,1	94 595 4,6	25
5 574 1,4	109 358 27,0	54 244 13,4	13 458 3,3	71 943 17,8	57 001 14,1	3 186 0,8	28 452 7,0	26
5 404 1,1	127 072 26,6	65 028 13,6	17 432 3,6	75 833 15,9	78 840 16,5	4 774 1,0	34 794 7,3	27
1 423 1,2	45 995 37,8	12 408 10,2	3 473 2,9	21 988 18,1	13 312 10,9	1 114 0,9	7 495 6,2	28
33 865 1,1	939 088 29,6	363 843 11,5	117 883 3,7	650 425 20,5	486 106 15,3	34 276 1,1	168 420 5,3	29
21 032 1,0	582 170 27,6	246 624 11,7	75 237 3,6	460 438 21,8	347 605 16,5	19 721 0,9	117 045 5,5	30
16 234 0,9	499 194 26,9	222 807 12,0	65 652 3,5	422 486 22,8	314 845 17,0	15 704 0,8	100 258 5,4	31
132 0,7	4 794 23,7	2 190 10,8	1 305 6,5	3 788 18,8	2 898 14,4	93 0,5	1 107 5,5	32
8 612 0,8	312 172 28,1	116 822 10,5	37 013 3,3	294 125 26,5	187 351 16,9	9 214 0,8	48 793 4,4	33
2 672 1,3	52 360 25,1	34 417 16,5	5 995 2,9	36 835 17,6	35 098 16,8	1 628 0,8	10 439 5,0	34
904 0,9	28 553 27,1	13 253 12,6	4 463 4,2	16 718 15,9	20 711 19,7	1 298 1,2	5 549 5,3	35
3 855 1,0	104 089 26,0	58 866 14,7	14 570 3,6	67 940 17,0	73 335 18,4	3 775 0,9	22 815 5,7	36
11 030 0,8	356 768 27,1	146 233 11,1	45 118 3,4	331 443 25,2	215 454 16,4	10 200 0,8	70 923 5,4	37
4 798 1,9	82 976 32,4	23 817 9,3	9 585 3,7	37 952 14,8	32 760 12,8	4 017 1,6	16 787 6,5	38
17 184 1,1	462 833 29,0	183 244 11,5	59 096 3,7	332 455 20,8	250 436 15,7	17 179 1,1	85 703 5,4	39
5 806 1,1	133 642 26,1	60 668 11,9	17 106 3,3	107 931 21,1	87 836 17,2	5 239 1,0	29 713 5,9	40
3 101 1,0	86 284 28,1	35 407 11,5	11 820 3,8	62 194 20,2	52 048 16,9	3 173 1,0	16 596 5,4	41
2 786 1,0	79 441 29,4	31 490 11,7	10 575 3,9	55 711 20,6	41 786 15,5	3 084 1,1	14 126 5,2	42
2 692 1,0	82 555 29,8	31 633 11,4	10 677 3,9	60 897 22,0	40 488 14,6	2 968 1,1	13 253 4,8	43
2 799 1,2	80 911 34,9	24 046 10,4	8 918 3,8	45 722 19,7	28 278 12,2	2 715 1,2	12 015 5,2	44

Hamburg heute und gestern

Im **Tischlereihandwerk** arbeiteten 1990 in Hamburg gut 2500 Personen, das sind 16 Prozent weniger als 1976. Der Jahresumsatz der Tischlereien ist um die Hälfte auf über 300 Millionen DM gestiegen, wobei allerdings Preissteigerungen eine erhebliche Rolle gespielt haben dürften. Im Durchschnitt wurden rund 120 000 DM je Beschäftigten (einschließlich Inhaber) umgesetzt. Diese Quote ist gegenüber 1976 um fast vier Fünftel – also deutlicher als das nominale Umsatzwachstum – gestiegen, was auf eine höhere Arbeitsproduktivität durch verstärkten Maschineneinsatz in den Unternehmen schließen läßt.

Bundesweit (Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990) hat das Tischlereihandwerk 1990 günstiger als in Hamburg abgeschnitten. Mit rund 184 500 Beschäftigten gab es im Vergleich zur 1977 durchgeführten Handwerkszählung nur sieben Prozent weniger Beschäftigte. Der 1990 erzielte Umsatz von gut 22,7 Milliarden DM überstieg den entsprechenden Wert des Jahres 1976 um drei Viertel. Der Jahresumsatz je Beschäftigten entsprach mit 123 000 DM (1990) und 65 000 DM (1976) in etwa dem Niveau in Hamburg.

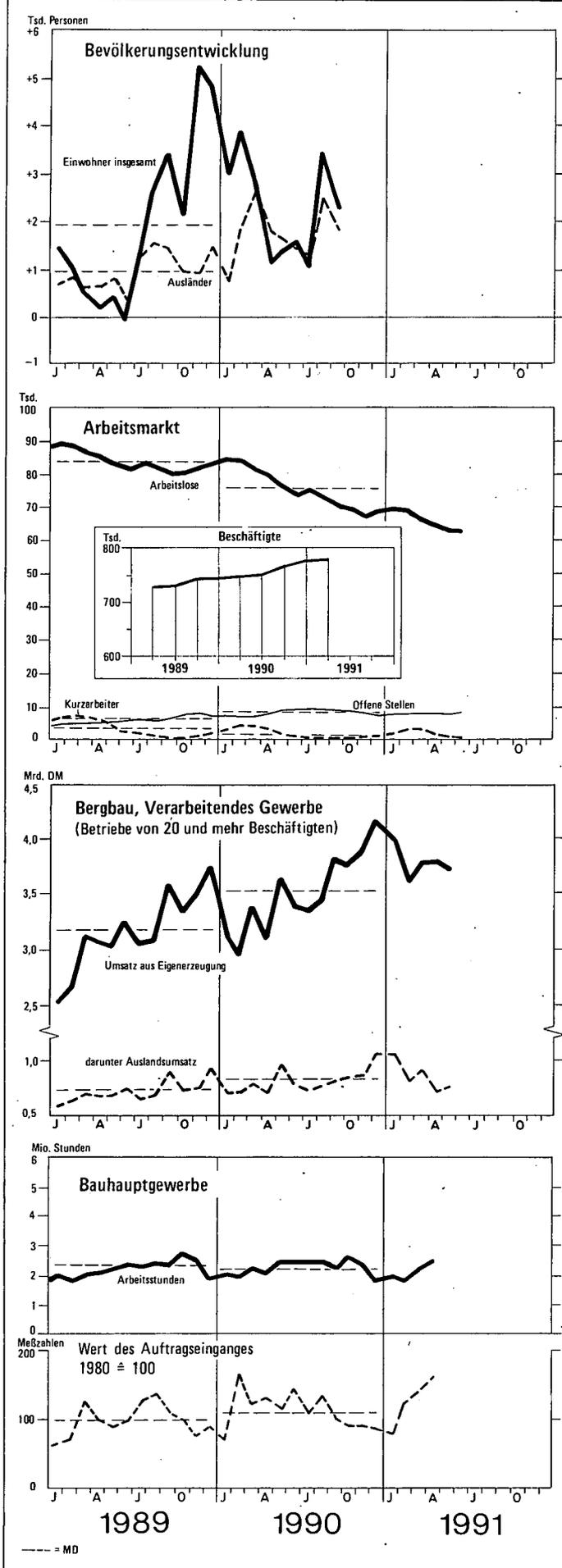
1960 wurden 222 000 Tonnen **Papier und Pappe** im Wert von 149 Millionen DM über **Hamburg in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt**. Mehr als 90 Prozent dieser Menge wurden aus den drei nordischen Ländern Norwegen, Schweden und vor allem aus Finnland bezogen. Importe aus überseeischen Gebieten spielten damals mit weniger als 20 000 Tonnen nur eine untergeordnete Rolle.

In den folgenden drei Jahrzehnten gewann die Einfuhr von Papier und Pappe ständig an Bedeutung. 1990 wurden knapp eine Million Tonnen im Wert von 1,2 Milliarden DM über den Hafen der Hansestadt eingeführt. Hauptlieferanten waren auch im

vergangenen Jahr die skandinavischen Staaten – nunmehr insbesondere Schweden –, aus denen mit 741 000 Tonnen nahezu drei Viertel der gesamten Einfuhren angelandet wurden. Aus Nordamerika, vornehmlich aus den USA, kam rund ein Fünftel (223 000 Tonnen). Hamburg und seine nähere Umgebung sind Sitz bedeutender Verlagshäuser und großer Druckereien mit einem erheblichen Papierbedarf. So ist es nicht verwunderlich, daß 1990 (wie auch schon 1960) mehr als die Hälfte auf den Empfang von Druckpapier entfiel. Eine wesentliche Rolle spielte auch der Import von Packpapier mit einem Anteil von rund einem Sechstel an der Gesamteinfuhr.

Neue Schriften

In seiner Dissertation „**Zentrenentwicklung in einkernigen Großstadtreionen**“ beschäftigt sich P. M. Busse (Universität Hamburg 1990) mit der Zentrenkonkurrenz zwischen City und peripheren Standorten und greift damit ein Thema auf, mit dem sich seit mehr als einem Jahrzehnt die Raumordnung und Raumforschung beschäftigt. Staatliches und kommunales Handeln im Kontext der Raumentwicklung richtete sich bisher vor allem an diesem Spannungsfeld aus. Probleme von Bezirks- und Stadtteilzentren fanden dagegen nur geringere Beachtung. Dennoch sind gerade sie maßgeblich daran beteiligt, die Versorgungs- und Wohnqualität der Einwohnern von Stadtreionen zu sichern. Die Arbeit geht diesen Problemstellungen nach und zeigt dabei insbesondere Wirkungsweisen einzelner Determinanten der Zentrenentwicklung im Zeitverlauf auf. Zur Überwindung der dabei üblichen isolierten Betrachtungsweise entwickelte der Verfasser ein Lebenszyklusmodell von Zentren, das im theoretischen Teil der Arbeit dargestellt und im empirischen Teil vielfach überprüft wurde. Zum einen erhalten Status-quo-Analysen und -Prognosen mit dieser verdichteten Darstellung



t in Hamburg

eine besondere Aussagekraft. Zum anderen lassen sich hieraus für die Praktiker der Stadtplanung und Stadtentwicklung Handlungsnotwendigkeiten ableiten. Anhand der Großstadtreionen Frankfurt am Main, Hannover und Hamburg wurden in dieser Arbeit das raumstrukturierende Verhalten von Nachfragern und Anbietern von zentralen Diensten, von kommunalen Gebietskörperschaften und dem Staat jeweils vor dem Hintergrund sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen aufgezeigt. Am Schluß der Untersuchung werden die praktischen Nutzeffekte der modelltheoretischen Überlegungen und der empirischen Ergebnisse dargestellt sowie Ansätze für weitergehende Forschungsarbeiten aufgezeigt.

In der Veröffentlichung „**Bevölkerungsentwicklung und Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2040**“ von Eberhard Umbach aus der Reihe „Soziologische Forschungen“ (herausgegeben am Institut für Soziologie der Technischen Universität Berlin) werden die Ergebnisse eines Forschungsprojekts an der Technischen Universität Berlin dargestellt. Die Ausgangsfrage ist, die Auswirkungen des allgemeinen Geburtenrückganges auf die verschiedensten Lebensbereiche zu untersuchen: Sind eher positive Konsequenzen (Entlastung der Umwelt, Rückgang der Arbeitslosigkeit) zu erwarten oder sind schwierige Anpassungsleistungen, die auch mißlingen können, wahrscheinlich? Es werden zwei alternative Szenarien entwickelt, die sich vor allem in den Annahmen der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung unterscheiden. Diskutiert wird auch, wie sich die Lebensbedingungen durch eine mögliche massive Zunahme der Zuwanderungen in die Bundesrepublik verändern könnten und wie durch Steuerungsmaßnahmen Einfluß auf diese Entwicklungen genommen werden könnte.

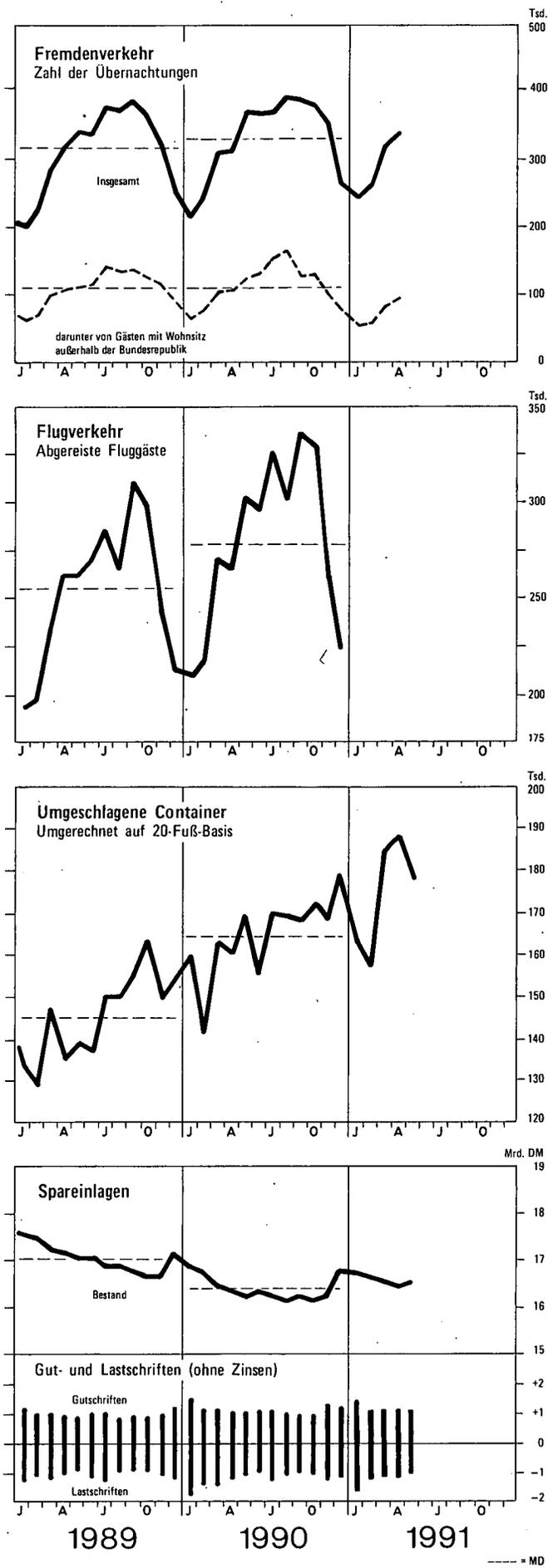
In Kürze

Einer verstärkten Nachfrage nach Regionaldaten über Sozialleistungen folgend werden die **Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen** ab Berichtsjahr 1989 im Jahresbericht K11-j 89 ausführlicher nachgewiesen, und zwar für alle Kern- und Ortsamtsgebiete sowie zwei Ortsdienststellen. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerung am Anfang des Jahres waren im Durchschnitt von 10 000 Hamburgern 905 Sozialhilfeempfänger der genannten Kategorie. Mehr als anderthalb mal höher war die Relation bei der Ortsdienststelle (OD) St. Pauli (2388), im Kerngebiet (KG) Hamburg-Mitte (1768), im Ortsamtsgebiet (OA) Wilhelmsburg (1627), im OA Veddel-Rothenburgsort (1520) und im OABillstedt (1474). Am anderen Ende der Skala kamen im OA Vier- und Marschlande nur 199 dieser Hilfeempfänger auf 10 000 der Bevölkerung, 240 im OA Waldsdorfer, 301 im OA Alstertal, 586 im KG Hamburg-Nord und 597 im OA Lokstedt. Dazwischen lagen – ebenfalls noch mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Hilfeempfängern an der Bevölkerung – die Gebiete OA Süderelbe (1259), OA Stellingen (955), OD Farmsen-Berne (921), OA Bramfeld (920) und KG Altona (909).

Der Draht zum StaLa

Amtsleiter	3681-1710
Auskünfte	3681-1738
	1766
	1768
 Leitseite * 36 502 #	
 Teiln.-Nr. 040 365038	
Telefax	(040) 3681-1700

Veröffentlichungen	3681-1719
Bibliothek	3681-1742
Für Thema:	
Jahrbuch:	
Indikatoren zum	
Großstädtevergleich	3681-1738
Literaturhinweis	3681-1703
Baugewerbe 1990	3681-1830



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1988	1989	1989			1990			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck ²⁾	hPa	1 011,2	1 016,3	1 018,8	1 015,1	1 016,9	1 017,4	1 013,6	1 012,2	1 011,3
Lufttemperatur	°C	9,7	10,8	16,1	11,8	4,8	19,1	13,2	11,5	5,9
Relative Luftfeuchtigkeit	%	75	74	76	81	81	67	80	77	89
Wind ³⁾	Stärke	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung ⁴⁾	Grade	5,5	5,1	4,6	5,3	4,1	4,3	6,0	5,0	6,8
Summenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	61,3	56,7	31,3	59,9	24,5	87,9	93,1	38,1	112,7
Sonnenscheindauer	Std.	110,0	142,8	159,8	106,3	109,9	236,2	85,7	125,0	27,4
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	8	6	2	6	8	1	4	3	19
Tage mit Niederschlägen	"	21	16	14	24	14	17	24	14	24
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand										
Bevölkerung ⁵⁾	1000	1 597,3	1 610,0	1 614,0	1 616,1	1 621,4	1 644,6	1 646,8
und zwar männlich	"	749,1	757,2	759,5	761,2	764,4	778,7	780,3
weiblich	"	848,2	852,8	854,4	854,9	857,0	865,8	866,6
Ausländer	"	159,0	169,2	172,5	173,4	174,3	189,6	191,4
Bezirk Hamburg-Mitte	"	220,1	225,6	226,5	227,3	228,3	234,9	235,5
Bezirk Altona	"	226,1	227,7	228,1	228,6	229,6	232,6	233,2
Bezirk Eimsbüttel	"	226,8	228,0	228,7	229,2	229,8	231,0	231,1
Bezirk Hamburg-Nord	"	273,6	274,3	274,5	274,5	275,1	278,2	278,3
Bezirk Wandsbek	"	376,6	378,6	379,3	379,6	380,7	384,9	385,3
Bezirk Bergedorf	"	94,8	95,7	95,8	95,8	96,1	98,1	98,3
Bezirk Harburg	"	178,1	180,1	181,0	181,1	181,7	184,9	185,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁶⁾	Anzahl	316	790	1 125	783	556	1 170	964	808	648
* Lebendgeborene ⁷⁾	"	1 280	1 278	1 226	1 293	1 382	1 375	1 332	1 645	1 618
* Gestorbene ⁸⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 766	1 770	1 440	1 910	1 800	1 662	1 611	1 545	1 855
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	10	9	7	12	9	11	5	7
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	"	486	492	214	623	418	287	279	100	237
* Eheschließungen	je 1000	6,1	5,9	8,5	5,7	4,2	8,4	7,1
* Lebendgeborene	Einwohner	9,6	9,5	9,3	9,4	10,6	9,9	9,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	und	13,3	13,2	10,9	14,0	13,5	11,9	11,9
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	1 Jahr	3,6	3,7	1,6	4,5	3,1	2,1	2,1
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000	7,7	7,8	7,3	5,4	8,7	6,5	8,3	3,0	4,3
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	6 297	7 691	9 075	8 262	11 156	9 983	7 971
* Fortgezogene Personen	"	5 071	5 269	5 445	5 495	5 503	6 252	5 406
* Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	1 226	2 421	3 630	2 767	5 653	3 731	2 565
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	11 080	11 228	10 755	9 200	12 418	10 796	8 570
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus										
Schleswig-Holstein	"	1 410	1 334	1 322	1 349	1 434	1 509	1 083
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	978	918	841	800	877	957	668
Niedersachsen	"	863	1 303	1 390	1 349	1 509	1 124	836
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	337	325	322	260	308	365	244
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 151	1 159	1 456	2 890	5 121	1 356	2 334
Ausland	"	2 873	3 894	4 907	2 674	3 092	5 994	3 718
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	"	1 623	1 646	1 582	1 742	1 721	1 727	1 634
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 228	1 232	1 171	1 276	1 272	1 243	1 133
Niedersachsen	"	837	862	839	1 044	894	950	803
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	436	437	408	467	438	523	454
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 006	1 077	1 247	1 398	1 132	1 101	1 241
Ausland	"	1 605	1 690	1 777	1 311	1 756	2 474	1 728
c) Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	213	312	260	393	287	218	551
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	250	314	330	476	395	286	465
Niedersachsen	"	26	441	551	305	615	174	33
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	99	112	86	207	130	158	210
Umland insgesamt ¹¹⁾	"	349	426	416	683	525	444	675
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	145	87	209	1 492	3 989	255	1 093
Ausland	"	1 268	2 204	3 130	1 363	1 336	3 520	1 990
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (—)	Anzahl	740	1 929	3 416	2 144	5 235	3 444	2 286
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (—)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	5,6	14,4	25,8	15,6	39,3	24,7	16,9
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten ¹³⁾	Anzahl	12 153	11 968
Betten ¹³⁾	"	14 249	14 235
Bettenausnutzung	%	86,4	85,3
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	469 876	463 578	434 023	401 794	417 956	672 605	408 997	386 122	461 926

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987. — ⁶⁾ nach dem Ereignisort. — ⁷⁾ von Müttern mit alleiniger oder Hauptwohnung. — ⁸⁾ mit letzter alleiniger oder Hauptwohnung. — ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹¹⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. — ¹²⁾ staatliche, freigemeinnützige, private und somatische Krankenhäuser bzw. Abteilungen in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. — ¹³⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	605 485	599 591	680 385	588 228	600 913	562 726	594 951	634 494	603 816
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"	81 740	86 358	88 714	90 964	96 788	90 599	87 409	102 246	99 640
Besucher der Lesesäle	"	32 237	31 227	33 353	32 521	34 274	34 494	31 583	37 863	34 446
HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung	"									
Besucher der Bibliothek und Archive	"	5 284	5 251	6 487	5 815	6 141	5 415	6 158	5 607	5 655
Commerzbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"	2 596	2 719	2 948	2 630	2 659	2 816	3 306	2 993	2 902
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 592	1 783	1 824	1 720	1 899	1 809	2 005	1 953	1 810
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	88 945	92 321	85 650	115 343	99 187	81 317	96 286	97 460	95 132
davon Hamburger Kunsthalle	"	15 487	17 202	12 935	30 212	36 782	11 809	14 292	14 090	14 691
Altonaer Museum in Hamburg	"									
Norddeutsches Landesmuseum	"	8 450	8 819	8 796	10 586	8 045	6 774	8 791	8 939	8 087
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	8 135	11 172	9 978	11 868	5 871	7 259	14 234	15 767	22 790
Hamburger Museum für Archäologie und die Stadtgeschichte Harburgs	"									
Museum für Hamburgische Geschichte	"	5 328	6 277	6 385	5 750	5 200	7 404	7 116	5 870	4 796
Museum für Kunst und Gewerbe	"	19 956	18 242	15 570	19 678	17 550	13 577	16 193	16 865	18 779
Planetarium	"	18 219	17 139	16 913	21 778	13 323	23 705	21 277	21 172	11 629
Bischofsburg	"	11 494	11 503	13 398	12 780	9 796	9 397	12 661	12 108	11 169
	"	1 876	1 967	1 675	2 691	2 620	1 392	1 722	2 649	3 191
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	83 457	75 493	80 953	79 074	76 140	68 469	65 400	64 066	62 575
* davon Männer	"	48 634	43 854	47 155	46 012	44 374	40 888	39 123	38 175	37 381
Frauen	"	34 823	31 639	33 798	33 062	31 766	27 581	26 277	25 891	25 194
Arbeitslosenquote	%	11,7	10,5	11,2	11,0	10,6	9,4	9,0	8,8	8,6
Kurzarbeiter	Anzahl	3 142	1 812	4 312	3 263	1 783	2 967	2 824	1 260	711
Arbeitsuchende										
Arbeitsuchende ¹⁾ insgesamt	"	102 183	95 381	101 207	98 234	95 968	88 280	86 237	84 372	83 066
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	7 061	6 429	6 807	6 734	6 509	5 550	5 357	5 328	5 136
Offene Stellen										
	"	6 134	8 218	7 203	8 239	9 049	7 446	7 530	7 535	7 820
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	971	1 005	925	1 151	1 180	919	1 046
* dar. an Molkereien geliefert	%	94,6	94,8	93,5	96,7	97,5	94,5	94,3
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,9	12,0	15,4	15,3	13,0	13,4
Schlachtungen von Inlandtieren²⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	3,5	4,6	2,5	2,0	2,1	7,3	7,4	7,8	6,7
* Kälber	"	1,8	2,6	3,2	2,9	2,6	3,7	4,0	4,4	4,5
* Schweine	"	17,6	21,9	16,0	15,5	19,9	24,8	27,8	28,5	24,2
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	2 727	3 568	2 544	2 241	2 619	4 842	5 310	5 479	4 862
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 067	1 356	805	596	651	2 210	2 325	2 382	2 022
* Kälber	"	208	353	455	395	356	521	565	602	627
* Schweine	"	1 450	1 855	1 279	1 248	1 609	2 107	2 414	2 491	2 206
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	134 004	134 679	133 456	133 113	r 133 707	136 018	136 084	135 924	135 857
* dar. Arbeiter ⁶⁾	"	70 717	71 141	70 194	70 081	r 70 163	71 818	71 511	71 337	71 312
* Geleistete Arbeiterstunden ⁷⁾	1000	9 597	9 564	10 046	9 164	r 9 558	9 712	9 513	9 881	9 426
* Brutto Lohnsumme	Mio. DM	257	273	250	246	r 297	255	262	272	336
* Bruttogehaltssumme	"	367	386	359	362	r 394	368	387	392	422
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁸⁾)	"	6 619	7 507	7 371	6 791	r 7 290	7 580	8 190	8 322	8 008
dar. Auslandsumsatz	"	871	1 026	956	880	r 1 142	973	1 034	911	983
* Kohleverbrauch ⁹⁾	1000 tSK ⁹⁾	6	7	8	8	r 8	7	5	5	5
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	1000 m ³	96 647	94 026	104 994	104 994	104 994	100 439	115 189	115 189	115 189
* Stromverbrauch ¹⁰⁾	Mio. kWh	1 147	1 176	1 163	1 163	1 163	1 210	1 205	1 205	1 205
* Heizölverbrauch ¹⁰⁾	1000 t	53	55	58	58	58	61	65	65	65
* davon leichtes Heizöl ¹⁰⁾	"	5	6	7	7	7	6	7	7	7
* schweres Heizöl ¹⁰⁾	"	48	49	52	52	52	55	58	58	58

¹⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - ²⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. - ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁵⁾ einschl. Bergbau. - ⁶⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. - ⁷⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. - ⁸⁾ ohne Umsatzsteuer; Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betrieben. - ⁹⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. - ¹⁰⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den Mai-Spalten der Jahre 1990 und 1991 beziehen sich jeweils auf das erste 1. Vierteljahr des Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige	Mio. DM	3 171	3 515	3 382	3 129	3 638	3 589	3 783	3 786	3 656
Umsatz aus Eigenherzeugung ¹⁾										
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	1 474	1 631	1 626	1 420	1 649	1 702	1 728	1 846	1 787
Investitionsgütergewerbe	"	1 038	1 180	1 072	1 031	1 319	1 083	1 318	1 141	1 093
Verbrauchsgütergewerbe	"	142	162	169	157	150	181	168	181	175
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	517	543	515	521	520	623	569	618	600
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	20 776	21 315	20 859	20 950	21 254	21 573	21 680	21 895	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	15 912	16 318	15 966	16 055	16 270	16 501	16 595	16 770	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 192	2 172	2 127	2 063	2 382	1 767	2 166	2 477	...
* davon für Wohnungsbau	"	442	444	397	397	486	321	487	555	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	1 010	1 059	1 106	1 029	1 171	1 117	1 115	1 245	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	740	669	624	637	725	329	564	677	...
* Brutto Lohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	57	64	54	58	65	41	63	70	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	19	22	19	20	21	21	20	22	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	289	320	257	275	306	212	277	325	...
davon im Wohnungsbau	"	49	49	30	34	48	43	53	49	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	146	176	151	168	166	122	156	204	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	94	95	76	74	92	47	69	71	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 730	8 892	8 735	8 679	8 738	9 047	9 042	9 074	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	6 928	7 090	6 969	6 950	6 979	7 179	7 156	7 192	...
Geleistete Arbeitsstunden	1000	996	1 015	1 028	962	1 052	962	1 012	1 050	...
Brutto Lohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	24	25	23	23	26	23	25	26	...
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	8	9	8	8	8	8	9	9	...
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	88	95	82	79	86	102	85	100	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	97	101	80	60	70	124	167	230	205
* Stromverbrauch	"	991	1 004	1 066	959	932	1 131	1 077	1 021	996
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 737	1 824	2 163	1 788	1 189	3 427	2 505	2 422	2 129
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	83,5	...	80,7
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	95,9	...	85,2
Investitionsgütergewerbe	"	91,4	...	97,4
Verbrauchsgütergewerbe	"	85,2	...	87,3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	60,9	...	58,4
Bauhauptgewerbe	"	76,8	...	72,9
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	123	206	/	/	...	/	/	/	...
dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	116	164	/	/	...	/	/	/	...
* Rauminhalt	1000 m ³	131	256	/	/	...	/	/	/	...
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	41,0	91,7	/	/	...	/	/	/	...
* Wohnfläche	1000 m ²	22,4	48,0	/	/	...	/	/	/	...
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	17	27	/	/	...	/	/	/	...
* Rauminhalt	1000 m ³	305	323	/	/	...	/	/	/	...
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	98,0	101,0	/	/	...	/	/	/	...
* Nutzfläche	1000 m ²	59,4	56,0	/	/	...	/	/	/	...
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	276	738	/	/	...	/	/	/	...
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	109	111	/	/	...	/	/	/	...
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	12	14	/	/	...	/	/	/	...
Rauminhalt	1000 m ³	180	223	/	/	...	/	/	/	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	271	236	/	/	...	/	/	/	...
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	210	211	/	/	...	/	/	/	...
Wohnungen	"	787	790	/	/	...	/	/	/	...

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ nach den fortgeschriebenen Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987. Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mal	Februar	März	April	Mal	
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	108,6	115,9	.	.	115,6	120,2	.	.	124,4
Wohngebäude insgesamt	"	108,7	116,1	.	.	115,8	120,3	.	.	124,5
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	108,5	115,7	.	.	115,4	120,0	.	.	124,3
Mehrfamiliengebäude	"	108,8	116,0	.	.	115,6	120,3	.	.	124,3
Gemischt genutzte Gebäude	"	110,1	116,6	.	.	116,3	120,8	.	.	124,1
Bürogebäude	"	110,0	117,0	.	.	116,6	120,9	.	.	124,2
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	110,0	117,0	.	.	116,6	120,9	.	.	124,2
Wohngeld										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 790	63 288	61 946	64 037	65 575	60 402	64 935
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	9 174,8	10 321,9	9 853,0	10 432,6	10 784,9	10 252,4	11 291,0
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausfuhr des Landes Hamburg ²⁾	Mio. DM	998	1 002	1 109	865	1 093	1 437	1 062
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	106	116	106	74	143	201	163
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	892	886	1 003	791	950	1 236	899
* davon Rohstoffe	"	7	6	9	5	5	11	6
* Halbwaren	"	119	129	121	80	125	138	123
* Fertigwaren	"	766	751	873	706	820	1 087	770
* davon Vorerzeugnisse	"	112	101	109	85	120	98	101
* Enderzeugnisse	"	654	650	764	621	700	989	670
* nach Europa	"	704	710	818	563	772	1 116	694
* dar. EG-Länder ⁴⁾	"	474	485	575	388	518	885	475
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure ⁵⁾										
Einfuhr	"	4 598	4 959	4 448	3 819	4 555
davon Europa	"	2 701	2 979	2 736	2 085	2 640
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 080	2 239	2 113	1 474	1 909
Außereuropa	"	1 897	1 980	1 712	1 734	1 915
Ausfuhr	"	3 039	2 980	3 295	2 194	3 146
davon Europa	"	2 289	2 217	2 494	1 531	2 292
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 769	1 650	1 919	1 118	1 652
Außereuropa	"	750	763	801	663	854
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1986 = 100	103,9	107,5	112,3	101,7	110,9	98,2	107,4
* davon Binnengroßhandel	"	98,8	111,9	113,7	105,6	110,3	106,0	114,3
* Außenhandel	"	108,4	103,6	111,0	98,1	111,5	91,4	101,2
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1986 = 100	110,0	122,4	123,4	115,9	117,8	123,4	139,9	142,0	...
darunter Warenhäuser	"	106,0	114,4	104,0	100,9	101,1	100,7	111,1	104,7	...
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	120,4	131,0	125,8	127,5	137,9	115,7	134,0	139,2	...
darunter Beherbergungsgewerbe	"	129,1	143,9	143,7	130,5	155,5	128,6	149,5	151,3	...
Gaststättengewerbe	"	118,2	127,0	123,1	125,8	131,1	110,8	131,8	135,3	...
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen von Gästen	1000	164	174	161	163	195	138	163	179	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	55	56	52	56	64	29	40	48	...
* Fremdenübernachtungen von Gästen	"	316	330	308	311	373	261	319	337	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	110	108	103	106	122	58	82	94	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 059	1 111	1 090	1 030	1 180	990	1 170	1 130	1 150
Angekommene Schiffe	1000 t	4 799	5 134	5 072	4 137	5 366	4 933	5 537	5 449	5 437
Güterverkehr über See	"	3 053	3 310	3 203	2 584	3 559	3 356	3 705	3 510	3 779
davon Empfang	"	1 016	1 127	1 168	1 101	1 235	1 163	1 286	1 345	1 263
dar. Sack- und Stückgut	"	1 746	1 824	1 869	1 552	1 808	1 576	1 832	1 939	1 657
Versand	"	1 175	1 253	1 290	1 208	1 293	1 102	1 252	1 238	1 249
dar. Sack- und Stückgut	"	1 175	1 253	1 290	1 208	1 293	1 102	1 252	1 238	1 249
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	144 080	164 082	162 261	158 769	167 929	156 992	184 838	187 724	177 439
in Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t	1 421	1 632	1 659	1 628	1 699	1 543	1 800	1 846	1 739
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	347	383	441	362	404	117	455
* Güterversand	"	344	370	444	366	373	129	416
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	9 019	9 448	9 379	9 177	10 116	7 082	8 078	8 590	9 528
Fluggäste	"	508 263	555 471	535 460	533 023	601 737	349 082	460 151	507 250	561 606
Fracht	t	3 076	3 402	3 640	3 185	3 231	2 538	3 278	3 027	3 018
Luftpost	"	1 343	1 378	1 439	1 201	1 249	1 354	1 385	1 456	1 376
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	25 640	25 990	27 089	26 777	27 028	...
Busse (ohne Private)	"	19 297	20 377	20 925	20 764	20 879	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mal	Februar	März	April	Mal
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 521	7 257	9 212	7 913	8 590	7 187	9 783	9 492	p 9 633
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 938	6 547	8 099	6 914	7 673	6 620	8 575	8 325	p 8 516
* Lastkraftwagen	"	376	468	620	606	483	393	553	644	p 605
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	932	924	820	940	1 028	p 520	p 648	p 858	p 899
* Getötete Personen	"	10	9	5	8	10	p 7	p 7	p 3	p 8
* Verletzte Personen	"	1 222	1 205	1 077	1 257	1 319	p 666	p 824	p 1 112	p 1 118
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	123 927,9	136 337,7	125 068,1	125 653,1	126 028,5	137 048,4	138 225,9	138 300,1	140 965,9
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	118 026,9	126 997,5	118 708,1	118 828,3	119 001,1	129 261,2	130 045,7	129 659,8	132 008,5
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	20 933,1	23 845,2	20 483,0	20 822,6	20 613,3	23 357,9	24 152,7	24 399,9	25 137,9
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	20 771,1	23 804,4	20 271,1	20 362,6	20 603,6	22 858,0	24 066,7	24 107,3	24 764,7
* an öffentliche Haushalte	"	162,0	40,8	211,9	460,0	9,7	499,9	86,0	292,6	373,2
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	10 806,0	13 569,7	11 491,4	11 466,1	11 796,0	14 507,9	14 735,1	14 421,8	15 309,4
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 310,5	8 336,5	7 836,6	7 892,6	7 989,1	8 342,7	8 519,8	8 635,1	8 865,5
* an öffentliche Haushalte	"	3 495,5	5 233,2	3 654,8	3 573,5	3 806,9	6 165,2	6 215,3	5 786,7	6 443,9
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	86 287,8	89 582,6	86 733,7	86 539,6	86 591,8	91 395,4	91 157,9	90 838,1	91 561,2
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	66 479,2	68 788,4	66 803,3	66 888,9	67 160,8	69 282,3	69 345,7	69 501,9	70 071,1
* an öffentliche Haushalte	"	19 808,6	20 794,2	19 930,4	19 650,7	19 431,0	22 113,1	21 812,2	21 336,2	21 490,1
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁶⁾	"	73 952,1	79 221,5	71 869,4	72 262,3	72 377,6	77 658,1	77 005,5	77 108,7	78 007,8
* Sichteinlagen und Termingelder	"	56 834,3	62 395,7	55 423,1	55 947,0	56 139,6	61 068,1	60 482,6	60 660,8	61 475,4
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	48 999,9	54 382,4	48 721,0	49 426,1	49 327,5	53 502,7	52 922,1	53 452,6	53 970,0
* von öffentlichen Haushalten	"	7 834,4	8 013,3	6 702,1	6 520,9	6 812,1	7 565,4	7 560,5	7 208,2	7 505,4
* Spareinlagen	"	17 117,8	16 825,8	16 446,3	16 315,3	16 238,0	16 590,0	16 522,9	16 447,9	16 532,4
* bei Sparkassen	"	10 010,2	9 534,6	9 585,8	9 479,2	9 425,7	9 290,1	9 195,0	9 095,9	9 036,5
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	1 712,9	1 747,0	1 198,2	1 114,7	1 060,7	1 206,5	1 160,4	1 169,9	1 213,8
* Lastschriften auf Sparkonten	"	1 157,1	521,1	1 415,9	1 245,7	1 138,0	1 293,1	1 227,6	1 244,8	1 129,4
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	r 50	43	46	38	32	34	42	40	46
* Vergleichsverfahren	"	r 0	0	-	-	1	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	r 150	125	112	116	142	109	126	139	165
* Wechselsumme	Mio. DM	r 1,7	2,8	1,3	3,7	7,0	1,7	1,8	1,8	1,4
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	r 25 674	24 144	24 938	20 521	25 673	20 102	20 972	22 815	23 041
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftssteuern	Mio. DM	1 900,8	1 823,8	1 867,7	1 434,0	1 531,7	1 693,3	2 197,9	1 620,5	1 754,2
* Steuern vom Einkommen	"	1 107,3	1 083,5	1 267,4	706,1	902,8	823,4	1 482,5	892,2	857,4
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	768,1	741,3	619,0	633,3	733,1	676,0	688,8	753,6	807,9
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	148,8	161,1	379,2	65,8	40,5	1,5	392,9	36,8	16,1
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	81,5	57,6	22,5	42,3	74,0	23,8	37,9	59,8	38,0
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	"	108,9	123,5	246,8	35,2	55,2	122,0	362,9	42,1	4,8
* Steuern vom Umsatz	"	793,5	740,1	600,2	727,8	628,8	869,9	715,4	728,2	845,2
* Umsatzsteuer	"	375,2	448,3	341,1	460,3	370,4	559,2	456,5	408,1	524,1
* Einfuhrumsatzsteuer ⁹⁾	"	418,3	291,8	259,2	267,5	258,4	310,7	258,9	320,1	321,1
* Bundessteuern	"	1 386,7	1 383,4	1 251,9	1 181,7	1 420,9	1 418,3	1 490,4	1 316,5	1 509,8
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle ⁹⁾)	"	90,1	9,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
* Verbrauchsteuern	"	1 245,9	1 321,6	1 209,8	1 144,3	1 364,5	1 271,9	1 442,7	1 277,2	1 457,0
* Landessteuern	"	75,7	79,9	56,1	50,9	119,8	117,6	66,0	64,0	134,8
* Vermögensteuer	"	23,8	27,4	1,2	6,0	67,0	67,6	5,4	8,7	69,1
* Kraftfahrzeugsteuer	"	17,0	15,6	19,9	16,4	20,3	13,1	19,2	21,0	16,2
* Biersteuer	"	3,1	3,2	2,7	3,3	3,0	3,3	1,4	5,7	2,7
* Gemeindesteuern	"	168,7	176,3	23,7	25,9	438,0	409,8	41,5	58,1	375,0
* Grundsteuer A ¹⁰⁾	"	0,1	0,1	0,0	0,0	0,3	0,3	0,0	0,0	0,3
* Grundsteuer B ¹¹⁾	"	30,6	32,6	2,7	1,5	72,0	72,5	2,7	3,1	74,8
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹²⁾	"	136,3	141,8	19,4	23,0	364,2	334,3	37,6	53,8	298,7

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. - ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. - ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. - ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. - ⁷⁾ vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ⁸⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁹⁾ Rückgang bedingt durch die seit 01.01.90 erfolgte Verlagerung der Zuständigkeit auf die EURO-Zollkasse Trier. - ¹⁰⁾ Grundsteuerbeträge abgeglichen. - ¹¹⁾ einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten. - ¹²⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mal	Februar	März	April	Mal
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 306,2	2 337,6	2 200,9	1 955,4	2 246,3	2 342,9	2 615,5	2 176,7	2 451,8
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	484,9	474,1	558,9	300,6	393,4	360,9	660,1	386,8	366,8
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	515,8	481,1	390,2	473,1	408,7	565,4	465,0	473,3	549,3
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	-	-	23,3	1,7	-	-	25,8
* Steuereinnahmen des Landes	"	547,7	547,1	.	193,3	632,7	.	.	1 213	649,2
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾	"	366,6	355,9	.	34,6	390,3	.	.	47,9	361,6
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	96,5	102,4	.	107,8	99,3	.	.	105,2	127,6
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	-	-	23,3	1,7	-	-	25,8
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	250,1	256,0	.	30,1	507,4	.	41,5	67,4	498,6
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	118,5	124,0	23,7	23,0	317,6	337,7	37,6	53,8	298,7
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ²⁾	"	99,2	97,5	.	4,2	116,0	.	.	9,3	123,6
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	798,8	809,8	.	222,7	1 138,7	.	.	188,7	1 147,9
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	885	928	.	911
* dar. Facharbeiter	"	921	966	.	946
* weibliche Arbeiter	"	615	640	.	625
* dar. Hilfsarbeiter	"	580	604	.	587
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	21,95	23,23	.	22,89
* dar. Facharbeiter	"	22,85	24,17	.	23,76
* weibliche Arbeiter	"	15,74	16,61	.	16,14
* dar. Hilfsarbeiter	"	14,76	15,53	.	15,01
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	5 711	5 904	.	5 820
* weiblich	"	3 926	4 095	.	4 015
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	5 349	5 573	.	5 452
* weiblich	"	3 731	3 929	.	3 846
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 606	4 844	.	4 809
* weiblich	"	3 441	3 620	.	3 566
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
dar. Straftaten wider das Leben	Anzahl	22 460	23 225	25 654	23 144	23 728	20 604	21 017	23 529	20 599
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	8	8	10	12	11	12	3	6	5
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	136	139	167	149	171	136	107	68	121
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 150	1 217	1 471	1 074	1 266	1 488	1 163	1 401	1 260
Diebstahl	"	2 560	2 803	2 706	2 071	2 388	2 033	1 919	2 407	1 677
dar. unter erschwerenden Umständen	"	15 145	15 450	17 086	14 793	16 444	13 133	14 309	16 159	14 162
Außerdem Verkehrsvergehen	"	10 346	10 070	11 103	9 907	10 764	7 546	9 271	10 115	9 415
	"	869	957	984	975	1 055	817	1 011	1 085	1 061
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feueralarme	"	15 616	...	13 356	14 044	13 885
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	681	...	670	709	680
Rettungswageneinsätze	"	186	...	185	187	184
	"	13 593	...	11 084	11 957	11 634
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	180	...	205	126	180

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern nach Berücksichtigung der Zahlungen im Länderfinanzausgleich und der Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtsmonat ¹⁾				
		Berichtszeit	1990			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Bevölkerung	1000	Juni	1 640,1	12 272,8	63 232,4	1 606,6
Lebendgeborene	Anzahl	"	1 444	10 631	56 757	1 157
Gestorbene	"	"	1 608	11 171	54 284	1 505
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	164	540	2 473	348
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	6 771	59 528	135 494	5 361
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	4 934	47 954	50 770	5 083
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	1 837	11 574	84 724	278
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	"	"	1 673	11 034	87 197	70
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	185,8			168,2
Lebendgeborene	Anzahl	"	238	956	7 152	230
Gestorbene	"	"	28	98	745	30
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	210	858	6 407	200
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	3 353	16 456	75 064	2 363
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	1 809	10 643	35 401	1 853
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	1 544	5 813	39 663	510
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—) ²⁾	"	"	1 754	6 671	46 070	710
Arbeitsmarkt⁴⁾						
Arbeitslose	Anzahl	Dezember	68 246	450 922	1 784 150	82 559
und zwar Männer	"	"	40 142	241 951	945 814	48 000
Frauen	"	"	28 104	208 971	838 336	34 559
Teilzeitkräfte	"	"	5 581	49 183	196 010	6 803
Ausländer	"	"	10 231	37 029	199 325	11 929
Arbeitslosenquote	%	"	9,5	9,0	6,8	11,6
Offene Stellen	Anzahl	"	6 864	42 106	282 529	7 292
Kurzarbeiter	"	"	1 098	10 951	50 471	1 644
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	November	136 072	1 087 634	7 510 083	135 089
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	10 214	106 388	700 132	10 110
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	888	5 857	40 832	837
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁶⁾	"	"	3 913	25 183	144 718	3 518
Gesamtumsatz ⁶⁾	"	"	8 772	33 398	166 976	7 359
darunter Auslandsumsatz	"	"	1 192	8 688	45 520	903
Bauhauptgewerbe⁷⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Dezember	21 619	189 442	1 045 171	20 887
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	1 657	15 167	78 635	1 668
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	85	620	3 391	76
Baugewerblicher Umsatz ⁸⁾	"	"	417	2 768	14 962	340
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen von Gästen	1000	Dezember	142	768	4 294	129
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	"	37	100	757	41
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁸⁾	Anzahl	Dezember	5 302	43 012	198 562	5 534
Steuern⁹⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Juli-September	10 810,9	25 795,2	138 518,7	10 332,0
darunter						
Gemeinschaftssteuern	"	"	5 459,0	16 917,2	101 544,7	5 479,4
Landessteuern	"	"	245,6	1 041,8	5 924,5	214,4
Gemeindesteuern	"	"	640,8	2 285,1	12 924,1	563,6

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. – ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. – ³⁾ Ohne den Saldo zugunsten der deutschen Staatsanpassungen der errechneten Durchschnittszahlen ergeben. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁶⁾ nach Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4.

		Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.)*)											
1989		1990			1989			Veränderung 1990 gegenüber 1989 in %					
Hamburg, chl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschließlich Berlin(West) –			
12 056,5	61 989,8	1 634,5	12 234,6	62 980,1	1 605,7	12 029,5	61 832,0	+	1,8	+	1,7	+	1,9
10 287	56 431	7 947	63 442	340 913	7 217	60 366	327 180	+	10,1	+	5,1	+	4,2
11 363	54 694	10 477	74 253	360 206	10 185	71 091	347 172	+	2,9	+	4,4	+	3,8
1 076	1 737	2 530	10 811	19 293	2 968	10 725	19 992		x		x		x
46 357	109 138	46 895	363 502	855 752	36 138	210 008	513 383	+	29,8	+	73,1	+	66,7
30 396	41 057	30 511	258 233	275 766	29 640	157 338	219 792	+	2,9	+	64,1	+	25,5
15 961	68 081	16 384	105 269	579 986	6 498	52 670	293 591		x		x		x
14 885	69 818	13 854	94 458	560 693	3 530	41 945	273 599		x		x		x
		180,7			166,4			+	8,6				
862	7 035	1 446	5 373	40 190	1 349	4 923	37 472	+	7,2	+	9,1	+	7,3
98	737	161	575	4 428	143	526	4 150	+	12,6	+	9,3	+	6,7
764	6 298	1 285	4 798	35 762	1 206	4 397	33 322		x		x		x
15 485	64 561	18 543	89 754	383 983	15 422	74 828	328 945	+	20,2	+	19,9	+	16,7
7 472	33 154	10 370	59 866	203 708	10 792	40 364	183 412	+	3,9	+	48,3	+	11,1
8 013	31 407	8 173	29 888	180 275	4 630	34 464	145 533		x		x		x
8 777	37 705	9 458	34 686	216 037	5 836	38 861	178 855		x		x		x
524 263	2 051 972	75 493	482 844	1 883 147	83 457	519 127	2 037 781	-	9,5	-	7,0	-	7,6
280 858	1 068 585	43 854	255 906	967 743	48 634	281 529	1 069 803	-	9,8	-	9,1	-	9,5
243 405	983 387	31 639	226 938	915 404	34 823	237 598	967 978	-	9,1	-	4,5	-	5,4
54 096	220 893	6 429	52 709	212 735	7 061	53 662	220 805	-	9,0	-	1,8	-	3,7
41 034	222 553	11 121	38 200	202 975	12 888	43 375	232 512	-	13,7	-	11,9	-	12,7
10,5	8,0	10,5	9,6	7,2	11,7	10,4	7,9		x		x		x
40 458	277 158	8 218	48 213	313 604	6 134	38 793	251 415	+	34,0	+	24,3	+	24,7
14 186	49 712	1 812	14 270	55 808	3 142	24 253	107 873	-	42,3	-	41,2	-	48,3
1 045 500	7 215 067	134 624	1 068 918	7 406 772	133 919	1 027 958	7 129 312	+	0,5	+	4,0	+	3,9
102 135	679 150	106 234	1 102 009	7 396 230	106 323	1 065 523	7 174 857	-	0,1	+	3,4	+	3,1
5 377	37 152	7 230	48 922	341 493	6 860	45 203	313 912	+	5,4	+	8,2	+	8,8
22 538	132 426	37 982	248 300	1 456 462	34 291	223 706	1 351 046	+	10,8	+	11,0	+	7,8
29 508	151 516	81 498	325 824	1 669 387	71 744	292 415	1 543 670	+	13,6	+	11,4	+	8,1
8 347	46 621	11 052	87 026	489 696	9 388	80 905	478 607	+	17,7	+	7,6	+	2,3
177 104	1 007 056	21 109	182 988	1 021 862	20 776	174 728	998 913	+	1,6	+	4,7	+	2,3
14 643	83 030	25 825	242 150	1 324 365	26 299	232 056	1 313 063	-	1,8	+	4,3	+	0,9
526	3 087	1 022	7 519	42 570	921	6 607	38 786	+	11,0	+	13,8	+	9,8
2 280	13 603	3 920	26 109	138 596	3 469	22 441	124 531	+	13,0	+	16,3	+	11,3
690	3 974	2 092	14 686	74 332	1 971	13 310	69 624	+	6,2	+	10,3	+	6,8
105	753	669	2 195	15 627	644	2 045	14 653	+	3,9	+	7,3	+	6,6
43 111	211 785	78 564	612 411	3 039 356	71 250	543 270	2 827 379	+	10,3	+	12,7	+	7,5
26 583,0	133 755,1	29 193,3	72 052,1	391 772,6	29 476,3	75 557,7	385 206,8	-	1,0	-	4,6	+	1,7
18 051,3	98 956,5	15 476,1	46 580,8	287 442,6	16 399,3	51 573,0	286 521,6	-	5,6	-	9,7	+	0,3
1 065,2	5 923,6	732,6	3 375,6	19 182,5	645,7	3 225,8	18 167,4	+	13,5	+	4,6	+	5,6
2 183,2	12 100,8	1 542,8	6 320,3	36 629,1	1 523,4	6 109,1	34 746,0	+	1,3	+	3,5	+	5,4

gehörigkeit. – *) Die Zahlen für den aktuellen Monat des laufenden Jahres sind vorläufig. Aufgrund der – erfahrungsgemäß geringen – Korrekturen können sich auch noch den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. – *) einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/ -post. – *) Quelle: Statistisches

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	3. Vj. 90 2. Vj. 90	1 647 1 640	2 151 2 146	1 231 1 220	952 950	627 626	645 641	576 575	579 576	551 549	511 510	493 491
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	11,6 11,3	13,4 13,3	.	.	.	24,1 23,6	.	20,4 20,0	10,4 10,1	10,9 10,8	.
Lebendgeborene	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	4 089 4 023	5 783 5 429	4 580 3 101	2 834 2 256	1 795 1 422	1 794 1 342	1 597 1 340	1 622 1 543	1 498 1 302	1 546 1 225	1 768 1 230
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	18,0 17,8	25,0 25,3	.	23,4 29,4	14,6 15,5	33,5 33,6	20,3 20,8	23,6 24,3	16,8 16,3	17,9 16,7	.
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	9,8 9,8	10,7 10,1	14,8 10,2	11,8 9,5	11,4 9,1	11,0 8,4	11,0 9,3	11,1 10,8	10,8 9,5	12,0 9,6	14,2 10,1
Gestorbene	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	5 020 5 007	6 984 7 082	3 242 3 015	2 529 2 433	1 998 2 130	1 997 1 635	1 733 1 790	1 384 1 422	1 502 1 584	1 753 1 637	1 521 1 420
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	12,1 12,2	12,9 13,2	10,4 9,9	10,5 10,3	12,6 13,6	12,3 10,2	11,9 12,5	9,5 9,9	10,8 11,6	13,6 12,9	12,2 11,6
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	- 931 - 984	+ 1 201 + 1 653	+ 1 338 + 86	+ 305 - 177	- 203 - 708	- 203 - 293	- 136 + 450	+ 238 + 121	- 4 - 282	- 207 - 412	+ 247 + 190
Zugezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	25 485 20 002	27 145 25 742	31 777 22 543	11 241 8 874	4 881 3 883	11 834 10 324	6 935 5 968	14 424 11 153	8 530 6 251	7 672 6 585	12 162 10 890
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	61,4 48,9	50,1 48,1	102,4 74,1	46,8 37,5	30,9 24,9	72,8 64,6	47,8 41,6	98,8 77,7	61,4 45,7	59,5 51,8	97,8 89,0
Fortgezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	17 788 14 927	21 185 18 420	20 495 15 527	9 310 8 321	3 673 1 892	8 262 6 902	6 317 5 520	11 290 8 724	6 186 4 907	5 957 5 455	9 421 7 454
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	42,8 36,5	39,1 34,4	66,0 51,1	38,8 35,1	23,2 12,1	50,8 43,2	43,5 38,5	77,4 60,8	44,5 35,9	46,2 42,9	75,8 60,9
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 7 697 + 5 075	+ 5 960 + 7 322	+ 11 282 + 7 016	+ 1 931 + 553	+ 1 208 + 1 991	+ 3 572 + 3 422	+ 618 + 448	+ 3 134 + 2 429	+ 2 344 + 1 344	+ 1 715 + 1 130	+ 2 741 + 3 436
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 18,5 + 12,4	+ 11,0 + 13,7	+ 36,3 + 23,1	+ 8,0 + 2,3	+ 7,6 + 12,8	+ 22,0 + 21,4	+ 4,3 + 3,1	+ 21,5 + 16,9	+ 16,9 + 9,8	+ 13,3 + 8,9	+ 22,0 + 28,1
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 6 766 + 4 091	+ 4 759 + 5 669	+ 12 620 + 7 102	+ 2 236 + 376	+ 1 005 + 1 283	+ 3 369 + 3 129	+ 482 + 2	+ 3 372 + 2 550	+ 2 340 + 1 062	+ 1 508 + 718	+ 2 988 + 3 246
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 16,3 + 10,0	+ 8,8 + 10,6	+ 40,7 + 23,4	+ 9,3 + 1,6	+ 6,4 + 8,2	+ 20,7 + 19,6	+ 3,3 + 0,0	+ 23,1 + 17,8	+ 16,8 + 7,8	+ 11,7 + 5,6	+ 24,0 + 26,5
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	28 663 30 137	47 983 30 044	24 648 24 956	...	10 265 10 157	8 044 8 424	...	10 107 9 808	11 190 8 726	8 694 8 674	7 921 8 728
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	69,0 73,7	88,5 56,1	79,4 82,1	...	64,9 65,1	49,5 52,7	...	69,2 68,3	80,5 63,8	67,4 68,2	63,7 71,4
Arbeitsmarkt²⁾													
Arbeitslose	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	69 925 74 027	84 031 86 435	30 936 31 972	45 756 47 307	31 231 33 373	25 345 26 276	34 645 37 371	13 960 14 132	31 505 33 677	34 590 35 280	27 221 28 570
und zwar Männer	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	40 502 42 929	47 937 49 553	15 076 15 592	26 721 27 298	17 957 19 205	13 702 14 176	18 568 20 137	7 255 7 402	17 317 18 498	18 481 18 691	12 366 12 754
Frauen	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	29 423 31 098	36 094 36 882	15 860 16 380	19 035 20 009	13 274 14 168	11 643 12 100	16 077 17 234	6 705 6 730	14 188 15 179	16 109 16 589	14 855 15 816
Teilzeitkräfte	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	6 019 6 436	5 934 5 890	4 413 4 756	3 278 3 501	2 195 2 282	2 930 3 042	3 278 3 513	1 420 1 391	3 164 3 332	3 259 3 466	3 777 4 344
Arbeitslosenquote	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	9,7 10,3	8,7 9,0	3,4 3,5	11,1 11,5	12,2 13,0	4,6 4,8	8,3 8,9	3,3 3,4	11,5 12,3	10,0 10,2	5,4 5,7
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	10 315 10 951	13 239 13 391	5 943 6 172	9 713 9 724	2 948 2 950	5 929 6 132	5 715 6 135	3 705 3 766	3 108 3 306	5 157 5 250	3 817 4 190
Offene Stellen	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	8 877 9 318	7 390 9 701	20 459 19 451	4 951 5 084	1 990 1 865	8 501 8 303	5 094 5 055	10 434 10 614	4 052 3 496	3 610 3 632	8 182 7 646
Kurzarbeiter	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	467 951	1 562 1 604	97 251	407 316	26 56	105 217	50 229	10 1	438 400	164 452	625 1 072

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	135 497	175 783	167 841	98 863	44 658	103 081	74 775	123 812	70 712	76 640	86 695
		2. Vj. 90	134 309	170 520	166 925	99 085	44 840	101 840	73 695	123 086	69 228	74 742	85 172
je 1000 Einwohner	Mio. DM	3. Vj. 90	82	82	136	104	71	160	130	214	128	150	176
		2. Vj. 90	82	79	137	104	72	159	128	214	126	147	174
Bruttolohn- und -gehaltssumme	1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	3. Vj. 90	1 896	2 089	2 683	1 493	635	1 829	1 095	1 868	928	1 071	1 057
		2. Vj. 90	2 002	2 066	2 643	1 515	638	1 798	1 146	2 065	1 276	976	1 031
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	56	47	63	60	56	70	58	60	52	55	48
		2. Vj. 90	60	49	64	61	57	71	62	67	74	52	49
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	10 642	13 639	14 739	7 824	3 019	4 762	4 990	6 528	5 616	3 966	3 930
		2. Vj. 90	10 144	12 529	14 739	7 553	2 867	4 582	5 282	6 279	6 315	4 061	3 716
darunter Auslandsumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	22 169	14 240	15 968	8 550	3 747	7 825	5 655	7 738	6 144	4 440	4 267
		2. Vj. 90	21 078	12 964	15 973	8 264	3 220	7 364	5 916	7 339	6 841	4 432	4 036
Gesamtumsatz ⁴⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	3 034	1 551	7 028	2 579	393	2 066	1 785	2 421	2 322	1 353	924
		2. Vj. 90	3 006	1 519	7 414	2 871	401	2 257	2 313	2 218	2 483	1 482	1 002
je 1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	53	26	51	36	24	48	39	53	44	34	34
		2. Vj. 90	52	24	53	35	21	46	41	51	50	35	33
je 1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	649	321	377	343	333	301	300	248	345	230	195
		2. Vj. 90	629	305	384	335	288	290	322	239	396	238	190
Bauhauptgewerbe³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	16 326	27 600	26 360	9 922	6 708	13 643	9 798	10 438	7 424	6 373	8 724
		2. Vj. 90	15 637	26 536	25 904	9 809	6 634	13 886	9 424	10 327	6 975	6 242	8 698
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	866	1 148	1 093	442	226	550	502	509	352	282	325
		2. Vj. 90	760	939	1 004	398	241	524	428	476	270	216	278
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	3. Vj. 90	607 499	785 846	1 072 207	358 140	57 946	551 659	255 542	155 653	128 493	147 848	227 767
		2. Vj. 90	553 807	804 964	955 551	308 397	62 512	495 701	267 752	146 733	110 907	137 363	197 023
Fremdenübernachtungen von Gästen	"	3. Vj. 90	1 148 411	1 989 616	2 035 592	683 563	145 845	1 005 666	465 919	311 246	232 993	242 882	391 918
		2. Vj. 90	1 050 895	2 069 222	1 837 228	660 898	178 222	887 151	582 872	303 278	208 314	251 770	354 092
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	3. Vj. 90	444 324	554 155	1 081 463	323 945	29 522	616 231	202 382	119 118	62 930	76 656	127 309
		2. Vj. 90	340 842	489 930	850 505	301 548	46 610	504 164	294 861	103 003	56 651	72 627	98 294
Fremdenübernachtungen von Gästen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	2 766	3 669	6 558	2 847	923	6 189	3 211	2 132	1 677	1 884	3 152
		2. Vj. 90	2 570	3 867	6 042	2 790	1 142	5 549	4 065	2 113	1 522	1 981	2 895
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁵⁾	Anzahl	3. Vj. 90	19 013	17 402	22 532	11 350	7 231		7 784	9 781	5 250	5 195	5 604
		2. Vj. 90	21 386	19 208	26 512	15 017	8 073		9 908	12 102	6 084	5 950	4 887
Steuer-einnahmen													
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital - nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	3. Vj. 90	454	136	605	255	118	349	222	191	88	116	126
		2. Vj. 90	312	135	323	232	90	322	213	139	95	101	84
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	1 094	250	1 949	1 062	748	2 150	1 530	1 312	635	899	1 012
		2. Vj. 90	763	253	1 061	980	574	2 015	1 488	970	692	796	686
DM je Einwohner und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	277	115	227	132	77	99	89	92	70	57	73
		2. Vj. 90	298	105	207	114	83	96	96	98	63	61	67
DM je Einwohner und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	668	213	732	548	490	608	614	632	506	445	590
		2. Vj. 90	729	196	681	483	534	599	668	684	458	481	546

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. - ²⁾ Arbeitsamtsbezirk. - ³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁴⁾ Ohne Umsatzsteuer. - ⁵⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post.

Im Juni 1991 veröffentlichte Statistische Berichte

Land- und Forstwirtschaft

Viehbestand am 3. 12. 1990

Bautätigkeit

Bauhauptgewerbe Februar und März 1991

Ausbaugewerbe Februar und März 1991

Produzierendes Gewerbe

Das Handwerk im 3. Vierteljahr und 4. Vierteljahr 1990

Handel und Gastgewerbe

Einzelhandel März 1991

Großhandel Januar bis März 1991

Gastgewerbe Januar bis März 1991

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle Januar 1991

Öffentliche Sozialleistungen

Empfänger von Sozialhilfe 1989

Preise

Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet und Verbraucherpreise in Hamburg
im Januar und Februar, im März und April 1991

Regionalstatistik

Bevölkerung am 30. 6. 1988 und Wohnungen am 31. 12. 1987 in den Ländern des Bundesgebiets
und in der Region Hamburg (Hamburg und sechs Randkreise) sowie im Umkreis Hamburg
(Hamburg und Gemeinden bis 40 km)

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich; sie enthält textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse sowie mehrere ständige Zahlenübersichten.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtsreihen gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Taschenbuch

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen.

Das Statistische Taschenbuch 1990 ist 253 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Faltblatt „Daten und Informationen“

In dem jährlich herausgegebenen Faltblatt „Daten und Informationen“ wird ein breites Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik in knapper Form dargeboten. Das Faltblatt wird Interessenten kostenlos überlassen.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1990

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält die amtlich benannten Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet, mit Angabe der Ortsteile, Stadtteile, Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke; zudem werden die Standesamts-, Finanzamts- und Amtsgerichtsbezirke aufgeführt. Das Verzeichnis umfaßt des weiteren eine Zusammenstellung der Hamburger Kleingartenvereine. Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist 377 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 15,- DM.

Statistik des Hamburgischen Staates

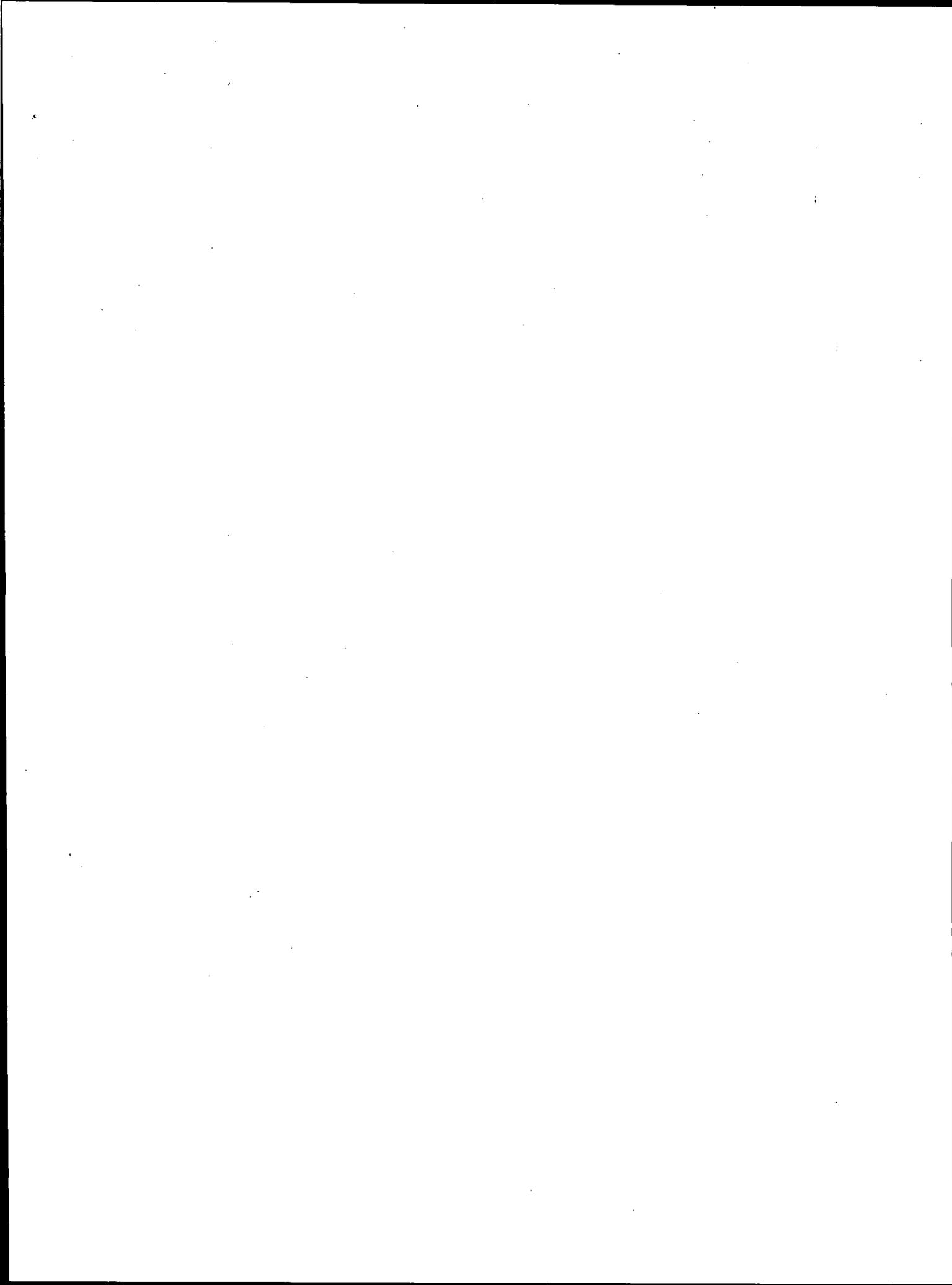
In dieser Reihe erscheinen Quellenwerke mit tiefgegliederten Tabellen aus Großzählungen und wichtigen laufenden Statistiken. Darüber hinaus werden in dieser Reihe die Ergebnisse von Wahlen ausführlich dokumentiert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
- Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
- Heft 107 Die Pendelwandlung über die Hamburger Landesgrenze – Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 – (vergriffen)
- Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 – Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
- Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 – Landesergebnisse –
- Heft 110 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
- Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
- Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
- Heft 113 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
- Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
- Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
- Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
- Heft 117 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1975
- Heft 118 Regionalstatistik – Daten für die Region Hamburg/Umland 1976 (vergriffen)
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 (vergriffen)
- Heft 130 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik – Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982

- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1985
- Heft 146 Handels- und Gaststättenzählung 1985
- Heft 147 Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987
- Heft 148 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 9. November 1986 und am 17. Mai 1987
Teil 1: Wahlen am 9. November 1986
Teil 2: Wahlen am 17. Mai 1987
- Heft 149 Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989

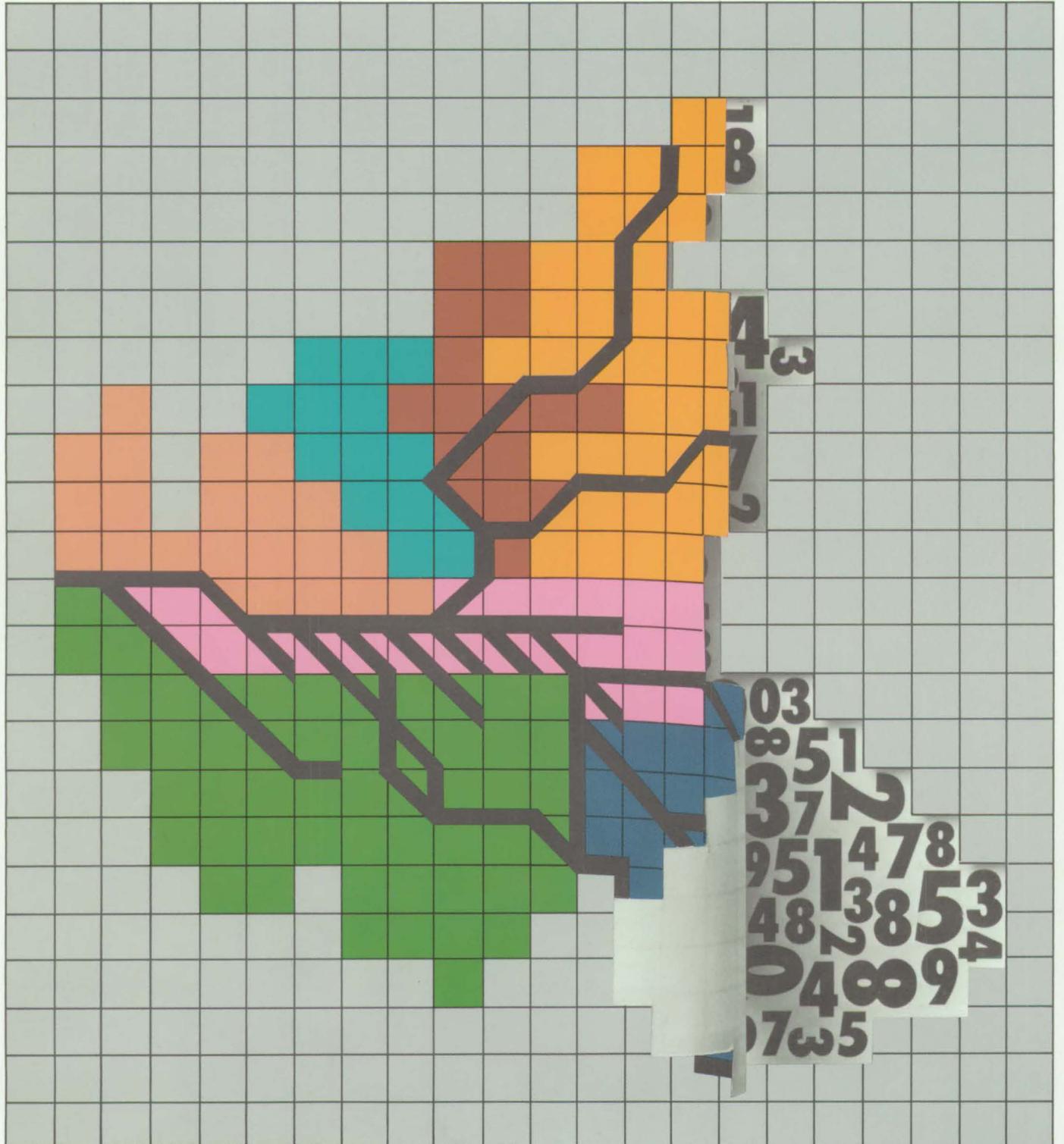
Vertrieb der vorstehenden Veröffentlichungen:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721
Telefax: (040) 3681-1700
Btx: * 36 502 #



Hamburg in Zahlen

1991

8



Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
- ≙ = entspricht
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

MD = Monatsdurchschnitt

Vj = Vierteljahr

Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Impressum

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11

Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721

Telefax: (040) 3681-1700

Btx: * 36 502 #

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Erhard Hruschka

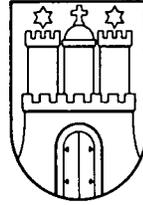
Einzelpreis: DM 4,-

Jahresabonnement: DM 40,-

Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamtes
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 8.1991

Das statistische Stichwort

Geschichtete Zufallsauswahl 250

*

Statistik aktuell

Erste gesamtdeutsche

Bevölkerungszahlen 250

Stromverbrauch gestiegen 250

Wohnungsentwicklung

in Norddeutschland

1968 bis 1987 250

*

Schaubild des Monats

Veränderung der Zahl der

Wohnungen 1968 bis 1987 251

*

**100 Jahre Statistisches Jahrbuch
Deutscher Gemeinden**

**Indikatoren zur Stadtentwicklung:
Haushalte und Wohnungen 252**

*

**Indikatoren zur Messung
der Wirtschaftskraft**

von Großstädten 262

*

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

Bevölkerung und

Erwerbstätigkeit 269

*

**Das wissenschaftliche
Veranstaltungsprogramm
der Statistischen Woche**

1991 in Berlin 270

*

Das interessiert in Hamburg

Diagramme 272

Hinweise auf die

Statistische Woche 1991 272

Neue Schriften 272

Der Draht zum StaLa 273

*

Hamburger Zahlenspiegel 274

Hamburg im

großräumlichen Vergleich 280

Hamburg im Städtevergleich 282

Das statistische Stichwort

Geschichtete Zufallsauswahl

Das in der amtlichen Statistik am häufigsten angewandte Auswahlverfahren ist die geschichtete Zufallsauswahl. Die Grundgesamtheit wird in mehrere Gruppen, die sich gegenseitig ausschließen und zusammen die Grundgesamtheit voll ausschöpfen – in sogenannte Schichten – zerlegt. In jeder dieser Schichten erfolgt dann unabhängig von den anderen Schichten eine einfache Zufallsauswahl. Mit diesem Verfahren ist es möglich, das Ziehen von sehr ungünstigen Stichproben auszuschalten, ohne das Zufallsprinzip aufzugeben. Beispielsweise kann durch eine Schichtung nach einem quantitativen Merkmal verhindert werden, daß sich in der Stichprobe nur Einheiten mit großen Merkmalswerten befinden; bei einer Schichtung nach einer fachlichen Gliederung kann vermieden werden, daß sich die Stichprobeneinheiten zufällig auf eine Gliederungsposition konzentrieren. In der Regel ermöglicht die Schichtung einen erheblichen Genauigkeitssteigernden Effekt gegenüber der einfachen Zufallsauswahl. Dieser Genauigkeitsgewinn ist umso größer, je homogener die Auswahlseinheiten innerhalb einer Schicht bezüglich des interessierenden Erhebungsmerkmals sind. Im übrigen ist es nicht notwendig, daß jede Schicht mit dem gleichen Auswahlsatz erfaßt wird. Die Wahrscheinlichkeit, in die Stichprobe zu gelangen, muß nämlich zwar für alle Auswahlseinheiten bekannt, aber nicht unbedingt für alle gleich sein. Deshalb können die Auswahlsätze im Hinblick auf die Zielsetzung – zum Beispiel um ein möglichst genaues Gesamtergebnis oder aber möglichst vergleichbar genaue Ergebnisse einer Gliederung der Gesamtheit zu erhalten – differenziert werden, was natürlich später bei der Hochrechnung berücksichtigt werden muß. Eine wichtige Aufgabe bei der Erstellung des Auswahlplans ist es daher, den Gesamtstichprobenumfang unter Berücksichtigung der Zielsetzung möglichst optimal auf die einzelnen Schichten aufzuteilen.

Als weiteres Auswahlverfahren ist die zweistufige Zufallsauswahl zu nennen: Auf der ersten Stufe besteht die Grundgesamtheit aus Auswahlseinheiten, von denen sich jede aus einer Menge von Erhebungseinheiten zusammensetzt. Nach einer einfachen Zufallsauswahl erfolgt in einem zweiten Schritt in jeder der ausgewählten Einheiten nochmals eine einfache Zufallsauswahl, bei der Auswahlseinheiten zweiter Stufe gezogen werden. Ein Beispiel hierfür wäre eine Personenstichprobe aus ausgewählten Gemeinden.

Nachdruck (gekürzt) aus:
Statistisches Bundesamt:
„Methoden-Verfahren-Entwicklungen...“,
Ausgabe 2/90

Statistik aktuell

Erste gesamtdeutsche Bevölkerungszahlen

Am 3. Oktober 1990 – dem Tag der deutschen Wiedervereinigung – lebten in Deutschland 79,7 Millionen Menschen, davon 41,2 Millionen Frauen und 38,5 Millionen Männer.

Die Bevölkerungsdichte lag bei 223 Personen je Quadratkilometer. Das am dichtesten besiedelte Bundesland ist Berlin mit 3884 Personen je Quadratkilometer, während Mecklenburg-Vorpommern mit nur 81 Personen je Quadratkilometer die geringste Bevölkerungsdichte aufweist.

Das bevölkerungsreichste Bundesland ist Nordrhein-Westfalen mit 17,3 Millionen, das kleinste ist der Stadtstaat Bremen mit knapp 0,7 Millionen Einwohnern.

Berlin als Stadtstaat nimmt unter den Ländern die achte Stelle ein, ist aber gleichzeitig die größte Stadt Deutschlands, gefolgt von Hamburg und München.

In den neuen Bundesländern lebt rund ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Sachsen ist mit 4,8 Millionen Einwohnern das größte, Mecklenburg-Vorpommern mit 1,9 Millionen das kleinste der neuen Bundesländer.

Isolde Schlüter

Stromverbrauch gestiegen

Im Jahr 1990 lieferte die Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW) an Verbraucher im Stadtgebiet 11,6 und in das hamburgische Umland 0,2 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom.

Gegenüber 1989 errechnet sich für den Absatz in Hamburg ein Plus von fast zwei Prozent. Bis auf die öffentlichen Einrichtungen, die 1,0 Milliarden kWh und damit fünf Prozent weniger Elektrizität als im Vorjahr abnahmen, stieg der Stromverbrauch bei allen Abnehmergruppen an.

5,3 Milliarden kWh Strom wurden an das Verarbeitende Gewerbe geliefert, das traditionell die größte Verbrauchergruppe in der Hansestadt stellt: Mit gut zwei Prozent entsprach der Mehrbedarf von Industrie und Handwerk in etwa der Zunahme des Gesamtstromverbrauchs in Hamburg. Private Haushalte als zweitgrößte Abnehmergruppe bezogen mit annähernd und 3,0 Milliarden kWh nur geringfügig mehr Elektrizität als im Vorjahr (plus ein Prozent). Erheblich über dem Durchschnitt lag der Verbrauchsanstieg im Handel und Kleingewerbe, die 1,6 Milliarden kWh und damit fünf Prozent mehr als 1989 benötigten. Die übrigen Verbrauchergruppen, zum Beispiel Verkehr und Landwirtschaft, erhöhten ihre Stromabnahme zwar auch überdurchschnittlich, fallen aber wegen des insgesamt geringen Volumens nicht ins Gewicht.

Rüdiger Lenthe

Wohnungsentwicklung in Norddeutschland 1968 bis 1987

Das auf der folgenden Seite abgebildete Schaubild zeigt die zwischen den Zählungen 1968 und 1987 eingetretene relative Veränderung der Zahl der Wohnungen in den Gemeinden der vier norddeutschen Länder.

Entsprechend der Veränderung der Bevölkerungsdichte (HiZ 7.1990 Seite 243) ergibt sich ein deutlicher Zuwachs an Wohnungen im Umland der Großstädte und der Zentralen Orte. Am auffälligsten ist der Raum um Hamburg, hier insbesondere das südliche Umland, in dem in einem breiten Gürtel von Gemeinden die Zunahme 70 Prozent und mehr betragen hat. Auch Gemeinden in den Umlandräumen von Bremen und Hannover lassen Zunahmen in der genannten Größenordnung erkennen. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß absolute Zuwächse auf niedrigen Ausgangsbeständen höhere Prozentwerte ergeben als gleichhohe Zunahmen bei höheren Bestandszahlen. Die Städte mit einer hohen Anzahl von Wohnungen zeigen deswegen trotz der von der absoluten Zahl her größeren Bautätigkeit „relativ“ niedrige Zuwachsraten.

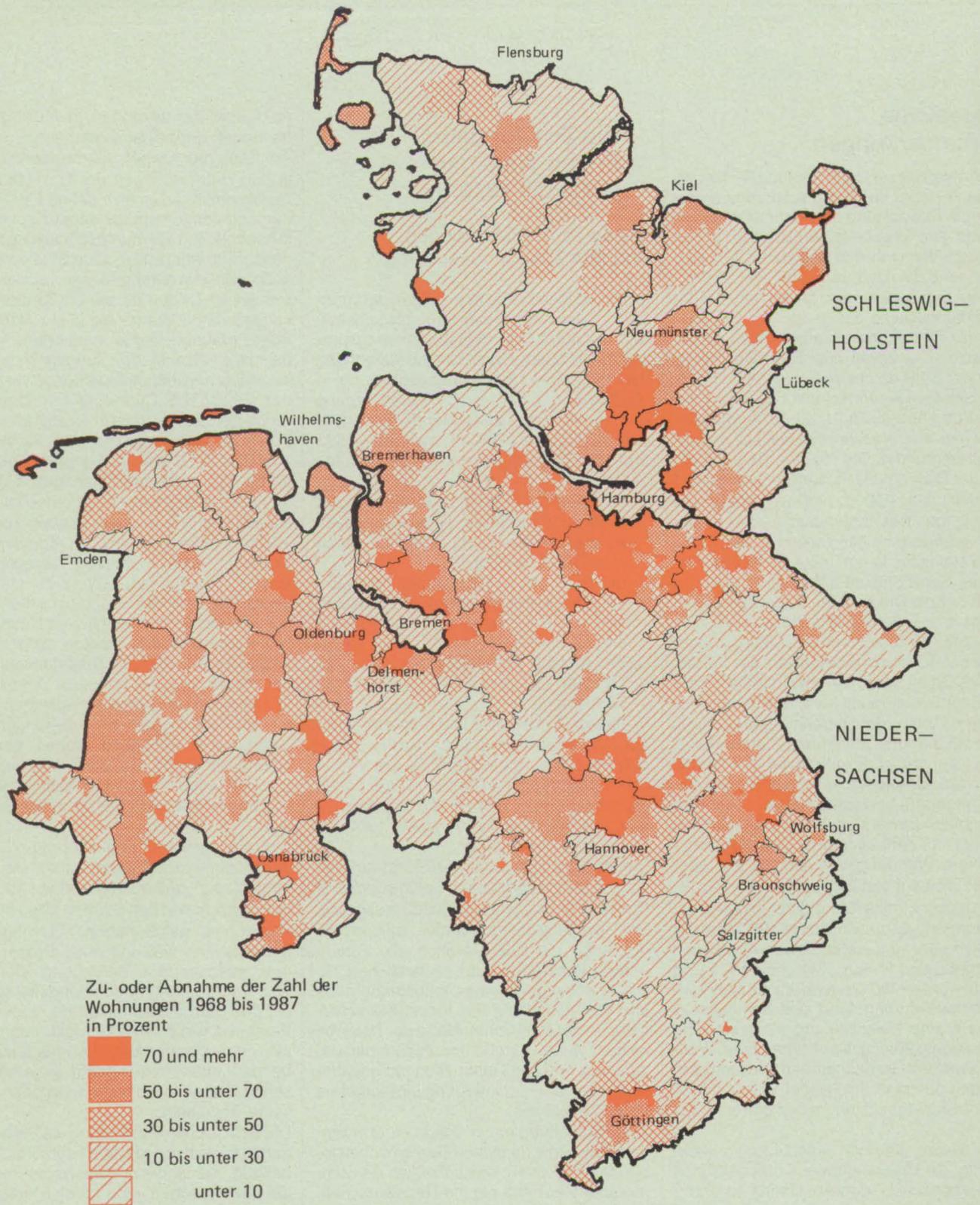
Deutlich wird, daß die Räume, in denen Bevölkerungsgewinne festgestellt worden sind, (zum Beispiel zwischen Hamburg und Bremen, im Weser-Emsland oder zwischen Hannover und Wolfsburg) auch stärkere Zunahmen an Wohnungen aufweisen. Auffällig ist die besonders hohe prozentuale Zunahme von Wohnungen in Fremdenverkehrsgemeinden auf den friesischen Inseln sowie in Küstengemeinden an der Nordsee und an der Lübecker Bucht.

In den vier norddeutschen Ländern insgesamt nahm zwischen 1968 und 1987 die Zahl der Wohnungen um 1135 084 (plus 28,5 Prozent) auf 5118 348 zu. Die relative Veränderung lag damit unter der Zunahme im Bundesdurchschnitt von 31,9 Prozent. Bundesweit lag die Zahl der Wohnungen bei 25896 185, das waren 6255 969 mehr als 19 Jahre zuvor.

Die Entwicklung des Wohnungsbestandes in den norddeutschen Flächenländern lag etwa im Bundesdurchschnitt (Schleswig-Holstein: plus 262 971 Wohnungen gleich plus 31,6 Prozent; Niedersachsen: plus 710 115 Wohnungen gleich plus 32,2 Prozent), während in Hamburg „nur“ ein Zuwachs von 110 636 Wohnungen gleich plus 16,5 Prozent und in Bremen von 51 362 Wohnungen gleich plus 18,9 Prozent registriert werden konnte. Am Zählungstichtag 1987 gab es in Schleswig-Holstein 1096 390, in Hamburg 780 545, in Niedersachsen 2918 779 und in Bremen 322 634 Wohnungen.

Jens Gerhardt

Veränderung der Zahl der Wohnungen 1968 bis 1987



Datenquellen: Volkszählungen 1968 und 1987

Landesamt für Statistik Niedersachsen

100 Jahre Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden

Indikatoren zur Stadtentwicklung: Haushalte und Wohnungen

Allgemeine Vorbemerkungen

Dem Anlaß dieser Untersuchung Rechnung tragend, ist der Versuch unternommen worden, die Entwicklung der privaten Haushalte und ihre Wohnungsversorgung in den Großstädten während der letzten 100 Jahre anhand des Datenmaterials der Statistischen Jahrbücher der deutschen Städte beziehungsweise der deutschen Gemeinden (StJB) nachzuzeichnen. Diese Aufgabe, so einfach sie bei flüchtigem Durchblättern der StJB erscheinen mag, ist mit einigen Schwierigkeiten behaftet gewesen, die Inhalt und Aufbau der Untersuchung beeinflusst haben. Die erste ist statistisch methodisch begründet: Die meisten Begriffe, die bei der Bildung der Indikatoren verwendet worden sind, haben sich im Verlauf des sehr langen Betrachtungszeitraums inhaltlich verändert, so daß zeitlich durchgehende Vergleiche kaum möglich waren. Die zweite Schwierigkeit betraf den Inhalt der StJB selbst. Die Autoren haben zu den in Frage stehenden Themenkomplexen zum Teil sehr Unterschiedliches beigetragen. Dies betrifft einmal die Auswahl der Städte, für die Daten veröffentlicht sind. Für einige süd- und westdeutsche Städte stand vor allem zu Anfang des Betrachtungszeitraums kaum geeignetes Zahlenmaterial zur Verfügung. Zudem ist der Inhalt der Veröffentlichungen den jeweils zeitlichen Erfordernissen angepaßt gewesen, die sich jedoch im Zeitablauf gewandelt haben. Schließlich basiert das Zahlenmaterial über Haushalte und ihre Wohnungsverhältnisse fast ausschließlich auf den Ergebnissen von Großzählungen (Volkszählungen, Wohnungszählungen), die in den letzten 100 Jahren in zeitlich sehr unterschiedlichen Abständen stattgefunden haben. Zwischen 1871 und 1910 wurden die Zensen im fünfjährigen Rhythmus durchgeführt und beinhalteten sowohl eine Volkszählung als auch eine Wohnungszählung. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden Großzählungen nur noch sporadisch durchgeführt, wobei Volkszählung und Wohnungszählung meist getrennt waren.

Aus diesen Gründen erschien es zweckmäßig, die Untersuchung in drei zeitlich in sich abgeschlossene Abschnitte zu untergliedern:

1. Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg (1890 bis 1910)
2. Die Zwischenkriegszeit (1925 bis 1939)
3. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg (1950 bis 1987).

1. Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg (1890 bis 1910)

Größe der Haushaltungen und ihre Zusammensetzung

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hatten das Bevölkerungswachstum und die durch den Industrialisierungsprozeß ausgelösten Wanderungsbewegungen von ländlicher Überschußbevölkerung in die Städte zu einer raschen Verstärkung der Bevölkerung Deutschlands geführt. In dem 40jährigen Zeitraum zwischen 1871 und 1910 hatte sich im damaligen Reichsgebiet

- der Anteil der in städtischen Gemeinden (über 2000 Einwohner) lebenden Bevölkerung von gut einem Drittel auf knapp zwei Drittel verdoppelt,
- der Anteil der in Großstädten wohnenden Bevölkerung (über 100 000 Einwohner) von 5,4 Prozent auf 22,8 Prozent erhöht,
- die Anzahl der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern von acht auf 48 vermehrt.

In älteren Großstädten wie Köln, Hamburg oder München wuchs die Einwohnerzahl in diesem Zeitraum um das Drei- bis Vierfache. Mittelstädte wie Dortmund oder Essen wurden in dieser Zeit zu Großstädten, indem sie ihre Bevölkerungszahl zum Teil mehr als verfünffachten.

Dieser Urbanisierungsprozeß hat auf das wirtschaftliche und soziale Gefüge der Städte einen umwälzenden Einfluß ausgeübt. Der Rückgang der handwerksmäßigen Produktions- und Handelsweise, die zunehmende Verlagerung der gewerblichen Tätigkeit in neugegründete Industriebetriebe und die Ansiedlung der Industriebeschäftigten in der räumlichen Nähe der Betriebe ist auch auf die Größe und Zusammensetzung der privaten Haushaltungen und ihre wohnungsmäßige Unterbringung nicht ohne Folgen geblieben.

Als Haushaltung galten alle in einer wohn- und hauswirtschaftlichen Gemeinschaft lebenden Personen, einschließlich der Zimmerabmieter ohne eigene Hauswirtschaft, der Schlafgänger und der aus anderen Gründen in der Haushaltung befindlichen Personen, gleichgültig ob sie Beköstigung empfangen oder nicht.

Auch einzellebende Personen, die eine besondere Wohnung hatten und eine eige-

ne Hauswirtschaft führten, galten als Haushaltungen (Einzelhaushaltungen).

Am Ende des vorigen Jahrhunderts lebten in den Haushaltungen der Großstädte im Durchschnitt zwischen vier und fünf Personen und damit mehr als doppelt soviel wie in heutiger Zeit. Die durchschnittliche Haushaltsgröße war nicht in allen Städten gleich hoch, sondern differierte zum Teil beträchtlich zwischen den einzelnen Städten. Besonders hohe Werte, die in die Nähe der Fünf-Personen-Marke tendierten, waren beispielsweise in den jungen rheinisch-westfälischen Industriestädten zu verzeichnen (Essen 4,8; Dortmund 4,9). Dagegen rangierten einige ältere Großstädte, wie Berlin, München und Dresden, mit Werten zwischen 4,1 und 4,2 am unteren Ende der Skala. Während des 20jährigen Betrachtungszeitraums war die durchschnittliche Haushaltsgröße in allen Städten kontinuierlich zurückgegangen und unterschritt am Ende des Zeitabschnitts zum Teil recht deutlich den Vier-Personen-Wert.

Sucht man nach den Gründen für die Unterschiede der durchschnittlichen Haushaltsgröße zwischen den Städten, so ist es zunächst zweckmäßig, die Zusammensetzung der Haushaltungen näher zu betrachten. Die Haushaltungen in den deutschen Städten am Ausgang des 19. Jahrhunderts bildeten keine homogene Einheit, sondern differierten hinsichtlich der Art der in ihnen zusammenlebenden Haushaltsmitglieder sogar wesentlich stärker als in der Gegenwart.

Eine erste grobe Untergliederung in Einzelhaushaltungen und Mehrpersonenhaushaltungen zeigt, daß auch schon vor 100 Jahren Menschen in den Städten allein in ihren Wohnungen gelebt haben. Mit Anteilswerten zwischen vier und neun Prozent war ihre zahlenmäßige Bedeutung allerdings noch recht gering. Meist handelte es sich bei den Betroffenen um ältere, verwitwete Personen, wobei der Anteil der Frauen überwog. Von einem Alleinleben als anzustrebende Lebensform konnte in jener Zeit schon aus wirtschaftlichen Gründen noch keine Rede sein.

Die eigentliche Haushaltung als Personengemeinschaft ist die Mehrpersonenhaushaltung. Sie ist die dominierende Form, in der die Menschen auch in den Städten seit altersher zusammenlebten: Zunächst jahrhundertlang in einer Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft, später mit der Einführung der industriellen Produktionsweise und der Verlagerung der Produktion nach außerhalb der Haushaltung nur noch

Tabelle 1 Durchschnittliche Personenzahl je Haushalt und Art der Zusammensetzung der Haushaltungen in ausgewählten Städten des Deutschen Reiches zwischen 1890 und 1910

Städte	Jahr	Personen je		Anteil der Haushaltungen in Prozenten			
		Haushaltung Insgesamt	Mehrpersonen- haushaltung	Einzel- haushaltungen	Reine Familien- haushaltungen	Haushaltungen mit	
						Dienstboten/ Gewerbe- gehilfen	Untermietern/ Schlaf- gängern
Berlin	1890	4,17	4,37	6,3	51,6	20,0	24,6
	1900	3,89	4,13	7,8	57,3	14,6	21,0
	1905	3,77	4,03	8,8	58,2	12,5	19,6
	1910	1) 3,60
Hamburg	1890	4,35	4,60	6,9	50,0	21,0	23,3
	1900	4,15	4,41	7,7	57,4	15,6	2) 18,5
	1905	4,08	4,33	7,5	56,2	12,6	20,9
	1910	1) 4,06
Leipzig	1890	4,63	4,80	4,5	56,8	18,2	30,0
	1900	4,41	4,58	4,7	.	15,3	25,6
	1905	4,25	4,41	4,9	.	14,9	23,8
	1910	1) 4,19
München	1890	4,21	4,39	6,7	41,3	27,3	29,7
	1900	4,07	4,28	6,7	42,6	22,2	30,6
	1905	3,86	4,14	8,9	.	.	.
	1910	1) 3,89
Dresden	1890	4,10	4,38	8,3	47,0	22,5	23,8
	1900	4,04	4,31	8,3	54,3	18,6	27,8
	1905	3,90	4,19	9,2	.	.	.
	1910	1) 3,80
Köln	1900	4,28	4,56	7,7	.	.	.
	1905	4,22	4,50	8,1	65,1	16,6	11,7
	1910	1) 4,32
Essen	1900	4,80	4,97	4,1	84,3	.	11,6
	1905	1) 4,79	1) 4,94	3,7	76,0	10,2	12,7
	1910	4,70
Dortmund	1900	4,92	15,5
	1905	4,76
	1910	1) 4,62

1) Die Haushaltsgröße ist auf Basis der Personen je Wohnung berechnet

2) Nur Schlafgänger

in einer Konsumtionsgemeinschaft. Um die Jahrhundertwende war dieser Umbruch weitgehend abgeschlossen. Der am häufigsten in den größeren Städten anzutreffende Haushaltstyp war die reine Familienhaushaltung, in der die Kernfamilie (Eltern-Kind-Gemeinschaft) allein oder mit verwandten Personen zusammenlebte, wobei der Typ der Kernfamilie mit verwandten Personen nur relativ selten auftrat. Daneben gab es in allen Städten zum Teil recht hohe Anteile an Familienhaushaltungen mit familienfremden Bestandteilen. Entstehungsgeschichtlich lassen sich diese Haushaltungen in zwei Gruppen unterteilen:

1. Die traditionale Gruppe: Hierunter sind Familienhaushaltungen zusammenzufassen, deren fremde Bestandteile aus Dienstboten und/oder Gewerbegehilfen bestehen. Als Dienstboten wurden Personen (meist weiblichen Geschlechts) bezeichnet, die in den Haushaltungen lebten und dort hauswirtschaftliche Tätigkeiten verrichteten (zum Beispiel Köchinnen, Erzieherinnen, Dienstmädchen für die verschiedensten Aufgaben). Die Dienstboten bildeten noch zu Beginn unseres Jahrhunderts in fast allen Städten den bei weitem wichtigsten Berufszweig für Frauen: In Hamburg waren

1900 knapp 40 Prozent der erwerbstätigen Frauen als sogenannte „Dienende für häusliche Dienste“ tätig. Dienstboten konnten sich wegen der hohen Kosten (Lohn, Unterbringung und Versorgung im Haushalt) naturgemäß nur wohlhabendere Haushaltungen leisten. Sie waren so etwas wie ein Statussymbol, das man sich hielt, sofern man dazu wirtschaftlich in der Lage war. Erst die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft in diesem Jahrhundert mit ihrer ausgeprägten Differenzierung der Berufszweige auch für Frauen ließ das Dienstbotenwesen allmählich untergehen.

Während Haushaltungen mit Dienstboten zumindest am Beginn des Beobachtungszeitraums noch in nennenswertem Umfang in Erscheinung traten, handelte es sich bei den Haushaltungen mit Gewerbegehilfen auch zahlenmäßig bereits zu diesem Zeitpunkt um Relikte aus vorindustrieller Zeit. Gemeint sind hier insbesondere Handwerker-Meister-Haushaltungen, in denen Produktion und Konsumtion noch eine Einheit bildeten und in denen der gewerbliche Mitarbeiter (Geselle, Lehrling) mit in die hauswirtschaftliche Gemeinschaft einbezogen war.

2. Die „Übergangs“-Gruppe: Hierzu zählen Familienhaushaltungen, die in ihrer Haushaltung Untermieter im weitesten Sinne (Zimmerabmieter, Schlafleute, Chambregarnisten und so weiter) aufgenommen hatten. Bei diesen Haushaltstypen handelte es sich in der großen Mehrheit um Notgemeinschaften, die nur vorübergehend Bestand hatten und sich wieder auflösten, wenn die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse – vor allem die Mißstände auf den Wohnungsmärkten – sich verbesserten. Auf diesen Haushaltstyp wird nachfolgend noch näher einzugehen sein.

Obwohl das in dem StJB zur Verfügung stehende Zahlenmaterial leider nur lückenhaft ist, lassen sich in bezug auf die Verteilung der Haushaltungen auf die vorgenannten Gruppen doch zwei Städtetypen unterscheiden.

Auf der einen Seite stehen Städte, die ihre Entwicklung maßgeblich der modernen Industrie als städtebildender Kraft verdanken. Städte dieses Typs sind insbesondere die rheinisch-westfälischen Städte (Beispiele: Essen, Dortmund; für andere Städte liegen keine entsprechenden Angaben vor). Sie sind um 1900 gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an reinen Familienhaushaltungen (über 70 Prozent). Dieser Wert

Tabelle 2 Durchschnittliche Belegung von Wohnungen und Größe der Wohnungen in ausgewählten Städten des Deutschen Reiches zwischen 1890 und 1910 nach der Raumzahl

Städte	Personen je Jahr	Wohnraum	Wohnungen mit ... Wohnräumen				Anteil der Wohnungen mit ... Räumen	
			1 bis 3		4		in % des Gesamtwohnungsbestandes	
			Personen je Wohnraum	Anteil der Bevölkerung in %	Personen je Wohnraum	Anteil der Bevölkerung in %	1 bis 3	4
Berlin	1905		1,53	72,4			77,0	
	1910	1,15	1,43	68,7	1,01	12,7	73,6	13,2
Hamburg	1905	1,15	1,21	24,3	1,09	39,1	30,1	38,2
	1910	0,95	1,18	28,0	1,05	34,8	33,9	33,7
Leipzig	1905	1,24	1,18	16,6	1,09	40,0	21,9	39,1
	1910	0,91	1,10	14,0	1,06	40,4	19,2	40,2
München	1905		1,55	50,2	1,08	7,0	57,0	6,2
	1910		1,51	45,5			51,9	
Dresden	1910	0,95	1,21	37,0	1,02	32,4	44,1	11,8
Köln	1897	1,22	1,70	53,9	1,16	15,6	62,0	14,5
	1902	1,17					58,3	15,9
	1910	1,09	1,47	34,0	1,11	17,4	52,5	17,0
Düsseldorf	1905	1,32	1,72	57,0	1,24	15,5	64,4	14,2
	1910	1,28	1,69	54,9	1,24	17,9	60,7	16,0
Essen	1900	1,50	1,84	64,9	1,43	14,2	71,7	11,9
	1906	1,36	1,74	58,1	1,37	15,8	65,5	13,8
	1910	1,30	1,67	55,4	1,37	18,0	63,2	15,5
Dortmund	1905	1,43	1,79	61,1	1,34	16,8	67,1	15,0
	1910	1,38	1,75	61,2	1,28	17,5	66,1	15,9

korreliert in diesen Städten mit einem hohen Anteil an Erwerbstätigen (über 75 Prozent) in der Industrie. Der Anteil an Haushaltungen mit familienfremden Bestandteilen ist dagegen vergleichsweise niedrig. Ein höherer Anteil an Haushaltungen mit Dienstboten hatte sich nicht herausgebildet, weil die aus ländlichen Gebieten zugewanderte Arbeiterbevölkerung nicht die materiellen Voraussetzungen besaß, um die städtische Tradition der Haltung von Dienstboten anzunehmen. Inwieweit die in den beiden Vergleichsstädten festgestellten niedrigen Anteilswerte an Haushaltungen mit Untermietern für diesen Städtetyp generalisiert werden können, ist fraglich. Zumindest in Essen dürfte der geringe Anteil auf den zahlenmäßig bedeutsamen Bau von Werkwohnungen durch die großen Industrieunternehmen (zum Beispiel Krupp) zurückzuführen sein, wodurch dort das Wohnungsproblem gemildert worden ist. Dem Städtetyp der (primären) Industriestadt stehen auf der anderen Seite Residenz- und/oder Handelsstädte gegenüber, die bereits vor Einsetzen des Industriealters größere Bevölkerungszahlen aufzuweisen hatten. Hierzu zählen Städte wie Berlin, Hamburg, München, Frankfurt, Köln oder Dresden. Die Industrie hat zwar auch in diesen Städten als Städtebildner eine sehr wichtige Rolle gespielt, aber sie war nicht die einzige.

Handel, Kredit- und Verkehrswesen waren hier schon vorher vertreten und haben sich nur im Gefolge der Industrialisierung kräftig weiterentwickelt. Die zuwandernde Bevölkerung traf in diesen Städten auf eine Bevölkerung mit eigener städtischer Lebensweise.

Daß ein nicht unbedeutender Teil der Haushaltungen zu den wohlhabenderen Schichten zählte, zeigen die vielen Haushaltungen mit Dienstboten an. Um die Jahrhundertwende hatte in München und in Frankfurt/Main fast jede vierte Haushaltung einen oder mehrere Dienstboten. Auch in Dresden lag der Anteil dieses Haushaltstyps nur geringfügig unter der 20-Prozent-Marke. Einen mittleren Platz nehmen in dieser Hinsicht die beiden größten Städte des Reiches, Berlin und Hamburg, mit Anteilswerten an Dienstboten-Haushaltungen von etwa 15 Prozent ein.

Wohnungsversorgung der Bevölkerung

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum ist in den Großstädten und städtischen Agglomerationen während des gesamten etwa 20jährigen Betrachtungszeitraums problematisch gewesen.

Das rasche Bevölkerungswachstum, vor allem ausgelöst durch die große Zahl der Zuwanderer einerseits und eine sehr liberale Wohnungspolitik andererseits, die den Staat in keiner Weise bewegen hat, in das freie Spiel der Marktkräfte einzugreifen, hatten zum Ergebnis, daß das Wohnungsangebot nur selten den Bedürfnissen vor-

anleite. Die relative Knappheit an Wohnraum ließ die Mietpreise im Verhältnis zu den Einkommen zeitweilig so stark ansteigen, daß sie von großen Teilen der Haushaltungen nicht mehr bezahlbar waren. Mietbelastungsquoten von einem Drittel des Einkommens und mehr waren in den unteren Einkommensklassen, zu denen die Masse der Bevölkerung gehörte, keine Seltenheit. Erst der Wohnungsbau durch gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und Selbsthilfeeinrichtungen der Betroffenen in Form von Bau- und Wohnungsgenossenschaften verbesserte allmählich die Lage auf den Wohnungsmärkten der Städte.

Zudem fehlte in diesem Zeitabschnitt jegliche Art von gesetzlichem Mieterschutz. Die völlige Vertragsfreiheit zur Vereinbarung der Miethöhe und Laufzeit der Verträge bewirkte, daß Mietverträge häufig nur für einen kurzen Zeitraum abgeschlossen wurden. So drohte vielen Mietern permanent der Wohnungswechsel, wenn sie nicht den Mietpreisforderungen der Vermieter nachkommen konnten. Die damaligen Statistiken über die Bezugsdauer der Wohnungen belegen den hohen Grad an Fluktuation im Wohnungsbereich. Zum Stichtag der Erhebung von 1905 waren in Berlin, Hamburg und München knapp 30 Prozent der Wohnungen von Haushaltungen belegt, die die Wohnung erst vor weniger als einem Jahr bezogen hatten. In Düsseldorf betrug der Anteil dieser Wohnungen sogar 37 Prozent.

Die Folge der hohen Mietpreise war eine intensivere Nutzung des gemieteten Wohnraums durch Untervermietung beziehungsweise entgeltliche Überlassung von Schlafstellen an familienfremde Personen (Schlafgänger, Kost- und Quartiergänger). Dabei wurden die Schlafstellen häufig sogar mehrfach vermietet. Insbesondere in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte das Schlafgängerwesen Ausmaße angenommen, die die Behörden vor allem unter sittlich-moralischen Gesichtspunkten zum Eingreifen veranlaßten.

So heißt es in einer das Kost- und Quartiergängerwesen regelnden Polizeiverordnung der Regierungsbezirke Arnsberg und Düsseldorf aus dem Jahre 1884: „Die Schlafgänger dürfen mit den eigenen Wohn- und Schlafräumen des Kost- und Quartiergebers und dessen Hausangehörigen weder in offener Verbindung stehen, noch durch eine Tür verbunden sein... Für je zwei Kost- oder Quartiergänger muß mindestens ein Bett und ein Waschgeschirr vorhanden sein.“¹⁾

In vielen Fällen hing die Mietzahlungsfähigkeit des Hauptmieters und somit sein Verbleib in der Wohnung von der Zahlungsfähigkeit der Untermieter/Schlafgänger ab. Wurden diese etwa durch Arbeitslosigkeit zahlungsunfähig, so verloren nicht nur sie

Tabelle 3 Durchschnittliche Haushaltungsgröße in ausgewählten Großstädten zwischen 1925 und 1939

Städte	Jahr	Personen je Haushaltung
Berlin	1925	3,21
	1933	2,92
	1939	2,74
Hamburg	1927	3,45
	1933	3,15
	1939	2,98
Köln	1925	3,70
	1933	3,33
	1939	3,04
Leipzig	1925	3,45
	1933	3,19
	1939	2,92
München	1925	3,60
	1933	3,35
	1939	3,21
Dresden	1925	3,29
	1933	2,99
	1939	2,72
Essen	1925	3,97
	1933	3,54
	1939	3,24
Frankfurt/M.	1925	3,77
	1933	3,40
	1939	3,07
Düsseldorf	1925	3,78
	1933	3,31
	1939	3,09
Hannover	1925	3,58
	1933	3,21
	1939	3,04
Nürnberg	1925	3,77
	1933	3,35
	1939	3,16
Dortmund	1925	4,10
	1933	3,66
	1939	3,28

Quelle der Zahlen von 1925: Wirtschaft und Statistik, Sonderheft 2, 1925, S.28

ihren Schlafplatz, sondern auch der Wohnungsinhaber hatte um seine Wohnung zu fürchten.

Die geschilderten Verhältnisse lassen sich durch das vorliegende Zahlenmaterial in den StJB nur unvollkommen belegen. Hinzu kommt, daß die vorhandenen Zahlen zum Teil auf Begriffen basieren, die miteinander nicht vergleichbar sind. Aus diesem Grunde mußte der Beobachtungszeitraum für die meisten Städte auf die Stichjahre 1905 und 1910 verkürzt werden.

Betrachtet man die quantitative Wohnungsversorgung auf der Basis der Haushaltungen, so ergeben sich keine rechnerischen Defizite, da ja Haushaltungen in der Erhebungspraxis fast ausschließlich als eine Personengemeinschaft definiert war, die alle Personen einer Wohnung umfaßte. Allenfalls die Tatsache des Vorhandenseins von Haushaltungen mit Untermietern/Schlafgängern ist als Indiz für eine Unter-

¹⁾ Quelle: Lange: Die Wohnverhältnisse der ärmeren Volksklassen in Bochum. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Heft 31, 1886, S. 93 f.

Tabelle 4 **Belegung von Wohnungen in ausgewählten Großstädten am 16. Mai 1927 nach der Anzahl der Haushaltungen**

Stadt	Von 100 Wohnungen sind belegt			
	mit nur einer Haushaltung			mit 2 und mehr Haushaltungen
	ohne Untermieter	mit aufgenommenen		
		Familien	Einzelpersonen	
Berlin	78,2	2,4	12,6	6,8
Hamburg	74,8	1,9	13,0	10,3
Köln	83,4	2,6	7,7	6,3
Leipzig	72,4	2,2	13,4	12,0
München	72,7	2,1	16,8	8,4
Dresden	78,4	1,8	11,7	8,1
Essen	84,7	2,3	5,2	7,8
Frankfurt	75,7	2,9	11,9	9,5
Düsseldorf	83,8	2,0	7,6	6,6
Hannover	73,8	2,8	11,9	11,5
Nürnberg	74,0	1,9	11,4	12,7
Dortmund	80,7	2,7	7,7	8,9

Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1928, S.85

versorgung der Haushaltungen mit Wohnraum zu werten.

Auf der Grundlage der Anzahl der Personen in den Wohnungen lassen sich Belegungsdichten berechnen, die Aufschluß über die mengenmäßige Wohnungsversorgung der Bevölkerung geben. Nimmt man als Maß der Dichte der Belegung einer Wohnung die Anzahl der Personen je Wohnraum, so ergeben sich Werte, die zwischen 0,9 und 1,5 gelegen haben, wobei die jeweils höheren Werte in allen Städten am Anfang des Zeitraums zu beobachten waren.

Als Wohnraum zählten, ohne Größenbeschränkung, alle Wohn- und sonstigen Zimmer, einschließlich die zu Wohnzwecken genutzten Kammern, Mansarden- und Bodenräume sowie die Küchen.

Zum Vergleich: Heute entfallen auf einen Wohnraum in den Großstädten im Durchschnitt zwischen 0,5 und 0,55 Personen²⁾, das heißt, der Bevölkerung steht gegen-

wärtig meist die doppelte bis dreifache Anzahl an Wohnräumen zur Verfügung als den Menschen vor 80 bis 100 Jahren.

Für die quantitative Wohnraumversorgung der Bevölkerung in den Städten ist es ganz entscheidend, inwieweit der Wohnungsbestand hinsichtlich der Wohnungsgröße an die durchschnittliche Haushaltsgröße angepaßt ist. Aufgrund der unterschiedlichen Baugewohnheiten in der Vergangenheit war die Wohnungsgrößenstruktur in den Städten recht uneinheitlich. Städte mit einem hohen Anteil an Kleinwohnungen (Wohnungen mit ein bis drei Räumen) waren neben Berlin vor allem die westdeutschen Städte. Dagegen hatten Städte wie Dresden, Leipzig und Hamburg eine für die damaligen Verhältnisse wesentlich günstigere Wohnungsstruktur und demzufolge eine im Durchschnitt geringere Belegungsdichte aufzuweisen.

Besonders eng lebten im Betrachtungszeitraum die Bewohner von Kleinwohnungen zusammen. In Berlin kam auf eine Wohnung mit ein bis drei Wohnräumen durchschnittlich 1,5 Personen je Wohnraum, in den westdeutschen Städten lagen die Werte sogar bei 1,7 bis 1,8 Personen. Darüber hinaus war der Anteil der Bevölkerung, der

unter diesen Wohnungsverhältnissen zu leben hatte, in diesen Städten ebenfalls sehr hoch: In Berlin waren drei Viertel der Bewohner und in den Ruhrstädten zwischen 55 und 60 Prozent der Einwohner betroffen. An wohnungsnotähnliche Zustände reichte die Unterbringung in den Fällen heran, in denen Haushaltungen in Kleinwohnungen Untermieter oder Schlafleute aufnehmen mußten. Den Kernfamilien dieser Haushaltungen standen dann höchstens zwei Wohnräume, das heißt, neben der Küche noch ein Wohn- oder Schlafraum, zur Verfügung. In Berlin waren 1905 rund 76 000 (19 Prozent) und in München 14 000 (18 Prozent) Kleinwohnungen mit Haushaltungen dieses Typs belegt.

Die Zwischenkriegszeit (1925 bis 1939)

Vorbemerkungen

Nach dem Ersten Weltkrieg hat sich das Datenangebot über Wohnungen und Haushaltungen insbesondere in den StJB im Vergleich zur Vorkriegszeit drastisch verringert. Sieht man von den Angaben zur durchschnittlichen Haushaltsgröße, die für die Zählungsjahre 1925, 1933 und 1939 zur Verfügung stehen, ab, beschränkt sich das vorhandene Datenmaterial auf die Wohnungserhebungen der Jahre 1925 und 1927. Der Volkszählung von 1925 war eine Vorerhebung der Wohnungen vorgeschaltet gewesen, die vom Verband Deutscher Städtestatistiker initiiert worden war. An dieser Erhebung hatte sich allerdings nur ein Teil der Großstädte beteiligt. Die 1927 durchgeführte Reichswohnungszählung umfaßte dagegen das gesamte damalige Reichsgebiet. In den StJB sind lediglich Ergebnisse der Wohnungszählung der deutschen Städte von 1925 veröffentlicht. Um eine Kontinuität der Darstellung beizubehalten, wurden im nachfolgenden Textabschnitt neben den Zahlen aus dem StJB auch Ergebnisse der Wohnungszählung von 1927 aus der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ herangezogen.

In definitorischer Hinsicht sind die Begriffe Haushaltung, Wohnung und Wohnraum im wesentlichen unverändert geblieben, so daß Vergleiche mit Vorkriegsdaten zulässig sind.

Veränderung der Haushaltsgrößen

Die Verstädterung der Bevölkerung in Deutschland hat sich auch nach dem Ersten Weltkrieg fortgesetzt. 1925 lebte mehr als jeder vierte (26,6 Prozent) und 1939 sogar fast jeder dritte (31,6 Prozent) Bewohner des damaligen Reichsgebietes in Städten mit über 100 000 Einwohnern: Die Zahl der Großstädte war bis 1939 auf 60 angestiegen.

Wesentlich stärker als die Bevölkerung der Städte war seit 1910 die Anzahl der Haus-

2) Dieser Wert ist mit den Angaben aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg nicht ganz vergleichbar, da er außer den Küchen nur die Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmetern Fläche umfaßt.

haltungen angewachsen und damit die durchschnittliche Haushaltungsgröße gesunken.

Setzt man die Zahl der Bewohner und der Haushaltungen des Jahres 1910 jeweils gleich 100, so ergeben sich für das Jahr 1925 folgende Meßwerte (Veränderungen aufgrund von zwischenzeitlich vollzogenen Eingemeindungen sind in den Zahlen enthalten):

Städte	Bevölkerung	Haushaltungen
Berlin	181	221
Hamburg	114	137
Köln	134	157
Essen	158	192
Leipzig	112	140
München	113	133

Die Verkleinerung der Haushaltungen gegenüber der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ist vor allem auf demographische Einflüsse, wie dem Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit, dem Geburtenausfall, die Kriegsverluste während der Zeit zwischen 1914 und 1918 und die Zunahme des älteren Bevölkerungsanteils zurückzuführen. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Krieg und die fortgeschrittene berufliche Emanzipation der Frauen haben insbesondere die Anzahl der Haushaltungen mit Dienstboten weiter verringert und damit reduzierend auf die durchschnittliche Größe der Haushaltungen gewirkt. Kennzeichnend für die Entwicklung ist aber auch die große Zahl der nach dem Krieg stattgefundenen Eheschließungen gewesen, die die Anzahl der Familien und Haushaltungen sprunghaft ansteigen ließ.

Hinsichtlich der durchschnittlichen Haushaltungsgröße bestehen zwischen den einzelnen Großstädten auch im Jahre 1925 recht erhebliche Unterschiede. Die höchsten Werte hatten, wie bereits vor dem Kriege, die Städte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets aufzuweisen. Bezogen auf die ortsanwesende Bevölkerung lebten in dieser Städtegruppe durchschnittlich 3,93 Personen in einer Haushaltung. In Städten wie Dortmund oder Gelsenkirchen überstieg die durchschnittliche Haushaltungsgröße mit Werten von 4,10 beziehungsweise 4,27 sogar den Reichsdurchschnitt von 4,07.

Auch im Rhein-Main-Industriegebiet und in den übrigen süddeutschen Großstädten waren durchschnittliche Personenzahlen zwischen 3,4 und 3,9 je Haushaltung zu verzeichnen. Die höchsten Werte erreichten hier Ludwigshafen (4,04), Mannheim (3,93) und Stuttgart (3,86), während in Wiesbaden im Durchschnitt nur 3,36 Personen im Haushalt zusammenlebten.

Beträchtlich niedrigere Haushaltungsgrößen waren dagegen in den norddeutschen Großstädten sowie in den Großstädten des sächsischen Industriegebietes zu beobachten. Sieht man von Bremen (3,74) und Kassel (3,76) ab, so überstiegen die durchschnittlichen Haushaltungsgrößen dieser

Städte nur noch selten den 3,5-Personen-Wert: In Magdeburg und in Dresden lagen die Werte sogar deutlich unter der 3,4-Marke. Die niedrigste durchschnittliche Haushaltungsgröße der deutschen Großstädte hatte jedoch am Ende der 20er Jahre Berlin mit 3,21 aufzuweisen.

Die Verkleinerung der Haushaltungen hat sich trotz der von den Nationalsozialisten betriebenen Bevölkerungspolitik kontinuierlich bis zum Ende des Zeitabschnitts fortgesetzt. 1939 lagen die durchschnittlichen Haushaltungsgrößen der west- und süddeutschen Großstädte nur noch zwischen 3,0 und 3,3, und in den meisten nord- und mitteldeutschen Großstädten wurde die 3,0-Marke zum Teil deutlich unterschritten.

Wohnungsversorgung

Der gestiegenen Anzahl an Haushaltungen in den Großstädten stand ein Wohnungsneubau gegenüber, der während des Krieges praktisch zum Erliegen gekommen war und in der Nachkriegszeit erst langsam begonnen hatte, den angestauten Wohnungsbedarf einzuholen. Als Folge dieser Verhältnisse überstieg – zumindest bis ins Jahr 1927 – in allen Großstädten die Anzahl der Haushaltungen den Wohnungsbestand in einem zum Teil nicht unerheblichen Ausmaß. Nur etwa 80 Prozent der Wohnungen in den 46 Großstädten des Jahres 1927 waren ohne Untervermietung von reinen Familienhaushaltungen bewohnt. In den übrigen Wohnungen wohnten die Wohnungsinhaber mit Untermietern unterschiedlichen Typs zusammen.

Knapp acht Prozent der Wohnungen der Großstädte waren mit zwei und mehr Haushaltungen belegt. Bei diesen Untermieterhaushaltungen handelte es sich überwiegend um Mehrpersonenhaushaltungen, da Einzelpersonen, die zur Untermiete wohnten oder Schlafgänger waren, größtenteils keine eigene Hauswirtschaft führten, sondern zur Haushaltung des Wohnungsinhabers gehörten. Der Anteil der mit Untermieterhaushaltungen belegten Wohnungen war in den Städten unterschiedlich hoch. In Hamburg, Leipzig, Hannover und Nürnberg waren in gut jeder zehnten Wohnung Untermieterhaushaltungen einquartiert; in den westdeutschen Städten Köln und Düsseldorf, aber auch in Berlin, waren nur etwas mehr als sechs Prozent der Wohnungsinhaber davon betroffen. Der Mangel an Wohnraum in den Großstädten dokumentierte sich auch in der Zahl der Familien, die nicht als eigenständige Haushaltungen in Erscheinung traten, sondern in den Haushaltungen anderer Familien, meist der Eltern oder von Verwandten, aufgenommen worden waren. Zwischen zwei und drei Prozent der Wohnungen in den Großstädten beherbergten im Jahre 1927 Haushaltungen mit sogenannten „aufgenommenen“ Familien.

Schließlich spielte die Aufnahme von familienfremden Einzelpersonen in die Haushaltungen der Wohnungsinhaber, wie be-

reits in der Vorkriegszeit, eine nicht unbedeutende Rolle bei der wohnungsmäßigen Unterbringung der Bevölkerung. 1927 waren knapp elf Prozent der Wohnungen in den Großstädten von Haushaltungen dieses Typs bewohnt. Überdurchschnittlich hohe Anteile an Wohnungen mit aufgenommenen Einzelpersonen waren in München (16,8 Prozent), Leipzig (13,4 Prozent), Hamburg (13,0 Prozent) und Berlin (12,6 Prozent) zu verzeichnen. In den westdeutschen Städten lebten dagegen, wie schon vor dem Kriege, vergleichsweise wenige Haushaltungen mit Untermietern/Schlafgängern.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart

Vorbemerkungen

Ein Vergleich der nachfolgend dargestellten Zahlen mit den Ergebnissen der bisher betrachteten Zeitabschnitte ist nur noch bedingt möglich, da sich die Definitionen einiger wichtiger Begriffe seit dem Jahr 1950 nicht unwesentlich verändert haben. Der heute verwendete Haushaltsbegriff unterscheidet sich vom Begriff der Haushaltung vor dem Zweiten Weltkrieg vor allem in der Zuordnung der sogenannten Einzeluntermieter. Einzelpersonen, die zur Untermiete wohnten, wurden bis 1939 ganz überwiegend zu den Haushaltungsmitgliedern der Wohnungsinhaberhaushaltungen gerechnet. Seit 1950 wird dieser Personenkreis jedoch als selbständige Haushalte gezählt. Dies ist insofern gerechtfertigt, als alleinstehende Untermieter heute kaum noch auf die Beköstigung durch die Wohnungsinhaberhaushaltung angewiesen sind. Hinzu kommt, daß in den ersten Jahren nach dem Kriege viele Einzelpersonen den Wohnungsinhabern durch die Wohnungsämter zugewiesen waren und sich daher weit mehr als selbständige Wohnparteien fühlten als die Zimmerabmieter/Schlafgänger der vorher betrachteten Zeitabschnitte. Der Wohnungsbegriff ist gemäß den Zielsetzungen der ersten Bestandsaufnahmen nach den umfangreichen Zerstörungen der Bausubstanz näher präzisiert worden. In den Zählungsjahren 1950 und 1956 unterschied man Normalwohnungen und Notwohnungen. Erstere waren mit Küche und Kochnische ausgestattete Wohneinheiten in normalen Wohn- oder Nichtwohngebäuden. Als Notwohnungen wurden Wohneinheiten bezeichnet, die ohne Küche/Kochnische ausgestattet waren oder sich in Notgebäuden befanden, die nur vorübergehend für Wohnzwecke genutzt wurden (Behelfsheime, Baracken, Gebäude-reste und so weiter). Diese Unterscheidung ist im Grunde bis heute beibehalten worden. Lediglich terminologische Änderungen sind im Zeitablauf erfolgt: Im Zählungsjahr 1968 wurden Wohnungen und Wohnwohneinheiten, anlässlich der Zählung 1987 Wohnungen und sonstige Wohneinheiten unterschieden. Die nachfolgend berechne-

Tabelle 5 **Größe der Haushalte in ausgewählten Großstädten zwischen 1950 und 1987**

Städte	Personen je Haushalt	Anteil der Einpersonenhaushalte in % der Haushalte insgesamt	Anteil der Mehrpersonenhaushalte mit ... Personen in % an den Mehrpersonenhaushalten insgesamt				
			2	3	4	5 und mehr	
Berlin	1950	2,21	35,1	50,3	28,8	13,8	7,1
	1961	2,09	37,7	52,2	28,7	13,2	5,9
	1970	1,98	44,2	53,9	26,6	13,4	6,1
	1987	1,84	51,1	56,3	24,7	13,5	5,5
Hamburg	1950	2,48	28,4	43,2	29,1	17,2	10,5
	1961	2,39	29,3	43,9	29,5	17,5	9,0
	1970	2,23	35,8	46,9	26,8	17,9	8,4
	1987	1,92	46,7	54,9	24,7	15,2	5,2
München	1950	2,52	31,2	39,6	31,2	17,3	11,9
	1961	2,27	34,3	44,3	31,3	15,9	8,4
	1970	2,09	41,7	47,5	29,1	16,1	7,4
	1987	1,84	50,2	55,9	25,3	14,3	4,4
Köln	1950	2,69	23,4	38,9	30,8	17,7	12,6
	1961	2,52	25,7	41,5	30,3	17,4	10,9
	1970	2,35	32,8	44,5	27,9	17,1	10,5
	1987	2,01	44,8	51,1	25,8	16,0	7,1
Essen	1950	2,92	17,1	33,5	31,8	20,1	14,6
	1961	2,68	20,2	38,0	31,4	19,0	11,6
	1970	2,52	26,7	41,4	28,8	18,6	11,2
	1987	2,05	40,7	51,3	27,4	15,9	5,4
Frankfurt / M.	1950	2,38	31,4	43,6	31,4	16,1	8,9
	1961	2,37	30,2	43,8	30,2	16,8	9,1
	1970	2,16	38,2	48,2	27,8	16,0	8,0
	1987	1,89	49,4	53,3	25,5	15,2	6,0
Dortmund	1950	2,92	16,4	33,7	32,7	19,8	13,8
	1961	2,75	18,0	36,9	31,8	19,2	12,1
	1970	2,52	27,0	40,4	29,4	19,0	11,2
	1987	2,12	38,3	49,9	27,7	16,2	6,3
Düsseldorf	1950	2,64	25,4	39,2	30,8	17,9	12,1
	1961	2,46	28,0	41,4	30,4	17,8	10,4
	1970	2,31	34,8	45,6	28,0	17,0	9,4
	1987	1,91	46,9	55,3	25,1	14,5	5,0
Stuttgart	1950	2,50	30,3	39,4	30,3	18,5	11,8
	1961	2,39	32,2	40,4	30,3	18,5	10,8
	1970	2,28	35,7	44,2	27,2	18,5	10,1
	1987	1,97	47,1	50,2	25,0	18,2	6,7
Bremen	1950	2,70	23,0	37,2	31,0	19,3	12,5
	1961	2,58	24,6	38,4	30,8	19,6	11,3
	1970	2,52	26,8	40,9	27,9	19,9	11,2
	1987	2,06	41,5	50,4	26,7	16,7	6,3
Hannover	1950	2,83	10,0	36,3	34,4	18,3	11,0
	1961	2,42	28,3	43,1	30,2	17,5	9,2
	1970	2,21	36,4	47,2	28	16,9	7,9
	1987	1,87	49,0	56,1	24,5	14,4	5,0
Nürnberg	1950	2,63	23,2	39,3	31,8	17,3	11,6
	1961	2,44	25,9	43,5	31,7	16,2	8,6
	1970	2,33	30,5	46,3	29,1	16,2	8,4
	1987	2,01	42,2	53,8	25,7	15,1	5,3

ten Indikatoren basieren auf dem (Normal-)Wohnungsbegriff, das heißt, Notwohnungen/Wohngelegenheiten/sonstige Wohneinheiten bleiben unberücksichtigt.

Schließlich zählen seit 1950 als Wohnraum nur noch für Wohn- und Schlafzwecke benutzte Räume mit sechs und mehr Quadratmeter Fläche; für Küchen/Kochni-

schen gilt dagegen keine Größenbeschränkung.

Größe und Zusammensetzung der Haushalte

Eine Vielzahl von Faktoren, wie demographische Einflüsse, kriegsbedingte Bevölkerungsverluste, der große Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen und nicht zuletzt definitorische Korrekturen haben bewirkt, daß sich das Gefüge der großstädtischen Haushalte gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich verändert hatte. Die erste wichtige Bestandsaufnahme im Jahr 1950 ermittelte in den Großstädten des Bundesgebietes durchschnittliche Haushaltsgrößen zwischen 2,2 und 2,9 Personen. Sie lagen damit deutlich unter den Werten von 1939. Ordnet man die Städte nach der Durchschnittsgröße ihrer Haushalte, so haben sich auf den ersten Blick alte Rangfolgen erhalten. Die im Durchschnitt kleinsten Haushalte hatte, wie bereits vor dem Kriege, Berlin aufzuweisen, während in den Städten des Ruhrgebiets nach wie vor die personenreichsten Haushalte anzutreffen waren. So lebten in Essen und Dortmund durchschnittlich 2,92 und in Duisburg sogar 2,95 Personen in einem Haushalt. Relativ hohe Werte hatten aber auch Hannover (2,83) und Bremen (2,70) zu verzeichnen. Bereits zu Beginn des Betrachtungszeitraums deutete sich in den Großstädten eine Erscheinung an, die die Zusammensetzung der Haushalte und damit auch die durchschnittliche Haushaltsgröße zunehmend beeinflussen sollte: der Einpersonenhaushalt als eine besonders für die Großstadt typische Lebensform. In Berlin, München, Frankfurt/Main und Stuttgart bestanden schon 1950 mehr als 30 Prozent der Haushaltungen aus nur einer Person. Diese hohen Einpersonenhaushaltsanteile waren jedoch anfangs nicht in allen Großstädten gleichermaßen zu beobachten. In Essen, Dortmund und Hannover ist zum gleichen Zeitpunkt nur jeder sechste bis zehnte Haushalt ein Einpersonenhaushalt gewesen.

Die Zahl der Einpersonenhaushalte wurde in der Vorkriegszeit im wesentlichen durch die Zahl der älteren, verwitweten Personen bestimmt, die in der Regel allein eine Wohnung bewohnten. Ihr relativer Anteil nahm im Zeitverlauf langsam mit dem allgemeinen Anstieg der Lebenserwartung zu. Die vielen zu Untermiete wohnenden Alleinlebenden waren ja ganz überwiegend keine eigenständigen Haushalte, sondern Haushaltsmitglieder von Wohnungsinhaberhaushaltungen.

In der ersten Nachkriegszeit erhöhte sich der Anteil der Einpersonenhaushalte zusätzlich durch die große Anzahl an alleinstehenden Kriegerwitwen und verheirateten Frauen, deren Ehepartner sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden oder als vermißt galten. Besonders auffallend war 1950 der hohe Anteil an ledigen alleinlebenden Personen, der in Hamburg bei knapp

40 Prozent der Einpersonenhaushalte lag. Da diese Personen – im Gegensatz zu heute – meist zur Untermiete wohnten, dürfte ihre relative Häufigkeit auf den großen Wohnungsmangel in den Städten zurückzuführen gewesen sein.

Der Anteil der Einpersonenhaushalte an den Haushalten insgesamt nahm in der Folgezeit rasch zu. Bis 1970 hatte er bereits in Berlin und München die 40-Prozent-Marke überschritten und auch in den Ruhrgebietsstädten Essen und Dortmund, die traditionell einen niedrigen Anteil an Einpersonenhaushalten aufgewiesen haben, bestand zu diesem Zeitpunkt bereits jeder vierte Haushalt aus nur einer Person.

Während in den 20 Jahren zwischen 1950 und 1970 die Zunahme der Einpersonenhaushalte zu großen Teilen auf demographische Einflüsse zurückzuführen war, ist spätestens seit 1970 als weiterer Einflußfaktor eine veränderte Einstellung in der Bevölkerung zum Alleinleben zu beobachten. Der gestiegene Lebensstandard und ein im großen und ganzen ziemlich ausgeglichener Wohnungsmarkt insbesondere in den 70er und 80er Jahren ermöglichte es immer mehr jungen Menschen, bereits frühzeitig den elterlichen Haushalt zu verlassen, um alleinstehend einen eigenständigen Haushalt zu führen. Auch eine angestiegene Geschiedenenanzahl trug dazu bei, daß sich die Anzahl der Einpersonenhaushalte weiter vergrößerte. Nach dem Familienstand waren 1970 in Hamburg noch die Verwitweten mit einem Anteil von 46 Prozent die stärkste Gruppe innerhalb der Einpersonenhaushalte. 1987 wurden dagegen unter den Alleinlebenden 45 Prozent ledige Personen und nur noch 31 Prozent verwitwete ermittelt. Der Anteil der geschiedenen Personen, die allein in einem Haushalt lebten, hatte sich im gleichen Zeitraum von 14 auf 16 Prozent erhöht.

Diese Individualisierungsprozesse haben in den letzten 20 Jahren in allen Großstädten zu einer beträchtlichen Zunahme der Einpersonenhaushalte geführt. In Berlin und München waren 1987 gut die Hälfte aller Haushalte alleinlebende Personen. Auch in Frankfurt und Hannover war der Anteil mit etwa 49 Prozent nicht viel niedriger. Obwohl die Großstädte des Ruhrgebietes auch heute noch vergleichsweise die geringsten Anteile an Einpersonenhaushalten aufzuweisen haben, hatten sie über den gesamten 40jährigen Betrachtungszeitraum die höchsten Zunahmen zu verzeichnen: In Essen stieg der Anteil der Haushalte mit einer Person von 17,1 bis 40,7 Prozent und in Dortmund von 16,4 auf 38,3 Prozent.

Der Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgößen in den bundesdeutschen Großstädten ist aber nicht ausschließlich eine Folge der Zunahme der Einpersonenhaushalte gewesen. Auch die Verkleinerung der Mehrpersonenhaushalte hat dazu beigetragen, daß heute im Durchschnitt immer weniger Menschen in einem Haushalt zusammenleben.

Tabelle 6 **Belegung von Wohnungen in ausgewählten Großstädten zwischen 1956 und 1987**

Städte	Personen je Raum	Wohnfläche in qm je Person	Haushalte je Wohnung
Berlin	1956	0,87	1,27
	1968	0,66	1,05
	1987	0,55	1,05
Hamburg	1956	0,93	1,33
	1968	0,68	1,07
	1987	0,53	1,06
München	1956	0,97	1,35
	1968	0,70	1,07
	1987	0,56	1,05
Köln	1956	1,02	1,27
	1968	0,74	1,03
	1987	0,56	1,02
Essen	1956	1,15	1,28
	1968	0,77	1,02
	1987	0,55	1,02
Düsseldorf	1956	1,08	1,28
	1968	0,75	1,05
	1987	0,55	1,03
Frankfurt am Main	1956	0,94	1,34
	1968	0,67	1,04
	1987	0,55	1,06
Dortmund	1956	1,09	1,20
	1968	0,76	1,01
	1987	0,56	1,02
Stuttgart	1956	0,89	1,35
	1968	0,67	1,11
	1987	0,53	1,05
Hannover	1956	0,92	1,36
	1968	0,66	1,08
	1987	0,50	1,04
Bremen	1956	0,90	1,23
	1968	0,67	1,02
	1987	0,51	1,02
Nürnberg	1956	0,90	1,32
	1968	0,66	1,05
	1987	0,53	1,03

So hat sich der Anteil der Zweipersonenhaushalte an den Mehrpersonenhaushalte in allen Städten kontinuierlich erhöht und 1987 mit Werten zwischen 50 und 56 Prozent ein recht einheitliches Niveau erreicht. Zurückzuführen ist dieser Trend auf die wachsende Zahl an Ehepaaren, deren Kinder bereits den Haushalt verlassen haben, und an Ehepaaren oder Lebensgemeinschaften, die kinderlos geblieben sind.

Die durchschnittliche Zahl der Personen je Haushalt hat heute in vielen Großstädten die Zwei-Personen-Marke unterschritten. 1987 kamen in Berlin und München auf 100 Haushalte nur noch 184 Personen, in Hannover 187, in Frankfurt/Main 189, in Düsseldorf 191, in Hamburg 192 und in Stuttgart 197 Personen. Aber auch in Städten mit ehemals höheren Durchschnittswerten ist die Tendenz zu Kleinhaushalten unverkennbar.

Wohnungsversorgung

Die starke Zerstörung des Wohnungsbestandes in den meisten Großstädten des Bundesgebietes während des Zweiten Weltkrieges einerseits und der große Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen andererseits haben in den Städten zu Engpässen in der Wohnraumversorgung der Bevölkerung geführt, wie sie bisher nicht beobachtet worden waren. Zum Zählungstichtag der Volkszählung 1950 standen in Hamburg 336 400 Normalwohnungen 575 650 Haushalten gegenüber, so daß im Durchschnitt jede Wohnung von 1,7 Haushalten bewohnt war. Nur etwa der Hälfte der Hamburger Haushalte stand allein eine eigene Wohnung zur Verfügung. Den übrigen Wohnungsinhabern waren durch die Wohnungsämter im Rahmen der Wohnraumbewirtschaftung Untermieterhaushalte zugewiesen worden. Ähnliche Wohnungsverhältnisse herrschten in Bremen und Berlin(West). Hier bewohnten durchschnittlich 1,6 beziehungsweise 1,4 Haushalte eine Normalwohnung und im städtereichen Nordrhein-Westfalen entfielen 1,5 Haushalte auf eine Wohnung.

Auch die Belegungsdichte der Wohnräume hatte trotz der Verkleinerung der Haushalte wieder Werte angenommen, die über der 1,0-Marke lagen. In Hamburg wurden 1950 im Durchschnitt 1,14 Personen je Wohnraum, in Bremen 1,11 und in Berlin(West) 0,95 festgestellt.

Der Wiederaufbau der zerstörten Städte nach dem Krieg war mit einer enormen Neubauleistung im Wohnungssektor verbunden. Insbesondere in den Jahren zwischen 1950 und 1955 wurden in fast allen Großstädten durchschnittliche jährliche Rohzugänge von 130 bis 170 Wohnungen je 10 000 Einwohner registriert. Lediglich in Berlin(West) ist die Neubautätigkeit im gleichen Zeitraum mit jährlich 53 Wohnungen je 10 000 Einwohnern bedeutend geringer gewesen.

Zum Zeitpunkt der Wohnungszählung 1956 hatte sich die allgemeine Wohnungsversorgung der Bevölkerung in den Großstädten im Vergleich zur Zeit unmittelbar nach dem Kriege bereits verbessert. Gleichwohl kamen in den meisten Städten immer noch mehr als 130 Haushalte auf 100 Wohnungen. Auch die Belegungsdichte, gemessen an der Zahl der Personen je Wohnraum, hatte zwar wieder in etwa das Niveau von 1927 erreicht, war jedoch immer noch recht hoch.

In den meisten Städten standen Mitte der 50er Jahre den Einwohnern im Durchschnitt nicht viel mehr als ein Wohnraum (einschließlich Küche) zur Verfügung; in den nordrhein-westfälischen Großstädten, die in diese Untersuchung einbezogen sind, wurde dieser Versorgungsstand noch nicht einmal erzielt.

Erst die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 kündigten in den bundesdeutschen Großstädten den Abschluß der Wiederaufbauphase an. Der Versorgungsgrad der Bevölkerung mit

Wohnraum hatte zu diesem Zeitpunkt ein Niveau erreicht, das bisher nicht beobachtet worden war. Obwohl in allen Städten immer noch mehr Haushalte lebten als Wohnungen vorhanden waren, kann man zu diesem Zeitpunkt im großen und ganzen von einer ausgeglichenen Situation sprechen, da in den Städten zu jeder Zeit ein kleiner Teil an Haushalten anzutreffen sein wird, der mit einem Untermieterverhältnis vorlieb nimmt und keine eigene Wohnung sucht.

Die Belegungsdichte der Wohnräume war gegenüber 1956 weiter stark zurückgegangen. Sie war nur noch dreiviertel so hoch wie vor 16 Jahren. Erstmals wurde 1968 auch die Größe der Wohnung nach der Quadratmeterfläche ermittelt, so daß nunmehr auch die wohnflächenmäßige Versorgung der Bevölkerung dargestellt werden konnte. Am meisten Wohnfläche stand 1968 den Berlinern mit durchschnittlich 28,3 Quadratmetern zur Verfügung, während die

Essener und Dortmunder, die das Ende der Skala bildeten, sich noch mit durchschnittlich 22,6 Quadratmetern zufriedengeben mußten.

Bis 1987, dem Zeitpunkt der letzten großen Bestandsaufnahme, hatte sich die Versorgung der großstädtischen Bevölkerung mit Wohnraum nochmals beträchtlich gesteigert. Bei einem gegenüber 1968 in etwa konstant gebliebenen Verhältnis von Haushalten zu Wohnungen hat die durchschnittliche Wohnfläche der Großstädter in den letzten 20 Jahren zum Teil bis zu mehr als 50 Prozent zugenommen.

In Hannover standen den Bewohnern mit durchschnittlich 37,4 Quadratmetern am meisten Wohnfläche zur Verfügung, gefolgt von Berlin und Bremen mit 36,4 beziehungsweise 36,1 Quadratmetern. Dagegen hatten sich die Dortmunder und Frankfurter Bürger durchschnittlich mit „nur“ 32,9 beziehungsweise 33,2 Quadratmetern zu begnügen. Umgekehrt hat die Belegungs-

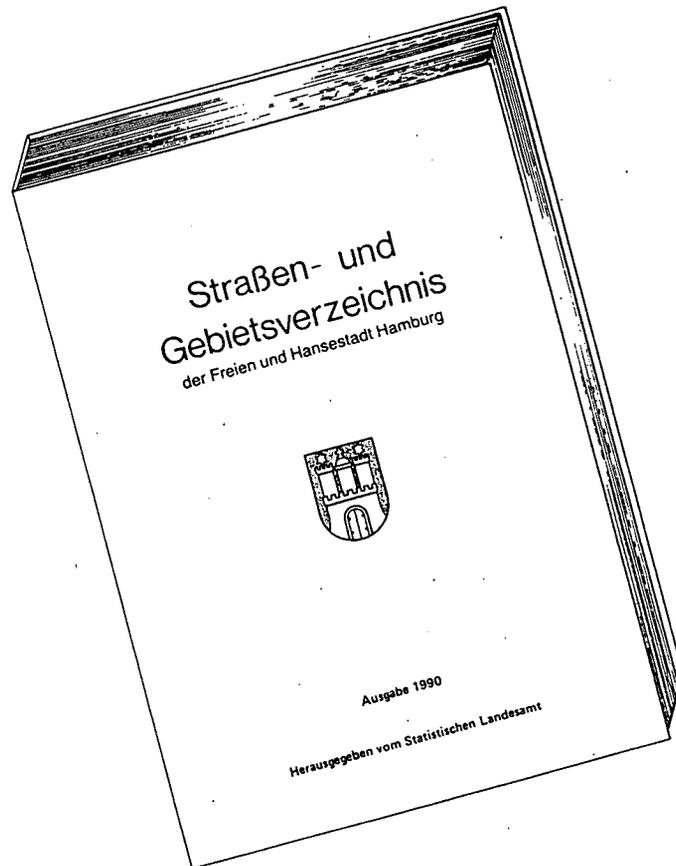
dichte ihren derzeitigen Tiefstand erreicht: Auf 100 Wohnräume kamen im Mittel nur noch zwischen 50 (Hannover) und 56 (Dortmund) Personen.

Der Prozeß der zunehmenden Verbesserung der Wohnungsversorgung ist zum großen Teil eine Folgeerscheinung der Verkleinerung der Haushalte gewesen. Einer Bevölkerung, deren Haushaltsgröße kontinuierlich abnahm, stand ein Wohnungsbestand zur Verfügung, der sich hinsichtlich seiner Wohnungsgrößenstruktur nur wenig verändert hat. So stieg in Hamburg die durchschnittliche Raumzahl der Wohnungen zwischen 1968 und 1987 nur von 3,73 auf 3,85 (plus 3,2 Prozent) und die durchschnittliche Wohnfläche einer Wohnung von 62,4 Quadratmeter auf 70,1 Quadratmeter (plus 12,3 Prozent). Dagegen hat der Flächenverbrauch der Hamburger Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 41,2 Prozent zugenommen.

Hans-Jürgen Bach

Straßenverzeichnis neu erschienen

Eine auf den neuesten Stand gebrachte Ausgabe des Straßen- und Gebietsverzeichnisses für die Freie und Hansestadt Hamburg ist jetzt vom Statistischen Landesamt veröffentlicht worden. Das Verzeichnis führt alle rund 8500 amtlich benannten Straßen, Brücken und übrigen Verkehrsflächen in Hamburg auf und gibt für diese die Stadt- und Ortsteile sowie eine geographische Lagebestimmung an. Darüber hinaus weist die Neuerscheinung die für die einzelnen Stadtgebiete jeweils zuständigen Postämter, Polizeireviere, Dienststellen der Bezirksverwaltung, Amtsgerichte und Grundbuchämter nach. Die Veröffentlichung enthält zudem eine Zusammenstellung der vorhandenen Kleingartenvereine.



Das Straßen- und Gebietsverzeichnis kann beim

**Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12
2000 Hamburg 11**

**zum Preis von 15,-- DM zuzüglich Porto und Verpackung bezogen
werden (schriftliche Bestellungen erbeten).**

100 Jahre Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden

Indikatoren zur Messung der Wirtschaftskraft von Großstädten

1 Vorbemerkungen

Anlaß dieser Aufsatzreihe ist das 100jährige Jubiläum des Statistischen Jahrbuches Deutscher Gemeinden. Den Autoren wurde zur Aufgabe gestellt zu versuchen, die Themen ausschließlich unter Verwendung der Materialien aus diesen Statistischen Jahrbüchern zu bearbeiten.

Leider enthalten diese Quellen keine statistischen Angaben, die zur vergleichenden Darstellung der Wirtschaftskraft von Großstädten geeignet wären. Dieser Tatbestand verwundert nicht, setzt doch die Abschätzung der von der Wirtschaft in einem abgegrenzten Gebiet jährlich erbrachten wirtschaftlichen Leistung ein anspruchsvolles System von Wirtschaftsstatistiken und einen ausgefeilten methodischen Apparat voraus, um statistische Informationen zu einer Aussage über die wirtschaftliche Leistung zu verdichten.

Entsprechende Berechnungen für Kreise und kreisfreie Städte sind erstmals für 1957 und 1961 vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, in dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt und die Stadt Frankfurt am Main vertreten sind, durchgeführt und als Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter publiziert worden. Ab 1964 wurden die Kreisberechnungen alle zwei Jahre vorgenommen, letzte Ergebnisse liegen für 1986 vor. Ergebnisse für 1988 werden voraussichtlich zum Jahresende 1991 veröffentlicht.

Auf dieses Material mußte zur Bearbeitung des Themas zurückgegriffen werden. Dies bedeutet aber, daß Aussagen über die Wirtschaftskraft von Großstädten frühestens seit 1957 möglich sind. Für diese Aufsatzreihe werden die nach der heutigen Einwohnerzahl 13 größten westdeutschen Städte betrachtet.

2 Begriffsklärung

Die jährliche wirtschaftliche Leistung in einem abgegrenzten Gebiet soll hier durch die Bruttowertschöpfung, die bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen in allen Wirtschaftsbereichen anfällt, gemessen werden. Die Bruttowertschöpfung repräsentiert alle in einer Periode neu geschaffenen wirtschaftlichen Werte unter Abzug der im Produktionsprozeß verbrauchten Werte (Output minus Input) mit einer Ausnahme: Der Werteverzehr durch Nutzung der Maschinen und Gebäude, die sogenannten Abschreibungen auf das Anlagevermögen, sind in der Bruttowertschöpfung noch enthalten, worauf der Zusatz „Brutto“ hinweist. Die Bruttowertschöpfung

ist bis auf die Abschreibungen und den Saldo aus Produktionssteuern und Subventionen identisch mit der Summe der in einer Periode entstandenen Bruttoeinkommen, und zwar der Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer sowie der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit (Gewinne) und aus Vermögen (Pachten, Zinsen).

Bis 1978 ist für Kreise statt der „Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen“ das „Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen“ berechnet worden. Auf die definitorischen Unterschiede dieser von der Größenordnung her fast identischen Begriffe soll hier nicht eingegangen werden¹⁾. In diesem Aufsatz wird vereinfachend nur der Begriff Wertschöpfung verwendet, unabhängig davon, welcher der beiden Begriffe dahinter steht.

Die Wertschöpfung selbst ist noch kein Maßstab für die Wirtschaftskraft einer Stadt, sondern eine vor allem auch von der Größe der Stadt abhängige in DM bewertete wirtschaftliche Leistung. So war zum Beispiel in allen Jahren, in denen Berechnungen für Kreise und kreisfreie Städte vorgenommen wurden, die Wertschöpfung in Hamburg stets am höchsten. Es bedarf besonderer Kennziffern, um diesen Effekt der Größe der Städte eliminieren zu können, damit die wirtschaftliche Leistung von unterschiedlich großen Städten vergleichbar wird.

Unter **Wirtschaftskraft** eines in sich abgeschlossenen Wirtschaftsraumes – abgeschlossenen in dem Sinne, daß alle mit ihrer Erwerbstätigkeit zur wirtschaftlichen Leistung dieses Gebietes beitragenden Personen auch hier wohnen – wird üblicherweise die Kennziffer **Wertschöpfung je Einwohner** verstanden.

Man kann diesen Begriff auch als das Produkt von **Arbeitsproduktivität** (kurz Produktivität) und **Erwerbstätigenquote** (kurz Erwerbsquote) darstellen. Wenn man für geschlossene Wirtschaftsräume definiert

$$\text{Wirtschaftskraft} = \frac{\text{Wertschöpfung}}{\text{Bevölkerung}}$$

$$\text{Produktivität} = \frac{\text{Wertschöpfung}}{\text{Erwerbstätige}}$$

und

$$\text{Erwerbsquote} = \frac{\text{Erwerbstätige}}{\text{Bevölkerung}}$$

gilt wegen des Ausdrucks

$$\frac{\text{Wertschöpfung}}{\text{Bevölkerung}} = \frac{\text{Wertschöpfung}}{\text{Erwerbstätige}} \times \frac{\text{Erwerbstätige}}{\text{Bevölkerung}}$$

der durch die Erweiterung des Bruchs auf der linken Seite um den Begriff Erwerbstätige gewonnen wurde, die Beziehung

$$\text{Wirtschaftskraft} = \text{Produktivität} \times \text{Erwerbsquote}.$$

Für den Begriff der Wirtschaftskraft ergibt sich daraus eine sehr plausible Interpretationsmöglichkeit. Diese Definition besagt zumindest für geschlossene Wirtschaftsräume, daß es beispielsweise im Extremfall für eine sehr hohe Wirtschaftskraft nicht ausreicht, in einem Gebiet nur hochproduktive Arbeitsplätze zu haben; es ist auch notwendig, daß diese Arbeitsplätze in ausreichender Zahl vorhanden sind, damit alle arbeitswilligen Einwohner auch einen Arbeitsplatz finden, was sich dann in einer hohen Erwerbsquote niederschlagen würde. Im Falle eines nicht ausreichenden Arbeitsplatzangebotes würde das Erwerbspersonenpotential nur zu einem Teil ausgeschöpft, es wäre eine relativ hohe Arbeitslosenzahl und außerdem in der Regel darüber hinaus eine sogenannte stille Arbeitsmarktreserve zu verzeichnen. Die Erwerbsquote wäre dementsprechend niedrig und würde trotz hoher Produktivität der in zu geringer Zahl vorhandenen Arbeitsplätze zu einer relativ niedrigeren Wirtschaftskraft führen.

Die Erwerbsquote enthält neben der Komponente der Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotentials auch noch eine demographische Komponente, weil eine Bevölkerung neben dem Erwerbspersonenpotential (= Erwerbstätige + Erwerbslose) auch einen mehr oder weniger großen Anteil von Nichterwerbspersonen (zum Beispiel Kinder, Erwachsene in Ausbildung, Hausfrauen, Rentner) umfaßt, der von Stadt zu Stadt variieren kann. Aus diesem Grund kann man die Definition der Wirtschaftskraft noch verfeinern, indem die Erwerbsquote in zwei Faktoren zerlegt wird:

$$\frac{\text{Erwerbstätige}}{\text{Bevölkerung}} = \frac{\text{Erwerbstätige}}{\text{Erwerbspersonenpotential}} \times \frac{\text{Erwerbspersonenpotential}}{\text{Bevölkerung}}$$

dabei drückt der erste Quotient auf der rechten Seite der Gleichung die Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotentials und der zweite Quotient die demographische Komponente aus, die im wesentlichen vom Altersaufbau der Bevölkerung abhängt. Zur Vereinfachung wird dabei häufig das Erwerbspersonenpotential durch die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter ersetzt (in den 60er Jahren etwa Alter 15 bis unter 65 Jahre, gegenwärtig eher Alter 20 bis unter 60 Jahre).

1) Siehe methodische Erläuterungen in der Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Revidierte Ergebnisse 1970 bis 1985. In: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Heft 15; Stuttgart 1986.

Unter der Voraussetzung eines geschlossenen Wirtschaftsraumes können die Begriffe sauber und leicht nachvollziehbar definiert werden. Nun sind jedoch Großstädte ohne Ausnahme – bis auf Westberlin, solange es von der Mauer eingeschlossen war – keine geschlossenen Wirtschaftsräume in dem hier gebrauchten Sinne, nämlich Arbeitsort gleich Wohnort für alle Erwerbstätigen. Die Städte erleben täglich einen unübersehbaren Zustrom von Erwerbstätigen aus dem Umland, die ihren Arbeitsplatz in der Stadt haben.

Diesen Einpendlern stehen auch Auspendler in mehr oder weniger großer Zahl gegenüber. Wenn zur Vereinfachung nachfolgend nur von Pendlern gesprochen wird, soll damit der sogenannte Pendlersaldo, die Differenz aus Berufseinspendlern und der bei Großstädten in der Regel vergleichbar niedrigen Zahl von Berufsauspendlern, verstanden werden.

Bei Berechnung der Wirtschaftskraft für eine Stadt, in die ein höherer Anteil der Erwerbstätigen aus dem Umland einpendelt, ergeben sich bei der Definition der Wirtschaftskraft als Wertschöpfung je Einwohner Probleme, da die Bedingung Arbeitsort gleich Wohnort in erheblichem Umfang verletzt wird. Von den beiden Faktoren der Wirtschaftskraft (Produktivität und Erwerbsquote) läßt sich die Produktivität für Großstädte nach wie vor korrekt berechnen als Wertschöpfung je Erwerbstätigen (unter Einschluß der Pendler); aber die Erwerbsquote läßt sich nicht mehr vernünftig definieren. Es würde für Großstädte nämlich folgende Beziehung für die Wirtschaftskraft gelten:

$$\frac{\text{Wertschöpfung}}{\text{Bevölkerung}} = \frac{\text{Wertschöpfung}}{\text{Erwerbstätige einschl. Pendler}} \times \frac{\text{Erwerbstätige einschl. Pendler}}{\text{Bevölkerung}}$$

Der zweite Faktor auf der rechten Seite der Gleichung würde durch die Einbeziehung der Pendler im Zähler zu einer weit überhöhten Erwerbsquote führen, da die Quellbevölkerung für die Pendler im Umland wohnt und nicht in der Stadtbevölkerung im Nenner enthalten ist.

Man hat diesem Umstand abzuweichen versucht, indem der Begriff Bevölkerung durch den Begriff Wirtschaftsbevölkerung ersetzt wurde, wobei sich die Wirtschaftsbevölkerung aus der Bevölkerung der Stadt zuzüglich der Quellbevölkerung für die Pendler zusammensetzt. Das Problem dabei ist nur, daß sich die Quellbevölkerung für die Pendler nicht operational definieren läßt. Das wird sofort deutlich, wenn man sich den nicht untypischen Fall vor Augen hält, daß von einem im Umland wohnenden Ehepaar mit einem schulpflichtigen Kind der Ehemann ganztags in der Stadt arbeitet und täglich dorthin einpendelt, während die Ehefrau vormittags in ihrer Umlandgemeinde für eine kleine Firma die Buchhaltung erledigt. Die Umlandbevölkerung ist sowohl Quellbevölkerung für die Erwerbstätigen im Umland wie für die Pendler in die Stadt. Man kann hier nur mit plausiblen Schätzungen arbeiten.

Üblich ist es, als Quellbevölkerung für die Pendler den doppelten Pendlersaldo anzusetzen. Es gilt dann

$$\text{Wirtschaftsbevölkerung} = \text{Bevölkerung} + 2 \times \text{Pendlersaldo}$$

und für die Wirtschaftskraft²⁾

$$\frac{\text{Wertschöpfung}}{\text{Wirtschaftsbevölkerung}} = \frac{\text{Wertschöpfung}}{\text{Erwerbstätige einschl. Pendler}} \times \frac{\text{Erwerbstätige einschl. Pendler}}{\text{Wirtschaftsbevölkerung}}$$

3 Behandlung von methodischen Problemen des verwendeten Datenmaterials

Die vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ verwendeten Methoden haben seit den 50er Jahren mehrfach Änderungen erfahren, die einmal in der Verfeinerung der zur Verfügung stehenden statistischen Informationen, zum anderen in den zunehmenden Möglichkeiten, durch verstärkten EDV-Einsatz kompliziertere Berechnungen durchführen zu können, ihre Ursache hatten. Solche Methodenbrüche werden für Länderwerte bereinigt, indem man anlässlich von Revisionen die Zahlen rückwirkend nach den neuen Methoden neu berechnet. Für Kreise werden diese Revisionen in der Regel nicht durchgeführt, so daß die Gefahr von Auswirkungen der Methodenänderungen auf die Zeitreihenwerte bestehen bleibt.

Außerdem wird die Wertschöpfung der Kreise und kreisfreien Städte nicht preisbereinigt, sondern nur in jeweiligen Preisen berechnet. Bei einem generellen Preisanstieg, der in den vergangenen 30 Jahren zum Teil erheblich war, ist es dann wenig sinnvoll, diese nominalen Größen direkt zu vergleichen, da sie durch Inflationseinflüsse im Zeitablauf aufgebläht wurden, ohne daß eine entsprechende Entwicklung bei der tatsächlichen realen Leistung in gleichem Umfang stattgefunden hat.

Bei einem Städtevergleich über einen längeren Zeitraum kommt ein dritter Störfaktor hinzu: Gebietsstandsänderungen. Von den 13 hier betrachteten Städten hatten seit Anfang der 60er Jahre bis zur Volkszählung 1987 nur Berlin, Hamburg, München, Stuttgart und Bremen einen praktisch konstanten Gebietsstand. Die übrigen acht Städte

hatten Einwohnergewinne durch Eingemeindungen zu verzeichnen, drei der Städte haben sogar erheblich an Einwohnerzahl gewonnen: Die Bevölkerungszahl zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 lag in der Abgrenzung des Gebietsstandes von 1987 in Duisburg 38 Prozent höher als zum Beispiel nach der Abgrenzung des alten Gebietsstandes von 1970, in Köln waren es 17 und in Hannover elf Prozent Einwohner mehr.

Um nun trotz dieser methodischen Probleme zu einem tragfähigen Vergleich der Entwicklung der Wirtschaftskraft von Großstädten zu kommen, wurden zur Ausschaltung von Inflationseinflüssen und zum Teil auch von Methodenbrüchen nur Anteilszahlen für die Wertschöpfung der Städte an der gesamten Wertschöpfung des Bundesgebietes dargestellt. Bei Kennziffern wie der Wirtschaftskraft und der Produktivität werden die entsprechenden Werte für das Bundesgebiet gleich 100 gesetzt, das heißt, es werden Maßzahlen berechnet. In allen Kennziffern, zum Beispiel auch der Erwerbsquote, ist außerdem der Einfluß von Eingemeindungen weitgehend eliminiert, weil er sowohl im Zähler wie auch im Nenner berücksichtigt ist. Um für die Berechnung der Wirtschaftskraft exakte und vergleichbare Angaben über Bevölkerung, Erwerbstätige und Pendler zu erhalten, werden die Berechnungen grundsätzlich nur für die Volkszählungsjahre 1961, 1970 und 1987 ange stellt. Da für 1987 keine Wertschöpfung nach Kreisen vorliegt, werden die Wertschöpfungszahlen aus dem Jahr 1986 auf die Volkszählungswerte von 1987 bezogen.

4 Anteile der Bevölkerungs-, Erwerbstätigen- und Wertschöpfungszahlen an den Werten des Bundesgebietes

Zur ersten Orientierung sollen rein deskriptiv die Anteile der betrachteten Großstädte an der Bundessumme hinsichtlich der Merkmale Bevölkerung (1961 und 1970 Wohnbevölkerung, 1987 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung), Erwerbstätige am Arbeitsort, das heißt unter Einschluß von Pendlern (1961 Erwerbspersonen am Arbeitsort) und der Wertschöpfung (1961 und 1970 Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, 1986 Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen) betrachtet werden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß sich in der zeitlichen Entwicklung dieser Anteile, zumindest für Duisburg, Köln und Hannover, auch Effekte von Eingemeindungen ihren Niederschlag finden (vergleiche Abschnitt 3).

Der Bevölkerungsanteil der 13 betrachteten Städte zusammen betrug 1961 gut 20 Prozent der Bevölkerung im Bundesgebiet. Er ist bis 1987 auf 17,5 Prozent leicht gesunken, aber immer noch beachtlich

2) Es sei darauf hingewiesen, daß es unter Umständen zu genaueren Ergebnissen für die Wirtschaftskraft führt, wenn man als letzten Faktor auf der rechten Seite der Gleichung die Erwerbsquote des betrachteten Gebietes einsetzt. Dies wäre zumindest für wirtschaftlich benachteiligte Gebiete mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung ein besseres Verfahren, als die für Pendlerquellbevölkerungen sehr hohe Erwerbsquote von 50 Prozent anzusetzen (das entspricht dem Faktor 2 für den Pendlersaldo bei der Berechnung der Wirtschaftsbevölkerung). Den Wert eines derartigen Vorgehens könnten nur Proberechnungen für alle Kreise des Bundesgebietes erweisen.

Tabelle 1 Bevölkerung ausgewählter Großstädte 1961, 1970, 1987
- Anteil am Bundesgebiet -

STADT	1961	1970	1987
BERLIN (W)	3.9	3.5	3.3
HAMBURG	3.3	3.0	2.6
MUENCHEN	1.9	2.1	1.9
KOELN	1.4	1.4	1.5
FRANKFURT (M)	1.2	1.1	1.0
ESSEN	1.3	1.2	1.0
DORTMUND	1.1	1.1	1.0
DUESSELDORF	1.3	1.1	.9
STUTTGART	1.1	1.0	.9
BREMEN	1.0	1.0	.9
DUISBURG	.9	.7	.9
HANNOVER	1.0	.9	.8
NUERNBERG	.8	.8	.8
STAEDTE ZUSAMMEN	20.3	18.8	17.5
BUNDESGBIET	100.0	100.0	100.0

Tabelle 2 Erwerbstätige in ausgewählten Großstädten (einschließlich Pendlersaldo) 1961, 1970, 1987
- Anteil am Bundesgebiet -

STADT	1961	1970	1987
BERLIN (W)	4.0	3.6	3.5
HAMBURG	3.7	3.6	3.2
MUENCHEN	2.5	3.0	2.9
KOELN	1.7	1.8	2.0
FRANKFURT (M)	1.8	2.0	2.0
ESSEN	1.2	1.1	1.0
DORTMUND	1.1	1.0	.9
DUESSELDORF	1.5	1.6	1.5
STUTTGART	1.7	1.7	1.6
BREMEN	1.2	1.1	1.1
DUISBURG	.9	.8	.8
HANNOVER	1.3	1.4	1.3
NUERNBERG	1.1	1.2	1.2
STAEDTE ZUSAMMEN	23.8	23.8	22.9
BUNDESGBIET	100.0	100.0	100.0

Tabelle 3 Wertschöpfung*) ausgewählter Großstädte 1961, 1970, 1986
- Anteil am Bundesgebiet -

STADT	1961	1970	1986
BERLIN (W)	4.1	3.9	3.7
HAMBURG	5.6	4.8	4.2
MUENCHEN	3.0	3.5	3.8
KOELN	2.1	2.1	2.3
FRANKFURT (M)	2.4	2.6	2.9
ESSEN	1.4	1.3	1.2
DORTMUND	1.4	1.2	.9
DUESSELDORF	2.0	2.0	1.8
STUTTGART	2.2	2.0	1.9
BREMEN	1.4	1.3	1.2
DUISBURG	1.3	1.1	.9
HANNOVER	1.5	1.7	1.5
NUERNBERG	1.2	1.2	1.2
STAEDTE ZUSAMMEN	29.6	28.8	27.5
BUNDESGBIET	100.0	100.0	100.0

*) BRUTTOINLANDSPRODUKT BZW. BRUTTOWERTSCHOEPFUNG ZU MARKT-
PREISEN.

(Tabelle 1). Der Rückgang des Bevölkerungsanteils ist im wesentlichen durch Abwanderung von Familien mit Kindern in das Umland der Städte und einen relativ zum Umland stärkeren Anstieg der Einpersonenhaushalte in den Kernstädten zurückzuführen. Dieser Effekt wurde aber zum Teil kompensiert durch Zuzüge von Ausländern und in vielen Fällen durch Eingemeindungen, die für alle 13 Städte zusammen etwa vier Prozent an Einwohnergewinn ausmachten. Wenn man von Eingemeindungen absieht, haben alle Städte, bis auf München, einen rückläufigen Anteil an der Bundesbevölkerung zu verzeichnen.

Der Anteil der Erwerbstätigen am Arbeitsort – diese Zahl entspricht abgesehen von Zweitbeschäftigungsfällen der Zahl der Arbeitsplätze – ist für alle Städte zusammen in den vergangenen 30 Jahren mit etwa 23 Prozent fast konstant geblieben (Tabelle 2) und liegt deutlich höher als der Bevölkerungsanteil, was wegen des positiven Pendlersaldos der Großstädte zu erwarten war. Nach einzelnen Städten betrachtet, ist die Entwicklung uneinheitlich; der Anteil von München und Köln ist gestiegen, der von Berlin, Hamburg, Essen, Dortmund und Bremen ist gesunken.

Der Wertschöpfungsanteil der 13 Städte am Bundeswert ist von fast 30 auf 27,5 Prozent seit 1961 gesunken (Tabelle 3), liegt aber dennoch erheblich höher als der Erwerbstätigenanteil. Daraus kann schon im Vorgriff auf die nachfolgenden Detailerörterungen geschlossen werden, daß die Produktivität in den Großstädten höhere Werte hat als im Bundesdurchschnitt.

Hamburg nahm in allen drei betrachteten Jahren beim Bevölkerungs- und Erwerbstätigenanteil den zweiten Platz nach Berlin und vor München ein, lag beim Anteil der Wertschöpfung aber stets deutlich an der Spitze aller Städte. Nur drei Städte haben eine Zunahme des Wertschöpfungsanteils zu verzeichnen: München, Frankfurt und Köln, dadurch ist München inzwischen auf Platz zwei vor Westberlin gerückt.

Die vorstehenden Vergleiche geben zwar schon einen Eindruck über Entwicklungen und lassen auch grob vermuten, daß sich die Wirtschaftskraft in Frankfurt und München besonders positiv entwickelt hat, gestatten aber noch keine direkten Aussagen zu diesem Thema.

5 Erwerbsbeteiligung, Penderanteil, Arbeitsplatzdichte

Bevor die Kennziffern der Produktivität und der Wirtschaftskraft, die die Wertschöpfung im Zähler enthalten, diskutiert werden, sollen die zur Berechnung und Bewertung dieser Kennziffern benötigten bevölkerungsbezogenen Strukturdaten erörtert werden.

Die Erwerbsquoten der Großstädte in der Form

enthält Tabelle 4. Die sehr große Variation der Erwerbsquoten (Stuttgart 51 Prozent, Duisburg 38 Prozent) kann mehrere Ursachen haben. Die Quote ist höher, wenn in einer Stadt der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter hoch und insbesondere die Zahl der Kinder niedrig ist, was in der Regel zu einer deutlich höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen beiträgt; dies aber nur dann, wenn das Erwerbspersonenpotential durch ein vielfältiges Angebot gut bezahlter Arbeitsplätze voll ausgeschöpft wird, das heißt, wenn die Zahl der Arbeitslosen und die Stille Reserve am Arbeitsmarkt niedrig sind. Entsprechend ist im umgekehrten Fall die Erwerbsbeteiligung niedrig. Es ist wahrscheinlich, daß hauptsächlich diese Faktoren die hohen Erwerbsquoten in Stuttgart (51 Prozent), München (49,9 Prozent) und Frankfurt (48,2 Prozent) sowie die niedrigen in Duisburg (37,8 Prozent), Dortmund (38,4 Prozent) und Essen (39,5 Prozent) verursacht haben. Es kann aber auch nicht ausgeschlossen werden, daß die Erwerbsneigung – insbesondere die der Frauen – ceteris paribus regionale Unterschiede aufweist. Auffällig ist, daß die durchschnittliche Erwerbsquote der 13 Großstädte 1987 fast genau dem Bundeswert entspricht, das heißt, die Erwerbsquoten der Städte schwanken um den Bundesdurchschnitt.

Im allgemeinen wird in Großstädten die Zahl der die wirtschaftliche Leistung erbringenden Erwerbstätigen stärker durch die Höhe des Pendlersaldos als durch Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung beeinflusst. Der Anteil des Pendlersaldos in bezug auf alle Erwerbstätigen am Arbeitsort variierte 1987, wenn man von Berlin absieht, zwischen acht Prozent in Duisburg und 44 Prozent in Frankfurt (Tabelle 5). Hohe Pendleranteile haben noch Hannover (40 Prozent), Düsseldorf und Stuttgart (je 36 Prozent).

Der Pendleranteil der betrachteten Großstädte insgesamt hat sich von 12 Prozent in 1961 auf 23 Prozent in 1987 fast verdoppelt. Einen leicht unterdurchschnittlichen Pendleranteil weist Hamburg auf, was angesichts der sehr umfangreichen Eingemeindungen von 1937 nicht verwundert. In 1937 stieg die Bevölkerung Hamburgs durch die Gebietsreform auf der Grundlage des Groß-Hamburg-Gesetzes um 40 Prozent und die Gebietsfläche sogar um 80 Prozent. Das Hamburger Stadtgebiet umfaßt heute in der äußeren Stadt viele reine Wohngebiete, die in allen für diesen Vergleich betrachteten Städten schon im Umland liegen würden, mit einem starken Pendlerstrom über die Stadtgrenze in die Kernstadt. In Hamburg sind diese Pendlerströme noch innerstädtische Pendler, die bei dieser Betrachtung nicht in Ansatz zu bringen sind. Trotz des großzügigen Zuschnitts des Hamburger Stadtgebietes ist das wirtschaftliche Einzugsgebiet Hamburgs inzwischen weit über die Stadtgrenzen hinaus-

Tabelle 4 Erwerbsquoten in ausgewählten Großstädten 1961, 1970, 1987
- Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung -

STADT	1961	1970	1987
BERLIN (W)	48.1	45.2	46.1
HAMBURG	48.7	46.1	43.4
MUENCHEN	52.7	53.0	49.9
KOELN	48.2	45.9	43.6
FRANKFURT (M)	52.1	51.2	48.2
ESSEN	43.0	39.3	39.5
DORTMUND	42.9	39.3	38.4
DUESSELDORF	50.3	47.9	45.4
STUTTGART	54.9	52.1	51.0
BREMEN	46.1	43.4	41.7
DUISBURG	43.7	40.9	37.8
HANNOVER	48.2	46.6	42.4
NUERNBERG	51.8	48.3	46.1
STAEDTE ZUSAMMEN	48.6	46.4	44.6
BUNDESGBIET	47.2	43.7	44.1

Tabelle 5 Pendleranteil an den Erwerbstätigen (einschließlich Pendlersaldo) in ausgewählten Großstädten 1961, 1970, 1987
- in Prozent -

STADT	1961	1970	1987
BERLIN (W)	.0	.0	.0
HAMBURG	9.0	12.4	20.2
MUENCHEN	13.8	14.7	25.2
KOELN	11.8	17.4	23.0
FRANKFURT (M)	26.0	33.7	43.5
ESSEN	2.6	4.8	9.0
DORTMUND	7.3	6.6	9.1
DUESSELDORF	13.8	22.6	36.1
STUTTGART	21.7	26.3	36.1
BREMEN	15.1	16.3	22.6
DUISBURG	8.3	13.3	8.3
HANNOVER	21.9	33.4	40.4
NUERNBERG	21.9	25.0	30.5
STAEDTE ZUSAMMEN	11.9	16.0	22.6
BUNDESGBIET	11.1	16.1	23.1

Tabelle 6 Arbeitsplatzdichte*) in ausgewählten Großstädten 1961, 1970, 1987

STADT	1961	1970	1987
BERLIN (W)	48.0	45.2	46.1
HAMBURG	53.5	52.7	54.3
MUENCHEN	61.2	62.1	66.7
KOELN	54.6	55.6	56.6
FRANKFURT (M)	70.4	77.1	85.4
ESSEN	44.2	41.3	43.4
DORTMUND	46.2	42.0	42.2
DUESSELDORF	58.4	61.8	71.1
STUTTGART	70.1	70.7	79.8
BREMEN	54.4	51.8	53.9
DUISBURG	47.6	47.2	41.2
HANNOVER	61.7	70.0	71.2
NUERNBERG	66.4	64.4	66.3
STAEDTE ZUSAMMEN	55.2	55.3	57.7
BUNDESGBIET	47.2	43.6	44.0

*) ERWERBSTAETIGE (EINSCHLIESSLICH PENDLER) IN PROZENT DER BEVOELKERUNG.

Tabelle 7 **Produktivität je Erwerbstätigen in ausgewählten Großstädten 1961, 1970, 1986***
- Bundesgebiet = 100 -

STADT	1961	1970	1986
BERLIN (W)	102.0	107.0	107.5
HAMBURG	150.3	135.1	131.8
MUENCHEN	121.5	113.7	130.4
KOELN	127.3	118.8	115.5
FRANKFURT (M)	132.1	135.3	146.4
ESSEN	117.9	123.9	121.1
DORTMUND	126.1	119.0	99.6
DUESSELDORF	131.9	131.4	119.0
STUTTGART	130.1	116.4	116.3
BREMEN	121.8	117.6	110.1
DUISBURG	144.1	131.7	108.5
HANNOVER	114.3	120.5	112.2
NUERNBERG	101.2	106.4	104.9
STAEDTE ZUSAMMEN	124.7	120.9	119.8
BUNDESGBIET	100.0	100.0	100.0

*) WERTSCHOEPPUNG DES JAHRES 1986 BEZOGEN AUF ERWERBSTAETIGE (EINSCHLIESSLICH PENDLER) 1987.

gewachsen. Während der Pendleranteil an allen Erwerbstätigen in Hamburg 1961 nur neun Prozent betrug, beläuft er sich inzwischen auf 20 Prozent, er hat sich mehr als verdoppelt.

Angesichts der Tatsache, daß in Frankfurt fast jeder zweite Erwerbstätige aus dem Frankfurter Umland einpendelt und mit seiner Arbeitskraft zur Wertschöpfung in Frankfurt beiträgt, wird sofort klar, daß die Wertschöpfung pro Kopf der Frankfurter Bevölkerung einen Spitzenwert unter allen Städten ergeben muß, der jedoch als Maß für die Wirtschaftskraft wegen völliger Überzeichnung unbrauchbar ist. Gerade weil aber diese Kennziffer in prosperierenden Städten mit hohem Pendleranteil so hohe Werte ergibt, wird sie immer wieder – vor allem von Politikern – gerne, aber unzulässigerweise verwendet. Zu diesem Problem wird im folgenden Abschnitt noch ausführlicher Stellung genommen.

Erwerbsquote und Pendleranteil bestimmen die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort. Die Erwerbstätigenzahl am Arbeitsort entspricht bis auf Zweitbeschäftigungsfälle der Zahl der Arbeitsplätze. Die Kennziffer

$$\text{Arbeitsplatzdichte} = \frac{\text{Erwerbstätige einschl. Pendler}}{\text{Bevölkerung}}$$

ist ein gutes Maß, um das Arbeitsplatzangebot der Städte vergleichen zu können. Tabelle 6 zeigt, daß die Arbeitsplatzdichte in den Großstädten zusammen mit 58 Prozent deutlich höher liegt als im Bundesdurchschnitt (44 Prozent), daß aber vier Städte sogar auf Werte von über 70 Prozent kommen, angeführt von Frankfurt mit 85 Prozent. Hamburg liegt mit 54 Prozent noch leicht unter dem Städtedurchschnitt, was angesichts des relativ niedrigen Pendleranteils nicht verwundert.

6 Produktivität und Wirtschaftskraft

Die Produktivität ist eine Kennziffer, die begrifflich schon in die Nähe der Wirtschaftskraft kommt. Es wurde in Abschnitt 2 gezeigt, daß sie eine der Komponenten der Wirtschaftskraft darstellt. Tabelle 7 gibt die Produktivitätskennziffern (Wertschöpfung in DM je Erwerbstätigen am Arbeitsort) als Meßzahlen wieder, für die der Bundeswert gleich 100 gesetzt wurde; eine Meßziffer von 120 (80) besagt, daß die Produktivität um 20 Prozent über (unter) Bundesdurchschnitt liegt.

Es fällt sofort auf: bei der Produktivität „wachsen die Bäume nicht in den Himmel“. 1986 hatte Frankfurt die höchste Produktivität mit plus 46 Prozent über Bundesdurchschnitt, gefolgt von Hamburg (plus 32 Prozent) und München (plus 30 Prozent). Insgesamt lag die Produktivität der 13 Städte nur um plus 20 Prozent über dem Bundeswert.

Damit sind alle Komponenten diskutiert worden, die die Wirtschaftskraft beeinflussen. Tabelle 8 stellt für das Jahr 1986/87 in den ersten drei Spalten die drei Größen der Beziehung

$$\text{Wirtschaftskraft} = \text{Produktivität} \times \text{Erwerbsquote der Wirtschaftsbevölkerung}$$

aus Abschnitt 2 als Meßzahlen im Verhältnis zum Bundeswert dar. Mit Meßzahlen kann praktisch genauso wie mit den Originalkennziffern gerechnet werden:

$$\left[\frac{\text{Meßzahl A}}{100} \times \frac{\text{Meßzahl B}}{100} \right] \times 100 = \text{Meßzahl C.}$$

Meßzahlen haben den Vorteil, daß sofort abgelesen werden kann, wie stark die Kenn-

ziffern prozentual vom Bundesdurchschnitt abweichen; sie haben den weiteren Vorteil, daß sie Nominalgrößen für verschiedene Zeitpunkte annähernd vergleichbar machen (vergleiche Ausführungen in Abschnitt 3).

Die Produktivitätsmeßzahl in Spalte 1 der Tabelle 8 ist oben bereits diskutiert worden. Der Wertebereich erstreckt sich von minus 0,4 Prozent unter bis plus 46,4 Prozent über Bundesdurchschnitt. Der Städtedurchschnitt liegt bei plus 19,8 Prozent.

Die Erwerbsquote der Wirtschaftsbevölkerung (Spalte 2) hat, da die Pendlerproblematik durch die Verwendung des Begriffs der Wirtschaftsbevölkerung näherungsweise gelöst wurde, eine vergleichsweise geringe Schwankungsbreite mit Meßzahlwerten von minus 12,4 Prozent bis plus 15 Prozent im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt. Der Städtedurchschnitt liegt bei plus 3,8 Prozent. Es zeigen sich nun zwar noch Unterschiede im Ausmaß der Erwerbsbeteiligung – die möglichen Faktoren sind oben diskutiert worden – der Einfluß der engeren oder weiteren administrativen Abgrenzung des Stadtgebiets und die häufig damit in Zusammenhang stehende Höhe des Pendlersaldos sind weitgehend eliminiert worden. Was übrig bleibt, hat zu einem großen Teil direkt mit der Wirtschaftskraft zu tun, nämlich mit der Fähigkeit des Arbeitsmarktes einer Stadt, das Erwerbspersonenpotential auszuschöpfen. Auf den zusätzlich wirksamen demographischen Faktor wurde in Abschnitt 2 ausführlich hingewiesen.

Die Meßzahlen für die Wirtschaftskraft in Spalte 3 weisen eine Spannweite von minus 11,4 Prozent bis plus 62,8 Prozent im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt auf, der Großstadtdurchschnitt liegt bei plus 24,4 Prozent. Damit kommt im Durchschnitt der 13 Städte der Produktivität mit plus 19,8 Prozent über Bundesdurchschnitt ein weit höherer Einfluß auf die Wirtschaftskraft der Städte zu als der Erwerbsquote (plus 3,8 Prozent).

Alle Städte mit hoher Wirtschaftskraft – mit Ausnahme von Hamburg – weisen auch eine höhere Erwerbsquote auf. Es sind dies die Städte Frankfurt, München und Stuttgart, das heißt, dort ist vermutlich die Nachfrage nach Arbeitskräften so groß, daß das Erwerbspersonenpotential stark ausgeschöpft ist. Daß Hamburg in der Erwerbstätigenquote aus dem Rahmen der Städte mit sehr hoher Wirtschaftskraft fällt und sogar leicht unter dem Durchschnitt der 13 Städte liegt, ist darauf zurückzuführen, daß 1987 die Arbeitslosigkeit im Hamburger Raum noch vergleichsweise hoch war. Dies Bild im Städtevergleich wird sich inzwischen geändert haben.

Städte mit unter dem Bundesdurchschnitt liegender Wirtschaftskraft (Dortmund und Duisburg) weisen auch eine stark unterdurchschnittliche Erwerbsquote auf, was auf besonders große Arbeitsmarktprobleme infolge mangelnder Wirtschaftskraft hinweist.

Tabelle 8 **Komponenten der Wirtschaftskraft ausgewählter Großstädte 1986***
- Bundesgebiet = 100 -

STADT	PRODUKTIVITAET JE ERWERBSTAETIGEN	ERWERBSQUOTE DER WIRT- SCHAFTS- BEVOELKERUNG	WERTSCHOEPFUNG WIRTSCHAFTS- BEVOELKERUNG	WIRTSCHAFTS- BEVOELKERUNG	WERTSCHOEPFUNG BEVOELKERUNG
	1	2	3	4	5
BERLIN (W)	107.5	104.6	112.4	100.1	112.5
HAMBURG	131.8	101.1	133.3	122.1	162.7
MUENCHEN	130.4	113.4	147.9	133.7	197.7
KOELN	115.5	101.9	117.7	126.2	148.5
FRANKFURT (M)	146.4	111.2	162.8	174.5	284.1
ESSEN	121.1	91.5	110.8	107.9	119.6
DORTMUND	99.6	89.0	88.6	107.8	95.5
DUESSELDORF	119.0	106.6	126.9	151.4	192.1
STUTTGART	116.3	115.0	133.7	157.8	211.0
BREMEN	110.1	98.4	108.3	124.6	134.9
DUISBURG	108.5	87.6	95.0	106.9	101.6
HANNOVER	112.2	102.5	115.0	157.7	181.4
NUERNBERG	104.9	107.1	112.3	140.6	157.9
STAEDTE ZUSAMMEN	119.8	103.8	124.4	126.3	157.1
BUNDESGBIET	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

*) WERTSCHOEPFUNG VON 1986, BEVOELKERUNGSBEZOGENE DATEN VON 1987;
WIRTSCHAFTSBEVOELKERUNG = BEVOELKERUNG + 2 X PENDLERSALDO.

Anhand der letzten drei Spalten der Tabelle 8 kann gezeigt werden, zu welchen irreführenden Werten eine Kennziffer Wertschöpfung je Einwohner für Großstädte mit hohem Pendleranteil führt, sofern man diese Kennziffer als „Wirtschaftskraft“ interpretieren würde. Es gilt die Beziehung

$$\frac{\text{Wertschöpfung}}{\text{Bevölkerung}} = \frac{\text{Wertschöpfung}}{\text{Wirtschaftsbevölkerung}} \times \frac{\text{Wirtschaftsbevölkerung}}{\text{Bevölkerung}}$$

Die drei Quotienten dieser Beziehung sind in den Spalten 3 bis 5 dargestellt. Der erste Quotient der rechten Seite der Gleichung ist nichts anderes, als die oben diskutierte Wirtschaftskraft. Der zweite Quotient ist ein Maß dafür, wie weit das Einzugsgebiet des Arbeitsmarktes einer Großstadt über die Stadtgrenzen hinausreicht; je höher der Pendlersaldo, um so höher die Meßzahl. Besonders hohe Meßzahlen von über 150 Punkten weisen Frankfurt (175), Stuttgart (158), Hannover (158) und Düsseldorf (151) auf. In diesen Städten ist eine besonders starke Verzerrung der Kennziffer Wertschöpfung je Einwohner im Verhältnis zur Wirtschaftskraft festzustellen. Das führt dazu, daß Hannover, dessen Wirtschaftskraft nur um plus 15 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt, bei dieser Kennziffer auf stattliche plus 81 Prozent kommt. Den Spitzenplatz würde Frankfurt mit plus 184 Prozent über Bundesdurchschnitt einnehmen, ein irreführend hoher Wert, der in keinem Verhältnis mehr zur tatsächlichen Wirtschaftskraft (plus 63 Prozent) steht und nur durch die enge Abgrenzung des Stadt-

gebietes von Frankfurt innerhalb seines Wirtschaftsraumes zustande kommt. Tabelle 9 stellt die Wirtschaftskraft in annähernd vergleichbarer Meßziffernform für die Jahre 1961, 1970 und 1986 zusammen. In der Summe der Großstädte ist die Wirtschaftskraft von Werten um plus 30 Prozent über Bundesdurchschnitt in 1961 und 1970 auf nur plus 24 Prozent über Bundesdurchschnitt in 1986 gesunken. Hier hat offenbar eine relative Gewichtsverschiebung von Wirtschaftskraft vermutlich vor allem in das Umland der Städte stattgefunden. Wie schon erwähnt, entfielen 1986

Spitzenwerte der Wirtschaftskraft auf Frankfurt (plus 63 Prozent), München (plus 48 Prozent), Stuttgart (plus 34 Prozent) und Hamburg (plus 33 Prozent). Von diesen Städten ist die Wirtschaftskraft in Frankfurt und München seit 1961 relativ zum Bundesdurchschnitt ständig gestiegen, vor allem, weil dies die einzigen Städte mit einem stärkeren Anstieg der Produktivitätsmeßzahl sind; in Stuttgart und Hamburg ist die Wirtschaftskraftmeßzahl ständig gesunken, weil insbesondere in den 60er Jahren die Produktivität relativ zum Bundesdurchschnitt gesunken ist.

Tabelle 9 **Wirtschaftskraft ausgewählter Großstädte 1961, 1970, 1986***
- Bundesgebiet = 100 -

STADT	1961	1970	1986
BERLIN (W)	104.0	110.8	112.4
HAMBURG	155.3	144.1	133.3
MUENCHEN	134.7	136.8	147.9
KOELN	130.4	126.7	117.7
FRANKFURT (M)	144.2	157.3	162.8
ESSEN	107.8	112.6	110.8
DORTMUND	115.7	108.6	88.6
DUESSELDORF	140.5	145.4	126.9
STUTTGART	148.0	137.3	133.7
BREMEN	120.4	119.4	108.3
DUISBURG	134.6	126.5	95.0
HANNOVER	117.5	131.5	115.0
NUERNBERG	110.2	118.7	112.3
STAEDTE ZUSAMMEN	128.9	130.0	124.4
BUNDESGBIET	100.0	100.0	100.0

*) WERTSCHOEPFUNG VON 1986 BEZOGEN AUF WIRTSCHAFTSBEVOELKERUNG VON 1987.

7 Schlußbemerkungen

Die Berechnung der Wirtschaftskraft ist nur für in sich weitgehend geschlossene Wirtschaftsräume methodisch unproblematisch, weil für ganze Wirtschaftsräume/Ballungsräume fast alle Pendlerströme zu Binnenpendlerströmen werden. Wenn die Wirt-

schaftskraft aber nur für Teile von Wirtschaftsräumen, wie zum Beispiel für Großstädte, ermittelt werden soll, können sich in Abhängigkeit von der Höhe des Pendleranteils Schätzprobleme ergeben. Es wäre reizvoll, die hier vorgestellte Analyse parallel für die jeweiligen Ballungsräume, in denen die betrachteten Großstädte liegen, durch-

zuführen. Wenn man die Ballungsräume als Summen von ganzen Kreisen abgrenzt, ist die Datenlage die gleiche wie für Großstädte. Zu prüfen wäre nur, wieweit die umfangreichen Gebietsreformen in der Vergangenheit ein derartiges Vorhaben unmöglich machen, da die Daten nur für den jeweiligen Gebietsstand vorliegen.

Joachim Müller



Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt Hamburg bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext (Btx)** an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen. Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Gemein-

schaftsprogramm der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 040 36 5038 oder über die Mitteilungseite * 36 5029 # möglich.



Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

– Ergebnisse aus der Volkszählung 1987 –

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung, Wohn- und Tagbevölkerung, Pendler über die Gemeindegrenze sowie Erwerbstätige, Schüler und Studierende am Arbeits-/Schulort

Land (m = männlich, w = weiblich, i = insgesamt)	Bevölkerung am Ort der Haupt- wohnung	Wohnbevölkerung			Einpendler über die Gemeinde- grenzen	Erwerbs- tätige am Arbeits- ort 1) sowie Schüler und Studierende am Schul- ort 1)	Tag- bevölkerung 1)	Inner- gemein- liche Pendler 1)	Arbeits-/ Ausbil- dungs- stätte liegt auf gleichem Grund- stück	
		darunter		ins- gesamt						Auspendler über die Gemeinde- grenze 1)
		Erwerbs- tätige sowie Schüler und Studie- rende								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Schleswig-Holstein	m	1 228 663	1 223 693	870 846	396 320	314 926	769 922	1 122 769	368 322	82 199
	w	1 325 578	1 322 438	599 034	238 284	193 202	544 296	1 267 700	306 242	44 827
	i	2 554 241	2 546 131	1 469 880	634 604	508 128	1 314 218	2 390 469	674 564	127 026
Hamburg	m	745 270	745 619	503 911	27 306	157 288	633 891	875 599	449 595	24 879
	w	847 500	847 301	394 383	12 976	78 411	459 815	912 733	366 745	14 616
	i	1 592 770	1 592 920	898 294	40 282	235 699	1 093 706	1 788 332	816 340	39 495
Niedersachsen	m	3 454 943	3 442 068	2 439 169	889 398	783 075	2 256 239	3 257 788	1 246 827	213 313
	w	3 707 160	3 699 659	1 639 094	485 452	440 082	1 570 238	3 529 834	1 001 612	128 470
	i	7 162 103	7 141 727	4 078 263	1 374 850	1 223 157	3 826 477	6 887 622	2 248 439	341 783
Bremen	m	312 167	311 737	209 544	17 166	75 051	267 056	368 869	182 861	8 206
	w	347 917	347 556	146 637	6 470	30 870	170 829	371 517	135 239	4 692
	i	660 084	659 293	356 181	23 636	105 921	437 885	740 386	318 100	12 898
Nordrhein-Westfalen	m	8 010 464	8 014 418	5 661 998	1 695 970	1 722 572	5 495 331	7 841 909	3 358 692	384 708
	w	8 701 381	8 704 872	3 664 910	824 449	835 897	3 571 586	8 607 275	2 514 986	220 375
	i	16 711 845	16 719 290	9 326 908	2 520 419	2 558 469	9 066 917	16 449 184	5 873 678	605 083
Hessen	m	2 656 257	2 654 607	1 934 133	857 196	875 244	1 952 181	2 669 341	948 156	120 754
	w	2 851 520	2 849 740	1 310 465	472 356	470 830	1 308 939	2 845 718	750 444	87 587
	i	5 507 777	5 504 347	3 244 598	1 329 552	1 346 074	3 261 120	5 515 059	1 698 600	208 341
Rheinland-Pfalz	m	1 747 594	1 739 923	1 243 227	655 154	569 876	1 142 612	1 637 875	451 257	114 008
	w	1 883 229	1 881 037	796 816	351 442	324 461	764 589	1 847 836	360 975	79 122
	i	3 630 823	3 620 960	2 040 043	1 006 596	894 337	1 907 201	3 485 711	812 232	193 130
Baden-Württemberg	m	4 488 152	4 484 539	3 345 865	1 337 441	1 380 975	3 361 179	4 494 683	1 673 104	286 308
	w	4 798 235	4 792 179	2 337 105	760 176	779 443	2 347 241	4 797 934	1 366 906	200 789
	i	9 286 387	9 276 718	5 682 970	2 097 617	2 160 418	5 708 420	9 292 617	3 040 010	487 097
Bayern	m	5 237 403	5 226 718	3 836 669	1 567 429	1 535 962	3 786 206	5 171 288	1 786 339	441 493
	w	5 665 240	5 660 452	2 701 420	921 450	909 211	2 685 187	5 640 400	1 470 523	305 351
	i	10 902 643	10 887 170	6 538 089	2 488 879	2 445 173	6 471 393	10 811 688	3 256 862	746 844
Saarland	m	505 979	503 375	337 635	166 236	169 082	337 428	502 657	143 577	21 582
	w	549 681	549 108	207 129	79 133	79 449	206 704	548 312	113 135	14 114
	i	1 055 660	1 052 483	544 764	245 369	248 531	544 132	1 050 969	256 712	35 696
Berlin (West)	m	936 031	934 592	665 310	186	-	665 124	933 356	637 346	27 777
	w	1 076 678	1 073 930	526 819	75	-	526 744	1 072 168	506 809	19 935
	i	2 012 709	2 008 522	1 192 129	261	-	1 191 868	2 006 524	1 144 155	47 712
Bundesgebiet	m	29 322 923	29 281 289	21 048 307	7 609 802	7 584 051	20 667 169	28 876 134	11 246 076	1 725 227
	w	31 754 119	31 728 272	14 323 812	4 152 263	4 141 856	14 156 168	31 542 427	8 893 616	1 119 878
	i	61 077 042	61 009 561	35 372 119	11 762 065	11 725 907	34 823 337	60 418 561	20 139 692	2 845 105

1) Ohne Pendler mit unbestimmtem Ziel.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Heft 9, Teil 1, Seite 16.

Das wissenschaftliche Veranstaltungsprogramm der Statistischen Woche 1991 in Berlin
Generalthema: Statistik im vereinten Deutschland (siehe auch Seite 272)

Dienstag, 24. September 1991

Hauptversammlung VDS

Vorsitz: Dipl.-Kfm. K. Trutzel, Nürnberg

Bausteine kommunaler Sozialberichterstattung

Moderation: Prof. Dr. H. Häußermann, Universität Bremen

- Anforderungen und Möglichkeiten aus westlicher Sicht
Prof. Dr. H. Häußermann, Universität Bremen
- Zu perspektivischen Orientierungen kommunaler Sozialberichterstattung aus Leipziger Sicht
Prof. Dr. W. Hennig, Amt für Statistik und Wahlen, Leipzig
- Situation und Entwicklungsperspektiven aus Sicht des vereinigten Berlin
Dr. H. P. Kirschner, Statistisches Landesamt Berlin

Ausschuß für Ausbildungsfragen DSTG

Vorsitz: Prof. Dr. U. Kockelkorn, Technische Universität Berlin

Lehrsituation in den neuen Bundesländern im Fachgebiet Statistik

Ausschuß Stadtforschung VDS

Vorsitz: Dr. D. Talkenberg, Saarbrücken

Kommunale Umfrageforschung

- Einführung in das Thema
Dr. D. Talkenberg, Saarbrücken
- Umfrageforschung in deutschen Städten
Ein Überblick über Methoden, Ergebnisse und Nutzer
Dr. W. Bick, Duisburg
- Beispiele für aktuelle Umfragen und ihre Nutzung für die kommunale Aufgabenerfüllung
 - Mietspiegel
Dipl.-Vw. (FH) E. Grapke, Stuttgart
 - Ausländer in der Großstadt
Ausgewählte Ergebnisse der Umfrageforschung zur Situation der Ausländer in Köln
R. Romotzky, Köln
- Beitrag der Umfrageforschung der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung zur Beobachtung räumlicher differenzierter Lebensbedingungen
Dr. F. Böltken, Bonn

Ausschuß für Methodik Statistischer Erhebungen DSTG

Vorsitz: Dr. R. Wiegert, Universität Tübingen

- Methodische Aspekte telefonischer Interviews in den alten und neuen Bundesländern
Prof. Dr. S. Schach, Universität Dortmund
- Investitionstestdaten und ihre robuste Prädiktion
Dr. I. Klein, Universität Kiel
- Das sozioökonomische Panel – Ein Instrument zur Beobachtung und Analyse der Veränderungen im geeinten Deutschland
Dr. G. Wagner, DIW Berlin-Dahlem
- Datengewinnung durch Umfragen in Deutschland-Ost – vor der Wende, heute, zukünftig
Ch. von der Heyde, Infratest Institut, München

Mittwoch, 25. September 1991

Regionale Arbeitsgemeinschaft Ost VDS

Vorsitz: Dr. J. Fischer, Amt für Statistik und Wahlen, Leipzig
Aufbau der Regionalstatistik in den neuen Ländern

- Erfahrungen bei der Zusammenarbeit auf der Landesebene
Thüringen
Dipl.-Phys. E. Schubert, Statistisches und Wahlamt, Erfurt
- Stand der Einführung der kleinräumigen Gliederung am Beispiel Magdeburg
Dipl.-Math. W. Ley, Amt für Statistik, Magdeburg
- Erfahrungen und erste Ergebnisse beim Aufbau der Bevölkerungsstatistik
Dr. K. Nestler, Amt für Statistik und Wahlen, Chemnitz
- Die Wiederherausgabe eines Statistischen Jahrbuches für die Stadt Leipzig
Dipl.-oec. P. Dütthorn, Amt für Statistik und Wahlen, Leipzig

Ausschuß für Neuere Statistische Methoden DSTG

Vorsitz: Prof. Dr. H. Büning, FU Berlin

- Time Series Modelling with a Bayesian Frame of Reference
Dr. W. Ploberger, Yale University
- Generalisierte Lineare Modelle mit zufälligen Effekten
Dr. W. Hennevogel, Universität München
- Ansätze zur semiparametrischen Regressionsanalyse multivariater korrelierter Verweildauermodelle
Dipl.-Math. L. Brecht, Universität Konstanz
- Approximation der Null-Verteilung eines adaptiven Unabhängigkeitstests
Dr. E. Rödel, Humboldt-Universität zu Berlin

Ausschuß für Regionalstatistik DSTG

Vorsitz: Dr. H.-P. Gatzweiler, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn

Abgrenzung von Fördergebieten der Regionalpolitik

- Einführung in das Thema
Dr. H.-P. Gatzweiler, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn
- Abgrenzung des Fördergebiets der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
Dr. H. Gräber, Bremer Ausschluß für Wirtschaftsforschung, Bremen
- Abgrenzung von Fördergebieten für die EG-Regionalpolitik
Prof. Dr. D. Biehl, J. W. Goethe-Universität Frankfurt/Main
- Zur Festlegung von regionalen Verteilungsschlüsseln für Finanzhilfen (zum Beispiel Strukturhilfegesetz)
V. Kunz, M.A., Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn

Ausschuß für Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie DSTG

Vorsitz: Prof. Dr. H. Schneeweiß, Universität München

- Kaufkraftparitäten auf der Basis von Mengenindikatoren
Prof. Dr. W. Krug, Universität Trier
- Die Autokorrelation von Aktienkursen
Prof. Dr. W. Krämer, Universität Dortmund

- Eine Verallgemeinerung des Autokorrelogramms und des partiellen Autokorrelogramms einer Zeitreihe
Dr. E. Papparoditis, TU Berlin
- Die Einbeziehung der neuen Bundesländer in ein ökonometrisches Modell des Gesundheitswesens
Dr. M. Huber, BASYS GmbH., Augsburg

Donnerstag, 26. September 1991

Ausschuß Automation und Datenschutz VDSI

Vorsitz: Dipl.-Kfm. A. Christmann, Köln

1. Dezentrale Nutzung Statistischer Informationssysteme
 - 1.1 Grenzen und Möglichkeiten des PC-Einsatzes im Rahmen Statistischer Informationssysteme
Dipl.-Kfm. A. Christmann, Köln
 - 1.2 Präsentation der Kölner Implementierung des standardisierten Statistischen Informationssystems STATIS-G
H.-W. Fuchs, Stadt Köln; S. Rupprecht, SAG, Darmstadt
 - 1.3 Beispiele dezentral verfügbarer PC-Software für Anwendungen im Planungs- und Politikbereich einer Großstadtverwaltung
 - EMME-2
 - THEMAK-2
 - Digitales Stadtmodell
SNV/RAPP, Grass, Berlin; CAD-Center DERI
 - 1.4 Das Statistische Informationssystem des Landes Salzburg, Konzept, Realisierungsstand und weiteres Vorgehen
J. Raos, Salzburger Landesregierung
2. Podiumsdiskussion zur weiteren Entwicklung Statistischer Informationssysteme

Vorstellung weiterer Projekte des Kommunalen Statistischen Informationssystems (KOSIS) VDSI

- Das Projekt DUVA (DV-Unterstützung der Volkszählungs- und Verwaltungsregisterauswertung)
 - Gesamtkonzept von DUVA: Realisierungsstand und Perspektiven
 - Präsentation des geschlossenen Nachweissystems zur Volkszählungsauswertung
 - Anwendungsbeispiele: Alleinerziehende, Pendlerverflechtungen, Mietspiegel
 - Unterstützung bei der Bearbeitung kleinräumiger Gliederungen
- Das Projekt SIKURS
- Vorführung praktischer Anwendungen auf dem Gebiet der abgestimmten Bevölkerungsprognosen für Flächenstaaten und Kommunen

Hauptversammlung DSIG

Tagungsleiterin: Direktorin M. Jäger, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Statistik im vereinten Deutschland

- Einführung
Direktorin M. Jäger, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
- Ausgewählte Probleme der früheren DDR-Statistik
Dipl. oec. K. Kockel, Statistisches Bundesamt, Berlin-Alexanderplatz
- Zentrale Fragen des Übergangs
 - Statistik an den ostdeutschen Universitäten, gegenwärtige Probleme
Prof. Dr. J. Läuter, Medizinische Akademie, Magdeburg

- Amtliche Statistik im vereinten Deutschland – Teil der europäischen Statistik
Präsident E. Hölder, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
- Datenlage und offene Wünsche aus der Sicht der Datennutzer
 - Wirtschaftsstatistik im vereinten Deutschland – einheitlich, zweigeteilt oder differenziert?
Dr. K. Hanau, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main
 - Wirtschaftsstatistik im Spannungsfeld zwischen Datenlieferung und Datennutzung
Dr. W. Brühl, Hoechst AG, Vorsitzender des Statistischen Ausschusses des BDI
 - Datenlage und Anforderungen mit Blick auf Osteuropa
Dr. D. Cornelsen, DIW, Berlin
 - Offene Fragen in der Regionalstatistik der neuen Bundesländer
Dr. H. Schrupf, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
 - Gesamtdiskussion
- Fazit der Hauptversammlung
Direktorin M. Jäger, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Freitag, 27. September 1991

Ausschuß für Unternehmens- und Marktstatistik

Vorsitz: Dr. M. Müller, Siemens AG, Nürnberg

Der Konjunkturtest: Theorie und Anwendung zur Analyse und Prognose von Wirtschaftsverläufen

- Das Konjunkturtestverfahren: Methode, Datenerhebung und -auswertung; Aussagen und Nutzen für die Wirtschaftspraxis mit besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen und Ergebnisse des Ifo-Konjunkturtests „Ostdeutschland“
Dr. G. Nerb, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
- Unternehmerische Urteile und Antizipationen in der empirischen Konjunkturforschung
 - Modellbildung und -auswertung mit Konjunkturtestdaten zur Analyse und Prognose von Wirtschaftsverläufen
Dr. H. Entorf, Université Catholique de Louvain, Belgien
 - Analyse und Prognose industrieller Nachfrageverläufe im In- und Ausland mit Hilfe von Konjunkturtestdaten, Beispiele aus der Praxis der Investitionsgüterindustrie
I. Tessaring, Siemens AG, Nürnberg
- Das Konsumklima der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GfK), Nürnberg, als Antizipationsvariable gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen von privatem Konsum und Sparen sowie des Verlaufs des Bruttosozialprodukts
M. Wenke, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Ausschuß für Statistik in Naturwissenschaft und Technik DSIG

Vorsitz: Prof. Dr. Krumbholz, Universität der Bundeswehr, Hamburg

- Tests auf faktorielle Dispersionseffekte bei zweistufigen Teilfaktorplänen
Dipl.-Math. S. Uhlig, FU Berlin
- Statistische Aspekte beim Controlling
Prof. Dr. H.-J. Lenz, FU Berlin

Vorsitz: Prof. Dr. H. Hebbel, Universität GH Essen

- Mittlere und natürliche Ränge im Wilcoxon Rangsummentest
Dr. J. Arrenberg, Universität der Bundeswehr, Hamburg
- Nichtparametrische Statistik mit zensierten Stichproben
Doz. Dr. H. Schäbe, Hochschule für Verkehrswesen, Dresden

VDSI = Verband Deutscher Städtestatistiker
DSIG = Deutsche Statistische Gesellschaft

Hinweise auf die Statistische Woche 1991

Unter dem generellen Motto „Statistik im vereinten Deutschland“ findet in der Zeit vom 23. bis 27. September 1991 die diesjährige Statistische Woche in Berlin statt. Mehr als 500 Statistiker und Stadtforscher, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Geographen und Regionalforscher, Mathematiker und Informatiker sowie Vertreter anderer Disziplinen aus dem Hochschulbereich, von Forschungseinrichtungen, aus Politik und Verwaltung, von Verbänden und den Medien, werden zu einem in diesem Jahr besonders reichhaltigen Fachprogramm in die deutsche Hauptstadt kommen.

Der Bezug zum Generalthema wird in praktisch allen Sitzungen eine zentrale Rolle spielen: sei es in den dargebotenen Themen, den Referenten aus Ost und West, der Zusammensetzung der Teilnehmerkreise oder in den fachübergreifenden oder Rahmenveranstaltungen.

Aus der Fülle des Dargebotenen (in einer wiederum vermehrten Zahl fachlicher Gremien) lediglich ein Schlaglicht auf einzelne Schwerpunkte:

Unter dem Thema „Bausteine kommunaler Sozialberichterstattung“ bietet die Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSt) ein Ost-West-Symposium zu einem Thema von herausragender Aktualität. Der Ausschuß für Ausbildungsfragen der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStG) erörtert die „Lehrsituation in den neuen Bundesländern im Fachgebiet Statistik“. Der Ausschuß Stadtforschung des VDSt greift das aktuelle Thema der kommunalen und regionalen Umfrageforschung auf, während sich einer der jüngeren Ausschüsse der DStG („...für Methodik Statistischer Erhebungen“) der Diskussion und dem Erfahrungsaustausch über neuere Verfahren annimmt – auch hier mit gesamtdeutschem Bezug.

Die im VDSt neugebildete „Regionale Arbeitsgemeinschaft Ost“ hält in Berlin ebenso eine Sitzung ab wie der DStG-Ausschuß für Regionalstatistik (der sich überwiegend mit Instrumentarien zur Abgrenzung von Fördergebieten befaßt) und der Ausschuß Automation und Datenschutz des VDSt, in dessen Berliner Sitzung die Präsentation von Datenbank- und Informationssystemen eine wichtige Rolle spielt.

Die Hauptversammlung der DStG greift am 26. September das Motto der Statistischen Woche von der „Statistik im vereinten Deutschland“ auf und erörtert unter anderem

- zentrale Fragen des Übergangs von der ehemaligen DDR auf die gesamtdeutsche Statistik,

- die amtliche Statistik im vereinten Deutschland als Teil der europäischen Statistik,

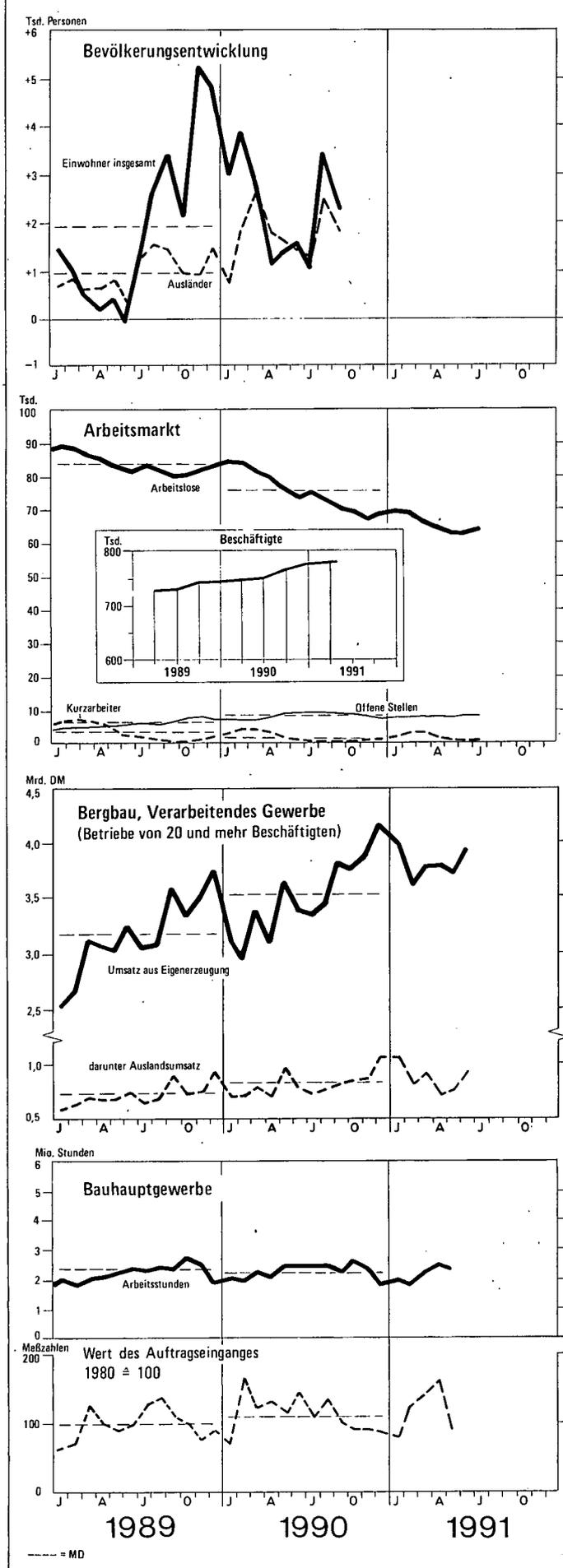
- die Wirtschafts- und die Regionalstatistik in Ost und West.

Auch in den Sitzungen des DStG-Ausschusses für Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie, des Ausschusses für Unternehmens- und Marktstatistik der „Gesellschaft“ werden Fragen der Wiedervereinigung und Probleme statistischer Art im vergrößerten Bundesgebiet erörtert.

Informationen zu den hier kurz angesprochenen Veranstaltungen der Statistischen Woche liefert auf Anforderung das Statistische Landesamt Berlin, Fehrbelliner Platz 1, W-1000 Berlin 31. Telefon 030 / 867 7530-6796, Fax: 030 / 8673104.

Neue Schriften

In der Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Gesundheitsrisiken und Präventionspolitik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung erschien 1990 unter dem Titel „Säuglingssterblichkeit und Prävention“ eine Abhandlung zur Bedeutung der Postneonatalsterblichkeit („Nachsterblichkeit am 29. bis 365. Lebenstag“) und der Effektivität von Vorbeugungsstrategien.



Die Säuglingssterblichkeit und deren Bekämpfung gilt als ein wesentlicher Indikator der gesundheitlichen Lage und der Qualität von Gesundheitssystemen. Ihre Senkung bewirkte in erster Linie die Steigerung der Lebenserwartung in den letzten 100 Jahren. Im Abschnitt über die Bedeutung der Nachsterblichkeit wird festgestellt, daß ihr Anteil nur noch mäßig sinkt, da die hauptsächlichsten Erfolge zur Senkung der Säuglingssterblichkeit direkt bei der Geburt und während der ersten vier Lebenswochen zu verzeichnen sind.

Nach den vorgelegten Analysen gibt es diese Entwicklung in allen Bundesländern, in vergleichbaren Industriestaaten in ähnlicher Weise (wenngleich bei teilweise unterschiedlicher Höhe der Raten). Aus der Entwicklung der Häufigkeit von Todesursachen im internationalen Vergleich ergeben sich keine Belege für todesursachenspezifische Gründe. In die Richtung einer Kausalerklärung lassen sich jedoch deutlich erhöhte Sterblichkeitsrisiken für Kinder aus sozial benachteiligten Gruppen ableiten. Angesichts des hohen Aufwands für Programme zur Minderung der Säuglingssterblichkeit und der vergleichsweise geringen Erfolge bei der Postneonatalsterblichkeit wird der Frage nach der Effektivität der Präventionsstrategien nachgegangen. Es werden der Risikobegriff diskutiert sowie gruppenspezifische Interventionsprogramme vorgestellt.

Heft 8/9 1990 der Informationen zur Raumentwicklung ist soeben unter dem Titel „Frauen und räumliche Forschung“ erschienen. In einem der acht Beiträge greift Sigrun Kabisch das Thema „Berufstätigkeit und Wohnsituation von Frauen in der ehemaligen DDR“ auf. Aus der Zusammenfassung wird zitiert:

„Berufstätigkeit prägte das gesellschaftliche Leitbild der Frau in der DDR. Relativ hohe Qualifikationen und das verfassungs-

mäßige Recht auf Arbeit garantierten Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen. Staatlich subventionierte Kindereinrichtungen waren in ausreichendem Maße vorhanden, so daß Berufstätigkeit und Mutterschaft vereinbar werden konnten. Die Berufstätigkeit der Frau war unerlässlich für die finanzielle Absicherung des familialen Lebensstandards; zugleich gehörte Berufstätigkeit zu den primären Werten in der individuellen Wertehierarchie der Frauen.

Die Wohnbedingungen sind der Gegenpart zur Arbeitswelt. Frauen in der DDR haben in diesem Bereich einen hohen Anteil an Hausarbeit zu verrichten, da der Versorgungs- und Dienstleistungssektor bisher mangelhaft war. Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Beurteilung der Wohnzufriedenheit sind nicht festzustellen. Im Verlauf der Entstehung eines Wohnungsmarkts und eines Arbeitsmarkts wird es voraussichtlich gerade für Frauen besonders schwierig werden, sich zu behaupten. Anhand von aktuellen soziologischen Untersuchungsergebnissen wird auf soziale Fragestellungen hingewiesen, die das Leben von Frauen in großstädtischen Neubaugebieten und in altindustrialisierten Regionen betreffen.“

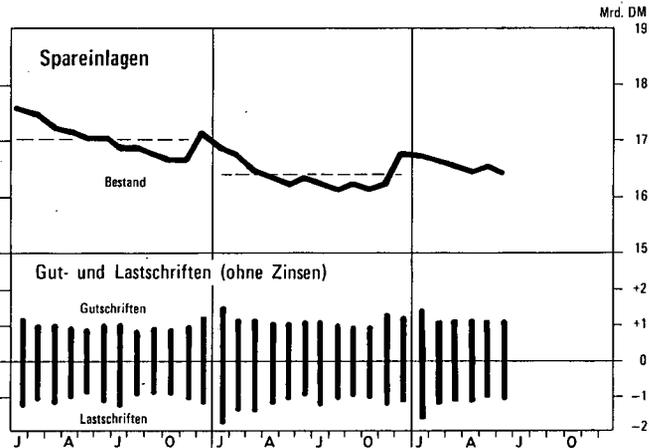
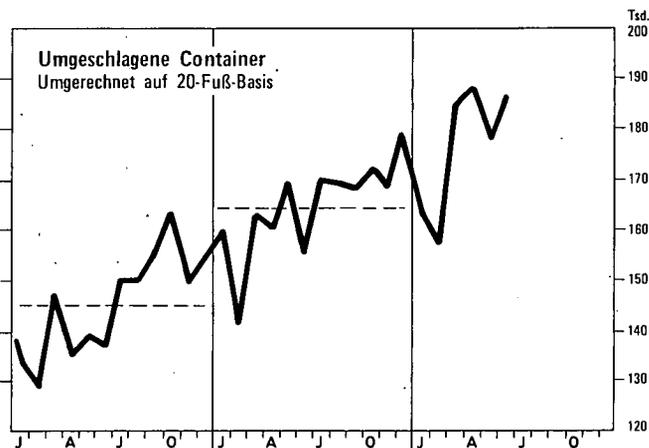
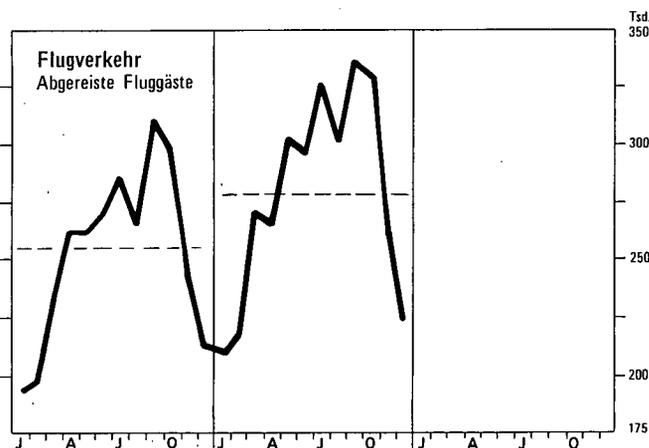
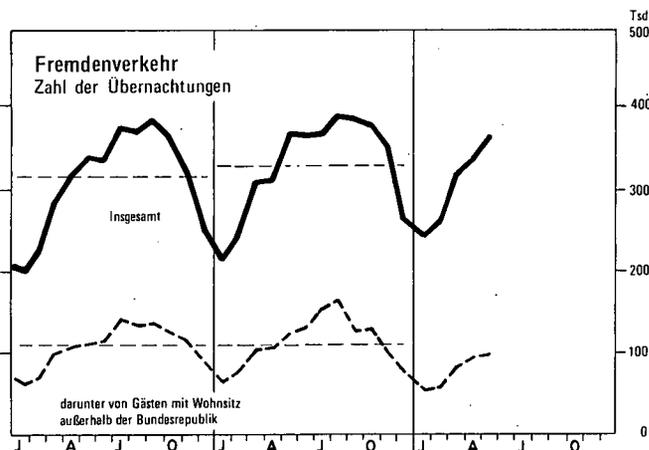
Der Draht zum StaLa

Amtsleiter 3681-1710
 Auskünfte 3681-1738
 1766

 Leitseite * 36 502 #
 Teiln.-Nr. 040 365038
 Telefax (040) 3681-1700

Veröffentlichungen 3681-1719
 Bibliothek 3681-1742

Für Thema:
 Jahrbuch:
 Indikatoren zu ...
 ... Haushalte und
 Wohnungen 3681-1792
 ... Wirtschaftskraft 3681-1784
 Statistische Woche
 1991 in Berlin 3681-1710



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1988	1989	1989			1990			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck ²⁾	hPa	1 011,2	1 016,3	1 015,1	1 016,9	1 011,9	1 013,6	1 012,2	1 011,3	1 015,4
Lufttemperatur	°C	9,7	10,8	11,8	4,8	3,4	13,2	11,5	5,9	3,2
Relative Luftfeuchtigkeit	%	75	74	81	81	85	80	77	89	86
Wind ³⁾	Stärke	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung ⁴⁾	Grade	5,5	5,1	5,3	4,1	6,3	6,0	5,0	6,8	7,0
Summenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	61,3	56,7	59,9	24,5	75,1	93,1	38,1	112,7	63,7
Sonnenscheindauer	Std.	110,0	142,8	106,3	109,9	30,6	85,7	125,0	27,4	26,7
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	8	6	6	8	19	4	3	19	17
Tage mit Niederschlägen	"	21	16	24	14	20	24	14	24	21
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand										
Bevölkerung ⁵⁾	1000	1 597,3	1 610,0	1 616,1	1 621,4	1 626,2	1 646,8
und zwar männlich	"	749,1	757,2	761,2	764,4	767,2	780,3
weiblich	"	848,2	852,8	854,9	857,0	859,1	866,6
Ausländer	"	159,0	169,2	173,4	174,3	175,8	191,4
Bezirk Hamburg-Mitte	"	220,1	225,6	227,3	228,3	230,5	235,5
Bezirk Altona	"	226,1	227,7	228,6	229,6	229,7	233,2
Bezirk Eimsbüttel	"	226,8	228,0	229,2	229,8	230,2	231,1
Bezirk Hamburg-Nord	"	273,6	274,3	274,5	275,1	275,6	278,3
Bezirk Wandsbek	"	376,6	378,6	379,6	380,7	381,2	385,3
Bezirk Bergedorf	"	94,8	95,7	95,8	96,1	96,6	98,3
Bezirk Harburg	"	178,1	180,1	181,1	181,7	182,4	185,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁶⁾	Anzahl	316	790	783	556	936	964	808	648	...
* Lebendgeborene ⁷⁾	"	1 280	1 278	1 293	1 382	1 365	1 332	1 645	1 618	...
* Gestorbene ⁸⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 766	1 770	1 910	1 800	2 685	1 611	1 545	1 855	...
* im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	10	7	12	11	11	5	7	...
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	"	- 486	- 492	- 623	- 418	- 1 320	- 279	+ 100	- 237	...
* Eheschließungen	je 1000	6,1	5,9	5,7	4,2	6,8	7,1
* Lebendgeborene	Einwohner	9,6	9,5	9,4	10,6	9,9	9,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	und	13,3	13,2	14,0	13,5	19,5	11,9
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	1 Jahr	- 3,6	- 3,7	- 4,5	- 3,1	- 9,6	- 2,1
* im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000
Lebendgeb.	...	7,7	7,8	5,4	8,7	8,1	8,3	3,0	4,3	...
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	6 297	7 691	8 262	11 156	11 500	7 971
* Fortgezogene Personen	"	5 071	5 269	5 495	5 503	5 328	5 406
* Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	+ 1 226	+ 2 421	+ 2 767	+ 5 653	+ 6 172	+ 2 565
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	11 080	11 228	9 200	12 418	12 625	8 570
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus										
Schleswig-Holstein	"	1 410	1 334	1 349	1 434	1 280	1 083
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	978	918	800	877	848	668
Niedersachsen	"	863	1 303	1 349	1 509	4 371	836
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	337	325	260	308	333	244
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 151	1 159	2 890	5 121	2 777	2 334
Ausland	"	2 873	3 894	2 674	3 092	3 072	3 718
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	"	1 623	1 646	1 742	1 721	1 809	1 634
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 228	1 232	1 276	1 272	1 420	1 133
Niedersachsen	"	837	862	1 044	894	989	803
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	436	437	467	438	571	454
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 006	1 077	1 398	1 132	1 048	1 241
Ausland	"	1 605	1 690	1 311	1 756	1 482	1 728
c) Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	- 213	- 312	- 393	- 287	- 529	- 551
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	- 250	- 314	- 476	- 395	- 572	- 465
Niedersachsen	"	+ 26	+ 441	+ 305	+ 615	+ 3 382	+ 33
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	- 99	- 112	- 207	- 130	- 238	- 210
Umland insgesamt ¹¹⁾	"	- 349	- 426	- 683	- 525	- 810	- 675
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	+ 145	+ 87	+ 1 492	+ 3 989	1 729	+ 1 093
Ausland	"	+ 1 268	+ 2 204	+ 1 363	+ 1 336	1 590	+ 1 990
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (—)	Anzahl	+ 740	+ 1 929	+ 2 144	+ 5 235	+ 4 852	+ 2 286
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (—)	je 1000
	Einwohner
	und 1 Jahr	+ 5,6	+ 14,4	+ 15,6	+ 39,3	+ 35,2	+ 16,9
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten ¹³⁾	Anzahl	12 153	11 968
Betten ¹³⁾	"	14 249	14 235
Bettenausnutzung	%	86,4	85,3
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	469 876	463 578	401 794	417 956	303 819	408 997	386 122	461 926	349 804

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987. - ⁶⁾ nach dem Ereignisort. - ⁷⁾ von Müttern mit alleiniger oder Hauptwohnung. - ⁸⁾ mit letzter alleiniger oder Hauptwohnung. - ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹²⁾ staatliche, freigemeinnützige, private und somatische Krankenhäuser bzw. Abteilungen in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹³⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	605 485	599 591	588 228	600 913	594 959	594 951	634 494	603 816	579 323
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek										
Ausgeliehene Bände	..	81 740	86 358	90 964	96 788	86 593	87 409	102 246	99 640	89 223
Besucher der Lesesäle	..	32 237	31 227	32 521	34 274	31 447	31 583	37 863	34 446	33 878
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung	..									
Besucher der Bibliothek und Archive	..	5 284	5 251	5 815	6 141	3 805	6 158	5 607	5 655	4 360
Commerzbibliothek										
Ausgeliehene Bände	..	2 596	2 719	2 630	2 659	2 389	3 306	2 993	2 902	2 548
Lesesaalbesucher und Entleiher	..	1 592	1 783	1 720	1 899	1 802	2 005	1 953	1 810	1 720
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	..	88 945	92 321	115 343	99 187	98 459	96 286	97 460	95 132	...
davon Hamburger Kunsthalle	..	15 487	17 202	30 212	36 782	19 900	14 292	14 090	14 691	...
Altonaer Museum in Hamburg										
Norddeutsches Landesmuseum	..	8 450	8 819	10 586	8 045	11 607	8 791	8 939	8 087	...
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	..	8 135	11 172	11 868	5 871	8 620	14 234	15 767	22 790	12 763
Hamburger Museum für Archäologie und die Stadtgeschichte Harburgs	..	5 328	6 277	5 750	5 200	4 290	7 116	5 870	4 796	...
Museum für Hamburgische Geschichte	..	19 956	18 242	19 678	17 550	19 994	16 193	16 865	18 779	22 373
Museum für Kunst und Gewerbe	..	18 219	17 139	21 778	13 323	17 275	21 277	21 172	11 629	...
Planetarium	..	11 494	11 503	12 780	9 796	13 308	12 661	12 108	11 169	...
Bischofsburg	..	1 876	1 967	2 691	2 620	3 465	1 722	2 649	3 191	...
Arbeitsmarkt										
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	Anzahl	726 816	735 196	745 600	749 200	749 365	...	p 776 900
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	83 457	75 493	79 074	76 140	74 097	65 400	64 066	62 575	62 227
* davon Männer	..	48 634	43 854	46 012	44 374	42 929	39 123	38 175	37 381	37 076
Frauen	..	34 823	31 639	33 062	31 766	31 098	26 277	25 891	25 194	25 151
Arbeitslosenquote	%	11,7	10,5	11,0	10,6	10,3	9,0	8,8	8,6	8,5
Kurzarbeiter	Anzahl	3 142	1 812	3 263	1 783	951	2 824	1 260	711	380
Arbeitsuchende										
Arbeitsuchende ¹⁾ insgesamt	..	102 183	95 381	98 234	95 968	94 562	86 237	84 372	83 066	83 330
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	..	7 061	6 429	6 734	6 509	6 436	5 357	5 328	5 136	5 039
Offene Stellen										
	..	6 134	8 218	8 239	9 049	9 318	7 530	7 535	7 820	8 197
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	971	1 005	1 151	1 180	1 025	1 046	1 090	1 177	...
* dar. an Molkereien geliefert	%	94,6	94,8	96,7	97,5	97,5	94,3	96,5	97,5	...
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,9	15,4	15,3	13,7	13,4	14,4	15,0	...
Schlachtungen von Inlandtieren²⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	3,5	4,6	2,0	2,1	2,0	7,4	7,8	6,7	6,7
* Kälber	..	1,8	2,6	2,9	2,6	2,9	4,0	4,4	4,5	3,7
* Schweine	..	17,6	21,9	15,5	19,9	21,5	27,8	28,5	25,2	22,3
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	2 727	3 568	2 241	2 619	2 802	5 310	5 479	4 862	4 495
* dar. Rinder (ohne Kälber)	..	1 067	1 356	596	651	664	2 325	2 382	2 022	2 037
Kälber	..	208	353	395	356	3 98	565	602	627	494
Schweine	..	1 450	1 855	1 248	1 609	1 737	2 414	2 491	2 206	1 957
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	134 004	134 679	133 113	133 707	r 134 123	136 084	135 924	135 857	135 853
* dar. Arbeiter ⁵⁾	..	70 717	71 141	70 081	70 163	r 70 769	71 511	71 337	71 312	71 340
* Geleistete Arbeiterstunden ⁷⁾	1000	9 597	9 564	9 164	9 558	r 9 365	9 513	9 881	9 426	9 367
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	257	273	246	297	r 269	262	272	336	291
* Bruttogehaltssumme	..	367	386	362	394	r 426	387	392	422	459
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁸⁾)	..	6 619	7 507	6 791	7 290	r 6 989	8 190	8 322	8 008	8 722
* dar. Auslandsumsatz	..	871	1 026	880	1 142	r 962	1 034	911	983	1 096
* Kohleverbrauch ¹⁰⁾	1000 tSK ⁹⁾	6	7	8	8	r 8	5	5	5	5
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	1000 m ³	96 647	94 026	104 994	104 994	r 92 544	115 189	115 189	115 189	91 027
* Stromverbrauch ¹⁰⁾	Mio. kWh	1 147	1 176	1 163	1 163	r 1 149	1 205	1 205	1 205	1 192
* Heizölverbrauch ¹⁰⁾	1000 t	53	55	58	58	r 50	65	65	65	53
* davon leichtes Heizöl ¹⁰⁾	..	5	6	7	7	r 4	7	7	7	4
* schweres Heizöl ¹⁰⁾	..	48	49	52	52	r 46	58	58	58	48

¹⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ²⁾ gewerbliche und Hauschlachtungen. – ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ einschl. Bergbau. – ⁶⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. – ⁷⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. – ⁸⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. – ⁹⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSK) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – ¹⁰⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den Juni-Spalten der Jahre 1990 und 1991 beziehen sich jeweils auf das erste 2. Vierteljahr des Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mal	Juni
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige										
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	Mio. DM	3 171	3 515	3 129	3 638	r 3 363	3 783	3 786	3 656	3 961
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	1 474	1 631	1 420	1 649	r 1 590	1 728	1 846	1 787	1 832
Investitionsgütergewerbe	"	1 038	1 180	1 031	1 319	r 1 105	1 318	1 141	1 093	1 362
Verbrauchsgütergewerbe	"	142	162	157	150	r 156	168	181	175	180
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	"	517	543	521	520	r 512	569	618	600	587
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	20 776	21 315	20 950	21 254	20 755	21 680	21 895	21 951	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	15 912	16 318	16 055	16 270	15 826	16 595	16 770	16 814	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 192	2 172	2 063	2 382	2 254	2 166	2 477	2 351	...
* davon für Wohnungsbau	"	442	444	397	486	502	487	555	521	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	1 010	1 059	1 029	1 171	1 042	1 115	1 245	1 158	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	740	669	637	725	710	564	677	672	...
* Brutto Lohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	57	64	58	65	62	63	70	73	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	19	22	20	21	22	20	22	22	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	289	320	275	306	344	277	325	338	...
davon im Wohnungsbau	"	49	49	34	48	61	53	49	53	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	146	176	168	166	176	156	204	200	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	94	95	74	92	107	69	71	86	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 730	8 892	8 679	8 738	8 744	9 042	9 074	9 079	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	6 928	7 090	6 950	6 979	6 973	7 156	7 192	7 182	...
Geleistete Arbeitsstunden	1000	996	1 015	962	1 052	998	1 012	1 050	1 030	...
Brutto Lohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	24	25	23	26	25	25	26	28	...
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	8	9	8	8	9	9	9	9	...
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	88	95	79	86	94	85	100	90	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	97	101	60	70	209	167	230	205	184
* Stromverbrauch	"	991	1 004	959	932	896	1 077	1 021	996	955
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 737	1 824	1 788	1 189	1 391	2 505	2 422	2 129	1 583
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	83,5
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	95,9
Investitionsgütergewerbe	"	91,4
Verbrauchsgütergewerbe	"	85,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	"	60,9
Bauhauptgewerbe	"	76,8
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	123	206	/	...	/	/	/
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	116	164	/	...	/	/	/
* Rauminhalt	1000 m ³	131	256	/	...	/	/	/
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	41,0	91,7	/	...	/	/	/
* Wohnfläche	1000 m ²	22,4	48,0	/	...	/	/	/
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	17	27	/	...	/	/	/
* Rauminhalt	1000 m ³	305	323	/	...	/	/	/
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	98,0	101,0	/	...	/	/	/
* Nutzfläche	1000 m ²	59,4	56,0	/	...	/	/	/
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	276	738	/	...	/	/	/
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	109	111	/	...	/	/	/
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	12	14	/	...	/	/	/
Rauminhalt	1000 m ³	180	223	/	...	/	/	/
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	271	236	/	...	/	/	/
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	210	211	/	...	211	/	/
Wohnungen	"	787	790	/	...	788	/	/

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ nach den fortgeschriebenen Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987. Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	108,6	115,9		115,6				124,4	
Wohngebäude insgesamt	"	108,7	116,1		115,8				124,5	
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	108,5	115,7		115,4				124,3	
Mehrfamiliengebäude	"	108,8	116,0		115,6				124,3	
Gemischt genutzte Gebäude	"	110,1	116,6		116,3				124,1	
Bürogebäude	"	110,0	117,0		116,6				124,2	
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 790	63 288	64 037	65 575	68 150	64 935	59 686	57 858	56 510
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	9 174,8	10 321,9	10 432,6	10 784,9	11 299,3	11 291,0	10 057,4	9 611,4	9 194,9
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausfuhr des Landes Hamburg ²⁾)	Mio. DM	998	1 002	865	1 093	959	1 062	916
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	106	116	74	143	133	163	133
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	892	886	791	950	825	899	783
* davon Rohstoffe	"	7	6	5	5	6	6	5
* Halbwaren	"	119	129	80	125	106	123	98
* Fertigwaren	"	766	751	706	820	714	770	680
* davon Vorzeugnisse	"	112	101	85	120	91	101	98
* Enderzeugnisse	"	654	650	621	700	623	670	582
* nach Europa	"	704	710	563	772	675	694	659
* dar. EG-Länder ⁴⁾	"	474	485	388	518	440	475	458
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure⁵⁾										
Einfuhr	"	4 598	4 959	3 819	4 555	4 265	5 264	5 522
davon Europa	"	2 701	2 979	2 085	2 640	2 362	3 324	2 381
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 080	2 239	1 474	1 909	1 696	2 500	1 629
Außereuropa	"	1 897	1 980	1 734	1 915	1 903	1 940	3 141
Ausfuhr	"	3 039	2 980	2 194	3 146	2 445	3 138	3 027
davon Europa	"	2 289	2 217	1 531	2 292	1 726	2 358	2 432
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 769	1 650	1 118	1 652	1 164	1 880	1 973
Außereuropa	"	750	763	663	854	719	780	595
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1986 = 100	103,9	107,5	101,7	110,9	r 104,4	107,4	108,1	105,1	...
* davon Binnengroßhandel	"	98,8	111,9	105,6	110,3	r 104,4	114,3	120,0	112,2	...
* Außenhandel	"	108,4	103,6	98,1	111,5	r 104,3	101,2	97,5	98,8	...
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1986 = 100	110,0	122,4	115,9	117,8	r 105,7	r 139,9	r 142,3	127,6	...
darunter Warenhäuser	"	106,0	114,4	100,9	101,1	r 97,4	r 111,1	r 104,7	105,2	...
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	120,4	r 130,8	127,5	137,9	r 131,5	134,0	139,2	146,1	...
darunter Beherbergungsgewerbe	"	129,1	r 144,4	130,5	155,5	r 154,2	149,5	151,3	159,4	...
Gaststättengewerbe	"	118,2	r 126,5	125,8	131,1	r 124,3	131,8	135,3	143,5	...
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen von Gästen	1000	164	174	163	195	196	163	179	192	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	55	56	56	64	68	40	48	48	...
* Fremdenübernachtungen von Gästen	"	316	330	311	373	368	319	337	367	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	110	108	106	122	131	82	94	95	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 059	s 1 111	s 1 030	s 1 180	1 031	s 1 170	s 1 130	s 1 150	s 1 150
Angekommene Schiffe	1000 t	4 799	p 5 134	p 4 137	p 5 366	4 807	p 5 537	p 5 449	p 5 437	p 5 358
Güterverkehr über See	"	3 053	p 3 310	p 2 584	p 3 559	3 157	p 3 705	p 3 510	p 3 779	p 3 486
davon Empfang	"	1 016	p 1 127	p 1 101	p 1 235	1 112	p 1 286	p 1 345	p 1 263	p 1 196
dar. Sack- und Stückgut	"	1 746	p 1 824	p 1 552	p 1 808	1 650	p 1 832	p 1 939	p 1 657	p 1 872
Versand	"	1 175	p 1 253	p 1 208	p 1 293	1 147	p 1 252	p 1 238	p 1 249	p 1 235
dar. Sack- und Stückgut	"	144 080	164 082	158 769	167 929	154 698	184 838	187 724	177 439	185 503
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	1 421	1 632	1 628	1 699	1 513	1 800	1 846	1 739	1 784
in Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t									
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	347	383	362	404	337	455	p 420
* Güterversand	"	344	370	366	373	381	416	p 482
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	9 019	9 448	9 177	10 116	9 950	p 8 078	p 8 590	p 9 528	p 9 546
Fluggäste	"	508 263	555 471	533 023	601 737	595 185	p 460 151	p 507 250	p 561 606	p 600 948
Fracht	t	3 076	3 402	3 185	3 231	3 327	p 3 278	p 3 027	p 3 018	p 3 259
Luftpost	"	1 343	1 378	1 201	1 249	1 297	p 1 385	p 1 456	p 1 376	p 1 527
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	25 640	25 990				26 777	27 028	26 183	...
Busse (ohne Private)	"	19 297	20 377				20 764	20 879	20 271	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 521	7 257	7 913	8 590	7 462	9 783	9 492	9 633	p 9 177
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 938	6 547	6 914	7 673	6 799	8 575	8 325	8 516	p 8 283
* Lastkraftwagen	"	376	468	606	483	378	553	644	605	p 524
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	932	924	940	1 028	1 041	p 648	p 858	p 899	p 967
* Getötete Personen	"	10	9	8	10	6	p 7	p 3	p 8	p 9
* Verletzte Personen	"	1 222	1 205	1 257	1 319	1 378	p 824	p 1 112	p 1 118	p 1 254
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	123 927,9	136 337,7	125 653,1	126 028,5	126 477,6	138 225,9	138 300,1	140 965,9	140 416,1
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	118 026,9	126 997,5	118 828,3	119 001,1	119 440,9	130 045,7	129 659,8	132 008,5	131 182,5
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	20 933,1	23 845,2	20 822,6	20 613,3	21 247,3	24 152,7	24 399,9	25 137,9	25 248,8
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	20 771,1	23 804,4	20 362,6	20 603,6	21 233,3	24 066,7	24 107,3	24 764,7	25 136,2
* an öffentliche Haushalte	"	162,0	40,8	460,0	9,7	14,0	86,0	292,6	373,2	112,6
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	10 806,0	13 569,7	11 466,1	11 796,0	11 885,6	14 735,1	14 421,8	15 309,4	14 251,7
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 310,5	8 336,5	7 892,6	7 989,1	7 987,5	8 519,8	8 635,1	8 865,5	7 794,2
* an öffentliche Haushalte	"	3 495,5	5 233,2	3 573,5	3 806,9	3 898,1	6 215,3	5 786,7	6 443,9	6 457,5
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	86 287,8	89 582,6	86 539,6	86 591,8	86 308,0	91 157,9	90 838,1	91 561,2	91 682,0
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	66 479,2	68 788,4	66 888,9	67 160,8	67 080,0	69 345,7	69 501,9	70 071,1	70 057,2
* an öffentliche Haushalte	"	19 808,6	20 794,2	19 650,7	19 431,0	19 228,0	21 812,2	21 336,2	21 490,1	21 624,8
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁵⁾	"	73 952,1	79 221,5	72 262,3	72 377,6	73 449,0	77 005,5	77 108,7	78 007,8	77 913,2
* Sichteinlagen und Termingelder	"	56 834,3	62 395,7	55 947,0	56 139,6	57 186,5	60 482,6	60 660,8	61 475,4	61 534,2
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	48 999,9	54 382,4	49 426,1	49 327,5	49 789,0	52 922,1	53 452,6	53 970,0	53 916,8
* von öffentlichen Haushalten	"	7 834,4	8 013,3	6 520,9	6 812,1	7 397,5	7 560,5	7 208,2	7 505,4	7 617,4
* Spareinlagen	"	17 117,8	16 825,8	16 315,3	16 238,0	16 262,5	16 522,9	16 447,9	16 532,4	16 379,0
* bei Sparkassen	"	10 010,2	9 534,6	9 479,2	9 425,7	9 432,2	9 195,0	9 095,9	9 036,5	9 005,4
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	1 712,9	1 747,0	1 114,7	1 060,7	1 066,1	1 160,4	1 169,9	1 213,8	1 068,1
* Lastschriften auf Sparkonten	"	1 157,1	521,1	1 245,7	1 138,0	1 041,6	1 227,6	1 244,8	1 129,4	1 117,3
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	r 50	43	38	32	46	42	40	46	46
* Vergleichsverfahren	"	r 0	0	-	1	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	r 150	125	116	142	125	126	139	165	112
* Wechselsumme	Mio. DM	r 1,7	2,8	3,7	7,0	5,5	1,8	1,8	1,4	2,0
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	r 25 674	24 144	20 521	25 673	23 205	20 972	22 815	23 041	20 689
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 900,8	1 823,8	1 434,0	1 531,7	2 133,7	2 197,9	1 620,5	1 754,2	...
* Steuern vom Einkommen	"	1 107,3	1 083,5	706,1	902,8	1 562,4	1 482,5	892,2	857,4	...
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	768,1	741,3	633,3	733,1	770,4	688,8	753,6	807,9	...
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	148,8	161,1	65,8	40,5	415,4	392,9	36,8	16,1	...
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	81,5	57,6	42,3	74,0	37,4	37,9	59,8	38,0	...
* Körperschaftsteuer ⁹⁾	"	108,9	123,5	35,2	55,2	339,2	362,9	42,1	4,8	...
* Steuern vom Umsatz	"	793,5	740,1	727,8	628,8	571,3	715,4	728,2	845,2	...
* Umsatzsteuer	"	375,2	448,3	460,3	370,4	344,1	456,5	408,1	524,1	...
* Einfuhrumsatzsteuer ⁹⁾	"	418,3	291,8	267,5	258,4	227,2	258,9	320,1	321,1	...
* Bundessteuern	"	1 386,7	1 383,4	1 181,7	1 420,9	1 342,5	1 490,4	1 316,5	1 509,8	...
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle) ⁹⁾	"	90,1	9,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	...
* Verbrauchsteuern	"	1 245,9	1 321,6	1 144,3	1 364,5	1 294,8	1 442,7	1 277,2	1 457,0	...
* Landessteuern	"	75,7	79,9	50,9	119,8	5,1	66,0	64,0	134,8	...
* Vermögensteuer	"	23,8	27,4	6,0	67,0	11,3	5,4	8,7	69,1	...
* Kraftfahrzeugsteuer	"	17,0	15,6	16,4	20,3	14,1	19,2	21,0	16,2	...
* Biersteuer	"	3,1	3,2	3,3	3,0	3,1	1,4	5,7	2,7	...
* Gemeindesteuern	"	168,7	176,3	25,9	438,0	18,7	41,5	58,1	375,0	...
* Grundsteuer A ¹⁰⁾	"	0,1	0,1	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3	...
* Grundsteuer B ¹¹⁾	"	30,6	32,6	1,5	72,0	8,1	2,7	3,1	74,8	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹²⁾	"	136,3	141,8	23,0	364,2	28,5	37,6	53,8	298,7	...

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. - 2) einschließlich Kombinationskraftwagen. - 3) Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. - 4) einschließlich durchlaufender Kredite. - 5) Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. - 6) einschließlich Zinsgutschriften. - 7) vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 8) vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - 9) Rückgang bedingt durch die seit 01.01.90 erfolgte Verlagerung der Zuständigkeit auf die EURO-Zollkasse Trier. - 10) Grundsteuerbeiträge abgeglichen. - 11) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 12) vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 306,2	2 337,6	1 955,4	2 246,3	2 406,1	2 615,5	2 176,7	2 451,8	...
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	484,9	474,1	300,6	393,4	692,3	660,1	386,8	366,8	...
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	515,8	481,1	473,1	408,7	371,4	465,0	473,3	549,3	...
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	-	23,3	-	-	-	25,8	...
* Steuereinnahmen des Landes	"	547,7	547,1	193,3	632,7	836,6	-	1 213	649,2	...
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾	"	366,6	355,9	34,6	390,3	688,5	-	47,9	361,6	...
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	96,5	102,4	107,8	99,3	90,0	-	105,2	127,6	...
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	-	23,3	-	-	-	25,8	...
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	250,1	256,0	30,1	507,4	159,2	41,5	67,4	498,6	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	118,5	124,0	23,0	317,6	28,5	37,6	53,8	298,7	...
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ²⁾	"	99,2	97,5	4,2	116,0	177,6	-	9,3	123,6	...
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	798,8	809,8	222,7	1 138,7	1 117,5	-	188,7	1 147,9	...
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowocheverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	885	928	911
* dar. Facharbeiter	"	921	966	946
* weibliche Arbeiter	"	615	640	625
* dar. Hilfsarbeiter	"	580	604	587
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	21,95	23,23	22,89
* dar. Facharbeiter	"	22,85	24,17	23,76
* weibliche Arbeiter	"	15,74	16,61	16,14
* dar. Hilfsarbeiter	"	14,76	15,53	15,01
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	5 711	5 904	5 820
* weiblich	"	3 926	4 095	4 015
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	5 349	5 573	5 452
* weiblich	"	3 731	3 929	3 846
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 606	4 844	4 809
* weiblich	"	3 441	3 620	3 566
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
dar. Straftaten wider das Leben	Anzahl	22 460	23 225	23 144	23 728	24 160	21 017	23 529	20 599	24 548
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	8	8	12	11	6	3	6	5	3
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	136	139	149	171	150	107	68	121	134
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 150	1 217	1 074	1 266	1 256	1 163	1 401	1 260	1 439
Diebstahl	"	2 560	2 803	2 071	2 388	3 148	1 919	2 407	1 677	2 070
dar. unter erschwerenden Umständen	"	15 145	15 450	14 793	16 444	16 339	14 309	16 159	14 162	16 655
Außerdem Verkehrsvergehen	"	10 346	10 070	9 907	10 764	11 093	9 271	10 115	9 415	10 381
	"	869	957	975	1 055	892	1 011	1 085	1 061	1 041
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feueralarme	"	15 616	...	14 044	13 885	12 435
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	681	...	709	680	526
Rettungswageneinsätze	"	186	...	187	184	153
	"	13 593	...	11 957	11 634	10 592
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	180	...	126	180	107

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern nach Berücksichtigung der Zahlungen im Länderfinanzausgleich und der Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtsmonat ¹⁾				
		Berichtszeit	1990			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet ²⁾ insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Bevölkerung	1000	Juli	1 641,1	12 283,1	63 348,5	1 607,9
Lebendgeborene	Anzahl	"	1 382	12 049	65 799	1 525
Gestorbene	"	"	1 747	11 694	56 494	1 602
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	- 365	+ 355	+ 9 305	- 7,7
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	7 531	68 691	173 943	7 065
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	6 130	58 664	64 395	5 642
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	+ 1 401	+ 10 027	+ 109 548	+ 1 423
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	"	"	+ 1 036	+ 10 382	+ 118 853	+ 1 346
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	187,1			169,5
Lebendgeborene	Anzahl	"	241	1 012	7 805	291
Gestorbene	"	"	27	109	792	31
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	+ 214	+ 903	+ 7 013	+ 260
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	3 815	19 939	93 762	3 367
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	2 410	12 408	45 496	1 954
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	+ 1 405	+ 7 531	+ 48 266	+ 1 413
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—) ³⁾	"	"	+ 1 619	+ 8 434	+ 55 279	+ 1 673
Arbeitsmarkt⁴⁾						
Arbeitslose	Anzahl	Dezember	68 246	450 922	1 784 150	82 559
und zwar Männer	"	"	40 142	241 951	945 814	48 000
Frauen	"	"	28 104	208 971	838 336	34 559
Teilzeitkräfte	"	"	5 581	49 183	196 010	6 803
Ausländer	"	"	10 231	37 029	199 325	11 929
Arbeitslosenquote	%	"	9,5	9,0	6,8	11,6
Offene Stellen	Anzahl	"	6 864	42 106	282 529	7 292
Kurzarbeiter	"	"	1 098	10 951	50 471	1 644
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Dezember	r 135 274	1 080 530	7 471 748	134 940
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	r 8 533	87 354	594 590	8 835
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	r 668	4 653	32 242	627
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁶⁾	"	"	r 4 201	23 159	133 720	3 763
Gesamtumsatz ⁷⁾	"	"	r 8 590	30 912	154 618	7 679
darunter Auslandsumsatz	"	"	r 1 261	7 598	42 967	1 068
Bauhauptgewerbe⁷⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Dezember	21 619	189 442	1 045 171	20 887
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	1 657	15 167	78 635	1 668
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	85	620	3 391	76
Baugewerblicher Umsatz ⁸⁾	"	"	417	2 768	14 962	340
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen von Gästen	1000	Dezember	142	768	4 294	129
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	"	37	100	757	41
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁹⁾	Anzahl	Dezember	5 302	43 012	198 562	5 534
Steuern⁹⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Juli-September	10 810,9	25 795,2	138 518,7	10 332,0
darunter	"	"	"	"	"	"
Gemeinschaftssteuern	"	"	5 459,0	16 917,2	101 544,7	5 479,4
Landessteuern	"	"	245,6	1 041,8	5 924,5	214,4
Gemeindesteuern	"	"	640,8	2 285,1	12 924,1	563,6

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. – ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. – ³⁾ Ohne den Saldo zugunsten der deutschen Staatsanpassungen der errechneten Durchschnittszahlen ergeben. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁶⁾ nach Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4. – ⁷⁾ Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990

		Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ⁷⁾									
1989		1990			1989			Veränderung 1990 gegenüber 1989 in %			
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	
12 071,4	62 068,4	1 635,4	12 240,8	63 024,4	1 605,9	12 034,4	61 860,1	+	1,8	+ 1,7	+ 1,9
11 448	60 796	9 329	75 491	406 712	8 742	71 814	387 976	+	6,7	+ 5,1	+ 4,8
11 347	54 635	12 224	85 947	416 700	11 787	82 438	401 807	+	3,7	+ 4,3	+ 3,7
101	6 161	2 895	10 456	9 988	3 045	10 624	13 831		x	x	x
54 388	121 518	54 426	432 193	1 029 695	43 203	264 396	634 901	+	26,0	+ 63,5	+ 62,2
39 588	49 221	36 641	316 897	340 161	35 282	196 926	269 013	+	3,9	+ 60,9	+ 26,4
14 800	72 297	17 785	115 296	689 534	7 921	67 470	365 888		x	x	x
14 901	78 458	14 890	104 840	679 546	4 876	56 846	352 057		x	x	x
		181,5			166,7			+	8,9		
982	7 266	1 687	6 385	47 995	1 640	5 905	44 738	+	2,9	+ 8,1	+ 7,3
86	687	188	684	5 220	174	612	4 837	+	8,0	+ 11,8	+ 7,9
896	6 579	1 499	5 701	42 775	1 466	5 293	39 901		x	x	x
18 054	74 942	22 358	109 693	477 745	18 789	92 882	403 887	+	19,0	+ 18,1	+ 18,3
10 761	40 119	12 780	72 274	249 204	12 746	51 125	223 531	+	0,3	+ 41,4	+ 11,5
7 293	34 823	9 578	37 419	228 541	6 043	41 757	180 356		x	x	x
8 189	41 402	11 077	43 120	271 316	7 509	47 050	220 257		x	x	x
524 263	2 051 972	75 493	482 844	1 883 147	83 457	519 127	2 037 781	-	9,5	- 7,0	- 7,6
280 858	1 068 585	43 854	255 906	967 743	48 634	281 529	1 069 803	-	9,8	- 9,1	- 9,5
243 405	983 387	31 639	226 938	915 404	34 823	237 598	967 978	-	9,1	- 4,5	- 5,4
54 096	220 893	6 429	52 709	212 735	7 061	53 662	220 805	-	9,0	- 1,8	- 3,7
41 034	222 553	11 121	38 200	202 975	12 888	43 375	232 512	-	13,7	- 11,9	- 12,7
10,5	8,0	10,5	9,6	7,2	11,7	10,4	7,9		x	x	x
40 458	277 158	8 218	48 213	313 604	6 134	38 793	251 415	+	34,0	+ 24,3	+ 24,7
14 186	49 712	1 812	14 270	55 808	3 142	24 253	107 873	-	42,3	- 41,2	- 48,3
1 040 896	7 190 032	r 134 679	1 069 227	7 409 867	134 004	1 033 501	7 213 063	+	0,5	+ 3,5	+ 2,7
87 076	594 691	r 114 767	1 190 896	7 993 374	115 158	1 158 165	7 860 241	-	0,3	+ 2,8	+ 1,7
4 244	29 967	r 7 898	53 623	373 534	7 486	49 572	346 627	+	5,5	+ 8,2	+ 7,8
21 830	128 759	r 42 183	271 426	1 587 941	38 054	264 370	1 489 844	+	10,9	+ 2,7	+ 6,6
29 149	148 484	r 90 088	356 994	1 821 700	79 422	321 882	1 704 251	+	13,4	+ 10,9	+ 6,9
8 069	45 601	r 12 313	94 193	532 072	10 457	88 922	525 188	+	17,7	+ 5,9	+ 1,3
177 104	1 007 056	21 109	182 988	1 021 862	20 776	174 728	998 913	+	1,6	+ 4,7	+ 2,3
14 643	83 030	25 825	242 150	1 324 365	26 299	232 056	1 313 063	-	1,8	+ 4,3	+ 0,9
526	3 087	1 022	7 519	42 570	921	6 607	38 786	+	11,0	+ 13,8	+ 9,8
2 280	13 603	3 920	26 109	138 596	3 469	22 441	124 531	+	13,0	+ 16,3	+ 11,3
690	3 974	2 092	14 686	74 332	1 971	13 310	69 624	+	6,2	+ 10,3	+ 6,8
105	753	669	2 195	15 627	644	2 045	14 653	+	3,9	+ 7,3	+ 6,6
43 111	211 785	78 564	612 411	3 039 356	71 250	543 270	2 827 379	+	10,3	+ 12,7	+ 7,5
26 583,0	133 755,1	29 193,3	72 052,1	391 772,6	29 476,3	75 557,7	385 206,8	-	1,0	- 4,6	+ 1,7
18 051,3	98 956,5	15 476,1	46 580,8	287 442,6	16 399,3	51 573,0	286 521,6	-	5,6	- 9,7	+ 0,3
1 065,2	5 923,6	732,6	3 375,6	19 182,5	645,7	3 225,8	18 167,4	+	13,5	- 4,6	+ 5,6
2 183,2	12 100,8	1 542,8	6 320,3	36 629,1	1 523,4	6 109,1	34 746,0	+	1,3	+ 3,5	+ 5,4

gehörigkeit. - *) Die Zahlen für den aktuellen Monat des laufenden Jahres sind vorläufig. Aufgrund der - erfahrungsgemäß geringen - Korrekturen können sich auch noch den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ⁸⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/ -post. - ⁹⁾ Quelle: Statistisches

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	3. Vj. 90 2. Vj. 90	1 647 1 640	2 151 2 146	1 231 1 220	952 950	627 626	645 641	576 575	579 576	551 549	511 510	493 491
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	11,6 11,3	13,4 13,3	.	.	.	24,1 23,6	.	20,4 20,0	10,4 10,1	10,9 10,8	.
Lebendgeborene	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	4 089 4 023	5 783 5 429	4 580 3 101	2 834 2 256	1 795 1 422	1 794 1 342	1 597 1 340	1 622 1 543	1 498 1 302	1 546 1 225	1 768 1 230
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	18,0 17,8	25,0 25,3	.	23,4 29,4	14,6 15,5	33,5 33,6	20,3 20,8	23,6 24,3	16,8 16,3	17,9 16,7	.
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	9,8 9,8	10,7 10,1	14,8 10,2	11,8 9,5	11,4 9,1	11,0 8,4	11,0 9,3	11,1 10,8	10,8 9,5	12,0 9,6	14,2 10,1
Gestorbene	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	5 020 5 007	6 984 7 082	3 242 3 015	2 529 2 433	1 998 2 130	1 997 1 635	1 733 1 790	1 384 1 422	1 502 1 584	1 753 1 637	1 521 1 420
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	12,1 12,2	12,9 13,2	10,4 9,9	10,5 10,3	12,6 13,6	12,3 10,2	11,9 12,5	9,5 9,9	10,8 11,6	13,6 12,9	12,2 11,6
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	- 931 - 984	- 1 201 - 1 653	+ 1 338 + 86	+ 305 - 177	- 203 - 708	- 203 - 293	- 136 + 450	+ 238 + 121	- 4 - 282	- 207 - 412	+ 247 + 190
Zugezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	25 485 20 002	27 145 25 742	31 777 22 543	11 241 8 874	4 881 3 883	11 834 10 324	6 935 5 968	14 424 11 153	8 530 6 251	7 672 6 585	12 162 10 890
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	61,4 48,9	50,1 48,1	102,4 74,1	46,8 37,5	30,9 24,9	72,8 64,6	47,8 41,6	98,8 77,7	61,4 45,7	59,5 51,8	97,8 89,0
Fortgezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	17 788 14 927	21 185 18 420	20 495 15 527	9 310 8 321	3 673 1 892	8 262 6 902	6 317 5 520	11 290 8 724	6 186 4 907	5 957 5 455	9 421 7 454
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	42,8 36,5	39,1 34,4	66,0 51,1	38,8 35,1	23,2 12,1	50,8 43,2	43,5 38,5	77,4 60,8	44,5 35,9	46,2 42,9	75,8 60,9
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 7 697 + 5 075	+ 5 960 + 7 322	+ 11 282 + 7 016	+ 1 931 + 553	+ 1 208 + 1 991	+ 3 572 + 3 422	+ 618 + 448	+ 3 134 + 2 429	+ 2 344 + 1 344	+ 1 715 + 1 130	+ 2 741 + 3 436
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 18,5 + 12,4	+ 11,0 + 13,7	+ 36,3 + 23,1	+ 8,0 + 2,3	+ 7,6 + 12,8	+ 22,0 + 21,4	+ 4,3 + 3,1	+ -21,5 + 16,9	+ 16,9 + 9,8	+ 13,3 + 8,9	+ 22,0 + 28,1
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 6 766 + 4 091	+ 4 759 + 5 669	+ 12 620 + 7 102	+ 2 236 + 376	+ 1 005 + 1 283	+ 3 369 + 3 129	+ 482 - 2	+ 3 372 + 2 550	+ 2 340 + 1 062	+ 1 508 + 718	+ 2 988 + 3 246
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 16,3 + 10,0	+ 8,8 + 10,6	+ 40,7 + 23,4	+ 9,3 + 1,6	+ 6,4 + 8,2	+ 20,7 + 19,6	+ 3,3 - 0,0	+ 23,1 + 17,8	+ 16,8 + 7,8	+ 11,7 + 5,6	+ 24,0 + 26,5
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	28 663 30 137	47 983 30 044	24 648 24 956	...	10 265 10 157	8 044 8 424	...	10 107 9 808	11 190 8 726	8 694 8 674	7 921 8 728
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	69,0 73,7	88,5 56,1	79,4 82,1	...	64,9 65,1	49,5 52,7	...	69,2 68,3	80,5 63,8	67,4 68,2	63,7 71,4
Arbeitsmarkt²⁾													
Arbeitslose	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	69 925 74 027	84 031 86 435	30 936 31 972	45 756 47 307	31 231 33 373	25 345 26 276	34 645 37 371	13 960 14 132	31 505 33 677	34 590 35 280	27 221 28 570
und zwar Männer	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	40 502 42 929	47 937 49 553	15 076 15 592	26 721 27 298	17 957 19 205	13 702 14 176	18 568 20 137	7 255 7 402	17 317 18 498	18 481 18 691	12 366 12 754
Frauen	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	29 423 31 098	36 094 36 882	15 860 16 380	19 035 20 009	13 274 14 168	11 643 12 100	16 077 17 234	6 705 6 730	14 188 15 179	16 109 16 589	14 855 15 816
Teilzeitkräfte	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	6 019 6 436	5 934 5 890	4 413 4 756	3 278 3 501	2 195 2 282	2 950 3 042	3 278 3 513	1 420 1 391	3 164 3 332	3 259 3 466	3 777 4 344
Arbeitslosenquote	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	9,7 10,3	8,7 9,0	3,4 3,5	11,1 11,5	12,2 13,0	4,6 4,8	8,3 8,9	3,3 3,4	11,5 12,3	10,0 10,2	5,4 5,7
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	10 315 10 951	13 239 13 391	5 943 6 172	9 713 9 724	2 948 2 950	5 929 6 132	5 715 6 135	3 705 3 766	3 108 3 306	5 157 5 250	3 817 4 190
Offene Stellen	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	8 877 9 318	7 390 9 701	20 459 19 451	4 951 5 084	1 990 1 865	8 501 8 303	5 094 5 055	10 434 10 614	4 052 3 496	3 610 3 632	8 182 7 646
Kurzarbeiter	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	467 951	1 562 1 604	97 251	407 316	26 56	105 217	50 229	10 1	438 400	164 452	625 1 072

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	135 497	175 783	167 841	98 863	44 658	103 081	74 775	123 812	70 712	76 640	86 695
		2. Vj. 90	134 309	170 520	166 925	99 085	44 840	101 840	73 695	123 086	69 228	74 742	85 172
je 1000 Einwohner	Mio. DM	3. Vj. 90	82	82	136	104	71	160	130	214	128	150	176
		2. Vj. 90	82	79	137	104	72	159	128	214	126	147	174
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	3. Vj. 90	1 896	2 089	2 683	1 493	635	1 829	1 095	1 868	928	1 071	1 057
		2. Vj. 90	2 002	2 066	2 643	1 515	638	1 798	1 146	2 065	1 276	976	1 031
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	10 642	13 639	14 739	7 824	3 019	4 762	4 990	6 528	5 616	3 966	3 930
		2. Vj. 90	10 144	12 529	14 739	7 553	2 867	4 582	5 282	6 279	6 315	4 061	3 716
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	22 169	14 240	15 968	8 550	3 747	7 825	5 655	7 738	6 144	4 440	4 267
		2. Vj. 90	21 078	12 964	15 973	8 264	3 220	7 364	5 916	7 339	6 841	4 432	4 036
darunter Auslandsumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	3 034	1 551	7 028	2 579	393	2 066	1 785	2 421	2 322	1 353	924
		2. Vj. 90	3 006	1 519	7 414	2 871	401	2 257	2 313	2 218	2 483	1 482	1 002
Gesamtumsatz ⁴⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	53	26	51	36	24	48	39	53	44	34	34
		2. Vj. 90	52	24	53	35	21	46	41	51	50	35	33
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	649	321	377	343	333	301	300	248	345	230	195
		2. Vj. 90	629	305	384	335	288	290	322	239	396	238	190
Bauhauptgewerbe³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	16 326	27 600	26 360	9 922	6 708	13 643	9 798	10 438	7 424	6 373	8 724
		2. Vj. 90	15 637	26 536	25 904	9 809	6 634	13 886	9 424	10 327	6 975	6 242	8 698
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	866	1 148	1 093	442	226	550	502	509	352	282	325
		2. Vj. 90	760	939	1 004	398	241	524	428	476	270	216	278
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	3. Vj. 90	607 499	785 846	1 072 207	358 140	57 946	551 659	255 542	155 653	128 493	147 848	227 767
		2. Vj. 90	553 807	804 964	955 551	308 397	62 512	495 701	267 752	146 733	110 907	137 363	197 023
Fremdenübernachtungen von Gästen	Anzahl	3. Vj. 90	1 148 411	1 989 616	2 035 592	683 563	145 845	1 005 666	465 919	311 246	232 993	242 882	391 918
		2. Vj. 90	1 050 895	2 069 222	1 837 228	660 898	178 222	887 151	582 872	303 278	208 314	251 770	354 092
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	Anzahl	3. Vj. 90	444 324	554 155	1 081 463	323 945	29 522	616 231	202 382	119 118	62 930	76 656	127 309
		2. Vj. 90	340 842	489 930	850 505	301 548	46 610	504 164	294 861	103 003	56 651	72 627	98 294
Fremdenübernachtungen von Gästen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	2 766	3 669	6 558	2 847	923	6 189	3 211	2 132	1 677	1 884	3 152
		2. Vj. 90	2 570	3 867	6 042	2 790	1 142	5 549	4 065	2 113	1 522	1 981	2 895
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁵⁾	Anzahl	3. Vj. 90	19 013	17 402	22 532	11 350	7 231		7 784	9 781	5 250	5 195	5 604
		2. Vj. 90	21 386	19 208	26 512	15 017	8 073		9 908	12 102	6 084	5 950	4 887
Steuer-einnahmen													
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital - nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	3. Vj. 90	454	136	605	255	118	349	222	191	88	116	126
		2. Vj. 90	312	135	323	232	90	322	213	139	95	101	84
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	1 094	250	1 949	1 062	748	2 150	1 530	1 312	635	899	1 012
		2. Vj. 90	763	253	1 061	980	574	2 015	1 488	970	692	796	686
DM je Einwohner und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	277	115	227	132	77	99	89	92	70	57	73
		2. Vj. 90	298	105	207	114	83	96	96	98	63	61	67
DM je Einwohner und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	668	213	732	548	490	608	614	632	506	445	590
		2. Vj. 90	729	196	681	483	534	599	668	684	458	481	546

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. - ²⁾ Arbeitsamtsbezirk. - ³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁴⁾ Ohne Umsatzsteuer. - ⁵⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post.

Im Juli 1991 veröffentlichte Statistische Berichte

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung September 1990

Rechtspflege und öffentliche Sicherheit

Rechtskräftig Abgeurteilte 1989

Produzierendes Gewerbe

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe April 1991

Bautätigkeit

Bauhauptgewerbe April 1991

Hochbautätigkeit 1990

Handel und Gastgewerbe

Einzelhandel April 1991

Durchfuhr des Auslandes und Durchgangsverkehr der DDR über Hamburg Januar bis März 1990

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr April 1991

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle Jahrestabellen 1990

Kraftfahrzeugbestand und Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen 1990

Preise

Preisindizes für Bauwerke Mai 1991

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich; sie enthält textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse sowie mehrere ständige Zahlenübersichten.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtserien gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Taschenbuch

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen.

Das Statistische Taschenbuch 1990 ist 253 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Faltblatt „Daten und Informationen“

In dem jährlich herausgegebenen Faltblatt „Daten und Informationen“ wird ein breites Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik in knapper Form dargeboten. Das Faltblatt wird Interessenten kostenlos überlassen.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1990

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält die amtlich benannten Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet, mit Angabe der Ortsteile, Stadtteile, Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke; zudem werden die Standesamts-, Finanzamts- und Amtsgerichtsbezirke aufgeführt. Das Verzeichnis umfaßt des weiteren eine Zusammenstellung der Hamburger Kleingartenvereine. Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist 377 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 15,- DM.

Statistik des Hamburgischen Staates

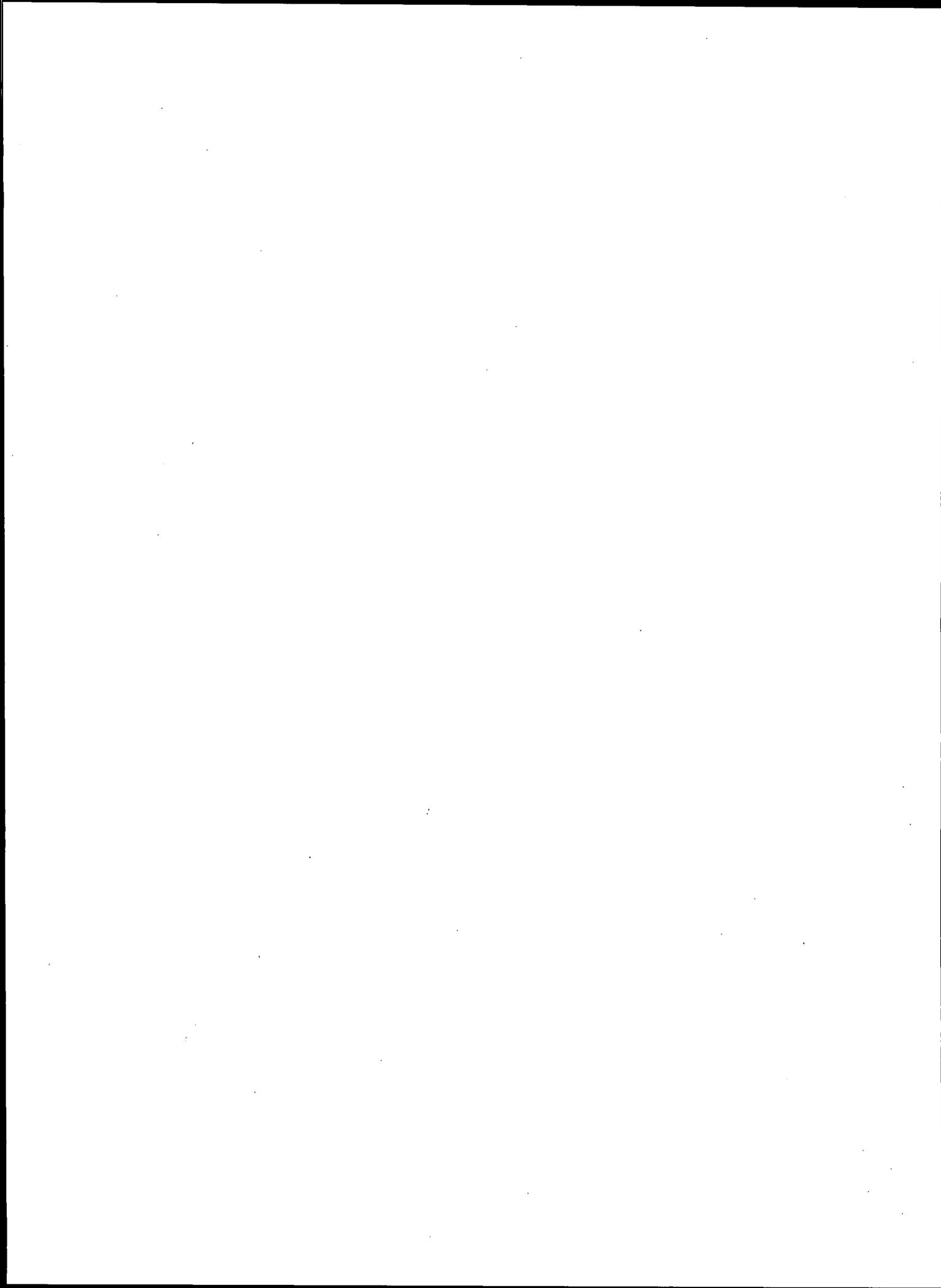
In dieser Reihe erscheinen Quellenwerke mit tiefgegliederten Tabellen aus Großzählungen und wichtigen laufenden Statistiken. Darüber hinaus werden in dieser Reihe die Ergebnisse von Wahlen ausführlich dokumentiert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
- Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
- Heft 107 Die Pendelwandlung über die Hamburger Landesgrenze – Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 – (vergriffen)
- Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 – Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
- Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 – Landesergebnisse –
- Heft 110 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
- Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
- Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
- Heft 113 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
- Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
- Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
- Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
- Heft 117 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1975
- Heft 118 Regionalstatistik – Daten für die Region Hamburg/Umland 1976 (vergriffen)
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 (vergriffen)
- Heft 130 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik – Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982

- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1985
- Heft 146 Handels- und Gaststättenzählung 1985
- Heft 147 Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987
- Heft 148 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 9. November 1986 und am 17. Mai 1987
Teil 1: Wahlen am 9. November 1986
Teil 2: Wahlen am 17. Mai 1987
- Heft 149 Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989

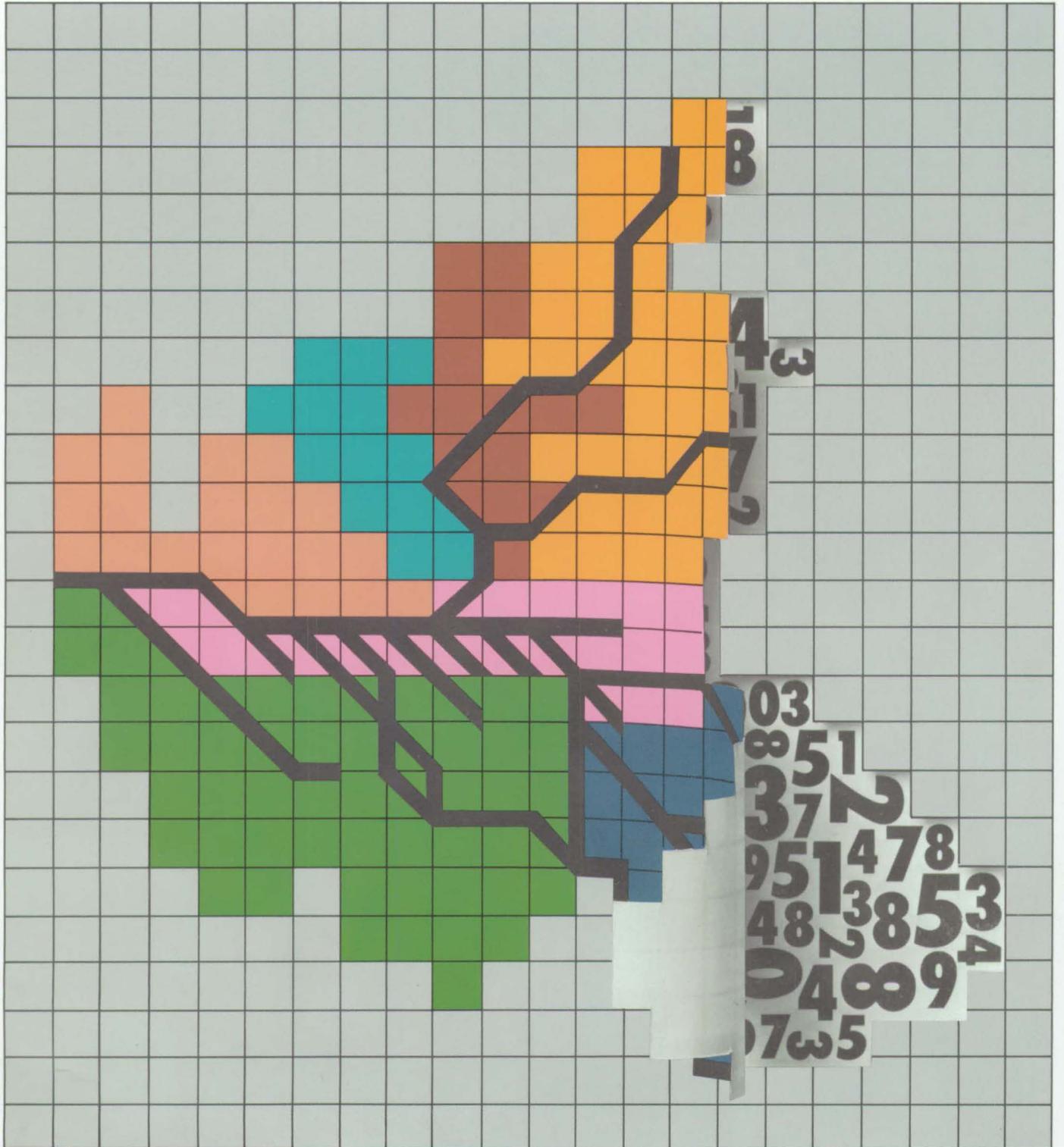
Vertrieb der vorstehenden Veröffentlichungen:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721
Telefax: (040) 3681-1700
Btx: * 36 502 #



Hamburg in Zahlen

1991

9



Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
- ≐ = entspricht
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

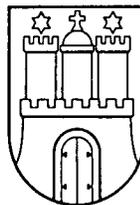
- MD = Monatsdurchschnitt
- Vj = Vierteljahr
- Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.
Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Impressum

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721
Telefax: (040) 3681-1700
Btx: * 36 502 #
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka
Einzelpreis: DM 4,-
Jahresabonnement: DM 40,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1
ISSN 0017-6877

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamtes
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 9.1991

In eigener Sache	
○ Verpflichtender Rückblick und neue Herausforderungen	286
*	
Statistik aktuell	
○ Rekordzunahmen bei Beschäftigten	286
○ Verurteilungen 1989	286
○ Hoch im Fremdenverkehr hält an	287
○ Einzelhandel boomt weiter	287
○ Gasverbrauch gestiegen	287
○ Deutlich mehr Schlachtungen	287
○ Viehbestände 1990	287
*	
Schaubild des Monats	
○ Bevölkerungsentwicklung Hamburgs in den letzten 125 Jahren	288
*	
Zur Bedeutung Hamburgs für den Osthandel	289
*	
Strukturveränderungen bei den sozialversicherungs- pflichtig beschäftigten Arbeitnehmern in Hamburg zwischen 1980 und 1990	304
*	
1866 – 1991 125 Jahre Statistisches Landesamt Hamburg	306
*	
Hamburg im Großstädte-Vergleich	
○ Öffentliche Bibliotheken	310
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	312
○ Hamburg heute und gestern	312
○ Neue Schriften	312
○ Der Draht zum StaLa	313
*	
Hamburger Zahlenspiegel	314
Hamburg im größräumlichen Vergleich	320
Hamburg im Städtevergleich	322

Verpflichtender Rückblick und neue Herausforderungen

Vor 125 Jahren, am 3. Oktober 1866, wurde in Hamburg mit der Bewilligung von zehn Stellen durch die Bürgerschaft das „Statistische Bureau der Deputation für directe Steuern“ gebildet. Damit reihte sich Hamburg zu diesem Zeitpunkt in die Gruppe derjenigen Länder ein, die in einem aus den verschiedenen Verwaltungsteilen herausgelösten statistischen Fachamt kontinuierlich Landesstatistiken erstellten und nach der Reichsgründung 1871 zum Ergebnis der Reichs- und später der Bundesstatistik ihren Beitrag leisteten.

Mit der Einrichtung des Amtes 1866 trat Hamburg auch als Großstadt (nach Bremen, Berlin und Frankfurt am Main) in den danach rasch wachsenden Kreis von Kommunen ein, die angesichts zunehmender struktureller Probleme mit Hilfe zentraler statistischer Dienststellen vermehrt Informationen als Grundlage politischer Entscheidungen und administrativen Handelns gesucht haben.

Besonders in den Bereichen Bevölkerungswachstum, Wohnungsversorgung, Beschäftigung/Arbeitslosigkeit und in der Sozialpolitik wurden die großen Städte zu dieser Zeit vor Aufgaben bisher ungekannter Art und Dimension gestellt. Sie nutzten ihre neuen Statistikämter auch für das sich allmählich entwickelnde Instrumentarium des Städtevergleichs, um die eigene Situation der in anderen Städten gegenüberzustellen und daraus Hinweise auf gemeinsame strukturelle Probleme wie auch auf Spezialentwicklungen ableiten zu können.

Im Konzert der Städte-, Landes- und Reichs- beziehungsweise Bundesstatistiker sowie im Bereich der internationalen fachlichen Kooperation in seinem Arbeitsgebiet hat das Statistische Landesamt Hamburg im Lauf seiner Geschichte fast durchweg eine wichtige Rolle gespielt und Verantwortung getragen. Seine Stimme hatte (und hat) Gewicht; im Bereich der Weiterentwicklung von wissenschaftlicher Methodik und praktischem Verfahren konnte es vielfach Maßstäbe setzen.

So hat das Hamburger Amt an der 1879 erstmals zusammengetretenen „Conférence der Directoren der statistischen Bureaux deutscher Städte“, der Vorläuferorganisation des bis heute sehr aktiven Verbandes Deutscher Städtestatistiker, von Anfang an teilgenommen und deren Tätigkeiten seither durch Fachbeiträge seiner Mitarbeiter in Tagungen und auf

Kongressen sowie durch die Übernahme von Leitungsverantwortung wesentlich mitbestimmt.

Das gleiche gilt für die Mitwirkung von Amtsangehörigen an den wissenschaftlichen Aktivitäten der 1911 gegründeten Deutschen Statistischen Gesellschaft, für das Amt als Ausrichter der schon seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in der Regel jährlich stattfindenden fachlichen Großveranstaltungen „Statistische Woche“ (in den Jahren 1928, 1952, 1966 und 1980) sowie in der internationalen Organisation der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik. Die Hamburger Vertreter haben sich dabei im Besonderen der Teilbereiche Städtestatistik, Stadt- und Regionalforschung angenommen.

Die Hamburger Landesstatistiker hatten sich in den 125 Jahren des Bestehens ihres Amtes immer wieder mit Fragen einer effizienten Organisation, der Anwendung neuer Techniken, der konzeptionellen Entwicklung regionaler und innerstädtischer Raumgliederungen sowie deren Verbindung mit statistischen Inhalten auseinanderzusetzen; sie standen dabei stets unter dem Zwang des rationellen Einsatzes begrenzter Mittel bei meist wachsenden Aufgaben und haben sich diesen Problemsituationen nie entzogen, sondern im Gegenteil daraus häufig Nutzenwendungen für andere Städte oder Länder abgeleitet und bei deren Umsetzung mitgewirkt. Gerade die Zeitperiode um das Amtsjubiläum belegt dies eindrucksvoll

- mit dem Aufbau eines amtsinternen Computernetzes in Verbindung zur Großrechenanlage der Hamburger Verwaltung,
- durch die maßgebliche Mitwirkung an der Realisierung eines über den deutschen kommunalen Bereich hinauswirkenden Datenbanksystems,
- mit dem Ausbau des innerstädtischen Gliederungssystems,
- durch eine häufig wegweisende Mitarbeit in Einrichtungen statistischer und administrativer Art von Städten, Ländern, dem Bund und auf internationaler Ebene.

Die neue Arbeitsgrundlage „Landesstatistikgesetz“ bestätigt dem Statistischen Landesamt in der Begründung seine „zentrale Bedeutung... für die Durchführung von Statistiken in Hamburg... (und als) Teil des föderativ gegliederten Gesamtsystems der amtlichen Statistik... nach dem Prinzip der fachlichen Konzentration“ für die Durchführung von Bundesstatistiken.

Den positiven Rückblick als Auftrag zu kreativer Weiterentwicklung seiner Aufgaben in fachlicher Kompetenz und Verantwortung zu verstehen, sieht sich das Statistische Landesamt aufgerufen.

Erhard Hruschka

Rekordzunahmen bei Beschäftigten

Für Ende 1990 wurden in Hamburg rund 768 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gezählt. Das sind 27 800 mehr als ein Jahr zuvor. Diese Zahl erhöhte sich bis Ende März 1991 auf 776 000 Arbeitnehmer.

Man muß schon bis 1980 zurückgehen, um ähnlich hohe Beschäftigtenzahlen in Hamburg konstatieren zu können. Noch Ende September 1989 wurden 32 600 Beschäftigte weniger ermittelt als zehn Jahre zuvor, Ende 1990 sind es dagegen 5000 mehr als Ende 1980. Die Öffnung der Grenzen nach Osten hat in diesem Zeitraum von Herbst 1989 bis Ende 1990 zu einer sich von Quartal zu Quartal dramatisch steigenden Zunahme geführt, so daß schließlich die Beschäftigungseinbrüche der frühen 80er Jahre mehr als ausgeglichen wurden. Die Zunahme um 27 800 Beschäftigte im Zeitraum von nur einem Jahr ist beispielsweise seit Bestehen dieser Statistik.

Die bis jetzt verfügbaren Eckzahlen weisen Steigerungen für alle Hauptbeschäftigtengruppen nach. Dabei bestätigte sich der seit langem zu beobachtende Trend zu strukturellen Verschiebungen durch eine überproportionale Steigerung der Beschäftigung der Frauen gegenüber den Männern. Bemerkenswerterweise nahm jedoch diesmal – anders als in dem vorangegangenen Quartalen – die Anzahl der Arbeiter relativ stärker zu als die der Angestellten. Der starke Abbau der Ausländerbeschäftigung Anfang der 80er Jahre konnte durch die stärkere Zunahme im Vergleich mit den deutschen Beschäftigten noch nicht wieder ganz ausgeglichen werden.

Im einzelnen wurden Ende 1990 335 000 weibliche Beschäftigte gezählt (13 900 oder 4,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor) gegenüber 433 000 männlichen Beschäftigten (Zunahme 13 900 oder 3,3 Prozent). Bei den Angestellten waren es 480 000 Beschäftigte (ein Plus von 17 200 oder 3,7 Prozent), bei den Arbeitern 288 000 (plus 10 700 oder 3,8 Prozent). An deutschen Beschäftigten wurden 710 000 gezählt (plus 23 100 oder 3,4 Prozent), die Zahl der Ausländer betrug 58 000 (plus 4700 oder 8,8 Prozent).

Hans Badur

Verurteilungen 1989

Im Jahr 1989 wurden in Hamburg 31 760 Personen rechtskräftig abgeurteilt. Dies führte in 22 980 Fällen zu Verurteilungen, darunter 5791 für Straftaten im Straßenverkehr. Zwei Jahre früher gab es bei nahezu gleicher Anzahl an Aburteilungen (31 740) 22 618 Verurteilungen, darunter 5991 wegen Straftaten im Straßenverkehr. Als Erwachsene und Heranwachsende

nach dem allgemeinen Strafrecht wurden 1989 21 620 Personen verurteilt, darunter 5535 für Straftaten im Straßenverkehr. 1987 waren dies 20 842 beziehungsweise 5662 Personen.

Aufgrund des Gesetzes über den Verkehr mit **Betäubungsmitteln** wurden 1989 1199 Personen nach allgemeinem Strafrecht verurteilt, darunter 1077 Männer; 1987 waren es insgesamt 887 Personen, darunter 792 Männer. Nach Jugendstrafrecht erfolgten 1989 weitere 97 Verurteilungen gegenüber 25 im Jahr 1987.

Bei den Verurteilungen nach dem Strafgesetzbuch (außer Straftaten im Straßenverkehr) lagen die Werte für 1989 mit 10 888 Männern und 2597 Frauen nahe bei den Daten für 1987: 10 852 Männer und 2452 Frauen. Hinzu kommen noch die Verurteilten nach dem Jugendstrafrecht: 1989 waren dies 962, 1987 dagegen 1373.

Hauptdeliktgruppen bei den Verurteilungen nach dem allgemeinen Strafrecht waren 1989 (1987) Diebstahl und Unterschlagung mit 4357 (4399) Männern und 1382 (1429) Frauen, Betrug und Untreue mit 2906 (3004) Männern und 674 (578) Frauen sowie Körperverletzung mit 1109 (1065) Männern und 178 (127) Frauen. Bei nach Jugendstrafrecht Verurteilten waren diese Deliktgruppen besetzt mit 617 (818) Personen wegen Diebstahl und Unterschlagung, 37 (65) Personen wegen Betrug und Untreue sowie 93 (166) Personen wegen Körperverletzung.

Bei den Straftaten im Straßenverkehr (insgesamt 1989: 5791, 1987: 5991 Verurteilungen) war die Hauptdeliktgruppe „**Trunkenheit des Fahrzeugführers** im Verkehr ohne Gemeingefährdung“ in 2991 (3040) Fällen. Auffallend bei den Straftaten im Straßenverkehr im allgemeinen und bei „Trunkenheit“ im besonderen ist die Dominanz der Jahrgangsguppe der 40- bis unter 60jährigen.

Jürgen Weißker

Hoch im Fremdenverkehr hält an

Die ersten sechs Monate 1991 brachten für den Hamburger Fremdenverkehr wieder ein Plus an Gästen und Übernachtungen. Dies ist um so erfreulicher, als die Ergebnisse des Vorjahres bereits als sehr hoch anzusehen waren. Von Januar bis Juni dieses Jahres kamen rund eine Million Gäste in die Hansestadt, was einer Zunahme um 4,3 Prozent entspricht. Die Zahl der Übernachtungen in den hiesigen Beherbergungsbetrieben stieg im gleichen Zeitraum auf 1,9 Millionen (plus 4,7 Prozent) an.

Der Zuwachs wurde jedoch allein durch Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland hervorgerufen. Diese brachten ein Plus von 13,5 Prozent an Übernachtungen, während bei den Reisenden aus dem Ausland ein erheblicher Rückgang (minus 14,5 Prozent) zu verzeichnen war. Damit sank der Auslandsanteil am gesamten Übernachtungsaufkommen von bisher durchweg rund einem Drittel auf ein Viertel. Der Rückgang bei den Übernachtungen der Ausländer

beträffte alle für Hamburg wichtigen Herkunftsländer. Ein Minus von über 20 Prozent wurde bei den Besuchern aus Japan, Finnland und Norwegen verzeichnet. Deutliche Rückgänge wiesen auch die Zahlen für Schweden, die USA, Großbritannien, Belgien, Dänemark, Italien, Österreich sowie die Schweiz auf.

Wenn die günstige Entwicklung bei den deutschen Gästen anhält und der Rückgang der Auslandsgäste sich abschwächt, könnte bei den Übernachtungen in diesem Jahr erstmals die Vier-Millionen-Grenze überschritten werden.

Erich Walter

Einzelhandel boomt weiter

Nach dem Umsatzrekord des Vorjahres boomt der Einzelhandel weiter. Die anhaltend große Kauflust der Verbraucher brachte von Januar bis Juni dieses Jahres 15 Prozent mehr Einnahmen in die Kassen der Hamburger Einzelhändler als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das entspricht einer realen Umsatzsteigerung von über zehn Prozent.

Weit überdurchschnittlich war der Erlöszuwachs beim Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und mit elektrotechnischen Erzeugnissen (jeweils plus 29 Prozent) sowie mit Büchern und Zeitschriften (plus 18 Prozent). Unter dem durchschnittlichen Zuwachs blieb der Umsatz beim Einzelhandel mit Blumen und Pflanzen (plus zehn Prozent), mit Textilien (plus neun Prozent), mit Einrichtungsgegenständen (plus acht Prozent) sowie mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (plus acht Prozent).

Im Gegensatz zur günstigen Umsatzentwicklung zeigte die Beschäftigung eine leicht rückläufige Tendenz.

Erich Walter

Gasverbrauch gestiegen

Im Jahr 1990 gab die Hamburger Gaswerke GmbH (HGW) Erdgas mit einem Heizwert von 15,4 Milliarden Kilowattstunden (kWh) an Kunden im Gebiet der Hansestadt ab, zusätzlich wurden 6,5 Milliarden kWh an die Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen geliefert. Damit wurde für beide Versorgungsgebiete das Vorjahresergebnis um jeweils fünf Prozent übertroffen.

Unter den Gasverbrauchern in Hamburg waren die Privathaushalte die traditionell stärkste Gruppe. Ihr Bedarf von 5,7 Milliarden kWh lag 1990 um knapp drei Prozent über dem Vorjahresergebnis. Um ein Prozent über auf 4,3 Milliarden kWh gesunken ist der Gasverbrauch der Industrie, die an zweiter Stelle unter den Konsumenten dieses umweltfreundlichen Brennstoffes rangierte. Bei allen anderen gewerblichen Verbraucherguppen wurde ein gegenüber 1989 gesteigener Einsatz registriert, der im Handel und Kleingewerbe sowie bei den öffentlichen Kraftwerken mit einer Zunahme um jeweils 14 Prozent besonders deutlich ausfiel. Ähnlich hoch lag die Verände-

lungsrate (plus zwölf Prozent) bei den öffentlichen Einrichtungen, zu denen auch Heizwerke zählen.

Rüdiger Lenthe

Deutlich mehr Schlachtungen

Im Jahr 1990 hat die Zahl der Schlachtungen auf dem Schlachthof und in den Schlachtereien Hamburgs beträchtlich zugenommen. Wesentlichen Anteil daran hatte die Öffnung der Grenze zum Gebiet der ehemaligen DDR. Die Zahl der geschlachteten Rinder erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um fast 30 Prozent auf 54 500 Tiere, die der Kälber um knapp 75 Prozent auf 30 800. Die Zahl der geschlachteten Schweine stieg um gut 24 Prozent auf 261 800.

Das gesamte Fleischaufkommen (ohne Geflügel) aus den gewerblichen Schlachtungen erhöhte sich um gut 30 Prozent auf 32 720 Tonnen. Dabei lag Schweinefleisch mit gut 53 Prozent an erster Stelle, vor Rindfleisch mit 39 Prozent und Kalbfleisch mit knapp acht Prozent; auf Schaf-, Ziegen- und Pferdefleisch entfiel lediglich ein unbedeutender Rest.

Otto Riecken

Viehbestände 1990

Die Ende 1990 durchgeführte Viehzählung zeigt, daß sich die Bestandszahlen und die Anzahl der Halter der einzelnen Tierarten in unterschiedliche Richtungen entwickelten. Der größte prozentuale Bestandszuwachs war bei der Anzahl der Schafe festzustellen. 3586 Tiere tummelten sich auf den Wiesen, Weiden und Deichböschungen der Hansestadt; das sind über ein Drittel mehr als vor zwei Jahren, obwohl die Zahl der Halter mit 64 konstant blieb.

Auch die Bestände an Schweinen wurden aufgestockt. Mit 5249 lag die Gesamtzahl der Schweine um drei Prozent höher als 1988, obwohl jeder fünfte Betrieb seither die Schweinehaltung aufgab. Die verbliebenen 80 Halter verfügten im Durchschnitt über je 65 Tiere. Bei der Sauenhaltung war eine Steigerung um gut sechs Prozent zu verzeichnen, bei einem Rückgang der Halter um fast 15 Prozent auf 35.

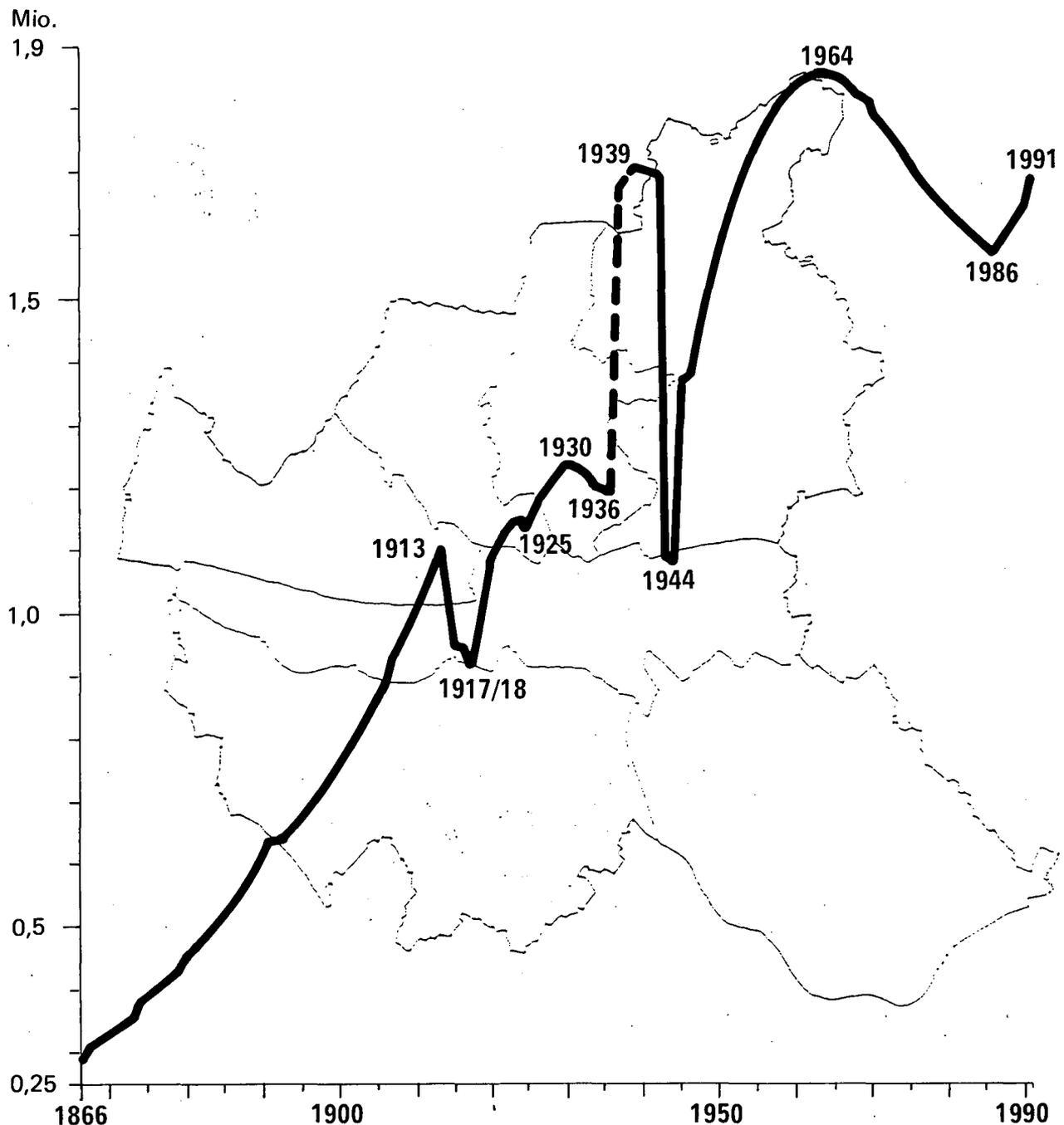
Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich auch bei der Haltung von Rindvieh. So erhöhte sich die Zahl der Tiere um fast drei Prozent auf 11 210, darunter 2527 Milchkühe (plus ein Prozent); gleichzeitig sank die Zahl der Rindviehhalter um gut sieben Prozent auf 234 und die der Milchkuhhalter um fast fünf Prozent auf 104.

Im Gegensatz zu den bisher behandelten Tierarten verringerte sich der Bestand an Pferden auf 2588 und damit um fast sechs Prozent. Gleichzeitig ging die Zahl der Halter um fast ein Zehntel auf 285 zurück.

Auch bei der Hühnerhaltung war ein Rückgang zu verzeichnen. Mit 168 Haltern waren es 16 Prozent weniger, während die Anzahl der Hühner um gut ein Fünftel auf 14 353 zurückging.

Otto Riecken

Bevölkerungsentwicklung Hamburgs in den letzten 125 Jahren



Das Auf und Ab in der Bevölkerungsentwicklung Hamburgs seit 1866, dem Jahr der Einrichtung des Statistischen Landesamtes, ist ein Spiegel der Geschichte: War Hamburg im Jahr 1866 immerhin schon eine Großstadt mit über 280 000 Einwohnern, so stieg die Einwohnerzahl bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs um fast das Vierfache.

Danach gab es bis 1964 mit damals fast 1,9 Millionen Einwohnern mehrere Perioden von Rückgängen in Auswirkung der beiden Weltkriege und wirtschaftlicher Notzeiten. So fiel die Bevölkerungszahl im Zweiten Weltkrieg um mehr als 600 000 Personen, noch unter den Stand vor den erheblichen Gebiets- und Einwohnerzuwächsen aufgrund des Groß-Hamburg-Gesetzes (1937).

Die Jahre seit 1964 sind gekennzeichnet von einem langanhaltenden Bevölkerungsrückgang aufgrund von Abwanderungen und den Auswirkungen des sogenannten „Pillenknicks“. Seit 1986 steigt Hamburgs Bevölkerungszahl wieder an.

Zur Bedeutung Hamburgs für den Osthandel

1 Vorbemerkungen

Für Hamburg als stark auslandsbezogene Wirtschaftsmetropole sind die außenwirtschaftlichen Beziehungen mit allen Teilen der Welt von überragender Bedeutung. Zum einen ist die Stadt Sitz zahlreicher Außenhandelsfirmen; zum anderen ist der Hafen der Hansestadt der wichtigste Warenumschlagplatz der Bundesrepublik nicht nur für den deutschen Außenhandel, sondern auch für den Warenverkehr zwischen anderen Staaten.

Standen lange Zeit die Handelsbeziehungen mit den westlichen Partnerländern im Blickpunkt, so haben die politischen Umwälzungen der jüngsten Vergangenheit in Osteuropa die Länder dieser Region stärker ins Zentrum des Interesses gerückt. Trotz der augenblicklichen Krisenerscheinungen sollte nicht vergessen werden, daß die mittel- und osteuropäischen Staaten, die bisher dem „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) angehörten (Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn), über ein hohes ökonomisches Potential verfügen. Ihre Bevölkerungszahl von 385 Millionen (davon 288 Millionen in der Sowjetunion) übersteigt die der EG. Es handelt sich somit auch um potentielle Absatzmärkte, die infolge der politischen Veränderungen künftig erheblich an Bedeutung gewinnen können.

Hamburg wurde durch die Öffnung der Grenzen aus der Randlage, in die es nach dem Zweiten Weltkrieg geraten war, befreit und in die Lage versetzt, an seine frühere langjährige Tradition als Drehscheibe für den Handel zwischen Ost- und Westeuropa in vollem Umfang wieder anzuknüpfen. Entsprechend den vielfältigen Funktionen der Stadt für den Außenhandel läßt sich die Stellung Hamburgs als Bindeglied im Osthandel aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten:

- Die Statistik des **Außenhandels der Hamburger Im- und Exporteure** weist den Warenverkehr der Firmen nach, die ihren Unternehmenssitz in der Hansestadt haben. Der wirtschaftliche Schwerpunkt – Händler oder Hersteller – spielt dabei keine Rolle. Im Vordergrund steht die Darstellung der Bedeutung der Gesamtheit aller hamburgischen Unternehmen, die Außenhandelsgeschäfte tätigen, für die Stadt und den Warenverkehr der Bundesrepublik mit dem Ausland.
- In der Statistik des **Außenhandels über Hamburg** werden die über Hamburger Zollstellen – also über Hafen und Flughäfen – ein- und ausgeführten Waren nachgewiesen und auf dieser Grundlage die verkehrsmäßige Bedeutung der Hansestadt für den Außenhandel der Bundesrepublik abgebildet.

- Die **Durchfuhrstatistik** erfaßt die Waren, die im Außenhandelsverkehr zwischen Drittländern im Hamburger Hafen umgeschlagen werden und beleuchtet die Funktion, die der Hafen als Umschlagplatz für den Warenverkehr anderer Staaten wahrnimmt.

Der folgende Beitrag stützt sich auf Material dieser drei Teilstatistiken und bezieht dabei die Entwicklung des deutschen Außenhandels in die Beschreibung ein. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß neben den genannten Zahlen auch Ergebnisse über den „Außenhandel des Landes Hamburg“ zur Verfügung stehen, auf die in diesem Beitrag aber verzichtet wird.

2 Osthandel der Bundesrepublik und der Hamburger Im- und Exporteure

2.1 Entwicklung insgesamt

Über den Zeitraum von 1970 bis 1990 gesehen, hat sich der Außenhandel der Bundesrepublik mit den osteuropäischen Staaten in etwa verfünffacht und damit ein ähnliches Wachstumstempo erreicht wie der Außenhandel insgesamt. Der Anteil des Ostgeschäfts an den Im- und Exporten der Bundesrepublik blieb mit vier Prozent in der Einfuhr und 3,8 Prozent in der Ausfuhr infolgedessen nahezu konstant. Zwar wies die Entwicklung des Osthandels in der Vergangenheit erhebliche Schwankungen auf; der Warenverkehr mit den osteuropäischen Ländern lag, bezogen auf den gesamten deutschen Außenhandel, in den meisten Jahren auf relativ niedrigem Niveau.

Politische Faktoren in der Vergangenheit bestimmend

Die Ursachen für die vergleichsweise schwache Handelsverflechtung der Bundesrepublik mit den osteuropäischen Nationen sind vielschichtig und keineswegs nur rein wirtschaftlicher Natur. In erster Linie ist dabei an den systembedingt unterschiedlichen Stellenwert des Außenhandels in den ehemaligen Staatshandelsländern zu erinnern:

- Dienen in den westlichen Industrienationen die Ausfuhren im allgemeinen dazu, den Markt zu vergrößern und die Vorzüge der Arbeitsteilung über die eigene Volkswirtschaft hinaus wirksam werden zu lassen, so wurde dieses Ziel in den ehemaligen Ostblockländern kaum realisiert. Die im RGW, der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft, zusammengeschlossenen Länder waren von Anfang an um Autarkie bemüht und wickelten

den Warenverkehr in größtmöglichem Umfang in dieser Gemeinschaft ab. Die Importe aus anderen Ländern dienten daher vor allem der Beschaffung von Waren, die im Inland oder bei den Partnern nicht erhältlich waren. Durch Exporte wurden die erforderlichen Devisen beschafft und so die Finanzierung dieser Importe erst ermöglicht.

- Darüber hinaus hemmte der Wunsch der osteuropäischen Länder nach Abschluß von Kompensationsgeschäften vielfach einen weiteren Ausbau der Beziehungen zu den westlichen Industrienationen.
- Im politischen Bereich gab es eine massive Zurückhaltung des RGW der EG gegenüber und umgekehrt. Neben generellen ideologischen Vorbehalten bestand der Konflikt hauptsächlich darin, daß die EG die Zusammenarbeit mit einzelnen Ländern suchte, während die Sowjetunion den RGW als alleinigen Verhandlungspartner aufwerten wollte.¹⁾

Neuorientierung Mitte der 80er Jahre

Mitte der 80er Jahre kam es bereits zu einer Neuorientierung der ehemaligen Staatshandelsländer. Zum einen machten sich sinkende Deviseneinnahmen aus dem Ölgeschäft besonders negativ bemerkbar, weil gerade in dieser Phase der Modernisierungsbedarf der eigenen Industrie zur Aufrechterhaltung der Produktion den Einsatz westlicher Technologie erforderte, der nur über Devisen finanziert werden konnte. Letztlich entscheidend aber dürfte der Führungswechsel in der Sowjetunion gewesen sein, der zur Folge hatte, daß sich auch dieses Land Reformideen öffnete.

Wichtigstes Kennzeichen des Reformprozesses ist, daß sich durch die Übernahme marktwirtschaftlicher Prinzipien der in den zentral gelenkten Planwirtschaften stets gegebene enge Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik auflöst. Die einzelnen Staaten Osteuropas nutzen die bisher nicht gekannten Handlungsspielräume und wenden sich verstärkt Westeuropa zu. Auf der anderen Seite besteht die Kooperation im RGW de facto bereits seit 1989 nicht mehr. Als Resultat dieser Prozesse ist zu erwarten, daß sich auch die Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn allmählich intensivieren werden.

1) Vergleiche: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Handelspolitik der EG im Zuge der Öffnung nach Osten. In: DIW Wochenbericht 35/90 (30. August 1990), S. 489 ff.

Tabelle 1 **Beteiligung Hamburgs am Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Osteuropa¹⁾ 1970, 1980, 1989 und 1990 (Generalhandel)**

Jahr	Einfuhr						
	Bundesrepublik insgesamt	und zwar					
		durch Hamburger Importeure			über Hamburg		
		absolut	Anteil an der Einfuhr der Bundesrepublik	Anteil an der Gesamteinfuhr Hamburger Importeure	absolut	Anteil an der Einfuhr der Bundesrepublik	Anteil an der Gesamteinfuhr über Hamburg
	Mio. DM	%	%	Mio. DM	%	%	
1970	4 091	819	20,0	4,0	438	10,7	3,1
1980	16 477	2 909	17,7	4,5	1 662	10,1	3,9
1989	19 894	2 934	14,7	5,3	990	5,0	1,8
1990	22 284	3 132	14,1	5,3	1 237	5,6	2,1
Veränderung 1990 gegenüber 1989 in %	+ 12,0	+ 6,7	x	x	+ 24,9	x	x

Noch: Tabelle 1

Jahr	Ausfuhr						
	Bundesrepublik insgesamt	und zwar					
		durch Hamburger Exporteure			über Hamburg		
		absolut	Anteil an der Ausfuhr der Bundesrepublik	Anteil an der Gesamtausfuhr Hamburger Exporteure	absolut	Anteil an der Ausfuhr der Bundesrepublik	Anteil an der Gesamtausfuhr über Hamburg
	Mio. DM	%	%	Mio. DM	%	%	
1970	4 794	426	8,9	5,5	502	10,5	3,4
1980	18 679	1 252	6,7	5,6	1 859	10,0	6,2
1989	25 487	1 422	5,6	3,9	1 317	5,2	2,5
1990	24 776	1 875	7,6	5,2	1 292	5,2	2,4
Veränderung 1990 gegenüber 1989 in %	- 2,8	+ 31,9	x	x	- 1,9	x	x

1) Sowjetunion, Polen Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien

Hamburger Im- und Exporteure: Einfuhr überwiegt

Hamburger Außenhandelsfirmen haben 1990 fünf Milliarden DM im Geschäft mit osteuropäischen Ländern umgesetzt. Davon entfielen 3,1 Milliarden DM auf die Einfuhr und 1,9 Milliarden DM auf die Ausfuhr. Die Im- und Exporteure der Hansestadt wickelten damit 14 Prozent der Importe und 7,6 Prozent der Exporte im Warenverkehr der Bundesrepublik²⁾ mit Osteuropa ab. Die hiesigen Firmen waren am Osthandel deutlich stärker beteiligt als am deutschen Auslandsgeschäft insgesamt:

2) Die Ergebnisse für das Jahr 1990 beziehen sich auf den Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin(West) ein.

Bezogen auf die gesamten deutschen Importe erzielten die Hamburger Unternehmen im vergangenen Jahr einen Anteil von 10,6 Prozent; auf der Ausfuhrseite betrug die entsprechende Quote 5,5 Prozent. Das Ostgeschäft hatte für die in der Stadt ansässigen Außenhändler infolgedessen auch eine größere Bedeutung als für die Bundesrepublik insgesamt: Zum gesamten Außenhandelsumsatz der hiesigen Firmen steuerte der Warenverkehr mit den osteuropäischen Staaten gut fünf Prozent bei.

Trotz Zuwachsraten sinkender Anteil Hamburger Firmen

Obwohl sie ihre Umsätze in den letzten 20 Jahren vervierfacht haben, konnten die Hamburger Außenhandelsfirmen ihren An-

teil am Osthandel des Bundes nicht ganz halten. Damit spiegelt sich auch im Warenaustausch mit osteuropäischen Staaten eine Tendenz, die für den gesamten Außenhandel der Hamburger Firmen kennzeichnend ist. Dazu haben eine Reihe von Faktoren beigetragen:

- Die allgemein festzustellende Verschiebung der Warenströme zu Gunsten der industriellen Fertigwaren wirkt sich im hamburgischen Außenhandel mit dem überproportionalen Gewicht von Rohstoffen und Halbwaren in seiner Warenpalette negativ aus.
- Darüber hinaus ist das Importprogramm der Hamburger Außenhändler wegen des hohen Anteils von Primärgütern überaus preis- und wechsellkursempfindlich. Wegen der hohen Energielastigkeit der Importe aus Osteuropa können sich bei unveränderten Einfuhrmengen allein durch die Schwankungen des Ölpreises von Jahr zu Jahr wechselnde Beiträge Hamburgs zum deutschen Außenhandel ergeben.

- Die mit der Expansion und Liberalisierung des Handels zunehmende Tendenz der Produzenten, eigene Exportabteilungen einzurichten, geht im Ergebnis ebenfalls zu Lasten der hamburgischen Unternehmen, weil hier traditionell Handelsfirmen dominieren und exportstarke Industriebranchen relativ schwach vertreten sind.

Betrachtet man die Einschaltung Hamburgs in den Osthandel auf Basis der ein- und ausgeführten Waren m e n g e n, so wird das Bild stark modifiziert. Da der Schwerpunkt der Lieferungen und Bezüge Hamburgs eher auf Rohstoffen und Waren geringerer Verarbeitungsstufe liegt, ist die Bedeutung der Stadt für den Osthandel bei dieser Betrachtungsweise deutlich höher als bei wertmäßiger Darstellung. Auf der Importseite zeigt sich sogar ein gewisser Bedeutungsgewinn der osteuropäischen Staaten darin, daß ihr Gewicht unter den Lieferländern Hamburgs noch zugenommen hat. Dieses Ergebnis kann als Indiz dafür gewertet werden, daß bei der Einfuhr aus diesen Ländern nach wie vor eine verhältnismäßig einseitige Ausrichtung auf homogene Massengüter aus dem Bereich der Rohstoffe und Halbwaren besteht.

2.2 Außenhandel mit der Sowjetunion

Wichtigster osteuropäischer Handelspartner der Bundesrepublik...

Der deutsch-sowjetische Warenaustausch belief sich im vergangenen Jahr auf 20 Milliarden DM, die sich zu etwa gleichen Teilen auf die Ein- und Ausfuhr verteilten. Die Sowjetunion war mit einem Anteil von 40 Prozent am Osthandel der Bundesrepublik der mit Abstand wichtigste Handelspartner in dieser Region; die Veränderungen des deutsch-sowjetischen Handels überlagern daher die Gesamtentwicklung des Warenverkehrs mit den ehemaligen

Staatshandelsländern. Allerdings war die Sowjetunion unter den Handelspartnern der Bundesrepublik nicht im Vordergrund vertreten, sondern lag sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr „nur“ an 13. Stelle.

In der Entwicklung des bilateralen Warenverkehrs seit 1970 haben sich vor allem bei den deutschen Ausfuhren Ausweitungen mit Stagnations- und Schrumpfungsphasen abgelöst. Die deutschen Einfuhren wiesen bis 1984 einen nahezu ungebrochenen Aufwärtstrend auf. Ab 1986 folgte ein tiefer Einbruch, der die Importe in den Folgejahren halbierte. In den letzten beiden Jahren haben die Warenbezüge zugenommen, 1990 aber erst wieder den Stand von 1981 erreicht.

Offenbar stellte die Sowjetunion in der Vergangenheit keinen stabilen Absatzmarkt für deutsche Produkte dar. Dies ist im Zusammenhang damit zu sehen, daß die genutzten Importmöglichkeiten im wesentlichen durch die Exporterlöse und durch die Verschuldungsbereitschaft bestimmt wurden und beide Größen erhebliche Schwankungen aufwiesen.

...und der Hamburger Im- und Exporteure

Innerhalb Osteuropas ist der Außenhandel der Hamburger Firmen stärker auf die Sowjetunion ausgerichtet als der Handel der Bundesrepublik insgesamt. Knapp drei Milliarden DM oder 60 Prozent des Osthandels der hiesigen Firmen entfallen auf die UdSSR; das ist mehr als zweieinhalbmal so viel wie das Handelsvolumen mit dem zweitwichtigsten Partnerland Polen und mehr als siebenmal so viel wie der Wert des Warenverkehrs mit der Tschechoslowakei, die in der Rangliste an dritter Stelle steht. Nahezu 15 Prozent des deutsch-sowjetischen Warenverkehrs wurden durch die Hamburger Unternehmen abgewickelt.

Die Sowjetunion nimmt unter den Lieferländern der Hamburger Außenhändler den sechsten Rang ein und ist damit deutlich besser platziert als für die Bundesrepublik insgesamt. Als Abnehmer liegt die UdSSR für die Hamburger Exporteure auf dem elften Platz. Die große Bedeutung der Sowjetunion für die Handelsbeziehungen der Hansestadt spiegelt jedoch keine spezifische regionale Ausrichtung der hier tätigen Handelsfirmen wider, sondern ergibt sich als Folge der außenwirtschaftlichen Beziehungen der in der Stadt ansässigen Großfirmen der Mineralölindustrie, für die die UdSSR zweitwichtigster Lieferant von Mineralölzeugnissen ist.

Im Gegensatz zu der nahezu ausgeglichenen Handelsbilanz im deutsch-sowjetischen Warenverkehr machte bei den Hamburger Firmen der Wert der eingeführten Waren in allen Jahren ein Vielfaches des Ausfuhrwertes aus. Trotz einer Verdoppelung der Ausfuhr im vorigen Jahr auf eine Milliarde DM erreichten die Exporte Hamburger Außenhandelsfirmen nur gut 50 Prozent des Einfuhrwertes.

Tabelle 2 **Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt sowie der Hamburger Im- und Exporteure mit der Sowjetunion 1970, 1980, 1989 und 1990 (Generalhandel)**

Jahr	Einfuhr			Ausfuhr		
	Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Importeure		Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Exporteure	
	Mio. DM		%	Mio. DM		%
1970	1 279	312	24,4	1 557	25	1,6
1980	7 786	1 363	17,5	8 549	531	6,2
1989	8 749	1 881	21,5	11 779	529	4,5
1990	9 314	1 953	21,0	10 655	1 008	9,5
Veränderung 1990 gegenüber 1989 in %	+ 6,5	+ 3,8	x	- 9,5	+ 90,5	x

Tabelle 3 **Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt sowie der Hamburger Im- und Exporteure mit der Sowjetunion 1970 und 1990 nach Warengruppen – Anteile in Prozent –**

Warengruppe	Einfuhr		Ausfuhr	
	1990	1970	1990	1970
- Bundesrepublik insgesamt - 1)				
Ernährungswirtschaft	1	9	9	0
Gewerbliche Wirtschaft	97	88	91	100
davon Rohstoffe	18	32	0	1
Halbwaren	68	45	2	1
Fertigwaren	11	11	89	98
davon Vorerzeugnisse	5	5	16	25
Enderzeugnisse	5	6	73	73
Rückwaren und Ersatzlieferungen	2	2	0	0
Insgesamt	100	100	100	100
- Hamburger Im- und Exporteure - 2)				
Ernährungswirtschaft	2	34	66	4
Gewerbliche Wirtschaft	98	66	34	96
davon Rohstoffe	15	13	0	0
Halbwaren	79	35	2	12
Fertigwaren	4	18	32	84
davon Vorerzeugnisse	3	5	2	28
Enderzeugnisse	1	13	30	56
Rückwaren und Ersatzlieferungen	-	0	-	0
Insgesamt	100	100	100	100

- 1) Spezialhandel
2) Generalhandel

Unterschiedliche Warenstrukturen in Ein- und Ausfuhr

Kennzeichnend für die Struktur des deutschen Osthandels sind die überaus großen Unterschiede in der warespezifischen Zusammensetzung von Ein- und Ausfuhr. Während im deutschen Export nach Osteuropa industrielle Fertigerzeugnisse nahezu 90 Prozent aller Waren stellen, lag der Anteil dieser Warengruppe

auf der Importseite in den letzten beiden Jahrzehnten nur bei 40 Prozent. Mit seinen divergierenden Schwerpunkten in der Struktur von Ein- und Ausfuhr bietet der Osthandel der Bundesrepublik weitgehend noch das Bild eines von Komplementaritätsbeziehungen geprägten Außenhandels, bei dem Rohstoffe und Halbwaren gegen industrielle Fertigprodukte getauscht werden. Dieses strukturelle

Tabelle 4 Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt sowie der Hamburger Im- und Exporteure mit aus-

Jahr	Polen			Tschechoslowakei			Ungarn		
	Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Im- bzw. Exporteure		Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Im- bzw. Exporteure		Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Im- bzw. Exporteure	
	Mio. DM	%		Mio. DM	%		Mio. DM	%	
- Einfuhr -									
1970	753	198	26,3	743	66	8,9	494	41	8,3
1980	2 570	498	19,4	2 107	177	8,4	1 879	137	7,3
1989	3 672	565	15,4	2 743	189	6,9	2 796	169	6,0
1990	5 194	754	14,5	2 962	167	5,6	3 284	170	5,2
Veränderung 1990 gegenüber 1989 in %	+ 41,4	+ 33,5	x	+ 8,0	- 11,6	x	+ 17,5	+ 0,6	x

Noch: Tabelle 4 Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt sowie der Hamburger Im- und Exporteure mit aus-

Jahr	Polen			Tschechoslowakei			Ungarn		
	Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Im- bzw. Exporteure		Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Im- bzw. Exporteure		Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Im- bzw. Exporteure	
	Mio. DM	%		Mio. DM	%		Mio. DM	%	
- Ausfuhr -									
1970	672	138	20,5	1 067	162	15,2	530	34	6,4
1980	2 705	234	8,7	2 532	221	8,7	2 319	116	5,0
1989	4 745	473	10,0	3 037	194	6,4	3 776	129	3,4
1990	5 147	418	8,1	3 447	234	6,8	3 514	105	3,0
Veränderung 1990 gegenüber 1989 in %	+ 8,5	- 11,6	x	+ 13,5	+ 20,6	x	- 6,9	- 18,6	x

Muster tritt im deutsch-sowjetischen Handel in besonders krasser Form auf. Rohstoffe und Halbwaren machen 87 Prozent der deutschen Importe und sogar 95 Prozent der Bezüge Hamburgs aus der UdSSR aus. Der weit überwiegende Teil entfällt auf Mineralölderivate, vor allem Kraftstoffe und Heizöl.

Einfuhr: Mineralöl dominiert

Seit Beginn der 70er Jahre hat die sowjetische Exportwarenstruktur fast einen Monoprodukt-Charakter angenommen. Mineralöl stellte 1990 mit einem Anteil von zwei Dritteln unter den deutschen Importwaren aus der UdSSR die dominierende Produktkategorie. 20 Jahre zuvor waren es erst 30 Prozent gewesen. Noch weit aus größer war der Anteil von Rohöl,

Kraftstoffen und Heizöl in der Warenstruktur der Einfuhr hamburgischer Firmen aus der Sowjetunion: Die Mineralölimporte beliefen sich 1990 wertmäßig auf 1,8 Milliarden DM und machten 90 Prozent der Einfuhr aus (Tabelle 5).

Wegen der herausragenden Stellung dieser Warengruppe haben Ölpreisschläge die Exporterlöse der Sowjetunion im Handel mit der Bundesrepublik nachhaltig beeinflusst und zu großen Schwankungen im Einfuhrergebnis der hiesigen Firmen gegenüber der Sowjetunion geführt. Als größter Ölproduzent der Welt hat das Land von den Preisaufschlägen speziell in den Jahren 1979 bis 1982 profitiert und steigende Einnahmen aus dem Ölgeschäft erzielt. Nach 1985 sorgte der Ölpreisverfall für stark

rückläufige Exporterlöse und schränkte auch den Importspielraum der UdSSR empfindlich ein. Zwischen 1985 und 1987 sind im deutsch-sowjetischen Warenverkehr die Einfuhren der Bundesrepublik auf die Hälfte ihres Ausgangsniveaus geschrumpft. Im Hamburger Importergebnis steht ein noch stärkerer Rückgang zu Buche.

Die jüngste Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, daß die UdSSR trotz Förderrückgängen im Erdölbereich, die vor allem durch Streiks und unzureichende Instandhaltung der Anlagen verursacht wurden, ihre Exporte in die Bundesrepublik nicht eingeschränkt hat. Die Produktionsprobleme haben die Sowjetunion veranlaßt, erstmals westliche Firmen zur Exploration und Förderung ins Land zu

gewählten osteuropäischen Ländern 1970, 1980, 1989 und 1990 (Generalhandel)

Rumänien			Bulgarien		
Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Im- bzw. Exporteure		Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Im- bzw. Exporteure	
Mio. DM	%		Mio. DM	%	
- Einfuhr -					
585	137	23,4	237	65	27,4
1 791	685	38,2	344	49	14,2
1 573	76	4,8	361	54	15,0
1 119	34	3,0	411	54	13,1
- 28,9	- 55,3	x	+ 13,9	± 0	x

gewählten osteuropäischen Ländern 1970, 1980, 1989 und 1990 (Generalhandel)

Rumänien			Bulgarien		
Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Im- bzw. Exporteure		Bundesrepublik insgesamt	darunter durch Hamburger Im- bzw. Exporteure	
Mio. DM	%		Mio. DM	%	
- Ausfuhr -					
726	46	6,3	242	21	8,7
1 672	99	5,9	902	51	5,7
600	21	3,5	1 550	76	4,9
1 161	59	5,1	852	51	6,0
+ 93,5	+ 181,0	x	- 45,0	- 32,9	x

holen. Bis diese Maßnahmen wirksam werden, könnte die ungünstige Entwicklung auf der Produktionsseite zusammen mit dem anhaltend hohen Inlandverbrauch in der Sowjetunion dazu führen, daß sich der Spielraum für Energieexporte künftig verengen wird.

Abgesehen vom Mineralöl zählt die UdSSR als rohstoffreichstes Land der Erde auch bei einigen Metallen zu den wichtigsten Produzenten und spielt zum Beispiel eine Hauptrolle bei der Versorgung der Bundesrepublik mit Nickel und Chrom, die für die Erzeugung von Edelfählen und Sonderlegierungen benötigt werden. Chrom- und Nickerexporte haben für das Land im Hinblick auf die dringend benötigten Devisen eine ähnlich hohe Priorität wie Ölausfuhren.

Fertigwarenimporte von geringer Bedeutung

Im Warenspektrum des Außenhandels sind Fertigwaren von besonderem Interesse, da sie die auf lange Sicht am stärksten wachsende Produktkategorie repräsentieren. Unter den wichtigsten Einfuhrwaren der Bundesrepublik im bilateralen Warenverkehr mit der Sowjetunion befinden sich kaum Fertigprodukte. Der Anteil der Fertigwaren an den deutschen Bezügen hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten nicht erhöht und lag 1990 bei nur elf Prozent. Hamburger Firmen kauften 1990 Fertigwaren für weniger als 80 Millionen DM aus sowjetischer Produktion. Das waren vier Prozent der gesamten Warenbezüge aus diesem Land. Als Lieferanten von industriellen Vor- und End-

erzeugnissen haben Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und auch Rumänien für die Bundesrepublik größere Bedeutung gewonnen als die sowjetische Wirtschaft. Dies ist ein eindeutiges Indiz für die relativ geringe Wettbewerbsfähigkeit sowjetischer Fertigprodukte, die in Art und Qualität vielfach nicht der westlichen Nachfrage entsprechen. In diesem Zusammenhang ist auch daran zu erinnern, daß bereits zwischen den früheren RGW-Staaten eine „Arbeitsteilung“ in der Weise bestand, daß die kleineren, rohstoffarmen Länder der Sowjetunion Industrieerzeugnisse lieferten und von dort mit Rohöl und Grundstoffen versorgt wurden.

Wichtigste Exportwaren: Maschinen und Ernährungsgüter

Für die Warenstruktur der deutschen Exporte in die Sowjetunion sind Investitionsgüter, vor allem Maschinen, von vorrangiger Bedeutung. Daneben sind Eisen und Stahl, chemische Produkte und elektrotechnische Erzeugnisse zu nennen. Die umfangreichen Nahrungsmittellieferungen erklären sich aus der akuten Versorgungskrise im vergangenen Jahr.

Unter den Exporten **Hamburger Außenhändler** stellen die Ernährungsgüter die eindeutig stärkste Gruppe. 1990 wurden Fleisch und Fleischwaren im Wert von über 400 Millionen DM von Hamburger Firmen in die UdSSR exportiert. Das entsprach 40 Prozent des gesamten Ausfuhrwertes. Darüber hinaus wurden Getreide – hierbei handelt es sich offensichtlich um zwischengelagerte Importware – sowie Milch- und Milchprodukte in großem Umfang in die UdSSR geliefert. Die Verdoppelung der Exporte Hamburger Firmen in die Sowjetunion von 1989 auf 1990 kam zum überwiegenden Teil durch die starke Ausweitung der Nahrungsmittellieferungen zustande.

Industrielle Fertigwaren sind mit einem Anteil von einem Drittel an der Ausfuhr der hiesigen Firmen weit schwächer vertreten als im Bundesgebiet insgesamt. Innerhalb dieser Produktgruppe dominieren auch in den hamburgischen Exporten Maschinenbauerzeugnisse.

Wenn auch die Ergebnisse des Jahres 1990 vor dem Hintergrund einer zumindest partiellen Lebensmittelknappheit in der Sowjetunion zu sehen sind und die Strukturunterschiede zwischen der Warenpalette der Hamburger Exporteure und der deutschen Außenhändler insgesamt stärker hervortreten lassen, ist in dem hohen Anteil von Agrarprodukten im Warensortiment ein Spezialisierungsmuster nicht nur des hamburgischen Osthandels, sondern des gesamten Warenverkehrs der hiesigen Firmen zu sehen.

Tabelle 5 Die wichtigsten Ein- und Ausfuhrwaren im Handel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt¹⁾ und der Hamburger Im- und Exporteure²⁾ mit der Sowjetunion 1990

Bundesrepublik insgesamt			Hamburger Im- und Exporteure		
Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamt-ein-/ausfuhr	Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamt-ein-/ausfuhr
	Mio. DM	%		Mio. DM	%
- Einfuhr -					
Kraftstoffe, Schmieröle	4 571	50,1	Kraftstoffe, Schmieröle	1 487	76,1
Erdöl, roh	1 430	15,7	Erdöl, roh	273	14,0
Nichteisen-Metalle	729	8,0	Holz, Holzmasse	28	1,4
Gold für gewerbliche Zwecke	316	3,5	Garne, Gewebe	25	1,3
Holz, Holzmasse	306	3,4	Steinkohlen	22	1,1
- Ausfuhr -					
Maschinen	4 350	42,0	Fleisch und Fleischwaren	408	40,5
Stahlröhren, Stab- und Form-eisen, Eisenbleche, -draht	744	7,2	Maschinen	162	16,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	743	7,2	Getreide	121	12,0
Chemische Enderzeugnisse	665	6,4	Milch und Milchprodukte	82	8,1
Fleisch und Fleischwaren	502	4,8	Elektrotechnische Erzeugnisse	55	5,5

- 1) Spezialhandel
2) Generalhandel

2.3 Warenverkehr mit den kleineren Staaten Osteuropas

Über die letzten 20 Jahre gesehen, hat die Bedeutung der kleineren osteuropäischen Staaten – Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn – als Liefer- und Abnehmerländer für den Außenhandel der Bundesrepublik nicht zugenommen. Lediglich 2,2 Prozent des deutschen Außenhandelsumsatzes werden im Verkehr mit diesen Ländern getätigt.

Auftriebstendenzen im Handel mit den Reformländern

Bei kurzfristiger Betrachtung markiert das Jahr 1990 einen wichtigen Punkt in den Handelsbeziehungen. Im Handel mit den Ländern, bei denen sich schon relativ früh politische und wirtschaftliche Reformen abzeichneten (Polen, CSFR und Ungarn), wurde sowohl auf der Einfuhrseite als auch auf der Ausfuhrseite fast durchgängig ein kräftiger Wachstumsschub registriert. Der Warenverkehr mit diesen Ländern erreichte 1990 einen neuen Höchststand. Dabei ist vor allem die starke Ausweitung des Handels mit Polen (plus 23 Prozent) bemerkenswert, die in erster Linie auf einem hohen Plus bei den Importen der Bundesrepublik (plus 41 Prozent) beruhte. Einzig beim Export nach Ungarn wurde das gute Vorjahresergebnis knapp verfehlt.

Vom Gesamtvolumen des Außenhandels der **Hamburger Im- und Exporteure** entfällt auf die genannten Länder ein etwa gleich hoher Prozentsatz wie auf Bundesebene (2,1 Prozent). Der Außenhandelsumsatz mit Polen (1,2 Milliarden DM) hebt sich stärker von dem der CSFR (400 Millionen DM) und Ungarns (300 Millionen DM) ab. Das Geschäft mit Bulgarien und Rumänien belief sich 1990 auf jeweils rund 100 Millionen DM.

Hiesige Firmen sind am Handel mit Polen (11,3 Prozent) und mit Bulgarien (8,3 Prozent) überdurchschnittlich beteiligt. Demgegenüber ist die Einschaltung in den Warenaustausch mit der CSFR (6,3 Prozent), Rumänien (4,1 Prozent) und Ungarn (vier Prozent) geringer als im Bundesdurchschnitt.

Die Einfuhr aus Polen hat im vergangenen Jahr wie im Bundestrend stark gewonnen, während die Warenbezüge aus den anderen Ländern den Vorjahresstand nicht oder nur geringfügig übertreffen konnten. Auf der Ausfuhrseite bietet sich ein sehr uneinheitliches Bild, das für 1990 im Vorjahresvergleich sowohl Zuwächse (Tschechoslowakei, Rumänien) als auch Einbußen (Polen, Ungarn, Bulgarien) ausweist.

Fertigwarenimporte steigend

Im Hinblick auf das Warensortiment sind die Lieferstrukturen der osteuropäischen

Länder sehr unterschiedlich. Übereinstimmend weisen sie im Handel mit der Bundesrepublik deutlich divergierende Warenschwerpunkte in Ein- und Ausfuhr auf, wenn auch die Abweichungen bei weitem nicht das Ausmaß annehmen wie im deutsch-sowjetischen Warenverkehr. Der wichtigste Unterschied zum Handel mit der UdSSR ist darin zu sehen, daß Fertigwaren in den 70er und 80er Jahren ihren Anteil im Warenkorb der deutschen Einfuhr aus allen kleineren osteuropäischen Ländern deutlich steigern konnten und mittlerweile mit über 50 Prozent die wichtigste Produktkategorie stellen (Tabelle 7).

Auffällig ist der hohe Fertigwarenanteil (90 Prozent) bei Importen aus Rumänien. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Mineralöllieferungen, die in der Vergangenheit einen Großteil der Exporte Rumäniens ausmachten, wegen der Produktions- und Versorgungsprobleme im Inland stark eingeschränkt wurden und die Einfuhr aus dem südosteuropäischen Land infolgedessen im vergangenen Jahr stark rückläufig war.

Nahrungsmittel stehen in den agrarisch ausgerichteten Ländern Polen, Ungarn und Bulgarien an vorderer Stelle im Sortiment ihrer Ausfuhr in die Bundesrepublik. Für Polen ist daneben der Kohlebergbau einer der Hauptexportfaktoren.

Unter den Industriegüterimporten aus Osteuropa sind Produkte überdurchschnittlich

vertreten, die durch eine relativ geringe Fertigungstiefe gekennzeichnet sind. Material- und energieintensive Erzeugnisse der Verhüttungsproduktion wie Eisen und Stahl gehören für alle Länder zu den wichtigsten Exportwaren im Verkehr mit der Bundesrepublik; für Polen zählt auch Kupfer dazu. Hochwertige Enderzeugnisse sind nur vereinzelt in der Rangliste der Hauptimportwaren der Bundesrepublik zu finden. Ungarn ist mit seinen bedeutenden Lieferungen von elektrotechnischen Geräten und Maschinen in dieser Hinsicht eher die Ausnahme unter den osteuropäischen Staaten (Tabellen 6, 8 und 9).

Textilien und Bekleidung Hauptimportwaren

Eine Sonderstellung nehmen Bekleidung, Schuhe und andere Lederwaren ein, die die Aufstellung der wichtigsten Importwaren der Bundesrepublik aus Osteuropa in allen Ländern – wohl auch wegen der inzwischen mit der EG geschlossenen Lieferverträge – anführen. Es fällt auf, daß auch auf der Einfuhrseite der Bundesrepublik textile Fasern und Gewebe zu den wichtigsten Exportwaren in einige Länder (Polen, Rumänien, Ungarn) gehören. Da in der Textilindustrie bereits eine Kooperation auf Firmenebene besteht, kann vermutet werden, daß die arbeitsintensive Endfertigung von Bekleidung aus Kostengründen in diesen Ländern vorgenommen wird und die benötigten Vorerzeugnisse zugeliefert werden.

Der Warenschwerpunkt der osteuropäischen Länder liegt somit in einem Sektor, der in den westlichen Ländern zu den schrumpfenden Wirtschaftsbereichen gehört. Die Textilwirtschaft zählt zu jenen Branchen, in denen sich in den vergangenen Jahren erhebliche Umschichtungen dadurch ergeben haben, daß immer neue Anbieterländer auf dem Weltmarkt auftreten. Die Textilindustrie gilt als Startindustrie für die Industrialisierung eines Landes als besonders geeignet und spielt auch als Devisenbeschaffer vielfach eine große Rolle. Sie ist demzufolge auch schon zu einer Domäne der asiatischen Schwellenländer geworden.

Für die Exportentwicklung der ehemaligen Staatshandelsländer dürfte daher von erheblicher Bedeutung sein, inwieweit es den Unternehmen gelingt, sich in diesem Bereich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu behaupten.

Die Gegenüberstellung der Warenstruktur der Einfuhr mit der Ausfuhr zeigt, daß die Exportstärke der Bundesrepublik im Osthandel bei den Investitionsgütern liegt, speziell bei Erzeugnissen des Maschinenbaus und der chemischen Industrie. Spezialisierungsschwerpunkte der osteuropäischen Länder sind dagegen Agrarprodukte, Grundstoffe, Produktions- und Verbrauchsgüter.

Im Bereich der Fertigwaren zeichnet sich der Osthandel dadurch aus, daß technologisch relativ einfache Produkte – vor allem

Verbrauchsgüter – gegen aufwendige Investitionsgüter getauscht werden. Demgegenüber konzentriert sich der Warenaustausch der westlichen Industrieländer im wesentlichen auf hochwertige Industrieerzeugnisse.

Abweichende Spezialisierungsschwerpunkte bei den Hamburger Firmen

Das für den Osthandel der Bundesrepublik charakteristische Muster ist in abgeschwächter Form auch im Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure festzustellen. Insbesondere bei den Fertigwaren bestehen jedoch nicht so ausgeprägte Strukturunterschiede zwischen Ein- und Ausfuhr wie auf Bundesebene. Dem starken Engagement der Hamburger Firmen im Handel mit Ernährungsgütern entspricht ein hoher Anteil von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in ihrem Warenaustausch mit Osteuropa. Agrarprodukte sind in der Palette der wichtigsten Waren sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite repräsentiert. In der Einfuhr aus Ungarn und Bulgarien stellen sie sogar die führende Produktkategorie. Während im Import der Hamburger Firmen Fleisch- und Fleischwaren, Gemüse und Obst, aber auch Rohtabak (aus Bulgarien) eine bedeutende Rolle spielen, stehen auf der Ausfuhrseite Futtermittel – Ölkuchen und Fischmehl – an erster Stelle. In der Gruppe der Industrieerzeugnisse haben Fertigwaren ihre Position sowohl im Einfuhr- als auch im Ausfuhrwarenkorb der Hamburger Firmen in den letzten 20 Jahren

Tabelle 6 Die wichtigsten Ein- und Ausfuhrwaren im Handel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt¹⁾ und der Hamburger Im- und Exporteure²⁾ mit Polen 1990

Bundesrepublik insgesamt			Hamburger Im- und Exporteure		
Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamt-ein-/ausfuhr	Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamt-ein-/ausfuhr
	Mio. DM	%		Mio. DM	%
- Einfuhr -					
Bekleidung, Schuhe und andere Lederwaren	843	16,3	Steinkohlen	127	16,8
Kupfer, -stangen, -bleche	563	10,9	Kraftstoffe, Schmieröle	104	13,8
Holzwaren	340	6,6	Kupfer, -stangen, -bleche	91	12,1
Gemüse, Obst, -konserven	327	6,3	Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	77	10,2
Steinkohlen	270	5,2	Gemüse, Obst, -konserven	55	7,3
- Ausfuhr -					
Maschinen	1 057	22,5	Kraftstoffe, Schmieröle	93	22,2
Garne, Gewebe	529	11,3	Elektrotechnische Erzeugnisse	54	12,9
Elektrotechnische Erzeugnisse	423	9,0	Maschinen	47	11,2
Chemische Enderzeugnisse	378	8,1	Chemische Enderzeugnisse	38	9,1
Getreide	287	6,1	Kraftfahrzeuge	15	3,6
			Tabakerzeugnisse	14	3,3

1) Spezialhandel

2) Generalhandel

leicht verbessert. Konsumgüter, wie zum Beispiel Bekleidung, haben nicht die starke Stellung wie in der Einfuhr der Bundesrepublik aus Osteuropa. Vielmehr sind hier Vorerzeugnisse aus der Mineralölverarbeitung und chemische Produkte überdurchschnittlich vertreten.

Auf der Ausfuhrseite tauchen Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse in der Rangliste der meistexportierten Waren auf, beherrschen jedoch nicht so das Bild wie in der Ostausfuhr der Bundesrepublik. Im industriellen Bereich sind vor allem rohstoff- und primärgüterverarbeitende Branchen hier bestimmend, die entweder über eigene Produktionsstätten und Lagerkapazitäten in Hafennähe verfügen (Ölmühlen, Raffinerien, Hüttenwerke) oder aber zumindest indirekt die Standortvorteile des größten Seehafens der Bundesrepublik nutzen.

3 Außenhandelsverkehr

3.1 Deutscher Außenhandelsverkehr

Unter verkehrsmäßigem Aspekt steht der Außenhandel über Hamburg im Vordergrund des Interesses, weil er in erster Linie die Bedeutung des Hamburger Hafens für den Außenhandel der Bundesrepublik unterstreicht. Da die Hansestadt nur auf dem See- und Luftweg direkt mit dem Ausland verbunden ist, ist der Warenverkehr über Hamburg stark überseeorientiert. Es ist deshalb nicht überraschend, daß die Stadt als Umschlagplatz in den Osthandel in geringerem Maße eingebunden ist als in den Außenhandelsverkehr insgesamt. Immerhin wurden 1990 Waren im Gesamtwert von 2,5 Milliarden DM im deutschen Osthandel über Hamburg im- und exportiert. Die Handelsströme waren in beiden Richtungen in etwa ausgeglichen. Sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr wurden fünf Prozent des Warenverkehrs der Bundesrepublik mit Osteuropa über Hamburg geleitet. Bezogen auf den gesamten Außenhandel über Hamburg spielt der Warenaustausch mit Osteuropa nur eine bescheidene Rolle: Gut zwei Prozent der Ein- und Ausfuhr über Hamburg wurde im Verkehr mit den östlichen Ländern abgewickelt.

Die Funktion des Hafens für den deutschen Osthandel

Die über Hamburg im Verkehr mit diesen Staaten ein- und ausgeführten Waren können in vollem Umfang dem Seeweg und damit dem Hafen zugerechnet werden: Gemessen am Warenwert erfolgen 99 Prozent der Einfuhren und 96 Prozent der Ausfuhren per Seeschiff. Legt man das Gewicht der gehandelten Waren zugrunde, sind die Transporte über den Flughafen verglichen mit dem Seeverkehr ohnehin praktisch bedeutungslos.

Der deutsche Osthandel über Hamburg hatte Ende der 70er und Mitte der 80er

Tabelle 7 Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt sowie der 1970 und 1990 nach Warengruppen

– Anteile in Prozent –

Warengruppe	Einfuhr									
	Polen		Tschechoslowakei		Ungarn		Rumänien		Bulgarien	
	1990	1970	1990	1970	1990	1970	1990	1970	1990	1970
– Bundesrepublik – insgesamt ¹⁾										
Ernährungswirtschaft	17	32	9	14	18	40	3	25	21	53
Gewerbliche Wirtschaft	82	65	90	82	81	58	96	73	74	45
davon Rohstoffe	7	18	8	17	3	6	1	3	4	2
Halbwaren	22	26	18	20	10	18	5	31	11	12
Fertigwaren	53	20	64	46	68	35	91	39	58	31
davon Vorerzeugnisse	12	7	26	16	13	10	9	17	14	5
Enderzeugnisse	41	13	38	30	55	25	82	22	44	27
Rückwaren und Ersatzlieferungen	1	3	1	3	2	2	0	2	6	2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Noch: Tabelle 7

Warengruppe	Ausfuhr									
	Polen		Tschechoslowakei		Ungarn		Rumänien		Bulgarien	
	1990	1970	1990	1970	1990	1970	1990	1970	1990	1970
– Bundesrepublik – insgesamt ¹⁾										
Ernährungswirtschaft	13	16	3	19	3	12	22	2	6	4
Gewerbliche Wirtschaft	87	84	96	81	97	88	78	98	93	96
davon Rohstoffe	1	1	2	2	2	2	3	1	1	1
Halbwaren	5	10	5	5	4	7	8	8	2	6
Fertigwaren	81	74	90	74	91	79	67	89	90	89
davon Vorerzeugnisse	21	31	17	25	24	29	32	31	22	38
Enderzeugnisse	60	43	73	49	67	50	35	58	68	52
Rückwaren und Ersatzlieferungen	0	1	0	1	0	0	0	1	0	1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Spezialhandel

Jahre Spitzenergebnisse erreicht, die sein heutiges Volumen weit übersteigen. Auf der Ausfuhrseite wurde der Boom im wesentlichen durch Exporte von vorher importiertem und im Hafen zwischengelagertem Getreide ausgelöst, das die Sowjetunion in Zeiten unzureichender Ernteerträge im Westen kaufen muß. Unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt sind diese Lieferungen dem unmittelbaren Transit sehr ähnlich. Die Schwankungen auf der Einfuhrseite wurden wegen der Dominanz der Mineralölimporte stark durch Preisausschläge beeinflusst.

Diese Sonderfaktoren haben dazu beigetragen, daß der über den hiesigen Hafen geleitete Warenverkehr mit Osteuropa gemessen an seinem Anteil am deutschen Osthandel insgesamt, aber auch an seiner Beteiligung am gesamten deutschen Außenhandelsverkehr über die Hansestadt in früheren Jahren eine höhere Bedeutung

erreichte als heute. Darüber hinaus begünstigt die Tendenz zur Schwerpunktverschiebung in den Warenströmen von homogenen Massenprodukten zu höherwertigen Fertigwaren im Ergebnis eher andere Verkehrsträger und geht damit zu Lasten des Seeverkehrs, dessen Domäne die Beförderung großer Partien voluminöser Güter ist.

Schwerpunkt im Verkehr mit Polen und der Sowjetunion

Der deutsche Außenhandelsverkehr über Hamburg konzentriert sich im osteuropäischen Raum auf Polen und die Sowjetunion. Auf die Ostsee-Anrainerstaaten entfielen 1990 rund 95 Prozent des über den Hafen geführten Osthandels. Dabei überwog der UdSSR-Verkehr bei weitem; sein Anteil belief sich bei mengenmäßiger Betrachtung auf 75 Prozent und wertmäßig sogar auf 85 Prozent. Knapp elf Prozent

Hamburger Im- und Exporteure mit ausgewählten osteuropäischen Ländern

Warengruppe	Einfuhr									
	Polen		Tschecho-slowakei		Ungarn		Rumänien		Bulgarien	
	1990	1970	1990	1970	1990	1970	1990	1970	1990	1970
- Durch Hamburger Im- und Exporteure ²⁾ -										
Ernährungswirtschaft	18	57	20	33	55	71	15	51	44	86
Gewerbliche Wirtschaft	82	44	80	67	46	29	85	48	54	14
davon Rohstoffe	18	30	1	8	1	5	0	2	2	2
Halbwaren	39	7	15	21	12	7	21	39	20	5
Fertigwaren	26	8	65	38	33	17	65	7	32	8
davon Vorerzeugnisse	16	4	33	21	6	5	47	5	7	2
Enderzeugnisse	10	4	32	17	27	12	18	2	24	6
Rückwaren und Ersatz-lieferungen	-	0	-	2	-	0	-	0	-	0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Warengruppe	Ausfuhr									
	Polen		Tschecho-slowakei		Ungarn		Rumänien		Bulgarien	
	1990	1970	1990	1970	1990	1970	1990	1970	1990	1970
- Durch Hamburger Im- und Exporteure ²⁾ -										
Ernährungswirtschaft	19	65	43	68	31	47	39	13	24	43
Gewerbliche Wirtschaft	81	35	57	32	70	50	63	87	75	57
davon Rohstoffe	1	1	3	4	1	0	3	4	0	0
Halbwaren	24	13	12	3	3	6	15	22	2	5
Fertigwaren	56	21	42	25	66	44	44	61	73	52
davon Vorerzeugnisse	7	8	7	14	14	15	27	28	12	24
Enderzeugnisse	49	13	35	11	51	29	17	33	61	29
Rückwaren und Ersatz-lieferungen	-	-	-	-	-	0	-	0	-	0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

2) Generalhandel

des Außenhandels der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und drei Prozent des deutschen Warenverkehrs mit Polen wurden im Hamburger Hafen umgeschlagen. Für Polen, das bedeutende Mengen von Brennstoffen (Steinkohle, Kraftstoffe) über den Elbehafen in die Bundesrepublik liefert, errechnet sich auf Basis der Mengen für den hiesigen Hafen sogar ein Anteil von gut neun Prozent.

Da die Seeschifffahrt zur Überwindung von Teilstrecken im Verkehr mit den Binnenländern CSFR und Ungarn praktisch nicht in Frage kommt, reduziert sich das für diesen Verkehrszweig zu erschließende Gütervolumen zwangsläufig auf den Handel mit Staaten, die über eigene Küstenhäfen verfügen. Hamburg und die anderen deutschen Seehäfen befinden sich aber für die Warenströme zwischen dem Bundesgebiet und diesen Ländern eher in einer Randlage, weil bei den Transporten vom Produk-

tions- zum Bestimmungsort auf dem Landweg in der Regel weit geringere Distanzen zu überwinden sind.

Dennoch nimmt die Seeschifffahrt für den Außenhandel der Bundesrepublik mit der UdSSR und Polen in erheblichem Umfang Transportaufgaben wahr. Sieht man von dem umfangreichen Öl- und Erdgasbezügen aus der UdSSR über Pipelines ab, so ist sie bei mengenmäßiger Betrachtung für den Warenaustausch der Bundesrepublik mit beiden Ländern der wichtigste Verkehrsträger (Tabelle 11).

Starke Position des Hamburger Hafens im seewärtigen Osthandel

Etwa ein Drittel der in deutschen Seehäfen für den Handel der Bundesrepublik mit der UdSSR umgeschlagenen Warenmengen und gut ein Viertel des seewärtigen Handelsverkehrs mit Polen laufen über den Elbehafen. Die Hansestadt ist für die Ein-

fuhr der Bundesrepublik aus der Sowjetunion und für die Ausfuhr nach Polen der wichtigste deutsche Umschlagplatz. Für die Ausfuhr über See in die UdSSR haben die Bremischen Häfen eine starke Stellung gewonnen, da die Exporte von Eisen und Stahl – speziell Stahlröhren – schwerpunktmäßig über die dortigen Umschlaganlagen verschifft werden.

Bezogen auf Menge und Wert der ein- und ausgeführten Waren reicht der Handel mit den Schwarzmeerländern Rumänien und Bulgarien zwar bei weitem nicht an das Volumen des Warenverkehrs mit den Ost-seeanrainern heran. Hamburg ist aber auch in dieser Relation das Umschlagzentrum für mehr als 80 Prozent der auf dem Seeweg im- und exportierten Güter.

Der Außenhandel über Hamburg kann die Funktion der Stadt und ihres Hafens für den Warenverkehr der Bundesrepublik mit dem Ausland jedoch nicht vollständig abbilden. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß in die Statistik nur Waren einbezogen werden, die Zollstellen im Hafen oder auf den Flughäfen der Stadt passieren. Dagegen sind Güter, die zwar auf Hamburger Gebiet umgeschlagen, aber auf dem Land- oder Flußweg ein- oder ausgeführt werden, nicht enthalten. So dürften von den per Binnenschiff im grenzüberschreitenden Warenverkehr mit der Tschechoslowakei transportierten Gütern namhafte Anteile aus der Hansestadt stammen beziehungsweise für sie bestimmt sein. 1990 wurden zum Beispiel 280 000 Tonnen Ölkuchen auf der Elbe in die CSFR abgefahren. Bei diesen Futtermitteltransporten handelte es sich im wesentlichen um Exporte aus offenen Zollagern der Hansestadt, zum Teil aber auch um Abfallerzeugnisse aus der Produktion der im Hafen ansässigen Ölmühlenindustrie.

3.2 Transitverkehr

Die Betrachtung der Handelsbeziehungen Hamburgs bliebe ohne Einbeziehung des Transitverkehrs unvollständig. Im Verkehr mit einigen osteuropäischen Staaten übersteigen die im Elbehafen abgefertigten Transitmengen das Volumen des deutschen Außenhandels über Hamburg um ein Vielfaches. Hamburg verfügt über gut ausgebaute Verkehrswege, die die Stadt als Drehscheibe für den Außenhandel der osteuropäischen Länder mit anderen Staaten prädestinieren. Traditionell am engsten sind die Beziehungen mit der Tschechoslowakei und Ungarn, für die sich der hiesige Hafen zum bei weitem wichtigsten Umschlagplatz im westlichen Europa entwickelt hat.

Osttransit stark schwankend

Insgesamt waren von den im Hafen gelöschten Durchfuhrgütern 1989 mehr als 700 000 Tonnen für osteuropäische Staaten bestimmt. Rechnet man die auf offene Zollager eingeführten Waren hinzu, die nach einer Zwischenlagerung weiter nach Osteuropa verbracht wurden, so erreichte der aus Übersee ankommende Transitverkehr

Tabelle 8 Die wichtigsten Ein- und Ausfuhrwaren im Handel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt¹⁾ und der Hamburger Im- und Exporteure²⁾ mit der Tschechoslowakei 1990

Bundesrepublik insgesamt			Hamburger Im- und Exporteure		
Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamtein-/ausfuhr	Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamtein-/ausfuhr
	Mio. DM			%	
- Einfuhr -					
Bekleidung, Schuhe und andere Lederwaren	266	9,8	Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	40	24,0
Stahlröhren, Stab- und Formeisen, Eisenblech, -draht	266	9,8	Chemische Enderzeugnisse	22	13,2
Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	202	7,5	Kraftstoffe, Schmieröle	14	8,4
Holz, Holzmasse	160	5,9	Fleisch und Fleischwaren	10	6,0
Maschinen	150	5,5	Garne, Gewebe	10	6,0
- Ausfuhr -					
Maschinen	1 196	38,8	Futtermittel	77	32,9
Elektrotechnische Erzeugnisse	355	11,5	Maschinen	31	13,2
Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	334	10,8	Elektrotechnische Erzeugnisse	26	11,1
Chemische Enderzeugnisse	180	5,8	Kraftstoffe, Schmieröle	18	7,7
Kraftfahrzeuge	135	4,4	Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	11	4,7

1) Spezialhandel
2) Generalhandel

Noch: Tabelle 8 Die wichtigsten Ein- und Ausfuhrwaren im Handel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt¹⁾ und der Hamburger Im- und Exporteure²⁾ mit Ungarn 1990

Bundesrepublik insgesamt			Hamburger Im- und Exporteure		
Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamtein-/ausfuhr	Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamtein-/ausfuhr
	Mio. DM			%	
- Einfuhr -					
Bekleidung, Schuhe und andere Lederwaren	703	21,6	Fleisch und Fleischwaren	44	25,9
Maschinen	302	9,3	Gemüse, Obst, -konserven	35	20,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	271	8,3	Bekleidung, Schuhe und andere Lederwaren	13	7,6
Fleisch und Fleischwaren	252	7,7	Kraftstoffe, Schmieröle	11	6,5
Gemüse, Obst, -konserven	159	4,9	Chemische Enderzeugnisse	10	5,9
- Ausfuhr -					
Maschinen	846	25,1	Futtermittel	21	20,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	380	11,3	Maschinen	18	17,1
Garne, Gewebe	317	9,4	Chemische Enderzeugnisse	12	11,4
Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	280	8,3	Bücher, Karten	6	5,7
Chemische Enderzeugnisse	247	7,3	Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	6	5,7

1) Spezialhandel
2) Generalhandel

Tabelle 9 Die wichtigsten Ein- und Ausfuhrwaren im Handel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt¹⁾ und der Hamburger Im- und Exporteure²⁾ mit Rumänien 1990

Bundesrepublik insgesamt			Hamburger Im- und Exporteure		
Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamt-ein-/ausfuhr	Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamt-ein-/ausfuhr
	Mio. DM	%		Mio. DM	%
- Einfuhr -					
Bekleidung, Schuhe und andere Lederwaren	447	40,1	Kraftstoffe, Schmieröle	7	20,6
Holzwaren	280	25,1	Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	7	20,6
Stahlröhren, Stab- und Form-eisen, Eisenblech und -draht	50	4,5	Papier und Pappe	6	17,6
Sonstige Eisenwaren	46	4,1	Maschinen	3	8,8
Maschinen	41	3,7	Fleisch und Fleischwaren	3	8,8
- Ausfuhr -					
Garne, Gewebe	184	16,5	Futtermittel	13	22,0
Fleisch und Fleischwaren	158	14,2	Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	7	11,9
Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	117	10,5	Kraftstoffe, Schmieröle	6	10,2
Chemische Enderzeugnisse	99	8,9	Stahlröhren, Stab- und Form-eisen, Eisenblech, -draht	6	10,2
Maschinen	74	6,6	Guß, Schmiedestücke	3	5,1

Noch: Tabelle 9 Die wichtigsten Ein- und Ausfuhrwaren im Handel der Bundesrepublik Deutschland insgesamt¹⁾ und der Hamburger Im- und Exporteure²⁾ mit Bulgarien 1990

Bundesrepublik insgesamt			Hamburger Im- und Exporteure		
Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamt-ein-/ausfuhr	Warenart	Ein-/Ausfuhrwert	Anteil an der Gesamt-ein-/ausfuhr
	Mio. DM	%		Mio. DM	%
- Einfuhr -					
Bekleidung, Schuhe und andere Lederwaren	110	27,8	Rohtabak	15	27,8
Stahlröhren, Stab- und Form-eisen, Eisenblech, -draht	35	8,8	Chemische Enderzeugnisse	12	22,2
Gemüse, Obst, -konserven	23	5,8	Andere pflanzliche Nahrungs-mittel	6	11,1
Maschinen	22	5,6	Kupfer	5	9,3
Rohtabak	14	3,5	Düngemittel	4	7,4
- Ausfuhr -					
Maschinen	249	31,6	Maschinen	12	23,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	74	9,4	Elektrotechnische Erzeugnisse	9	17,6
Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	67	8,5	Milch und Milchprodukte	6	11,8
Chemische Enderzeugnisse	59	7,5	Chemische Enderzeugnisse	4	7,8
Stahlröhren, Stab- und Form-eisen, Eisenblech, -draht	48	6,1	Kunststoffe, andere chemische Vorerzeugnisse	3	5,9

1) Spezialhandel

2) Generalhandel

Tabelle 10 Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion und Polen über Hamburg 1970, 1980, 1989 und 1990 (Generalhandel)

Jahr	Einfuhr				Ausfuhr			
	Sowjetunion		Polen		Sowjetunion		Polen	
	insgesamt	Anteil an der Einfuhr der Bundesrepublik	insgesamt	Anteil an der Einfuhr der Bundesrepublik	insgesamt	Anteil an der Ausfuhr der Bundesrepublik	insgesamt	Anteil an der Ausfuhr der Bundesrepublik
		Mio. DM		%		Mio. DM		%
1970	260	20,3	98	13,0	356	22,9	111	16,5
1980	1 125	14,4	211	8,2	1 628	19,0	145	5,4
1989	758	8,7	158	4,3	1 028	8,7	225	4,7
1990	1 026	11,0	150	2,9	1 118	10,5	121	2,4
Veränderung 1990 gegenüber 1989 in %	+ 35,4	x	- 5,1	x	+ 8,8	x	- 46,2	x

ein Volumen von einer Million Tonnen. In der Gegenrichtung wurden über 500 000 Tonnen aus Osteuropa über den Elbehafen ins Ausland verschifft. Damit wurden 18 Prozent der im Hafen eintreffenden Transitwaren für die osteuropäischen Kunden abgefertigt. Von den seewärts ausgehenden Durchfuhrwaren stammen acht Prozent aus den Staaten Mittel- und Osteuropas. Hamburg hat als Transithafen für die östlichen Partner nicht nur in Deutschland, sondern unter allen Nordseehäfen eine herausragende Position gewonnen. Von ihren Einfuhren aus Übersee über deutsche Häfen haben die osteuropäischen Länder 80 Prozent über Hamburg gelenkt. Bei den Ausfuhren, die über deutsche Umschlagplätze geleitet wurden, erfolgte die Verschiffung zu 60 Prozent über den Elbehafen. Die Hansestadt hat sich durch ihre „Politik der Elbe“ in der Vergangenheit stets bemüht, die Grenzen zu den osteuropäischen Nachbarn für Warenströme offenzuhalten und dabei beachtliche Erfolge erzielt. Das Aufkommen im Transitverkehr mit den ehemaligen Staatshandelsländern wurde in den letzten 20 Jahren jedoch – neben politischen Faktoren – maßgeblich durch Ausfälle in der Agrarproduktion dieser Länder beeinflusst, die durch Importe ausgeglichen werden mußten. Insbesondere den Getreidekäufen der Sowjetunion im Ausland ist es zuzuschreiben, daß in den Spitzenjahren 1980 bis 1982 und 1985 je-

Tabelle 11 Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit osteuropäischen Ländern 1990 nach ausgewählten

Verkehrszweig	Sowjetunion				Polen				Tschechoslowakei			
	1000 t	%	Mio. DM	%	1000 t	%	Mio. DM	%	1000 t	%	Mio. DM	%
- Einfuhr -												
Insgesamt	26 857	100	9 308	100	7 839	100	5 195	100	6 075	100	2 962	100
darunter												
Eisenbahnverkehr	184	1	345	4	1 017	13	447	9	4 045	67	1 272	43
Straßenverkehr	437	2	1 228	13	2 034	26	3 504	67	1 726	28	1 487	50
Binnenschifffahrt	1 344	5	583	6	2 336	30	639	12	247	4	107	4
Seeschifffahrt	5 491	20	2 109	23	2 428	31	530	10	44	1	35	1
darunter über Hamburg	2 050	8	1 023	11	546	7	152	3	31	1	24	1

Noch: Tabelle 11 Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit osteuropäischen Ländern 1990 nach ausgewählten

Verkehrszweig	Sowjetunion				Polen				Tschechoslowakei			
	1000 t	%	Mio. DM	%	1000 t	%	Mio. DM	%	1000 t	%	Mio. DM	%
- Ausfuhr -												
Insgesamt	2 273	100	10 661	100	1 552	100	5 152	100	951	100	3 449	100
darunter												
Eisenbahnverkehr	407	18	3 482	33	551	36	696	14	350	37	693	20
Straßenverkehr	231	10	2 808	26	508	33	3 910	76	205	22	2 454	71
Binnenschifffahrt	386	17	269	3	182	12	93	2	378	40	127	4
Seeschifffahrt	1 229	54	3 674	34	295	19	202	4	14	1	18	1
darunter über Hamburg	282	12	1 092	10	119	8	111	2	14	1	14	0

weils über vier Millionen Tonnen Transitgüter für Osteuropa per Seeschiff in Hamburg eintrafen.

Bei der ungewöhnlich starken Inanspruchnahme des Hamburger Hafens für den Getreide-, Futtermittel- und Rohstoffimport der osteuropäischen Staaten handelte es sich jedoch offensichtlich um eine vorübergehende Erscheinung, die durch Kapazitätsengpässe in den Ostseehäfen ausgelöst war. Nach Erweiterung der dortigen Umschlagkapazitäten hat sich der Massenguttransit für Osteuropa auf einem im Vergleich zu den frühen 80er Jahren niedrigeren Niveau stabilisiert. Infolgedessen ist der Anteil dieser Staaten am Transitverkehr des Hamburger Hafens in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zurückgegangen.

Tschechoslowakei wichtigster Transitpartner

Wichtigster Transitpartner im osteuropäischen Raum und auch größter ausländischer „Kunde“ des Hafens überhaupt war 1989 die **Tschechoslowakei**. Für dieses Binnenland wurden mehr als 1,1 Millionen Tonnen umgeschlagen. Mit 780 000 Tonnen entfiel der weitaus größte Teil dieser Menge auf den von See einkommenden, für die CSFR bestimmten Verkehr. Während die Massenguteinfuhren (Ölkuchen, Phosphorsäure) auf offene Zollager für die Tschechoslowakei in den letzten beiden Jahren rückläufig waren, zeigte sich in der

unmittelbaren Durchfuhr ein leichter Anstieg. Vier Fünftel der Gesamtdurchfuhr der Tschechoslowakei über die Nordseehäfen wurden 1989 über Hamburg abgewickelt. Für Hamburgs zweitwichtigsten osteuropäischen Transitpartner **Ungarn** wurde 1989 ein Aufkommen von 260 000 Tonnen registriert. Trennt man den Verkehr nach Richtungen, so besteht ein deutliches Übergewicht bei der von See mit Ziel Ungarn eintreffenden Transitladung; hier führten jedoch zuletzt verminderte Bezüge von Rohphosphaten aus der Sowjetunion zu Einbußen, während im See-Ausgang ein deutliches Plus erzielt werden konnte. Auf Hamburg entfallen zwei Drittel der für Ungarn in den Nordseehäfen zwischen Antwerpen und Hamburg umgeschlagenen Transitmenge.

Von den übrigen Transitzkunden ist **Polen** zu nennen, das seine Im- und Exporte via Hamburg dank kräftiger Zuwachsraten in jüngster Zeit auf 150 000 Tonnen ausgeweitet hat.

Zunehmend höherwertige Industrieerzeugnisse

Die Tschechoslowakei und Ungarn als wichtigste Kunden des Hafens in Osteuropa nutzen die Umschlags- und Lagerkapazitäten in hohem Maße für die Einfuhr von Massengütern. Für jeden Hafen stellen die industriellen Fertigwaren jedoch den höherwertigen und daher attraktiveren Teil

des Ladungsaufkommens dar. Auch was das Aufkommen in diesem Teil des Güterspektrums anbelangt, lagen die beiden Länder unter den östlichen Transitpartnern vorn. Die CSFR und Ungarn bezogen 1989 jeweils Fertigwaren im Gewicht von 50 000 Tonnen aus Übersee über den Hafen der Hansestadt. Die für Polen abgefertigte Menge war etwa halb so groß.

In der Gegenrichtung hat allein die CSFR zuletzt jährlich Fertigwaren im Gesamtgewicht von 280 000 Tonnen über Hamburg ins Ausland verschifft. Für den Export von Ungarn und Polen wurden im Elbehafen jeweils gut 50 000 Tonnen industrieller Fertigprodukte umgeschlagen.

Vergleicht man die Exporte der CSFR in die Bundesrepublik mit ihren Ausfuhren über Hamburg in andere Länder, so zeigt sich, daß in der Durchfuhr die Fertigwaren wesentlich stärker repräsentiert sind als im bilateralen Warenverkehr. Dies deutet darauf hin, daß Fertigwaren aus der Tschechoslowakei im Ausland bessere Absatzchancen finden als in der Bundesrepublik.

Da Wertangaben in der Durchfuhrstatistik nicht erfaßt werden, können keine exakten Angaben über den wertmäßigen Transit der osteuropäischen Staaten getroffen werden. Geht man von Durchschnittswerten (je Tonne) der Fertigwarenxporte dieser Länder in die Bundesrepublik aus und legt diese Werte auf die im seewärtigen Transit über Hamburg ausgeführten industriellen Vor- und

Verkehrszweigen (Generalhandel)

Verkehrszweig	Ungarn				Rumänien				Bulgarien			
	1000 t	%	Mio.DM	%	1000 t	%	Mio.DM	%	1000 t	%	Mio.DM	%
- Einfuhr -												
Insgesamt	1 804	100	3 285	100	507	100	1 119	100	275	100	411	100
darunter												
Eisenbahnverkehr	494	27	448	14	137	27	342	31	19	7	33	8
Straßenverkehr	869	48	2 578	78	170	34	699	62	103	37	281	68
Binnenschifffahrt	434	24	170	5	170	34	54	5	94	34	52	13
Seeschifffahrt	2	0	10	0	30	6	17	2	58	21	17	4
darunter												
über Hamburg	2	0	8	0	21	4	12	1	50	18	14	3

Verkehrszweigen (Generalhandel)

Verkehrszweig	Ungarn				Rumänien				Bulgarien			
	1000 t	%	Mio.DM	%	1000 t	%	Mio.DM	%	1000 t	%	Mio.DM	%
- Ausfuhr -												
Insgesamt	596	100	3 517	100	311	100	1 162	100	113	100	853	100
darunter												
Eisenbahnverkehr	230	39	430	12	194	62	278	24	54	48	263	31
Straßenverkehr	341	57	2 848	81	98	32	801	69	41	36	501	59
Binnenschifffahrt	8	1	9	0	1	0	2	0	9	8	11	1
Seeschifffahrt	0	0	3	0	14	5	8	1	7	6	18	2
darunter												
über Hamburg	0	0	2	0	3	1	5	0	4	4	13	2

Tabelle 12 Transitverkehr osteuropäischer Länder über Hamburg 1970, 1980, 1988 und 1989

Jahr	Sowjetunion		Polen		Tschechoslowakei	
	Transit ins- gesamt ¹⁾	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt	Transit ins- gesamt ¹⁾	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt	Transit ins- gesamt ¹⁾	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt
- See-Eingang nach Bestimmungsländern -						
1970	7,3	37,2	34,2	67,5	975,9	
1980	617,2	97,5	20,4	65,2	2 702,3	90,6
1988	10,2	50,2	67,7	48,3	860,1	88,6
1989	9,5	71,4	73,0	47,7	779,2	87,7
Veränderung 1989 gegenüber 1988 in %	- 6,9	x	+ 7,8	x	- 9,4	x

Noch: Tabelle 12 Transitverkehr osteuropäischer Länder über Hamburg 1970, 1980, 1988 und 1989

Jahr	Sowjetunion		Polen		Tschechoslowakei	
	Transit ins- gesamt	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt	Transit ins- gesamt	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt	Transit ins- gesamt	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt
- See-Ausgang nach Versendungsändern -						
1970	18,6		84,0		532,0	94,1
1980	13,2	79,0	58,6	50,7	473,5	91,9
1988	25,3	70,3	62,4	24,7	336,4	86,7
1989	18,8	60,6	72,5	28,0	351,6	85,9
Veränderung 1989 gegenüber 1988 in %	- 25,7	x	+ 16,2	x	+ 4,5	x

Enderzeugnisse an, so errechnet sich für die über den Elbehafen verschifften Fertigprodukte ein Wert von annähernd 500 Millionen DM für die CSFR, 150 Millionen DM für Ungarn und 100 Millionen DM für Polen. In der aktuellen Entwicklung haben die drei genannten Länder speziell in diesem hochwertigen Teil des Transitaufkommens positive Akzente gesetzt. Bemerkenswert ist besonders die kräftige Ausweitung ihrer Fertigwarenimporte via Hamburg: Das für die CSFR abgefertigte Volumen hat sich von 1988 auf 1989 gut verdoppelt, für Ungarn hat sich die Menge mehr als verdreifacht.

4 Schlußbemerkungen

Neben den enormen Schwierigkeiten, die bei der Umstellung der bisher zentral gelenkten, auf weitgehende Autarkie ausgerichteten Volkswirtschaften auf marktwirtschaftliche Strukturen zu bewältigen sind, engen die Verschuldungsprobleme der osteuropäischen Länder ihren außenwirtschaftlichen Handlungsspielraum ein. Es ist daher nicht zu erwarten, daß sich die Intensivierung der Handelsverflechtung kurzfristig und ohne Rückschläge vollziehen wird. In struktureller Hinsicht kommt erschwerend

hinzu, daß die Industrien der ehemaligen Staatshandelsländer ihre Exportstärken bei Waren haben, mit denen auch die Schwellenländer zunehmend auf den Markt drängen. Insofern muß abgewartet werden, wie sich die Unternehmen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gegen diese Konkurrenz behaupten. Wegen der Produktionsausfälle in der Sowjetwirtschaft und der Unsicherheiten über ihre weitere Entwicklung bestehen für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit dem wichtigsten östlichen Handelspartner besondere Risiken.

Tabelle 12 Transitverkehr osteuropäischer Länder über Hamburg 1970, 1980, 1988 und 1989

Jahr	Ungarn		Rumänien		Bulgarien	
	Transit ins-gesamt ¹⁾	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt	Transit ins-gesamt ¹⁾	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt	Transit ins-gesamt ¹⁾	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt
		1000 t		%		1000 t
- See-Eingang nach Bestimmungsländern -						
1970	129,6	89,1	8,0	35,9	1,7	11,6
1980	696,2	88,8	27,6	85,4	10,2	64,6
1988	199,1	90,3	2,6	92,9	3,7	14,6
1989	182,4	88,4	7,7	95,1	4,6	66,7
Veränderung 1989 gegenüber 1988 in %	- 8,4	x	+ 196,2	x	+ 24,3	x

1) einschließlich Einfuhr auf offene Zolllager

Noch: Tabelle 12 Transitverkehr osteuropäischer Länder über Hamburg 1970, 1980, 1988 und 1989

Jahr	Ungarn		Rumänien		Bulgarien	
	Transit ins-gesamt	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt	Transit ins-gesamt	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt	Transit ins-gesamt	Anteil der Durchfuhr über Hamburg an der Durchfuhr über Häfen der Bundesrepublik insgesamt
		1000 t		%		1000 t
- See-Ausgang nach Versandungsländern -						
1970	101,2	95,7	41,2	.	11,9	.
1980	61,7	68,9	19,1	73,7	5,5	69,6
1988	67,2	53,3	8,2	35,3	6,0	61,2
1989	79,8	55,0	6,1	29,9	4,7	40,9
Veränderung 1989 gegenüber 1988 in %	+ 18,8	x	- 25,6	x	- 21,7	x

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Aussichten für eine Belebung der Handelsbeziehungen Hamburgs zu den mittel- und osteuropäischen Staaten für die nahe Zukunft nicht abschließend beurteilen. Erste Auftriebstendenzen sind zwar unübersehbar; es muß sich aber erst noch erweisen, ob sie in einen dauerhaften Aufschwung münden. Angesichts der überproportionalen Einschaltung Hamburgs in den deutsch-sowjetischen Handel verdient die Entwicklung in der UdSSR besondere Aufmerksamkeit. Veränderungen in ihrem Import- und Exportverhalten speziell bei Agrarpro-

dukten und im Energiesektor haben sich stets in der hamburgischen Osthandelsbilanz niedergeschlagen. Längerfristig bieten die Handelsbeziehungen mit Osteuropa auf jeden Fall günstige Perspektiven für die Hansestadt. Dies gilt besonders dort, wo die Stadt und ihre Unternehmen auf eine langjährige Partnerschaft mit den Reformländern zurückblicken können. Hier ist in erster Linie auch an den Transit zu denken. Während die Entwicklung beim Massengut maßgeblich von externen Faktoren beeinflusst wird und zum Beispiel auch die für September 1992 vor-

gesehene Eröffnung des Main-Donau-Kanals ein wichtiges Datum darstellt, dürften sich im Stückgutbereich positive Impulse bemerkbar machen, wenn sich die Entscheidungsträger in den Partnerstaaten künftig stärker als bisher allein von wirtschaftlichen Motiven leiten lassen. Mit seinem engmaschigen Netz von Linienverbindungen, den leistungsfähigen Umschlagseinrichtungen und der Vielzahl zusätzlicher Dienstleistungsangebote ist der Hafen Hamburg für den Wettbewerb um die „neuen“ Märkte im Osten gut gewappnet.

Ulrich Wiemann

Strukturveränderungen bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern in Hamburg zwischen 1980 und 1990

Zwischen Mitte 1980 und Mitte 1990 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg von 767 000 auf 749 000 um 18 000 vermindert. Bei Unterteilung dieser Periode in zwei gleichlange Zeiträume kann man feststellen, daß der Rückgang das Ergebnis zweier grundverschiedener Entwicklungen ist: Von 1980 bis 1985 erfolgte ein starker Rückgang um 54 400, von 1985 bis 1990 dagegen eine kräftige Zunahme um 36 400 Personen. Ein erster Blick auf die Entwicklungen nach Personengruppen zeigt starke Verschiebungen von Arbeitern zu Angestellten, von Männern zu Frauen und von Ausländern zu Deutschen (vergleiche Spalte 1 der Tabelle 1). Das Ausmaß der Strukturveränderungen wird aber erst dann voll erkennbar, wenn man die tatsächlichen Entwicklungen um diejenigen Entwicklungen „bereinigt“, die sich für Hamburg insgesamt in der jeweiligen Periode ergeben haben, wenn also die Zu- und Abgänge für die einzelnen Gruppen nach der Entwicklung der Gesamtveränderung berechnet werden und dabei das Verhältnis aller Teile der Bilanz zueinander nicht verändert wird. Diese hypothetischen Veränderungen werden in Spalte 2 ausgewiesen. Zieht man sie von den tatsächlich ermittelten Werten ab, so erhält man Größen, aus denen Ausmaß und Richtung der Strukturveränderung ersichtlich werden (Spalte 3). Am Beispiel „Arbeiter/Angestellte“ stellt sich der Rechengang für die Gesamtperiode wie folgt dar: Die absolute Veränderung der Beschäftigten betrug

$$767\,367 - 18\,002 = 749\,365;$$

das entspricht einem Minus von 2,35 Prozent. Wenn die konjunkturelle Entwicklung in allen Bereichen völlig proportional verlaufen wäre, hätte die Zahl der Arbeiter um den gleichen Prozentsatz von 335 233 um 7865 auf 327 368 zurückgehen müssen, die der Angestellten von 432 134 um 10 137 auf 421 997.

Das Verhältnis der beiden Gruppen wäre dann 1990 dasselbe geblieben wie 1980, nämlich 43,7 zu 56,3 Prozent. Nachgewiesen wurde demgegenüber für 1990 ein Bestand von 282 943 bei den Arbeitern und von 466 422 bei den Angestellten und damit ein Verhältnis zwischen den beiden Gruppen von 37,8 zu 62,2 Prozent. Die tatsächliche Veränderung betrug bei den Arbeitern 335 233 minus 52 290 gleich 282 943 und bei den Angestellten 432 134 plus 34 288 gleich 466 422. Zieht man von der tatsächlichen Veränderung die nach der Gesamtent-

Tabelle 1 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hamburg
– Veränderungen 1980 bis 1985 sowie 1985 bis 1990 und 1980 bis 1990 –

Periode	Personengruppe	Tatsächliche Veränderung	Konjunkturkomponente ¹⁾	Strukturkomponente
		(1)	(2)	(3)
1980 bis 1985	Arbeiter	- 48 975	- 23 770	- 25 205
	Angestellte	- 5 435	- 30 640	+ 25 205
	Männer	- 44 296	- 32 398	- 11 898
	Frauen	- 10 114	- 22 012	+ 11 898
1985 bis 1990	Deutsche	- 36 602	- 49 547	+ 12 945
	Ausländer	- 17 808	- 4 863	- 12 945
	Insgesamt	- 54 410	- 54 410	0
1980 bis 1990	Arbeiter	- 3 315	+ 14 618	- 17 933
	Angestellte	+ 39 723	+ 21 790	+ 17 933
	Männer	+ 11 602	+ 21 071	- 9 469
	Frauen	+ 24 806	+ 15 337	+ 9 469
1985 bis 1990	Deutsche	+ 31 103	+ 33 815	- 2 712
	Ausländer	+ 5 305	+ 2 593	+ 2 712
	Insgesamt	+ 36 408	+ 36 408	0
1980 bis 1990	Arbeiter	- 52 290	- 7 865	- 44 425
	Angestellte	+ 34 288	- 10 137	+ 44 425
	Männer	- 32 694	- 10 719	- 21 975
	Frauen	+ 14 692	- 7 283	+ 21 975
1985 bis 1990	Deutsche	- 5 499	- 16 393	+ 10 894
	Ausländer	- 12 503	- 1 609	- 10 894
	Insgesamt	- 18 002	- 18 002	0

1) Werte bei angenommener relativer Entwicklung der einzelnen Gruppen entsprechend der Entwicklung der "Insgesamt"-Werte der jeweiligen Perioden.

wicklung hypothetisch ermittelte konjunkturelle Komponente ab, so verbleibt als Saldo die strukturelle Komponente: Bei den Arbeitern - 52 290 minus - 7865 gleich - 44 425, bei den Angestellten + 34 288 minus - 10 137 gleich + 44 425.

Es zeigt sich für die gesamte Periode 1980 bis 1990 eine strukturelle Umschichtung von den Arbeitern zu den Angestellten in Höhe von über 44 000, von den Männern zu den Frauen von 22 000 und von den Ausländern zu den Deutschen von 11 000.

Die Untergliederung in die beiden Teilperioden macht deutlich, daß etwa 57 Prozent

der Strukturverschiebung von den Arbeitern zu den Angestellten auf die erste Periode 1980 bis 1985 entfiel, desgleichen etwa 54 Prozent der Verschiebung von den Männern zu den Frauen. Die Veränderungen zwischen Ausländern und Deutschen passierten vollständig in der ersten Periode und wurden in der zweiten Periode 1985 bis 1990 nur leicht korrigiert durch eine Gegenentwicklung von den Deutschen zu den Ausländern.

Betrachtet man die Positionen, bei denen sich das Vorzeichen in der Spalte 3 gegenüber der Spalte 1 umgekehrt hat, so wird

deutlich, daß allein aus den tatsächlichen Veränderungswerten (und ohne die Zwischenschaltung der hypothetischen Ermittlungen) bestimmte strukturelle Entwicklungen weder tendenziell noch in der Größenordnung richtig erscheinen würden, sondern erst nach Justierung auf die um die Konjunkturkomponente bereinigte Globalentwicklung.

Dies gilt zum Beispiel in der Gesamtperiode für die deutschen Beschäftigten, in der ersten Teil-Periode für die Angestellten, die Frauen und die Deutschen und in der zweiten Teil-Periode für die Männer und die Deutschen. Die **absoluten** Werte in der

Tabelle 2 **Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer Hamburgs am Bundesergebnis am 30.06.1980, 1985, 1990**

Personengruppe	1980	1985	1990
Arbeiter	2,9	2,7	2,5
Angestellte	4,6	4,4	4,2
Männer	3,6	3,4	3,2
Frauen	3,8	3,7	3,5
Deutsche	3,7	3,5	3,4
Ausländer	3,3	3,2	3,1
Insgesamt	3,7	3,5	3,4

Tabelle bedeuten für die jeweils kleinere Gruppe naturgemäß eine relativ größere Veränderung, also bei dem Paar Arbeiter/Angestellte für die Arbeiter, bei dem Paar Männer/Frauen für die Frauen und bei dem Paar Deutsche/Ausländer für die Ausländer.

Die Einbettung in die Gesamtentwicklung der Bundesrepublik geht aus **Tabelle 2** hervor. Diese zeigt für Hamburg in allen Fällen sinkende Anteile an den Bundeswerten und mithin eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Beschäftigung verglichen mit dem Bundesgebiet insgesamt.

Jürgen Weißker

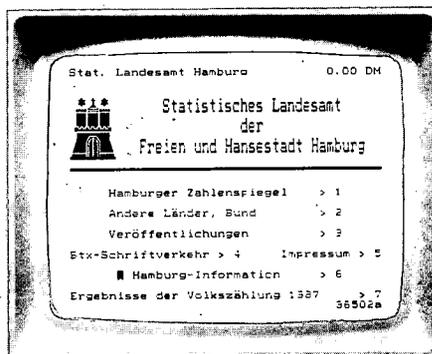


Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt Hamburg bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext (Btx)** an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen. Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Gemein-

schaftsprogramm der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 040 36 5038 oder über die Mitteilungsseite * 36 5029 # möglich.



1866 – 1991

125 Jahre Statistisches Landesamt Hamburg

1. Die Gründung

N^o 59. Mittheilung des Senats an die Bürgerschaft. Hamburg, den 16. April 1866.

Antrag, betreffend Anstellung eines neuen Beamten bei der Steuer-Deputation.

Bei Beantragung der Reform der direkten Steuern ward bereits auf die Wichtigkeit der Herstellung einer möglichst vollständigen Steuerstatistik hingewiesen und eine hierfür erforderliche Vermehrung des Beamten-Personals der Steuerbehörde in Aussicht gestellt, wobei jedoch die Steuer-Deputation sich bestimmtere Vorschläge vorbehielt, bis daß die zu machenden Erfahrungen sie in den Stand setzen würden, über die neuen Bedürfnisse zu urtheilen. Demgemäß ward bei dem Erlaß des Einkommensteuergesetzes unter Aussetzung der definitiven Regulirung des Beamten-Etats der Steuer-Deputation zunächst nur zur Bestreitung der durch die neue Steuer im gegenwärtigen Jahre verursachten Mehrkosten ein Credit von $\text{Ert.} \text{ } \text{₡} \text{ } 10,000$ bewilligt.

Wenn die Steuer-Deputation auch zur Zeit noch nicht in der Lage ist, über die demnächstige Organisation ihrer Büreaus einen vollständigen Plan vorzulegen, so hat sie sich indessen von der Nothwendigkeit überzeugt, schon jetzt einen neuen Beamten anzustellen, welchem hauptsächlich die Organisation und Leitung des neu zu errichtenden Büreaus für die Steuerstatistik übertragen werden und gleichzeitig obliegen soll, den General-Controllleur in den durch die Einführung der Einkommensteuer sehr vermehrten Arbeiten zu unterstützen. Eine nur provisorische Besetzung dieser Stelle erweist sich als unthunlich, weil sich eine hierfür passende Arbeitskraft unter den zeitweilig unbeschäftigten Personen nicht

findet und auch nicht erwartet werden kann, daß Jemand, der die erforderlichen Qualifikationen besitzt, für eine bloß temporäre Verwendung bei der Steuerverwaltung eine andere, gesicherte Stellung aufgeben sollte.

Die Steuer-Deputation hat deshalb um die Ermächtigung nachgesucht, schon jetzt und unter abermaligem Vorbehalt weiterer Regulirung ihres Beamten-Etats, einen neuen Beamten anzustellen, welcher an die Spitze des Büreaus für Steuerstatistik gestellt und gleichzeitig verpflichtet werden würde, den General-Controllleur in dessen Funktionen zu unterstützen.

Der Senat hält es für zweckmäßig, daß der Steuer-Deputation bei der gegenwärtigen Einführung der neuen Einkommensteuer von vornherein ein solcher Beamter zur Verfügung gestellt werde, und ist der Senat auch damit einverstanden, daß das Gehalt desselben, dem Gehalt des General-Controllleur entsprechend, auf $\text{Ert.} \text{ } \text{₡} \text{ } 4500$ p. A. normirt werde, wovon der auf das gegenwärtige Jahr fallende Betrag aus dem der Steuer-Deputation für die durch die neue Steuer in diesem Jahre verursachten Mehrkosten bewilligten Credit von $\text{Ert.} \text{ } \text{₡} \text{ } 10,000$ zu entnehmen sein wird.

Der Senat beantragt demnach die Bürgerschaft wolle mit-

gesehmigen:
daß die Steuer-Deputation ermächtigt werde, schon jetzt, unter Aussetzung der weiteren Regulirung ihres Beamten-Etats, noch einen Beamten mit einem Jahresgehalt von $\text{Ert.} \text{ } \text{₡} \text{ } 4500$ anzustellen.

Mittheilungen der Bürgerschaft an den Senat

aus deren 21sten Sitzung vom 23. Mai 1866,

betreffend Anstellung eines neuen Beamten bei der Steuer-Deputation.

Die Bürgerschaft genehmigt auf den Antrag des Senats (N^o 59) vom 16. April 1866, daß die Steuer-Deputation ermächtigt werde, schon jetzt, unter Aussetzung der weiteren Regulirung ihres Beamten-Etats, noch einen Beamten mit einem Jahresgehalt von $\text{Ert.} \text{ } \text{₡} \text{ } 4500$ anzustellen.

Antrag, betreffend Regulirung des Gehalts-Etats der Steuer-Deputation und Bewilligung des Budgets derselben für 1867, sowie eines Supplementarcredits von Crt. 7 9500 für die in den Monaten November und December d. J. entstehenden Mehrausgaben der Steuer-Verwaltung.

In den über die directen Steuern stattgehabten Verhandlungen, ist wiederholt auf die Nothwendigkeit der Herstellung einer besseren Steuerstatistik als einer Vorbedingung für den Erfolg der unternommenen Steuerreformen hingewiesen und hat der Senat sich vorbehalten, die hierzu erforderliche Vermehrung des Beamten-Personals der Steuer-Deputation in Vorschlag zu bringen, sobald nach dem Inslebenreten der neuen Steuern hinreichende Erfahrungen gesammelt sein würden, um die Bedürfnisse der Steuerverwaltung vollständiger übersehen zu können. Aus diesem Grunde hat der Senat auch bei Einführung der Einkommensteuer sich zunächst darauf beschränkt, die Anstellung eines neuen Steuerbeamten zur Organisation und Leitung eines zu errichtenden Büreaus für Steuerstatistik unter Ausschließung der definitiven Organisation dieses Büreaus zu beantragen und hat die Steuer-Deputation sich einseitig mit Hilfsarbeitern beholfen, um die durch das veränderte Verfahren sowohl bei der Grundsteuer wie bei der Einkommensteuer verursachte vermehrte Arbeit zu bewältigen.

Nachdem nun aber zweijährige Erfahrungen in Betreff der revidirten Grundsteuer vorliegen und auch die Ausschreibung der Einkommensteuer auf Grundlage des Gesetzes vom 26. März d. J. nahezu vollendet ist, kann die definitive Organisation der Steuerverwaltung nicht länger ausgesetzt werden, da es vielmehr wünschenswerth erscheint, mit der Herstellung einer besseren Grundlage für die Steuerveranlagung womöglich noch im November d. J. zu beginnen, weil sonst, zum Nachtheil der Staats-Casse, für die Steuern von 1867 abermals die bisherigen mangelhaften Grundlagen benutzt werden müßten. Die Steuer-Deputation hat deshalb jetzt Vorschläge über die Einrichtung eines steuerstatistischen Büreaus und gleichzeitige Regulirung ihres gesammten Beamten-Etats eingereicht, welche den Senat veranlassen, den neuen Beamten-Etat und den darauf gegründeten Entwurf eines Budgets der Steuer-Deputation für 1867 der Bürgerschaft absondert vorzulegen, um durch rechtzeitige Feststellung desselben die Steuer-Deputation in den Stand zu setzen, mit den erforderlichen neuen Anstellungen noch in dem laufenden Jahr vorzugehen und die vorgeschlagenen Einrichtungen schon für die nächstjährige Steuererhebung nutzbar zu machen.

Die Nothwendigkeit der von der Steuer-Deputation beantragten Vermehrung ihres Beamten-Personals ergibt sich aus den nachstehenden Bemerkungen:

Für die Aufmachung ihrer Steuerlisten war die Steuerbehörde bisher hauptsächlich auf das Material angewiesen, welches in der Stadt und den Vorstädten durch die Umschreibungen des Bürgermilitärs und auf dem Landgebiet durch die mündlichen Anfragen der Wägte und Polizei-Officianten gewonnen wird. Daß jedoch diese Ermittlungen für die Steuerzwecke nicht genügen, liegt nicht allein an der Unvollständigkeit ihrer Resultate, sondern besonders daran, daß sie ohne Mitwirkung der Steuerbeamten durch andere Behörden vorgenommen werden. Diese Mängel sind nur zu beseitigen, wenn die statistischen Erhebungen unter

einheitlicher Leitung der Steuer-Deputation durch ihre eignen Beamten beschafft werden, welche sich nur mit dieser Arbeit und der weiteren Behandlung des Materials zu beschäftigen haben und für ihre Arbeiten der Steuerbehörde verantwortlich sein werden. Erst durch eine solche Verwendung von Steuerbeamten werden die bei den statistischen Erhebungen gemachten Erfahrungen wieder bei der Steuerveranlagung verwertet und ebenso wohl die Kenntnisse von Lokal- und Personal-Verhältnissen, welche die Beamten bei der Anlage der Steuerbücher, sowie bei den Revisionen und Reklamationen erwerben, auch wieder bei den nächstjährigen Erhebungen in Anwendung gebracht werden können. Es ist deshalb schon von vorn herein beabsichtigt worden, die für die Ausmittlung der Steuerpflichtigen erforderlichen statistischen Erhebungen durch die Steuerbehörde und nicht wie bisher durch mündliche Anfragen, sondern durch Ausfüllung von Umfragebögen abseiten der Einwohner, zu beschaffen und ist hierauf bereits in dem Einkommensteuergesetz Rücksicht genommen, dessen § 18 die Bürger und Einwohner verpflichtet, die ihnen zur Ermittlung der Steuerpflichtigen zugesandten Umfragezettel genau und gewissenhaft bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe auszufüllen.

Wenn nun zu dem Zwecke solcher statistischen Erhebungen ein besonderes steuerstatistisches Bureau herzustellen sein wird, so wird der Nutzen dieser Einrichtung sich nicht auf die Ermittlung der Steuerpflichtigen zu beschränken haben. Denn an und für sich würde es schon unthunlich sein, nur die Steuerpflichtigen aufzusuchen, weil sich nicht im Voraus bestimmen läßt, ob ein Individuum in dem betreffenden Zeitraum steuerpflichtiges Einkommen erzielt oder nicht und liegt es auf der Hand, daß der Zweck der Arbeit vielmehr sein muß, mit möglichster Vollständigkeit sämtliche Einwohner und Wohnungen im Hamburgischen Staate zu ermitteln und in die Stammrollen zu bringen, aus welchen dann die erforderlichen Auszüge für die Personalsteuer, Grundsteuer, Wählerlisten und sonstigen Zwecke gemacht werden können. Es werden somit diese statistischen Ermittlungen wesentlich auf eine sogenannte Volkszählung hinauskommen und für das Gemeinwesen einen Nutzen gewähren, auf den der Senat großen Werth legt.

Das Bedürfnis einer besseren Bevölkerungsstatistik hat sich nämlich schon lange in verschiedenen Zweigen der Verwaltung fühlbar gemacht und ist der Senat, welcher sich schon früher mit dieser Angelegenheit beschäftigt und noch in neuerer Zeit einen besondern Ausschuss zur Förderung einer eignen Volkszählung eingesetzt hatte, der Ansicht, daß die gegenwärtig beantragte Einrichtung eines steuerstatistischen Büreaus am Besten geeignet sein wird, die Aufgaben einer solchen Volkszählung zu lösen, ohne daß es dann noch der Einsetzung einer neuen kostspieligen Behörde für diesen alleinigen Zweck bedürfen würde. Als die richtigste Methode für Volkszählungen wird nach den neuesten Erfahrungen anderer Länder eben das von der Steuer-Deputation für ihre statistischen Erhebungen vorgeschlagene Verfahren mittelst Umsendung von Fragebögen allgemein anerkannt und lassen sich die zunächst für Steuerzwecke bestimmten Umfragebögen ohne Schwierigkeit so weit ergänzen, daß sie den regelmäßigen Anforderungen einer vollständigen Bevölkerungs- und Gebäude-

Statistik entsprechen. Wenn gleich bei der Neuheit der Sache es der Steuer-Deputation nicht sofort gelingen sollte, die Statistik in der ange- deuteten, allen Ansprüchen genügenden Vollkommenheit zu liefern, so wird man doch von vornherein darauf bedacht sein müssen, diese statistischen Erhebungen so einzurichten, daß sie solchen weitergehenden Anforderungen entsprechen und mit der Zeit nicht nur die jetzt für andere Zwecke ge- schehenden Umfragen überflüssig machen, sondern namentlich auch eine besondere Volkszählung ersparen können.

Um aber von dem zu errichtenden steuerstatistischen Bureau diesen vollen Nutzen zu ziehen, wird dasselbe nothwendig mit einer hinreichenden Anzahl von Beamten auszustatten sein und bringt die Steuer-Deputation in dieser Beziehung die Eintheilung in Bezirke und die Anstellung eines besonderen Beamten für jeden Bezirk in Vorschlag. Diesen Beamten soll nicht allein die statistische Ermittlung, sondern auch die weitere Ver- arbeitung des Materials für sämtliche Steuerzwecke in dem betreffenden Bezirke übertragen werden; namentlich wird denselben, neben der Formation der Steuerlisten für die Einkommensteuer, auch wie bereits in dem Senats- antrage vom 18. December 1863 in Aussicht gestellt worden, die Auf- machung der Grundsteuerbücher obliegen. Durch eine solche Concentration der für jeden Steuerbezirk vorkommenden Arbeiten in der Hand eines besonderen Bezirksbeamten verspricht sich die Steuer-Deputation wesentliche Vortheile für die ganze Steuerverwaltung. Es bedingt diese Einrichtung aber die Anstellung von zehn neuen Beamten, damit für jeden der jetzigen acht Distrikte der Stadt und Vorstädte, wie für die beiden ländlichen Distrikte des Marsch- und Geestgebiets je ein Bezirksbeamter gewonnen werde. Abgesehen davon, daß jeder dieser Beamten in der gehörigen Bearbeitung seines Distrikts hinreichende Beschäftigung finden wird, ist die Anstellung eines eignen Beamten für jeden Distrikt dadurch geboten, daß die ganze Arbeit der Steuer-Ermittlung für alle Distrikte nothwendig gleichzeitig innerhalb einer bestimmten Frist vollzogen werden muß, damit der Wechsel der Wohnungen nicht störend eingreife und die Richtigkeit der Erhebungen von vornherein beeinträchtigt.

Für den Vorstand des steuerstatistischen Bureaus ist bereits durch die erfolgte Anstellung eines Beamten mit einem Jahresgehalt von $\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 4500$ gesorgt und wird die Befoldung der an diesem Bureau neu anzustellenden zehn Bezirksbeamten eine weitere jährliche Bewilligung von $\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 17,500$ bedürfen, um die Gehalte angemessen normiren zu können. Da bei der Auswahl dieser Beamten auf große Zuverlässigkeit gesehen werden muß, so dürfen dieselben nicht zu niedrig besoldet werden und erscheint es zweckmäßig der Steuer-Deputation die Bestimmung der Gehalte im Einzelnen bis zu einem Maximalgehalt von $\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 2400$ zu überlassen, um es derselben möglich zu machen, bei der ersten Be- setzung dieser Stellen Bewerber, welche sich theils als Hülfсарbeiter, theils in anderen Bureaus bereits bewährt haben und auf eine höhere Ein- nahme Anspruch machen können, zu berücksichtigen, während jüngere Bewerber mit geringeren Gehältern angestellt werden können, dann aber in Aussicht haben werden, falls sie sich bewähren, später in die höheren Gehalte aufzurücken.

Es sind zugleich für bereits in anderen Bureaus angestellte Beamte der Steuer-Behörde mehrfache Gehaltserhöhungen zum Gesamt- betrage von $\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 3500$ vorgeschlagen, welche der Senat gerechtfertigt findet, weil diesen Beamten, deren Arbeit durch die neu eingeführten Steuerreformen erheblich vermehrt ist, ein Anspruch auf eine Verbesserung ihres Gehalts nicht zu versagen ist. Die Steuer-Deputation hätte für dieselben eine angemessene Befoldung schon früher beansprucht, wenn sie nicht diesen Punkte gleichzeitig mit der Reorganisation ihres gesammten Etats zur Erledigung zu bringen gewünscht hätte.

Endlich ist auch eine Erhöhung der Position 4 des Steuerbudgets für sonstige Ausgaben um $\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 12,000$ erforderlich, da die vorgeschla- genen neuen Einrichtungen selbstverständlich auch größeren Bedarf an Druckkosten und Schreibmaterialien und bedeutend größere Ausgaben für Hülfсарbeiter herbeiführen.

Wenn sich hiernach das Budget der Steuer-Deputation im Ganzen um $\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 36,650$ höher stellt als der für das gegenwärtige Jahr bewilligte, noch auf die alten Steuern berechnete Anschlag, so ist diese bedeutende Vergrößerung der Ausgaben nicht sowohl den vermehrten Bedürfnissen der Steuerverwaltung, deren eigentlicher Etat an und für sich wenig kostspieliger wird, sondern vielmehr der Gründung des steuer- statistischen Bureaus zuzuschreiben, einer Einrichtung, welche über die nächsten Zwecke der Steuerverwaltung hinaus, einen nicht gering anzu- schlagenden allgemeinen Nutzen verspricht, und namentlich die im öffent- lichen Interesse so wünschenswerthe Volkszählung zur Ausführung bringen wird.

Unter Berücksichtigung der angeführten Gründe hat der Senat gegen die Bewilligung des von der Steuer-Deputation vorgeschlagenen Beamten-Etats kein Bedenken und empfiehlt der Bürgerschaft dem darauf gegründeten Budget dieser Deputation für 1867 ihre Mitgenehmigung zu ertheilen.

Da es aber, wie schon oben erwähnt, wünschenswerth ist, mit der Anstellung der neuen Beamten womöglich schon Anfang November d. J. vorzugehen, um die ganze Maafregel noch für die Steuerveranlagung des nächsten Jahres verwenden zu können und es billig erscheint, von demselben Zeitpunkt an, auch die beantragten Gehaltserhöhungen eintreten zu lassen, so wird für die Monate November und December d. J. eine Supplementarbewilligung von $\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 9500$, wovon 4500 ₰ für Gehalte und 5000 ₰ für andere Unkosten, beantragt. Letzterer Ansat ist höher angenommen als auf ein Sechstel der vorgeschlagenen jährlichen Erhöhung dieses Postens, weil grade in den ersten Monaten erhebliche Mehrausgaben für neue Einrichtungen und temporaire Hülfе zu machen sein werden.

Indem der Senat aus oben angeführten Gründen um eine möglichst beschleunigte Beschlußfassung ersucht, richtet er seinen Antrag dahin:

Die Bürgerschaft wolle sich mit der vorgeschlagenen Regulirung des Beamten-Etats der Steuer-Deputation und dem darauf gegrün- deten anliegenden Budget dieser Deputation für 1867 sowie damit einverstanden erklären, daß der Steuer-Deputation für die beiden Monate November und December d. J. ein aus den Einnahmen des laufenden Jahres event. aus den Ueberschüssen früherer Jahre zu deckender Supplementar-Credit von $\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 9500$ bewilligt werde.

Anlage.

Budget der Steuer-Deputation für 1867.

1. Gehalte.

Controlle-Bureau: General-Controllieur und erster Beamter.....	$\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 4,500$	
Zweiter Beamter.....	$3,000$	
Dritter Beamter.....	$2,400$	
Ein Gehülfe.....	$1,800$	
Erster Vere und Schreiber.....	$1,000$	
Zweiter Vere und Schreiber.....	$1,000$	
Cassen-Bureau: Ober-Einnehmer.....	$4,000$	
Erster Einnehmer.....	$3,000$	
Zweiter Einnehmer.....	$2,500$	
Dritter Einnehmer.....	$2,200$	
Erster Gehülfe.....	$1,800$	
Zweiter Gehülfe.....	$1,500$	
Bureau für Steuerstatistik: Bureau-Vorstand.....	$4,500$	
Zehn Bezirksbeamte mit einem Maximal- gehalt von 2400 ₰	$17,300$	$\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 50,700$
2. Pension des Beamten Kling.....	$1,200$	
3. Duplikate der trigonometrischen Vermessung.....	$5,000$	
4. Sonstige Ausgaben.....	$30,000$	
wovon angemessen für:		
Larationskosten und temporaire Hülfе.....	$\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 17,000$	
Druckkosten und Binterleben.....	$9,000$	
Executiongebühren der Hausdiener für unerhebliche Steuerquoten.....	$1,000$	
Schreibmaterialien und sonstige Bedürfnisse.....	$3,000$	
		$\text{Crt.} \text{ } \text{₰} \text{ } 86,900$

Mittheilungen der Bürgerschaft an den Senat

aus deren 36ten Sitzung vom 3. October 1866,

betreffend Regulirung des Gehalts-Stats der Steuer- Deputation u. w. d. a.

Die Bürgerschaft ertheilt auf den Antrag des Senats (N^o 119) vom 21. September 1866 der vorgeschlagenen Regulirung des Beamten-Stats der Steuer-Deputation und dem darauf gegründeten der Mittheilung des Senats anliegenden Budget dieser Deputation für 1867 ihre Mitgenehmigung, erklärt sich auch damit einverstanden, daß der Steuer-Deputation für die beiden Monate November und December d. J. ein aus den Einnahmen des laufenden Jahres, eventuell aus den Ueberschüssen früherer Jahre, zu deckender Supplementar-Credit von $\text{Rth.} \text{ } \text{ } 9500$ bewilligt werde.

Hamburg im Großstädte-Vergleich

– Öffentliche Bibliotheken –

Das öffentliche Bibliothekswesen in Berlin(West), Hamburg und Bremen 1988 im Vergleich zu den Städten mit über 120 000 Einwohnern

Lfd. Nr.	Stadt	Einwohner am 1.1.1988	Medien je Einwohner	Rang	Entleihungen je Einwohner	Rang	Ausgaben je Einwohner					
							insgesamt	Rang	darunter für			
									Erwerbungen	Rang	Personal	Rang
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
1	Berlin (West)	2 028 716	2.39	13	6.82	9	30.69	11	2.71	29	21.03	10
2	Hamburg	1 594 190	1.48	50	5.75	16	27.46	16	2.12	40	18.67	15
3	München	1 201 479	2.56	9	9.00	1	39.56	1	3.35	13	21.66	8
4	Köln	930 907	1.45	53	4.05	43	17.60	47	2.74	27	11.85	52
5	Essen	621 436	1.64	41	4.27	40	27.27	17	1.25	61	16.62	25
6	Frankfurt am Main	621 379	1.97	29	5.04	26	31.46	8	3.64	10	17.74	18
7	Dortmund	583 793	2.20	20	4.31	37	22.95	26	2.12	41	16.49	27
8	Düsseldorf	565 545	1.68	40	5.68	17	23.38	23	3.15	17	17.86	17
9	Stuttgart	556 302	2.19	21	4.97	27	26.48	18	3.69	8	17.40	20
10	Bremen	532 686	1.91	30	3.35	53	22.51	28	2.63	32	17.92	16
11	Duisburg	524 502	1.83	35	5.15	23	32.09	6	2.96	22	22.75	5
12	Hannover	495 867	3.20	4	7.76	3	33.72	4	3.58	11	25.51	2
13	Nürnberg	474 673	2.25	18	3.88	46	20.32	37	2.14	39	14.62	38
14	Bochum	386 638	1.51	47	3.88	45	20.66	33	2.22	38	15.47	32
15	Wuppertal	366 546	2.17	23	4.52	33	23.37	24	3.32	14	17.34	22
16	Bielefeld	307 047	2.18	22	4.80	29	21.36	30	2.63	31	15.21	33
17	Mannheim	297 197	2.37	15	6.07	13	25.11	19	2.70	30	20.48	11
18	Gelsenkirchen	286 984	1.69	39	2.95	57	18.77	45	1.97	45	15.07	35
19	Bonn	278 180	2.55	10	6.61	10	20.87	32	2.84	25	14.22	39
20	Karlsruhe	262 209	1.31	58	4.61	32	15.86	51	1.85	48	12.22	51
21	Braunschweig	252 822	1.40	55	4.50	34	14.17	57	1.34	60	11.11	57
22	Wiesbaden	252 461	1.60	42	3.55	48	17.61	46	2.59	33	12.73	47
23	Mönchengladbach	250 425	2.08	26	2.66	60	15.12	54	1.71	51	11.44	56
24	Münster	246 339	1.34	56	6.31	11	19.40	42	2.85	24	13.32	43
25	Augsburg	244 300	0.91	64	3.14	55	10.80	63	1.11	63	7.14	65
26	Kiel	233 306	1.88	31	5.43	21	28.18	15	2.46	36	19.58	12
27	Krefeld	232 938	1.09	61	2.44	61	10.01	64	1.55	54	7.49	64
28	Aachen	230 886	2.33	16	4.29	39	22.84	27	2.98	21	16.57	26
29	Oberhausen	220 082	0.93	63	4.23	41	13.50	59	1.55	55	10.72	58
30	Lübeck	210 356	4.91	1	7.44	6	24.62	20	4.61	5	17.29	23
31	Hagen	209 344	1.50	48	2.18	64	15.66	53	1.37	58	12.99	45
32	Saarbrücken	188 488	2.51	12	3.53	49	19.64	40	1.90	47	15.13	34
33	Kassel	188 096	1.71	37	5.04	25	14.93	55	1.80	49	12.51	49
34	Freiburg im Breisgau	180 528	1.40	54	3.19	54	16.71	50	1.25	62	13.12	44
35	Mülheim / Ruhr	175 592	1.99	28	5.64	18	30.10	12	2.73	28	22.42	6
36	Herne	174 092	2.26	17	4.30	38	20.45	35	1.57	53	17.34	21
37	Mainz	173 282	1.50	49	3.93	44	16.82	48	2.01	44	11.72	53
38	Hamm	171 592	1.46	51	3.51	50	16.76	49	2.11	42	12.69	48
39	Solingen	159 343	1.45	52	5.26	22	13.06	60	1.43	57	10.51	59
40	Ludwigshafen	157 002	2.55	11	5.45	20	35.16	3	4.30	6	21.07	9
41	Leverkusen	155 265	2.69	7	7.16	7	39.23	2	5.31	2	25.87	1
42	Osnabrück	151 255	2.14	25	3.87	47	20.05	38	3.10	19	14.78	36
43	Neuss	142 579	1.56	45	2.22	63	15.74	52	1.78	50	11.45	55
44	Oldenburg	140 352	1.27	60	3.39	52	13.64	58	1.36	59	11.65	54
45	Darmstadt	135 034	1.85	32	5.77	15	18.95	44	3.01	20	12.82	46
46	Heidelberg	128 609	1.53	46	4.62	31	33.39	5	6.71	1	16.93	24
47	Bremerhaven	126 205	2.61	8	4.77	30	19.35	43	1.60	52	16.17	28
48	Wolfsburg	125 141	2.81	5	5.93	14	31.04	9	3.12	18	21.73	7
49	Würzburg	124 617	2.80	6	8.76	2	20.92	31	3.53	12	15.60	30

Die vorliegende Untersuchung fußt auf den Ergebnissen der freiwilligen jährlichen Erhebung bei den öffentlichen Bibliotheken in der Bundesrepublik einschließlich Berlin(West) durch das Deutsche Bibliotheksinstitut (DBI) in Berlin [1]. An der Erhebung des Instituts beteiligten sich 1988 fast alle öffentlichen Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin(West). Insgesamt nahmen 1 101 Bibliotheken / Bibliothekssysteme mit 2 908 Einzelbibliotheken an der Befragung teil. Nur 26 Bibliotheken / Bibliothekssysteme gaben keine Meldung ab.

Nachgewiesen werden Bibliotheken öffentlicher Träger (Bund, Land, Kreis, Gemeinde, sonstige Gebietskörperschaften öffentlichen Rechts usw.) und kirchlicher bzw. sonstiger Träger (Körperschaften bzw. Stiftungen privaten Rechts, sonstige private Trägerschaft usw.), die die Funktion von allgemeinen öffentlichen Bibliotheken erfüllen und mit hauptamtlichem Personal (mindestens eine Stelle mit 20 Wochenstunden) besetzt sind. Die nebenamtlich geleisteten und die nicht öffentlich zugänglichen Bibliotheken, wie zum Beispiel Schulbibliotheken, wurden nicht einbezogen.

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin (Herausgeber): Berliner Statistik, Heft 3/90, Seite 30 und Seite 37

Das neue

FALTBLATT 1991

ist da!

Daten und Informationen 1991



Freie und Hansestadt Hamburg
Statistisches Landesamt

Gegen Einsendung von 0,60 DM in Briefmarken anzufragen im:

Statistisches Landesamt Hamburg,
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Tel. 36 81 - 1719 oder 36 81 - 1721
Telefax 36 81 - 1700
Btx * 36 502 #

Hamburg heute und gestern

In den hamburgischen Raffinerien wurden 1990 mehr als 9,7 Millionen Tonnen **Mineralölprodukte** hergestellt, das bedeutet gegenüber 1981 einen Produktionsrückgang von gut zwei Prozent. In der Gesamtmenge ist auch der Eigenverbrauch der Mineralölindustrie enthalten, der sich in beiden Vergleichsjahren auf jeweils rund eine halbe Million Tonnen belief.

Unter den wichtigsten Mineralölerzeugnissen in der Hansestadt lag 1990 das leichte Heizöl mit 2,6 Millionen Tonnen an erster Stelle, gefolgt vom Motorenbenzin mit 2,0 Millionen Tonnen und dem schweren Heizöl mit 1,7 Millionen Tonnen. Neun Jahre zuvor zeigte sich eine andere Verteilung: damals führte mit fast 2,5 Millionen Tonnen das schwere Heizöl, gefolgt vom leichten Heizöl (2,1 Millionen Tonnen) und dem Motorenbenzin (1,9 Millionen Tonnen). Für leichtes Heizöl errechnet sich somit eine Zunahme zwischen 1981 und 1990 um ein Viertel, während die Produktion von schwerem Heizöl um ein Drittel zurückging. Unverändert auf dem vierten Platz liegt mit 1,1 Millionen Tonnen der Dieselkraftstoff. Sein Aufkommen war gegenüber 1981 jedoch stark rückläufig (fast ein Fünftel). In Hamburg werden außerdem zahlreiche weitere Mineralölprodukte in allerdings relativ geringen Mengen hergestellt; erwähnenswert sind hier vor allem 0,2 Millionen Tonnen Flugkraftstoffe (1990), deren Produktion sich im Vergleich zu 1981 verdreifacht hat.

Neue Schriften

Das Autorenteam M. Ferner, H. Harms, D. Schubert, B. Tornow des Arbeitsbereichs Städtebau an der Technischen Universität Hamburg-Harburg hat im Februar 1991 die Langfassung des Forschungsberichts **„Großsiedlungen in Hamburg** – zwischen Wohnungsleerstand und „neuer“ Wohnungsnot“ veröffentlicht. Einleitend werden Be-

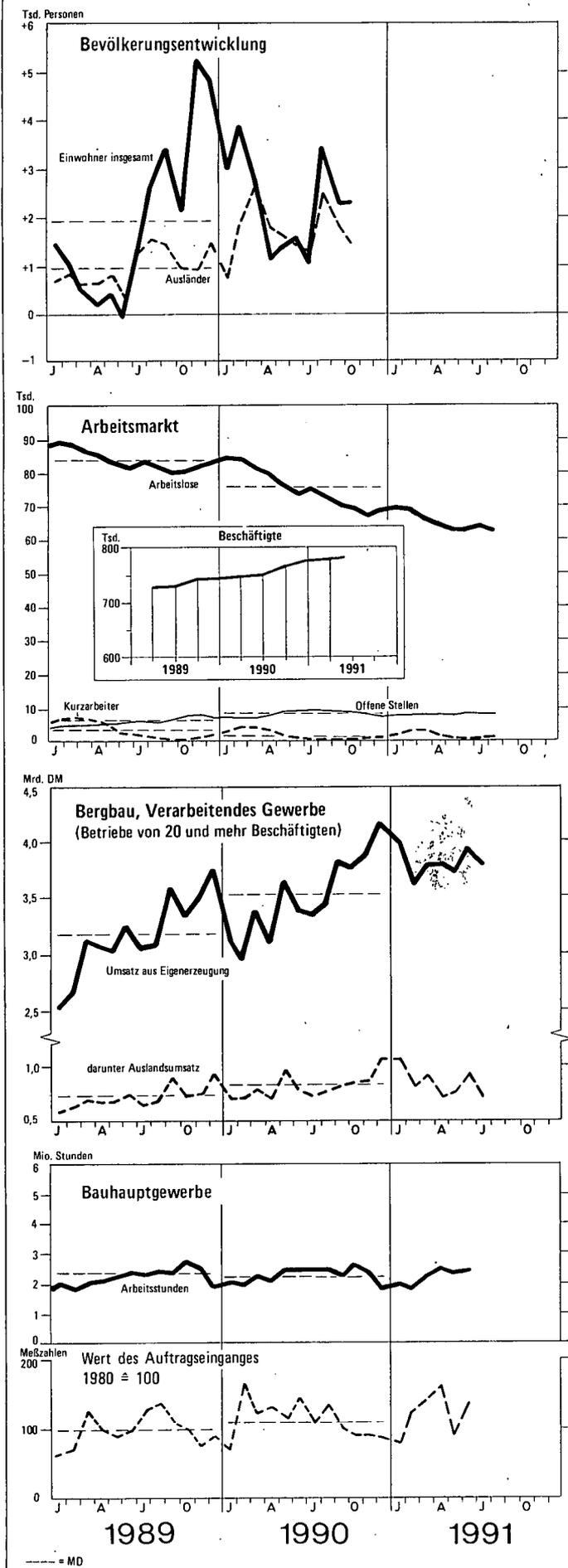
deutung des Sozialwohnungsbestandes der Großsiedlungen für Hamburg herausgearbeitet und die gesamtstädtischen Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt nebst den Folgen für sozial benachteiligte Nachfragergruppen beschrieben. Sodann zeichnen die Autoren ein detailliertes Bild folgender, für bestimmte „Generationen“ exemplarisch genannter, Großsiedlungen:

- Phase I (1945-1956)
 - Farmsen-Gartenstadt
 - Hohnerkamp
- Phase II (1957-1966)
 - Dannerallee
 - Hohenhorst
- Phase III (1967-1976)
 - Osdorfer Born
 - Bergedorf-West
- Phase IV (ab 1977)
 - Tegelsberg
 - Allermöhe

Schon in früheren Veröffentlichungen der Autoren zum Thema Großsiedlungen konnte die Tauglichkeit dieser Phaseneinteilung gezeigt werden, da für jede Phase typische städtebauliche Leitbilder, Bebauungsformen und Wohnungsstrukturen gelten. Die Analyse der Fallbeispiele enthält insbesondere Ausführungen zur Belastungskonstellation (zum Beispiel technische Mängel, Bauschäden; sozialräumliche Problemschwerpunkte, siedlungsbezogene und stadtteilbezogene Belastungen). Anhand der Fallbeispiele gewonnene Erkenntnisse fassen die Autoren anschließend für die phasenspezifischen Siedlungstypen zusammen.

Die Studie schließt mit einer kurzen Beschreibung bisheriger Nachbesserungs-Verfahren in Hamburg und mit Vorschlägen für eine integrierte zukunftsorientierte Wohnungsbestandspolitik im Rahmen einer Stadtteilentwicklungsplanung.

Die Bundesregierung hat seit 1980 in unregelmäßigen Abständen im Deutschen Bundestag über wichtige Entwicklungen oder zu aktuellen Problemen der **Freien Berufe** berichtet. Dabei wurde jeweils ausführlich auf die Situation und Probleme einzel-



ner Berufsgruppen eingegangen. Nachdem inzwischen zehn Jahre seit dem ersten Bericht vergangen sind, hat die Bundesregierung eine umfangreiche Fortschreibung zur Lage der Freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland erstellt und dem Bundestag vorgelegt. (Drucksache 12/21). Um auch einen begrenzten Überblick über die Lage der Freien Berufe in der ehemaligen DDR zu geben, wurde ein Kurzgutachten des Instituts für Mittelstandsforschung, Bonn, dem Bericht beigefügt.

Unter dem Titel „**Wege zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung**“ hat das Statistische Bundesamt in Band 16 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ etliche Aufsätze und Übersichten zu diesem Thema zusammengefasst. Hervorzuheben ist der Beitrag von Frank Dorow: „Grundprogramm für ein Statistisches Umweltberichtssystem“. Hier werden konzeptionelle Vorstellungen entwickelt, wie insbesondere Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftsgeschehen und Umwelt quantitativ erfaßt werden können.

Das vorgestellte Grundprogramm gliedert sich in einen Berichtsteil und einen Analyseteil. Der **Berichtsteil** soll eine Sammlung aller umweltrelevanten Daten enthalten, der nach einheitlichen Definitionen und Klassifikationen aufgebaut ist und sowohl einer laufenden Umweltberichtserstattung als auch weitergehenden Untersuchungen im Umweltbereich dient. Soweit möglich ist eine monetäre Bewertung der meistens in physikalischen Maßeinheiten verfügbaren Umweltdaten vorzunehmen, damit die Größen miteinander und auch mit Angaben aus den Wirtschaftsstatistiken verglichen werden können. Zum **Analyseteil** gehören Aussagen, die sich aus der Verknüpfung mit den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen über die Nutzung von Ressourcen des Verbrauchs von Gütern in den ein-

zelnen Wirtschaftsbereichen ableiten lassen, ebenso wie Querschnitts- und Regionalanalysen, die Betrachtung von Stoffkreisläufen in Wirtschaft und Umwelt, die Ermittlung von Schadstoffwirkungen bei Organismen und Ökosystemen sowie Darstellungen grenzüberschreitender Schadstoffströme.

Das Grundprogramm beschränkt sich auf zehn Problemkreise. Vorgeschlagen wird die Messung des Abbaus und Verbrauchs von Ressourcen sowie ein Immissionsmodell mit Daten über den Zustand von Boden, Wasser, Luft, über Strahlen und Lärmbelastigung. Mit Hilfe eines Emissionsmodells sollen die ökologischen Folgen der Produktion und des Verbrauchs gemessen werden. Weitere Bausteine erfassen Verbleib und Entsorgung von Emissionen, die Aufwendungen für den Umweltschutz, Angaben über Extrembelastungen und Störfaktoren.

Es wurde ein modularer Aufbau gewählt, um das Konzept offenzuhalten für Erweiterungen aller Art, aber auch für Änderungen und Ergänzungen, die sich aus der im Rahmen der Zusammenarbeit mit fachkundigen Stellen erwarteten Diskussion ergeben werden.

Der Band „Wege zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung“ ist im Metzler-Poeschel Verlag im Februar 1991 erschienen (Preis DM 15,80).

Der Draht zum StaLa

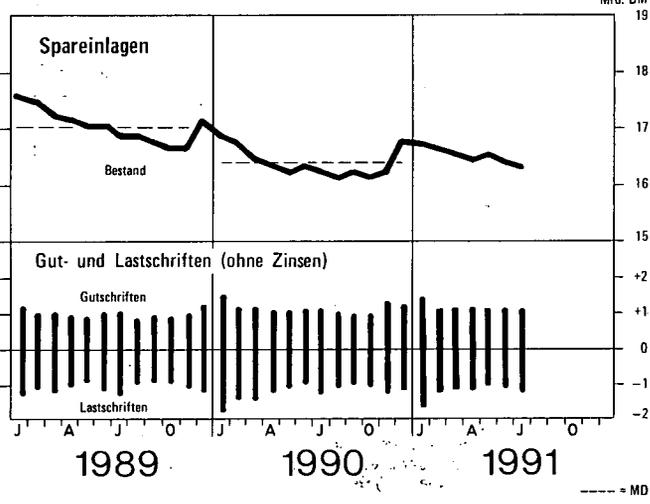
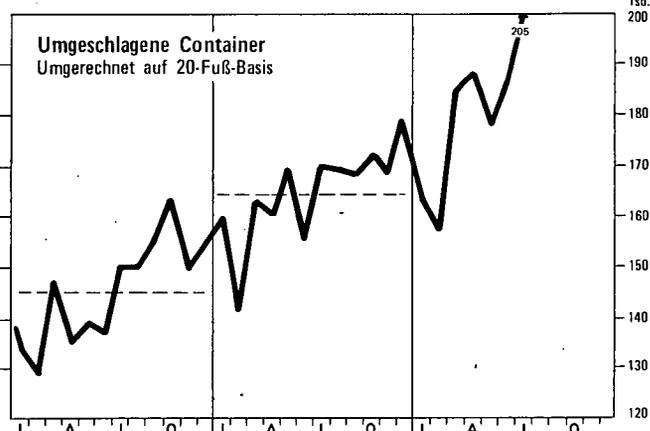
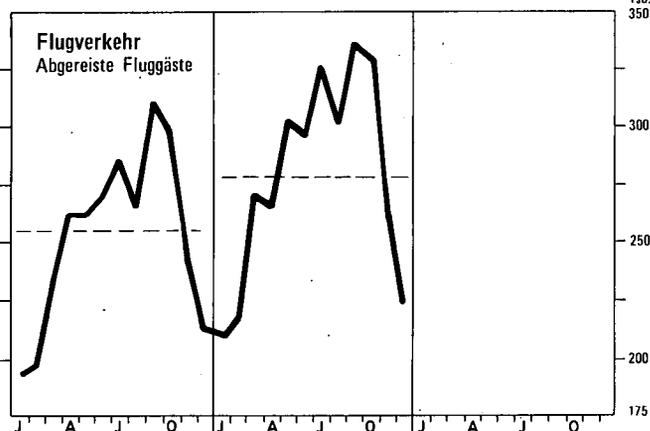
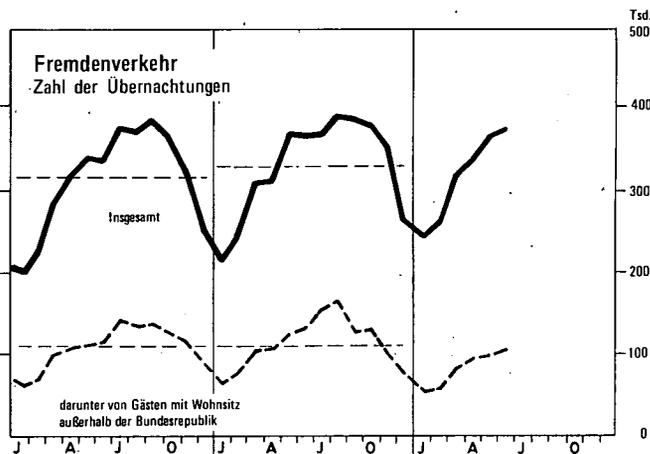
Amtsleiter 3681-1710
Auskünfte 3681-1738

1766
1768

 Leitseite * 36 502 #
Teiln.-Nr. 040 365038
Telefax (040) 3681-1700

Veröffentlichungen 3681-1719
Bibliothek 3681-1742

Für Thema:
Zur Bedeutung
Hamburgs für den
Osthandel 3681-1636
Soz.vers.pfl. AN 3681-1641
125 Jahre StaLa 3681-1710



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1988	1989	1989		1990				1991
		Monatsdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand										
Bevölkerung ¹⁾	1000	1 597,3	1 610,0	1 621,4	1 626,2	1 629,2	1 649,2
und zwar männlich	"	749,1	757,2	764,4	767,2	769,2	782,1
weiblich	"	848,2	852,8	857,0	859,1	860,0	867,0
Ausländer und Ausländerinnen	"	159,0	169,2	174,3	175,8	176,5	192,8
Bezirk Hamburg-Mitte	"	220,1	225,6	228,3	230,5	231,1	236,5
Bezirk Altona	"	226,1	227,7	229,6	229,6	230,1	233,2
Bezirk Eimsbüttel	"	226,8	228,0	229,8	230,2	230,3	231,3
Bezirk Hamburg-Nord	"	273,6	274,3	275,1	275,6	276,2	278,6
Bezirk Wandsbek	"	376,6	378,6	380,7	381,2	382,1	385,7
Bezirk Bergedorf	"	94,8	95,7	96,1	96,6	96,7	98,3
Bezirk Harburg	"	178,1	180,1	181,7	182,4	182,7	185,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	316	790	556	936	365	808	648	783	...
* Lebendgeborene ³⁾	"	1 280	1 278	1 382	1 365	1 330	1 645	1 618
dar. ausländische Lebendgeborene	"	222	232	260	213	232	286	306
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 766	1 770	1 800	2 685	1 841	1 545	1 855
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	10	12	11	7	5	7
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	"	486	492	418	1 320	511	100	237
* Eheschließungen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	6,1	5,9	4,2	6,8	2,6	5,8
* Lebendgeborene		9,6	9,5	10,4	9,9	9,6	11,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	13,3	13,2	13,5	19,5	13,3	11,0
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	"	3,6	3,7	3,1	9,6	3,7	0,7
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000 Lebendgeb.	7,7	7,8	8,7	8,1	5,3	3,0	4,3
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	6 297	7 691	11 156	11 500	9 602	8 239
* Fortgezogene Personen	"	5 071	5 269	5 503	5 328	6 084	6 027
* Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	+ 1 226	+ 2 421	+ 5 653	+ 6 172	+ 3 518	+ 2 212
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	11 080	11 228	12 418	12 625	12 405	9 986
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus										
Schleswig-Holstein	"	1 410	1 334	1 434	1 280	1 463	1 494
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	978	918	877	848	1 024	855
Niedersachsen	"	863	1 303	1 509	4 371	1 887	1 164
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	337	325	308	333	314	319
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 151	1 159	5 121	2 777	3 162	2 089
Ausland	"	2 873	3 894	3 092	3 072	3 090	3 492
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	"	1 623	1 646	1 721	1 809	1 856	1 922
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	1 228	1 232	1 272	1 420	1 385	1 305
Niedersachsen	"	837	862	894	989	934	1 083
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	436	437	438	571	424	497
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 006	1 077	1 132	1 048	1 381	1 331
Ausland	"	1 605	1 690	1 756	1 482	1 913	1 691
c) Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	- 213	- 312	- 287	- 529	- 393	- 428
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	- 250	- 314	- 395	- 572	- 361	- 450
Niedersachsen	"	+ 26	+ 441	+ 615	+ 3 382	+ 953	+ 81
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	- 99	- 112	- 130	- 238	- 110	- 178
Umland insgesamt ⁷⁾	"	- 349	- 426	- 525	- 810	- 471	- 628
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	+ 145	+ 87	+ 3 989	+ 1 729	+ 1 781	+ 758
Ausland	"	+ 1 268	+ 2 204	+ 1 336	+ 1 590	+ 1 177	+ 1 801
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (—)	Anzahl	+ 740	+ 1 929	+ 5 235	+ 4 852	+ 3 007	+ 2 312
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (—)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	+ 5,6	+ 14,4	+ 39,3	+ 35,2	+ 21,8	+ 16,5

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte⁸⁾										
Luftdruck ⁹⁾	hPa	1 016,3	1 014,7	1 020,3	1 012,7	1 017,5	1 016,2	1 018,8	1 011,1	1 016,9
Lufttemperatur	°C	10,8	10,9	15,0	15,8	17,2	8,6	10,7	13,8	20,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	74	76	61	75	70	71	72	73	68
Wind ¹⁰⁾	Stärke	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung ¹¹⁾	Grad	5,1	5,5	4,2	6,8	5,0	4,4	5,6	6,4	3,9
Summenwerte										
Sonnenscheindauer	Std.	142,8	127,6	274,6	123,5	222,8	186,8	175,7	125,6	305,9
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	6	7	1	3	3	3	5	1	0
Tage mit Niederschlägen	"	14	14	9	19	12	13	15	24	8
Niederschlagshöhe ¹²⁾	mm	56,7	71,5	53,9	116,7	49,8	45,7	40,6	104,2	46,1

¹⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987. — ²⁾ nach dem Ereignisort. — ³⁾ von Müttern mit alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. — ⁴⁾ mit letzter alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. — ⁵⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. — ⁶⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ⁷⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. — ⁸⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. — ⁹⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ¹⁰⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ¹¹⁾ Bevölkerungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ¹²⁾ Tage mit 0,1 mm oder mehr Niederschlägen.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	605 485	599 591	600 913	594 959	537 342	634 494	603 816	579 323	461 512
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"	81 740	86 358	96 788	86 593	81 387	102 246	99 640	89 223	91 759
Besucher der Lesesäle	"	32 237	31 227	34 274	31 447	31 802	37 863	34 446	33 878	32 917
HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung	"									
Besucher der Bibliothek und Archive	"	5 284	5 251	6 141	3 805	4 982	5 607	5 655	4 360	5 250
Commerzbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"	2 596	2 719	2 659	2 389	2 709	2 993	2 902	2 548	1 846
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 592	1 783	1 899	1 802	1 820	1 953	1 810	1 720	1 117
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	88 945	92 321	99 187	98 459	66 868	97 460	95 132	91 587	52 430
davon Hamburger Kunsthalle	"	15 487	17 202	36 782	19 900	11 127	14 090	14 691	14 266	10 259
Altonaer Museum in Hamburg,	"									
Norddeutsches Landesmuseum	"	8 450	8 819	8 045	11 607	8 082	8 939	8 087	10 976	6 609
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	8 135	11 172	5 871	8 620	6 059	15 767	22 790	12 763	3 043
Hamburger Museum für Archäologie und die	"									
Stadtgeschichte Harburgs	"	5 328	6 277	5 200	4 290	1 038	5 870	4 796	4 372	1 483
Museum für Hamburgische Geschichte	"	19 956	18 242	17 550	19 994	18 957	16 865	18 779	22 373	15 403
Museum für Kunst und Gewerbe	"	18 219	17 139	13 323	17 275	9 055	21 172	11 629	10 328	6 481
Planetarium	"	11 494	11 503	9 796	13 308	10 469	12 108	11 169	12 648	8 509
Bischofsburg	"	1 876	1 967	2 620	3 465	2 081	2 649	3 191	3 871	643
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	463 578	453 212	442 373	432 265	511 149	437 089	395 052	432 052	799 227
Arbeitsmarkt										
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	Anzahl	726 816	735 196	749 200	749 365	748 000	p 776 900	p 782 200
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	83 457	75 493	76 140	74 097	75 020	64 066	62 575	62 227	63 768
* davon Männer	"	48 634	43 854	44 374	42 929	43 230	38 175	37 381	37 076	37 708
Frauen	"	34 823	31 639	31 766	31 098	31 790	25 891	25 194	25 151	26 060
Arbeitslosenquote	%	11,7	10,5	10,6	10,3	10,4	8,8	8,6	8,5	8,8
Kurzarbeiter	Anzahl	3 142	1 812	1 783	951	598	1 260	711	380	164
Arbeitsuchende										
Arbeitsuchende ¹⁾ insgesamt	"	102 183	95 381	95 968	94 562	95 031	84 372	83 066	83 330	84 166
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	7 061	6 429	6 509	6 436	6 481	5 328	5 136	5 039	5 103
Offene Stellen	"	6 134	8 218	9 049	9 318	9 328	7 535	7 820	8 197	7 932
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	971	1 005	1 180	1 025	989	1 090	1 177	1 093	...
* dar. an Molkereien geliefert	%	94,6	94,8	97,5	97,5	96,4	96,5	97,5	97,6	...
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,9	15,3	13,7	14,1	14,4	15,0	14,4	...
Schlachtungen von Inlandtieren²⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	3,5	4,6	2,1	2,0	3,3	7,8	6,7	6,7	6,0
* Kälber	"	1,8	2,6	2,6	2,9	2,3	4,4	4,5	3,7	3,8
* Schweine	"	17,6	21,9	19,9	21,5	21,5	28,5	25,2	22,3	23,1
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	2 727	3 568	2 619	2 802	3 115	5 479	4 862	4 495	4 324
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 067	1 356	651	664	989	2 382	2 022	2 037	1 775
Kälber	"	208	353	356	3 98	313	602	627	494	526
* Schweine	"	1 450	1 855	1 609	1 737	1 808	2 491	2 206	1 957	2 021
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	134 004	134 679	133 707	134 123	r 134 669	135 924	135 857	135 853	137 285
* dar. Arbeiter ⁶⁾	"	70 717	71 141	70 163	70 769	r 71 412	71 337	71 312	71 340	71 989
* Geleistete Arbeiterstunden ⁷⁾	1000	9 597	9 564	9 558	9 365	r 9 258	9 881	9 426	9 367	9 098
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	257	273	297	269	265	272	336	291	296
* Bruttogehaltssumme	"	367	386	394	426	370	392	422	459	400
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁸⁾)	"	6 619	7 507	7 290	6 989	r 7 100	8 322	8 008	8 722	7 893
dar. Auslandsumsatz	"	871	1 026	1 142	962	r 934	911	983	1 096	946
* Kohleverbrauch ¹⁰⁾	1000 tSK ⁹⁾	6	7	8	8	r 6	5	5	5	5
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	1000 m ³	96 647	94 026	104 994	92 544	r 78 126	115 189	115 189	91 027	91 027
* Stromverbrauch ¹⁰⁾	Mio. kWh	1 147	1 176	1 163	1 149	r 1 181	1 205	1 205	1 192	1 192
* Heizölverbrauch ¹⁰⁾	1000 t	53	55	58	50	r 51	65	65	53	53
* davon leichtes Heizöl ¹⁰⁾	"	5	6	7	4	r 6	7	7	4	4
schweres Heizöl ¹⁰⁾	"	48	49	52	46	r 45	58	58	48	48

¹⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - ²⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. - ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien. - ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁵⁾ einschl. Bergbau. - ⁶⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. - ⁷⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. - ⁸⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. - ⁹⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenskokk oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. - ¹⁰⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den Juli-Spalten der Jahre 1990 und 1991 beziehen sich jeweils auf das erste 2. Vierteljahr des Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige										
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	Mio. DM	3 171	3 515	3 638	3 363	3 338	3 786	3 656	3 961	3 761
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	1 474	1 631	1 649	1 590	1 607	1 846	1 787	1 832	1 870
Investitionsgütergewerbe	"	1 038	1 180	1 319	1 105	1 079	1 141	1 093	1 362	1 093
Verbrauchsgütergewerbe	"	142	162	150	156	159	181	175	180	182
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	517	543	520	512	493	618	600	587	616
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	20 776	21 315	21 254	20 755	20 755	21 895	21 951	21 820	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	15 912	16 318	16 270	15 826	15 826	16 770	16 814	16 659	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 192	2 172	2 382	2 254	2 254	2 477	2 351	2 369	...
* davon für Wohnungsbau	"	442	444	486	502	502	555	521	529	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	1 010	1 059	1 171	1 042	1 042	1 245	1 158	1 169	...
öffentlichen und Verkehrsbaus	"	740	669	725	710	710	677	672	671	...
* Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	57	64	65	62	62	70	73	67	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	19	22	21	22	22	22	22	26	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	289	320	306	344	344	325	338	367	...
davon im Wohnungsbau	"	49	49	48	61	62	49	53	57	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	146	176	166	176	176	204	200	217	...
öffentlichen und Verkehrsbaus	"	94	95	92	107	107	71	86	94	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 730	8 892	8 738	8 744	8 774	9 074	9 079	9 068	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	6 928	7 090	6 979	6 973	7 031	7 192	7 182	7 187	...
Geleistete Arbeitsstunden	1000	996	1 015	1 052	998	1 016	1 050	1 030	1 004	...
Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	24	25	26	25	26	26	28	26	...
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	8	9	8	9	8	9	9	11	...
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	88	95	86	94	90	100	90	107	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	97	101	70	209	162	230	205	184	120
* Stromverbrauch	"	991	1 004	932	896	899	1 021	996	955	936
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 737	1 824	1 189	1 391	1 173	2 422	2 129	1 583	890
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	83,5
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	95,9
Investitionsgütergewerbe	"	91,4
Verbrauchsgütergewerbe	"	85,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	60,9
Bauhauptgewerbe	"	76,8
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	123	206	...	/	/	/	/
dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	116	164	...	/	/	/	/
* Rauminhalt	1000 m ³	131	256	...	/	/	/	/
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	41,0	91,7	...	/	/	/	/
* Wohnfläche	1000 m ²	22,4	48,0	...	/	/	/	/
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	17	27	...	/	/	/	/
* Rauminhalt	1000 m ³	305	323	...	/	/	/	/
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	98,0	101,0	...	/	/	/	/
* Nutzfläche	1000 m ²	59,4	56,0	...	/	/	/	/
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	276	738	...	/	/	/	/
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)										
	Anzahl	109	111	...	/	/	/	/
Nichtwohngebäude (nur Neubau)										
	Anzahl	12	14	...	/	/	/	/
	1000 m ³	180	223	...	/	/	/	/
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)										
	Anzahl	271	236	...	/	/	/	/
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	210	211	...	211	210	/
Wohnungen	"	787	790	...	788	789	/

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ nach den fortgeschriebenen Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987. Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	108,6	115,9	115,6	.	.	.	124,4	.	.
Wohngebäude insgesamt	"	108,7	116,1	115,8	.	.	.	124,5	.	.
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	108,5	115,7	115,4	.	.	.	124,3	.	.
Mehrfamiliengebäude	"	108,8	116,0	115,6	.	.	.	124,3	.	.
Gemischt genutzte Gebäude	"	110,1	116,6	116,3	.	.	.	124,1	.	.
Bürogebäude	"	110,0	117,0	116,6	.	.	.	124,2	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 790	63 288	65 575	68 150	63 596	59 686	57 858	56 510	...
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	9 174,8	10 321,9	10 784,9	11 299,3	10 459,9	10 057,4	9 611,4	9 194,9	...
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausfuhr des Landes Hamburg ²⁾³⁾	Mio. DM	998	1 002	1 093	959	956	916	1 148	822	...
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	106	116	143	133	106	133	155	105	...
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	892	886	950	825	850	783	993	718	...
* davon Rohstoffe	"	7	6	5	6	5	5	15	5	...
* Halbwaren	"	119	129	125	106	111	98	141	83	...
* Fertigwaren	"	766	751	820	714	734	680	837	629	...
* davon Vorerzeugnisse	"	112	101	120	91	89	98	107	82	...
* Enderzeugnisse	"	654	650	700	623	645	582	730	547	...
* nach Europa	"	704	710	772	675	665	659	751	602	...
* dar. EG-Länder ⁴⁾	"	474	485	518	440	475	458	524	429	...
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure⁵⁾										
Einfuhr	"	4 598	4 959	4 555	4 265	4 375	5 522
davon Europa	"	2 701	2 979	2 640	2 362	2 828	2 381
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 080	2 239	1 909	1 696	2 119	1 629
Außereuropa	"	1 897	1 980	1 915	1 903	1 547	3 141
Ausfuhr	"	3 039	2 980	3 146	2 445	2 534	3 027
davon Europa	"	2 289	2 217	2 292	1 726	1 795	2 432
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 769	1 650	1 652	1 164	1 170	1 973
Außereuropa	"	750	763	854	719	739	595
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1986 = 100	103,9	r 107,2	110,9	104,4	r 104,8	108,1	105,1	104,3	...
* davon Binnengroßhandel	"	98,8	r 111,1	110,3	104,4	r 109,5	120,0	112,2	112,8	...
* Außenhandel	"	108,4	r 103,7	111,5	104,3	r 100,6	97,5	98,8	96,7	...
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1986 = 100	110,0	122,4	117,8	105,7	r 117,9	142,3	127,6	117,1	...
darunter Warenhäuser	"	106,0	114,4	101,1	97,4	113,5	104,7	105,2	101,4	...
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	120,4	r 130,7	137,9	131,5	r 127,2	139,2	146,1	140,9	...
darunter Beherbergungsgewerbe	"	129,1	r 143,9	155,5	154,2	r 133,2	151,3	159,4	164,7	...
Gaststättengewerbe	"	118,2	r 126,6	131,1	124,3	r 124,9	135,3	143,5	134,8	...
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen von Gästen	1000	164	174	195	196	196	179	192	198	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	55	56	64	68	83	48	48	55	...
* Fremdenübernachtungen von Gästen	"	316	330	373	368	369	337	367	378	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	110	108	122	131	154	94	95	104	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See										
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 059	s 1 111	s 1 180	1 031	1 141	s 1 130	s 1 150	s 1 150	s 1 150
Güterverkehr über See	1000 t	4 799	p 5 134	p 5 366	4 807	5 462	p 5 449	p 5 437	p 5 358	p 6 008
davon Empfang	"	3 053	p 3 310	p 3 559	3 157	3 762	p 3 510	p 3 779	p 3 486	p 4 002
dar. Sack- und Stückgut	"	1 016	p 1 127	p 1 235	1 112	1 160	p 1 345	p 1 263	p 1 196	p 1 302
Versand	"	1 746	p 1 824	p 1 808	1 650	1 700	p 1 939	p 1 657	p 1 872	p 2 006
dar. Sack- und Stückgut	"	1 175	p 1 253	p 1 293	1 147	1 216	p 1 238	p 1 249	p 1 235	p 1 361
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	144 080	164 082	167 929	154 698	170 489	187 724	177 439	185 503	205 479
in Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t	1 421	1 632	1 699	1 513	1 631	1 846	1 739	1 784	1 949
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	347	383	404	337	352	p 420
* Güterversand	"	344	370	373	381	367	p 482
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	9 019	9 448	10 116	9950	10 056	p 8 590	p 9 528	p 9 546	p 10 229
Fluggäste	"	508 263	555 471	601 737	595 185	609 239	p 507 250	p 561 606	p 600 948	p 599 321
Fracht	t	3 076	3 402	3 231	3 327	3 252	p 3 027	p 3 018	p 3 259	p 2 966
Luftpost	"	1 343	1 378	1 249	1 297	1 343	p 1 456	p 1 376	p 1 527	p 1 505
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	25 640	25 990	.	.	.	27 028	26 183	25 586	...
Busse (ohne Private)	"	19 297	20 377	.	.	.	20 879	20 271	19 840	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 521	7 257	8 590	7 462	7 440	9 492	9 633	9 177	p 11 549
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 938	6 547	7 673	6 799	6 790	8 325	8 516	8 283	p 10 727
* Lastkraftwagen	"	376	468	483	378	412	644	605	524	p 458
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	932	924	1 028	1 041	879	p 858	p 899	p 967	p 819
* Getötete Personen	"	10	9	10	6	11	p 3	p 8	p 9	p 8
* Verletzte Personen	"	1 222	1 205	1 319	1 378	1 135	p 1 112	p 1 118	p 1 254	p 1 042
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	123 927,9	136 337,7	126 028,5	126 477,6	126 578,4	138 300,1	140 965,9	140 416,1	139 533,9
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	118 026,9	126 997,5	119 001,1	119 440,9	119 477,5	129 659,8	132 008,5	131 182,5	130 585,7
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	20 933,1	23 845,2	20 613,3	21 247,3	20 720,2	24 399,9	25 137,9	25 248,8	24 901,7
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	20 771,1	23 804,4	20 603,6	21 233,3	20 663,1	24 107,3	24 764,7	25 136,2	24 826,8
* an öffentliche Haushalte	"	162,0	40,8	9,7	14,0	57,1	292,6	373,2	112,6	74,9
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	10 806,0	13 569,7	11 796,0	11 885,6	11 937,1	14 421,8	15 309,4	14 251,7	13 970,8
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 310,5	8 336,5	7 989,1	7 987,5	7 977,4	8 635,1	8 865,5	7 794,2	8 031,4
* an öffentliche Haushalte	"	3 495,5	5 233,2	3 806,9	3 898,1	3 959,7	5 786,7	6 443,9	6 457,5	5 939,4
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	86 287,8	89 582,6	86 591,8	86 308,0	86 820,2	90 838,1	91 561,2	91 682,0	91 713,2
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	66 479,2	68 788,4	67 160,8	67 080,0	67 597,7	69 501,9	70 071,1	70 057,2	70 366,8
* an öffentliche Haushalte	"	19 808,6	20 794,2	19 431,0	19 228,0	19 222,5	21 336,2	21 490,1	21 624,8	21 346,4
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁶⁾	"	73 952,1	79 221,5	72 377,6	73 449,0	72 743,8	77 108,7	78 007,8	77 913,2	77 365,9
* Sichteinlagen und Termingelder	"	56 834,3	62 395,7	56 139,6	57 186,5	56 550,8	60 660,8	61 475,4	61 534,2	61 059,0
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	48 999,9	54 382,4	49 327,5	49 789,0	49 869,6	53 452,6	53 970,0	53 916,8	53 917,2
* von öffentlichen Haushalten	"	7 834,4	8 013,3	6 812,1	7 397,5	6 681,2	7 208,2	7 505,4	7 617,4	7 141,8
* Spareinlagen	"	17 117,8	16 825,8	16 238,0	16 262,5	16 193,0	16 447,9	16 532,4	16 379,0	16 306,9
* bei Sparkassen	"	10 010,2	9 534,6	9 425,7	9 432,2	9 342,1	9 095,9	9 036,5	9 005,4	8 943,7
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	1 712,9	1 747,0	1 060,7	1 066,1	1 233,2	1 169,9	1 213,8	1 068,1	1 161,2
* Lastschriften auf Sparkonten	"	1 157,1	521,1	1 138,0	1 041,6	1 302,7	1 244,8	1 129,4	1 117,3	1 233,2
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	50	43	32	46	26	40	46	46	31
* Vergleichsverfahren	"	0	0	1	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	150	125	142	125	125	139	165	112	105
* Wechselsumme	Mio. DM	1,7	2,8	7,0	5,5	2,8	1,8	1,4	2,0	1,3
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	25 674	24 144	25 673	23 205	25 768	22 815	23 041	20 689	26 874
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 900,8	1 823,8	1 531,7	2 133,7	1 779,7	1 620,5	1 754,2	2 449,1	1 888,4
* Steuern vom Einkommen	"	1 107,3	1 083,5	902,8	1 562,4	1 066,7	892,2	857,4	1 634,9	1 174,8
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	768,1	741,3	733,1	770,4	775,9	753,6	807,9	926,1	938,1
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	148,8	161,1	40,5	415,4	11,1	36,8	16,1	403,0	57,3
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	81,5	57,6	74,0	37,4	198,6	59,8	38,0	124,6	173,0
* Körperschaftsteuer ⁹⁾	"	108,9	123,5	55,2	339,2	81,0	42,1	4,8	181,3	6,4
* Steuern vom Umsatz	"	793,5	740,1	628,8	571,3	713,0	728,2	845,2	814,2	713,7
* Umsatzsteuer	"	375,2	448,3	370,4	344,1	426,4	408,1	524,1	499,4	396,8
* Einfuhrumsatzsteuer ⁹⁾	"	418,3	291,8	258,4	227,2	286,6	320,1	321,1	314,8	316,9
* Bundessteuern	"	1 386,7	1 383,4	1 420,9	1 342,5	1 454,4	1 316,5	1 509,8	1 577,3	1 596,1
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle) ⁹⁾	"	90,1	9,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
* Verbrauchsteuern	"	1 245,9	1 321,6	1 364,5	1 294,8	1 411,2	1 277,2	1 457,0	1 537,2	1 539,4
* Landessteuern	"	75,7	79,9	119,8	5,1	57,6	64,0	134,8	49,1	54,9
* Vermögensteuer	"	23,8	27,4	67,0	11,3	7,2	8,7	69,1	2,8	5,6
* Kraftfahrzeugsteuer	"	17,0	15,6	20,3	14,1	14,2	21,0	16,2	14,4	12,8
* Biersteuer	"	3,1	3,2	3,0	3,1	2,5	5,7	2,7	5,4	3,5
* Gemeindesteuern	"	168,7	176,3	438,0	18,7	99,2	58,1	375,0	39,2	117,6
* Grundsteuer A ¹⁰⁾	"	0,1	0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0	0,0
* Grundsteuer B ¹¹⁾	"	30,6	32,6	72,0	8,1	59,3	3,1	74,8	6,9	58,9
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹²⁾	"	136,3	141,8	364,2	28,5	38,2	53,8	298,7	31,2	57,5

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. - ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. - ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. - ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. - ⁷⁾ vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ⁸⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁹⁾ Rückgang bedingt durch die seit 01.01.90 erfolgte Verlagerung der Zuständigkeit auf die EURO-Zollkasse Trier. - ¹⁰⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. - ¹¹⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - ¹²⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 306,2	2 337,6	2 246,3	2 406,1	2 392,2	2 176,7	2 451,8	2 824,3	2 572,7
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	484,9	474,1	393,4	692,3	474,3	386,8	366,8	717,8	523,2
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	515,8	481,1	408,7	371,4	463,5	473,3	549,3	529,2	463,9
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	23,3	-	-	-	25,8	-	-
* Steuereinnahmen des Landes	"	547,7	547,1	632,7	836,6	292,9	1 213	649,2	866,0	287,7
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾	"	366,6	355,9	390,3	688,5	144,3	47,9	361,6	714,9	128,7
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	96,5	102,4	99,3	90,0	91,0	105,2	127,6	102,0	104,1
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	23,3	-	-	-	25,8	-	-
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	250,1	256,0	507,4	159,2	106,3	67,4	498,6	238,6	138,7
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	118,5	124,0	317,6	28,5	38,2	53,8	298,7	31,2	57,5
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ²⁾	"	99,2	97,5	116,0	177,6	7,1	9,3	123,6	199,3	21,1
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	798,8	809,8	1 138,7	1 117,5	398,5	188,7	1 147,9	1 114,1	425,7
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	885	928	.	.	938	952
* dar. Facharbeiter	"	921	966	.	.	976	993
* weibliche Arbeiter	"	615	640	.	.	646	663
* dar. Hilfsarbeiter	"	580	604	.	.	608	627
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	21,95	23,23	.	.	23,49	24,00
* dar. Facharbeiter	"	22,85	24,17	.	.	24,48	24,98
* weibliche Arbeiter	"	15,74	16,61	.	.	16,72	17,30
* dar. Hilfsarbeiter	"	14,76	15,53	.	.	15,59	16,29
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	5 711	5 904	.	.	5 954	6 039
* weiblich	"	3 926	4 095	.	.	4 121	4 240
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	5 349	5 573	.	.	5 639	5 746
* weiblich	"	3 731	3 929	.	.	3 940	4 101
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 606	4 844	.	.	4 850	5 089
* weiblich	"	3 441	3 620	.	.	3 641	3 871
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
dar. Straftaten wider das Leben	Anzahl	22 460	23 225	23 728	24 160	27 442	23 529	20 599	24 548	...
dar. Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	8	8	11	6	10	6	5	3	...
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	136	139	171	150	165	68	121	134	...
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 150	1 217	1 266	1 256	1 340	1 401	1 260	1 439	...
Diebstahl	"	2 560	2 803	2 388	3 148	3 122	2 407	1 677	2 070	...
dar. unter erschwerenden Umständen	"	15 145	15 450	16 444	16 339	18 956	16 159	14 162	16 655	...
Außerdem Verkehrsvergehen	"	10 346	10 070	10 764	11 093	12 712	10 115	9 415	10 381	...
	"	869	957	1 055	892	1 007	1 085	1 061	1 041	973
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feueralarme	"	15 616	...	13 885	12 435	13 497
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	681	...	680	526	615
Rettungswageneinsätze	"	186	...	184	153	187
	"	13 593	...	11 634	10 592	11 268
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	180	...	180	107

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern nach Berücksichtigung der Zahlungen im Länderfinanzausgleich und der Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Berichtsmonat ¹⁾			
			1990			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet ²⁾ insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt	1000	August	1 644,6	12 301,0	63 458,2	1 610,6
Bevölkerung	Anzahl	"	1 375	12 460	66 500	1 327
Lebendgeborene	"	"	1 662	11 627	56 202	1 613
Gestorbene	"	"	287	833	10 298	286
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	-	+	+	-
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	9 983	64 753	163 299	9 092
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	6 252	47 715	63 421	6 179
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	3 731	17 038	99 878	2 913
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	"	"	3 444	17 871	110 176	2 627
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	189,6			171,0
Lebendgeborene	Anzahl	"	247	1 071	7 609	213
Gestorbene	"	"	25	98	792	21
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	222	973	6 817	192
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	5 160	19 237	95 193	4 299
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	2 613	12 652	51 880	2 524
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	2 547	6 585	43 313	1 775
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—) ³⁾	"	"	2 769	7 558	50 130	1 967
Arbeitsmarkt⁴⁾						
Arbeitslose	Anzahl	Dezember	68 246	450 922	1 784 150	82 559
und zwar Männer	"	"	40 142	241 951	945 814	48 000
Frauen	"	"	28 104	208 971	838 336	34 559
Teilzeitkräfte	"	"	5 581	49 183	196 010	6 803
Ausländer	"	"	10 231	37 029	199 325	11 929
Arbeitslosenquote	%	"	9,5	9,0	6,8	11,6
Offene Stellen	Anzahl	"	6 864	42 106	282 529	7 292
Kurzarbeiter	"	"	1 098	10 951	50 471	1 644
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Dezember	135 274	1 080 530	7 471 748	134 940
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	8 533	87 354	594 590	8 835
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	668	4 653	32 242	627
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁶⁾	"	"	4 201	23 159	133 720	3 763
Gesamtumsatz ⁶⁾	"	"	8 590	30 912	154 618	7 679
darunter Auslandsumsatz	"	"	1 261	7 598	42 967	1 068
Bauhauptgewerbe⁷⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Dezember	21 619	189 442	1 045 171	20 887
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	1 657	15 167	78 635	1 668
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	85	620	3 391	76
Baugewerblicher Umsatz ⁸⁾	"	"	417	2 768	14 962	340
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen von Gästen	1000	Dezember	142	768	4 294	129
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	"	37	100	757	41
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁸⁾	Anzahl	Dezember	5 302	43 012	198 562	5 534
Steuern⁹⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Oktober-Dezember	12 811,5	30 385,2	157 894,4	12 740,3
darunter	"	"				
Gemeinschaftssteuern	"	"	6 272,2	19 996,7	115 174,6	6 248,2
Landessteuern	"	"	226,1	1 063,1	6 185,9	262,4
Gemeindesteuern	"	"	572,5	2 220,0	12 011,0	501,3

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. – ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. – ³⁾ Ohne den Saldo zugunsten der deutschen Staatsanpassungen der errechneten Durchschnittszahlen ergeben. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁶⁾ nach Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4. – ⁷⁾ Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990

		Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ²⁾									
1989		1990			1989			Veränderung 1990 gegenüber 1989 in %			
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	
12 083,3	62 154,3	1 636,3	12 247,2	63 071,8	1 606,3	12 039,8	61 891,5	+	1,9	+ 1,7	+ 1,9
11 436	61 814	10 704	87 951	473 212	10 069	83 250	449 790	+	6,3	+ 5,6	+ 5,2
11 672	55 463	13 886	97 574	472 902	13 400	94 110	457 270	+	3,6	+ 3,7	+ 3,4
236	6 351	-	9 623	310	3 331	10 860	7 480	x	x	x	x
63 595	146 245	64 409	496 946	1 192 994	52 295	327 991	781 146	+	23,2	+ 51,5	+ 52,7
51 439	66 877	42 893	364 612	403 582	41 461	248 365	335 890	+	3,5	+ 46,8	+ 20,2
12 156	79 368	21 516	132 334	789 412	10 834	79 626	445 256	x	x	x	x
11 920	85 719	18 334	122 711	789 722	7 503	68 766	437 776	x	x	x	x
		182,4			167,2			+	9,1		
920	7 232	1 934	7 456	55 604	1 853	6 825	51 970	+	4,4	+ 9,2	+ 7,0
93	690	213	.782	6 012	195	705	5 527	+	9,2	+ 10,9	+ 8,8
827	6 542	1 721	6 674	49 592	1 658	6 120	46 443	x	x	x	x
22 016	86 172	27 518	128 930	572 938	23 088	114 898	490 059	+	19,2	+ 12,2	+ 16,9
13 227	50 860	15 393	84 926	301 084	15 270	64 352	274 391	+	0,8	+ 32,0	+ 9,7
8 779	35 312	12 125	44 004	271 854	7 818	50 546	215 668	x	x	x	x
9 616	41 854	13 846	50 678	321 446	9 476	56 666	262 111	x	x	x	x
524 263	2 051 972	75 493	482 844	1 883 147	83 457	519 127	2 037 781	-	9,5	- 7,0	- 7,6
280 858	1 068 585	43 854	255 906	967 743	48 634	281 529	1 069 803	-	9,8	- 9,1	- 9,5
243 405	983 387	31 639	226 938	915 404	34 823	237 598	967 978	-	9,1	- 4,5	- 5,4
54 096	220 893	6 429	52 709	212 735	7 061	53 662	220 805	-	9,0	- 1,8	- 3,7
41 034	222 553	11 121	38 200	202 975	12 888	43 375	232 512	-	13,7	- 11,9	- 12,7
10,5	8,0	10,5	9,6	7,2	11,7	10,4	7,9	x	x	x	x
40 458	277 158	8 218	48 213	313 604	6 134	38 793	251 415	+	34,0	+ 24,3	+ 24,7
14 186	49 712	1 812	14 270	55 808	3 142	24 253	107 873	-	42,3	- 41,2	- 48,3
1 040 896	7 190 032	134 679	1 069 227	7 409 867	134 004	1 033 501	7 213 063	+	0,5	+ 3,5	+ 2,7
87 076	594 691	114 767	1 190 896	7 993 374	115 158	1 158 165	7 860 241	-	0,3	+ 2,8	+ 1,7
4 244	29 967	7 898	53 623	373 534	7 486	49 572	346 627	+	5,5	+ 8,2	+ 7,8
21 830	128 759	42 183	271 426	1 587 941	38 054	264 370	1 489 844	+	10,9	+ 2,7	+ 6,6
29 149	148 484	90 088	356 994	1 821 700	79 422	321 882	1 704 251	+	13,4	+ 10,9	+ 6,9
8 069	45 601	12 313	94 193	532 072	10 457	88 922	525 188	+	17,7	+ 5,9	+ 1,3
177 104	1 007 056	21 109	182 988	1 021 862	20 776	174 728	998 913	+	1,6	+ 4,7	+ 2,3
14 643	83 030	25 825	242 150	1 324 365	26 299	232 056	1 313 063	-	1,8	+ 4,3	+ 0,9
526	3 087	1 022	7 519	42 570	921	6 607	38 786	+	11,0	+ 13,8	+ 9,8
2 280	13 603	3 920	26 109	138 596	3 469	22 441	124 531	+	13,0	+ 16,3	+ 11,3
690	3 974	2 092	14 686	74 332	1 971	13 310	69 624	+	6,2	+ 10,3	+ 6,8
105	753	669	2 195	15 627	644	2 045	14 653	+	3,9	+ 7,3	+ 6,6
43 111	211 785	78 564	612 411	3 039 356	71 250	543 270	2 827 379	+	10,3	+ 12,7	+ 7,5
30 068,6	150 311,9	42 004,8	102 437,3	549 667,1	42 216,5	105 625,9	535 525,4	-	0,5	- 3,0	+ 2,6
19 630,7	110 419,3	21 748,3	67 756,5	402 617,2	22 647,5	71 203,6	396 940,8	-	4,0	- 4,8	+ 1,4
1 100,9	6 041,1	958,6	4 438,8	25 368,4	908,0	4 326,6	24 208,6	+	5,6	+ 2,6	+ 4,8
2 110,8	11 499,5	2 115,4	8 540,3	48 640,1	2 024,7	8 219,9	46 245,5	+	4,5	+ 3,9	+ 5,2

gehörigkeit. – *) Die Zahlen für den aktuellen Monat des laufenden Jahres sind vorläufig. Aufgrund der – erfahrungsgemäß geringen – Korrekturen können sich auch noch den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. – ²⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/ -post. – ³⁾ Quelle: Statistisches

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	3. Vj. 90 2. Vj. 90	1 647 1 640	2 151 2 146	1 231 1 220	952 950	627 626	645 641	576 575	579 576	551 549	511 510	493 491
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	11,6 11,3	13,4 13,3				24,1 23,6		20,4 20,0	10,4 10,1	10,9 10,8	
Lebendgeborene	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	4 089 4 023	5 783 5 429	4 580 3 101	2 834 2 256	1 795 1 422	1 794 1 342	1 597 1 340	1 622 1 543	1 498 1 302	1 546 1 225	1 768 1 230
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	18,0 17,8	25,0 25,3		23,4 29,4	14,6 15,5	33,5 33,6	20,3 20,8	23,6 24,3	16,8 16,3	17,9 16,7	
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	9,8 9,8	10,7 10,1	14,8 10,2	11,8 9,5	11,4 9,1	11,0 8,4	11,0 9,3	11,1 10,8	10,8 9,5	12,0 9,6	14,2 10,1
Gestorbene	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	5 020 5 007	6 984 7 082	3 242 3 015	2 529 2 433	1 998 2 130	1 997 1 635	1 733 1 790	1 384 1 422	1 502 1 584	1 753 1 637	1 521 1 420
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	12,1 12,2	12,9 13,2	10,4 9,9	10,5 10,3	12,6 13,6	12,3 10,2	11,9 12,5	9,5 9,9	10,8 11,6	13,6 12,9	12,2 11,6
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	931 984	1 201 1 653	+ 1 338 + 86	+ 305 - 177	+ 203 - 708	+ 203 - 293	+ 136 - 450	+ 238 + 121	+ 4 - 282	+ 207 - 412	+ 247 - 190
Zugezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	25 485 20 002	27 145 25 742	31 777 22 543	11 241 8 874	4 881 3 883	11 834 10 324	6 935 5 968	14 424 11 153	8 530 6 251	7 672 6 585	12 162 10 890
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	61,4 48,9	50,1 48,1	102,4 74,1	46,8 37,5	30,9 24,9	72,8 64,6	47,8 41,6	98,8 77,7	61,4 45,7	59,5 51,8	97,8 89,0
Fortgezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	17 788 14 927	21 185 18 420	20 495 15 527	9 310 8 321	3 673 1 892	8 262 6 902	6 317 5 520	11 290 8 724	6 186 4 907	5 957 5 455	9 421 7 454
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	42,8 36,5	39,1 34,4	66,0 51,1	38,8 35,1	23,2 12,1	50,8 43,2	43,5 38,5	77,4 60,8	44,5 35,9	46,2 42,9	75,8 60,9
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 7 697 + 5 075	+ 5 960 + 7 322	+ 11 282 + 7 016	+ 1 931 + 553	+ 1 208 + 1 991	+ 3 572 + 3 422	+ 618 + 448	+ 3 134 + 2 429	+ 2 344 + 1 344	+ 1 715 + 1 130	+ 2 741 + 3 436
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 18,5 + 12,4	+ 11,0 + 13,7	+ 36,3 + 23,1	+ 8,0 + 2,3	+ 7,6 + 12,8	+ 22,0 + 21,4	+ 4,3 + 3,1	+ 21,5 + 16,9	+ 16,9 + 9,8	+ 13,3 + 8,9	+ 22,0 + 28,1
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 6 766 + 4 091	+ 4 759 + 5 669	+ 12 620 + 7 102	+ 2 236 + 376	+ 1 005 + 1 283	+ 3 369 + 3 129	+ 482 - 2	+ 3 372 + 2 550	+ 2 340 + 1 062	+ 1 508 + 718	+ 2 988 + 3 246
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 16,3 + 10,0	+ 8,8 + 10,6	+ 40,7 + 23,4	+ 9,3 + 1,6	+ 6,4 + 8,2	+ 20,7 + 19,6	+ 3,3 - 0,0	+ 23,1 + 17,8	+ 16,8 + 7,8	+ 11,7 + 5,6	+ 24,0 + 26,5
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	28 663 30 137	47 983 30 044	24 648 24 956	17 537	10 265 10 157	8 044 8 424	...	10 107 9 808	11 190 8 726	8 694 8 674	7 921 8 728
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	69,0 73,7	88,5 56,1	79,4 82,1	...	64,9 65,1	49,5 52,7	...	69,2 68,3	80,5 63,8	67,4 68,2	63,7 71,4
Arbeitsmarkt²⁾													
Arbeitslose	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	69 925 74 027	84 031 86 435	30 936 31 972	45 756 47 307	31 231 33 373	25 345 26 276	34 645 37 371	13 960 14 132	31 505 33 677	34 590 35 280	27 221 28 570
und zwar Männer	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	40 502 42 929	47 937 49 553	15 076 15 592	26 721 27 298	17 957 19 205	13 702 14 176	18 568 20 137	7 255 7 402	17 317 18 498	18 481 18 691	12 366 12 754
Frauen	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	29 423 31 098	36 094 36 882	15 860 16 380	19 035 20 009	13 274 14 168	11 643 12 100	16 077 17 234	6 705 6 730	14 188 15 179	16 109 16 589	14 855 15 816
Teilzeitkräfte	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	6 019 6 436	5 934 5 890	4 413 4 756	3 278 3 501	2 195 2 282	2 930 3 042	3 278 3 513	1 420 1 391	3 164 3 332	3 259 3 466	3 777 4 344
Arbeitslosenquote	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	9,7 10,3	8,7 9,0	3,4 3,5	11,1 11,5	12,2 13,0	4,6 4,8	8,3 8,9	3,3 3,4	11,5 12,3	10,0 10,2	5,4 5,7
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	10 315 10 951	13 239 13 391	5 943 6 172	9 713 9 724	2 948 2 950	5 929 6 132	5 715 6 135	3 705 3 766	3 108 3 306	5 157 5 250	3 817 4 190
Offene Stellen	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	8 877 9 318	7 390 9 701	20 459 19 451	4 951 5 084	1 990 1 865	8 501 8 303	5 094 5 055	10 434 10 614	4 052 3 496	3 610 3 632	8 182 7 646
Kurzarbeiter	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	467 951	1 562 1 604	97 251	407 316	26 56	105 217	50 229	10 1	438 400	164 452	625 1 072

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	135 497	175 783	167 841	98 863	44 658	103 081	74 775	123 812	70 712	76 640	86 695
		2. Vj. 90	134 309	170 520	166 925	99 085	44 840	101 840	73 695	123 086	69 228	74 742	85 172
je 1000 Einwohner	Anzahl	3. Vj. 90	82	82	136	104	71	160	130	214	128	150	176
		2. Vj. 90	82	79	137	104	72	159	128	214	126	147	174
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	3. Vj. 90	1 896	2 089	2 683	1 493	635	1 829	1 095	1 868	928	1 071	1 057
		2. Vj. 90	2 002	2 066	2 643	1 515	638	1 798	1 146	2 065	1 276	976	1 031
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	56	47	63	60	56	70	58	60	52	55	48
		2. Vj. 90	60	49	64	61	57	71	62	67	74	52	49
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	10 642	13 639	14 739	7 824	3 019	4 762	4 990	6 528	5 616	3 966	3 930
		2. Vj. 90	10 144	12 529	14 739	7 553	2 867	4 582	5 282	6 279	6 315	4 061	3 716
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	22 169	14 240	15 968	8 550	3 747	7 825	5 655	7 738	6 144	4 440	4 267
		2. Vj. 90	21 078	12 964	15 973	8 264	3 220	7 364	5 916	7 339	6 841	4 432	4 036
darunter Auslandsumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	3 034	1 551	7 028	2 579	393	2 066	1 785	2 421	2 322	1 353	924
		2. Vj. 90	3 006	1 519	7 414	2 871	401	2 257	2 313	2 218	2 483	1 482	1 002
Gesamtumsatz ⁴⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	53	26	51	36	24	48	39	53	44	34	34
		2. Vj. 90	52	24	53	35	21	46	41	51	50	35	33
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	649	321	377	343	333	301	300	248	345	230	195
		2. Vj. 90	629	305	384	335	288	290	322	239	396	238	190
Bauhauptgewerbe³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	16 326	27 600	26 360	9 922	6 708	13 643	9 798	10 438	7 424	6 373	8724
		2. Vj. 90	15 637	26 536	25 904	9 809	6 634	13 886	9 424	10 327	6 975	6 242	8 698
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	866	1 148	1 093	442	226	550	502	509	352	282	325
		2. Vj. 90	760	939	1 004	398	241	524	428	476	270	216	278
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	3. Vj. 90	607 499	785 846	1 072 207	358 140	57 946	551 659	255 542	155 653	128 493	147 848	227 767
		2. Vj. 90	553 807	804 964	955 551	308 397	62 512	495 701	267 752	146 733	110 907	137 363	197 023
Fremdenübernachtungen von Gästen	Anzahl	3. Vj. 90	1 148 411	1 989 616	2 035 592	683 563	145 845	1 005 666	465 919	311 246	232 993	242 882	391 918
		2. Vj. 90	1 050 895	2 069 222	1 837 228	660 898	178 222	887 151	582 872	303 278	208 314	251 770	354 092
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	Anzahl	3. Vj. 90	444 324	554 155	1 081 463	323 945	29 522	616 231	202 382	119 118	62 930	76 656	127 309
		2. Vj. 90	340 842	489 930	850 505	301 548	46 610	504 164	294 861	103 003	56 651	72 627	98 294
Fremdenübernachtungen von Gästen je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	3. Vj. 90	2 766	3 669	6 558	2 847	923	6 189	3 211	2 132	1 677	1 884	3 152
		2. Vj. 90	2 570	3 867	6 042	2 790	1 142	5 549	4 065	2 113	1 522	1 981	2 895
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁵⁾	Anzahl	3. Vj. 90	19 013	17 402	22 532	11 350	7 231	7 784	9 781	5 250	5 195	5 604	
		2. Vj. 90	21 386	19 208	26 512	15 017	8 073	9 908	12 102	6 084	5 950	4 887	
Steuer-einnahmen													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital - nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer	Mio. DM	3. Vj. 90	454	136	605	255	118	349	222	191	88	116	126
		2. Vj. 90	312	135	323	232	90	322	213	139	95	101	84
(Gemeindeanteil)	DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	1 094	250	1 949	1 062	748	2 150	1 530	1 312	635	899	1 012
		2. Vj. 90	763	253	1 061	980	574	2 015	1 488	970	692	796	686
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	3. Vj. 90	277	115	227	132	77	99	89	92	70	57	73
		2. Vj. 90	298	105	207	114	83	96	96	98	63	61	67
DM je Einwohner und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	668	213	732	548	490	608	614	632	506	445	590
		2. Vj. 90	729	196	681	483	534	599	668	684	458	481	546

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. - ²⁾ Arbeitsamtsbezirk. - ³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁴⁾ Ohne Umsatzsteuer. - ⁵⁾ einsch. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post.

Im August 1991 veröffentlichte Statistische Berichte

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken, Kern- und Ortsamtsgebieten im 1.Vierteljahr 1990
Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken, Kern- und Ortsamtsgebieten im 2.Vierteljahr 1990
Einbürgerungen in Hamburg 1990
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 3.Vierteljahr 1990

Produzierendes Gewerbe

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe Mai und Juni 1991

Bautätigkeit

Bauhauptgewerbe Mai 1991
Ausbaugewerbe April und Mai 1991

Handel und Gastgewerbe

Einzelhandel Mai 1991
Ausfuhr des Landes Hamburg Januar bis März 1991 (Spezialhandel)
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure über Hamburg und über andere Grenzstellen
1.Vierteljahr 1991 (Generalhandel)
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr Mai und Juni 1991

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle Februar 1991

Umweltschutz

Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 1989

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich; sie enthält textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse sowie mehrere ständige Zahlenübersichten.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtsreihen gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Taschenbuch

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen.

Das Statistische Taschenbuch 1990 ist 253 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Faltblatt „Daten und Informationen“

In dem jährlich herausgegebenen Faltblatt „Daten und Informationen“ wird ein breites Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik in knapper Form dargeboten. Das Faltblatt wird Interessenten kostenlos überlassen.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1990

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält die amtlich benannten Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet, mit Angabe der Ortsteile, Stadtteile, Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke; zudem werden die Standesamts-, Finanzamts- und Amtsgerichtsbezirke aufgeführt. Das Verzeichnis umfaßt des weiteren eine Zusammenstellung der Hamburger Kleingartenvereine. Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist 377 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 15,- DM.

Statistik des Hamburgischen Staates

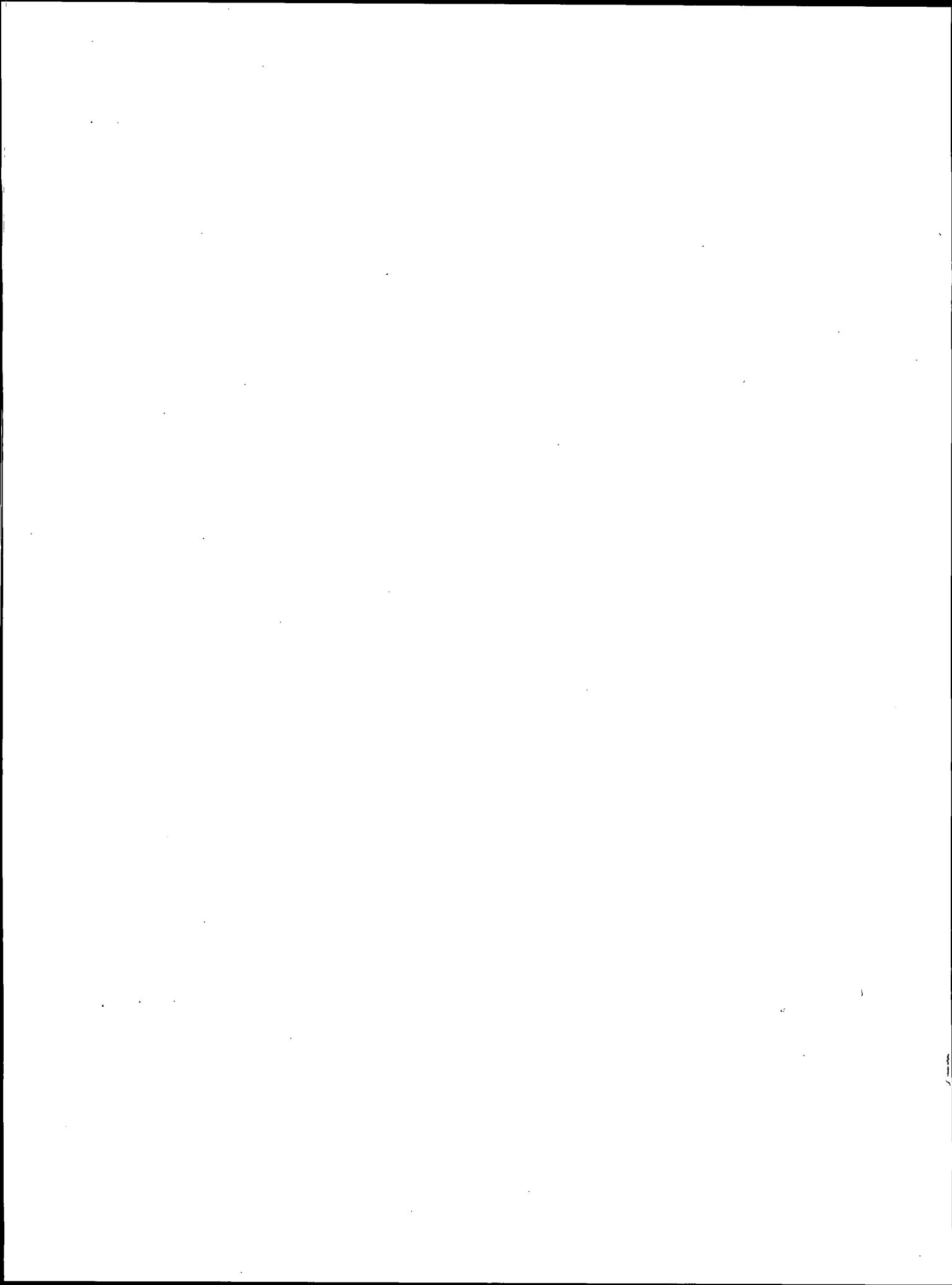
In dieser Reihe erscheinen Quellenwerke mit tiefgegliederten Tabellen aus Großzählungen und wichtigen laufenden Statistiken. Darüber hinaus werden in dieser Reihe die Ergebnisse von Wahlen ausführlich dokumentiert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
- Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
- Heft 107 Die Pendelwandlung über die Hamburger Landesgrenze – Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 – (vergriffen)
- Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 – Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
- Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 – Landesergebnisse –
- Heft 110 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
- Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
- Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
- Heft 113 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
- Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
- Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
- Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
- Heft 117 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1975
- Heft 118 Regionalstatistik – Daten für die Region Hamburg/Umland 1976 (vergriffen)
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 (vergriffen)
- Heft 130 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik – Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982

- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1985
- Heft 146 Handels- und Gaststättenzählung 1985
- Heft 147 Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987
- Heft 148 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 9. November 1986 und am 17. Mai 1987
Teil 1: Wahlen am 9. November 1986
Teil 2: Wahlen am 17. Mai 1987
- Heft 149 Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989

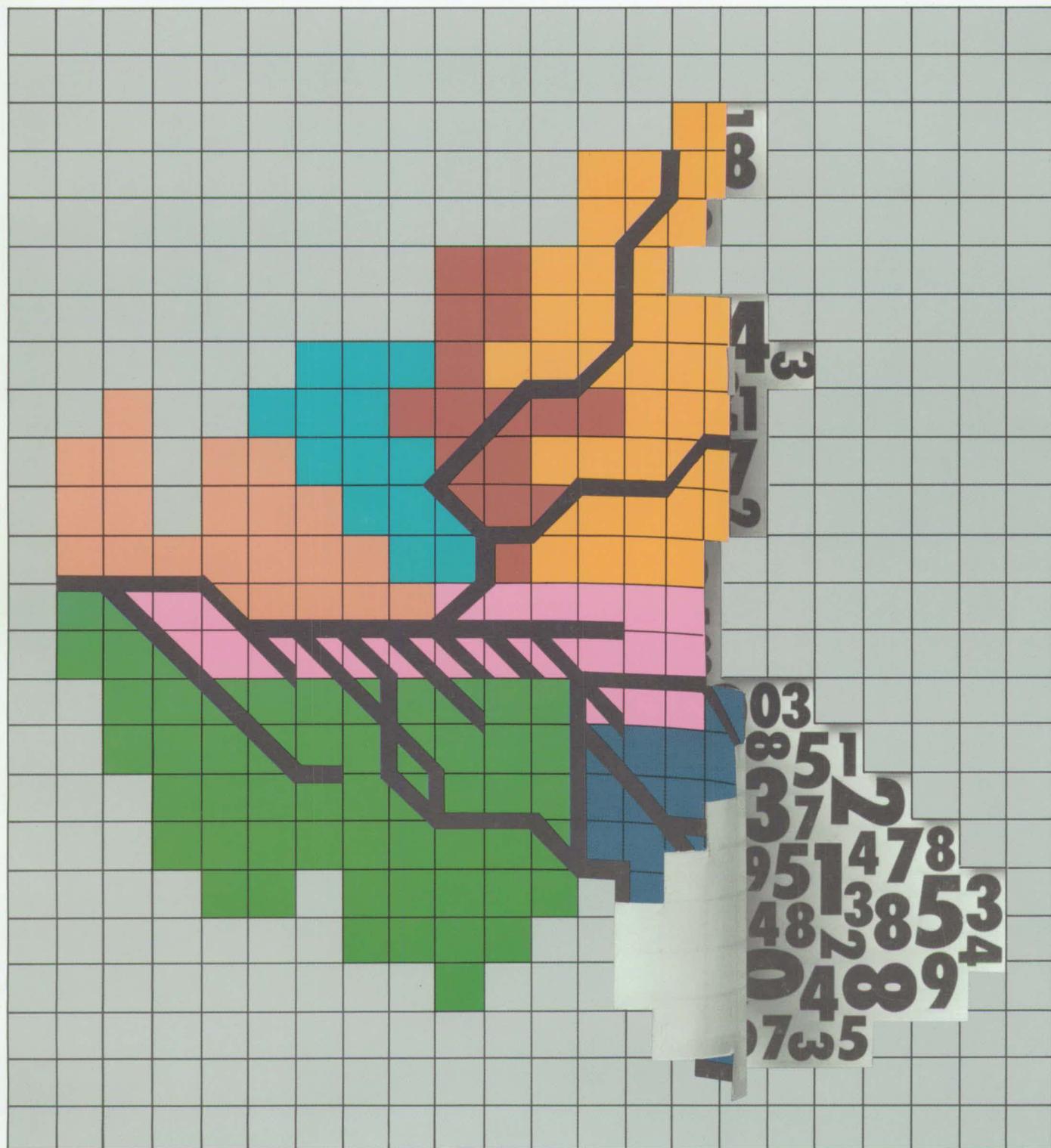
Vertrieb der vorstehenden Veröffentlichungen:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721
Telefax: (040) 3681-1700
Btx: * 36 502 #



Hamburg in Zahlen

1991

10



Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
- ≐ = entspricht
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

- MD = Monatsdurchschnitt
- Vj = Vierteljahr
- Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Impressum

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11

Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721

Telefax: (040) 3681-1700

Btx: * 36 502 #

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Erhard Hruschka

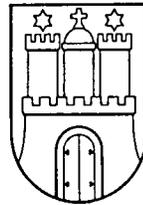
Einzelpreis: DM 4,-

Jahresabonnement: DM 40,-

Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamtes
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 10.1991

Das statistische Stichwort

Zeitbudgeterhebungen 326

*

Statistik aktuell

Eckdaten der natürlichen

Bevölkerungsbewegung 326

Straßenverkehrsunfälle

kosteten eine Milliarde DM 326

Hoher Bauüberhang 326

Leichtes Heizöl

wichtigstes Raffinerie-
erzeugnis 326

*

Schaubild des Monats

Betriebe und genutzte

Fläche in der Hamburger

Landwirtschaft 327

*

100 Jahre Statistisches Jahr- buch Deutscher Gemeinden

Hamburg als Hochschulstandort

im Zahlenvergleich mit anderen

deutschen Großstädten 328

*

Grundprogramm für

ein Statistisches

Umweltberichtssystem 332

*

1866 -1991

125 Jahre Statistisches

Landesamt Hamburg 340

*

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

Schulabschlüsse und

Ausbildungsfachrichtungen 344

*

Das interessiert in Hamburg

Diagramme 348

Hamburg heute und gestern 348

Statistik der anderen 348

Neue Schriften 348

Der Draht zum StaLa 349

*

Hamburger Zahlenspiegel 350

Hamburg im

großräumlichen Vergleich 356

Hamburg im Städtevergleich 358

Das statistische Stichwort

Zeitbudgeterhebungen

In vielen Ländern gibt es im Rahmen der amtlichen Statistik sogenannte Zeitbudgeterhebungen. Auch für die Bundesrepublik hat sich in den vergangenen Jahren ein breiter Informationsbedarf entwickelt, der nur durch Daten zum Zeitbudget von Personen beziehungsweise Haushalten beantwortet werden kann.

Ein wesentliches Ziel dieser Erhebungen ist die Bereitstellung von Daten über die „Haushaltsproduktion“ für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, das heißt von Angaben über die in privaten Haushalten geleistete unbezahlte Arbeitszeit für Tätigkeiten, die von nicht haushaltsangehörigen Personen gegen Entgelt geleistet werden könnten („Dritt-Personen-Kriterium“).

Aus den Zeitbudgeterhebungen wird weiterhin eine Vielzahl von Erkenntnissen für die Ausgestaltung einer sachgerechten Frauen- und Familienpolitik erwartet: So sollen Untersuchungen zur Zeitverwendung für die Erziehung von Kindern verschiedener Altersstufen und in Familien mit unterschiedlicher Kinderzahl und die Gegenüberstellung mit der Zeitverwendung kinderloser Haushalte ermöglicht werden. Weitere Beispiele für politisch bedeutsame Verwendungszwecke der Ergebnisse dieser Erhebungen sind die zeitlichen Belastungen in unterschiedlichen Phasen des Lebens- und Familienzyklus, die Belastung in spezifischen familialen Lebenslagen, wohnstandortabhängige Einflüsse auf die Zeitverwendung, der Umfang der Betreuung älterer Menschen sowie von pflegebedürftigen und kranken Personen und die Aufteilung der Arbeiten innerhalb der Familien.

Ein drittes Ziel ist die Ermittlung von Zeitbudgetdaten für Analysen über die Arten und Trends in der Freizeitgestaltung, über die Wegezeiten im Zusammenhang mit den einzelnen Aktivitäten, über unterschiedliche Lebensstile oder die Auswirkungen von Arbeitszeitverkürzungen und Teilzeitarbeit. Die rechtliche Grundlage für diese repräsentativen Erhebungen über Beginn und Ende, Häufigkeit, Dauer und Reihenfolge von Aktivitäten ist § 7 des Bundesstatistikgesetzes, der zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs oder für wissenschaftlich-methodische Fragestellungen Statistiken ohne Auskunftspflicht bei höchstens 10 000 Befragten gestattet.

Bei der in Kürze beginnenden Zeitbudgeterhebung soll jedes Haushaltsmitglied, das mindestens zwölf Jahre alt ist, in ein Tagebuch alle Tätigkeiten eintragen, die mindestens fünf Minuten dauern. Das Tagebuch soll jeweils an zwei aufeinanderfolgenden Tagen geführt werden, und zwar viermal im Abstand von zwei bis drei Monaten.

Jens Gerhardt

Statistik aktuell

Eckdaten der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Im Jahr 1990 wurden 16 693 Kinder von Hamburger Müttern geboren, das waren fast neun Prozent mehr als im Vorjahr. Bei den 3007 ausländischen Neugeborenen war die Steigerung gegenüber 1989 nicht ganz so hoch und lag „nur“ bei acht Prozent. Gestorben sind 1990 in Hamburg 21 199 Personen. Hier konnte gegenüber dem Vorjahr ein leichter Rückgang verzeichnet werden. Der Ausländeranteil dabei war mit knapp zwei Prozent nur sehr gering. 9938 Ehen wurden 1990 in Hamburg geschlossen. In den Monaten Mai und August fanden die meisten Eheschließungen statt, die wenigsten im Januar und Februar. Geschieden wurden 4202 Ehen.

Isolde Schlüter

Straßenverkehrsunfälle kosteten eine Milliarde DM

Neben dem persönlichen Leid, das häufig mit Straßenverkehrsunfällen verbunden ist, bringen die Folgen derartiger Unfälle in zweifacher Hinsicht auch volkswirtschaftliche Nachteile: Einerseits führen sie zu Aufwendungen für die Beseitigung der Unfallfolgen (Wiederherstellungskosten), andererseits zum Verlust an Produktions- beziehungsweise Konsummöglichkeiten bei den betreffenden Unfallopfern. Zur Schätzung der Unfallkosten werden von der Bundesanstalt für Straßenwesen jährlich aktuelle Kostensätze für jede Unfallfolge (Personenschäden differenziert nach Getöteten, Schwer- beziehungsweise Leichtverletzten sowie Sachschäden) ermittelt. Die gesamtwirtschaftliche Bewertung ergibt sich aufgrund einer Betrachtung des wirtschaftlichen Nutzens vermiedener Sach- und Personenschäden.

Für die in Hamburg registrierten Unfälle ergaben sich im Jahr 1990 gesamtwirtschaftliche Kosten in Höhe von etwa einer Milliarde DM. Davon entfiel mit 305 Millionen DM knapp ein Drittel auf Personenschäden. Der bei insgesamt rund 66 000 Unfällen registrierte Sachschaden belief sich auf fast 700 Millionen DM. Während die rund 9000 Unfälle mit schwerem Sachschaden 215 Millionen DM Kosten verursachten, kamen die 46 000 leichten Sachschadensunfälle auf 304 Millionen DM. Der Sachschadensbetrag der über 11 000 Personenschadensunfälle blieb mit 175 Millionen DM gering.

Erich Walter

Hoher Bauüberhang

Am Jahresende 1990 gab es in Hamburg Genehmigungen für 9363 Wohnungen, bei denen der Bauvorgang noch nicht abgeschlossen war. Von diesem sogenannten Bauüberhang entfielen 1542 Wohneinheiten auf Nichtwohngebäude sowie auf Baumaßnahmen am Altbestand (beispielsweise Dachgeschoß-

ausbau). 7821 Wohnungen sollen in neuen Wohngebäuden entstehen.

Der Bauüberhang Ende 1990 übertraf das Vorjahresergebnis um fast das Doppelte. Zu dieser Entwicklung hat die seit langem höchste Anzahl von 8853 im vergangenen Jahr als genehmigt gemeldeten Wohnungen beigetragen.

Bei den meisten Wohnungen (60 Prozent) war Ende 1990 noch nicht mit der Bauausführung begonnen, bei einem guten Fünftel waren zwar die Bauarbeiten angelaufen, das Richtfest stand jedoch noch aus. Erst ein Sechstel der Wohnungen war bereits rohbaufertig und dürfte inzwischen größtenteils bezugsfertig geworden sein.

In der nahen Zukunft ist in der Hansestadt vor allem mit vermehrten Baufertigstellungen von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sowie von zusätzlichem Wohnraum im Altbestand zu rechnen, da hier die Bauüberhänge um 3800 beziehungsweise 1400 Einheiten über denen des Vorjahres liegen. Ein moderater Anstieg ist im Eigenheimbau zu erwarten, bei dem das Vorjahresergebnis um 770 Einheiten (plus 58 Prozent) übertroffen wurde.

Rüdiger Lenthe

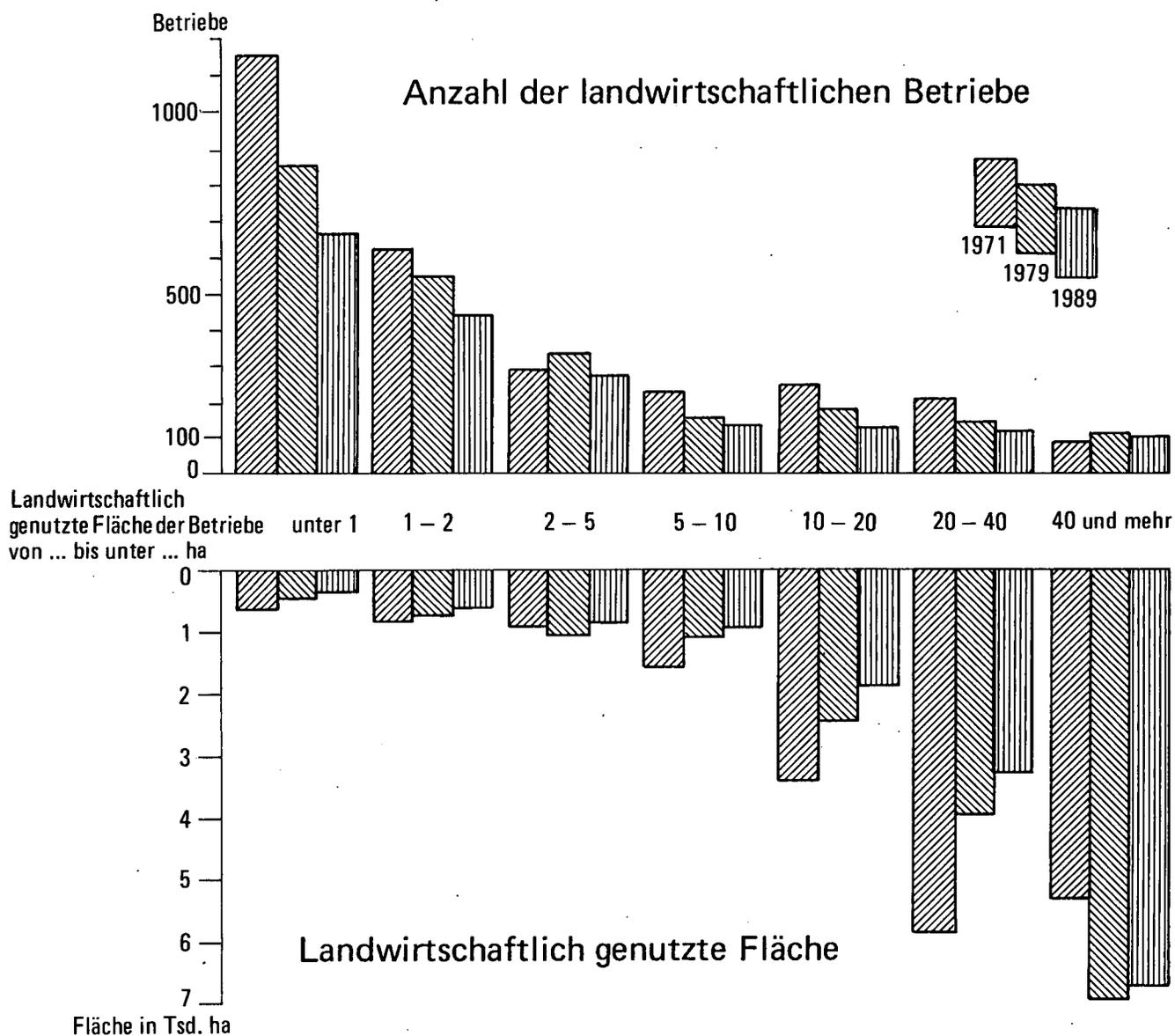
Leichtes Heizöl wichtigstes Raffinerie- erzeugnis

In den überwiegend im Hamburger Hafengebiet ansässigen Raffinerien wurden im Jahr 1990 insgesamt 9,8 Millionen Tonnen Rohöl (einschließlich Halbfabrikate) verarbeitet und zu höherwertigen Produkten umgewandelt. Seit jeher von großer Bedeutung war dabei die Gewinnung von leichtem Heizöl, das in erster Linie für Heizzwecke in Haushalten und Gewerbe dient. Die Menge betrug 1990 gut 2,6 Millionen Tonnen, dies sind fast 27 Prozent der gesamten in Raffinerien erzeugten Produkte. An zweiter Stelle lag die Herstellung von Benzin; sie erreichte ein Volumen von 2,3 Millionen Tonnen (23 Prozent). Auf 17 Prozent belief sich der Anteil von schwerem Heizöl – insgesamt 1,7 Millionen Tonnen –, das häufig zur Erzeugung von Prozesswärme in den Industriebetrieben sowie von Strom in Wärmekraftwerken eingesetzt wird. Fast den gleichen Wert erreichte die Fabrikation von Schmierstoffen, Mineralöl, Paraffinen und anderen hochwertigen Substanzen, die unter der Position „Andere Mineralölprodukte“ zusammengefaßt werden. Auf Dieselkraftstoffe entfiel in Hamburg nur ein Zehntel der Gesamtproduktion.

Eine etwas andere Rangfolge ergibt sich für das Bundesgebiet (alte Bundesländer). Weit an der Spitze lag hier mit 34 Prozent die Erzeugung von Benzin, das hauptsächlich aus Raffinerien in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern stammte. Bei leichtem Heizöl wurde ein Anteil von 25 Prozent erzielt. Knapp 15 Prozent wurden für Dieselkraftstoffe und nicht ganz zehn Prozent für schweres Heizöl registriert. Noch geringer war auch der Prozentsatz für die Rubrik „Andere Mineralölprodukte“ (acht Prozent).

Johannes Marx

Betriebe und genutzte Fläche in der Hamburger Landwirtschaft



Zwischen 1971 und 1989 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Hamburg von 2814 auf 1837 um fast 35 Prozent verringert; die Nutzfläche ging im gleichen Zeitraum von 18 498 Hektar zurück (minus 21 Prozent).

Bei den hauptsächlich dem Bereich Gartenbau zuzurechnenden kleinen Betrieben bis unter zwei Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche nahm gegenüber 1971 die Zahl der Betriebe um fast zwei Fünftel ab, während sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche um gut ein Drittel verringerte.

In der Gruppe der Betriebe mit zwei bis unter fünf Hektar ist sowohl bei den Betrieben als auch bei deren Fläche nach einer zwischenzeitlichen leichten Zunahme die geringste Abnahme zu verzeichnen (minus sechs Prozent). In den übrigen Größenklassen bis unter 40 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche liegt die Abnahme bei den Betrieben sowie auch bei der Fläche jeweils zwischen gut 40 und knapp 45 Prozent.

Bei den großen Einheiten ab 40 Hektar Nutzfläche zeigt sich ein etwas anderes Bild. Durch Flächenübernahme wuchs eine Reihe von Betrieben in diese Größenklasse hinein. Ihre Zahl stieg um fast ein Fünftel, die landwirtschaftlich genutzte Fläche um gut ein Viertel an.

Otto Riecken

100 Jahre Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden

Hamburg als Hochschulstandort im Zahlenvergleich mit anderen deutschen Großstädten

Hochschulen haben über die unmittelbare Bildungs- und Forschungsfunktion hinaus eine beträchtliche kulturelle, aber auch soziale und wirtschaftliche Bedeutung für ihre Sitzstädte. Das „Statistische Jahrbuch deutscher Städte“ hat daher dem Hochschulbereich schon in seinem 1890 erschienenen ersten Jahrgang eine Zahlenübersicht gewidmet. Die Zusammenstellung wird hier im Faksimile wiedergegeben.

Nach dieser Tabelle über das Wintersemester 1888/89 waren Berlin mit annähernd 7700 und München mit fast 4900 „Studierenden“ die Großstädte mit den meisten Hochschulbesuchern im damaligen Deutschen Reich. Es folgte Leipzig, wo über 4300 Hochschüler einem Studium nachgingen. Bezieht man die Studierenden jeweils auf die Einwohnerzahl der Städte, so errechnen sich für München 14, für Leipzig zwölf und für Berlin fünf Studierende je 1000 der Bevölkerung.

Aus dem Kreis der Großstädte hatte Hannover keine Hochschulangaben für das erste Statistikjahr der Städte geliefert. Des weiteren fehlen alle kleineren Hochschulorte. Hamburg konnte – da die Universität als erste Hochschule in der Stadt erst 1919 eingerichtet wurde – in der Übersicht für das Wintersemester 1888/89 naturgemäß nicht aufgeführt werden.

Die zweite Ausgabe des städtestatistischen Jahrbuches enthält über Hochschulen eine modifizierte Tabelle für das gleiche Semester wie im ersten Band. Vom dritten Jahrgang ab ist die Berichterstattung über den Hochschulsektor in der Jahrbuchreihe jedoch „der Vereinfachung halber“ (so das Vorwort zur Ausgabe von 1893) eingestellt worden. Eine Ursache für die Herausnahme der Hochschulen aus dem Veröffentlichungsprogramm mag auch in einem bei den Anmerkungen zu der abgedruckten Tabelle erwähnten Tatbestand zu sehen sein. Nach der Fußnote ¹⁾ sind außer einigen wenigen – kirchlichen oder privaten – Hochschulen „sämtliche staatlich, städtisch keine“. Die Entwicklung der nicht von den Gemeinden finanzierten Hochschulen galt offensichtlich über einen langen Zeitraum hinweg nicht als ein in einem städtestatistischen Jahrbuch darzustellendes Thema. Zwar wurden zu Anfang dieses Jahrhunderts vereinzelt auch kommunale Hochschulen gegründet, umfassende Zahlennachweisungen über den tertiären Bildungsbereich begannen innerhalb der zwischenzeitlich in „Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden“ umbenannten Ver-

öffentlichung hingegen erst wieder in den 70er Jahren. Zuvor waren aus diesem Bereich lediglich spezielle Teilgebiete wie Hochschulbibliotheken oder Musikhochschulen behandelt worden.

In der 1973 herausgekommenen 60. Jahrbuchausgabe erscheinen als hochschulstatistischer Teilbeitrag erstmals Daten über die neugebildeten Fachhochschulen. Im 62. Jahrgang (1975) werden die Nachweisungen über den traditionellen Hochschulbereich ohne die Fachhochschulen neu aufgenommen. Ab dem 65. Jahrgang (1978) bietet die Publikationsreihe in einem Turnus von drei bis vier Jahren ein nach Hochschulorten und einzelnen Hochschulen gegliedertes konzentriertes Tabellarium über das gesamte Hochschulsystem. Ausschließliche Datenquelle ist die Hochschulstatistik der Statistischen Landesämter. Das zuletzt im gemeindestatistischen Jahrbuch veröffentlichte hochschulstatistische Tabellenwerk findet sich im 76. Jahrgang (1989) und betrifft das genau 100 Jahre nach dem ersten Berichtsjahr liegende Wintersemester 1988/89. Anhand dieses Materials wurde die Tabelle auf Seite 330 aufgestellt.

Das Hochschulsystem ist in den vergangenen Jahrzehnten zahlenmäßig außerordentlich stark expandiert. Nach dem Ergebnis der ersten verfügbaren vollständigen Hochschulstatistik für Deutschland gab es 1907 im damaligen Reichsgebiet insgesamt 60 500 Hochschulstudenten; dies war ein Student pro 1000 der Bevölkerung. Gut vier Jahrzehnte später, in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, betrug die Gesamtzahl der Studenten und Studentinnen wenig mehr als 100 000 oder zwei pro 1000 der Bevölkerung. Im Verlauf von weiteren etwa 40 Jahren (bis zum Wintersemester 1988/89) hatte sich die Anzahl der Studierenden auf 1,47 Millionen vervielfacht, und pro 1000 der Bevölkerung errechneten sich 24 Studierende an Hochschulen. Läßt man die Fachhochschulen außer Betracht, die früher dem beruflichen Schulwesen und nicht dem Hochschulsektor zugehörten, so ergibt sich eine Zahl von 1,13 Millionen Studierenden an wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen (= 18 je 1000 der Bevölkerung).¹⁾

¹⁾ Der Eindeutigkeit wegen sei erwähnt, daß sich die zuletzt genannten Angaben auf die Bundesrepublik in ihrem jeweiligen Gebietsstand beziehen.

Für die 13 deutschen Städte mit einer Einwohnerschaft von mindestens etwa einer halben Million Menschen verzeichnet die Hochschulstatistik im Wintersemester 1988/89 zusammen 577 000 Studierende. Damit waren an den Hochschulen dieser Großstädte rund 40 Prozent aller im Bundesgebiet studierenden Männer und Frauen immatrikuliert. Gegenüber dem Wintersemester 1977/78, zu dem das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden erstmals umfassende Daten für alle Hochschulformen darbietet, hat sich die Studierendenzahl in den 13 Großstädten ebenso wie im Bundesdurchschnitt insgesamt um 60 Prozent erhöht. Da sich die Anzahl der Hochschulen in diesen elf Jahren im Bundesgebiet von 277 auf 313 erweiterte, in den Großstädten aber durch Zusammenlegungen bislang eigenständiger Einrichtungen von 84 auf 82 verringerte, kann gefolgert werden, daß der vermehrte Zustrom Studierender die Überlastung an den großstädtischen Hochschulen in höherem Maße verstärkte als an den Hochschulen anderer Standorte, in denen auch neue Einrichtungen Teile des Zuwachses an Studierenden aufnehmen konnten.

Der Anstieg der Studierendenzahlen von 1977 bis 1988 fiel in den einzelnen Großstädten recht unterschiedlich aus. In Nürnberg hat sich der Bestand an Studenten und Studentinnen mehr als verdreifacht, in Duisburg nahezu verdoppelt. Einen Zuwachs von 70 bis 80 Prozent verzeichneten die Studierendenzahlen in Dortmund, Bremen und Düsseldorf. Steigerungen in der Nähe der 60 Prozent ausmachenden durchschnittlichen Zunahme waren für Hamburg, Köln, Stuttgart und Hannover zu beobachten. Auf etwas über 40 bis gut 50 Prozent belief sich die Erhöhung der Studierendenzahlen während des genannten Elf-Jahreszeitraumes in Frankfurt am Main, Essen, Berlin und München.

An den Hamburger Hochschulen hatten sich im Wintersemester 1988/89 insgesamt 62 000 Studierende eingeschrieben; dies war die vierthöchste Studierendenzahl unter den deutschen Großstädten. Die meisten Studenten und Studentinnen gab es mit 106 300 in München und mit 105 700 in Berlin. Die Stadt mit dem drittgrößten Hochschulbesuch war Köln (76 100 Studierende). Nach Hamburg folgten Frankfurt am Main und Hannover an fünfter und sechster Stelle.

Der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden machte in den meisten Groß-

XV. Unterrichtswesen.

VI. Hochschulen. Winter-Semester 1888/89.¹⁾

Städte L. = Lehrkräfte, S. = Studierende.	Universitäten	Technische Hochschulen	Berg-Akademien	Clerical-Seminare und -Lyceen	Kriegsschulen	Kunst-Akademien	Hochschulen für Musik	Land-wirtschaftliche Hochschulen	Thierarznei-schulen
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Berlin.....	{L. 308 S. 5631	175 873	19 109	— —	— —	25 233	39 208	26 240	14 371
Breslau.....	{L. 130 S. 1289	— —	— —	*10 ²⁾ 101	— —	— —	— —	5 23	— —
München.....	{L. 163 S. 3602	96 496	— —	— ³⁾ (89)	16 77	21 356	39 229 ⁶⁾	— —	15 103
Dresden.....	{L. — S. —	45 268	— —	— —	— —	20 141	56 248 ⁷⁾	— —	13 126
Leipzig.....	{L. 180 S. 3430	— —	— —	— —	— —	16 271	41 610 ⁸⁾	— —	— —
Köln.....	{L. — S. —	— —	— —	*4 39	— —	— —	*34 275 ⁹⁾	— —	— —
Frankfurt a. M.....	{L. — S. —	— —	— —	*2 18	— —	*6 177 ⁴⁾	*50 454 ¹⁰⁾	— —	— —
Königsberg i. P.....	{L. 95 S. 755	— —	— —	— —	— —	10 47	— —	— —	— —
Stuttgart.....	{L. — S. —	73 264	— —	— —	— —	10 80	*42 529	— —	16 105
Düsseldorf.....	{L. — S. —	— —	— —	— —	— —	17 —	— —	— —	— —
Strassburg i. E.....	{L. 116 S. 885	— —	— —	*9 158	— —	— —	— —	— —	— —
Aachen.....	{L. — S. —	41 160	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Braunschweig.....	{L. — S. —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Halle a. S.....	{L. 111 S. 1667	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Augsburg.....	{L. — S. —	— —	— —	4 32	— —	— —	— —	— —	— —
Mainz.....	{L. — S. —	— —	— —	*8 42	— —	— —	— —	— —	— —
Cassel.....	{L. — S. —	— —	— —	— —	15 95	10 68 ⁵⁾	— —	— —	— —
Karlsruhe.....	{L. — S. —	62 321	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Kiel.....	{L. 84 S. 463	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —

¹⁾ Die Zahl der Anstalten ist, mit Ausnahme von zwei durch Noten gekennzeichneten Fällen, überall nur 1. — Bis auf die mit einem * bezeichneten Anstalten sind sämtliche staatlich, städtisch keine. — Abweichungen von den obigen Zeitangaben sind folgende anzumerken: Berlin Sp. 10 für W.-S. 1887/88; München Sp. 6, 7, 8 und sämtliche Angaben über die Lehrkräfte beziehen sich auf das S.-S. 1888; Stuttgart Sp. 3 für W.-S. 1887/88, sonst für S.-S. 1888; Karlsruhe W.-S. 1887/88. — Für die technische Hochschule und die Thierarzneischule in Hannover fehlen die Angaben. — ²⁾ 2 Anstalten, darunter 1 Rabbinerseminar. — ³⁾ Ist nur Erziehungsanstalt, die 89 Insassen derselben sind Studierende der Universität. — ⁴⁾ 6 w. — ⁵⁾ 28 w. — ⁶⁾ 87 w. — ⁷⁾ 134 w. — ⁸⁾ 240 w. — ⁹⁾ 176 w. — ¹⁰⁾ 302 w., 2 Anstalten.

aus: STATISTISCHES JAHRBUCH DEUTSCHER STÄDTE,
1. Jahrgang, 1890, Seite 213

städten um die 40 Prozent aus, die höchste Quote weiblicher Studierender war mit 44 Prozent bei der Studentenschaft in Düsseldorf festzustellen. Werte von etwa 30 bis 32 Prozent erreichten die Frauenanteile an den Studierenden in Dortmund und Duisburg sowie in Stuttgart, an dessen Universität hauptsächlich in technischen Studiengängen ausgebildet wird.

Die Stadt mit den meisten Studierenden künstlerischer Fachrichtungen ist Berlin; 4550 Männer und Frauen studierten im Wintersemester 1888/89 an den Berliner künstlerischen Hochschulen. Mit einigem Abstand folgten als Studienorte mit der nächstgrößten Anzahl von Kunststudenten und -studentinnen die Städte Stuttgart, Hamburg und München mit jeweils nicht

ganz 1700 Studierenden in diesem Teil des Hochschulbereichs. Erhebliche Unterschiede zwischen den Städten weisen die Anteile der Fachhochschulbesucher und -besucherinnen an den Studierenden insgesamt auf. In Nürnberg erreichte der Anteil der Studierenden an Fachhochschulen im Wintersemester 1888/89 über 54 Prozent. In Düsseldorf betrug die

Tabelle 2 Studierende an den Hochschulen und Fachhochschulen in den größten Städten des Bundesgebietes im Wintersemester 1988/89

Stadt	Studierende an								
	Universitäten und Gesamthochschulen		künstlerischen Hochschulen		Fachhochschulen		allen Hochschulen		
	zusammen	darunter Frauen in %	zusammen	darunter Frauen in %	zusammen	darunter Frauen in %	insgesamt	darunter Frauen in %	auf 1000 der Bevölkerung
Berlin(West)	90 592	42,1	4 550	52,5	10 542	30,8	105 684	41,5	51
Bremen	11 160	45,0	725	56,3	4 761	27,4	16 646	40,5	31
Dortmund	18 913	34,8	375	52,0	8 743	26,3	28 031	32,3	48
Duisburg	11 973	32,1	188	50,0	522	29,7	12 683	32,2	24
Düsseldorf	15 664	49,9	1 362	41,3	9 438	34,6	26 464	44,0	47
Essen	17 025	40,5	696	47,7	-	-	17 721	40,7	29
Frankfurt am Main	31 478	46,1	817	52,5	7 964	26,2	40 259	42,3	64
Hamburg	46 030	43,1	1 680	40,2	14 290	26,6	62 000	39,2	39
Hannover	32 403	38,7	1 114	57,4	4 539	31,9	38 056	38,5	76
Köln	54 337	47,0	1 296	47,3	20 467	33,5	76 100	43,4	81
München	83 345	43,0	1 674	50,7	21 283	30,4	106 302	40,6	88
Nürnberg	6 765	43,2	321	52,0	8 346	29,4	15 432	35,9	32
Stuttgart	25 461	25,9	1 693	51,3	4 772	44,5	31 926	30,1	57

aufgestellt nach: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 76. Jahrgang 1989, Seiten 158-162 - unter Abänderung der für Berlin(West) angegebenen Gesamtzahl der Studierenden

entsprechende Quote 36 Prozent und in Dortmund 31 Prozent. Andererseits wurden in Hannover weniger als zwölf Prozent, in Berlin zehn Prozent und in Duisburg gerade vier Prozent aller in diesen Städten Studierenden an Fachhochschulen ausgebildet. In Hamburg besuchten 23 Prozent der Studierenden Fachhochschulen.

München hatte im Wintersemester 1988/89 nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten Studierenden unter den deutschen Großstädten; je

1000 Einwohner verzeichnete die Stadt 88 Studierende. Relativ viele Hochschulbesucherinnen und -besucher waren auch in Köln mit 81 und in Hannover mit 76 Studierenden auf 1000 der Bevölkerung anzutreffen. Für Frankfurt am Main betrug die Relation 64, für Stuttgart 57 und für Berlin 51 Studierende pro 1000 Einwohner. Hamburg hatte 39 Studierende je 1000 der Bevölkerung. In beinahe allen Großstädten lag die auf 1000 Einwohner bezogene Anzahl der Studierenden über dem Bundesdurchschnitt

von 24. Dennoch nehmen sich diese Häufigkeiten im Vergleich zu den Verhältnissen in einigen kleineren Hochschulstädten nicht übermäßig eindrucksvoll aus. Wie das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden ebenfalls belegt, erreichten die Zahlen der Studierenden beispielsweise in Göttingen 259, in Tübingen 318 und in Gießen sogar 354 pro 1000 der Bevölkerung. Über 200 Studierende je 1000 Einwohner fanden sich auch in Erlangen, Marburg, Münster und Heidelberg.

Dieter Buch



Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt Hamburg bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext (Btx)** an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen.

Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Gemeinschaftsprogramm der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 040 36 5038 oder über die Mitteilungsseite * 36 5029 # möglich.



Grundprogramm für ein Statistisches Umweltberichtssystem

Vorschläge zum formalen Aufbau einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung

1 Zwei Hauptaufgaben

Eine Umweltökonomische Gesamtrechnung soll

- einen Rahmen bieten, in dem umweltrelevante Informationen miteinander verknüpft werden, wobei einheitliche Konzepte, Definitionen, Klassifikationen und Bewertungen zugrunde gelegt werden und
- umweltrelevante Ergebnisse sammeln, ordnen und auf dem laufenden halten.

Diese beiden Aufgaben stehen als theoretischer Anspruch und als praktischer Inhalt in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander: Der Ausrichtungsrahmen soll ermöglichen, unter bestimmten Zielvorgaben die verschiedenen Angaben der Umweltstatistiken und sonstige umweltrelevante Ergebnisse mit den analytischen Anforderungen an eine effiziente und umfassende Datenbasis im Umweltbereich aufeinander abzustimmen. Das bedeutet unter anderem, daß der konzeptionelle Rahmen für ein solches Informationssystem sehr breit und auf Vollständigkeit zielend angelegt werden muß. Die andere Hauptaufgabe besteht darin, daß ein Informationsthesaurus mit physikalischen und monetären Größen aufgebaut werden soll, und das in möglichst absehbarer Zeit. Daraus folgt, daß zweckmäßigerweise von den bereits vorhandenen Daten im Umweltbereich ausgegangen werden muß, wobei (zunächst) relativ einfache Konzepte zugrunde gelegt werden und der Aufbau komplexer Analysemodelle nicht abgewartet wird, um die Arbeiten nicht zu verzögern.

Es wird deshalb vorgeschlagen, mit einem Grundprogramm zu beginnen, in dem die wichtigsten Elemente für die Behandlung von Umweltproblemen enthalten sind, und weitere Überlegungen in späteren Ausbausritten zu berücksichtigen. Ein solches Vorgehen kann dann später auch die Erfahrungen einbeziehen, die beim Aufbau des Grundprogramms gemacht wurden. Für den formalen Aufbau bietet sich ein System modularer Teile an, das beliebig erweitert werden kann, so daß sowohl innerhalb der vorhandenen Bausteine als auch durch zusätzliche Module neue Gesichtspunkte einbezogen werden können.

2 Der konzeptionelle Rahmen

Für die Konzeption einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung gibt es keine fertigen Vorbilder. Der hier im Grundprogramm

vorgeschlagene Ansatz hat nur wenig mit dem Konzept des französischen Satelliten-systems Umwelt gemeinsam, das von mengenmäßigen Beständen und Veränderungen auf den „Comptes du Patrimoine Naturel“ ausgeht, und es stimmt über weite Strecken auch nicht mit der Vorstellung eines Naturkapitalstocks mit entsprechenden Abschreibungen in den einzelnen Perioden überein.

Eine gewisse Parallelität besteht zwischen den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die zeigen, wie stringent ein konzeptionell geschlossenes Gesamtsystem auf die Ausrichtung der Basisdaten wirken kann. Aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist auch die Grundidee des Kreislaufs übernommen worden. Es ist aber offen, ob sie für Stoffkreisläufe im Umweltbereich auch wirklich fruchtbar werden kann. Die Kausalkette zwischen Ressourcenabbau, Energieeinsatz, Produktion, Emission, Transmission, Exposition, Deposition und Resorption ist im einzelnen häufig nicht sicher oder unbekannt: Hier handelt es sich in der Regel nicht um geschlossene, sondern um offene Kreislaufsysteme. Trotzdem können und sollen aber natürlich Vorstellungen über Natur- und Stoffkreisläufe als konzeptioneller Einstieg für ein Umweltsystem genutzt werden.

Darüber hinaus zeigen aber die Versuche zur inhaltlichen Abgrenzung des Umweltbegriffs, daß ein theoretischer Ansatz, der sich auf Stoffkreisläufe beschränkt, nicht für alle Analyse Zwecke im Bereich der Umweltproblematik ausreichen wird. Die Natur wird vom Menschen nicht nur als Lieferant von Rohstoffen und Ressourcen aller Art und als „Deponie“ für Abfälle und Emissionen aller Art genutzt, sondern auch als „Standort“ (in einem sehr weiten Sinne) für alle wirtschaftlichen und sonstigen Aktivitäten. Diese Nutzungen im Umweltbereich sind äußerst bedeutsam für eine Beschreibung der Belastungen und Knappheiten, so daß der theoretische Ansatz von Stoffkreisläufen in einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung um solche Nutzungsansätze zu ergänzen ist.

Eine solche Ausweitung ist im übrigen nichts Besonderes, wenn man sich klar macht, daß die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einen ähnlich begrenzten Aussagewert für ökonomische Analysen haben. Die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen haben in erster Linie die Darstellung konjunktureller Entwicklungen zum Ziel. Ausgehend vom Grundgedanken eines Wirtschaftskreislaufs von Güter- und Geldströmen werden in erster Linie die wirtschaftliche Leistung (so-

weit sie über den Markt geht) und die damit zusammenhängenden Produktions-, Verwendungs- und Einkommensströme gezeigt. Für viele Analysen reichen diese Daten nicht aus, sie müssen durch tiefere Untergliederungen (zum Beispiel für eine Darstellung des Strukturwandels in der Wirtschaft), durch den Nachweis von Schattenwirtschaftsvorgängen und um Standortbeschreibungen (zum Beispiel für Kosten-Nutzen-Analysen, Standortwahl und ähnliches) ergänzt oder ersetzt werden. In Analogie zu den ökonomischen Ansätzen der Standorttheorie kann auch für eine Umweltökonomische Gesamtrechnung die Umwelt als „Standort“, also als regionale Basis für ökologische Prozesse, interpretiert werden. Freilich erscheint die Ableitung von Nutzungen der Umwelt durch den Menschen aufgrund einer „Trägerfunktion“ im Rahmen einer funktionalen Umweltbeschreibung als eleganterer gedanklicher Ansatz.

Ein weiterer Gedanke, der aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen übernommen werden kann, ist die einheitliche Bewertung in DM. Darauf wird später noch näher eingegangen. Es ist durchaus möglich, daß im angestrebten Gesamtsystem sich praktisch die Konzepte einer vollständigen Kreislaufdarstellung und einer durchgehenden monetären Bewertung als nicht oder nur teilweise durchführbar erweisen. Allerdings ist auch in diesem Fall ein solches System als formaler Rahmen für die statistisch-methodische Ausrichtung der Umweltinformationen von hohem Nutzen.

3 Die Umweltökonomische Gesamtrechnung als Informationsthesaurus

Die zweite Hauptaufgabe der Umweltökonomischen Gesamtrechnung ist die Sammlung und Zusammenstellung umweltrelevanter Ergebnisse. Wegen der Vielzahl der bereits vorhandenen umweltrelevanten Forschungsergebnisse und der Forschungsvorhaben sowie der Fülle von umweltstatistischen Daten ist es notwendig, die Umweltökonomische Gesamtrechnung im konzeptionellen Aufbau und im statistischen Inhalt so zu konzipieren, daß sie sich variabel und erweiterungsfähig den Entwicklungen anpassen kann. Koordinierte Forschung und Zusammenarbeit verschiedener Institutionen auf dem Sektor der Umweltökonomie werden dafür dringend benötigt.

Es wird vorgeschlagen, die Umweltökonomische Gesamtrechnung in einen Berichts-

teil und einen Analyseteil zu gliedern. Im Prinzip sollen für die beiden Teile die gleichen Konzepte und Klassifikationen verwendet werden. Das bedeutet letztlich, daß sich die Art der angestrebten Analysemodelle auf Definitionen und Konzepte des Berichtsteils auswirkt und umgekehrt. Es bedeutet aber auch, daß Analysen mit Konzepten und Definitionen, die im Berichtsteil zum Beispiel aus Gründen der Homogenität nicht untergebracht werden können, sich nicht für das Konzept einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung eignen.

Der Berichtsteil sammelt geeignete, verfügbare beziehungsweise zu beschaffende Daten zur Umweltsituation (hauptsächlich Informationen in physischen Größen), bereitet sie statistisch nach einheitlichen Konzepten im Rahmen aufeinander abgestimmter Klassifikationen auf und führt – soweit möglich und nötig – Bewertungen in DM ein. Damit entsteht ein Fundus an systematisierten Informationen zur Lage der Umwelt, zur Veränderung der Umwelt im Zeitablauf, zum Ressourcenabbau, zu den laufenden und investiven Aufwendungen im Umweltschutz, zu den Entsorgungsarten und anderes mehr.

Dieses Statistische Umweltökonomische Berichtssystem (STUBS) dient gleichzeitig mehreren Zielsetzungen:

- Laufende Umweltberichterstattung
Mit ausgewählten Indikatoren wird jährlich ein repräsentatives Bild der Emissionen, der Immissionslage, des Schadstoffverbleibs, weiterer Umweltnutzungen, der Umweltschutzmaßnahmen und -ausgaben, der Expertenbeurteilung der Umweltlage anhand physikalischer beziehungsweise mengenmäßiger Größen und Meßziffern sowie entsprechender DM-Größen aus STUBS abgeleitet. Ein weiterer wichtiger Themenbereich ist der Abbau und Verbrauch biotischer und abiotischer Rohstoffe.

- Grundlage für Analysen auf umweltökonomischem Gebiet
STUBS stellt Zeitreihen von Informationen bereit, die sich wegen ihrer einheitlichen Klassifikationen, regionalen und gütersystematischen Gliederungen und – soweit möglich – wegen der einheitlichen monetären Bewertung in besonderem Maße für Analysen aller Art auf dem Gebiet der Umweltökonomik eignen. Ergänzend ist auch an die zusammenfassende Bewertung in nichtmonetären Größen, zum Beispiel durch Indizes, zu denken. Dafür müssen allerdings noch geeignete Wägungsschemata entwickelt werden.

Zum Analyseteil gehören vor allem Aussagen, die sich aus der Verknüpfung mit VGR-Daten über die Nutzung von Ressourcen und des Verbrauchs von Gütern in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ableiten lassen, aber auch Querschnittsanalysen aller Art, Regionalanalysen, die Verfolgung von Stoffkreisläufen in Wirtschaft und Umwelt sowie von Entsorgungswegen, die Ermittlung von Schadwirkungen bei Organismen und Ökosystemen, von Extrembe-

stungslagen, die Darstellung grenzüberschreitender Schadstoffströme und so weiter.

3.1 Gliederung in ein Grundprogramm und spätere Ausbauprogramme

Wenn die Umweltökonomische Gesamtrechnung nicht nur ein theoretischer Rahmen für die statistische Ausrichtung bleiben, sondern in absehbarer Zeit zumindest teilweise auch mit Informationen gefüllt sein soll, dann dürfen die Ansprüche in der Aufbauphase nicht zu hoch gesteckt werden. Es wird deshalb vorgeschlagen, in einem Grundprogramm von den Daten über umweltrelevante Aspekte auszugehen, die schon ansatzweise vorliegen und die auch für praktisch jede Form eines Umweltberichtssystems als Grundinformationen in jedem Fall vorhanden sein müssen. Dazu zählen insbesondere Angaben über die Entnahme und den Verbrauch biotischer und abiotischer Rohstoffe, die Lage der Umwelt und ihre Veränderung im Zeitablauf (dargestellt an bestimmten Immissionsdaten), die durch Produktion und Verbrauch hervorgerufenen Emissionen und Umweltbelastungen sowie über den Schadstoffverbleib. Um die in der Bundesrepublik Deutschland durchaus beachtlichen Aufwendungen zur Erhaltung und Verbesserung des Umweltzustandes darstellen zu können, müssen die Daten über die Umwelt durch Angaben über die Umweltschutzleistungen des Staates und der Wirtschaft ergänzt werden. Es ist weiterhin wünschenswert, den Erfolg von Umweltschutzmaßnahmen beziehungsweise den Umfang von Belastungsminderungen für die Umwelt näherungsweise abschätzen zu können. Als Hilfsgrößen kommen dafür statistische Beschreibungen getroffener Schutzmaßnahmen für die Umwelt nach Art und Umfang in Frage. Dieses Grundprogramm wird in späteren Arbeitsschritten ergänzt und ausgebaut.

3.2 Erweiterungsmöglichkeiten durch modularen Aufbau

Da nicht genügend Erfahrung im Aufbau umweltbezogener Systeme vorliegt, wird vorgeschlagen, die Umweltökonomische Gesamtrechnung im Prinzip offen für Änderungen und Erweiterungen zu halten. Es wird deshalb ein modularer Aufbau gewählt, der die Möglichkeit bieten soll, sowohl konzeptionell als auch in der Sammlung der Informationen Erweiterungen vorzunehmen.

Übersicht 1 veranschaulicht den Aufbau der Umweltökonomischen Gesamtrechnung. Das System soll – wie bereits erwähnt – nach allen Richtungen prinzipiell offen sein; es wurde deshalb sowohl für das STUBS als auch für den Analyseteil ein Bausteinsystem gewählt.

Ein solches System hat wichtige Vorteile:

- Die Bausteine können einzeln diskutiert, verändert und weiterentwickelt werden.

Korrekturen einzelner Bausteine stellen das Berichtssystem als Ganzes nicht in Frage.

- Die Bausteine können von unterschiedlichen Institutionen, Bearbeitern und Expertenkreisen betreut werden.
- Die Bausteine können zu unterschiedlichen Zeitpunkten fertiggestellt und veröffentlicht werden.
- Das System ist erweiterungsfähig und ausbaubar.

3.3 Einschränkungen in den Klassifikationen

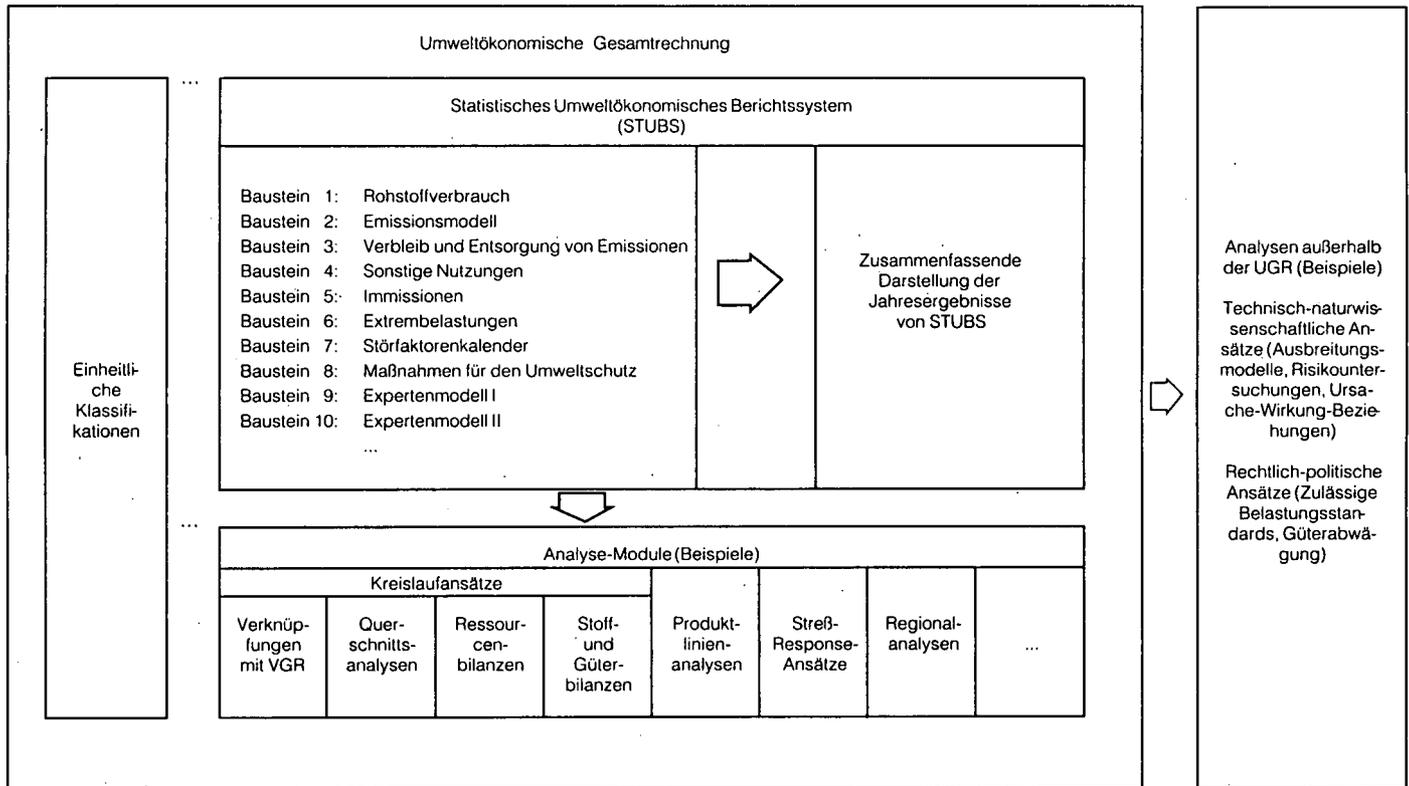
Ein wichtiger Teil der Umweltökonomischen Gesamtrechnung sind die Klassifikationen, und zwar in zweifacher Hinsicht: Erstens sorgen die Klassifikationen für eine einheitliche Systematisierung gleicher Tatbestände im System.

Zum anderen geben sie aber – und das ist sehr wichtig – den Umfang der zu erfassenden Tatbestände an. Sie sind also gleichzeitig die „Liste“ der gewünschten, angestrebten Indikatoren und damit eine wesentliche Beschreibung des sachlichen Inhalts der Umweltökonomischen Gesamtrechnung, also die Abgrenzung der in das System einzubeziehenden Umweltteile.

Die Aufstellung geeigneter Klassifikationen ist eines der bedeutsamsten Probleme im angestrebten Bausteinsystem. Diese systematischen Kataloge dienen zur (schematisierten) Abbildung der Realität und bestimmen wesentlich den Inhalt des Berichtssystems in Umfang und Gliederungstiefe. Die Gliederungstiefe hängt ihrerseits von einer Vielzahl von (zum Teil noch unbekannt) Anforderungen ab. Zum Beispiel muß die Liste der ermittelten Schadstoffe in ihrer Gliederungstiefe das Produktionsverfahren, die Entsorgung beziehungsweise den Schadstoffverbleib und die Bewertung mit Schadensvermeidungs- oder Reproduktionskosten berücksichtigen.

Für die Aufstellung der erforderlichen Klassifikationen kann nur zu einem Teil auf vorhandene Systematiken (technische Regelwerte, Richtwerte, Rechtsvorschriften und ähnliches) zurückgegriffen werden. Ein großer Teil der Systematiken muß neu entwickelt werden; hier steckt ein großer und arbeitsaufwendiger, aber auch sehr wichtiger Teil der Arbeiten für ein Umweltökonomisches Berichtssystem. Hinzu kommen das noch größere Problem der Datenbeschaffung in der gewünschten Gliederung und das Anpassen der Gliederung an das beschaffbare Ausgangsmaterial. Die Arbeiten erfordern insgesamt ein beträchtliches naturwissenschaftlich-ökologisches beziehungsweise verfahrenstechnisches Wissen.

Es ist außerdem zu beachten, daß der Umfang der einzelnen Klassifikationen auch den Tabellenumfang beziehungsweise die Zahl der Tabellenfelder bestimmt. Erste überschlägige Rechnungen gehen zum Beispiel davon aus, daß mindestens 12 000 Produktionsprozesse unterschieden werden müssen; bei 6000 Schadstoff-/Belastungsarten



ergäbe das eine Jahrestabelle mit 72 Millionen Tabellenfeldern, von denen etwa 100 000 bis 200 000 besetzt sein dürften. Diese Größenordnungen (360 Tabellenbände à 500 Seiten allein für eine einzige Arbeitstabelle im Baustein 2) zeigen, daß selbst ein relativ simples Grundtabellenprogramm einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung bei entsprechend tief gegliederten Systematiken einen hohen Personal- und Maschineneinsatz erfordert.

Bei der Entwicklung der Klassifikationen ist ein Vorgehen von mehreren Seiten aus anzustreben:

- Es werden die Merkmale zusammengetragen, für die Informationen schon vorliegen,
- es wird auf Klassifikationsvorschläge zurückgegriffen, für die schon Vorschläge vorliegen, und
- es wird eine Liste der Merkmale aufgestellt, die für Analysezwecke benötigt werden, wobei einerseits eine gewisse Vollständigkeit angestrebt werden muß, andererseits aber auf operationale Abgrenzungen zu achten ist.

Die ersten praktischen Arbeiten für ein Grundprogramm werden vermutlich von einer relativ kurzen Liste der Umweltbelastungen ausgehen müssen. Dabei werden zunächst auch bestimmte methodische Schwierigkeiten ausgeklammert; zu denken ist hier an die Behandlung von Ökosystemen als Ganzes.

3.4 Monetäre Bewertung für ausgewählte Größen

Ein wichtiger Bestandteil des Systems ist die monetäre Bewertung, die natürlich die Verknüpfung der Aggregate im System sehr erleichtert und enger macht. Wegen der zum Teil noch ungelösten Bewertungsprobleme müssen zweckmäßigerweise aber physikalische und monetäre Einheiten nebeneinander gesammelt und aufbereitet werden.

Die Vorstellung einer möglichst praktikablen Vorgehensweise im Grundprogramm wird auch für die Bewertung angewendet. Es wird diejenige Bewertungsmethode gesucht, die dem Sachverhalt am angemessensten erscheint. In Betracht kommen vor allem für die Entnahme biotischer und abiotischer Rohstoffe die Marktpreise oder Förderkosten, bei den Immissionen die fiktiven und tatsächlich aufgewendeten Reproduktionskosten und bei den Emissionen die fiktiven und tatsächlich aufgewendeten Schadensvermeidungskosten. Das sind Bewertungskriterien, für die entweder Preise oder andere monetäre Angaben vorliegen oder die an vorhandene Kostensätze und Ingenieurwissen anknüpfen, also an Aussagen wie „Die Entscheidung der Abgase bei der Stromerzeugung kostet pro Kilowattstunde 2 Pfennig“ oder „Das Auswechseln von kontaminierten Böden kostet pro Kubikmeter 800 DM.“

Andere Bewertungsansätze finden aber – wenn erforderlich – ebenfalls Platz in der Umweltökonomischen Gesamtrechnung.

Wie bereits erwähnt, ist davon auszugehen, daß sich monetäre Bewertungen auf ausgewählte Bereiche beschränken müssen. Dafür sprechen vor allem folgende Gründe:

- Für einen Teil umweltrelevanter Indikatoren gibt es prinzipiell keinen Bewertungsmaßstab (zum Beispiel irreversible Gesundheitsschäden);
- für andere Indikatoren sind operationale Bewertungsmaßstäbe schwer zu finden (zum Beispiel für Nutzungen der Umwelt, die nicht mit Entnahmen von Ressourcen oder Emissionen und anderen Belastungen verbunden sind);
- die Bewertung mit Schadensvermeidungskosten beziehungsweise Reproduktionskostenansätzen durch Gutachter ist aufwendig und wird in der laufenden Beobachtung vermutlich auf ausgewählte Größen zu beschränken sein.

Aus diesen Gründen ist es erforderlich, auch Zeitreihen von Indikatoren in physikalischen Größen zu sammeln. Die fehlende DM-Dimension wirft für diese Daten dann allerdings die Frage nach der Möglichkeit der statistischen Verdichtung auf. In den hier vorgestellten Bausteinen für das Grundprogramm wird vorgeschlagen, Teil- und Gesamtindizes für die zeitliche Entwick-

lung von Immissionen zu bilden, indem Gewichte für die Schadstoffbelastungen aus dem Emissionsmodell abgeleitet werden. Zweifellos sind aber auch andere Möglichkeiten der Zusammenfassung von Einzelangaben in physikalischen Größen denkbar; zum Beispiel gibt es einen sehr interessanten Ansatz bei Karl, Klemmer, Micheel (1988), die von positiven und negativen prozentualen Abweichungen gegenüber einer Güternorm ausgehen und vorschlagen, diese prozentualen Abweichungen nach unten oder oben (jeweils getrennt) zu aggregieren.¹⁾

4 Grundzüge des Statistischen Umweltökonomischen Berichtssystems (STUBS)

Das Grundprogramm geht davon aus, daß bestimmte umweltrelevante Informationen als so wichtig eingestuft werden, daß sie in jedem Fall in einem Umweltberichtssystem enthalten sein müssen. Dazu gehören, wie bereits erwähnt:

- Der Abbau und Verbrauch von Rohstoffen,
- die Belastungssituation von Boden, Wasser und Luft durch Umweltbeeinträchtigungen aller Art und
- die Emission von Schadstoffen und Abfällen bei der Produktion und beim Verbrauch.

Diese drei Grundinformationen nehmen – wenn man sich die Vielfalt der in Betracht zu ziehenden Umweltfaktoren vor Augen führt – schon einen sehr großen Umfang ein. Trotzdem sind noch einige weitere Informationen für eine Beurteilung der Umweltsituation als Folge des Wirtschaftens erforderlich. Dazu gehören vor allem die Daten über die Aufwendungen zum Umweltschutz, die angeben, welche Vorkehrungen Wirtschaft, Staat und Private Haushalte treffen, um die Umwelt möglichst gering zu belasten, vielleicht sogar um Umweltschäden zu „reparieren“. Zum anderen ist zu beachten, daß statistische Zusammenstellungen von Umweltdaten und entsprechende Bewertungen in der Regel mit Summierungen und Durchschnittsbildungen arbeiten müssen; das bringt bekanntlich den Nachteil mit sich, daß die augenfälligen Extremwerte aus der Betrachtung verschwinden. Diese Extremwerte sind aber im Umweltbereich in vielen Fällen äußerst bedeutsam, zum Beispiel bei Smog-Lagen, Giftalarm für Trinkwasserentnahme und ähnliches, aber auch im Hinblick auf die Kombination einzelner Belastungen. Es ist daher notwendig, die Durchschnittsbetrachtung durch entsprechende Daten über Häu-

figkeit und Ausmaß von Extrembelastungen zu ergänzen. Hinzu kommen bestimmte Sondereinflüsse der Natur, zum Beispiel milde oder strenge Winter, Katastrophen und Besonderheiten aller Art, die für die Interpretation der Reihen von Bedeutung sind. Solche Fakten müssen ebenfalls gesammelt werden.

Nicht nur die Aufstellung umweltökonomischer Berichtssysteme ist Neuland, sondern auch die Analyse derartiger Daten. Möglicherweise geben die DM-Werte über die Ressourcenentnahme und die Emission von Umweltbelastungen kein vollständiges Bild der Umweltsituation. Das gilt insbesondere für die Abschätzung irreversibler Prozesse und für bedrohliche Langzeitfolgen, über deren künftigen Eintritt meist nur unsichere Aussagen getroffen werden können. Es erscheint deshalb überlegenswert, die „objektiven“ statistischen Daten zusätzlich durch subjektive Experteneinschätzungen zu ergänzen.

Die genannten Daten stehen zwar in engem Kontext, sind aber systematisch (noch) nicht miteinander verknüpft. Als Form der Sammlung der Zahlen wird deshalb – wie bereits dargestellt – ein Baustein-System vorgeschlagen. Das erleichtert – insbesondere in der Konzept- und Aufbauphase – die Einführung von weiteren Bausteinen und Modulen, die Verwendung von Parallelkonzepten, die Einführung weiterer Klassifikationen und erlaubt die zeitlich und institutionell getrennte Forschung, Bearbeitung und Veröffentlichung.

Die Bausteine benutzen – soweit möglich – gemeinsame Klassifikationen. Dabei ist es durchaus möglich, durch eine gesteuerte Auswahl von Positionen auch Teilergebnisse zu erzeugen, also mit ausgewählten Indikatorensystemen zu arbeiten. Eine solche Vorgehensweise hat den Vorteil, daß nicht abgewartet werden muß, bis die letzte Position für eine Klassifikation gefunden wird und die entsprechenden statistischen Informationen dafür beschafft worden sind.

Sobald erste Ergebnisse des Grundprogramms und entsprechende Erfahrungen vorliegen, kann zum Beispiel abgeleitet werden,

- welche Indikatoren so bedeutsam sind, daß sie laufend oder zumindest zeitweise beobachtet werden müssen;
- für welche Emissionen beziehungsweise Umweltbelastungen oder Produktionsvorgänge natürliche Kreislaufzusammenhänge (vom Ressourceneinsatz bis zur Entsorgung) verfolgt werden müssen;
- wo spezielle Analysen angestellt werden sollten, etwa im Hinblick auf Auswirkungen von Emissionen und Belastungen für Gesundheit, Klima und so weiter.

Die hier vorgestellten Grundtabellen und die erforderlichen Systematiken lassen aber schon erkennen, daß es sich um ein sehr großes und entsprechend aufwendiges Programm handelt. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß das System nach dem erstmaligen Ausfüllen auch Möglichkeiten der Straffung der Arbeit bietet:

- Beschränkung auf wenige wichtige Indikatoren. Es ist zu vermuten, daß wesentliche Aspekte über den Umweltzustand und seine Veränderung durch relativ wenige Schadstoff-/Belastungsgruppen bestimmt werden. Eine laufende Umweltbeobachtung könnte sich auf solche ausgewählten Indikatoren beschränken.
- Beschränkung auf die Darstellung in mehrjährigen Abständen. Die meisten Veränderungen der Umwelt gehen (gemessen an den Durchschnittswerten, die hier meist verwendet werden) vermutlich relativ langsam vor sich. Eine vollständige Bestandsaufnahme des Umweltzustandes ist deshalb möglicherweise nur in größeren Intervallen erforderlich.

Diese beiden Möglichkeiten, den Aufwand für die statistischen Arbeiten, den Befragungsaufwand und die aufwendige Bewertung durch sachliche und zeitliche Beschränkungen zu vermindern, setzen allerdings die einmalige grundlegende Information über den Umweltzustand voraus. Ohne diese Entstiegsleistung kann eine entsprechende Wahl gezielt und begründet nicht getroffen werden.

5 Zehn Bausteine des Umweltstatistischen Berichtssystems

Im folgenden werden zehn Bausteine des Grundprogramms für ein Statistisches Umweltberichtssystem kurz skizziert.

Baustein 1 faßt Angaben über den Abbau und den Verbrauch von biotischen und abiotischen Primär- und Sekundär-Rohstoffen und Elementargütern (wie Sonnenenergie, Wasser, Luft und ähnliches) zusammen, und zwar sowohl über den Abbau inländischer Ressourcen als auch über den Verbrauch inländischer und ausländischer Ressourcen.

Dabei wird unterschieden zwischen biotischen Ressourcen, bei denen in erster Linie die Nettoentnahme interessiert, also die Differenz zwischen der Entnahme und dem in der Berichtsperiode nachwachsenden Teil, und abiotischen Ressourcen. Unter dem Gesichtspunkt ihrer Erschöpfbarkeit sind nichtregenerierbare Ressourcen eigentlich unbezahlbar; andererseits werden sie als Sekundärrohstoffe durch Recycling wiedergewonnen, und es sind im Laufe der Geschichte bisher immer Substitutionen für knapper werdende Rohstoffe gefunden worden. Deshalb wird vorgeschlagen, in diesem Baustein auch eine „Gegenrechnung“ aufzumachen und Aufwendungen für Grundlagenforschung zur Ausweitung der Ressourcenmengen, der besseren Nutzung von Rohstoffen und zum Ersatz von Rohstoffen und Energie ebenfalls zu berücksichtigen.

Dargestellt werden Mengen und Werte. Die Bewertung erfolgt im Prinzip zu Marktpreisen. Nicht dargestellt werden in diesem

1) Karl, H.; Klemmer, P.; Micheel, B. (1988): Regionale Umweltberichterstattung – Grundlagen nutzungsorientierter Indikatoren zur Beschreibung regionaler Umweltqualität. In: Beiträge zur Struktur- und Konjunkturforschung, Band XXVII, S. 8, Bochum.

Übersicht 2 **Das Statistische Umweltökonomische Berichtssystem (STUBS) als Teil einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung**

Bausteine	Ausgangsgröße	Rechenoperationen	Ergebnisse	Erforderliche Klassifikationen ¹⁾
1 Rohstoffverbrauch	Entnahme/Verbrauch abiotischer Rohstoffe in der Berichtsperiode im Inland (Mengen) Nettoentnahme/Nettoverbrauch biotischer Rohstoffe in der Berichtsperiode im Inland	Bewertung zu Marktpreisen bzw. Einfuhrpreisen	- Wertmäßiger Ansatz für die Entnahme bzw. den Verbrauch von Rohstoffen aus dem Inland und Ausland (unter Berücksichtigung von Regeneration sowie Forschungsaufwendungen u.ä. für Substitution und Streckung abiotischer Rohstoffe) - Nicht dargestellt: Wert der Rohstoffbestände	2, 11, 16
2 Emissionsmodell	Produktion/Verbrauch von Gütern (Mengen) Mengenspezifische Koeffizienten für Emissionen und Ressourceninput bei Produktion/Verbrauch von Gütern (= Produktionsprozesse) Tatsächlich gemessene oder im Verwaltungsvollzug gemeldete Emissionen (soweit vorhanden)	Bewertung mit vergleichbaren Schadensvermeidungskosten.	- Emissionen und Ressourcenverbrauch (Mengen) bei der Produktion/Verbrauch - Wertmäßiger Ansatz	2 bis 9, 14, 16
3 Verbleib und Entsorgung von Emissionen	Daten über Emissionen (Mengen) in der Gliederung nach Produktionsprozessen (= Güter) und nach Verbleib	Bewertung zu Schadensvermeidungskosten (aus Baustein 2) und mit tatsächlichen Ausgaben	- Vergleichbare Kosten von Entsorgungswegen - Entsorgungswege nach Art der Güterproduktion	3 bis 10, 14, 16
4 Sonstige Nutzungen	Nutzungen der Umwelt, die nicht bereits in anderen Bausteinen erfaßt sind, sofern sie bestimmte Kriterien erfüllen	- Bildung von Durchschnitten - Meßziffernreihen	Beschreibung der sich aus sonstigen Umweltnutzungen ergebenden Einschränkungen, Darstellung von Kapazitäten und Auslastungen	1, 16
5 Immissionen	Immissionsmeßdaten (Boden, Wasser, Luft, Strahlung, Lärm, Erschütterungen u.ä.)	- Bildung von Durchschnitten, Ableitung der absoluten Veränderung von Schadstoffen/ Belastungen gegenüber Vorperiode (falls möglich) - Meßziffernreihen - Bewertung der im Berichtszeitraum gegenüber der Vorperiode eingetretenen Belastungen mit vergleichbaren Reproduktionskosten.	- Zeitreihen für Immissionen (physikalische Größen) - Wertmäßiger Ansatz der Kosten der Immissionsveränderungen gegenüber der Vorperiode im Inland - Nicht dargestellt: Kosten der Immissionslage	3 bis 9, 16
6 Extrembelastungen	Immissionsdaten	Häufigkeit von Extremlagen in zeitlicher und geographischer Hinsicht. Zusammentreffen mehrerer Extrembelastungen	Daten über die Extrembelastungen ergänzen die Ergebnisse der übrigen Bausteine insbesondere des Bausteins 5	12, 16
7 Störfaktorenkalender	Daten über anomale Entwicklungen im Emissionsbereich	Abschätzung der Auswirkungen mit Daten über Emissionen und Ressourcenverbrauch	Daten über Störfaktoren erleichtern das Auffinden von Sonderentwicklungen in den Zeitreihen	13, 16
8 Maßnahmen für den Umweltschutz	Laufende Aufwendungen und Investitionen für den Umweltschutz, physische Maßnahmen	Ermittlung von Kapitalstock und Abschreibungen	Maßnahmen für den Umweltschutz in der Berichtsperiode in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren	11, 15, 16
9 Expertenmodell I	Aus Expertenurteilen wird ein Umweltgewichtungsschema für ein Basisjahr zusammengesetzt	Bildung von Durchschnitten	Indexreihe mit Expertengewicht	2 bis 9, 13, 14
10 Expertenmodell II	Beurteilung der Lage der Umwelt durch Experten anhand eines vorgegebenen Belastungskatalogs	Bildung von Durchschnitten	Zeitreihe von Durchschnitten der Expertenurteile	2 bis 9, 13, 14

1) Klassifikationen: 1 Nutzungen der Umwelt · 2 Abiotische und biotische Rohstoffe · 3 Bodenbelastungen · 4 Wasserbelastungen · 5 Luftbelastungen · 6 Strahlungsbelastungen · 7 Lärmbelastungen und Erschütterungen · 8 Sonstige Belastungen · 9 Abfall · 10 Verbleib und Entsorgung von Schadstoffen · 11 Forschung und Maßnahmen für den Umweltschutz · 12 Extrembelastungen · 13 Störfaktoren · 14 Güter (Aktivitäten) · 15 Wirtschaftsbereiche und -sektoren · 16 Regionale Gliederungen.

Baustein die Ressourcenbestände und deren Wert.

Der **Baustein 2** behandelt Emissionen und ihren Zusammenhang mit den Produktionsprozessen, bei denen sie entstehen. Ausgangspunkt für dieses Modell sind dabei nicht die nur sehr aufwendig zu beschaffenden Emissionsdaten an den emittierenden Anlagen, sondern die Angaben, die aus der Kombination von Produktionsdaten und (durchschnittlichen) Emissionskoeffizienten gewonnen werden können. Soweit nach dem vorherrschenden Stand der Produktionstechnik Emissionen nicht durch integrierte Maßnahmen vermieden werden, soll hier der Anfall von Emissionen im Zuge von Produktions- und Verbrauchsprozessen eingesetzt werden, also die Emission vor einer eventuellen Entsorgung. In dieses Modell wird auch der produktionsbedingte Ressourceneinsatz einbezogen, so daß sich ein modellmäßiges Gesamtbild für den Verbrauch von Rohstoffen und die Emission im Zusammenhang mit der Produktion einzelner Güter ableiten läßt. (Es wird hier noch darauf verzichtet, den gesamten Input für die einzelnen Produktionsprozesse darzustellen. Das bleibt den noch zu entwickelnden Input-Output-Tabellen vorbehalten.) Die Entwicklung der Emissionskoeffizienten im Zeitablauf spiegelt dabei die Verbesserungen oder Verschlechterungen auf dem Gebiet der technischen Emissionsvermeidung wider. Neben der Darstellung von Mengen wird auch ein monetärer Nachweis vorgeschlagen. Zur Bewertung kommen vor allem Schadensvermeidungskosten der Periode in Betracht, also die hypothetischen Aufwendungen, die erforderlich wären, um die Emission auf eine vorgegebene Normgröße oder ähnliches zu senken.

Baustein 3 ergänzt die Ergebnisse des Emissionsmodells in Baustein 2 um Angaben über den Verbleib der Emissionen, die entweder entsorgt, in Recyclingverfahren wiedergewonnen oder frei in die Umwelt emittiert werden. In diesem Baustein werden sowohl Emissionsmengen aus dem Emissionsmodell als auch statistisch erfaßte Emissionsmengen dargestellt und unter Umständen miteinander verglichen. Deshalb bieten sich für die monetäre Darstellung zwei Bewertungsmaße an:

- Für die entsorgten (und statistisch erfaßten) Emissionen die Entsorgungskosten beziehungsweise Recyclingkosten und
- für die nicht entsorgten Emissionen die fiktiven Schadensvermeidungskosten aus Baustein 2.

Im **Baustein 4** werden sonstige Nutzungen dargestellt. Der Begriff der Nutzung der Natur kann als Oberbegriff für alle „Benefits“ gelten, die der Mensch von seiner natürlichen Umwelt empfängt oder sich verschafft. Dabei kann die Skala sehr weit gespannt gedacht werden: Von der Atemluft oder dem Platz und der Schwerkraft zum Stehen über die Entnahme von Rohstoffen bis hin zum ästhetischen Genuß einer Landschaft. Dieser weite Nutzungsbegriff erfordert deshalb Abgrenzungen, welche Teile wo und wie in der Umweltökonomischen Gesamtrechnung

dargestellt werden sollen. Ein Teil der Nutzung ist schon in den Bausteinen 1 (Rohstoffverbrauch), 2 und 3 (Umwelt als Aufnahmeplatz für Emissionen) untergebracht. Übrig bleiben „Sonstige Nutzungen“, also Nutzungen, die weitgehend mit der Rolle der Natur als „Standort“ für menschliche Aktivitäten aller Art, also als „Lebensraum“, verbunden sind.

In diesen Baustein sollen nur solche Nutzungen einbezogen werden, die nicht bereits in anderen Bausteinen berücksichtigt sind. Hinsichtlich ihrer Auswahl und Abgrenzung wird deshalb vorgeschlagen, im Baustein 4 nur Nutzungen der Umwelt als „Standort“ (im weitesten Sinn) für menschliche Aktivitäten (insbesondere Gewinnung von Ressourcen, Produktion im sekundären und tertiären Bereich, Verbrauch und ähnliche Aktivitäten) aufzunehmen, wenn eines (oder mehrere) der folgenden Kriterien betroffen ist:

- Knappheiten oder Kapazitätsgrenzen im Umweltbereich,
- konkurrierende Nutzungsmöglichkeiten,
- Nutzungen der Umwelt, die mit Eingriffen in die Regelungsfunktion der Umwelt verbunden sind,
- Nutzungen, die mit Eingriffen positiver oder negativer Art in die räumliche Umwelt verbunden sind.

In den meisten Fällen ist die Nutzung der Natur frei. Der Preis, der zum Beispiel für Nutzungen als Entgelt für Eigentumsrechte gezahlt wird, sollte nicht als Kriterium für die Einbeziehung von Nutzungen in die Nutzungsklassifikation angesehen werden.

Die Bewertung von Umweltnutzungen ist wegen ihrer Eigenschaft als freie Güter und der Unmöglichkeit, pauschal eine Beurteilung der Nutzung unter ökologischen Gesichtspunkten abzugeben, schwierig. Das Hauptgewicht in diesem Baustein liegt deshalb auf der mengenmäßigen Darstellung. Dabei handelt es sich überwiegend um Bestandsgrößen (Nutzungen zu einem Stichtag) und um die Veränderung dieser Größen im Zeitablauf.

Baustein 5 zeigt anhand bestimmter Umweltmeßwerte für Boden, Wasser, Luft, Strahlung, Lärm und ähnliches die tatsächliche Umweltsituation und ihre Veränderung im Zeitablauf.

Es gibt eine Fülle von Immissionsdaten, die zur Beschreibung der Lage der Umwelt dienen können. Dazu ist es notwendig, die Angaben statistisch zu verdichten, also vor allem zeitliche und regionale Durchschnitte zu bilden, und Meßziffernreihen für die einzelnen Indikatoren zu errechnen. Es soll versucht werden, mit Hilfe eines Gewichtungsschemas aus dem Emissionsmodell (Baustein 2) auch Meßziffernreihen zusammenzuwiegen.

Es wird vorgeschlagen, neben den Indikatorenreihen auch Werte darzustellen. Als Bewertungsmaß werden periodenbezogene Reproduktionskosten besonders geeignet angesehen, also die hypothetischen Aufwendungen für die Wiederherstellung des Umweltzustandes am Beginn der Berichtsperiode. Dabei ist es gleichgültig, ob

die gesamte kumulierte Belastung der Umwelt in zwei Berichtsperioden bewertet und verglichen wird oder ob die Bewertung an der Zu- und Abnahme der Umweltbelastung gegenüber der Vorperiode ansetzt.

Baustein 6 stellt Informationen über Extrembelastungen der Immissionslage zusammen. Es wird davon ausgegangen, daß die zeitlichen und geographischen Durchschnitte nicht für alle analytischen Zielsetzungen ausreichen, um die Lage der Umwelt und ihre Veränderungen im Zeitablauf zu beschreiben. Deshalb müssen die Daten im Baustein 5 durch Angaben über Art, Ort, Ausmaß und Häufigkeit von Spitzenbelastungen und Belastungskombinationen ergänzt werden.

In **Baustein 7** werden in einer Art Kalendarium außergewöhnliche Störungen (Emissionen) zusammengestellt, wie durch die Natur ausgelöste Ereignisse (zum Beispiel Hochwasser, Erdbeben) oder durch den Menschen verursachte Störungen (zum Beispiel außergewöhnlich hohe Emissionen von Kernkraftwerken, chemische Industrie). Dabei wird versucht, auch die quantitativen Auswirkungen abzuschätzen.

Baustein 8 sammelt die Informationen über die monetären Aufwendungen der Sektoren und Wirtschaftsbereiche für den Umweltschutz. Dabei werden sowohl laufende Aufwendungen als auch Investitionen (und wenn möglich daraus abgeleitete Abschreibungen) dargestellt. Wünschenswert wäre außerdem eine Untergliederung der Aufwendungen nach der Art der Aufwendungen, zum Beispiel ob es sich um emissionsenkende oder ressourcensparende Maßnahmen oder um die Reparatur bereits eingetretener Umweltschäden handelt.

Die **Bausteine 9 und 10** enthalten den Vorschlag für zwei Expertenmodelle, mit denen die objektiven Daten der Bausteine 1 bis 7 ergänzt werden können. Das Expertenmodell I schreibt ein von Experten bestimmtes Gewichtungsschema mit der mengenmäßigen Entwicklung ausgewählter Emissionen und ähnliches fort und kommt so zu einem Index, der die Veränderung im Umweltzustand widerspiegeln soll (Baustein 9). Das Expertenmodell II sammelt Beurteilungsnoten für ausgewählte Umweltindikatoren und ermöglicht einen zeitlichen Vergleich dieser Beurteilung (Baustein 10).

Die **Übersicht 2** faßt den Inhalt der Bausteine synoptisch zusammen.

6 Analysemodule in der Umweltökonomischen Gesamtrechnung

Es gibt eine Reihe analytischer Modelle, die zum Standard auf dem Gebiet der Umweltforschung und -analyse zählen. Dazu gehören zum Beispiel Ressourcen- und Stoffbilanzen, Produktlinienanalysen, Querschnittsanalysen auf den Feldern Gesundheit, Klima, Landschaftsschutz, Verkehr und Tourismus und ähnliches. Darüber hinaus sind vermutlich andere Forschungsansätze

ze vorgelegt oder in Arbeit, die hier noch unbekannt sind, die aber von Thema, Aufbau und Bedeutung als Teil einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung angesehen werden müssen und auch in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden sollten.

Daraus ergibt sich eine Wechselwirkung zwischen dem Berichtsteil und dem Analyseteil der Umweltökonomischen Gesamtrechnung:

- Analysen beziehen Daten aus dem Berichtsteil und verknüpfen sie gegebenenfalls mit anderen Ergebnissen;
- der Berichtsteil wird erweitert und ergänzt um wichtige Analyseergebnisse, aber auch um Basisdaten, die von dem Analyseteil als erforderlich signalisiert werden. Hier ergibt sich ein breites Feld der Zusammenarbeit mit der wissen-

schaftlichen Forschung auf dem Umweltgebiet.

Ein sehr bedeutender Teil der Umweltökonomischen Gesamtrechnung besteht zweifellos in der Verknüpfung von Umweltdaten mit Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Das betrifft insbesondere die Schnittstellen zwischen der Produktion in der Gliederung nach Gütern und Wirtschaftsbereichen einerseits und den mit der Produktion zusammenhängenden Ressourcenverbräuchen und Emissionen andererseits sowie die Aufwendungen für den Umweltschutz, die als laufende Vorleistungen oder als Investitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berücksichtigt sind.

Im Rahmen der konzeptionellen Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Ge-

samtrechnungen wird an einem sogenannten Satellitensystem Umwelt gearbeitet, welches das bewährte bisherige System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen möglichst weitgehend unverändert beibehalten soll und Umweltaspekte nur ergänzend einführt. Diese konzeptionellen Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Es ist aber anzunehmen, daß ein nicht unerheblicher Teil aus dem Statistischen Umweltökonomischen Berichtssystem gespeist werden kann, sobald die Aufbauphase abgeschlossen ist und die Klassifikationen eine gewisse Vollständigkeit erreicht haben. Es ist deshalb eine enge Zusammenarbeit bei der konzeptionellen Entwicklung der beiden Systeme geboten.

Frank Dorow

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Das neue

FALTBLATT 1991

ist da!

Daten und Informationen 1991



**Freie und Hansestadt Hamburg
Statistisches Landesamt**

Gegen Einsendung von 0,60 DM in Briefmarken anzufordern im:

Statistisches Landesamt Hamburg,
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Tel. 36 81 - 1719 oder 36 81 - 1721
Telefax 36 81 - 1700
Btx * 36 502 #

1866 – 1991

125 Jahre Statistisches Landesamt Hamburg

2. Ein erstes Großvorhaben: Zählung 1866

B e r i c h t

über das

Verfahren bei der am 3ten December 1866 vorgenommenen Zählung

der

Hamburgischen Bevölkerung.

Die Bestrebungen der Deputation für directe Steuern, zur Herstellung einer bessern Grundlage für die Ausschreibung der persönlichen Steuern, hatten den Erfolg, dass der Deputation im September 1866 die erforderlichen Mittel für ein statistisches Bureau bewilligt wurden. Die in demselben Jahr wieder in Anregung gekommene Nothwendigkeit einer Zählung der hamburgischen Bevölkerung führte zu dem Beschluss diesem neu zu errichtenden Bureau die Ausführung dieser Zählung zu übertragen. Da die vorzunehmenden Erhebungen zum Behuf der Grundsteuer und der Einkommensteuer die erste Arbeit des statistischen Bureaus sein mussten, erschien es angemessen die Zählung im Anschluss an diese Arbeit vorzunehmen.

Die Erhebungen für die Grundsteuer sind von jeher durch schriftliche Beantwortung von Fragen beschafft, welche den Bewohnern abseiten der Steuerbehörde zugesandt wurden. Der gute Erfolg dieser Maassregel, gegenüber den Resultaten, welche für die persönlichen Steuern, aus den, durch die Officiere und Feldwebel des Bürgermilitairs vorgenommenen mündlichen Umfragen gezogen wurden, liess es von vornherein ausser allem Zweifel, dass für die Zählung das erstere Verfahren anzuwenden sei, da eine zweckdienliche Erweiterung des Fragebogens bei der, wenigstens in Stadt und Vorstädten, schon an Ausfüllung solcher Formulare gewöhnten Bevölkerung, ebenfalls gute Erfolge in Aussicht stellte.

Die Entwerfung eines solchen Fragebogens führte auf den Umfang, welcher den vorzunehmenden Erhebungen zu geben sei, und zunächst auf die Bestimmung, welche Art der Bevölkerung ermittelt werden solle. Nach reiflicher Ueberlegung wurde

beschlossen, zunächst nach der factischen Bevölkerung zu fragen, d. h. jede Person zu zählen, welche zur Zeit der Zählung auf hamburgischem Territorium befindlich ist, und zwar an dem Ort ihres zeitweiligen Aufenthalts. Dass die factische Bevölkerung der durchschnittlichen Zahl der Bevölkerung überhaupt am nächsten steht, ist von Autoritäten der Bevölkerungsstatistik anerkannt, doch ist die Ermittlung auch der rechtlichen Bevölkerung für jeden Staat von grosser Wichtigkeit und daher wünschenswerth, so weit thunlich die im Auslande befindlichen Staatsangehörigen kennen zu lernen. Es ist deshalb in dem angewandten, anliegenden Formular unter Rubrik 19 nach der Wohnung oder nach dem Aufenthalt der nicht in der eignen Wohnung befindlichen Kinder des Declaranten gefragt. Die Frage nach der Wohnung der in Hamburg befindlichen Kinder dient freilich nicht zur Ermittlung der rechtlichen Bevölkerung und ist für das Zählungsgeschäft sogar hinderlich, da diese Personen an ihrem Aufenthaltsort, in eigener oder fremder Wohnung, ebenfalls und somit doppelt aufgeführt worden, und dadurch deren Ausmerzung an dem Ort, wo sie nicht wohnen, bei der Aufzählung erforderlich wird. Da die vorgenommene Zählung aber gleichzeitig Steuerzwecken dienen sollte, wurde diese Ermittlung für nothwendig erachtet, und hat die Entfernung dieser Personen aus der Familie der Eltern, bei der definitiven Aufzählung durch die Beamten des statistischen Bureaus, ausser dem Zeitverlust, keine Unzuträglichkeiten gehabt. Die Aufgabe der auf nicht hamburgischem Territorium befindlichen Kinder, sofern dieselben noch dem hiesigen Staatsverband angehören, wie die Bemerkung am Fuss des Bogens angiebt, so wie die ebenfalls daselbst vorgeschriebene Aufnahme der auf

Reisen oder sonst vorübergehend abwesenden Personen, hat den Zweck insoweit erfüllt, dass 8018 nicht anwesende, aber dem hamburgischen Staatsverband angehörige, Personen aufgegeben worden sind, welche zur rechtlichen hamburgischen Bevölkerung zu rechnen sind.

Sowohl die Bestimmung derjenigen Art der Bevölkerung, welche zu ermitteln war, als sämtliche andere für nothwendig erachtete Fragen, wurden, auf Grund von Vorarbeiten des schon früher ernannten Vorstandes des statistischen Bureaus, und nachdem demselben Gelegenheit gegeben war, sich über das Zählungsverfahren des preussischen Staats am königlich statistischen Bureau in Berlin zu unterrichten, von einer Commission des Senats geprüft, und das Formular des Fragebogens schliesslich von der Steuerdeputation festgestellt. In Uebereinstimmung mit fast allen andern Staaten ward nach dem Namen, Geschlecht, Geburtsort, Geburtsjahr, der religiösen Gemeinschaft, dem Stande oder Gewerbe, dem verwandtschaftlichen Verhältniss zum Declaranten und nach dem Civilstand gefragt. Die häufig vorkommende Frage, ob ein Familienglied blind oder taubstumm sei, wurde nicht für dringend nothwendig gehalten, und die Kürze der Zeit zwischen dem Beschluss, dass gezählt werden sollte, und der Ausführung dieses Beschlusses wurde als Grund angenommen für dieses Mal von der Aufnahme des Viehstandes, welche mit der Zählung der Bevölkerung gemeinsam vorgenommen zu werden pflegt, gleichfalls abzusehen. Auch hat die verhältnissmässig geringe Zahl desjenigen Theils der Bevölkerung, welcher sich mit Viehzucht beschäftigt, auf diesen Beschluss eingewirkt.

Die Fragen auf der ersten Hälfte des Bogens sind für die Wohnungstatistik und für die Grundsteuer erforderlich und im Wesentlichen die bisherigen in etwas anderer, für zweckmässiger erachteten Rubricirung. Die Frage 10, nach dem Besitz von Grundeigenthum ausser dem selbstbewohnten, ist diejenige, welche bei einzelnen Grundbesitzern Anstoss erregt hat, da in derselben eine unzulässige Forschung nach dem Vermögensstand gefunden wurde, und ist diese Frage verhältnissmässig am Wenigsten genügend beantwortet worden. Freilich ist der vorgebrachte Grund wenig stichhaltig, da in unsern Grundeigenthumsverhältnissen der Umfang des Grundeigenthums mit dem des Vermögens selten als identisch zu betrachten ist, doch wird bei einer Wiederholung des Verfahrens zu erwägen sein, ob diese, doch oft ungenügend beantwortete Frage nicht im Interesse der Raumersparung auf dem Fragebogen wegzulassen sein wird.

Nach Feststellung des Fragebogens und Constituirung des statistischen Bureaus, trat die Beschaffung eines ausreichenden Zählerpersonals in den Vordergrund, da durch dieses Personal der Erfolg der Zählung wesentlich bedingt wird. In Berlin ist zweimal (1861 und 1864) die freiwillige Mitwirkung der Bevölkerung in Anspruch genommen worden, und beide Male mit günstigem Erfolg. Da die hamburgische Bevölkerung in grossem Umfange an communale Selbstthätigkeit gewöhnt ist, und die verschiedenen Kreise derselben sich von jeher bereitwillig beschwerlichen und zeitraubenden Beschäftigungen unterzogen haben, lag der Gedanke nahe, auch hier diesen Versuch zu machen. Doch überwogen die Gründe, welche, wenigstens für dieses Mal, die Anwendung von besoldeten Zählern empfahlen. Die ganze Arbeit war für alle Beteiligte eine vollkommen neue. Die Beamten, welche dieselbe leiten sollten, mussten erst selbst angeleitet werden und praktische Erfahrung hatte Niemand. Unter diesen Umständen lag es nahe, das Misslingen in mehr Fällen zu vermuthen als vorgekommen sind. Besoldete Zähler konnten aber verpflichtet werden Irrthümer sofort zu corrigiren, und überhaupt einer strengeren Disciplin unterworfen werden, als der freiwilligen bürgerlichen Thätigkeit gegenüber zur Anwendung gebracht werden kann.

Auch wird es unmöglich sein von freiwilligen Zählern einen fast achtägigen angestrenkten Dienst vom Morgen bis zum Abend zu beanspruchen, welche Zeit zum Ausbringen, Einholen und Ordnen der Bögen, unerlässlich ist, wenn das Geschäft nicht über die Gebühr verzögert und dadurch die Genauigkeit beeinträchtigt werden soll.

Es wird demnach eine weit grössere Zahl von Personen erforderlich, und die Aufsicht und Controlle so unendlich erschwert, dass es nicht rathsam erschien, einem neuen Bureau solche Aufgabe zu stellen. Es haben im Ganzen 365 Personen als Zähler, resp. Oberzähler fungirt, also ca. 780 gezählte Personen auf einen Zähler. In Berlin sind 1864, 1449 Districtsrevisoren (Oberzähler) und 6090 Zählungsagenten (Zähler) in Thätigkeit gewesen, also 1 Person auf 81 Gezählte. Nach dieser Modalität hätten in Hamburg ca. 3500 Personen verwandt werden müssen um dasselbe Resultat zu erzielen. Allerdings stellen sich die Kosten der Zählung in Hamburg bedeutend höher, auf ca. 16,000 ₰ (6,400 ₰) also, ca. 10 $\frac{1}{2}$ ₰ pr. Kopf, während dieselbe in Berlin 4,493 ₰ (11,232 ₰ 8/3 Crt.) also 3 $\frac{1}{2}$ ₰ hamburgische Münze per Kopf betragen haben.

Von diesen Kosten fallen 11,000 ₰ Crt. (4,400 ₰) auf die Zähler, doch sind von der Gesamtsumme die Kosten, welche die nothwendigen Erhebungen für die Grundsteuer mit 1,300 ₰ alljährlich verursachen, in Abzug zu bringen.

Bei der Besorgung des Zählerpersonals lag der Gedanke nahe, ausser den sonst von der Steuerdeputation als Hilfsboten und Zettelträgern benutzten Personen, die Feldwebel des Bürgermilitärs in erster Linie zu verwenden, natürlich, auch gegen Zahlung von Diäten. Da das Bürgermilitair aber unmittelbar vor der Zählung seine gewöhnliche Umschreibung vornahm, wurde von dieser Maassregel abgesehen, da es Anlass zu Verwirrungen geben konnte, wenn die Bevölkerung fast gleichzeitig zweimal von denselben Personen mit ähnlichen, und doch verschiedenen Fragen behelligt wurde. Nur zwei Feldwebel sind auf ihren speciellen Wunsch beschäftigt worden. Im Uebrigen bestand das Personal aus den verschiedensten Elementen. Unbeschäftigte Handwerker, Arbeiter, entlassene Militairpersonen, Buchhalter, Schreiber, Lohndiener, Boten etc. meldeten sich ohne eigentliche officielle Aufforderung in so grosser Zahl, dass die am tauglichsten erscheinenden ausgewählt werden konnten, und während der Zählung selbst nur sehr vereinzelt die Fälle vorkamen, dass ein Zähler wegen Unzuverlässigkeit und Unfähigkeit entfernt und durch eine andere Person ersetzt werden musste. Auf dem Lande wurde die Zählung in vielen Districten durch die Vögte und Schätzungsbürger ausgeführt, unter Assistenz der Polizeiofficianten, in einigen Districten auch durch die Schullehrer. Eine Anzahl von Beamten der Deputation für indirecte Steuern, welche für die erforderliche Zeit zur Verfügung gestellt wurden, sind als gewandte Leute grösstentheils in entfernten ländlichen Districten, wo selbstständige Thätigkeit erforderlich war, als Oberzähler mit Erfolg verwandt.

Wenn auch nicht alle beschäftigten Personen gleichmässig gut gearbeitet haben, so ist doch im Allgemeinen die Sache mit Eifer und Geschick ausgeführt, und haben die Zähler, welche vorher abtheilungsweise durch die Beamten des statistischen Bureaus summarisch instruirt und im Ausfüllen der Fragebögen geübt wurden, sich in die ungewohnte Beschäftigung gut hineingefunden.

Das Verfahren der Zählung ist in seinen Einzelheiten conform mit dem anliegenden Organisationsplan ausgeführt. Auf dem Landgebiet und in Ritzbüttel haben allerdings, wie auch in dem Plan angedeutet ist, die Bestimmungen in Bezug auf Rapporte etc. nicht genau eingehalten werden können, überhaupt hat den Oberzählern, welchen diese Districte zugetheilt waren, eine grössere Selbstständigkeit in der Ausführung zu-

gestanden werden müssen, aber durchschnittlich hat sich dieses Vertrauen gut bewährt. Naturgemäss hat das im Allgemeinen mehr mangelhafte Sachverständniss der ländlichen Districte es nothwendig gemacht, dass die überwiegende Zahl der Fragebögen durch die Zähler ausgefüllt werden musste, aber das Material ist eben auf dem Lande fast vollkommen genügend für die weitere Bearbeitung. Dass etwas längere Zeit als im Organisationsplan vorgeschrieben, in einzelnen Districten verwandt werden musste, hat gerade auf dem Lande, wo, ausser Geburten und Sterbefällen, wenig Veränderungen vorkommen, keinen wesentlichen Nachtheil.

Wenn dem Organisationsplan im grossen Ganzen das Verfahren in Berlin, Breslau und Königsberg zum Vorbild gedient hat, so sind die Abweichungen noch zu begründen.

Zunächst ist davon abgesehen worden, den Hausbesitzern vorher Listen zuzuschicken, in welchen dieselben die Miether ihrer Häuser einzutragen hatten. Theils würde es unthunlich gewesen sein, in den speciell hamburgischen Verhältnissen, wo das Grundeigenthum zum Theil in Händen von oft entfernt wohnenden, häufig den Besitz wechselnden, Speculanten ist, genaue Aufgaben von den augenblicklichen Besitzern zu fordern, die ihr Eigenthum häufig, namentlich bei Grundstücken mit kleinen complicirten Wohnungsparcelen, durch Viehhäusertheile verwalten lassen; anderntheils befand das genügende Material sich fast vollständig in den Händen der Steuerdeputation. Die Bücher der Grundsteuer lieferten die erforderlichen Notizen, welche ergänzt, durch die, in Folge der eingegangenen Selbstschätzungen vielfach rectificirten Einkommensteuerrollen zur Anfertigung von Wohnungslisten, nach dem, dem Organisationsplan anliegenden Formular vom statistischen Bureau benutzt wurden, und welche statt der sogenannten Hauslisten oder Grundstückscontrollisten, den Zählern als Richtschnur für ihre Arbeiten eingehändigt wurden.

Als eine andere Abweichung ist die erste Bearbeitung des gesammelten Materials zu erwähnen. Die Nummerirung und erste Aufzählung der gesammelten Namen, ist an andern Orten den Zählern allein überlassen. In Hamburg haben die Zähler in Gemeinschaft mit ihrem resp. Oberzähler, und in sehr vielen Fällen unter Aufsicht und Beihülfe des betreffenden Districtsbeamten, im Districtsbureau die Zusammenstellung und Addition vorgenommen. Wenn die erstere Methode den Vortheil bietet, dass sich ergebende Differenzen sofort nachgefragt und ausgeglichen werden können, so hat die Arbeit unter Aufsicht und Beirath der Beamten auch ihre Berechtigung in Bezug auf den Bildungsstand vieler Zähler. Irrthümer und Mängel, welche sich bei den Abendrapporten herausstellten, sind sofort am nächsten Morgen durch die Zähler ergänzt. Specielle Nachfragen nach ungenügenden Aufgaben sollten nach Entlassung der Zähler, wenigstens in städtischen und naheliegenden Districten durch die betreffenden Beamten geschehen. Leider wurde diese Disposition dadurch an der prompten Ausführung behindert, dass sofort nach beendeter Zählung die Anfertigung der Wählerlisten für das Parlament des Norddeutschen Bundes dem Steuerbureau aufgetragen wurde, und demnach nicht nur die erforderlichen Nachfragen, nicht wie es wünschenswerth war, sofort vorgenommen werden konnten, sondern auch die noch nicht rectificirten Fragebögen als Grundlage der Wählerlisten benutzt werden mussten. Diese Arbeit nahm einen Monat in Anspruch, und erst nach Beendigung derselben konnten die Nachfragen und die definitive Aufzählung in Angriff genommen werden, so dass, wengleich die erste summarische Aufzählung durch die Zähler am 10ten December vollendet war, doch erst im Februar 1867 das definitive Resultat veröffentlicht werden konnte. Diese ungewöhnliche Verzögerung entstand auch daher, dass dem statistischen Bureau inzwischen die vorgängige Ermittlung der nicht staatsangehörigen Bevölkerung aufgegeben war, und dass mit

der definitiven Aufzählung der soweit thunlich rectificirten Listen die gleichzeitige Rangirung der Bevölkerung nach Altersklassen zweckmässig erschien.

Die ausgesandten Fragebögen sind, wenigstens in Stadt und Vorstädten, zum überwiegend grössten Theil, von der Bevölkerung selbst ausgefüllt. Ganz von den Zählern ausgefüllte Listen kommen nur auf dem Lande und in einzelnen, nur mit kleinen Wohnungen besetzten städtischen Districten vor, es ist aber zu beklagen; dass auch von Gebildeten mangelhafte, ungenaue, und vollständiges Missverständniss der vorgelegten Fragen verrathende, Angaben gemacht worden sind. Eine oft vorkommende Ungenauigkeit, welche freilich keine Nachfragen, aber viel Arbeit am Bureau verursachte, entstand daraus, dass Einlogirer allerdings auf der ersten Hälfte des Bogens, Rubrik 8, mit der Bezeichnung des benutzten Wohnungstheils und der Miethe angegeben, aber auf der, für die Zählung bestimmten, zweiten Hälfte nicht namentlich und mit ihren betreffenden Eigenschaften aufgeführt waren. Im Uebrigen beschränkten sich die Mängel, welche durch Nachfragen corrigirt werden mussten, vorzugsweise auf ungenaue Angaben des Alters, auch vorzüglich bei Einlogirern und Schläfern, und auf ungenügende Bezeichnung der Staatsangehörigkeit. Auch die Angabe der religiösen Gemeinschaft fehlte verhältnissmässig oft und ist bei Ergänzung dieser Lücke weniger genau verfahren als in anderen Fällen, da es vermieden werden sollte, einen Gewissenszwang auszuüben.

Nach beschaffter Ergänzung und Berichtigung der Fragebögen konnten dieselben sofort sowohl zu den erforderlichen Auszügen für die Bevölkerungstabellen als auch zur Anfertigung der Listen für Grundsteuer und für die Einkommensteuer benutzt werden. Jedenfalls ist durch diese Zählung wieder ein Beitrag zu der Richtigkeit der Behauptung geliefert, dass die Selbsteintragung der Bevölkerung durch die Familienväter oder Haushaltungsvorstände das richtigste und zuverlässigste Material bietet. Mit Ausnahme derjenigen Bewohner, welche in Casernen, Krankenhäusern, Pflgeanstalten und ähnlichen Instituten leben, und welche durch die betreffenden Verwaltungen in Extraformularen verzeichnet worden sind, ist für jede Haushaltung ein Originaldocument vorhanden, welches in überwiegender Anzahl von den Bewohnern selbst, wenn auch manchmal unter Beihülfe des Zählers ausgefüllt worden ist. Wenn der Bewohner aber nur irgendwie des Schreibens kundig war, ist auch bei denjenigen Bögen, welche ganz vom Zähler ausgefüllt werden mussten, die Unterschrift des zur Declaration Verpflichteten zur Beglaubigung der Richtigkeit herbeigeschafft worden.

In der Bekanntmachung des Senats, welche die Zählung anordnete, war eine Ordnungsstrafe von Crt. $\frac{1}{2}$ 5 für Widersetzlichkeiten und ungenügende Beantwortung der Fragen ausgesetzt. Zur Ehre der hamburgischen Bevölkerung muss aber erwähnt werden, dass nur in einem Falle diese Maassregel zur Anwendung gebracht werden musste. In allen übrigen Fällen erledigten sich die wenigen Missverständnisse welche vorkamen auf gültlichem Wege, und waren die Zähler auch strenge zu einem höflichen und besonnenen Betragen angewiesen.

Zum guten Erfolg hat ausser einer erläuternden Bekanntmachung der Steuerdeputation wesentlich die Mitwirkung der Tagespresse beigetragen. In einem officiösen Artikel in den gelesensten Zeitungen wurde kurz vor der Zählung die Nothwendigkeit solcher Aufnahmen in populär fasslicher Weise erläutert, und in einem stark verbreiteten Blatte, ein mit fingirten Namen vollständig ausgefüllter Fragebogen abgedruckt, welche letztere Maassregel namentlich belehrend in weitem Kreisen gewirkt hat. Ausserdem ist auch die freiwillige Unterstützung mancher Zeitungen anzuerkennen, welche passende belehrende Hinweise brachten.

Schliesslich muss noch erwähnt werden, dass in einem Falle die Kürze der Zeit und die Neuheit des Verfahrens zu einer Abweichung von dem im Allgemeinen als richtig anerkannten Verfahren geführt hat. Dieser Fall betrifft die Zählung der auf Schiffen wohnenden Personen. Die hiesigen, sowie die Cuxhavener Hafenbehörden hatten die Besorgung der Bögen für die Fahrzeuge bereitwillig übernommen. Kurz vor der Zählung erhob sich ein Zweifel darüber, wie es mit den nicht deutsch redenden Mannschaften zu halten sei. Es wurde für nothwendig erachtet Bögen in mindestens drei fremden Sprachen anzuwenden. Die im Verhältniss zur geringen Zahl der betreffenden Schiffe, grosse Weitläufigkeit dieser Maassregel führte schliesslich dazu, für dieses Mal von der namentlichen Zählung der Schiffsbewohner abzusehen, und durch die Beamten der Hafenbehörden für jedes Fahrzeug nur den Namen, die Flagge, die Zahl und das Geschlecht der Bemannung in ein vereinfachtes Exemplar zu verzeichnen, für die ermittelten 3,001 Personen, 2,903 in Hamburg und 98 in Cuxhaven, fehlen also die andern Angaben, und muss

diese Zahl deshalb bei den betreffenden Tabellen unberücksichtigt bleiben z. B. bei der Aufmachung der Altersclassen, des religiösen Bekenntnisses etc. Die Resultate der Tabellen werden aber da die Schiffsmannschaften nur wenig über 1 pCt. der Gesamtbevölkerung betragen, für Vergleichen durch diesen Mangel nur unbedeutend benachtheiligt und für Steuerzwecke hat diese Kategorie der Bevölkerung, als eine grösstentheils nur transitirende auch wenig Werth, doch wird es sich bei einer Wiederholung der Zählung empfehlen rechtzeitig auch die Vorkorhungen für namentliche Zählung der Schiffsbevölkerung zu treffen.

Die Zählung erstreckte sich nur auf das eigentlich private Hamburgische Gebiet, die Bewohner von Bergedorf, den Vierlanden und Geesthacht, welches Territorium zur Zeit der Zählung, Hamburg mit Lübeck gemeinschaftlich besass, sind nicht berücksichtigt, doch sind die Zahlen welche sich nach früheren Erhebungen in diesem Amte ergaben, auf Seite 1 mit aufgeführt.

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

– Ausgewählte Strukturzahlen aus der Volkszählung 1987 über

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung	Einheit Jahr	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen
1	Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung insgesamt	Anzahl %	61 077 042 100	2 554 241 4,2	1 592 770 2,6	7 162 103 11,7
	davon:					
2	unter 15 Jahren	Anzahl %	8 903 039 100	364 576 4,1	185 657 2,1	1 062 916 11,9
	davon:					
3	noch nicht in Schulausbildung	Anzahl %	4 134 288 100	163 755 4,0	83 973 2,0	473 728 11,5
4	in Schulausbildung	Anzahl %	4 768 751 100	200 821 4,2	101 684 2,1	589 188 12,4
5	15 bis unter 65 Jahren	Anzahl %	42 826 294 100	1 780 027 4,2	1 113 433 2,6	4 973 470 11,6
	davon:					
6	in Schulausbildung	Anzahl %	1 605 953 100	74 300 4,6	36 299 2,3	203 814 12,7
	mit abgeschlossener allgemeiner Schulausbildung					
7	Volks-/Hauptschulabschluß	Anzahl %	26 031 325 100	1 017 026 3,9	571 497 2,2	2 974 618 11,4
	darunter:					
8	nicht mehr in Schulausbildung ¹⁾	Anzahl %	25 572 111 100	996 106 3,9	560 590 2,2	2 910 402 11,4
9	Realschul- oder gleichwertiger Abschluß	Anzahl %	8 805 982 100	442 983 5,0	274 490 3,1	1 139 551 12,9
	darunter:					
10	nicht mehr in Schulausbildung ¹⁾	Anzahl %	8 224 501 100	420 450 5,1	256 488 3,1	1 050 692 12,8
11	Fachhochschul-/ Hochschulreife	Anzahl %	6 383 034 100	245 718 3,8	231 147 3,6	655 487 10,3
	darunter:					
12	nicht mehr in Schulausbildung ¹⁾	Anzahl %	5 066 365 100	203 107 4,0	183 752 3,6	525 089 10,4
13	Zusammen ...	Anzahl %	41 220 341 100	1 705 727 4,1	1 077 134 2,6	4 769 656 11,6
	darunter:					
14	nicht mehr in Schulausbildung ¹⁾	Anzahl %	38 862 977 100	1 619 663 4,2	1 000 830 2,6	4 486 183 11,5
	darunter (von Zeile 5) mit abge- schlossener berufsbildender Schulausbildung					
15	Berufsfachschule	Anzahl %	2 377 630 100	86 857 3,7	55 841 2,3	331 864 14,0

1) Personen, die auch die berufliche Schulausbildung abgeschlossen haben.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Heft 11, Seite 12 und 13

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

Schulabschlüsse und Ausbildungsfachrichtungen der Bevölkerung –

Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Lfd. Nr.
660 084 1,1	16 711 845 27,4	5 507 777 9,0	3 630 823 5,9	9 286 387 15,2	10 902 643 17,9	1 055 660 1,7	2 012 709 3,3	1
81 849 0,9	2 407 494 27,0	778 309 8,7	534 552 6,0	1 426 302 16,0	1 663 757 18,7	146 736 1,6	250 891 2,8	2
36 614 0,9	1 126 631 27,3	355 307 8,6	250 901 6,1	678 154 16,4	780 120 18,9	68 609 1,7	116 496 2,8	3
45 235 0,9	1 280 863 26,9	423 002 8,9	283 651 5,9	748 148 15,7	883 637 18,5	78 127 1,6	134 395 2,8	4
460 228 1,1	11 823 538 27,6	3 874 717 9,0	2 532 118 5,9	6 529 618 15,2	7 600 678 17,7	752 658 1,8	1 385 809 3,2	5
16 301 1,0	498 196 31,0	135 323 8,4	81 697 5,1	242 704 15,1	243 203 15,1	24 030 1,5	50 025 3,1	6
257 605 1,0	7 276 774 28,0	2 176 384 8,4	1 705 311 6,6	3 957 318 15,2	4 905 240 18,8	521 568 2,0	667 984 2,5	7
252 687 1,0	7 152 109 28,0	2 139 676 8,4	1 674 068 6,5	3 883 257 15,2	4 830 353 18,9	513 428 2,0	659 435 2,5	8
113 727 1,3	2 263 394 25,7	903 001 10,3	438 174 5,0	1 316 418 14,9	1 440 702 16,4	113 913 1,3	359 629 4,1	9
105 599 1,3	2 092 628 25,4	850 992 10,3	408 070 5,0	1 222 432 14,9	1 367 611 16,6	105 880 1,3	343 659 4,2	10
72 595 1,1	1 785 174 28,0	660 009 10,3	306 936 4,8	1 013 178 15,9	1 011 533 15,8	93 147 1,5	308 110 4,9	11
59 708 1,2	1 407 878 27,8	530 273 10,5	247 461 4,9	804 496 15,9	801 489 15,8	73 497 1,5	229 615 4,5	12
443 927 1,1	11 325 342 27,5	3 739 394 9,1	2 450 421 5,9	6 286 914 15,3	7 357 475 17,8	728 628 1,8	1 335 723 3,2	13
417 994 1,1	10 652 615 27,4	3 520 941 9,1	2 329 599 6,0	5 910 185 15,2	6 999 453 18,0	692 805 1,8	1 232 709 3,2	14
21 862 0,9	500 295 21,0	251 795 10,6	139 046 5,8	469 269 19,7	428 768 18,0	28 361 1,2	63 672 2,7	15

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

– Ausgewählte Strukturzahlen aus der Volkszählung 1987 über

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung	Einheit Jahr	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen
	noch: darunter (von Zeile 5) mit abgeschlossener berufsbildender Schulausbildung					
16	darunter: nicht mehr in Schulausbildung ¹⁾	Anzahl %	2 300 280 100	83 736 3,6	52 998 2,3	317 178 13,8
17	Fachschule	Anzahl %	2 530 321 100	111 864 4,4	64 326 2,5	295 756 11,7
	darunter:					
18	nicht mehr in Schulausbildung ¹⁾	Anzahl %	2 472 438 100	109 790 4,4	61 883 2,5	287 736 11,6
19	Fachhochschule	Anzahl %	1 494 599 100	65 261 4,4	46 949 3,1	154 136 10,3
	darunter:					
20	nicht mehr in Schulausbildung ¹⁾	Anzahl %	1 439 788 100	63 465 4,4	44 598 3,1	148 185 10,3
21	Hochschule	Anzahl %	2 270 266 100	90 402 4,0	78 152 3,4	240 330 10,6
	darunter:					
22	nicht mehr in Schulausbildung ¹⁾	Anzahl %	2 159 764 100	87 339 4,0	73 170 3,4	228 636 10,6
23	Zusammen ...	Anzahl %	8 672 816 100	354 384 4,1	245 268 2,8	1 022 086 11,8
	darunter:					
24	nicht mehr in Schulausbildung ¹⁾	Anzahl %	8 372 270 100	344 330 4,1	232 649 2,8	981 735 11,7
	darunter:					
25	(von Zeile 5) mit praktischer Berufsausbildung	Anzahl %	20 939 332 100	934 414 4,5	511 385 2,4	2 458 283 11,7
	darunter:					
26	mit mindestens zweijähriger praktischer Berufsausbildung	Anzahl %	20 663 130 100	923 396 4,5	504 694 2,4	2 428 907 11,8
27	65 Jahre und älter	Anzahl %	9 347 709 100	409 638 4,4	293 680 3,1	1 125 717 12,0
	darunter:					
28	in Schul-/Hochschulausbildung	Anzahl %	4 767 100	146 3,1	222 4,7	1 000 21,0
29	Schüler und Studierende insgesamt	Anzahl %	8 736 835 100	361 331 4,1	214 509 2,5	1 077 475 12,3
30	Anteil der männlichen Bevölkerung mit Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule 2)	1987 1970	22,5 16,2	22,7 16,9	23,1 18,6	22,5 15,9
31	Anteil der weiblichen Bevölkerung mit Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule 2)	1987 1970	18,0 9,4	17,1 9,9	20,9 12,0	18,6 9,2

1) Personen, die auch die berufliche Schulausbildung abgeschlossen haben.

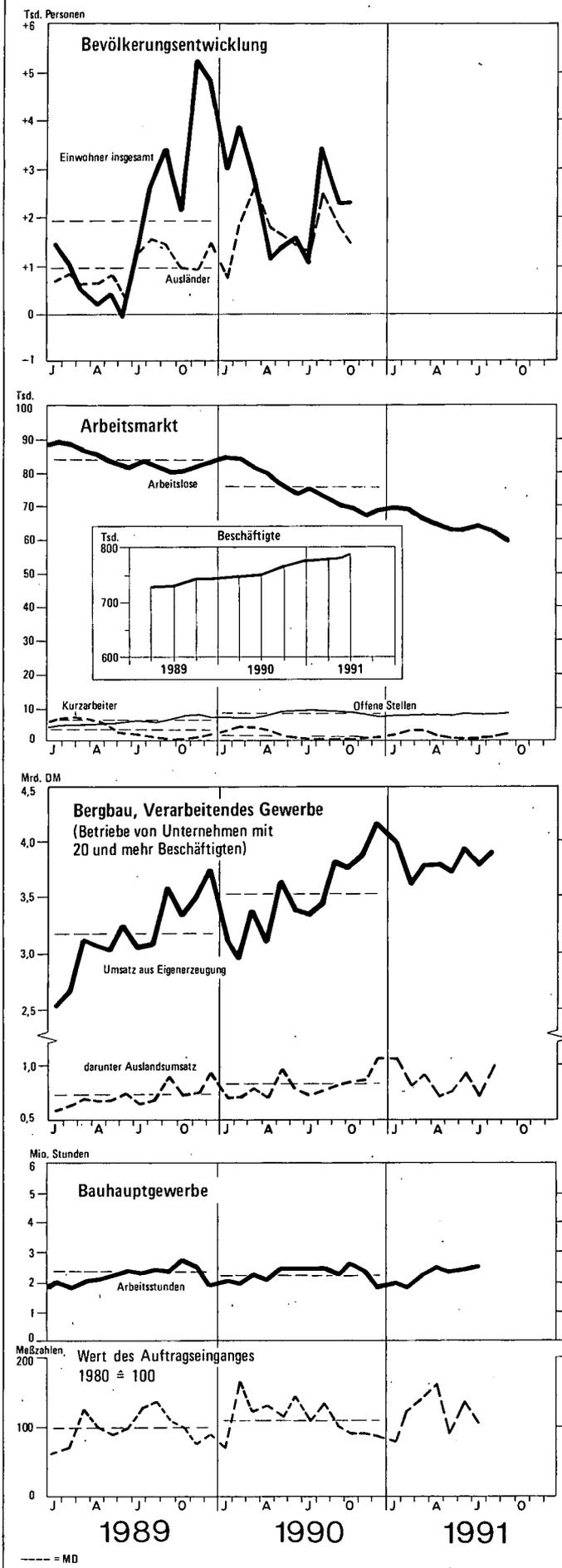
2) Bezogen auf die männliche bzw. weibliche Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Heft 11, Seite 14 und 15

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

Schulabschlüsse und Ausbildungsfachrichtungen der Bevölkerung –

Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Lfd. Nr.
21 019 0,9	482 478 21,0	242 744 10,6	134 942 5,9	456 995 19,9	418 273 18,2	27 885 1,2	62 032 2,7	16
24 850 1,0	634 664 25,1	224 055 8,9	153 453 6,1	455 750 18,0	437 893 17,3	46 734 1,8	80 776 3,2	17
24 064 1,0	618 351 25,0	218 634 8,8	150 412 6,1	447 560 18,1	429 405 17,4	46 212 1,9	78 391 3,2	18
16 738 1,1	410 805 27,5	149 861 10,0	73 932 4,9	234 374 15,7	260 784 17,4	20 224 1,4	61 535 4,1	19
15 964 1,1	394 850 27,4	144 453 10,0	71 551 5,0	226 837 15,8	251 382 17,5	19 922 1,4	58 551 4,1	20
23 893 1,1	580 595 25,6	233 743 10,3	110 772 4,9	373 063 16,4	398 139 17,5	30 602 1,3	110 575 4,9	21
22 798 1,1	550 037 25,5	224 008 10,4	106 675 4,9	355 106 16,4	380 183 17,6	30 019 1,4	101 793 4,7	22
87 343 1,0	2 126 559 24,5	859 454 9,9	477 203 5,5	1 532 456 17,7	1 525 584 17,6	125 921 1,5	316 558 3,7	23
83 845 1,0	2 045 716 24,4	829 839 9,9	463 580 5,5	1 486 498 17,8	1 479 243 17,7	124 038 1,5	300 797 3,6	24
207 687 1,0	5 858 618 28,0	1 906 990 9,1	1 249 396 6,0	3 064 488 14,6	3 757 423 17,9	379 527 1,8	611 121 2,9	25
205 232 1,0	5 781 062 28,0	1 881 726 9,1	1 233 884 6,0	3 019 254 14,6	3 707 548 17,9	374 765 1,8	602 642 2,9	26
118 007 1,3	2 480 813 26,5	854 751 9,1	564 153 6,0	1 330 467 14,2	1 638 208 17,5	156 266 1,7	376 009 4,0	27
81 1,7	1 671 35,1	304 6,4	166 3,5	511 10,7	505 10,6	25 0,5	136 2,9	28
87 550 1,0	2 453 457 28,1	777 082 8,9	486 336 5,6	1 368 092 15,7	1 485 367 17,0	138 005 1,6	287 631 3,3	29
20,2 15,0	19,9 15,3	24,4 16,5	21,5 14,5	26,4 17,4	22,6 15,8	20,6 16,1	23,4 21,5	30
17,8 10,0	16,1 8,8	20,0 10,6	16,2 7,4	20,5 9,8	17,5 8,5	12,8 7,3	22,2 15,6	31



Hamburg heute und gestern

1989 liefen von Hamburg 313 Schiffe mit einem Gesamttraumgehalt von 923 000 Nettoregister-tonnen nach **Häfen der Baltischen Republiken** Litauen, Lettland und Estland aus. Von der geladenen Gütermenge (370 000 Tonnen) entfielen 250 000 Tonnen auf Massengüter, vor allem Getreide (230 000 Tonnen), und 120 000 Tonnen auf die höherwertigen Stückgüter. Die in der Gegenrichtung aus Klaipeda, Riga, Tallinn und anderen Umschlagplätzen des Baltikums nach Hamburg verschifft Gütermenge erreichte mit 1,43 Millionen Tonnen fast das vierfache Volumen. Mineralölprodukte (Dieselkraftstoff und Heizöl) stellten mit über einer Million Tonnen die eindeutig dominierende Gütergruppe.

Vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bestand bereits ein reger Schiffsverkehr mit den Häfen der baltischen Staaten. 1938 wurden im Hamburger Hafen 248 Schiffsabfahrten in dieser Verkehrsrelation gezählt. Allerdings verfügten die Schiffe nur über einen Gesamttraumgehalt von 125 000 Registertonnen, da damals sehr viel kleinere Einheiten, zum Teil sogar noch Segelschiffe, zum Einsatz kamen. Entsprechend bescheiden nahm sich die beförderte Gütermenge von 120 000 Tonnen im ausgehenden Verkehr und 86 000 Tonnen im einkommenden Verkehr des Hafens Hamburg mit diesen Ostseerainern aus.

Statistik der anderen

Wie das **Bundesministerium für Verkehr** mitteilt, wurden 1990 in den 13 umschlagstärksten Seehäfen der „alten“ Bundesrepublik 137,9 Millionen Tonnen Güter geladen oder gelöscht; das waren 2,3 Millionen Tonnen oder 1,7 Prozent mehr als 1989. Zu den sieben Häfen, die ihren Umschlag im Vergleich zum Vorjahr steigern konnten, zählt auch Hamburg. Mit einem

Mehraufkommen von drei Millionen Tonnen verzeichnete der Elbehafen unter allen Umschlagplätzen den größten Mengenanstieg. Die Steigerungsrate von 5,6 Prozent wurde nur von Brunsbüttel (plus 15 Prozent), Wilhelmshaven (plus 9,9 Prozent) und Nordenham (plus 7,6 Prozent) übertroffen, die aber gemessen am Güteraufkommen weit hinter dem Hafen der Hansestadt rangieren. Hamburg konnte seine führende Position unter den deutschen Seehäfen ausbauen und den Abstand zu den Bremischen Häfen, die den zweiten Platz in der Umschlagstatistik belegen, vergrößern: 41,5 Prozent (1989: 40 Prozent) des Gesamtumschlages der in die Statistik einbezogenen Küstenhäfen wurden über Hafenanlagen der Hansestadt abgewickelt. Die Bremischen Häfen kamen auf einen Anteil von 20,4 Prozent gegenüber 22,4 Prozent 1989.

Die positive Gesamtentwicklung wurde im wesentlichen vom Stückgutumschlag getragen. In diesem Bereich belief sich der Mengenzuwachs insgesamt auf 2,2 Millionen Tonnen (plus 3,9 Prozent). Hamburg erzielte mit einem Mehraufkommen von 2,3 Millionen Tonnen (plus 10,4 Prozent) eine weit überdurchschnittliche Zunahme in diesem hochwertigen und daher für die Häfen besonders attraktiven Gütersegment.

Neue Schriften

Das Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Köln hat als Sonderheft 1 des Jahrgangs 1991 der „Kölner Statistischen Nachrichten“ Ergebnisse einer Bewohnerbefragung in Chorweiler-Mitte/Seeberg-Nord unter dem Titel „**Eine Großsiedlung aus der Sicht ihrer Bürger**“ vorgestellt.

Die Untersuchung beschreibt die Lebensbedingungen in einem Teilbereich einer der einwohnerstärksten Großsiedlungen in der Bundesrepublik. Wie auch bei anderen Großsiedlungen konnte in Chorweiler die

t in Hamburg

ursprünglich geplante Funktionsvielfalt nicht realisiert werden.

Das Untersuchungsziel bestand darin, für die im Rahmen eines städtebaulichen Ergänzungsprogramms durchzuführende Planung und Erneuerung des Wohngebietes Entscheidungsgrundlagen bereitzustellen, aber auch den Bewohnern durch die Befragung Informationen zum Ergänzungsprogramm zu vermitteln, um dadurch ihr Interesse an der Mitarbeit zu wecken.

Die Untersuchung fußt zu großen Teilen auf Daten, die im Rahmen von standardisierten Interviews bei etwa 1500 volljährigen Bewohnern im Jahr 1989 durchgeführt wurden. Die ursprüngliche Stichprobe konnte durch intensive Vorinformation zu 51 Prozent ausgeschöpft werden. Flankierend wurden bevölkerungsstatistische Daten aus dem statistischen Informationssystem des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen analysiert.

Zu den Ergebnissen:

Bevölkerungsstruktur

Das Untersuchungsgebiet hat 18 000 Einwohner. Der Ausländeranteil liegt mit 38 Prozent deutlich über dem städtischen Durchschnitt, 60 Prozent der Ausländer sind Türken. Die Bevölkerung ist relativ jung, Personen mit einfacher Schulbildung sind überrepräsentiert, unter den Erwerbstätigen gibt es relativ viele Arbeiter. Die Haushalte sind größer, das Haushaltseinkommen niedriger als im städtischen Durchschnitt.

Bevölkerungsentwicklung

Bis 1982 stieg die Einwohnerzahl, danach ist bis 1985 ein leichter Rückgang zu verzeichnen, hervorgerufen durch die verstärkten Fortzüge deutscher Personen. Der Wiederanstieg der Bevölkerungszahl bis Ende 1989 beruht maßgeblich auf der Zunahme der ausländischen Bevölkerung.

Wohnsituation

Es dominieren eindeutig Mietwohnungen mit Sozialbindung, die vergleichsweise gut ausgestattet sind, deren Mieten aber etwas über dem städtischen

Durchschnitt vergleichbarer großer Wohnungen liegen. Die Zufriedenheit mit der Wohngegend ist bedeutend niedriger als die mit der Wohnung. Die Bewohner der Siedlung streben erheblich häufiger einen Umzug an als dies die Kölner im Durchschnitt planen. Fehlende Spielmöglichkeiten für Kinder, Aufenthaltsmöglichkeiten und Grünanlagen im unmittelbaren Hausumfeld werden besonders bemängelt. Außerdem wird die mangelnde Sauberkeit im semiprivaten Bereich kritisiert.

Infrastruktur

Spürbare Unzufriedenheit herrscht mit dem Angebot an kulturellen Veranstaltungen sowie mit der Versorgung mit Kinder- und Jugendeinrichtungen. Die mangelnde Fußgängersicherheit wird kritisiert.

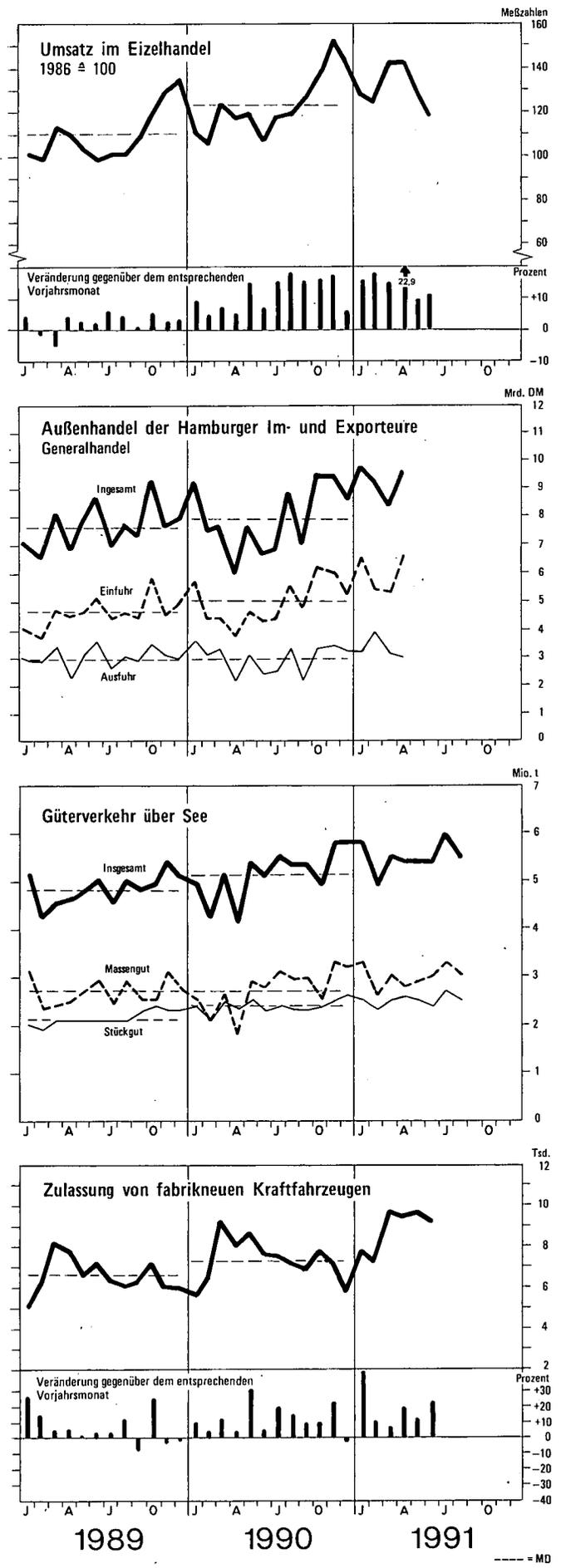
Soziale Kontakte

Obwohl objektiv das Ausmaß an Kontakten eher hoch ist, wird subjektiv häufig vermutet, daß die Bewohner nichts miteinander zu tun haben möchten. Die ausländischen Bewohner sind mit dem Wohngebiet stärker verbunden als die deutschen. Ausländer sprechen sich wesentlich häufiger für ein gemeinsames Zusammenleben mit Deutschen aus als umgekehrt.

Der Draht zum StaLa

Amtsleiter	3681-1710
Auskünfte	3681-1738
	1766
	1768
 Leitseite * 36 502 #	
Teiln.-Nr. 040 365038	
Telefax	(040) 3681-1700

Veröffentlichungen	3681-1719
Bibliothek	3681-1742
Für Thema:	
Jahrbuch:	
Hochschulstandort	
im Zahlenvergleich	3681-1768
Grundprogramm	
für Umwelt-	
berichtssystem	3681-1830
125 Jahre Statistisches Landesamt	3681-1710



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1988	1989	1989		1990				1991
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand										
Bevölkerung ¹⁾	1000	1 597,3	1 610,0	1 621,4	1 626,2	1 629,2	1 649,2
und zwar männlich	"	749,1	757,2	764,4	767,2	769,2	782,1
weiblich	"	848,2	852,8	857,0	859,1	860,0	867,0
Ausländer und Ausländerinnen	"	159,0	169,2	174,3	175,8	176,5	192,8
Bezirk Hamburg-Mitte	"	220,1	225,6	228,3	230,5	231,1	236,5
Bezirk Altona	"	226,1	227,7	229,6	229,7	230,1	233,2
Bezirk Eimsbüttel	"	226,8	228,0	229,8	230,2	230,3	231,3
Bezirk Hamburg-Nord	"	273,6	274,3	275,1	275,6	276,2	278,6
Bezirk Wandsbek	"	376,6	378,6	380,7	381,2	382,1	385,7
Bezirk Bergedorf	"	94,8	95,7	96,1	96,6	96,7	98,3
Bezirk Harburg	"	178,1	180,1	181,7	182,4	182,7	185,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	316	790	556	936	365	808	648	784	363
* Lebendgeborene ³⁾	"	1 280	1 278	1 382	1 365	1 330	1 645	1 618	1 394	1 279
dar. ausländische Lebendgeborene	"	222	232	260	213	232	286	306	234	243
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 766	1 770	1 800	2 685	1 841	1 545	1 855	2 302	2 008
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	10	12	11	7	5	7	11	15
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	"	486	492	418	1 320	511	100	237	908	729
* Eheschließungen	je 1000	6,1	5,9	4,2	6,8	2,6	5,8
* Lebendgeborene	Einwohner	9,6	9,5	10,4	9,9	9,6	11,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	und	13,3	13,2	13,5	19,5	13,3	11,0
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	1 Jahr	3,6	3,7	3,1	9,6	3,7	0,7
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000	7,7	7,8	8,7	8,1	5,3	3,0	4,3	7,9	11,7
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	6 297	7 691	11 156	11 500	9 602	8 239
* Fortgezogene Personen	"	5 071	5 269	5 503	5 328	6 084	6 027
* Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	+ 1 226	+ 2 421	+ 5 653	+ 6 172	+ 3 518	+ 2 212
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	11 080	11 228	12 418	12 625	12 405	9 986
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Schleswig-Holstein	"	1 410	1 334	1 434	1 280	1 463	1 494
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	978	918	877	848	1 024	855
Niedersachsen	"	863	1 303	1 509	4 371	1 887	1 164
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	337	325	308	333	314	319
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 151	1 159	5 121	2 777	3 162	2 089
Ausland	"	2 873	3 894	3 092	3 072	3 090	3 492
b) Fortgezogen nach	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Schleswig-Holstein	"	1 623	1 646	1 721	1 809	1 856	1 922
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	1 228	1 232	1 272	1 420	1 385	1 305
Niedersachsen	"	837	862	894	989	934	1 083
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	436	437	438	571	424	497
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 006	1 077	1 132	1 048	1 381	1 331
Ausland	"	1 605	1 690	1 756	1 482	1 913	1 691
c) Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—) gegenüber	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Schleswig-Holstein	"	- 213	- 312	- 287	- 529	- 393	- 428
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	- 250	- 314	- 395	- 572	- 361	- 450
Niedersachsen	"	+ 26	+ 441	+ 615	+ 3 382	+ 953	+ 81
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	- 99	- 112	- 130	- 238	- 110	- 178
Umland insgesamt ⁷⁾	"	- 349	- 426	- 525	- 810	- 471	- 628
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	+ 145	+ 87	+ 3 989	+ 1 729	+ 1 781	+ 758
Ausland	"	+ 1 268	+ 2 204	+ 1 336	+ 1 590	+ 1 177	+ 1 801
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) / -abnahme (—)	Anzahl	+ 740	+ 1 929	+ 5 235	+ 4 852	+ 3 007	+ 2 312
Bevölkerungszunahme (+) / -abnahme (—)	je 1000	5,6	14,4	39,3	35,2	21,8	16,5

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte⁸⁾										
Luftdruck ⁹⁾	hPa	1 016,3	1 014,7	1 012,7	1 017,5	1 017,4	1 018,8	1 011,1	1 016,9	1 018,4
Lufttemperatur	°C	10,8	10,9	15,8	17,2	19,1	10,7	13,8	20,1	18,7
Relative Luftfeuchtigkeit	%	74	76	75	70	67	72	73	68	72
Wind ¹⁰⁾	Stärke	3	3	3	3	3	3	3	3	2,8
Bewölkung ¹¹⁾	Grad	5,1	5,5	6,8	5,0	4,3	5,6	6,4	3,9	3,2
Summenwerte										
Sonnenscheindauer	Std.	142,8	127,6	123,5	222,8	236,2	175,7	125,6	305,9	213,9
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	6	7	3	3	1	5	1	0	0
Tage mit Niederschlägen	"	14	14	19	12	17	15	24	8	15
Niederschlagshöhe ¹²⁾	mm	56,7	71,5	116,7	49,8	87,9	40,6	104,2	46,1	72,7

¹⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987. - ²⁾ nach dem Ereignisort. - ³⁾ von Müttern mit alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. - ⁴⁾ mit letzter alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. - ⁵⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ⁶⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ⁷⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ⁸⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ⁹⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ¹⁰⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ¹¹⁾ Bevölkerungsgarde: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ¹²⁾ Tage mit 0,1 mm oder mehr Niederschlägen.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Büchereien und Museen										
Öffentliche Büchereien (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	605 485	599 591	594 959	537 342	537 582	603 816	579 323	461 512	575 181
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek										
Ausgeliehene Bände	"	81 740	86 358	86 593	81 387	76 716	99 640	89 223	91 759	74 181
Besucher der Lesesäle	"	32 237	31 227	31 447	31 802	21 305	34 446	33 878	32 917	22 531
HHWA – Institut für Wirtschaftsforschung										
Besucher der Bibliothek und Archive	"	5 284	5 251	3 805	4 982	5 212	5 655	4 360	5 250	5 639
Commerzbibliothek										
Ausgeliehene Bände	"	2 596	2 719	2 389	2 709	3 207	2 902	2 548	1 846	2 325
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 592	1 783	1 802	1 820	1 826	1 810	1 720	1 117	1 345
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	88 945	92 321	98 459	66 868	69 377	95 132	91 587	52 430	70 901
davon Hamburger Kunsthalle	"	15 487	17 202	19 900	11 127	12 685	14 691	14 266	10 259	16 423
Altonaer Museum in Hamburg,										
Norddeutsches Landesmuseum	"	8 450	8 819	11 607	8 082	5 767	8 087	10 976	6 609	7 767
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	8 135	11 172	8 620	6 059	4 053	22 790	12 763	3 043	6 917
Hamburger Museum für Archäologie und die										
Stadtgeschichte Harburgs	"	5 328	6 277	4 290	1 038	3 177	4 796	4 372	1 483	1 252
Museum für Hamburgische Geschichte	"	19 956	18 242	19 994	18 957	17 814	18 779	22 373	15 403	17 322
Museum für Kunst und Gewerbe	"	18 219	17 139	17 275	9 055	13 259	11 629	10 328	6 481	10 758
Planetarium	"	11 494	11 503	13 308	10 469	10 992	11 169	12 648	8 509	8 789
Bischofsburg	"	1 876	1 967	3 465	2 081	1 630	3 191	3 871	643	1 673
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	463 578	453 212	432 265	511 149	672 605	395 052	432 052	799 227	617 476
Arbeitsmarkt										
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	Anzahl	726 816	735 196	749 365	748 000	758 600	p 782 200	p 788 200
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	83 457	75 493	74 097	75 020	72 339	62 575	62 227	63 768	62 433
* davon Männer	"	48 634	43 854	42 929	43 230	41 565	37 381	37 076	37 708	36 946
Frauen	"	34 823	31 639	31 098	31 790	30 774	25 194	25 151	26 060	25 487
Arbeitslosenquote	%	11,7	10,5	10,3	10,4	10,0	8,6	8,5	8,8	8,6
Kurzarbeiter	Anzahl	3 142	1 812	951	598	328	711	380	164	894
Arbeitsuchende										
Arbeitsuchende ¹⁾ insgesamt	"	102 183	95 381	94 562	95 031	91 881	83 066	83 330	84 166	82 849
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	7 061	6 429	6 436	6 481	6 335	5 136	5 039	5 103	5 055
Offene Stellen	"	6 134	8 218	9 318	9 328	9 037	7 820	8 197	7 932	7 657
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	971	1 005	1 025	989	931	1 177	1 093	1 005	...
* dar. an Molkereien geliefert	%	94,6	94,8	97,5	96,4	93,9	97,5	97,6	96,4	...
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,9	13,7	14,1	13,2	15,0	14,4	14,0	...
Schlachtungen von Inlandtieren²⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	3,5	4,6	2,0	3,3	6,2	6,7	6,7	6,0	8,0
* Kälber	"	1,8	2,6	2,9	2,3	2,5	4,5	3,7	3,8	3,4
* Schweine	"	17,6	21,9	21,5	21,5	33,8	25,2	22,3	23,1	22,0
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	2 727	3 568	2 802	3 115	5 122	4 862	4 495	4 324	4 931
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 067	1 356	664	989	1 744	2 022	2 037	1 775	2 531
Kälber	"	208	353	3 98	313	348	627	494	526	472
* Schweine	"	1 450	1 855	1 737	1 808	3 025	2 206	1 957	2 021	1 925
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	134 004	134 679	134 123	134 669	r 136 070	135 857	135 853	137 285	138 254
* dar. Arbeiter ⁵⁾	"	70 717	71 141	70 769	71 412	r 72 327	71 312	71 340	71 989	72 316
* Geleistete Arbeiterstunden ⁷⁾	1000	9 597	9 564	9 365	9 258	r 9 550	9 426	9 367	9 098	9 409
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	257	273	269	265	r 274	336	291	296	292
* Bruttogehaltssumme	"	367	386	426	370	r 365	422	459	400	394
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁸⁾)	"	6 619	7 507	6 989	7 100	r 7 390	8 008	8 722	7 893	8 226
dar. Auslandsumsatz	"	871	1 026	962	934	r 999	983	1 096	946	1 187
* Kohleverbrauch ¹⁰⁾	1000 tSK ⁹⁾	6	7	8	6	r 8	5	5	5	5
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	1000 m ³	96 647	94 026	92 544	78 126	r 92 544	115 189	91 027	91 027	91 027
* Stromverbrauch ¹⁰⁾	Mio. kWh	1 147	1 176	1 149	1 181	r 1 149	1 205	1 192	1 192	1 192
* Heizölverbrauch ¹⁰⁾	1000 t	53	55	50	51	r 50	65	53	53	53
* davon leichtes Heizöl ¹⁰⁾	"	5	6	4	6	r 4	7	4	4	4
* schweres Heizöl ¹⁰⁾	"	48	49	46	45	r 46	58	48	48	48

¹⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ²⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. – ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ einschl. Bergbau. – ⁶⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. – ⁷⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. – ⁸⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. – ⁹⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSK) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – ¹⁰⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den August-Spalten der Jahre 1990 und 1991 beziehen sich jeweils auf das erste 2. Vierteljahr des Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige										
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	Mio. DM	3 171	3 515	3 363	3 338	3 460	3 656	3 961	3 761	3 859
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	1 474	1 631	1 590	1 607	1 670	1 787	1 832	1 870	1 824
Investitionsgütergewerbe	"	1 038	1 180	1 105	1 079	1 041	1 093	1 362	1 093	1 240
Verbrauchsgütergewerbe	"	142	162	156	159	183	175	180	182	199
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	517	543	512	493	566	600	587	616	596
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	20 776	21 315	20 755	21 414	21 708	21 951	21 820	22 259	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	15 912	16 318	15 826	16 405	16 668	16 814	16 659	17 058	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 192	2 172	2 254	2 315	2 373	2 351	2 369	2 472	...
* davon für Wohnungsbau	"	442	444	502	494	477	521	529	558	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	1 010	1 059	1 042	1 082	1 104	1 158	1 169	1 193	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	740	669	710	739	792	672	671	721	...
* Brutto Lohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	57	64	62	67	70	73	67	77	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	19	22	22	22	22	22	26	24	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	289	320	344	356	331	338	367	374	...
davon im Wohnungsbau	"	49	49	61	53	47	53	57	61	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	146	176	176	196	172	200	217	213	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	94	95	107	107	112	86	94	99	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 730	8 892	8 744	8 774	9 025	9 079	9 068	9 037	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	6 928	7 090	6 973	7 031	7 166	7 182	7 187	7 173	...
Geleistete Arbeitsstunden	1000	996	1 015	998	1 016	1 069	1 030	1 004	1 063	...
Brutto Lohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	24	25	25	26	27	28	26	28	...
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	8	9	9	8	8	9	11	9	...
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	88	95	94	90	100	90	107	111	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	97	101	209	162	45	205	184	120	176
* Stromverbrauch	"	991	1 004	896	899	891	996	955	936	948
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 737	1 824	1 391	1 173	726	2 129	1 583	890	1 041
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 ± 100	83,5
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	95,9
Investitionsgütergewerbe	"	91,4
Verbrauchsgütergewerbe	"	85,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	60,9
Bauhauptgewerbe	"	76,8
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"
* Rauminhalt	1000 m ³
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM
* Wohnfläche	1000 m ²
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl
* Rauminhalt	1000 m ³
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM
* Nutzfläche	1000 m ²
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl
Rauminhalt	1000 m ³
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000
Wohnungen	"

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ nach den fortgeschriebenen Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987. Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	108,6	115,9	.	.	117,4	124,4	.	.	126,0
Wohngebäude insgesamt	"	108,7	116,1	.	.	117,6	124,5	.	.	126,1
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	108,5	115,7	.	.	117,2	124,3	.	.	126,0
Mehrfamiliengebäude	"	108,8	116,0	.	.	117,6	124,3	.	.	125,9
Gemischt genutzte Gebäude	"	110,1	116,6	.	.	118,0	124,1	.	.	125,9
Bürogebäude	"	110,0	117,0	.	.	118,3	124,2	.	.	126,2
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 790	63 288	68 150	63 596	63 448	57 858	56 510	49 054	45 685
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	9 174,8	10 321,9	11 299,3	10 459,9	10 370,6	9 611,4	9 194,9	7 628,9	6 805,8
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausfuhr des Landes Hamburg ²⁾³⁾	Mio. DM	998	1 002	959	956	1 072	1 148	822
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	106	116	133	106	140	155	105
Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	892	886	825	850	932	993	718
davon Rohstoffe	"	7	6	6	5	14	15	5
Halbwaren	"	119	129	106	111	162	141	83
Fertigwaren	"	766	751	714	734	755	837	629
davon Vorerzeugnisse	"	112	101	91	89	106	107	82
Enderzeugnisse	"	654	650	623	645	649	730	547
nach Europa	"	704	710	675	665	735	751	602
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	474	485	440	475	507	524	429
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure ⁵⁾	"									
Einfuhr	"	4 598	4 959	4 265	4 375	5 599
davon Europa	"	2 701	2 979	2 362	2 828	3 044
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 080	2 239	1 696	2 119	2 248
Außereuropa	"	1 897	1 980	1 903	1 547	2 555
Ausfuhr	"	3 039	2 980	2 445	2 534	3 274
davon Europa	"	2 289	2 217	1 726	1 795	2 499
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 769	1 650	1 164	1 170	1 868
Außereuropa	"	750	763	719	739	775
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1986 = 100	103,9	r 107,4	104,4	104,8	r 109,8	105,1	104,3	102,9	...
* davon Binnengroßhandel	"	98,8	r 111,7	104,4	109,5	r 120,7	112,2	112,8	112,8	...
* Außenhandel	"	108,4	103,7	104,3	100,6	r 100,1	98,8	96,7	94,2	...
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1986 = 100	110,0	122,4	105,7	117,9	r 119,4	127,6	117,1	131,4	...
darunter Warenhäuser	"	106,0	114,4	97,4	113,5	106,4	105,2	101,4	114,1	...
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	120,4	r 130,6	131,5	127,2	r 134,4	146,1	140,9	130,4	...
darunter Beherbergungsgewerbe	"	129,1	r 143,5	154,2	133,2	r 151,9	159,4	164,7	138,0	...
Gaststättengewerbe	"	118,2	r 126,5	124,3	124,9	r 132,0	143,5	134,8	127,9	...
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Gäste	1000	164	174	196	196	203	192	198	194	...
* darunter Auslandsgäste	"	54	56	68	83	78	48	55	69	...
* Übernachtungen	"	316	330	368	369	392	367	378	362	...
* darunter von Auslandsgästen	"	107	108	131	154	156	95	104	119	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 059	s 1 111	1 031	1 141	1 150	s 1 150	s 1 150	s 1 150	s 970
Angekommene Schiffe	1000 t	4 799	p 5 134	4 807	5 462	5 270	p 5 437	p 5 358	p 6 008	p 5 463
Güterverkehr über See	"	3 053	p 3 310	3 157	3 762	3 472	p 3 779	p 3 486	p 4 002	p 3 426
davon Empfang	"	1 016	p 1 127	1 112	1 160	1 156	p 1 263	p 1 196	p 1 302	p 1 231
dar. Sack- und Stückgut	"	1 746	p 1 824	1 650	1 700	1 798	p 1 657	p 1 872	p 2 006	p 2 037
Versand	"	1 175	p 1 253	1 147	1 216	1 190	p 1 249	p 1 235	p 1 361	p 1 240
dar. Sack- und Stückgut	"	144 080	164 082	154 698	170 489	169 260	177 439	185 503	205 479	188 598
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	1 421	1 632	1 513	1 631	1 640	1 739	1 784	1 949	1 803
in Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t									
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	347	383	337	352	327	p 432
* Güterversand	"	344	370	381	367	263	p 478
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	9 019	9 448	9950	10 056	10 297	p 9 528	p 9 546	p 10 229	...
Fluggäste	"	508 263	555 471	595 185	609 239	631 114	p 561 606	p 600 948	p 599 321	...
Fracht	t	3 076	3 402	3 327	3 252	3 444	p 3 018	p 3 259	p 2 966	...
Luftpost	"	1 343	1 378	1 297	1 343	1 363	p 1 376	p 1 527	p 1 505	...
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	25 640	25 990	.	.	.	26 183	25 586	24 508	...
Busse (ohne Private)	"	19 297	20 377	.	.	.	20 271	19 840	18 900	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 521	7 257	7 462	7 440	6 941	9 633	9 177	11 549	p 4 670
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 938	6 547	6 799	6 790	6 288	8 516	8 283	10 727	p 3 709
* Lastkraftwagen	"	376	468	378	412	442	605	524	458	p 708
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	932	924	1 041	879	1 025	p 899	p 967	p 819	p 958
* Getötete Personen	"	10	9	6	11	5	p 8	p 9	p 8	p 8
* Verletzte Personen	"	1 222	1 205	1 378	1 135	1 339	p 1 118	p 1 254	p 1 042	p 1 231
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	123 927,9	136 337,7	126 477,6	126 578,4	127 234,0	140 965,9	140 416,1	139 533,9	141 218,5
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	118 026,9	126 997,5	119 440,9	119 477,5	119 823,0	132 008,5	131 182,5	130 585,7	132 281,1
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	20 933,1	23 845,2	21 247,3	20 720,2	20 410,6	25 137,9	25 248,8	24 901,7	25 501,2
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	20 771,1	23 804,4	21 233,3	20 663,1	20 396,4	24 764,7	25 136,2	24 826,8	25 432,6
* an öffentliche Haushalte	"	162,0	40,8	14,0	57,1	14,2	373,2	112,6	74,9	68,6
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	10 806,0	13 569,7	11 885,6	11 937,1	12 260,4	15 309,4	14 251,7	13 970,8	14 704,3
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 310,5	8 336,5	7 987,5	7 977,4	7 900,9	8 865,5	7 794,2	8 031,4	8 269,5
* an öffentliche Haushalte	"	3 495,5	5 233,2	3 898,1	3 959,7	4 359,5	6 443,9	6 457,5	5 939,4	6 434,8
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	86 287,8	89 582,6	86 308,0	86 820,2	87 152,0	91 561,2	91 682,0	91 713,2	92 075,6
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	66 479,2	68 788,4	67 080,0	67 597,7	67 818,5	70 071,1	70 057,2	70 366,8	70 871,7
* an öffentliche Haushalte	"	19 808,6	20 794,2	19 228,0	19 222,5	19 333,5	21 490,1	21 624,8	21 346,4	21 203,9
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁵⁾	"	73 952,1	79 221,5	73 449,0	72 743,8	72 658,4	78 007,8	77 913,2	77 365,9	77 714,5
* Sichteinlagen und Termingelder	"	56 834,3	62 395,7	57 186,5	56 550,8	56 522,6	61 475,4	61 534,2	61 059,0	61 431,4
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	48 999,9	54 382,4	49 789,0	49 869,6	49 297,3	53 970,0	53 916,8	53 917,2	53 516,7
* von öffentlichen Haushalten	"	7 834,4	8 013,3	7 397,5	6 681,2	7 225,3	7 505,4	7 617,4	7 141,8	7 914,7
* Spareinlagen	"	17 117,8	16 825,8	16 262,5	16 193,0	16 135,8	16 532,4	16 379,0	16 306,9	16 283,1
* bei Sparkassen	"	10 010,2	9 534,6	9 432,2	9 342,1	9 290,0	9 036,5	9 005,4	8 943,7	8 911,3
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	1 712,9	1 747,0	1 066,1	1 233,2	1 073,0	1 213,8	1 068,1	1 161,2	1 094,9
* Lastschriften auf Sparkonten	"	1 157,1	521,1	1 041,6	1 302,7	1 109,2	1 129,4	1 117,3	1 233,2	1 118,7
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	50	43	46	26	49	46	46	31	33
* Vergleichsverfahren	"	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	150	125	125	125	129	165	112	105	85
* Wechselsumme	Mio. DM	1,7	2,8	5,5	2,8	1,6	2,0	2,0	1,3	1,6
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	25 674	24 144	23 205	25 768	24 904	23 041	20 689	26 874	22 912
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 900,8	1 823,8	2 133,7	1 779,7	1 500,5	1 754,2	2 449,1	1 888,4	1 718,9
* Steuern vom Einkommen	"	1 107,3	1 083,5	1 562,4	1 066,7	759,0	857,4	1 634,9	1 174,8	913,3
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	768,1	741,3	770,4	775,9	684,2	807,9	926,1	938,1	787,7
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	148,8	161,1	415,4	11,1	21,0	16,1	403,0	57,3	82,8
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	81,5	57,6	37,4	198,6	73,3	38,0	124,6	173,0	88,3
* Körperschaftsteuer ⁹⁾	"	108,9	123,5	339,2	81,0	19,5	4,8	181,3	6,4	45,4
* Steuern vom Umsatz	"	793,5	740,1	571,3	713,0	741,6	845,2	814,2	713,7	805,6
* Umsatzsteuer	"	375,2	448,3	344,1	426,4	461,4	524,1	499,4	396,8	491,1
* Einfuhrumsatzsteuer ⁹⁾	"	418,3	291,8	227,2	286,6	280,2	321,1	314,8	316,9	314,5
* Bundessteuern	"	1 386,7	1 383,4	1 342,5	1 454,4	1 379,1	1 509,8	1 577,3	1 596,1	1 858,0
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle) ⁹⁾	"	90,1	9,8	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
* Verbrauchsteuern	"	1 245,9	1 321,6	1 294,8	1 411,2	1 312,1	1 457,0	1 537,2	1 539,4	1 707,1
* Landessteuern	"	75,7	79,9	5,1	57,6	131,1	134,8	49,1	54,9	137,8
* Vermögensteuer	"	23,8	27,4	11,3	7,2	65,6	69,1	2,8	5,6	74,0
* Kraftfahrzeugsteuer	"	17,0	15,6	14,1	14,2	13,5	16,2	14,4	12,8	27,7
* Biersteuer	"	3,1	3,2	3,1	2,5	4,4	2,7	5,4	3,5	4,9
* Gemeindesteuern	"	168,7	176,3	18,7	99,2	477,8	375,0	39,2	117,6	519,6
* Grundsteuer A ¹⁰⁾	"	0,1	0,1	0,0	0,0	0,3	0,3	0,0	0,0	0,4
* Grundsteuer B ¹¹⁾	"	30,6	32,6	8,1	59,3	73,4	74,8	6,9	58,9	76,6
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹²⁾	"	136,3	141,8	28,5	38,2	401,1	298,7	31,2	57,5	439,8

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. - ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. - ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. - ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. - ⁷⁾ vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ⁸⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁹⁾ Rückgang bedingt durch die seit 01.01.90 erfolgte Verlagerung der Zuständigkeit auf die EURO-Zollkasse Trier. - ¹⁰⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. - ¹¹⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - ¹²⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 306,2	2 337,6	2 406,1	2 392,2	2 210,2	2 451,8	2 824,3	2 572,7	2 800,3
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	484,9	474,1	692,3	474,3	326,6	366,8	717,8	523,2	391,4
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	515,8	481,1	371,4	463,5	482,0	549,3	529,2	463,9	523,6
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	-	-	22,5	25,8	-	-	27,3
* Steuereinnahmen des Landes	"	547,7	547,1	836,6	292,9	608,0	649,2	866,0	287,7	670,5
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾³⁾	"	366,6	355,9	688,5	144,3	315,0	361,6	714,9	128,7	381,0
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	96,5	102,4	90,0	91,0	139,3	127,6	102,0	104,1	124,4
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	-	-	22,5	25,8	-	-	27,3
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	250,1	256,0	159,2	106,3	538,5	498,6	238,6	138,7	595,5
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	118,5	124,0	28,5	38,2	356,1	298,7	31,2	57,5	385,2
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ²⁾³⁾	"	99,2	97,5	177,6	7,1	105,6	123,6	199,3	21,1	130,4
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	798,8	809,8	1 117,5	398,5	1 145,8	1 147,9	1 114,1	425,7	1 265,3
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	885	928	.	938
* dar. Facharbeiter	"	921	966	.	976
* weibliche Arbeiter	"	615	640	.	646
* dar. Hilfsarbeiter	"	580	604	.	608
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	21,95	23,23	.	23,49
* dar. Facharbeiter	"	22,85	24,17	.	24,48
* weibliche Arbeiter	"	15,74	16,61	.	16,72
* dar. Hilfsarbeiter	"	14,76	15,53	.	15,59
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	5 711	5 904	.	5 954
* weiblich	"	3 926	4 095	.	4 121
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	5 349	5 573	.	5 639
* weiblich	"	3 731	3 929	.	3 940
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 606	4 844	.	4 850
* weiblich	"	3 441	3 620	.	3 641
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
Straftaten wider das Leben	Anzahl	22 460	23 225	24 160	27 442	23 584	20 599	24 548	27 602	22 574
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	8	8	6	10	7	5	3	12	22
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	136	139	150	165	157	121	134	141	129
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 150	1 217	1 256	1 340	1 205	1 260	1 439	1 595	1 241
Diebstahl	"	2 560	2 803	3 148	3 122	2 119	1 677	2 070	2 437	2 214
dar. unter erschwerenden Umständen	"	15 145	15 450	16 339	18 956	16 623	14 162	16 655	19 310	15 559
Außerdem Verkehrsvergehen	"	10 346	10 070	11 093	12 712	10 656	9 415	10 381	12 645	10 047
	"	869	957	892	1 007	1 060	1 061	1 041	973	...
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feueralarme	"	15 616	...	12 435	13 497	14 535
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	681	...	526	615	677
Rettungswageneinsätze	"	186	...	153	187	232
	"	13 593	...	10 592	11 268	12 119
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	180	...	107	...	202

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern nach Berücksichtigung der Zahlungen im Länderfinanzausgleich und der Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Berichtsmonat ¹⁾			
			1991			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet ²⁾ insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Bevölkerung	1000	Januar	1 629,2
Lebendgeborene	Anzahl	"	1 279	1 330
Gestorbene	"	"	2 008	1 841
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	729	511
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	9 602
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	6 084
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	3 518
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	"	"	3 007
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	176,5
Lebendgeborene	Anzahl	"	243	232
Gestorbene	"	"	25	19
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	218	213
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	2 887
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	2 130
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	757
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—) ³⁾	"	"	970
Arbeitsmarkt⁴⁾						
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	Anzahl	Mai-August	782 200	4 300 900	23 220 900	749 200
Arbeitslose	"	"	62 433	409 572	1 672 247	72 339
und zwar Männer	"	"	36 946	217 320	870 055	41 565
Frauen	"	"	25 487	192 252	802 192	30 774
Teilzeitkräfte	"	"	5 055	46 820	189 807	6 335
Ausländer	"	"	10 008	36 934	205 184	10 523
Arbeitslosenquote	%	"	8,6	8,2	6,2	10,0
Offene Stellen	Anzahl	"	7 657	53 545	349 782	9 037
Kurzarbeiter	"	"	894	10 818	129 569	328
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	April	135 924	1 085 614	7 505 591	133 113
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	9 881	104 845	697 376	9 164
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	664	4 465	31 056	607
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁶⁾	"	"	3 786	24 855	144 307	3 129
Gesamtumsatz ⁶⁾	"	"	8 322	34 631	167 765	6 791
darunter Auslandsumsatz	"	"	911	8 875	45 435	880
Bauhauptgewerbe⁷⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Juli	22 259	191 828	1 062 953	21 414
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	2 472	21 954	128 563	2 315
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	101	750	4 140	89
Baugewerblicher Umsatz ⁸⁾	"	"	374	2 775	15 095	356
Fremdenverkehr						
Gäste	1000	Juli	194	1 674	...	196
darunter Auslandsgäste	"	"	69	318	...	79
Übernachtungen	"	"	362	8 002	...	369
darunter von Auslandsgästen	"	"	119	634	...	146
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁸⁾	Anzahl	Juni	8 283	67 618	354 010	6 799
Steuern⁹⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Januar-März	8 524,5
darunter	"	"	4 943,4
Gemeinschaftssteuern	"	"	258,2
Landessteuern	"	"	456,8
Gemeindesteuern	"	"

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. – ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. – ³⁾ Ohne den Saldo zugunsten der deutschen Staatsanpassungen der errechneten Durchschnittszahlen ergeben. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁶⁾ nach Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4. – ⁷⁾ Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990

		Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.)*)								
1990		1991			1990			Veränderung 1991 gegenüber 1990 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) Insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) Insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) Insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) Insgesamt – einschließlich Berlin(West) –
12 204,2	62 796,9	1 627,7	12 191,2	62 738,0
9 801	54 229	1 279	1 330	9 801	54 229	-	3,8	...
14 698	69 874	2 008	1 841	14 698	69 874	+	9,1	...
4 897	15 645	729	511	4 897	15 645
77 568	180 757	9 602	77 568	180 757
46 797	47 443	6 084	46 797	47 443
30 771	133 314	3 518	30 771	133 314	+
25 874	117 669	3 007	25 874	117 669	+
...	176,2
786	5 935	243	232	786	5 935	+	4,7	...
90	775	25	19	90	775	+	31,6	...
696	5 160	218	213	696	5 160	+
16 220	67 200	2 887	16 220	67 200
11 195	36 611	2 130	11 195	36 611
5 025	30 589	757	5 025	30 589
5 721	35 749	970	5 721	35 749
4 105 900	22 327 700	774 300	4 241 900	22 982 400	742 900	4 045 540	22 074 100	+	4,2	+
460 551	1 812 812	65 218	430 601	1 717 990	78 774	504 827	1 962 371	-	17,2	-
238 662	904 446	38 766	233 402	917 633	45 748	268 944	1 013 422	-	15,3	-
221 889	908 366	26 452	197 199	800 357	33 026	235 883	948 949	-	19,9	-
51 854	210 049	5 322	47 569	190 042	6 690	54 231	219 363	-	20,4	-
35 713	189 010	10 208	37 350	205 599	11 554	39 426	209 308	-	11,6	-
9,2	6,9	9,0	8,6	6,4	10,9	10,0	7,5	x	x	x
49 335	324 193	7 628	53 511	337 165	8 210	49 249	316 835	-	7,1	+
3 054	26 530	1 416	19 886	132 134	2 387	17 889	62 340	-	40,7	+
1 055 392	7 336 582	136 004	1 084 069	7 501 810	133 502	1 053 942	7 320 420	+	1,9	+
95 049	650 137	39 315	409 562	2 722 091	38 585	397 195	2 685 090	+	1,9	+
4 062	28 599	2 582	17 456	121 813	2 396	16 008	112 845	+	7,8	+
20 900	124 522	15 148	95 505	554 317	12 597	84 895	508 475	+	20,3	+
27 534	142 489	32 844	129 879	640 724	27 445	111 545	580 922	+	19,7	+
7 753	43 456	4 150	31 461	173 353	3 604	32 020	179 521	+	15,0	-
188 743	1 051 025	21 835	188 366	1 035 137	21 020	181 556	1 016 942	+	3,9	+
21 781	122 825	15 592	137 157	758 313	14 927	138 792	774 868	+	4,5	-
662	3 740	608	4 446	24 743	547	4 018	23 104	+	11,2	+
2 441	12 816	2 120	14 770	79 324	2 009	13 163	71 764	+	5,5	+
1 665	7 491	1 191	8 718	...	1 152	8 258	41 431	+	3,4	+
319	2 085	315	1 221	...	373	1 183	8 868	-	15,6	+
7 863	29 699	2 268	32 687	...	2 189	31 064	143 474	+	3,6	+
614	4 609	606	2 613	...	716	2 408	19 765	-	15,4	+
52 185	259 106	47 569	396 990	2 006 200	40 456	306 060	1 569 652	+	17,6	+
22 605,5	127 087,3	8 524,5	22 605,5	127 087,3
15 545,7	95 197,9	4 943,4	15 545,7	95 197,9
1 206,9	6 629,9	258,2	1 206,9	6 629,9
1 970,0	11 802,5	456,8	1 970,0	11 802,5

gehörigkeit. – *) Die Zahlen für den aktuellen Monat des laufenden Jahres sind vorläufig. Aufgrund der – erfahrungsgemäß geringen – Korrekturen können sich auch noch den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. – **) einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post. – ***) Quelle: Statistisches

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	3. Vj. 90 2. Vj. 90	1 647 1 640	2 151 2 146	1 231 1 220	952 950	627 626	645 641	576 575	579 576	551 549	511 510	493 491
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	11,6 11,3	13,4 13,3				24,1 23,6		20,4 20,0	10,4 10,1	10,9 10,8	
Lebendgeborene	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	4 089 4 023	5 783 5 429	4 580 3 101	2 834 2 256	1 795 1 422	1 794 1 342	1 597 1 340	1 622 1 543	1 498 1 302	1 546 1 225	1 768 1 230
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	18,0 17,8	25,0 25,3		23,4 29,4	14,6 15,5	33,5 33,6	20,3 20,8	23,6 24,3	16,8 16,3	17,9 16,7	
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	9,8 9,8	10,7 10,1	14,8 10,2	11,8 9,5	11,4 9,1	11,0 8,4	11,0 9,3	11,1 10,8	10,8 9,5	12,0 9,6	14,2 10,1
Gestorbene	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	5 020 5 007	6 984 7 082	3 242 3 015	2 529 2 433	1 998 2 130	1 997 1 635	1 733 1 790	1 384 1 422	1 502 1 584	1 753 1 637	1 521 1 420
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	12,1 12,2	12,9 13,2	10,4 9,9	10,5 10,3	12,6 13,6	12,3 10,2	11,9 12,5	9,5 9,9	10,8 11,6	13,6 12,9	12,2 11,6
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	931 984	1 201 1 653	+ 1 338 + 86	+ 305 - 177	- 203 - 708	- 203 - 293	- 136 + 450	+ 238 + 121	- 4 - 282	- 207 - 412	+ 247 - 190
Zugezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	25 485 20 002	27 145 25 742	31 777 22 543	11 241 8 874	4 881 3 883	11 834 10 324	6 935 5 968	14 424 11 153	8 530 6 251	7 672 6 585	12 162 10 890
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	61,4 48,9	50,1 48,1	102,4 74,1	46,8 37,5	30,9 24,9	72,8 64,6	47,8 41,6	98,8 77,7	61,4 45,7	59,5 51,8	97,8 89,0
Fortgezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	17 788 14 927	21 185 18 420	20 495 15 527	9 310 8 321	3 673 1 892	8 262 6 902	6 317 5 520	11 290 8 724	6 186 4 907	5 957 5 455	9 421 7 454
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	42,8 36,5	39,1 34,4	66,0 51,1	38,8 35,1	23,2 12,1	50,8 43,2	43,5 38,5	77,4 60,8	44,5 35,9	46,2 42,9	75,8 60,9
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 7 697 + 5 075	+ 5 960 + 7 322	+ 11 282 + 7 016	+ 1 931 + 553	+ 1 208 + 1 991	+ 3 572 + 3 422	+ 618 + 448	+ 3 134 + 2 429	+ 2 344 + 1 344	+ 1 715 + 1 130	+ 2 741 + 3 436
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 18,5 + 12,4	+ 11,0 + 13,7	+ 36,3 + 23,1	+ 8,0 + 2,3	+ 7,6 + 12,8	+ 22,0 + 21,4	+ 4,3 + 3,1	+ 21,5 + 16,9	+ 16,9 + 9,8	+ 13,3 + 8,9	+ 22,0 + 28,1
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 6 766 + 4 091	+ 4 759 + 5 669	+ 12 620 + 7 102	+ 2 236 + 376	+ 1 005 + 1 283	+ 3 369 + 3 129	+ 482 - 2	+ 3 372 + 2 550	+ 2 340 + 1 062	+ 1 508 + 718	+ 2 988 + 3 246
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 16,3 + 10,0	+ 8,8 + 10,6	+ 40,7 + 23,4	+ 9,3 + 1,6	+ 6,4 + 8,2	+ 20,7 + 19,6	+ 3,3 - 0,0	+ 23,1 + 17,8	+ 16,8 + 7,8	+ 11,7 + 5,6	+ 24,0 + 26,5
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	28 663 30 137	47 983 30 044	24 648 24 956	17 537	10 265 10 157	8 044 8 424	8 983	10 107 9 808	11 190 8 726	8 694 8 674	7 921 8 728
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	69,0 73,7	88,5 56,1	79,4 82,1	...	64,9 65,1	49,5 52,7	...	69,2 68,3	80,5 63,8	67,4 68,2	63,7 71,4
Arbeitsmarkt²⁾													
Arbeitslose	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	69 925 74 027	84 031 86 435	30 936 31 972	45 756 47 307	31 231 33 373	25 345 26 276	34 645 37 371	13 960 14 132	31 505 33 677	34 590 35 280	27 221 28 570
und zwar Männer	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	40 502 42 929	47 937 49 553	15 076 15 592	26 271 27 298	17 957 19 205	13 702 14 176	18 568 20 137	7 255 7 402	17 317 18 498	18 481 18 691	12 366 12 754
Frauen	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	29 423 31 098	36 094 36 882	15 860 16 380	19 035 20 009	13 274 14 168	11 643 12 100	16 077 17 234	6 705 6 730	14 188 15 179	16 109 16 589	14 855 15 816
Teilzeitkräfte	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	6 019 6 436	5 934 5 890	4 413 4 756	3 278 3 501	2 195 2 282	2 930 3 042	3 278 3 513	1 420 1 391	3 164 3 332	3 259 3 466	3 777 4 344
Arbeitslosenquote	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	9,7 10,3	8,7 9,0	3,4 3,5	11,1 11,5	12,2 13,0	4,6 4,8	8,3 8,9	3,3 3,4	11,5 12,3	10,0 10,2	5,4 5,7
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	10 315 10 951	13 239 13 391	5 943 6 172	9 713 9 724	2 948 2 950	5 929 6 132	5 715 6 135	3 705 3 766	3 108 3 306	5 157 5 250	3 817 4 190
Offene Stellen	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	8 877 9 318	7 390 9 701	20 459 19 451	4 951 5 084	1 990 1 865	8 501 8 303	5 094 5 055	10 434 10 614	4 052 3 496	3 610 3 632	8 182 7 646
Kurzarbeiter	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	467 951	1 562 1 604	97 251	407 316	26 56	105 217	50 229	10 1	438 400	164 452	625 1 072

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	135 497	175 783	167 841	98 863	44 658	103 081	74 775	123 812	70 712	76 640	86 695
		2. Vj. 90	134 309	170 520	166 925	99 085	44 840	101 840	73 695	123 086	69 228	74 742	85 172
je 1000 Einwohner	Mio. DM	3. Vj. 90	82	82	136	104	71	160	130	214	128	150	176
		2. Vj. 90	82	79	137	104	72	159	128	214	126	147	174
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	3. Vj. 90	1 896	2 089	2 683	1 493	635	1 829	1 095	1 868	928	1 071	1 057
		2. Vj. 90	2 002	2 066	2 643	1 515	638	1 798	1 146	2 065	1 276	976	1 031
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	56	47	63	60	56	70	58	60	52	55	48
		2. Vj. 90	60	49	64	61	57	71	62	67	74	52	49
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	10 642	13 639	14 739	7 824	3 019	4 762	4 990	6 528	5 616	3 966	3 930
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	10 144	12 529	14 739	7 553	2 867	4 582	5 282	6 279	6 315	4 061	3 716
		2. Vj. 90	22 169	14 240	15 968	8 550	3 747	7 825	5 655	7 738	6 144	4 440	4 267
darunter Auslandsumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	21 078	12 964	15 973	8 264	3 220	7 364	5 916	7 339	6 841	4 432	4 036
		2. Vj. 90	3 034	1 551	7 028	2 579	393	2 066	1 785	2 421	2 322	1 353	924
Gesamtumsatz ⁴⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	3 006	1 519	7 414	2 871	401	2 257	2 313	2 218	2 483	1 482	1 002
		2. Vj. 90	53	26	51	36	24	48	39	53	44	34	34
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	52	24	53	35	21	46	41	51	50	35	33
		2. Vj. 90	649	321	377	343	333	301	300	248	345	230	195
2. Vj. 90	Mio. DM	3. Vj. 90	629	305	384	335	288	290	322	239	396	238	190
		2. Vj. 90											
Bauhauptgewerbe³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	16 326	27 600	26 360	9 922	6 708	13 643	9 798	10 438	7 424	6 373	8 724
		2. Vj. 90	15 637	26 536	25 904	9 809	6 634	13 886	9 424	10 327	6 975	6 242	8 698
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	866	1 148	1 093	442	226	550	502	509	352	282	325
		2. Vj. 90	760	939	1 004	398	241	524	428	476	270	216	278
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	3. Vj. 90	607 499	785 846	1 072 207	358 140	57 946	551 659	255 542	155 653	128 493	147 848	227 767
		2. Vj. 90	553 807	804 964	955 551	308 397	62 512	495 701	267 752	146 733	110 907	137 363	197 023
Fremdenübernachtungen von Gästen	"	3. Vj. 90	1 148 411	1 989 616	2 035 592	683 563	145 845	1 005 666	465 919	311 246	232 993	242 882	391 918
		2. Vj. 90	1 050 895	2 069 222	1 837 228	660 898	178 222	887 151	582 872	303 278	208 314	251 770	354 092
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	3. Vj. 90	444 324	554 155	1 081 463	323 945	29 522	616 231	202 382	119 118	62 930	76 656	127 309
		2. Vj. 90	340 842	489 930	850 505	301 548	46 610	504 164	294 861	103 003	56 651	72 627	98 294
Fremdenübernachtungen von Gästen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	2 766	3 669	6 558	2 847	923	6 189	3 211	2 132	1 677	1 884	3 152
		2. Vj. 90	2 570	3 867	6 042	2 790	1 142	5 549	4 065	2 113	1 522	1 981	2 895
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁵⁾	Anzahl	3. Vj. 90	19 013	17 402	22 532	11 350	7 231		7 784	9 781	5 250	5 195	5 604
		2. Vj. 90	21 386	19 208	26 512	15 017	8 073		9 908	12 102	6 084	5 950	4 887
Steuer-einnahmen													
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital - nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	3. Vj. 90	454	136	605	255	118	349	222	191	88	116	126
		2. Vj. 90	312	135	323	232	90	322	213	139	95	101	84
DM je Einwohner und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	1 094	250	1 949	1 062	748	2 150	1 530	1 312	635	899	1 012
		2. Vj. 90	763	253	1 061	980	574	2 015	1 488	970	692	796	686
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	3. Vj. 90	277	115	227	132	77	99	89	92	70	57	73
		2. Vj. 90	298	105	207	114	83	96	96	98	63	61	67
DM je Einwohner und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	668	213	732	548	490	608	614	632	506	445	590
		2. Vj. 90	729	196	681	483	534	599	668	684	458	481	546

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. - ²⁾ Arbeitsamtsbezirk. - ³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁴⁾ Ohne Umsatzsteuer. - ⁵⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post.

Im September 1991 veröffentlichte Statistische Berichte

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung Oktober 1990

Produzierendes Gewerbe

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe Juli 1991

Bautätigkeit

Bauhauptgewerbe Juni 1991

Ausbaugewerbe Juni 1991

Handel und Gastgewerbe

Einzelhandel Juni 1991

Großhandel April bis Juni 1991

Ausfuhr des Landes Hamburg April bis Juni 1991 (Spezialhandel)

Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg 1. Vierteljahr 1991 (Generalhandel)

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr Juli 1991

Gastgewerbe April bis Juni 1991

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle März 1991

Regionalstatistik

Bevölkerungsstand und -entwicklung 1989 in den Ländern des Bundesgebietes
und in der Region Hamburg (Hamburg und sechs Randkreise) sowie im
Umkreis Hamburg (Hamburg und Gemeinden bis 40 km)

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich; sie enthält textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse sowie mehrere ständige Zahlenübersichten.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtserien gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Taschenbuch

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen.

Das Statistische Taschenbuch 1990 ist 253 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Faltblatt „Daten und Informationen“

In dem jährlich herausgegebenen Faltblatt „Daten und Informationen“ wird ein breites Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik in knapper Form dargeboten. Das Faltblatt wird Interessenten kostenlos überlassen.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1990

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält die amtlich benannten Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet, mit Angabe der Ortsteile, Stadtteile, Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke; zudem werden die Standesamts-, Finanzamts- und Amtsgerichtsbezirke aufgeführt. Das Verzeichnis umfaßt des weiteren eine Zusammenstellung der Hamburger Kleingartenvereine. Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist 377 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 15,- DM.

Statistik des Hamburgischen Staates

In dieser Reihe erscheinen Quellenwerke mit tiefgegliederten Tabellen aus Großzählungen und wichtigen laufenden Statistiken. Darüber hinaus werden in dieser Reihe die Ergebnisse von Wahlen ausführlich dokumentiert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
- Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
- Heft 107 Die Pendelwandlung über die Hamburger Landesgrenze - Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 - (vergriffen)
- Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 - Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
- Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 - Landesergebnisse -
- Heft 110 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
- Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
- Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
- Heft 113 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
- Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
- Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
- Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
- Heft 117 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1975
- Heft 118 Regionalstatistik - Daten für die Region Hamburg/Umland 1976 (vergriffen)
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 (vergriffen)
- Heft 130 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik - Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982

- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1985
- Heft 146 Handels- und Gaststättenzählung 1985
- Heft 147 Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987
- Heft 148 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 9. November 1986 und am 17. Mai 1987
Teil 1: Wahlen am 9. November 1986
Teil 2: Wahlen am 17. Mai 1987
- Heft 149 Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989

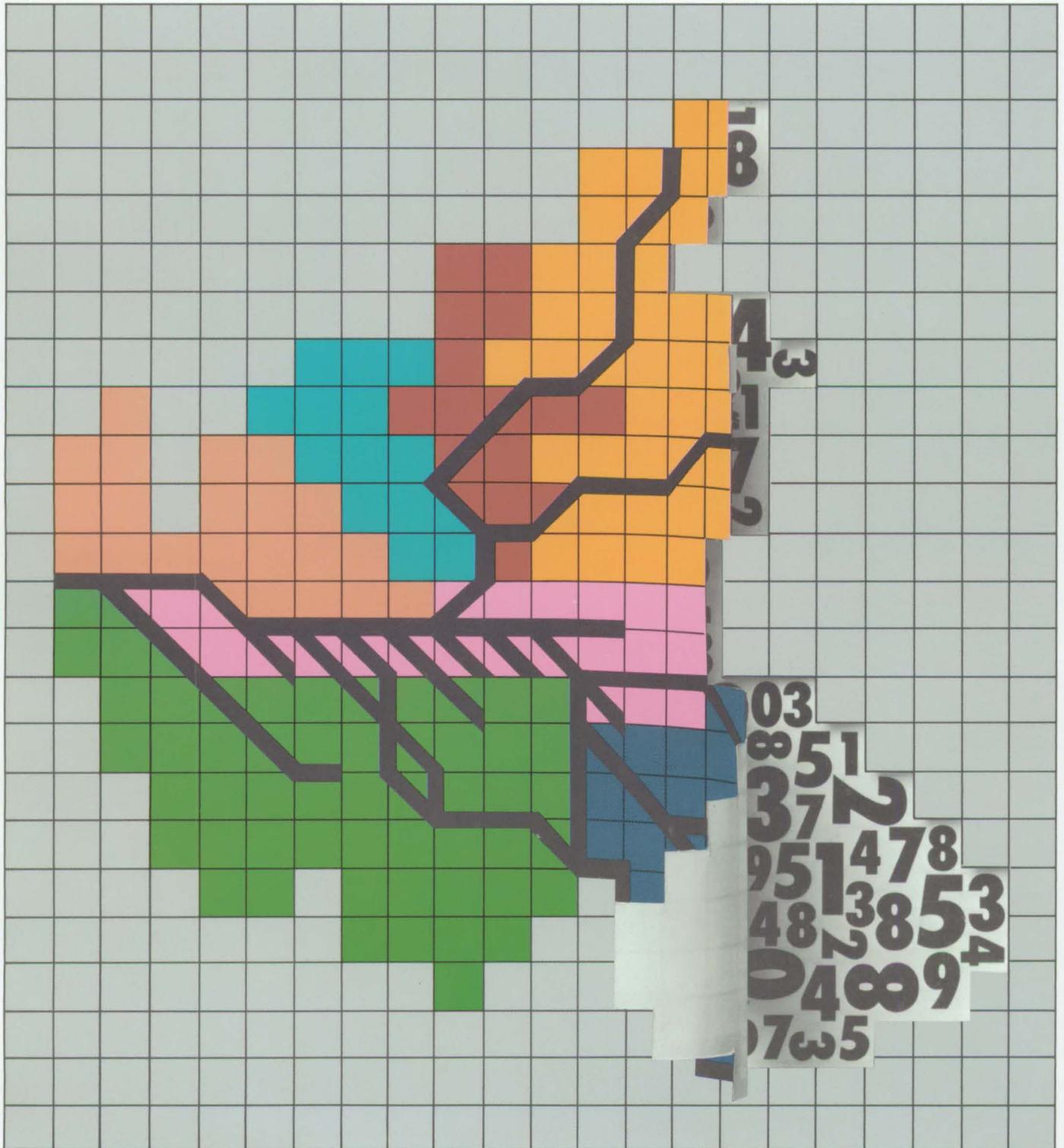
Vertrieb der vorstehenden Veröffentlichungen:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhorn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721
Telefax: (040) 3681-1700
Btx: * 36 502 #



Hamburg in Zahlen

1991

11



Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
- ≙ = entspricht
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

- MD = Monatsdurchschnitt
- Vj = Vierteljahr
- Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Impressum

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt

der Freien und Hansestadt Hamburg

Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11

Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721

Telefax: (040) 3681-1700

Btx: * 36 502 #

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Erhard Hruschka

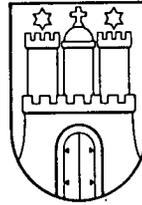
Einzelpreis: DM 4,-

Jahresabonnement: DM 40,-

Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamtes
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 11.1991

In eigener Sache

○ Statistik und Sozialforschung:	
Hamburg um 1880	362

*

Statistik aktuell

○ Ein Drittel fiel durch	362
○ Güterfernverkehr mit Lkw...	
○ ...und mit der Bahn	362

*

Schaubild des Monats

○ Hamburgs Handel mit Ost-Deutschland im 1. Halbjahr 1991	363
---	-----

*

Saisonschwankungen

im Einzelhandel	364
-----------------	-----

*

Strukturelle Entwicklung des Bauhauptgewerbes

1980 bis 1990	367
---------------	-----

*

100 Jahre Statistisches Jahr- buch Deutscher Gemeinden

Der Beitrag der Städte zum Aufbau der Kommunalfinanz- statistik	374
---	-----

*

1866 - 1991

125 Jahre Statistisches Landesamt Hamburg	378
--	-----

*

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

○ Ausgewählte Strukturzahlen der Erwerbstätigen	384
--	-----

*

Das interessiert in Hamburg

○ Diagramme	388
○ Hamburg heute und gestern	388
○ Statistik der anderen	388
○ Neue Schriften	389
○ Der Draht zum StaLa	389

*

Hamburger Zahlenspiegel	390
-------------------------	-----

Hamburg im großräumlichen Vergleich	396
Hamburg im Städtevergleich	398

Statistik und Sozialforschung: Hamburg um 1880

Das Statistische Landesamt hat aus Anlaß seines diesjährigen Amtsjubiläums damit begonnen, bemerkenswerte Veröffentlichungen zur Dokumentation seiner Arbeit in den zurückliegenden 125 Jahren nachzudrucken.

In diesem Rahmen erscheinen im vorliegenden und im nächsten Heft zwei statistische Analysen zur Sozialstruktur Hamburgs aus den Jahren 1876 und 1882, die die besondere Aufmerksamkeit nicht nur des Historikers verdienen.

Der „Beitrag zur Statistik der Löhne und Preise“ enthält im Zeitvergleich der Jahre 1830/1840 und 1875 eine Gegenüberstellung von Löhnen, Wohnungsmieten und Lebensmittelpreisen, die von Hamburgs Statistikern veranlaßt, aufbereitet und analysiert wurde. Dabei hat man Arbeiter unterschiedlicher Produktionseinrichtungen, gliedert nach fünf Altersgruppen, mit ihren Wochenverdiensten im Zeitablauf in die Untersuchung einbezogen. Vergleichswerte lieferten Aufzeichnungen über die Entwicklung der Mieten (jeweils denselben) Wohnungen unterschiedlicher Größe sowie Informationen über die Preise der „vorzüglichsten Lebensmittel“.

In einem Fazit kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß Löhne, Mieten und Lebensmittelpreise in den betrachteten Jahrzehnten zwar stark, aber in einem in etwa ausgewogenen Verhältnis gestiegen sind.

Die Untersuchung des Verhältnisses „der Einkommen zu den von den Erzielern dieser Einkommen für das Wohnungsbedürfnis aufzuwendenden Summen“ war in Hamburg zwischen 1867 und 1882 dreimal Gegenstand von statistischen Analysen. Sie führten in jedem Fall zu dem generellen Ergebnis, daß der für Miete aufzuwendende Teil des Einkommens mit dessen steigender Höhe sinkt und umgekehrt. An dieser Untersuchung interessieren besonders die detaillierten Übersichten über die Gliederung der Einkommen und der Mieten im Jahr 1882 und das Verhältnis beider Größen zueinander. Beide Arbeiten belegen beispielhaft das Bemühen der Statistiker des neugeschaffenen Amtes um die Bereitstellung aktueller Daten als Informationsgrundlage für politisches und administratives Handeln in einer Zeit drängender sozialer Spannungen.

Einblicke in die Arbeitsergebnisse aus zurückliegenden Jahrzehnten fördern immer wieder Analysen von hoher fachlicher Qualität zutage. An ihnen müssen sich die Stadtforscher der Gegenwart messen lassen.

Erhard Hruschka

Ein Drittel fiel durch

Im Jahr 1990 wurden 61 629 Prüfungen zur Erlangung des Führerscheins der Klasse 3 insgesamt durchgeführt. Der Anteil der Kandidaten, die die Berechtigung zum Führen von Personenkraftwagen im ersten Anlauf nicht erreichten, betrug ein Drittel. Bereits beim ersten Teil der Prüfung – beim Theorietest – fielen 30 Prozent der Fahr Schüler durch. Bei der praktischen Prüfung ist die Durchfallquote wesentlich größer; sie lag im Jahr 1990 bei fast 40 Prozent.

Ungünstiger sehen die Ergebnisse bei den Wiederholungsprüfungen aus. Hier wurden 1990 theoretische und praktische Prüfung jeweils von 40 Prozent der Kandidaten nicht bestanden.

Erich Walter

Güterfernverkehr mit Lkw...

Der Anstieg im Güterfernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen setzte sich 1990 verstärkt fort. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr im Fernverkehr auf der Straße 22,5 Millionen Tonnen Güter nach und von Hamburg befördert; das waren acht Prozent mehr als im Jahr 1989.

Der Empfang erhöhte sich auf 9,8 Millionen Tonnen, der Versand zog auf 12,7 Millionen Tonnen an.

Der Empfang Hamburgs aus anderen Bundesländern stieg um vier Prozent, der Versand dorthin um knapp fünf Prozent. Die wichtigsten Regionen waren beim einkommenden Verkehr Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Bei den von Hamburg abgefahrenen Gütern dominierte mit einem Drittel eindeutig Niedersachsen, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

Erheblich höhere Zuwachsraten wurden wiederum im Auslandsverkehr registriert, auf den mit 4,4 Millionen Tonnen rund 22 Prozent des Gesamtaufkommens entfielen. Die größten Anteile am grenzüberschreitenden Verkehr hielten Dänemark und die Niederlande. Bei beiden Ländern spielten insbesondere die Transporte von Nahrungs- und Genußmitteln eine Rolle.

Bei fast allen Gütergruppen lag das Transportvolumen über dem des Vorjahres. Im Empfang ist vor allem das höhere Aufkommen an Früchten und Gemüse (primär aus dem Ausland) sowie an sonstigen Nahrungsmitteln hervorzuheben. Bei den Abfahrten hatten in erster Linie Mine-

ralölprodukte, Futtermittel und Genußmittel Zuwächse gegenüber dem Vorjahr. Beachtliche Steigerungen in beiden Verkehrsrichtungen gab es in den Positionen „Sonstige Waren“ und „Besondere Transportgüter“, unter denen eine Vielzahl der unterschiedlichsten Sammel- und Stückgüter subsumiert wird.

... und mit der Bahn

Parallel zu dem gestiegenen Güteraufkommen der übrigen Verkehrsträger konnte auch die Eisenbahn im vergangenen Jahr ihre Verkehrsleistungen steigern. So wurden 1990 im Verkehr auf der Schiene nach und von Hamburg insgesamt 24,4 Millionen Tonnen Güter befördert, rund zwei Prozent mehr als im Jahr zuvor. Dieses Mehraufkommen ist allerdings allein auf den um knapp sechs Prozent gestiegenen Versand zurückzuführen; der Empfang blieb um drei Prozent unter dem Ergebnis von 1989.

Die Verkehrsverflechtung Hamburgs mit den alten Bundesländern hat in beiden Richtungen zugenommen. Im einkommenden Verkehr trugen hierzu insbesondere die verstärkten Düngemitteltransporte aus Hessen bei. Beim Versand nach Bayern und Nordrhein-Westfalen wurden beachtliche Steigerungsraten erzielt; der Transport nach Niedersachsen war demgegenüber infolge verminderter Eisenerzimporte rückläufig.

Der Verkehr mit den fünf neuen Bundesländern entwickelte sich unterschiedlich: 1989 wurden noch größere Mengen an Kraftstoffen und Heizöl von der ehemaligen DDR exportiert, das heißt, in Hamburg per Waggon angefahren.

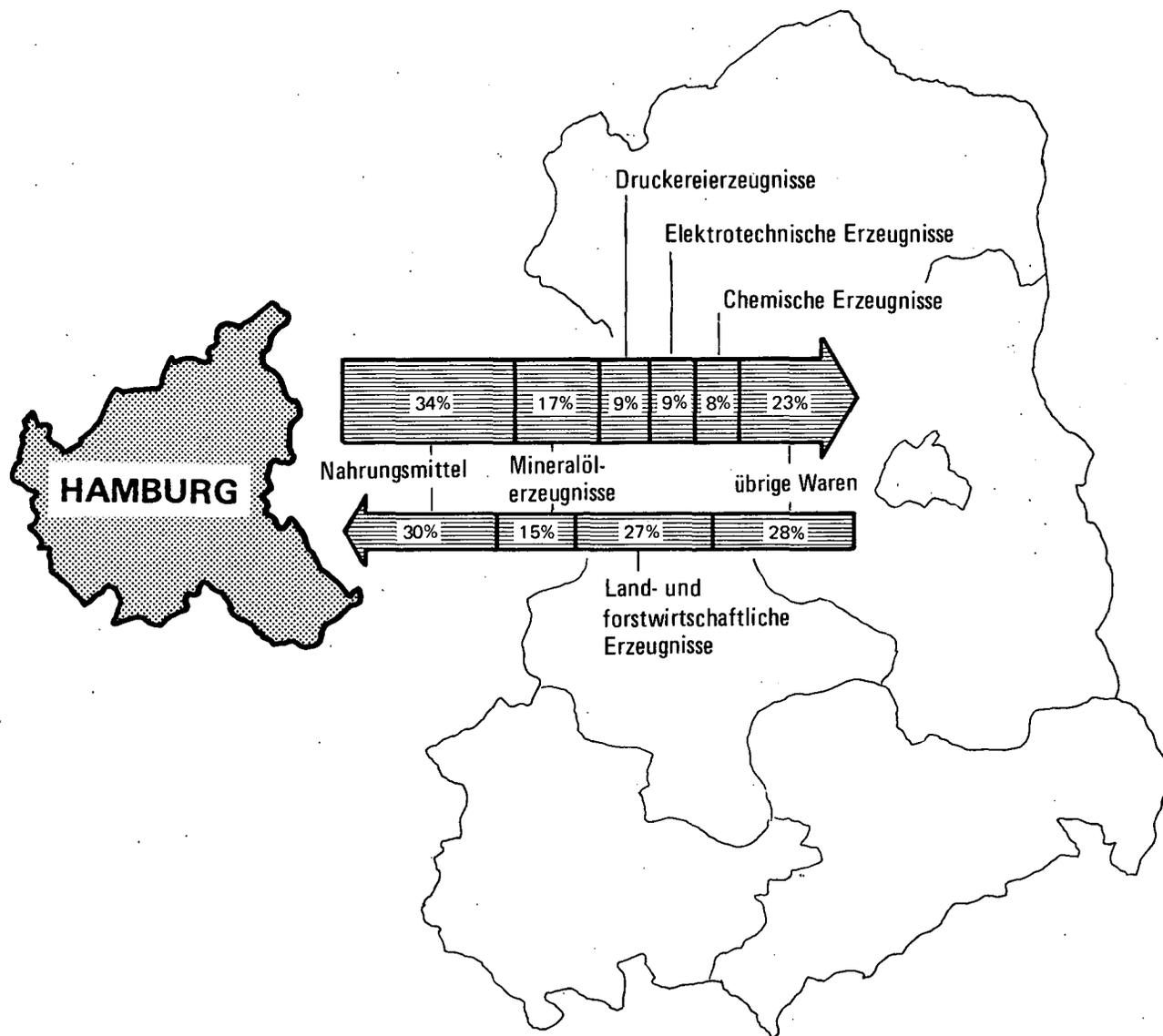
Hier war 1990 ein starker Rückgang zu verzeichnen. Stattdessen wurden in weitest stärkerem Maße als im Vorjahr Mineralölprodukte von Hamburg in die östlichen Länder abgefahren. Dadurch verringerte sich der Empfang um rund ein Drittel, während der Versand im gleichen Verhältnis anstieg.

Der grenzüberschreitende Verkehr gestaltete sich in beiden Richtungen positiv. Herausragend waren vor allem die Mengen im Österreich-Verkehr, die sowohl im Empfang als auch im Versand über den Ergebnissen des Vorjahres lagen. Aus der Tschechoslowakei wurden mehr Eisen und Stahl angefahren; höhere Abfahrten von Mineralölderivaten ließen die Verladungen nach Polen erheblich ansteigen.

Rückläufig war dagegen der Versand nach Ungarn infolge geringerer Düngemittelexporte.

Horst Schlie

Hamburgs Handel mit Ost-Deutschland im 1. Halbjahr 1991



Nach der Wiedervereinigung hat der Handel Hamburgs mit dem östlichen Teil Deutschlands stark an Bedeutung gewonnen. Im ersten Halbjahr 1991 erreichten die Lieferungen und Bezüge der Hansestadt im innerdeutschen Warenverkehr ein Volumen von insgesamt 1,7 Milliarden DM; binnen Jahresfrist hat sich der Warenaustausch damit verdoppelt. Allerdings bestehen nach wie vor Ungleichgewichte zwischen den Warenströmen: Aus Hamburg wurden Güter im Wert von nahezu 1,3 Milliarden DM in die neuen Bundesländer und den Ostteil Berlins geliefert. Gut 50 Prozent entfielen auf Nahrungsmittel und Mineralölerzeugnisse. Druckereierzeugnisse (Zeitungen, Zeitschriften, Bücher) waren ebenfalls stark vertreten, ein eindeutiges Indiz für die Position der Hansestadt als führender Medienstandort der Bundesrepublik. Unter den Bezügen Hamburgs, die sich von Januar bis Juni 1991 auf knapp 500 Millionen DM beliefen, stellten Nahrungsmittel, land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Mineralölprodukte die wichtigsten Warengruppen.

Ulrich Wiemann

Saisonschwankungen im Einzelhandel

Der Einzelhandel gehört zu den Wirtschaftsbereichen, mit denen die Bevölkerung den meisten direkten Kontakt hat, er steht deshalb auch oft im Blickpunkt des Interesses der Öffentlichkeit. Besonders augenfällig ist dies zur Zeit der Schlußverkäufe im Sommer und im Winter, bei Eröffnung, Umbau oder Schließung von größeren Waren- oder Kaufhäusern und vor allem im Zusammenhang mit der erhöhten Kaufbereitschaft der Bevölkerung zu den Festtagen wie Ostern oder Weihnachten. Diese und auch andere denkbare Anlässe lassen sich danach unterscheiden, ob sie regelmäßig wiederkehren oder einmalige Ereignisse darstellen. Bei dem sich wiederholenden Geschehen stellt sich der Händler die Frage, wann jeweils die Konsumenten agieren, wie groß die Kaufneigung sein wird und bei welchen Waren das Kaufinteresse besonders ausgeprägt ist, damit er rechtzeitig die erforderlichen Dispositionen treffen kann.

Diese saisonalen Verläufe der Einzelhandelsnachfrage werden im folgenden dargestellt anhand der Meßzahlen aus der monatlichen repräsentativen Umsatzstatistik. Weiterhin wird festgestellt, ob sich im Zeitverlauf Verschiebungen im Saisonbild als Folge veränderten Käuferverhaltens ergeben haben.

Zur Darstellung des Saisonverlaufs im Einzelhandel wurden die monatlichen Umsatzmeßzahlen auf der Basis 1986 Δ 100 verwendet. Hieraus wurde je Branche und je Monat der Durchschnitt für die Jahre 1986 bis 1990 gebildet. Auf diese Art wurden Einflüsse abgeschwächt, die nicht periodisch auftreten, sondern unregelmäßig oder selten vorkommen wie zum Beispiel ungewöhnliche Wetterlagen, Auswirkungen von Steuerreformen oder der Nachfrageschub nach Öffnung der Mauer. Andererseits ist darauf hinzuweisen, daß die Monate unterschiedlich lang sind und dadurch jeweils eine verschiedene Zahl von Verkaufstagen aufweisen mit entsprechender Auswirkung auf die Umsatzmeßzahlen. Um verfälschende Einflüsse durch Preisveränderungen auszuschalten, wurden die Umsatzmeßzahlen preisbereinigt, so daß eine reale Umsatzentwicklung dargestellt wird. Ferner sind für das Jahr 1990 für die einzelnen Branchen die durchschnittlichen Meßzahlen aufgeführt.

Der Wirtschaftsbereich Einzelhandel beinhaltet ein sehr heterogenes Warensortiment. Es reicht von Nahrungsmitteln über Textilien bis zu hochwertigem Schmuck. Die Nachfrage der privaten Konsumenten nach den verschiedenen Gütern unterliegt im Verlauf eines Jahres je nach dem, wel-

cher Bedarfsdeckung das Gut dient, mehr oder weniger großen Schwankungen.

Branchenbetrachtung

Der **Lebensmittelsektor** gehört zu dem Bereich, in dem die jahreszeitlichen Schwankungen am geringsten sind; dienen doch diese Waren der Grundversorgung der Bevölkerung. Dennoch sind im Verlauf der Monate gewisse Schwerpunkte zu erkennen. So liegt im Dezember aufgrund des Weihnachtsfestes der Umsatz immerhin fast 20 Prozent über dem Monatsdurchschnitt. Auch im Zusammenhang mit Ostern ergeben sich überdurchschnittliche Monatserlöse bei den Lebensmittelhändlern. Im Zeitraum von 1986 bis 1990 ist der von Preiserhöhungen bereinigte Umsatz nur geringfügig gestiegen.

Einen ausgeprägteren Saisonverlauf weist der Handel mit **Textilien** auf. Hier liegen die Erlöse in den Monaten Oktober, November und Dezember mit jeweils steigender Tendenz weit über dem Durchschnitt. Das bedeutet, daß fast ein Drittel des Jahresumsatzes in Stoffen und Bekleidung im letzten Quartal erzielt wird. Dagegen erreicht der Februar nur rund die Hälfte des Dezemberumsatzes. Auch Januar, März sowie die Sommermonate blei-

Tabelle **Durchschnittliche Meßzahlen für den Umsatz im Hamburger Einzelhandel 1986 bis 1990 nach Wirtschaftszweigen in Preisen von 1980**

– Monatsdurchschnitt 1986 Δ 100 –

Einzelhandel mit ...	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	MD	1990
Nahrungs- und Genußmittel	97,3	93,9	104,8	101,9	99,5	97,6	94,2	96,5	95,9	98,5	104,0	119,7	100,3	101,9
Textilien, Bekleidung, Lederwaren	89,6	77,0	94,4	100,7	98,0	84,1	88,8	84,7	100,7	115,9	122,0	138,3	99,5	101,9
Einrichtungsgegenständen	90,0	94,2	108,6	109,0	104,9	103,9	107,1	105,0	107,2	124,2	130,4	146,4	110,9	133,2
elektrotechnischen Erzeugnissen	104,7	101,0	106,1	99,0	96,8	97,6	100,6	99,9	107,1	122,6	142,8	179,7	113,2	121,5
Papierwaren, Druck-erzeugnissen	103,0	97,3	100,6	94,2	88,5	102,0	88,8	93,0	97,1	102,5	116,2	171,5	104,6	113,1
pharmazeutischen, kosmetischen Erzeugnissen	100,5	99,6	108,0	107,6	106,2	105,6	105,6	104,3	101,9	110,2	113,7	141,1	108,7	117,1
Fahrzeugen	86,0	102,6	130,8	138,7	127,4	128,7	122,9	108,3	113,7	119,3	117,8	115,8	117,6	142,7
Blumen	83,1	90,2	107,6	115,3	119,0	95,8	84,0	88,3	93,5	100,5	115,2	127,4	101,7	108,9
Uhren, Schmuck	71,5	72,3	83,5	85,2	90,3	92,9	105,2	109,1	112,4	107,7	134,4	277,7	111,9	126,7
Spielwaren, Sport-, Campingartikel	81,2	90,1	104,6	117,9	110,2	110,9	102,9	97,8	92,2	98,1	117,9	174,1	108,2	111,3
Waren verschiedener Art	103,4	97,4	114,3	104,5	90,0	75,9	91,1	96,1	121,4	134,0	147,6	124,0	108,3	121,3

ben unter dem Durchschnitt. Hier spielen offenbar die beiden Schlußverkäufe im Winter und im Sommer wertmäßig keine durchschlagende Rolle. Auch im Textilbereich fiel im Beobachtungszeitraum der reale Zuwachs gering aus.

Bei den **Einrichtungsgegenständen** und **Möbeln** beginnt das Hauptgeschäft ebenfalls erst ab Oktober. In den letzten drei Monaten wird weit überdurchschnittlich verdient, so daß fast ein Drittel des Jahresumsatzes auf das letzte Quartal entfällt. Offensichtlich werden auch Kaufentscheidungen für langlebige Gebrauchsgüter wie Wohnungseinrichtungen erst durch das Weihnachtsgeschäft stimuliert. Seit Beginn des Beobachtungszeitraumes ist der reale Umsatz in diesem Einzelhandelsbereich um ein Drittel gestiegen. Besonders stark erhöhte sich die Nachfrage nach der Öffnung der Mauer im Jahr 1989.

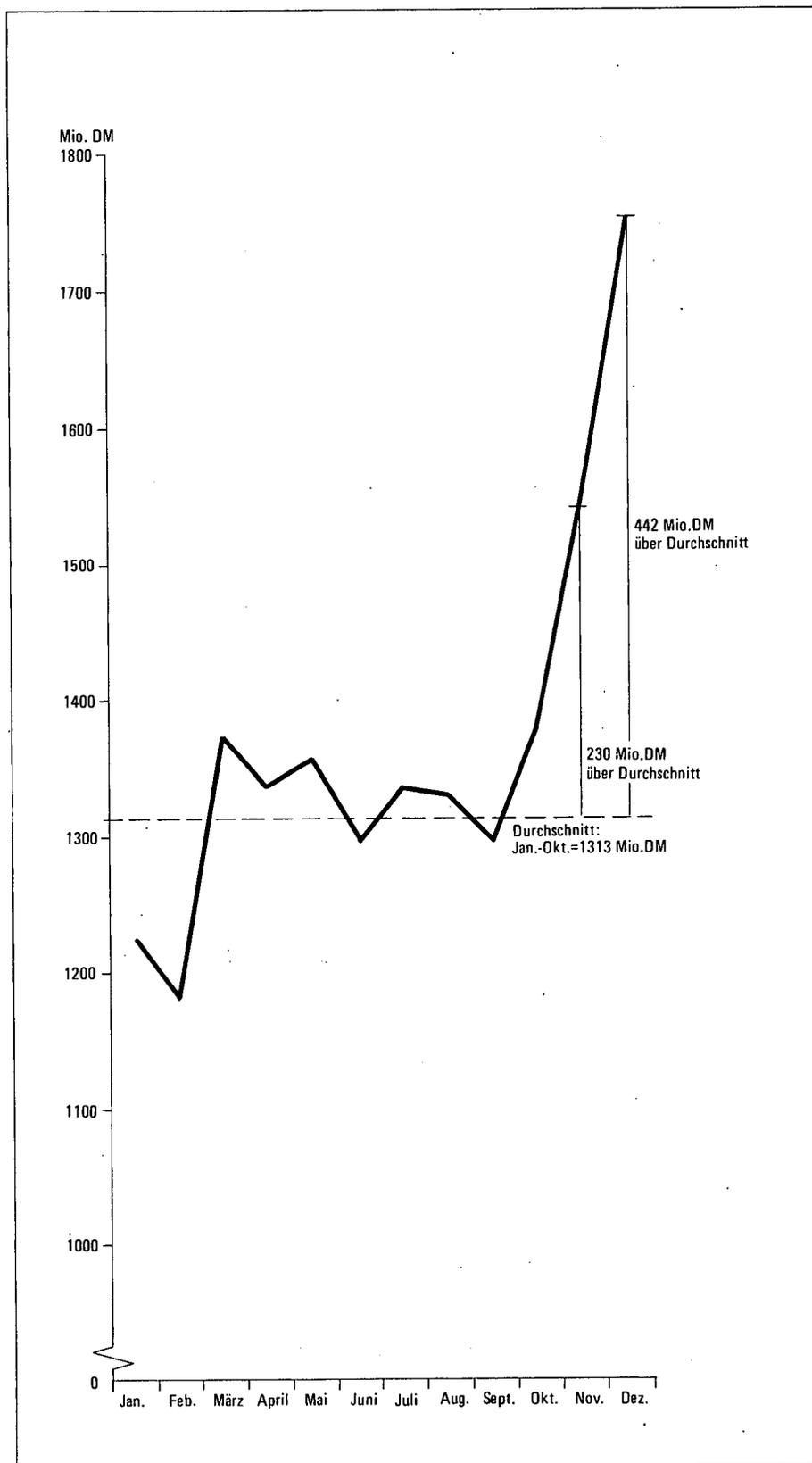
Noch ausgeprägter ist der Saisonverlauf bei **elektrotechnischen Erzeugnissen**, überwiegend Unterhaltungselektronik. Der Dezemberumsatz überflügelt hier noch wesentlich stärker die Ergebnisse der Vormonate als in anderen Branchen, so daß in mehrjährigem Durchschnitt ein Drittel des Jahresumsatzes in den Monaten Oktober bis Dezember erzielt wird. Die Monate Januar bis September fallen dadurch auf, daß die einzelnen Umsatzanteile nur geringfügig voneinander abweichen; sie liegen jeweils knapp über der Hälfte des Dezemberumsatzes. In den vergangenen fünf Jahren hat sich der Umsatz bei elektrotechnischen Erzeugnissen um mehr als ein Fünftel erhöht.

Die Gruppe der **Papierwaren** und **Druckerzeugnisse** – hier dominieren Bücher und Zeitschriften – gehört zu den Bereichen, in denen nur der Dezember weit über den anderen Monaten liegt, handelt es sich doch hier um eine Einzelhandelssparte mit ausgesprochenen Geschenkartikeln. In den einzelnen Monaten schwanken die Umsatzanteile allerdings vergleichsweise stark. So werden im Mai und im Juli jeweils ein Sechstel weniger umgesetzt als im Jahresmittel, während in den Monaten ab September deutliche Erlössteigerungen zu beobachten waren, und der November sogar über den Durchschnitt hinausragte. Die Erlöse stiegen in den letzten fünf Jahren um 13 Prozent.

In der Gruppe des Einzelhandels mit **pharmazeutischen** und **kosmetischen Artikeln** dominieren – gemessen am Umsatz – die Apotheken, deren Erlöse weniger saisonalen Einflüssen unterliegen als andere Waren. Die Drogerien verfügen jedoch im Parfümeriebereich über Artikel mit Geschenkcharakter, deren Verkauf wesentlich durch das Weihnachtsgeschäft beeinflusst wird. Dadurch überragt auch hier der Dezember die anderen Monate merklich. In den übrigen elf Monaten sind kaum größere Abweichungen zu registrieren. Das Geschäftsergebnis hat sich in diesem Bereich seit 1986 um 17 Prozent erhöht.

Geringe saisonale Schwankungen weist der **Kraftfahrzeugbereich** auf. Hier besteht im

Schaubild **Umsatz der Ladengeschäfte im Hamburger Einzelhandel 1990 nach Monaten in jeweiligen Preisen**



4/3 911 L

Gegensatz zu den meisten anderen Branchen eine zum Teil erhebliche Zeitdifferenz zwischen Kaufentscheidung und tatsächlicher Umsatzverbuchung. Die höchsten

Umsätze werden in den Monaten März bis Juni erzielt, vermutlich zum großen Teil durch spontane Gebrauchtwagenkäufe. Auffällig ist der geringe Anteil des Januars,

dessen Anteil für alle Jahre des Beobachtungszeitraumes weit unter sieben Prozent liegt. Insgesamt hat sich der Umsatz seit 1986 mit über 40 Prozent erheblich erhöht.

Der Handel mit **Blumen** und **Pflanzen** tätigt seine mit Abstand meisten Geschäfte im April und Mai sowie im November und Dezember. Hier spielen regelmäßig wiederkehrende Fest- und Gedenktage eine große Rolle, die die Produzenten dieser an das natürliche Wachstum gebundenen und nicht lagerfähigen Waren bei der Produktion offenbar mit Erfolg zu berücksichtigen wissen. Die Verteilung der Umsatzanteile auf die einzelnen Monate ist in den vergangenen fünf Jahren recht konstant geblieben. Der Umsatz mit Blumen und Pflanzen ist im Beobachtungszeitraum nur gering um knapp neun Prozent gestiegen.

Eine Branche mit ausgesprochen saisonabhängigen Geschenkartikeln ist der Handel mit **Uhren** und **Schmuck**. Bis zur Jahresmitte ist die Geschäftstätigkeit relativ gering, steigt bis Oktober leicht an und erreicht danach die mit Abstand höchsten Umsatzanteile. Im November und Dezember wird zusammen fast ein Drittel des Jahresumsatzes erzielt, wobei allein auf den Dezember ein Fünftel entfällt. In diesem Monat wird damit drei- bis viermal soviel verkauft wie in den einzelnen Monaten der ersten Jahreshälfte. Seit Mitte der 80er Jahre stieg der Erlös bei Uhren und Schmuck um gut ein Viertel an.

Sehr ähnlich ist der Umsatz im Jahresverlauf bei **Spielwaren** und **Sportartikeln**. Im Dezember wird doppelt soviel verkauft wie am Anfang des Jahres. Allerdings ragt auch der April deutlich aus den Werten für die einzelnen Monate heraus und erreicht das Niveau des Novembers. Neben dem Ostergeschäft dürfte im April das Sortiment der Campingartikel eine Rolle spielen, das auch zu dieser Branche gerechnet wird, während sich die Spiel- und Sportwaren mit Ausnahme des Dezembers über das Jahr verteilen. Diese Fachsparte erzielte im Beobachtungszeitraum eine Umsatzsteigerung von rund elf Prozent.

Bei den „**Waren verschiedener Art**“ handelt es sich gemäß der Wirtschaftszweigsystematik um einen Bereich mit ausgesprochen heterogenem Warensortiment. Die typischen Einzelhandelsgeschäfte dieser Branche sind die Warenhäuser; auch die Betriebsform Versandhandel spielt eine wichtige Rolle. Bis auf Kraftfahrzeuge, Brennstoffe und Pharmazeutika gibt es in den Betrieben dieser Kategorie nahezu alle Waren der vorher besprochenen Branchen zu kaufen, von Nahrungsmitteln über Mö-

bel bis zu Blumen und Spielwaren. Da diese Waren zum Teil Artikel mit unterschiedlicher oder gar keiner Saison sind, unterliegt die Verteilung des Umsatzes über das Jahr nicht den starken Schwankungen anderer Bereiche. Als Besonderheit ist zu vermerken, daß das Hauptgeschäft des Versandhandels im Gegensatz zum stationären Handel im wesentlichen im Herbst nach Erscheinen der neuen Kataloge liegt und dadurch die Monate September bis November erheblich an Gewicht gegenüber dem Dezember gewinnen. Zusammen erzielt die Branche „Waren verschiedener Art“ in Hamburg rund ein Drittel des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Im Jahresverlauf wird der höchste Umsatzanteil im November, der niedrigste im Juni erreicht; dieser ist dabei der geringste beobachtete Wert überhaupt und halb so groß wie der Novemberumsatz. In dieser Branche mit Betrieben, die ein breit gefächertes Sortiment führen, wird der Dezembererlös vom Novemberumsatz überflügelt. In den letzten fünf Jahren stieg der Erlös in diesem wichtigen Einzelhandelszweig um mehr als ein Fünftel.

Weihnachtsgeschäft

Im November und Dezember wird in den Medien viel über die Käufe der Konsumenten anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes berichtet. Es ist die Rede von „Weihnachtsgeschäft“, „Weihnachtsumsatz“ und beides oft auch mit der Bezeichnung „zusätzlich“. Nicht immer geht aus den Berichten eindeutig hervor, was eigentlich gemeint ist.

Zum Weihnachtsgeschäft gehören sicher nicht die Umsätze, die unabhängig vom Weihnachtsfest entstehen und auch ohne dieses Ereignis stattgefunden hätten; dies ist das sogenannte Basisgeschäft. Umgekehrt lassen sich alle durch dieses Fest induzierten Umsätze unter den Begriff Weihnachtsgeschäft subsumieren. Das bedeutet, daß nicht etwa der ganze Dezemberumsatz, sondern nur ein Teil durch das Fest bedingt ist. Das gleiche gilt in Hamburg für den November und unter Umständen sogar schon für den Oktober. Dies ist eine regelmäßig wiederkehrende, das heißt saisonal bedingte Erscheinung, die der Kaufmann rechtzeitig einkalkuliert. Interessant ist für den Beobachter jedoch das „zusätzliche“ Geschäft im aktuellen Vergleich zum Vorjahr.

Das Basisgeschäft läßt sich als Durchschnitt der Monate Januar bis September oder Oktober eines Jahres ermitteln. Es dient im

wesentlichen der Deckung des Grundbedarfs. Die in den übrigen Monaten bis Dezember über diesem durchschnittlichen Monatsumsatz liegenden Erlöse gelten als „weihnachtsinduziert“. Je nach dem, ob sie über oder unter den entsprechenden Beträgen des Vorjahres liegen, kann man von „zusätzlichem“ oder geringerem Weihnachtsgeschäft sprechen.

Im folgenden wird am Beispiel des Ladeneinzelhandels – das sind die Betriebe mit stationärem Geschäft – das eben Erläuterte dargestellt. Bei der Betrachtung bleiben der Versandhandel mit seiner überregionalen Kundschaft sowie der Markthandel unberücksichtigt. Das hat den Vorteil, daß die in den Herbst ausstrahlenden Wirkungen der vorgezogenen Käufe im Versandhandel durch auswärtige Kunden ausgeklammert sind und nur die in Hamburger Läden getätigten Einkäufe zu Buche schlagen.

Anzumerken ist, daß bei diesem Beispiel vom nominalen, das heißt nicht preisbereinigten Umsatz ausgegangen wird, damit eine nominale Schätzgröße für dieses Jahr ermittelt werden kann.

Für die nicht durch das Weihnachtsgeschäft beeinflussten Monate Januar bis Oktober 1990 ergibt sich eine durchschnittliche Umsatzmeßzahl von 114,2 (die entsprechende Größe unter Einschluß des Zeitraums November und Dezember ist 117,3). Die Differenz zwischen dem Zehn-Monatsdurchschnitt und den jeweiligen Werten der letzten zwei Monate (November = 132,2; Dezember = 150,3) ist der Indikator für das eigentliche Weihnachtsgeschäft.

Dies ist in dem Schaubild gekennzeichnet. In absoluten Werten bedeutet das für das Jahr 1990 einen nominalen durchschnittlichen Monatsumsatz in Höhe von 1,3 Milliarden DM. Im November lag der Umsatz um 230 Millionen DM und im Dezember um 442 Millionen DM darüber. Diese zwei Größen zusammen stellen das Weihnachtsgeschäft 1990 dar (672 Millionen DM), das rund vier Prozent der gesamten Erlöse im Ladeneinzelhandel ausmacht. In einzelnen Fachsparten ist der Anteil natürlich, wie vorher geschildert wurde, sehr viel höher.

Für das laufende Jahr 1991 ist derzeit nur das Umsatzwachstum bis einschließlich September (plus 0,6 Prozent) bekannt. Würde man von der Vorstellung einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Bedeutung des Weihnachtsfestes bei den Kaufentscheidungen der Konsumenten ausgehen, so wären für die Monate November und Dezember mit weihnachtsinduzierten Erlösen in Höhe von rund 676 Millionen DM zu rechnen, rund vier Millionen DM mehr als 1990. Erich Walter

Strukturelle Entwicklung des Bauhauptgewerbes 1980 bis 1990

Das Hamburger Bauhauptgewerbe geriet zu Beginn der 80er Jahre in eine konjunkturelle Talfahrt (Schaubild). Der Mangel an Bauaufträgen sowohl durch die nachlassende Investitionsbereitschaft der gewerblichen Wirtschaft als auch infolge der knappen Mittelansätze der öffentlichen Hand, führte in vielen Sektoren der Bauwirtschaft zu Produktionsrückgängen und Kapazitätseinschränkungen. Im Zuge dieser Entwicklung haben sich im Bauhauptgewerbe Strukturveränderungen ergeben, die einen Anpassungsprozeß an die abgeschwächte Nachfrage nach Bauleistungen widerspiegeln.

1. Globale Betrachtung

Die globale Entwicklung des Bauhauptgewerbes seit 1980 zeigt das Schaubild. Von 1980 bis 1985 sind bei den Beschäftigten, Arbeitsstunden und sogar bei den Umsätzen kontinuierliche Rückgangstendenzen zu beobachten. Der Abbau von 9600 Arbeitsplätzen entspricht einer Abnahme von 30 Prozent. Ein beträchtlicher Teil dieser Verluste wurde durch Betriebsschließungen vor allem größerer Firmen verursacht. Die im Vergleich zum Beschäftigtenrückgang noch wesentlich stärkere Abnahme bei den Arbeitsstunden – ihre Zahl hatte sich um fast zwei Fünftel vermindert – läßt auf deutliche Einbußen bei der Bauleistung schließen. Entsprechend haben sich auch die Umsätze des Bauhauptgewerbes verringert. 1985 hatten die Unternehmen ein Viertel weniger erwirtschaftet als 1980. Unter Berücksichtigung des Preisanstiegs dürfte sich der Gesamtumsatz real noch stärker reduziert haben. Ein deutlich anderer Verlauf ist bei der Zahl der Betriebe festzustellen: Sie hat sich um sechs Prozent erhöht. Dies kann wohl in erster Linie damit erklärt werden, daß angesichts der unsicheren Arbeitsplatzsituation eine Reihe von ehemaligen Arbeitnehmern die „Flucht“ in die Selbständigkeit gewagt haben; so war bei den Kleinbetrieben des Bauhauptgewerbes, hauptsächlich bei den Einmann-Unternehmen, eine beachtliche Zunahme zu registrieren.

Verursacht war die rezessive Entwicklung durch die schwache Auftragslage in fast sämtlichen Sparten des Bauhauptgewerbes. Innerhalb des **Hochbaus** war der starke Rückgang im Wohnungsbau entscheidend. Hier haben sich in erster Linie die ungünstigen Kapitalmarktverhältnisse besonders Anfang der 80er Jahre negativ ausgewirkt und sowohl die Aktivitäten im Eigenheimbau als auch die private Investitionstätigkeit im Mehrfamilienhausbau erheblich beeinträchtigt. Dämpfende Einflüsse

gingen aber auch vom gewerblichen und industriellen Hochbau aus, auf den im Durchschnitt ein Drittel aller im Hochbau geleisteten Arbeitsstunden entfiel.

Noch stärker betroffen war in Hamburg der **Tiefbau**, der überwiegend von öffentlichen Aufträgen getragen wird. Das gilt vor allem für den Straßenbau, von dessen Aktivitäten ein nicht unerheblicher Teil Reparaturarbeiten betrifft. Selbst im sonstigen öffentlichen Tiefbau gab es Einbußen, obwohl einige große Bauvorhaben in dieser Zeitperiode getätigt wurden. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang der S-Bahnbau Harburg-Neugraben, der Bau des Klärwerks Dradenau in Hamburg-Altenwerder sowie die Errichtung eines elektronischen Speicherrings (Hera) auf dem Gelände des Deutschen Elektronen-Synchrotrons (DESY) in Hamburg-Bahrenfeld. Das Auftragsvolu-

men reichte insgesamt jedoch nicht aus, um Personalentlassungen und Erlösschmälerungen in diesem Bereich des Bauhauptgewerbes zu verhindern.

Ab 1985 zeigen die Kurven der Grafik ein Bild konjunktureller Unbeständigkeiten mit tendenziell kontraktivem Gesamtverlauf. Nach dem scharfen Konjunkturreinbruch 1985 trat im darauf folgenden Jahr zunächst eine Besserung der Wirtschaftslage ein. Erstmals wurde nach der langjährigen Schrumpfungsphase wieder eine leichte Zunahme beim Arbeitseinsatz und Umsatz erzielt. Entsprechend gesteigert hat sich – gemessen am Index der Nettoproduktion (Tabelle 1) – auch die Bauleistung. Hier wurde für das Bauhauptgewerbe insgesamt ein Zuwachs von gut zehn Prozent registriert. Allerdings hat sich der Rückgang bei den Beschäftigten weiter fortgesetzt.

Schaubild **Betriebe, Beschäftigte, Arbeitsstunden und baugewerblicher Umsatz im Hamburger Bauhauptgewerbe 1980 bis 1990**

– 1985 = 100 –

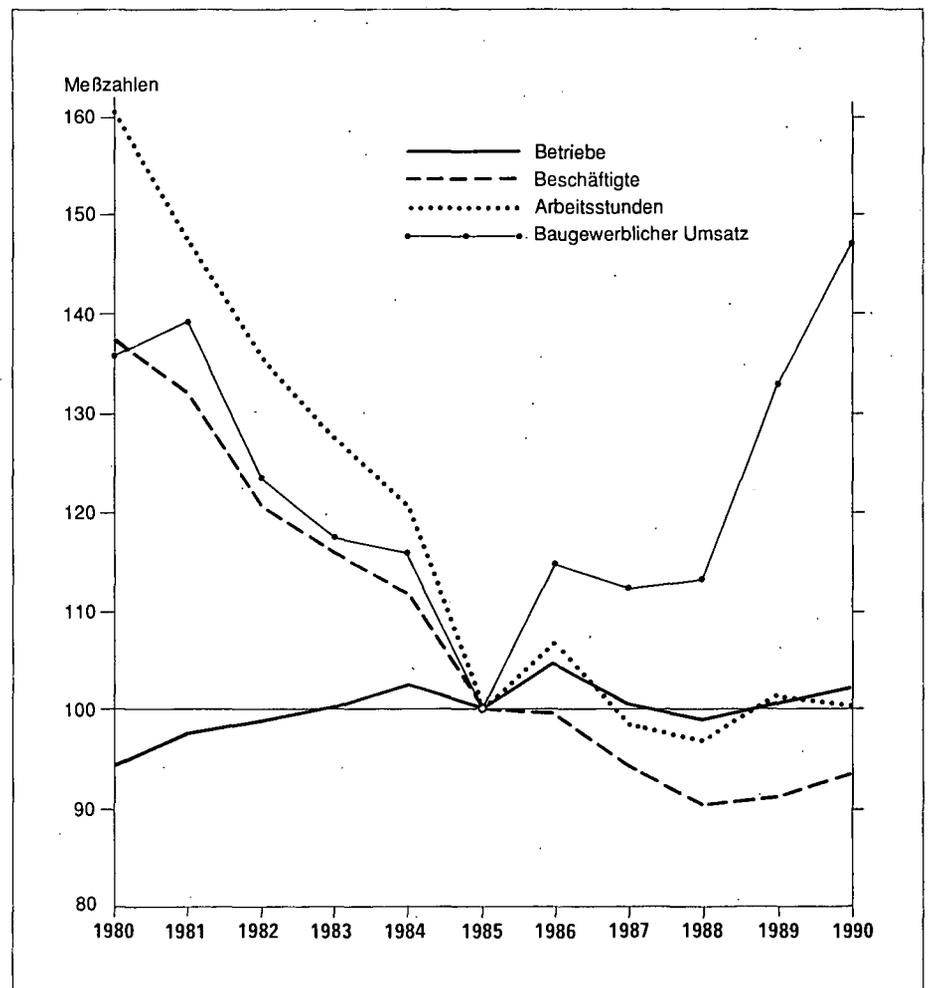


Tabelle 1 **Ausgewählte Daten über das Bauhauptgewerbe in Hamburg 1980 bis 1990**

Jahr	Betriebe ¹⁾		Beschäftigte ²⁾		Arbeitsstunden ²⁾		Baugewerblicher Umsatz ²⁾³⁾		Nettoproduktionsindex	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1 000 DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1976 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1980	1 134	+ 1,4	31 318	+ 0,9	41 609	- 0,9	3 539 324	+ 22,8	103,3	+ 3,7
1981	1 178	+ 3,9	30 108	- 3,9	38 292	- 8,0	3 623 850	+ 2,4	96,0	- 7,1
1982	1 192	+ 1,2	27 489	- 8,7	35 295	+ 7,8	3 221 354	- 11,1	89,4	- 6,9
1983	1 212	+ 1,7	26 456	- 3,8	33 131	- 6,1	3 063 962	- 4,9	88,5	- 1,0
1984	1 235	+ 1,9	25 488	- 3,7	31 427	- 5,1	3 027 478	- 1,2	85,6	- 3,3
1985	1 205	- 2,4	22 801	- 10,5	25 982	- 17,3	2 606 612	- 13,9	75,0	- 12,4
1986	1 260	+ 4,6	22 719	- 0,4	27 750	+ 6,8	2 991 963	+ 14,8	82,7	+ 10,3
1987	1 211	- 3,9	21 526	- 5,3	25 651	- 7,6	2 933 466	- 2,0	75,4	- 8,8
1988	1 195	- 1,3	20 618	- 4,2	25 172	- 1,9	2 953 461	+ 0,7	74,0	- 1,9
1989	1 213	+ 1,5	20 776	+ 0,8	26 299	+ 4,5	3 469 169	+ 17,5	76,8	+ 3,8
1990	1 232	+ 1,6	21 315	+ 2,6	26 062	- 0,9	3 839 872	+ 10,7	79,4	+ 3,4

1) Ergebnisse der Totalerhebung, jeweils Ende Juni.

2) Aus der monatlichen Berichterstattung nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet.

3) Ohne Umsatzsteuer

Gleichwohl ließ die verbesserte Auftragslage in jenem Jahr erkennen, daß die Bauwirtschaft wieder Tritt gefaßt hat. Hoffnungen, daß sich diese Tendenz auch in den nächsten Jahren fortsetzen würde, hatten sich jedoch nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die folgenden zwei Jahre brachten für die Hamburger Bauwirtschaft erneut einen Konjunkturrückschlag. Entscheidend hierfür war abermals die geringe Investitionstätigkeit sowohl der privaten Wirtschaft (speziell im Hochbau) als auch die des Staates infolge der angespannten Haushaltslage. Dies hat 1987 und 1988 zu einer erneuten Senkung der Beschäftigtenzahl und der geleisteten Arbeitsstunden sowie zu Umsatzschmälerungen geführt. Ebenfalls hat sich in diesen Jahren die Zahl der Betriebe vermindert. Entsprechend niedrig fiel auch das Ergebnis der Gesamtproduktion aus. Der Index der Nettoproduktion ist in diesen Jahren nochmals gesunken und erreichte mit 74 Prozent des Ausgangswertes von 1976 seinen bisher tiefsten Wert. Der durch die Konjunkturreinbrüche erlittene Abgang von Fachpersonal führte vor allem in den potentiellen Wachstumsbereichen des Bauhauptgewerbes zu Kapazitätsengpässen und brachte hier teilweise beträchtliche Produktionshemmnisse.

Erst 1989 und 1990 verbesserte sich die wirtschaftliche Situation im Hamburger Bauhauptgewerbe. Die Zahl der Betriebe und die der Beschäftigten sowie der Arbeitseinsatz nahmen wieder zu, allerdings konnten die Arbeitsplatzverluste aus den Vorjahren nicht ausgeglichen werden. Auffallend sind vor allem die stattlichen Umsatzzuwächse. Sie sind jedoch von verhältnismäßig starken Preissteigerungen, die sich für Hoch- und Tiefbauarbeiten im Mittel zwischen sechs und sieben Prozent beliefen, beeinflusst und stellen somit nicht den tatsächlichen Produktionszuwachs dar. Als konjunktureller Schrittmacher erwies sich in beiden

Jahren trotz des hohen Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt der Wohnungsbau sowie der gewerbliche und industrielle Hochbau. Speziell im **Wohnungsbau** haben sich 1990 die Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr verdoppelt, was mit Sicherheit zu einer weiteren Steigerung von Produktion und Erlösen führen wird. Dieser Trend zeichnet sich ab, nachdem im Jahr 1990 mit über 8850 genehmigten Wohnungen in Hamburg ein seit langem nicht mehr erreichtes Ergebnis erzielt werden konnte. Da nur ein kleiner Teil dieser Wohnungen bereits im Genehmigungsjahr erstellt wurde, ist mit einer entsprechend hohen Zahl von Baufertigstellungen in naher Zukunft zu rechnen mit Auswirkungen auf das Hamburger Bauhauptgewerbe. Diese Entwicklung ist in erster Linie dem Mietwohnungsbau zuzurechnen. Durch verstärkte Förderung wurde der soziale Wohnungsbau unterstützt und damit der Bau von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in die Wege geleitet. Außerdem haben steuerliche Erleichterungen (Erhöhung der Abschreibungssätze) sowie die neugeschaffenen Möglichkeiten des Dachausbaus sich positiv ausgewirkt und tragen sicherlich dazu bei, den infolge der starken Zuwanderung von Aus- und Übersiedlern kräftig expandierenden Wohnungsbedarf zu decken.

Nachfrageimpulse gingen aber auch vom gewerblichen und industriellen **Tiefbau** aus: Hier konnte eine erhebliche Zunahme des Arbeitseinsatzes und der baugewerblichen Umsätze erreicht werden. Gleichwohl wies der Tiefbau insgesamt einen Rückgang auf durch die negative Entwicklung im Straßenbau und im sonstigen Tiefbau.

2. Strukturveränderungen

Durch die lang andauernden Abwärtstendenzen war das Bauhauptgewerbe einem

schmerzhaften Anpassungsprozeß an die konjunkturelle Situation unterworfen.

Anteil der Kleinbetriebe gestiegen

So hatte der Kapazitätsabbau, vor allem während der Rezessionsjahre, erhebliche Auswirkungen auf die Betriebsgrößenstruktur. Zwischen 1980 und 1990 ist die Zahl der mittleren und größeren Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten um 37 Prozent gesunken. 1990 gab es nur noch 200 Firmen dieser Größenordnung, das sind 16 Prozent der Arbeitsstätten des Bauhauptgewerbes insgesamt gegenüber noch 28 Prozent im Jahr 1980. Beträchtliche Verluste wurden auch bei der Gruppe der Betriebe ab 100 tätigen Personen registriert. Ihre Zahl hatte sich in der ersten Berichtsperiode um 36 Prozent vermindert und zwischen 1985 und 1990 nochmals um 30 Prozent. Mit nur knapp 40 Betrieben kamen diese Firmen 1990 damit nur noch auf einen Anteil von drei Prozent (1980: sieben Prozent). Aber auch bei den mittelgroßen Firmen mit 20 bis unter 100 Beschäftigten ist ein Rückgang festzustellen. Im Gegensatz zu den Großbetrieben wurde bei diesen jedoch zwischen 1985 und 1990 wieder ein geringer Anstieg verzeichnet (plus vier Prozent).

Der Rückgang bei den mittleren und größeren Betrieben brachte zwangsläufig erhebliche Arbeitsplatzeinbußen, am stärksten waren diese in den Firmen mit 100 bis unter 200 Arbeitskräften. Ihre Mitarbeiterzahl hat sich in den letzten zehn Jahren um 4800 Personen verringert, dies entspricht einem Minus von 59 Prozent. 1990 waren nur noch knapp 16 Prozent der Arbeitnehmer in Firmen dieser Größenordnung tätig, während 1980 noch gut jeder vierte dort seinen Arbeitsplatz fand. Stark war der Abbau ferner in Großbetrieben mit 200 und mehr

Tabelle 2 Betriebe und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hamburg 1980, 1985 und 1990 nach Beschäftigtengrößenklassen

Betriebe mit ... Beschäftigten	1990		1985		1980		Veränderung		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	1990	1990	1985
							gegen- über 1980	gegen- über 1985	gegen- über 1980
- Betriebe -									
1 bis 19	1 032	83,8	995	82,6	815	71,9	+ 26,6	+ 3,7	+ 22,1
20 " 49	106	8,6	104	8,6	161	14,2	- 34,2	+ 1,9	- 35,4
50 " 99	57	4,6	53	4,4	75	6,6	- 24,0	+ 7,5	- 29,3
100 " 199	24	1,9	38	3,2	59	5,2	- 59,3	- 36,8	- 35,6
200 und mehr	13	1,1	15	1,2	24	2,1	- 45,8	- 13,3	- 37,5
Betriebe insgesamt	1 232	100	1 205	100	1 134	100	+ 8,6	+ 2,2	+ 6,3
- Beschäftigte -									
1 bis 19	5 547	26,2	5 376	24,0	5 464	17,1	+ 1,5	+ 3,2	- 1,6
20 " 49	3 075	14,5	2 948	13,2	4 935	15,4	- 37,7	+ 4,3	- 40,3
50 " 99	4 257	20,1	3 902	17,4	5 208	16,3	- 18,3	+ 9,1	- 25,1
100 " 199	3 330	15,7	5 309	23,7	8 132	25,4	- 59,1	- 37,3	- 34,7
200 und mehr	4 951	23,4	4 839	21,6	8 238	25,8	- 39,9	+ 2,3	- 41,3
Beschäftigte insgesamt	21 160	100	22 374	100	31 977	100	- 33,8	- 5,4	- 30,0

1) Ergebnisse der Totalerhebung, jeweils Ende Juni.

Beschäftigten, wo in der gesamten Berichtsperiode fast 3300 Mitarbeiter (minus 40 Prozent) ihre Arbeitsplätze verloren. Im Gegensatz dazu konnten die Betriebe mit 20 bis unter 100 Beschäftigten in der zweiten Zeitperiode ihren Personalbestand wieder etwas aufstocken.

Eine entgegengesetzte Entwicklung ist bei den Betrieben mit weniger als 20 Arbeitskräften zu beobachten. Entgegen dem Trend zu Betriebsübernahmen, Firmenankäufen und Unternehmenszusammenschlüssen hat sich sowohl die Zahl der Kleinbetriebe als auch die der dort Beschäftigten erhöht, wodurch die Betriebsgrößenstruktur des gesamten Bauhauptgewerbes heute noch stärker durch diese Firmen geprägt wird als früher. Allerdings ist der Anstieg bei den Kleinbetrieben zum Teil auch dadurch bedingt, daß Firmen der höheren Größenklassen ihre Belegschaft auf ein der rückläufigen Auftragslage entsprechendes Maß reduzieren mußten.

Innerhalb der Kleinbetriebe konnten sich die Arbeitsstätten mit weniger als zehn Beschäftigten in beiden Perioden relativ gut behaupten. Vor allem haben sich für Firmen, die mit Modernisierungen und Instandsetzungsarbeiten befaßt sind, vergleichsweise gute Marktchancen eröffnet. Beachtlich ist der überdurchschnittliche Zuwachs bei den Betrieben bis unter fünf Beschäftigten, und hier besonders bei den Alleinunternehmern. Auf die Ursache hierfür („Flucht“ in die Selbständigkeit) wurde bereits hingewiesen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß während der Rezession in der Bauwirtschaft die Kleinbetriebe (hier definiert als

Betriebe bis zu 20 Beschäftigten) auf die Gesamtbeschäftigung im Bauhauptgewerbe stabilisierend gewirkt haben: Sie stellten 1990 fast 84 Prozent der Betriebe (1980: 72 Prozent) und gut 26 Prozent der Arbeitsplätze gegenüber 17 Prozent im Jahr 1980.

Spezialbau hat an Bedeutung gewonnen

Nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit waren zwischen 1980 und 1990 Betriebsabgänge nur im Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt) sowie im reinen Hochbau festzustellen, während die Zahl der Firmen in allen anderen Wirtschaftszweigen einen zum Teil beachtlichen Anstieg aufwies.

Bemerkenswert ist die Entwicklung im **Spezialbau**, der mit einer Betriebszunahme von 84 Prozent zum zweitgrößten Bauzweig in Hamburg angewachsen ist. 1990 arbeiteten 265 Betriebe in dieser Sparte, dies sind 21,5 Prozent der Arbeitsstätten im gesamten Bauhauptgewerbe. Der Grund für diese Ausweitung liegt darin, daß die Anforderungen an die Kälte- und Schallsollierung sowie den Witterungsschutz sowohl im Neubau als auch bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden erheblich gestiegen sind. Auffallend ist jedoch, daß sich die Zahl der Beschäftigten dieser Branche gleichzeitig vermindert hat; 1990 kamen auf einen Betrieb zehn Arbeitskräfte gegenüber noch 20 im Jahr 1980. Das ist vor allem damit zu erklären, daß die verstärkte Anwendung moderner Fertigungsmethoden im Spezialbau zu einer Reduzierung von

Arbeitskräften und gleichzeitig zu einer Steigerung der Produktivität geführt hat. Ferner könnte die Verringerung der durchschnittlichen Betriebsgröße darauf hindeuten, daß sich Betriebe des Bauhauptgewerbes, die früher in verschiedenen Sparten tätig waren, im Zuge des Arbeitskräfteabbaus auf diesen in den Augen dieser Betriebe zukunftsicheren Aufgabenbereich zurückgezogen haben.

Gute Chancen hatte auch der Wirtschaftszweig „**Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei**“. Die Zahl der Betriebe hat sich von 1980 bis 1990 auf knapp 80 Einheiten mehr als verdoppelt. Dieses zeigt, daß im Bauhauptgewerbe neben die Produktion von Neubauten verstärkt auch die Pflege von Bausubstanz getreten ist. Bemerkenswert ist, daß in dieser Bausparte relativ häufig Alleinunternehmer zu finden sind. Insgesamt ist die Zahl der Beschäftigten je Betrieb von 13 (1980) auf vier Mitarbeiter im Jahr 1990 gesunken. Positive Ergebnisse sind ferner im **Zimmerei- und Dachdeckereigewerbe** festzustellen (plus sieben Prozent). Dieser Zweig ist ebenfalls im wesentlichen kleinbetrieblich strukturiert: 1990 kamen auf eine Arbeitsstätte neun Personen gegenüber 13 im Jahr 1980.

Im wesentlichen konstant geblieben ist die Zahl der Betriebe im **Straßenbau** und im **sonstigen Tiefbau**. Diese Branchen erlitten aber in beiden Zeitperioden einen erheblichen Beschäftigtenrückgang um zusammen 2645 Personen; dies entspricht 24 Prozent der in dieser Dekade insgesamt festgestellten Personaleinbußen. Ein wesentlicher Teil ging dabei zu Lasten von Betriebsstillegungen größerer Firmen. Durch den zusätzli-

Tabelle 3 Betriebe im Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hamburg 1980, 1985 und 1990 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	1990		1985		1980		Veränderung		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	1990	1990	1985
							gegenüber 1980	gegenüber 1985	gegenüber 1980
Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)	95	7,7	131	10,9	149	13,1	- 36,2	- 27,5	- 12,1
Hochbau einschließlich Fertigteilbau	447	36,3	413	34,3	469	41,4	- 4,7	+ 8,2	- 11,9
Straßenbau	59	4,8	60	5,0	58	5,1	+ 1,7	- 1,7	+ 3,4
Sonstiger Tiefbau	122	9,9	120	10,0	119	10,5	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,8
Gerüstbau/Fassadenreinigung	41	3,3	48	4,0	41	3,6	-	- 14,6	+ 17,1
Spezialbau	265	21,5	269	22,3	144	12,7	+ 84,0	- 1,5	+ 86,8
Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei	78	6,3	50	4,1	37	3,3	+ 110,8	+ 56,0	+ 35,1
Zimmerei, Dachdeckerei	125	10,1	114	9,5	117	10,3	+ 6,8	+ 9,6	- 2,6
Bauhauptgewerbe insgesamt	1 232	100	1 205	100	1 134	100	+ 8,6	+ 2,2	+ 6,3

1) Ergebnisse der Totalerhebungen, jeweils Ende Juni.

chen Abbau von Arbeitskräften bei den im Markt verbliebenen Firmen hat sich die Beschäftigtenzahl je Betrieb in diesen beiden Teilbereichen des Tiefbaus deutlich vermindert. 1990 hatte beispielsweise eine Straßenbaufirma in Hamburg durchschnittlich nur noch 27 Arbeiter gegenüber 57 im Jahr 1980. Ohne Zweifel haben hierbei auch Rationalisierungsfreisetzen im Zuge fortschreitender Mechanisierung der Arbeitsabläufe eine Rolle gespielt.

Einen vergleichsweise starken Rückgang wies der Wirtschaftszweig „Hoch- und Tiefbau ohne ausgeprägten Schwerpunkt“

auf, dessen Aktivitäten sich auf kombinierte Hoch- und Tiefbauarbeiten erstrecken. Die Zahl der Arbeitsstätten verringerte sich hier in den letzten zehn Jahren um mehr als ein Drittel, was erhebliche Personalentlassungen zur Folge hatte. Insgesamt verlor dieser Zweig 4600 Personen, das sind 43 Prozent aller in diesem Zeitraum konstatierten Beschäftigtenverluste. Auch hier haben vor allem die größeren Betriebe erheblich an Boden verloren. Gleichwohl kommt diesen Firmen immer noch eine große beschäftigungspolitische Bedeutung zu: 1990 arbeitete fast die Hälfte aller in

dieser Branche tätigen Personen in Betrieben mit 200 und mehr Beschäftigten.

Auch der Hochbau verlor zwischen 1980 und 1985 fast 60 Firmen und über 3400 Beschäftigte. Nach 1985 setzte jedoch eine wirtschaftliche Erholung ein durch gesteigerte Auftragsvergaben vor allem im gewerblichen und industriellen Hochbau. Die Mitarbeiterzahl konnte zwischen 1985 und 1990 um gut ein Zehntel aufgestockt werden. Damit stellte der Hochbau 1990 mit jeweils rund einem Drittel aller Betriebe und Beschäftigten weiter den mit Abstand größten Bauzweig in Hamburg dar.

Tabelle 4 Beschäftigte im Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hamburg 1980, 1985 und 1990 nach der Stellung im Betrieb

Stellung im Betrieb	1990		1985		1980		Veränderung		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	1990	1990	1985
							gegenüber 1980	gegenüber 1985	gegenüber 1980
Tätige Inhaber ²⁾	915	4,3	1 054	4,7	1 069	3,3	- 14,4	- 13,2	- 1,4
Angestellte ³⁾	4 044	19,1	4 280	19,1	5 156	16,1	- 21,6	- 5,5	- 17,0
davon kaufmännische	2 087	9,9	2 298	10,3	2 816	8,8	- 25,9	- 9,2	- 18,4
technische	1 957	9,2	1 982	8,9	2 340	7,3	- 16,4	- 1,3	- 15,3
Facharbeiter, Poliere	12 987	61,4	13 150	58,8	19 418	60,7	- 33,1	- 1,2	- 32,3
darunter Maurer	3 111	14,7	2 994	13,4	4 506	14,1	- 31,0	+ 3,9	- 33,6
Betonbauer	1 154	5,5	898	4,0	1 805	5,6	- 36,1	+ 28,5	- 50,2
Zimmerer	1 577	7,5	1 515	6,8	2 975	9,3	- 47,0	+ 4,1	- 49,1
Maschinenführer, Baumaschinenwarte	1 746	8,3	1 821	8,1	2 478	7,7	- 29,5	- 4,1	- 26,5
Fachwerker, Werker	2 636	12,5	2 882	12,9	5 312	16,6	- 50,4	- 8,5	- 45,7
Gewerblich Auszubildende	578	2,7	1 008	4,5	1 022	3,2	- 43,4	- 42,7	- 1,4
Beschäftigte insgesamt	21 160	100	22 374	100	31 977	100	- 33,8	- 5,4	- 30,0
davon Deutsche	19 744	93,3	21 006	93,9	29 097	91,0	- 32,1	- 6,0	- 27,8
Ausländer	1 416	6,7	1 368	6,1	2 880	9,0	- 50,8	+ 3,5	- 52,5

1) Ergebnisse der Totalerhebungen, jeweils Ende Juni

2) Einschließlich unbezahlt mithelfende Familienangehörige

3) Einschließlich Auszubildende

Personalstruktur unverändert

Der stetige Beschäftigtenrückgang der vergangenen Jahre hat dazu geführt, daß seit 1980 jeder dritte Arbeitsplatz verloren ging. Der Beschäftigtenschwund im Bauhauptgewerbe hatte die Personalstruktur jedoch nur unwesentlich beeinflusst.

Am stärksten von den Personalentlassungen betroffen waren **Fachwerker**, also die Hilfskräfte und Arbeiter mit angelernten Spezialtätigkeiten im Bauhauptgewerbe. Ihre Zahl ist in den letzten zehn Jahren um die Hälfte gesunken, wobei 90 Prozent der Verluste innerhalb des Zeitraums 1980/85 verzeichnet wurden (2400). 1990 waren noch rund 2600 Fachwerker im Bauhauptgewerbe beschäftigt, dies sind trotz der starken Verminderung noch 12,5 Prozent der Gesamtbeschäftigten gegenüber knapp 17 Prozent im Jahr 1980.

Aber auch die anteilmäßig starke Gruppe der **Facharbeiter** blieb von Entlassungen nicht verschont. Ihre Zahl hatte sich entsprechend der Beschäftigtenentwicklung insgesamt um rund ein Drittel verringert. In der zweiten Periode ist bei den Maurern, die unter den Facharbeitern den höchsten Anteil stellten, sowie bei den Betonbauern und Zimmerern wieder eine Steigerung zu registrieren. Auffallend ist, daß Maurer 1990 relativ häufig in Betrieben mit weniger als 20 Personen eingesetzt waren (39 Prozent), während in größeren Firmen, zum Beispiel in Arbeitsstätten über 100 Mitarbeitern, diese Berufsgruppe vergleichsweise schwach vertreten war. In den zumeist großen Firmen des Tiefbaus werden Maurer relativ selten benötigt; hinzu kommt, daß in den – nicht selten mit größeren Bauvorhaben beauftragten – Großbetrieben Fertigungstechniken zur Anwendung kommen, die bei vermehrter Verwendung von Beton und Stahl sowie von Bauteilen aus der Fertigteilproduktion die herkömmliche Art des Mauerns weitgehend ersetzt haben. Insgesamt gesehen waren 1990 rund 13 000 Facharbeiter

im Bauhauptgewerbe beschäftigt. Damit stellt diese Gruppe mit immerhin rund 60 Prozent nach wie vor den größten Teil der Gesamtbeschäftigten.

Ebenfalls rückläufige Tendenzen zeigten sich bei den **kaufmännischen und technischen Angestellten**. Der Personalabbau lag jedoch weit unter dem Durchschnitt der Gesamtentwicklung. Dadurch konnte sich ihr Anteil von 16 Prozent (1980) auf 19 Prozent im Jahr 1990 leicht verbessern. Die meisten kaufmännischen Angestellten waren in kleinen und mittleren Betrieben bis zu 50 Personen beschäftigt, während relativ wenige Techniker in diesen Firmen arbeiteten. Sehr hoch war dagegen der Anteil der technischen Angestellten in den großen Baubetrieben ab 200 Mitarbeitern.

Um gut zwei Fünftel abgenommen hat die Zahl der gewerblich **Auszubildenden** im Bauhauptgewerbe. Augenfällig ist vor allem der Rückgang in der zweiten Referenzperiode, 1990, also in einem Jahr der konjunkturellen Erholung in vielen Bereichen der Bauwirtschaft, standen nur etwa 600 Jugendliche in einem Ausbildungsverhältnis. Damit kam auf 22 Facharbeiter ein Lehrling, während im Jahr 1985 dieses Verhältnis noch 13 zu eins betragen hatte. Diese – im übrigen bundesweit zu beobachtende – Tendenz beruhte jedoch nicht etwa auf einer stark nachlassenden Ausbildungswilligkeit der Baubetriebe. Entscheidend war vielmehr, daß die Baufirmen in den letzten Jahren zunehmend Schwierigkeiten hatten, den infolge der ungünstigen Altersstruktur der Facharbeiter hohen Nachwuchsbedarf zu decken. Hinsichtlich der Gründe für die zunehmende Anzahl der unbesetzten Lehrstellen hat der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie in einer Veröffentlichung¹⁾ deutlich gemacht, daß die Ursachen für die Nachwuchsprobleme in erster Linie in der rückläufigen Zahl der

Hauptschulabgänger liegen, aus denen sich hauptsächlich der Nachwuchs für die Bauberufe stellt; von Bedeutung sei aber auch das Nachlassen des Vertrauens der Jugendlichen in einen Wirtschaftszweig, der durch seine Krisenanfälligkeit an Attraktivität im Hinblick auf die Berufschancen verloren hat. In den letzten Jahren haben die Verbände ihre Werbeaktivitäten und Informationsveranstaltungen für Bauberufe in Schulen und Ausbildungsstätten verstärkt. In Hamburg zumindest ist eine deutliche Abschwächung des Rückgangs zu beobachten. Vergleichsweise hoch ist die Ausbildungsbereitschaft speziell in Großbetrieben mit 200 und mehr tätigen Personen, die 1990 gut ein Drittel aller Ausbildungsverträge abgeschlossen hatten.

Rückgang der Arbeitsstunden...

Die Daten über die auf Baustellen geleisteten Arbeitsstunden geben Aufschluß über den effektiven Einsatz von Arbeitskräften, da hier sowohl nachfragebedingte Überstunden als auch Kurzarbeitszeiten ihren Niederschlag finden.

Die Zahl der Arbeitsstunden hat sich in allen Bauarten erheblich vermindert. Im öffentlichen und Verkehrsbau, der sich insbesondere auf Aufträge der öffentlichen Hand, der Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie auf Aufträge der Bundesbahn und Bundespost stützt, wurden 1990 insgesamt 6,6 Millionen Stunden weniger registriert als 1980 (minus 45 Prozent). Gravierend waren die Einbrüche im Straßenbau und im sonstigen öffentlichen Tiefbau, in denen zusammen eine Minderung von 4,9 Millionen Stunden festzustellen ist (minus 43 Prozent). Im öffentlichen Hochbau sank der Arbeitseinsatz sogar um gut die Hälfte, allerdings fielen hier nur sechs Prozent aller Arbeitsstunden im Hochbau an. Demzufolge waren die Aktivitäten in diesem Sektor nicht in dem Maße entwicklungsbestimmend.

1) „Bauindustrie aktuell“. Trends und Daten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V., Ausgabe 9/86, Seite 3.

Tabelle 5 **Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hamburg 1980, 1985 und 1990 nach Bauarten**

Bauart	1990		1985		1980		Veränderung		
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1990	1990	1985
							gegen- über 1980	gegen- über 1985	gegen- über 1980
							%		
Wohnungsbau	5 325	20,4	5 945	22,9	11 129	26,7	- 52,2	- 10,4	- 46,6
Gewerblicher und industrieller Bau	12 704	48,7	11 074	42,6	15 846	38,1	- 19,8	+ 14,7	- 30,1
davon im Hochbau	10 121	38,8	8 212	31,6	12 171	29,3	- 16,8	+ 23,2	- 32,5
Tiefbau	2 583	9,9	2 862	11,0	3 675	8,8	- 29,7	- 9,7	- 22,1
Öffentlicher und Verkehrsbau	8 033	30,8	8 963	34,5	14 634	35,2	- 45,1	- 10,4	- 38,8
davon im Hochbau	1 599	6,1	1 787	6,9	3 320	8,0	- 51,8	- 10,5	- 46,2
Straßenbau	2 308	8,9	2 460	9,5	3 710	8,9	- 37,8	- 6,2	- 33,7
Sonstigen Tiefbau	4 126	15,8	4 716	18,2	7 604	18,3	- 45,7	- 12,5	- 38,0
Arbeitsstunden insgesamt	26 062	100	25 982	100	41 609	100	- 37,4	+ 0,3	- 37,6

1) Aus der monatlichen Berichterstattung nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet

Die meisten Arbeitsstunden wurden 1990 im gewerblichen und industriellen Bau geleistet. Von gut 13 Millionen Stunden – dies sind 49 Prozent der geleisteten Arbeitsstunden insgesamt – wurden fast vier Fünftel im Hochbau erbracht. In diesem Teilbereich konnte der Arbeitseinsatz beträchtlich gesteigert werden (plus 23 Prozent). Dadurch stieg der Anteil des Hochbaus innerhalb des Bauhauptgewerbes um zehn Prozentpunkte auf 39 Prozent (1980: 29 Prozent). An zweiter Stelle stand der öffentliche und Verkehrsbau. Auf diesen Bereich entfiel fast ein Drittel der Arbeitsstunden, der größte Teil davon auf den sonstigen Tiefbau. 5,3 Millionen Stunden wurden im Wohnungsbau registriert. Hier ist der Arbeitseinsatz überdurchschnittlich gesunken, was einer Anteilsverringerung gegenüber 1980 um sechs Prozentpunkte auf 20 Prozent zur Folge hatte.

Aus der Entwicklung des Arbeitseinsatzes lassen sich allerdings keine direkten Rückschlüsse auf die Arbeitsproduktivität ableiten, da zur Verminderung der Stundenzahl auch der Einsatz arbeitssparender Geräte und moderner Bautechniken beigetragen haben. Die technische Entwicklung der Baugeräte ist darauf ausgerichtet, menschliche Arbeitskraft weitgehend zu ersetzen und die noch zu leistende ergebiger zu machen. In die gleiche Richtung zielt die Entwicklung moderner Bauweisen. Im Rahmen der Arbeitsteilung wurden zunehmend Arbeiten von anderen Bereichen der Wirtschaft erbracht. So werden im Fertigteilbau geschoßhohe und raumbreite Außen- und Innenwände und eine Vielzahl anderer vorgefertigter Bauelemente in großen Serien hergestellt. In all diesen Fällen beschränkt sich die Arbeit auf der Baustelle für das Bauhauptgewerbe zunehmend auf reine Montage. Insgesamt sind durch die technische Entwicklung etliche, viel Personal erfordernde Arbeitsgänge weggefallen.

... und verstärkter Maschineneinsatz

Die jeweils zum Ende Juni durchgeführte Erhebung über die Baugeräteausstattung erlaubt einen Einblick in die bei den Betrieben vorhandenen Gerätekapazitäten (erfaßt werden die Geräte, die sich im Eigentum der Betriebe befinden, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der gemieteten Aggregate), allerdings ohne Berücksichtigung von Zustand, Alter und Auslastung der Baugeräte. Gleichwohl geben Art und Umfang der maschinellen Ausstattung einen Hinweis auf die zunehmende Mechanisierung zum Ausgleich des Personalabbaus und der Arbeitszeitverkürzungen.

Wenn sich auch durch reine Mengenänderungen in der Geräteausstattung keine unmittelbaren Aussagen über effektive Leistungsverbesserungen von Maschinen ableiten lassen, so zeigen die Veränderungen bei einigen Positionen doch recht deutlich, bei welchen Arbeitsvorgängen zumindest theoretisch menschliche Arbeitskraft durch technische Geräte ersetzt worden ist. Im Jahr 1990 wurden über 220 Hydraulikbagger auf Raupen gemeldet, dies sind rund ein Drittel mehr als 1980, während sich der Bestand an – technisch veralteten – Seilbaggern reduzierte (minus 45 Prozent). Verstärkt eingesetzt werden ferner Lastkraftwagen, Zugmaschinen mit Ladeflächen für aufwendigere Transporte sowie Ladergeräte mit unterschiedlichen Schaufelkapazitäten, Baggerlader, Vibrationswalzen sowie Straßenhobel, die auf den Baustellen des Tiefbaus Verwendung finden. Bei einigen Geräten ist ein Rückgang zu verzeichnen. Dies ist damit zu erklären, daß veraltete Maschinen zugunsten anderer leistungsfähiger Geräte ersetzt wurden. Besonders deutlich wird dies bei den Lastkraftwagen, deren Gesamtzahl sich zwar verminderte, während sich die Anzahl der

Fahrzeuge mit höherer Nutzlast gleichzeitig vergrößerte. Eine Reduktion ist auch bei den Maschinen zur Betonverarbeitung festzustellen. Der Grund ist die zunehmende Verwendung von sogenanntem Transportbeton, der – industriell hergestellt – fertig zu bestimmten Terminen an die Baustellen gefahren wird. Eine weitere Ursache für den Rückgang ist in Teilbereichen die Verwendung vorgefertigter Bauteile aus Beton, vor allem in Nichtwohngebäuden.

Umsätze am höchsten im gewerblichen und industriellen Hochbau

Nach den rezessionsbedingten Einbrüchen Mitte der 80er Jahre haben sich die Umsätze im Bauhauptgewerbe von 1985 bis 1990 wieder um fast die Hälfte auf 3,8 Milliarden DM erhöht. Dieser Erlösanstieg ist jedoch verhältnismäßig stark von Preissteigerungen beeinflusst und stellt somit nicht den realen Wertzuwachs dar.

Allerdings ist das Umsatzwachstum allein auf den gewerblichen und industriellen Bau zurückzuführen. Hier sind die Erlöse von 1980 bis 1990 um 55 Prozent auf 2,1 Milliarden DM angewachsen. Dabei erreichte der gewerbliche Hochbau sogar eine Wachstumsrate von 60 Prozent. Dieser Bereich stellte mit 1,7 Milliarden DM gut 45 Prozent des Gesamtumsatzes im Bauhauptgewerbe (1980: 31 Prozent).

Im öffentlichen und Verkehrsbau wurde, hauptsächlich durch die stark negative Entwicklung im sonstigen Tiefbau, zwischen 1980 und 1985 eine Erlösschmälerung registriert (minus 13 Prozent), wodurch der Anteil von 37 Prozent (1980) auf 30 Prozent im Jahr 1990 gesunken ist. Trotz dieses Rückgangs liegt der öffentliche und Verkehrsbau nach wie vor an zweiter Stelle. Die stärksten Verluste wurden im Wohnungsbau verzeichnet: Die Erlöse vermin-

Tabelle 6 **Baugewerblicher Umsatz¹⁾ im Bauhauptgewerbe²⁾ in Hamburg 1980, 1985 und 1990 nach Bauarten**

Bauart	1990		1985		1980		Veränderung		
	Mio. DM	%	Mio. DM	%	Mio. DM	%	1990	1990	1985
							gegenüber 1980	gegenüber 1985	gegenüber 1980
							%		
Wohnungsbau	592,4	15,4	529,6	20,3	870,6	24,6	- 32,0	+ 11,9	- 39,2
Gewerblicher und industrieller Bau	2 106,7	54,9	1 084,5	41,6	1 361,2	38,5	+ 54,8	+ 94,2	- 20,3
davon im Hochbau	1 730,3	45,1	802,2	30,8	1 081,6	30,6	+ 60,0	+115,7	- 25,8
Tiefbau	376,4	9,8	282,4	10,8	279,6	7,9	+ 34,6	+ 33,3	+ 1,0
Öffentlicher und Verkehrsbau	1 140,8	29,7	992,4	38,1	1 307,5	36,9	- 12,8	+ 14,9	- 24,1
davon im Hochbau	242,5	6,3	190,0	7,3	250,0	7,1	- 3,0	+ 27,6	- 24,0
Straßenbau	335,0	8,7	307,4	11,8	353,6	10,0	- 5,3	+ 9,0	- 13,1
Sonstigen Tiefbau	563,3	14,7	495,0	19,0	703,9	19,9	- 20,0	+ 13,8	- 29,7
Baugewerblicher Umsatz insgesamt	3 839,9	100	2 606,6	100	3 539,3	100	+ 8,5	+ 47,3	- 26,4

1) Ohne Umsatzsteuer

2) Aus der monatlichen Berichterstattung nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet.

Tabelle 7 **Baugewerblicher Umsatz¹⁾ im Bauhauptgewerbe²⁾ in Hamburg 1980, 1985 und 1989 nach Beschäftigtengrößenklassen**

Betriebe mit ... Beschäftigten	1989		1985		1980		Veränderung		
	Mio.DM	%	Mio.DM	%	Mio.DM	%	1989	1989	1985
							gegen- über 1980	gegen- über 1985	gegen- über 1980
- Baugewerblicher Umsatz -									
1 bis 19	726,0	21,9	504,5	19,0	605,9	18,0	+ 19,8	+ 43,9	- 16,7
20 " 49	413,3	12,5	348,8	13,1	590,0	17,5	- 30,0	+ 18,5	- 40,9
50 " 99	597,4	18,0	467,4	17,6	533,7	15,8	+ 11,9	+ 27,8	- 12,4
100 " 199	585,5	17,7	565,0	21,2	814,4	24,1	- 28,1	+ 3,6	- 30,6
200 und mehr	987,5	29,8	774,6	29,1	830,0	24,6	+ 19,0	+ 27,5	- 6,7
Betriebe insgesamt	3 309,7	100	2 660,4	100	3 374,0	100	- 1,9	+ 24,4	- 21,2
- Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten in DM -									
1 bis 19	135 447		93 851		110 893		+ 22,1	+ 44,3	- 15,4
20 " 49	132 927		118 321		119 553		+ 11,2	+ 12,3	- 1,0
50 " 99	166 917		119 784		102 477		+ 62,9	+ 39,3	+ 16,9
100 " 199	134 165		106 432		100 146		+ 34,0	+ 26,1	+ 6,3
200 und mehr	226 707		160 067		100 748		+125,0	+ 41,6	+ 58,9
Betriebe insgesamt	159 365		118 904		105 512		+ 51,0	+ 34,0	+ 12,7

1) Ohne Umsatzsteuer

2) Ergebnisse der Totalerhebungen, jeweils Ende Juni.

derten sich hier um fast ein Drittel infolge des überaus starken Einbruchs in der ersten Berichtsperiode; der Anteil am Gesamtumsatz fiel dadurch von 25 Prozent (1980) auf etwas über 15 Prozent im Jahr 1990.

50 Prozent Umsatzsteigerung je Beschäftigten

Interessante Aufschlüsse ergeben sich, wenn der baugewerbliche Umsatz nach der Größe der Betriebe differenziert wird. Für die Umsatzbetrachtung nach Betriebsgrößenklassen liegen allerdings aus der Jahrerhebung 1990 die Umsatzwerte nur vom Jahr 1989 vor. Gleichwohl scheinen sie durchaus geeignet, um Schwerpunktveränderungen darzustellen, wenngleich für 1990 nochmals ein beträchtlicher Umsatzanstieg zu verzeichnen ist.

Betrachtet man den gesamten Zeitraum von 1980 bis 1989, so wurde die größte Umsatzzunahme (plus 20 Prozent) bei den Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten registriert. Dadurch hat sich der Anteil dieser Betriebsgrößenklasse am Gesamtumsatz um vier Prozentpunkte auf fast 22 Prozent erhöht.

Fast die gleiche Umsatzsteigerung (plus 19 Prozent) erzielten die Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten, die ihren Umsatzanteil von knapp 25 Prozent (1980) auf 30 Prozent im Jahr 1989 ausgeweitet haben. Bei den mittleren Betriebsgrößen sind dagegen zum Teil Erlösschmälerungen zu verzeichnen.

Interessant ist die Betrachtung der Umsätze je Beschäftigten. Im gesamten Bauhauptgewerbe wurden 1989 von einem Beschäftigten gut 50 Prozent höhere Umsätze erzielt als vor zehn Jahren. Diese Entwicklung spie-

gelt deutlich wider, welche Rolle Mechanisierung und Modernisierung der Bautätigkeit für die Produktivität und damit für die Umsatzleistung gespielt haben. Die größten Fortschritte machten hier die größeren Betriebe; sie waren offenbar in der Lage, den technischen Fortschritt im Bauhauptgewerbe optimal zu nutzen. So konnten die Firmen mit 50 bis unter 100 Beschäftigten und die Großbetriebe ab 200 Mitarbeiter den baugewerblichen Umsatz je tätige Person um 63 Prozent beziehungsweise 125 Prozent beträchtlich erhöhen. Die Kleinbetriebe konnten ihre Umsätze je Beschäftigten dagegen nur geringfügig erweitern. Dies hängt sicherlich damit zusammen, daß das für die laufende Steigerung des Mechanisierungsgrades erforderliche Investitionsvermögen von Betrieben dieser Größenklassen nicht in gleichem Ausmaß aufgebracht werden kann.

Johannes Marx

Der Beitrag der Städte zum Aufbau der Kommunalfinanzstatistik

Anlässlich des 100jährigen Jubiläums des „Statistischen Jahrbuchs Deutscher Gemeinden“ – bis zum 28. Jahrgang (1933) „Statistisches Jahrbuch deutscher Städte“ – wird im folgenden der Frage nachgegangen, welche Rolle die deutschen Städtestatistiker bei der Entstehung der vergleichenden Kommunalfinanzstatistik gespielt haben und inwieweit sie zu der Entwicklung einer einheitlichen amtlichen Kommunalfinanzstatistik beigetragen haben. Im Rahmen dieses Beitrags kann nur versucht werden, institutionelle Entwicklungsstadien zu verfolgen und einige methodische Schwerpunkte zu skizzieren.

Einführung

Das mit der Industrialisierung verbundene rasche Wachstum der großen Städte führte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Gründung städtischer statistischer Ämter, im damaligen Sprachgebrauch als „statistische Bureaux“ bezeichnet. In Deutschland entstanden allein in der Zeit von 1861 bis 1875 in elf Großstädten derartige Einrichtungen der amtlichen Statistik. Zu nennen sind Bremen (1861), Berlin (1862), Frankfurt am Main (1865), Hamburg (1866), Leipzig (1867), Altona und Lübeck (1871), Breslau und Chemnitz (1873), Dresden (1874) und München (1875) [1]¹⁾. Bis 1903 hatte sich die Zahl der städtestatistischen Ämter auf 31 erhöht.

Hinsichtlich der drei Hansestädte – Hamburg, Bremen und Lübeck – ist zu berücksichtigen, daß sie zugleich Staaten waren, das heißt, ihre statistischen Ämter nahmen auch Aufgaben der „staatlichen Statistik“ wahr; dies dürfte der Grund dafür sein, daß das Statistische Amt Bremen sich noch 1879 ausdrücklich nicht als städtisch betrachtete [2].

Die Initiative zur Gründung der städtestatistischen Ämter, deren Leitung in der Regel wissenschaftlich ausgebildeten Fachleuten übertragen wurde, ging nicht von übergeordneten staatlichen Instanzen aus, sondern entstand im Rahmen der Selbstverwaltung der Städte. Zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben und Verpflichtungen benötigten die städtischen Selbstverwaltungsorgane in zunehmendem Maße zuverlässiges statistisches Material über die Struktur

und Entwicklung ihres Gemeinwesens sowie vergleichbarer Gebietskörperschaften.

Das Ziel einer vergleichenden Städtestatistik sowie der Wunsch nach einem Gedankenaustausch über praktische und methodische Probleme der Städtestatistik führten schon frühzeitig zu regelmäßigen Zusammenkünften, den sogenannten „Conferenzen der Directoren der statistischen Bureaux deutscher Städte“; die spätere Bezeichnung „Verband der deutschen Städtestatistiker“ (1903) änderte nichts an der Aufgabenstellung, die von Anfang an in der Förderung der Städtestatistik gesehen wurde.

„Finanzstatistische Hauptübersicht“ als ein wesentliches Ziel kommunalstatistischer Kooperation

Bereits in der ersten „Conferenz“ bestand Einvernehmen darüber, daß die Finanzstatistik ein wesentlicher Bereich der vergleichenden Städtestatistik sei und daß „ungeachtet der großen Schwierigkeiten... die einschlägigen Arbeiten sorgfältig fortgesetzt werden“ sollten. Auf den beiden folgenden Conferenzen (1885 in Dresden und 1886 in München) wurde dann die Herausgabe eines „Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte“ beschlossen und die darin zu behandelnden „Materien“ festgelegt. Zu ihnen gehört der „Stadthaushalt“. Damit war das Ziel festgelegt: Die sogenannte finanzstatistische Hauptübersicht, das heißt eine tabellarische Übersicht, in der die gesamten Einnahmen und Ausgaben der beteiligten Städte nach einheitlichen Kriterien gegliedert und damit vergleichbar dargestellt sind.

Mit welchen Schwierigkeiten sich die Städtestatistiker gerade in dieser Frage konfrontiert sahen und wie hoch die von ihnen geleistete Pionierarbeit zu bewerten ist, wird deutlich, wenn man sich folgendes vergegenwärtigt:

– Als sekundäre Statistik [3] basiert die Finanzstatistik auf Daten, die von den Finanzressorts „bereitgestellt werden“. Es liegt nahe, daß diese in den Anfängen der Finanzstatistik bei der Aufstellung von Zahlenübersichten wie Haushaltsplänen und -rechnungen, Vermögens- und Schuldennachweisen kaum Rück-

sicht auf eine spätere statistische Auswertung nahmen, insbesondere nicht im Hinblick auf eine „interkommunale“ Vergleichbarkeit.

– Die damalige staatsrechtliche Struktur des Deutschen Reichs war geprägt durch die weitgehende Souveränität der „Bundesmitglieder“. Das bedeutete notwendigerweise auch Unterschiede in den einzelstaatlichen Finanzverfassungen.

Kommunalstatistische Datenlage auf der Ebene des Reichs und der Bundesstaaten

Seit 1872 bestand zwar ein „Kaiserliches Statistisches Amt“ als Teil des Innenressorts, das von ihm erstmals 1880 herausgegebene „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ enthält jedoch nur finanzstatistische Daten über den „Reichshaushalt-Etat“; es fehlen Angaben über die Finanzwirtschaft der Einzelstaaten und der Gemeinden im Reichsgebiet, das heißt über die beiden Haushaltsebenen, auf denen ganz überwiegend die öffentlichen Aufgaben wahrgenommen wurden: Nach einer Schätzung von Häuser [4] entfielen in der Zeit zwischen 1900 und 1914 etwa 70 Prozent der im öffentlichen Bereich bewegten Finanzmassen (unbereinigte Bruttoausgaben) auf die Einzelstaaten und die Gemeinden, wobei letzteren mit 40 Prozent der weitaus größte Anteil zuzurechnen ist.

Im Gegensatz zur Reichsstatistik gab es in den meisten Bundesstaaten statistische Veröffentlichungen über die Kommunalfinanzanzen des jeweiligen Territoriums. Ihre Anfänge reichen bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Publizität des Finanzbereichs erst mit dem Verfassungsstaat – und zwar als einer seiner wesentlichen Elemente – selbstverständliche Verwaltungspraxis geworden ist. Das verfügbare Datenmaterial der bundesstaatlichen Kommunalfinanzstatistik war jedoch wegen großer Unterschiede in der inhaltlichen Ausgestaltung und methodischen Qualität für einen „grenzüberschreitenden“ Städtevergleich wenig geeignet.

In diesem Zusammenhang sind einige Anmerkungen zu der besonderen finanzstatistischen Problematik der Stadtstaaten erforderlich. Dabei ihnen – allenfalls in Teilbe-

1) Zahlen siehe Quellen und Anmerkungen am Ende dieses Berichts.

reichen – eine Trennung von staatlicher und kommunaler Aufgabenerfüllung erfolgt, war und ist auch gegenwärtig noch eine Zuordnung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen nicht möglich. So bestand unter den Städtestatistikern von Anfang an Einvernehmen darüber, daß die Hansestädte bei einem finanzstatistischen Städtevergleich ausgeklammert bleiben müßten. Die Hansestädte hatten jedoch für die Vereinigung der deutschen Städtestatistiker eine wichtige „Brückenfunktion“ zur Reichsstatistik und zur staatlichen Statistik, in die sie als Bundesstaaten einbezogen waren. Die Stadtstaaten konnten in den entsprechenden Gremien städtestatistische Interessen vertreten und ermöglichten zugleich den Finanzstatistikern der übrigen Städte den Zugang zu Informationen aus diesem Bereich der amtlichen Statistik. Dies war um so wichtiger, als es um die Außenkontakte der Städtestatistik, insbesondere zum Kaiserlichen Statistischen Amt, offensichtlich längere Zeit nicht zum besten bestellt war. Dabei waren neben formalen Überlegungen zweifellos auch politisch-atmosphärische Gegensätze wirksam: Die Städtestatistiker waren zugleich Repräsentanten der kommunalen Selbstverwaltung, in der gerade in den Großstädten das liberale Bürgertum dominierte; die kaiserliche Verwaltung war demgegenüber weitgehend von konservativ-obrigkeitsstaatlichen Leitbildern geprägt.

Hindernisse auf dem Weg zur „Hauptübersicht“

Wegen der dargestellten ungünstigen Datenlage bei der Reichs- und der Staatenstatistik kamen als Grundlage für die vergleichende Kommunalfinanzstatistik nur Umfragen bei den Statistischen Ämtern der Städte in Betracht. Angesichts der im Falle der „Hauptübersicht“ zu erwartenden besonderen methodischen Probleme und der erheblichen Arbeitsbelastung (für die „nebenamtlichen“ Bearbeiter), entschied sich die Mehrheit der Städtestatistiker dafür, das Schwergewicht der finanzstatistischen Aktivitäten zunächst auf die monographische Darstellung einzelner Verwaltungszeile und finanzwirtschaftlicher Teilbereiche zu legen und erst später – darauf aufbauend – eine zusammenfassende Gesamtdarstellung in Angriff zu nehmen.

Ein weiteres Motiv für eine zeitliche Verschiebung der „Hauptübersicht“ mag die Überlegung gewesen sein, daß örtliche Einzelergebnisse „zuweilen eine unerwartete und nicht immer erwünschte Beleuchtung“ erhalten, wenn sie „in Reih und Glied, verglichen mit den Ergebnissen anderer Städte“, dargestellt werden [5].

Demgemäß enthalten – bis zum 17. Jahrgang – zahlreiche Abschnitte des Jahrbuchs (Hoch- und Tiefbau, Schul- und Wohlfahrtswesen) ergänzende finanzielle Angaben; hinzu kommen Abhandlungen

über finanzwirtschaftliche Teilbereiche: Bereits im zweiten Jahrgang ist ein Kapitel den Gemeindesteuern gewidmet, der achte Jahrgang enthält eine umfangreiche Darstellung des städtischen Schuldenwesens. Ein einheitliches finanzstatistisches Grundmuster ist bei diesen Monographien allerdings nicht erkennbar.

Der von einem Mitglied der Vereinigung der deutschen Städtestatistiker – im Einvernehmen mit deren Finanzkommission – schon relativ früh unternommene erste Versuch, durch eine Umfrage bei den statistischen Ämtern von zehn ausgewählten Städten, dem Ziel einer finanzstatistischen Hauptübersicht näher zu kommen, hatte keinen nennenswerten Fortschritt gebracht. Die nach jahrelanger Arbeit 1895 vorgelegten Ergebnisse waren insgesamt gesehen nicht überzeugend und bestärkten eher die Skeptiker, die die Realisierung der Hauptübersicht für unmöglich hielten, „solange ein zielbewußtes und aktives Zusammenarbeiten der wissenschaftlichen Statistik mit der praktischen Verwaltung fehlt“ [6].

Deutscher Städtetag fördert erste „Hauptübersicht“

Im Jahr 1909 gelang es schließlich, diese Voraussetzung weitgehend zu schaffen: In Verhandlungen zwischen dem Deutschen Städtetag und dem Verband der deutschen Städtestatistiker brachte der Städtetag den „Wunsch gerade auf Schaffung einer vergleichenden Statistik des Gemeindehaushalts für eine größere Reihe von Städten aufgrund von summarischen finanziellen Hauptübersichten besonders nachhaltig zum Ausdruck“ und sagte seine Unterstützung zu [7].

Die Finanzkommission des Verbandes – erweitert um Deputierte des Städtetages – erarbeitete daraufhin in kurzer Zeit einen Fragebogen, der die Zustimmung der zuständigen Städtetagskommission und der Verbandskonferenz fand und noch in demselben Jahr an die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern versandt wurde.

Die Angaben, die 60 Städte aus ihren Rechnungsabschlüssen für 1908 mitteilten, bildeten die Grundlage für die erste „finanzstatistische Hauptübersicht“; ihre Fertigstellung nahm mehr als zweieinhalb Jahre in Anspruch, die Veröffentlichung erfolgte 1912 im 18. Jahrgang des Jahrbuchs. In der „Vorbemerkung“ betonten die Verfasser, Heinrich Bleicher (Frankfurt am Main) und Otto Most (Düsseldorf), daß es sich dabei um einen ersten, trotz schwerer Bedenken unternommenen Versuch handele; bei der Bearbeitung des Zahlenmaterials habe die Verschiedenheit des Städterechts die größten Schwierigkeiten bereitet; dieses grundsätzliche Problem sei ohne „einheitlichere Gestaltung des städtischen Etat- und Rechnungswesens“ nicht zu lösen [7].

Für die Jahre 1911 und 1912 wurde die Umfrage in weitgehend unveränderter Form

wiederholt, die Ergebnisse wurden im 20. Jahrgang (1914) und im 21. Jahrgang (1916) veröffentlicht. Die Zahl der sich beteiligenden Städte stieg zunächst noch auf 70 an, ging dann aber – bedingt durch den Kriegsausbruch – auf 49 zurück. In der „finanzstatistischen Hauptübersicht für 1908“ waren ausschließlich absolute Zahlen wiedergegeben worden, der Bearbeiter der darauf folgenden beiden Tabellenwerke, E. Kieseritzky (Breslau), die nun nur noch schlicht als „Finanzübersichten“ bezeichnet wurden, fügte bereits in gewissem Umfang Verhältniszahlen hinzu. Ihre Problematik wird insbesondere in der „Einführung“ zur Finanzübersicht von 1911 ausführlich erörtert.

Wiederbeginn nach dem Krieg unter veränderten Rahmenbedingungen

Nach dem Ersten Weltkrieg setzte der Verband den mit den ersten drei „Finanzübersichten“ eingeschlagenen Weg fort. Mit Karl Seutemann (Hannover) wurde dieser Aufgabenbereich 1921 einem Städtestatistiker übertragen, der schon seit 1908 zu den Mitherausgebern des „Jahrbuchs“ gehörte und durch Veröffentlichungen zur Kommunalstatistik aber auch zu wissenschaftlichen Grundsatzfragen der Statistik hervorgetreten war.

Zur Vorbereitung künftiger Finanzübersichten wurden Fragebogen und „Veröffentlichungstabellen“ bearbeitet, und zwar in Abstimmung nicht nur mit dem Städtetag, sondern bemerkenswerterweise auch mit dem Statistischen Reichsamte.

In diesem Zusammenhang muß man sich vergegenwärtigen, welche tiefgreifende Veränderung der „Finanzverfassung“ gegenüber dem Kaiserreich inzwischen eingetreten war. Mit der Weimarer Reichsverfassung sowie einer Reihe grundlegender Finanz- und Steuergesetze (Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung, Reichsabgabenordnung, Landessteuergesetz) war der eindeutige Vorrang des Reichs im öffentlichen Finanzwesen festgeschrieben worden. Als Folge dieser „Umwälzung“ der Finanzverfassung, insbesondere durch die sogenannte „Verreichlichung“ der Einkommensbesteuerung, wurde ein umfangreiches Überweisungssystem erforderlich, mit dem die Länder und Gemeinden an den „Reichssteuern“ beteiligt und in die Lage versetzt wurden, die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen.

Als Entscheidungsgrundlage für einen derartigen Finanzausgleich und für steuerpolitische Maßnahmen des Reichs war eine umfassende Finanzstatistik erforderlich. Nachdem im Jahr 1925 im Zusammenhang mit der Reform der bisherigen Ausgleichsregelung die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen waren, begann der Aufbau der Reichsfinanzstatistik. Dabei war ein enormes Arbeitsprogramm zu bewältigen [8]:

- Im Hinblick auf die angestrebte Vollständigkeit erstreckten sich die Erhebungen auf die Rechnungsergebnisse, die Ausgabe- und Einnahmewirtschaft sowie den Schulden- und Personalstand des Reichs, der einzelnen Länder und Gemeindeverbände sowie jeder einzelnen Gemeinde,
- zur Gewährleistung der Einheitlichkeit wurden die Rechnungsergebnisse der Finanzwirtschaft jeder einzelnen Gebietskörperschaft auf einheitliche Erhebungsbögen übertragen, deren Bearbeitung nach einheitlichen Richtlinien von den statistischen Zentralen der Länder und vom Statistischen Reichsamt vorgenommen wurde.

Die auch den Kommunalbereich einbeziehenden Erhebungen für die neue Reichsfinanzstatistik waren somit bereits angelauten als 1927 im 22. Jahrgang, erstmals nach dem Krieg, wiederum ein Statistisches Jahrbuch deutscher Städte vorgelegt wurde. Trotz der frühzeitigen Vorbereitungen war, bedingt durch die Inflation, ein früherer Start nicht möglich gewesen. Der als erstes Kapitel veröffentlichten „Finanzübersicht“, die 69 Städte umfaßte, lagen Zahlen von 1925 zugrunde, und zwar – in Abweichung von der bisherigen Praxis – die „Voranschläge“; die auf diese Weise erzielte Zeitersparnis von etwa eineinhalb Jahren hatte angesichts des dringenden Bedarfs an aktuellen Zahlen besonderes Gewicht. Neben der Finanzübersicht waren wie bisher finanzstatistische Darstellungen von Teilbereichen, die sogenannten Monographien, im Jahrbuch enthalten. In den folgenden Ausgaben des Jahrbuchs wurde die „Veranschlagungsübersicht“ fortgeführt, wobei die Zahl der angestrebten Städte auf 94 anstieg; der angestrebte „Anschluß“ an die Reichsstatistik war mit den im 25. Jahrgang (1930) veröffentlichten 1929er Zahlen vollzogen.

Das Ende der „klassischen Ära“

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Kommunalfinanzen machten dann die Schwächen einer Finanzübersicht deutlich, die auf Haushaltsvoranschlägen beruht und erheblich an Informationswert verliert, sofern Nachträge unberücksichtigt bleiben. Für 1930 konnte aus diesem Grunde nur eine fragmentarische „Voranschlagsübersicht“ vorgelegt werden. Daraufhin wurde auch der Plan fallen gelassen; zusätzlich zu der vorgesehenen neuen Finanzübersicht aufgrund von Rechnungszahlen der Reichsstatistik eine „vorläufige Finanzübersicht“ aus deren Veranschlagungszahlen zusammenzustellen [9]. Vom 28. Jahrgang des Jahrbuchs (1933) an war man somit wieder zu der traditionellen Grundlage der Finanzübersicht, den „Rechnungszahlen“ zurückgekehrt, allerdings stammte die Datenbasis nun nicht

mehr aus eigenen Erhebungen, sondern wurde vom Statistischen Reichsamt zur Verfügung gestellt.

Die vom Verband getroffene Entscheidung, die eigenen Erhebungen für die Finanzübersicht einzustellen, war zu diesem Zeitpunkt folgerichtig und sachgerecht, denn

- die Reichsfinanzstatistik hatte bei der Vorbereitung ihrer Erhebungen auf den Erkenntnissen und Erfahrungen der Städtestatistiker aufgebaut;
- das Statistische Reichsamt konnte, nachdem hinsichtlich der Erhebung und Aufbereitung kommunalstatistischer Daten Anlaufschwierigkeiten überwunden und insgesamt eine gewisse Konsolidierung eingetreten war, Einzelergebnisse für die Groß- und Mittelstädte in der erforderlichen Untergliederung bereitstellen;
- gewisse, in der Anfangsphase der Reichsstatistik vorhandene methodische „Schwachpunkte“ – insbesondere die übermäßige Detaillierung im Erhebungsschema – waren aufgrund von Vorschlägen des Städtetages und des Verbandes behoben worden [10].

Mit dieser erstmaligen Übernahme von Zahlen der Reichsfinanzstatistik für die Finanzübersicht des Jahrbuchs ist zugleich das Ende einer Ära markiert, in der der „Verband der deutschen Städtestatistiker“ durch die Diskussion in den „Conferenzen“ und durch die Herausgabe des Jahrbuchs weitgehend die Grundlagen für eine einheitliche Kommunalfinanzstatistik gelegt hatte.

Das Ende dieses Zeitabschnitts, der – bezogen auf die gesamte vergleichende Städtestatistik – mit Recht als „klassische Ära“ bezeichnet wird [11], kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich das Jahrbuch in der Folgezeit weitgehend als „Quellenwerk“ darstellt; vorher war es durch methodisch-kritische Darlegungen, Ausführungen zur Entstehungsgeschichte einzelner Statistiken sowie der Vermittlung des „Gesamtbildes“ eines Untersuchungsgegenstandes geprägt worden und hatte dadurch mehr oder weniger auch den Charakter eines Lehrbuchs gehabt [12]. Als „Leitsatz“ für die folgende Phase der vergleichenden Kommunalfinanzstatistik galt nun: „Nutzung der Reichsfinanzstatistik unter gleichzeitiger Einflußnahme auf ihre Ausgestaltung und Aufbereitung“ [13].

Zusammenfassung

Im Rückblick auf die finanzstatistische Arbeit des Verbandes in der „klassischen Ära“ der Städtestatistik sind drei Aspekte besonders eindrucksvoll:

- Die Tatsache, daß die Städtestatistiker durch ihre innerhalb des Kaiserreichs „grenzüberschreitenden“ Aktivitäten nicht nur weitgehend die Voraussetzungen für die spätere einheitliche Kommunalfinanzstatistik geschaffen haben, sondern daß sie darüberhinaus mit ihrer „Grundlagendarbeit“ und ihren langjährigen prakti-

sehen Erfahrungen generell wesentlichen Einfluß auf den Aufbau der zentralisierten Reichsfinanzstatistik in der Weimarer Republik hatten. Die Landesstatistik hatte zwar eine längere Tradition, offensichtlich waren aber die in einem „freien Verband“ zusammenwirkenden Leiter der statistischen Ämter der Großstädte aufgrund ihrer fachlich-personellen Zusammensetzung und des größeren „Freiraumes“ für derartige Aktivitäten am besten in der Lage, diese Pionierarbeit zu bewältigen.

- Die frühzeitige Wahrnehmung grundlegender Probleme, die teils inzwischen längst gelöst sind (zum Beispiel das Erfordernis einheitlicher Gliederungsrichtlinien für die öffentlichen Haushalte), teils aber noch immer aktuell sind, wie zum Beispiel die Frage des unterschiedlichen „Kommunalisierungsgrades“ bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben.
- Der Realitätssinn für die Möglichkeit und Grenzen der vergleichenden Kommunalfinanzstatistik und die kritische Distanz zu den vorgelegten Ergebnissen. So hat insbesondere Seutemann immer wieder in eindringlichen Formulierungen auf gewisse „Wesensmängel“ der Finanzstatistik hingewiesen und betont, daß sich aus ihr nur ein „Gesamtbild in großen Umrissen gewinnen“ lasse [14]. Gerade deshalb „dränge die Gemeindefinanzstatistik“ – wie Most in seiner Abhandlung über die „Gemeindefinanzstatistik in Deutschland“ schon 1908 hervorhebt – „auf ein weitgehendes Hineinsteigen in die tieferen Gründe der Spezialstatistik“ [15].

Diese kritischen Anmerkungen zweier „Gründerväter“ der vergleichenden Finanzstatistik haben auch heute noch weitgehend ihre Gültigkeit, denn sie betreffen in erster Linie nicht die Auswirkungen der seinerzeit noch fehlenden Einheitlichkeit der Haushaltssystematik, sondern beziehen sich vor allem auf Besonderheiten der Basisdaten der Finanzstatistik. Bei ihnen handelt es sich nicht um „natürliche Vorkommnisse oder Tatsachen“ [15] wie Geburten, Todesfälle, Güterproduktionsergebnisse, sondern um Finanzzahlen, die – als sekundärstatistisches Material – dem „Rechnungswesen“ einer Gebietskörperschaft entnommen sind. Diese Finanzzahlen sind im Einzelfall das Ergebnis einer bestimmten Konstellation von Einflußfaktoren, die sich mit modernen Begriffen, wie „Struktur des Bedarfs an öffentlichen Gütern und Diensten“, „finanzielle Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaft“, „Prioritätensetzung im Rahmen der demokratischen Willensbildung“ und „Effizienz der Verwaltung“ annähernd beschreiben lassen.

Ein weiteres methodisches Problem, das den Städtestatistikern von Anfang an bewußt war, ergibt sich daraus, daß die interkommunale Vergleichbarkeit absoluter Finanzzahlen zumeist nur mit Hilfe des „gemeinsamen Nenners“ der Einwohnerzahl erreicht werden kann. Bei der Ermittlung der entsprechenden Pro-Kopf-Zahlen wer-

den somit Größen in Beziehung gesetzt, zwischen denen nur ein mehr oder weniger eingeschränkter sachlogischer Zusammenhang besteht [16]. Dieser Umstand relativiert notwendigerweise den Informationswert der entsprechenden finanzstatistischen Kennzahlen.

In der Einführung zu der „Finanzübersicht nach der Rechnung von 1930“, also am Ende der „klassischen Ära“, wird vor dem „falschen Glauben“ gewarnt, „als ob eine Finanzübersicht der einzelnen Städte jemals mehr als allgemeine Beurteilungswerte und allenfalls Ansätze und Ausgangspunkte zu besonderer örtlich vergleichender Untersuchung bieten könnte“ [17]. Diese Warnung ist heute, rund 60 Jahre später, noch aktuell und gilt allgemein für den Umgang mit finanzstatistischen Kennzahlen, insbesondere wenn sie für den Vergleich unter-

schiedlicher Gebietskörperschaften verwendet werden. Horst Schüller

Quellen und Anmerkungen

- [1] Morgenroth, Wilhelm: Die Gemeindestatistik in Deutschland. In: Beiträge zur deutschen Statistik, Leipzig 1936, S. 106.
- [2] Korherr, Richard: Geschichte der Kommunalstatistik. In: Die deutsche Kommunalstatistik, Stuttgart und Berlin 1938, S. 41.
- [3] Dieser heute geläufige Begriff wurde erstmals von G. Mayr verwendet in: Statistik und Gesellschaftslehre; I. Band, Freiburg 1895.
- [4] Häuser, Karl: Abriss der geschichtlichen Entwicklung der Finanzwirtschaft. In: Handbuch der Finanzwirtschaft, Band I, 3. Auflage, Tübingen 1977, S. 48.
- [5] Seutemann, Karl: Einleitung zur Finanzübersicht. In: Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, 22. Jahrgang (1927) S. 1.
- [6] Most, Otto: Die Gemeindefinanzstatistik in Deutschland. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, 127. Band, 2. Teil, Leipzig 1910, S. 126.
- [7] Bleicher, Heinrich; Most, Otto: Einleitung zur Finanzstatistischen Hauptübersicht für das Jahr 1908. In: Statistisches

- [8] Jahrbuch deutscher Städte, 18. Jahrgang (1912), S. 641. Herausgeber: Statistisches Reichsamt, Der Finanzausgleich im Deutschen Reich, Teil I. In: Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 16, Berlin 1931, S. 13.
- [9] Seutemann, Karl: Einleitung zur Finanzübersicht. In: Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, 28. Jahrgang (1933), S. 189.
- [10] Rechtsgrundlage war die „Verordnung über die Finanzstatistik“ vom 28. Februar 1931.
- [11] Reuss, Paul: 1865-1965, Hundert Jahre Statistisches Amt. Frankfurt am Main. Auszugsweise abgedruckt in: Verband Deutscher Städtestatistiker, Städtestatistik und Stadtforschung, Hamburg 1979, S. 27.
- [12] Buhrow, Kurt: Geschichte des Jahrbuchs Deutscher Gemeinden. In: Städtestatistik in Verwaltung und Wissenschaft, Berlin 1950, S. 343.
- [13] Rübhel, Gustav: Gemeindefinanzstatistik und stadtstatistische Arbeit. In: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 40. Jahrgang (1952), S. 4.
- [14] Seutemann, Karl: Einleitung zur Finanzübersicht. In: Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, 23. Jahrgang (1923), S. 294.
- [15] Most, Otto: a.a.O., S. 15.
- [16] Maas, Bernd: Finanzstatistische Kennzahlen für Kommunalhaushalte. In: Statistische Monatshefte Niedersachsen, 3/91, S. 90; in diesem Aufsatz werden finanzstatistische Indikatoren dargestellt und kritisch kommentiert.
- [17] Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, 28. Jahrgang (1933), S. 189.



Bildschirmtext

Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt Hamburg bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext**

(Btx) an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen. Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Gemein-

schaftsprogramm der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 040 36 5038 oder über die Mitteilungsseite * 36 5029 # möglich.



3. Statistische Analyse von Hamburgs Sozialstruktur

V. Ein Beitrag zur Statistik der Löhne und Preise.

Den Besuchern der Wiener Weltausstellung werden die Fabrikate, Stöcke, Fischbein, Rohr und Hartgummi der Hamburgischen Firma H. C. Meyer jr., und namentlich der monumentale Aufbau mit der 4 Meter hohen aus einem Stück Hartgummi bestehenden Säule in der Rotunde in Erinnerung geblieben sein. Diese vor nahezu sechszig Jahren in Hamburg begründete Fabrik hat sich aus unscheinbaren Anfängen derartig entwickelt, dass zur Ausstellungszeit ausser der ursprünglichen Hamburgischen Fabrik in Harburg 3, in Augsburg 1 und in Singapore 1, zusammen 6 Etablissements in Thätigkeit waren, im welchem über 1,100 Arbeiter beschäftigt waren.

Ueber die Auslöhnungen sind durchgehends genaue Aufzeichnungen gemacht, welche den Wochlohn und Stücklohn, das Alter der Arbeiter, die Art der Beschäftigung derselben und die Zeit der wirklichen Arbeitsthatigkeit im Jahr unterscheiden lassen. Die eingetretene Steigerung der Lohnsätze lässt sich also aus diesem Material thunlichst genau feststellen. Es werden überhaupt Verhältnisse der Lohnsätze vorzugsweise aus den Resultaten dieser Fabrik beurtheilen lassen, da dieselbe sehr verschiedene Beschäftigungen in sich vereinigt, und durch das patriarchalische Verhältniss, welches sich zwischen den Besitzern und den Arbeitern herausgebildet hat, eine verhältnissmässige grosse Anzahl von Arbeitern der Fabrik recht lange Zeit angehört hat.

Die jetzigen Inhaber der hiesigen Fabrik, welche den Verhältnissen der Arbeiterfamilien insbesondere auch der Frage der Arbeiterwohnungen grosse Aufmerksamkeit zuwenden, wünschten constatirt zu sehen, ob im Laufe des Bestandes der hiesigen Fabrik, welche zur Zeit etwa 600 Arbeiter (keine Frauen und keine Kinder unter 14 Jahren) beschäftigt, die Löhne, welche den Bedürfnissen entsprechend allmählich erhöht sind, in einem den Miethen und den Preisen der hauptsächlichsten Lebensbedürfnisse analogen Verhältnissen gewachsen seien. Auf Rath des statistischen Bureaus, haben die Fabrikbesitzer durch einen in statistischen Auszügen geübten Arbeiter, zunächst für die Jahre 1830, 1840, 1850, 1860, 1870 und 1875 nach den Lohn und Arbeitsbüchern für jedes Jahr für eine Anzahl der Arbeiter in den verschiedenen Arbeitszweigen und von verschiedenem Alter den Jahresverdienst feststellen lassen. Die Auswahl der Arbeiter geschah unter dem Beirath des Fabrikdirectors, wobei vorzugsweise auf solche Personen Rücksicht genommen wurde, welche thunlichst lange Jahre der Fabrik angehört haben, bei welchen keine ungewöhnliche Unterbrechung

der Arbeitszeit durch Krankheit oder Feiern vorgekommen ist, und deren Arbeitsleistung überhaupt als eine thunlichst normale anzusehen war. In dieser Weise sind im Ganzen für 1226 Personen die Individualverhältnisse auf Zählkarten übertragen. Diese Zählkarten waren durchgehends für ein Arbeitsjahr bestimmt, wenn derselbe Arbeiter in mehreren der oben angegebenen Jahre in der Fabrik beschäftigt war, was allerdings bei verhältnissmässig vielen der Fall war, ist für jedes dieser Jahre eine neue Zählkarte ausgefüllt. Ausser der betreffenden Jahrszahl enthielt jede Karte im Kopf den Namen, das Alter, das Jahr der Anstellung in der Fabrik und die Beschäftigung des Arbeiters, ferner in 4 Spalten den gewöhnlichen Verdienst jeder einzelnen Woche, so dass aus diesen Ziffern, in jeder Spalte der Verdienst des Vierteljahres summirt und am Fuss unter Hinzufügung eines etwaigen Nebenverdienstes die Gesamtjahreseinnahme und aus derselben durch Division mit der Zahl der Wochen, während welcher der Arbeiter in Thätigkeit war, der durchschnittliche Wochenverdienst in dem betreffenden Jahr ermittelt werden konnte. Am Fusse war noch ein Raum für etwaige Bemerkungen, Hinweis auf andere Karten für denselben Arbeiter u. dgl.

Dieser durchschnittliche Wochenverdienst ist zunächst benutzt worden, um für die einzelnen der Untersuchung zu Grunde gelegten Jahre einen Durchschnitts Wochenverdienst jeder Arbeiterkategorie mit Unterscheidung des Alters des Arbeiters zu berechnen. Die letztern Unterscheidung war nothwendig, da das Alter namentlich bei den jüngeren Arbeitern nach den bestehenden Fabrikeinrichtungen von wesentlichem Einfluss auf die Höhe des Lohns ist. Gegenwärtig wird bei der Anstellung als Minimum gezahlt.

Im Alter	Für die Woche
	M.
von 14—15 Jahren	6.00
› 15—16 ›	7.20
› 16—17 ›	8.40
› 17—18 ›	9.60
› 18—19 ›	10.80
› 19—20 ›	12.—
› 20—21 ›	13.20
› 21—22 ›	14.40
über 22 ›	15.—

Akkordarbeiter sollen in der Regel mindestens 25% mehr verdienen als die Lohnarbeiter der betreffenden Arbeitsgruppe und Altersklasse. Erreicht der Verdienst auch nach mehrmaligen Anmahnungen diese

Höhe nicht so tritt Entlassung ein. Die Mehrzahl der Arbeiter tritt ohne besondere Vorkenntnisse in die Fabrik und erlernte die erforderlichen Manipulationen erst während der Arbeit, nur ein verhältnissmässig kleiner Theil ist aus dem eigentlichen Handwerkerstande hervorgegangen. Hierdurch erklärt sich auch

der manchmal verhältnissmässig geringe Lohn beim Beginn des Arbeitsverhältnisses.

Nach der vorzüglichsten Beschäftigung und nach Altersklassen getrennt, ergeben sich nun aus dem Zählkartenmaterial folgende Lohnsätze für die in Untersuchung gezogenen Jahre:

Im Jahre	Alter der Arbeiter										Durchschnittswochenverdienst aller Arbeiter		
	unter 16 Jahre		16-18 Jahre		18-30 Jahre		30-50 Jahre		über 50 Jahre		Zahl der Arbeiter	Wochenverdienst M.	Zunahme
	Zahl der Arbeiter ¹⁾	Wochenverdienst M.	Zahl der Arbeiter	Wochenverdienst M.									
1) Stockfabrikation;													
1830	—	—	5	4.60	6	7.30	2	9.60	—	—	13	7.17	100,00
1840	11	4.10	16	5.30	40	9.70	6	15.10	—	—	73	8.55	119,25
1850	21	4.40	9	5.50	47	10.60	35	14.10	1	11.60	113	9.24	128,87
1860	12	6.20	12	7.40	47	12. —	52	15.60	4	19.80	127	12.20	170,15
1870	24	7.20	16	10. —	56	14.10	45	16.80	16	18.50	157	13.32	185,77
1875	6	9.50	9	13.10	21	19.80	33	21.10	21	21.40	90	16.98	236,82
2) Fischbeinbearbeitung;													
1830	1	2.70	3	5.90	4	8.20	2	12.90	—	—	10	7.42	100,00
1840	7	4.70	12	4.90	18	11.10	3	15.80	1	13.60	41	10.02	135,04
1850	9	4.50	4	7.10	16	10.40	11	14.50	1	19.40	41	11.18	150,67
1860	5	6.50	3	6. —	13	12.50	14	16.80	2	17.10	37	11.78	153,76
1870	9	7.30	3	8.80	2	12.70	5	16.70	—	—	19	11.37	153,23
1875	2	7.30	—	—	6	18.40	5	19.40	2	21.70	15	16.70	225,07
3) Bohrbearbeitung;													
1830	1	3.60	1	5.70	1	9. —	4	10.80	—	—	7	7.27	100,00
1840	1	5.30	7	6.40	9	8.60	5	11. —	—	—	22	7.82	107,57
1850	13	5.10	7	6.30	18	9.50	11	11.90	3	14.60	52	9.48	130,40
1860	12	8.50	14	9.10	51	12.10	14	14.30	4	13.70	95	11.54	158,73
1870	28	8. —	47	10.30	114	13.10	27	18.20	6	16.50	222	13.22	181,84
1875	2	11.40	5	15.30	36	19.50	29	21.40	3	17.4	75	17.02	234,11
4) Gummifabrikation;													
1830	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1840	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1850	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1860	3	6.70	4	9.80	10	12.20	5	16.50	—	—	22	11.30	100,00
1870	22	8.30	35	10.50	59	15.20	14	18.40	7	19.60	137	14.40	127,43
1875	14	12.40	16	18.20	38	22.60	18	24.60	4	26.20	90	20.80	184,07
5) Handwerker;													
1830	—	—	—	—	1	12. —	1	12. —	—	—	2	12. —	100,00
1840	1	5. —	2	4.60	3	8.50	16	13.60	1	13.20	23	8.93	74,83
1850	1	3.30	1	5. —	6	10.80	10	14.30	3	15.30	21	9.74	81,17
1860	1	6.40	3	9.10	7	13.40	12	17.10	2	18.20	25	12.84	107,00
1870	2	6.60	—	—	21	15.20	16	19.10	4	18. —	43	14.72	122,67
1875	2	13.40	—	—	4	26.40	11	23.90	4	25.80	21	22.37	186,42
Arbeiter ohne nähere Bezeichnung;													
1830	1	4.50	1	4.40	9	8.20	5	11.10	—	—	16	7.05	100,00
1840	2	4.80	2	5.20	13	11.40	13	13.90	2	13. —	32	9.66	137,02
1850	4	3.60	1	5.60	15	10.10	14	13.60	5	15.80	39	9.74	138,16
1860	2	8.50	7	8. —	19	13.20	18	15. —	6	18.90	52	12.72	180,43
1870	1	5.10	3	8.20	12	15.20	14	18.40	3	18.30	33	13.04	184,96
1875	—	—	—	—	2	22.50	5	22.80	1	20.70	8	13.20	187,23

Die Gummifabrikation ist erst seit etwa 20 Jahren eingeführt. Die Angaben über Elfenbeinarbeiter und Fournierschneider sind nicht aufgenommen, da diese Beschäftigungen in den letzten Jahren von diesem Fabriketablisement abgetrennt sind und in besonderen Fabriken betrieben werden. Die Lohnsteigerung in diesen Arbeitszweigen lässt sich deshalb nicht bis 1875 verfolgen.

Berechnet man für die einzelnen Jahre Durchschnittswochenverdienste für alle Fabrikationszweige und Beschäftigungen, so kommt man zu nachstehenden Zahlen:

	Durchschnitts- Wochen- verdienst M.	Zunahme
1830	8,18	100
1840	9,01	110,15
1850	9,88	120,73
1860	12,06	147,43
1870	13,34	164,06
1875	17,84	218,00

1) D. h. die Zahl der zur Vergleichung gezogenen nicht der wirklich beschäftigten Arbeiter.

In 45 Jahren hat sich demnach der Wochenverdienst der Arbeiter mehr als verdoppelt, die höchsten Steigerungen fallen in die letzten Jahre. Zu bemerken ist noch, dass die Erhöhungen des Arbeitslohnes durchweg in Berücksichtigung der Zunahmen der Ausgaben für Lebensbedürfnisse und ohne äussere Veranlassung von Seiten der Arbeiter wie Arbeitseinstellungen u. s. w. vorgenommen sind. Eine ähnliche Zunahme hat auch in den übrigen Etablissements dieser Firma stattgefunden. Aus der gelegentlich der Wiener Weltausstellung herausgegebenen Entwicklungsgeschichte von H. C. Meyer's Fabriken entnehmen wir folgende Zahlen:

	Zahl sämtlicher Arbeiter	Summe des Wochen- lohnes M.	Durch- schnitts- verdienst eines Arbeiters M.	Zunahme des Durch- schnitts- verdienstes
1818	5	—	—	—
1830	70	—	—	—
1835	130	—	—	—
1840	242	1,870	7,73	100
1845	245	2,390	9,76	126,26
1850	335	2,950	8,81	113,97
1855	384	4,020	10,47	135,45
1860	725	7,760	10,70	138,42
1865	730	8,250	11,30	146,18
1870	850	11,010	12,96	167,66
1873	1,150	17,600	15,32	197,93

Bezüglich der Zahlen für die hiesige Fabrik ist auch noch zu erwähnen, dass der Wochenverdienst in den letzten Jahren in weniger Zeit erworben wird, als in den ersten, da allmählich eine Verkürzung der Arbeitszeit stattgefunden hat. Dieselbe betrug:

	Nach Abzug von zwei Stunden Pausen
1830—1839 1. März—31. Oktbr. 6 Uhr Morg.—9 Uhr Ab.	13
1. Nov.—28. Febr. 7 „ „ —9 „ „	12
1840—1858 1. März—31. Oktbr. 6 „ „ —8 „ „	12
1. Nov.—28. Febr. 7 „ „ —8 „ „	11
1858—1870 1m Wint. u. Somm. 6 U. Morg.—7 U. Ab.	11
1870—jetzt „ „ „ „ 6 „ „ —6 „ „	10

Wenn man demnach den Wochenlohn auf Stunden berechnen wollte, so würde die Steigerung erheblich höher auskommen als eben angegeben, doch würde diese Berechnung nur theoretisch richtig sein und kein richtiges Bild von den, den Arbeitern erwachsenen Vortheilen geben, da in der Praxis die gewonnene Zeit doch wohl fast durchgehends zur Erholung und nur ausnahmsweise zu weiterem Erwerb benutzt wird.

Ueber die Mietheverhältnisse haben die Fabrikbesitzer auch von ziemlich vielen Arbeiterfamilien die betreffenden Daten für die zur Untersuchung gezogenen Jahre mit grosser Mühe herbeigeschafft. Dieses Material kann aber nicht als entscheidend für die Frage betrachtet werden, ob Lohn oder Miethe in einem stärkeren Verhältniss gestiegen sei, da nur die Fälle in Betracht kommen können, in welchen die Inhaber der betreffenden Wohnungen der Fabrik längere Zeit angehört haben und in welchen von derselben Familie dieselbe Wohnung zu verschiedenen Zeiten benutzt wurde. In dieser Weise bleibt schliesslich nur eine verhältnissmässig kleine Zahl von Fällen als zur Vergleichung geeignet übrig, von welcher Zahl wieder nur der kleinere Theil sich über die längeren Zeiträume von 25—35 Jahre erstreckt. Nichtsdestoweniger giebt eine Zusammenstellung dieser Fälle doch ein recht gutes Bild von der ebenfalls namentlich im letzten Jahrzehnt am stärksten Steigerung der Miethen für die einzelnen, an sich unveränderten Wohnungen. Die in nachstehender Tabelle angegebenen Miethen beziehen sich,

wie aus der beigefügten Spezifikation der Wohnungstheile zu ersehen ist, mit wenigen Ausnahmen auf Wohnungen der kleinsten Art, deren Verringerung durch Abbruch und ungenügende Wiederherstellung, wie auch schon durch die Wohnungsstatistik nachgewiesen ist¹⁾, einen immer kleinern Theil sämtlicher Wohnungen ausmachen und deshalb trotz der schlechten Beschaffenheit vorzugsweise der Vertheuerung ausgesetzt sind.

Von den Arbeitern in H. C. Meyer's Fabrik in Hamburg zahlten für dieselbe Wohnung Miethe:

Beschaffenheit der Wohnung				1840	1850	1860	1870	1875
Stube	Kammer	Diele	Küche	M.	M.	M.	M.	M.
1	1	1	—	100,80	108,00	126,00	244,80	244,80
1	1	1	—	90,00	105,20	150,00	150,00	150,00
1	1	1	—	72,00	114,00	126,00	144,00	168,00
1	1	1	—	86,00	86,20	108,00	116,40	116,40
1	1	1	—	96,00	108,00	115,20	126,00	216,00
Im Durchschnitt.				89,00	104,28	125,04	156,24	179,04
Zunahme von ...				100 auf	117,17	140,49	175,55	201,17
1	1	1	—	—	108,00	156,00	192,00	216,00
1	1	1	—	—	108,00	115,20	127,20	168,00
1	1	1	—	—	108,00	162,00	162,00	162,00
1	1	1	—	—	116,40	129,60	138,00	150,00
1	1	1	—	—	192,00	192,00	216,00	216,00
1	1	1	—	—	106,80	144,00	144,00	216,00
1	1	1	—	—	100,80	120,00	162,00	162,00
1	1	1	—	—	93,00	133,20	204,00	234,00
1	1	1	—	—	93,00	123,60	144,00	144,00
1	1	1	—	—	86,40	86,40	86,40	100,80
1	1	1	—	—	86,40	115,20	156,00	180,00
1	1	1	—	—	82,80	102,00	109,20	144,00
1	1	1	—	—	79,20	86,40	86,40	96,00
1	1	1	—	—	72,00	84,00	108,00	126,00
1	—	1	—	—	100,80	114,00	132,00	148,80
Im Durchschnitt.				—	102,32	124,24	144,48	164,24
Zunahme von ...				—	100 auf	121,42	141,20	160,52
3	1	1	—	—	—	330,00	360,00	390,00
2	1	1	—	—	—	360,00	360,00	600,00
2	1	1	—	—	—	240,00	270,00	270,00
1	1	1	—	—	—	168,00	240,00	270,00
1	1	1	—	—	—	162,00	174,00	192,00
1	1	1	—	—	—	158,40	180,00	192,00
1	1	1	—	—	—	144,00	216,00	360,00
1	1	1	—	—	—	144,00	168,00	180,00
1	1	1	—	—	—	124,80	168,00	204,00
1	1	1	—	—	—	120,00	180,00	216,00
1	1	1	—	—	—	118,80	122,40	156,00
1	1	1	—	—	—	118,80	144,00	168,00
1	1	1	—	—	—	118,80	168,00	180,00
1	1	1	—	—	—	108,00	126,00	156,00
1	1	1	—	—	—	96,00	180,00	198,00
1	1	1	—	—	—	72,00	120,00	192,00
1	1	1	—	—	—	64,80	79,20	100,80
1	—	1	—	—	—	115,20	115,20	139,20
1	—	1	—	—	—	108,00	156,00	199,00
1	—	1	—	—	—	104,40	120,00	132,00
1	—	1	—	—	—	96,00	108,00	156,00
1	—	1	—	—	—	96,00	144,00	144,00
1	—	1	—	—	—	88,00	108,00	132,00
Im Durchschnitt				—	—	141,60	174,21	214,23
Zunahme von ...				—	—	100 auf	123,03	151,23
3	2	1	—	—	—	376,80	496,80	—
1	2	1	—	—	—	288,00	360,00	—
2	1	1	—	—	—	300,00	432,00	—
2	1	1	—	—	—	270,00	270,00	—
2	1	1	—	—	—	240,00	240,00	—
2	1	1	—	—	—	180,00	264,00	—
1	1	1	1	—	—	168,00	240,00	—
1	1	1	1	—	—	120,00	168,00	—
2	—	1	—	—	—	180,00	228,00	—
1	2	1	—	—	—	223,20	252,00	—
1	1	1	—	—	—	180,00	360,00	—
1	1	1	—	—	—	168,00	180,00	—

¹⁾ Siehe Statistik des Hamburgischen Staats Heft VII., S. 146 ff. und statistisches Handbuch für den Hamburgischen Staat S. 42 ff.

Beschaffenheit der Wohnung				1840	1850	1860	1870	1880
Stube	Kammer	Diele	Küche	M.	M.	M.	M.	M.
1	1	1	—	—	—	—	198,00	204,00
1	1	1	—	—	—	—	180,00	210,00
1	1	1	—	—	—	—	150,00	204,00
1	1	1	—	—	—	—	144,00	180,00
1	1	1	—	—	—	—	144,00	180,00
1	1	1	—	—	—	—	132,00	180,00
1	1	1	—	—	—	—	132,00	132,00
1	1	1	—	—	—	—	132,00	156,00
1	1	1	—	—	—	—	132,00	228,00
1	1	1	—	—	—	—	141,60	156,00
1	1	1	—	—	—	—	127,20	168,00
1	1	1	—	—	—	—	127,20	180,00
1	1	1	—	—	—	—	120,00	168,00
1	1	1	—	—	—	—	120,00	180,00
1	1	1	—	—	—	—	120,00	132,00
1	1	1	—	—	—	—	118,00	186,00
1	1	1	—	—	—	—	114,00	132,00
1	1	1	—	—	—	—	108,00	120,00
1	—	1	—	—	—	—	151,20	198,00
1	—	1	—	—	—	—	133,20	133,20
1	—	1	—	—	—	—	120,00	144,00
Im Durchschnitt..				—	—	—	167,83	214,00
Zunahme von				—	—	—	100 auf	127,52
Durchschnittliche Miethe..				89,00	102,32	141,60	167,83	214,00
Zunahme von				100 auf	—	—	—	201,17
" " "				—	100 auf	—	—	160,52
" " "				—	—	100 auf	—	151,20
" " "				—	—	—	100 auf	127,52
Durchschnittliche Lohnzunahme				9,01	9,88	12,06	13,31	17,84
" " "				100	109,66	133,85	148,96	197,99
" " "				—	100	—	—	180,55
" " "				—	—	100	—	147,12
" " "				—	—	—	100	132,92

Aus der am Fuss der Uebersicht zusammengestellten Durchschnittszunahme der Durchschnittslöhne und Durchschnittsmiethen ergibt sich für die einzelnen zur Vergleichung gezogenen Perioden bald in der einen oder der andern Verhältnisszahl ein Mehr. Die vorhin erörterten Mängel des Materials bezüglich der Miethen würden es aber voreilig erscheinen lassen, aus diesen Abweichungen bestimmen zu wollen, ob die Miethen

oder die Löhne einer stärkern Steigerung ausgesetzt gewesen sind. Dass beide Summen aber stark und in einem wohl nicht allzusehr abweichenden Verhältniss gestiegen sind, lässt sich auch aus diesem unvollkommenen Material entnehmen, und ist deshalb die Bemühung des Herrn H. C. Meyer jun. um Beschaffung desselben dankend anzuerkennen.

Von ebenso hohem Interesse als die Vergleichung der Durchschnittseinnahmen mit den Miethen ist die Zusammenstellung der Löhne mit den Preisen der vorzüglichsten Lebensmittel. Hierfür liegt sehr gutes Material in einer kürzlich vom Direktor des Hamburgischen Krankenhauses veröffentlichten Schrift vor¹⁾, indem für jedes Verwaltungsjahr seit 1841 die für Fleisch, Brot, Kartoffeln, Butter, Reis und Milch gezahlten Preise in einer ausführlichen Uebersicht mitgetheilt werden. Diese Uebersicht umfasst auch die Hauptbedürfnisse einer Arbeiterfamilie und eignet sich deshalb sehr gut zur Vergleichung. Es werden allerdings für die Verpflegung mancher Kranken und eines Theils des Verwaltungspersonals gewisse kostspieligere Fleischstücke in verhältnissmässig grösserer Menge zur Verwendung kommen als in einem Arbeiterhausstande, dagegen wird aber die Krankenhausverwaltung durch Ankauf im Grossen doch dasselbe Quantum Fleisch nicht höher bezahlen als Arbeiter. Für die jetzt in Rede stehende Vergleichung kommt es aber auch gar nicht auf die für den Kopf aufzuwendende Summe an, sondern auf den Preis einer gleichen Quantität in verschiedenen Jahren. Bei den sehr schwankenden Preisen einzelner Lebensmittel würden die einzelnen Jahre aber den mehr stabilen, wenigstens selten wieder herabgehenden Löhnen gegenüber zur Vergleichung recht ungeeignet sein. Es sind deshalb aus Preisen der einzelnen Bedürfnisse fünfjährige Durchschnitte berechnet, die Lebensmittel sämmtlich auf dieselbe Einheit²⁾ (50 Kilogramm gebracht) und dann aus der Gesamtausgabe für die angegebenen Lebensmittel die Steigerung in Prozenten berechnet. Das auch für die Ernährung der Arbeiter sehr wichtige Schweinefleisch ist am Fuss der nachstehenden Zusammenstellung getrennt aufgeführt, da für die ersten 10 Jahre die Preise für Schweinefleisch in den Angaben der Krankenhausverwaltung fehlen.

Durchschnittlich von der Krankenhausverwaltung für 50 Kilogramm nachstehender Lebensmittel gezahlte Preise.

	1841—1845	1846—1850	1851—1855	1856—1860	1861—1865	1866—1870	1871—1875
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Ochsenfleisch.....	30,36	35,76	32,82	34,42	39,36	49,41	57,63
Kalbfeisch.....	39,84	40,44	36,60	39,24	41,97	52,50	62,60
Weissbrot.....	11,88	16,71	17,02	13,68	13,65	15,31	16,86
Roggenbrot.....	7,26	7,34	8,91	7,58	6,91	8,35	8,74
Kartoffeln.....	1,82	2,92	3,01	2,65	2,77	2,98	3,32
Butter.....	56,00	61,00	74,00	96,00	87,00	99,00	113,00
Reis.....	12,33	13,52	13,47	10,30	12,27	15,04	14,15
Milch.....	3,15	3,15	3,15	3,15	3,04	5,09	5,82
Gesamtausgabe.....	162,64	180,84	188,30	207,22	207,57	247,41	282,17
Steigerung in o/o.....	(100)	(111,19)	(116,20)	(127,41)	(127,63)	(151,12)	(173,49)
Schweinefleisch.....	?	?	52,23	48,65	55,46	55,22	54,55
Ausgabe mit Einschluss des Schweinefleisches.....	?	?	241,27 (100)	255,87 (106,05)	263,03 (109,02)	297,63 (123,63)	336,72 (139,56)

Auch hier fällt die Hauptsteigerung wie bei den Löhnen und Miethen in die letzten Zeitabschnitte. Während des ganzen Zeitraumes ist aber die Zunahme etwas geringer als bei den Löhnen, da die erste und letzte Summe sich etwa wie 1 zu 1³/₄ verhält, dagegen die Zunahme

der Löhne sich nahezu gegen den Satz von 1840 verdoppelt hat. Zieht man aber in Betracht, dass bei den Löhnen ein Zeitraum von 35 Jahren zwischen dem ersten und letzten zur Vergleichung gezogenem Jahr liegt, während durch die Anwendung des fünfjährigen

¹⁾ Siehe das Hamburgische Allgemeine Krankenhaus, ein Bild innerer und äusserer Verhältnisse, veröffentlicht durch G. M. Lundt, Krankenhausedirektor.

²⁾ Hierbei ist der Sack Kartoffeln zu 65, das Liter Milch zu 1,031 Kilogramm berechnet.

Durchschnitts bei den Lebensmitteln von der Mitte des ersten Jahrfünfts bis zur Mitte des letzten, nur 30 Jahre zu rechnen sind, so wird diese Differenz wohl bis auf ein Minimum verschwinden. Die Erhöhung der Löhne in dieser Fabrik wird demnach auch in Bezug auf die Hauptlebensmittel so ziemlich mit der allgemein eingetretenen Preissteigerung Schritt gehalten haben.

Beachtenswerth ist die Verschiedenheit der Preissteigerung der einzelnen Lebensmittel. Wenn man den Durchschnittspreis im ersten Jahrfünft gleich 100 M. annimmt, so kosteten im letzten Jahrfünft 50 Kilo:

Butter.....	201,79 M.
Ochsenfleisch.....	189,99 »
Milch.....	184,61 »
Kartoffeln.....	182,63 »
Kalbfleisch.....	157,13 »
Weissbrot.....	141,92 »
Roggenbrot.....	120,39 »
Reis.....	114,76 »

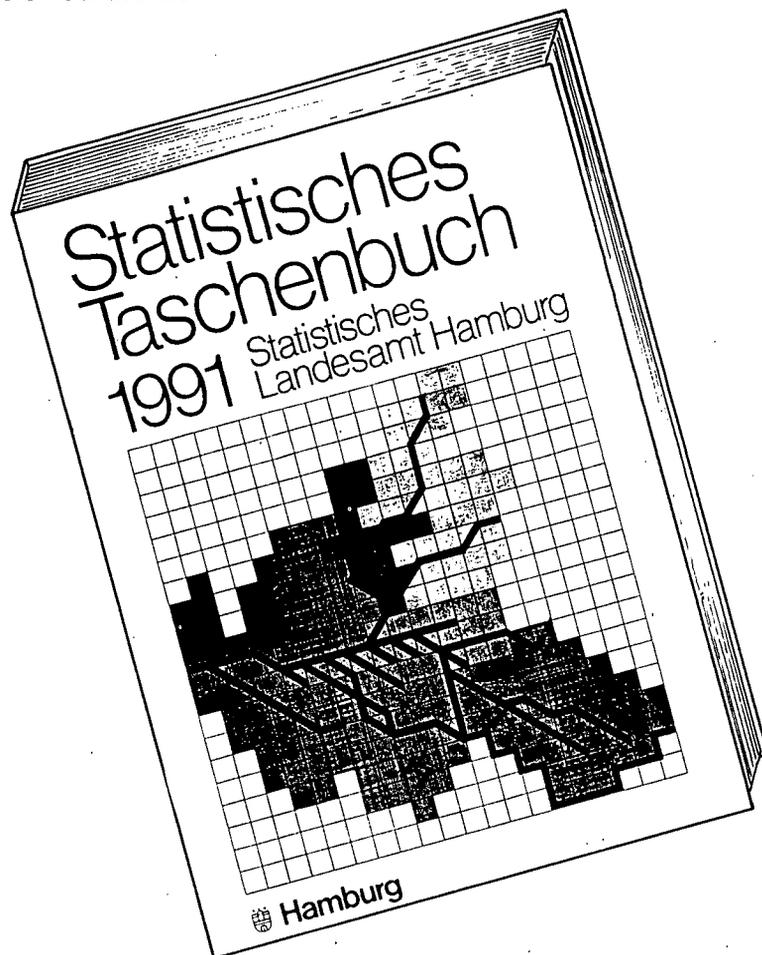
Das Roggenbrot und der Reis haben demnach die geringste Tendenz zum Steigen gezeigt, auch das allerdings nur für 4 Jahrfünfte vergleichbare Schweinefleisch zeigt keine übermässige Schwankungen, während Butter, Ochsenfleisch und Kartoffeln weit über die Durchschnitts-

zunahme hinaus gestiegen sind. Sofern aus den vorstehenden Zahlen, welche allerdings einen täglichen Konsum von 1500—1700 Köpfen, der gewöhnlichen Bevölkerung des Krankenhauses repräsentiren, sichere Folgerungen gezogen werden können, so zeigen dieselben doch deutlich, dass man bei Beurtheilung vom Konsumtionsverhältniss immer die verschiedenen Bedürfnisse, und dann auch unter Berücksichtigung der von jedem Bedürfniss erforderlichen Quantitäten, in Betracht ziehen muss. Wollte man mit den Lohnverhältnissen in H. C. Meyer's Fabrik z. B. nur den von Altersher beliebten Werthmesser der Roggenpreise in Relation setzen, so würde man ein ganz unnatürliches Verhältniss bekommen haben, welches die allmählich eingetretene Steigerung des Wochenverdienstes ungerechtfertigt erscheinen lassen würde, während in Wirklichkeit vorstehende Untersuchungen den Satz zu bestätigen scheinen, dass bei naturgemässer ungestörter Entwicklung die Arbeitslöhne im Laufe längerer Perioden dem wirklichen durchschnittlichen Bedürfniss immer folgen und ziemlich nahe stehen werden.

J. C. F. Nessmann.

Im Oktober ist die Ausgabe 1991 des Statistischen Taschenbuchs mit vielfältigen und aktuellen Zahlenangaben über Bevölkerung, Wirtschaft und Kultur in Hamburg erschienen. Zur Ergänzung des hamburgischen Datenmaterials enthält die Veröffentlichung Vergleichszahlen über die schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Nachbargebiete, andere Bundesländer und ausgewählte Großstädte.

Die Ausgabe 1991 umfaßt 251 Seiten mit 223 Tabellen und mehreren Schaubildern.



Das Statistische Taschenbuch 1991 kann beim

Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12
2000 Hamburg 11

zum Preis von 10,-- DM zuzüglich Porto und Verpackung bezogen werden (schriftliche Bestellung erbeten).

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

– Ausgewählte Strukturzahlen der Erwerbstätigen –

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen
1	Erwerbstätige insgesamt	Anzahl %	26 907 517 100	1 121 426 4,2	690 790 2,6	3 037 226 11,3
	davon in Berufsbereichen/Berufsabschnitten					
2	Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	Anzahl % 1)	903 647 3,4	49 800 4,4	8 342 1,2	148 072 4,9
3	Bergleute, Mineralgewinner	Anzahl % 1)	93 079 0,3	165 0,0	88 0,0	4 411 0,1
4	Fertigungsberufe	Anzahl % 1)	8 372 486 31,1	282 391 25,2	148 721 21,5	927 534 30,5
	darunter					
5	Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	Anzahl % 2)	1 941 368 23,2	70 054 24,8	38 589 25,9	211 550 22,8
6	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	Anzahl % 2)	1 197 198 14,3	42 480 15,0	26 470 17,8	160 360 17,3
7	Bauberufe	Anzahl % 2)	724 737 8,7	33 303 11,8	9 096 6,1	96 654 10,4
8	Elektriker	Anzahl % 2)	700 125 8,4	26 377 9,3	13 606 9,1	76 837 8,3
9	Ernährungsberufe	Anzahl % 2)	607 010 7,3	28 166 10,0	12 479 8,4	73 447 7,9
10	Metallerzeuger, -bearbeiter	Anzahl % 2)	535 209 6,4	11 377 4,0	6 900 4,6	43 638 4,7
11	Maschinisten und zugehörige Berufe	Anzahl % 2)	342 307 4,1	11 193 4,0	5 485 3,7	42 228 4,6
12	Warenprüfer, Versandfertigmacher	Anzahl % 2)	339 135 4,1	8 122 2,9	6 985 4,7	35 372 3,8
13	Textil- und Bekleidungsberufe	Anzahl % 2)	316 673 3,8	5 698 2,0	2 877 1,9	29 307 3,2
14	Tischler, Modellbauer	Anzahl % 2)	301 227 3,6	10 780 3,8	4 447 3,0	34 979 3,8
15	Montierer und Metallberufe a.n.g.	Anzahl % 2)	295 201 3,5	3 732 1,3	1 678 1,1	25 473 2,7
16	Maler, Lackierer und verwandte Berufe	Anzahl % 2)	277 833 3,3	10 423 3,7	6 516 4,4	31 709 3,4
17	Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	Anzahl % 2)	239 101 2,9	4 308 1,5	3 593 2,4	22 121 2,4
18	Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker ..	Anzahl % 2)	195 091 2,3	7 662 2,7	5 107 3,4	16 934 1,8
19	Bau-, Raumausstatter, Polsterer	Anzahl % 2)	176 696 2,1	5 123 1,8	3 215 2,2	13 473 1,5
20	Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	Anzahl % 2)	72 921 0,9	1 597 0,6	980 0,7	5 170 0,6
21	Keramiker, Glasmacher	Anzahl % 2)	40 678 0,5	765 0,3	167 0,1	2 292 0,2
22	Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	Anzahl % 2)	37 689 0,5	450 0,2	204 0,1	3 683 0,4
23	Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	Anzahl % 2)	32 287 0,4	781 0,3	327 0,2	2 307 0,2

Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Heft 10, Teil 2, Seiten 14 bis 17

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

– Ergebnisse aus der Volkszählung 1987 –

Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Lfd. Nr.
271 504 1,0	6 933 089 25,8	2 490 795 9,3	1 571 363 5,8	4 354 735 16,2	5 096 990 18,9	412 264 1,5	927 335 3,4	1
2 554 0,9	151 651 2,2	59 523 2,4	75 104 4,8	126 987 2,9	263 482 5,2	6 630 1,6	11 502 1,2	2
55 0,0	73 090 1,1	1 323 0,1	693 0,0	825 0,0	2 318 0,0	10 013 2,4	98 0,0	3
70 912 26,1	2 151 894 31,0	717 178 28,8	507 187 32,3	1 523 352 35,0	1 672 225 32,8	133 791 32,5	237 301 25,6	4
19 863 28,0	505 963 23,5	165 676 23,1	115 306 22,7	360 833 23,7	367 329 22,0	35 204 26,3	51 001 21,5	5
10 863 15,3	299 946 13,9	104 957 14,6	42 699 8,4	248 436 16,3	206 716 12,4	17 801 13,3	36 470 15,4	6
4 219 5,9	158 850 7,4	59 757 8,3	53 426 10,5	109 845 7,2	166 513 10,0	10 891 8,1	22 183 9,3	7
6 733 9,5	184 889 8,6	62 767 8,8	44 881 8,8	112 860 7,4	134 576 8,0	13 770 10,3	22 829 9,6	8
6 338 8,9	135 946 6,3	56 485 7,9	39 770 7,8	95 183 6,2	130 218 7,8	9 495 7,1	19 483 8,2	9
5 016 7,1	185 114 8,6	39 208 5,5	24 710 4,9	107 107 7,0	88 059 5,3	11 971 8,9	12 109 5,1	10
2 580 3,6	93 783 4,4	26 457 3,7	22 704 4,5	54 025 3,5	64 918 3,9	6 416 4,8	12 518 5,3	11
2 581 3,6	83 352 3,9	29 586 4,1	16 167 3,2	70 481 4,6	72 458 4,3	4 270 3,2	9 761 4,1	12
1 662 2,3	77 761 3,6	19 834 2,8	10 030 2,0	65 657 4,3	94 579 5,7	2 725 2,0	6 543 2,8	13
2 369 3,3	78 879 3,7	25 819 3,6	19 133 3,8	50 073 3,3	64 650 3,9	4 120 3,1	5 978 2,5	14
948 1,3	78 338 3,6	18 258 2,5	19 363 3,8	73 950 4,9	60 341 3,6	3 986 3,0	9 134 3,8	15
3 563 5,0	70 670 3,3	27 185 3,8	16 111 3,2	45 524 3,0	52 040 3,1	3 553 2,7	10 539 4,4	16
521 0,7	77 119 3,6	30 652 4,3	31 721 6,3	26 025 1,7	37 566 2,2	1 986 1,5	3 489 1,5	17
1 355 1,9	47 804 2,2	19 311 2,7	11 084 2,2	35 890 2,4	41 569 2,5	1 848 1,4	6 527 2,8	18
1 585 2,2	40 501 1,9	14 331 2,0	12 724 2,5	40 384 2,7	36 080 2,2	3 467 2,6	5 813 2,4	19
335 0,5	12 698 0,6	8 665 1,2	14 809 2,9	11 675 0,8	14 905 0,9	647 0,5	1 440 0,6	20
94 0,1	6 047 0,3	2 609 0,4	4 951 1,0	3 978 0,3	18 032 1,1	1 052 0,8	691 0,3	21
164 0,2	8 225 0,4	2 374 0,3	2 849 0,6	7 100 0,5	12 189 0,7	195 0,1	256 0,1	22
123 0,2	6 009 0,3	3 247 0,5	4 749 0,9	4 326 0,3	9 487 0,6	394 0,3	537 0,2	23

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

– Ausgewählte Strukturzahlen der Erwerbstätigen –

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen
24	Technische Berufe	Anzahl % 1)	1 602 115 6,0	55 657 5,0	37 353 5,4	153 848 5,1
	darunter					
25	Techniker, Technische Sonderfachkräfte ...	Anzahl % 2)	1 004 735 62,7	34 515 62,0	22 726 60,8	97 329 63,3
26	Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	Anzahl % 2)	597 380 37,3	21 142 38,0	14 627 39,2	56 519 36,7
27	Dienstleistungsberufe	Anzahl % 1)	15 372 629 57,1	699 250 62,4	472 476 68,4	1 733 934 57,1
	darunter					
28	Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	Anzahl % 2)	5 539 153 36,0	245 835 35,2	183 342 38,8	577 596 33,3
29	Warenkaufleute	Anzahl % 2)	2 100 405 13,7	93 499 13,4	57 082 12,1	244 145 14,1
30	Verkehrsberufe	Anzahl % 2)	1 501 792 9,8	63 367 9,1	46 763 9,9	172 564 10,0
31	Allgemeine Dienstleistungsberufe	Anzahl % 2)	1 441 523 9,4	62 716 9,0	38 244 8,1	159 773 9,2
32	Sozial- u. Erziehungsberufe; geistes- u. naturwissenschaftl. Berufe a.n.g.	Anzahl % 2)	1 320 476 8,6	57 350 8,2	35 739 7,6	166 311 9,6
33	Gesundheitsdienstberufe	Anzahl % 2)	1 264 178 8,2	56 163 8,0	34 899 7,4	144 789 8,4
34	Ordnungs-, Sicherheitsberufe	Anzahl % 2)	1 065 656 6,9	73 847 10,6	27 662 5,9	149 639 8,6
35	Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	Anzahl % 2)	877 054 5,7	37 170 5,3	34 403 7,3	98 721 5,7
36	Schriftwerkschaffende, Schriftwerkordnende sowie künstlerische Berufe	Anzahl % 2)	262 392 1,7	9 303 1,3	14 342 3,0	20 396 1,2
37	Sonstige Arbeitskräfte	Anzahl % 1)	563 561 2,1	34 163 3,0	23 810 3,4	69 427 2,3
	Erwerbstätigenquote der Deutschen bezogen auf die deutsche Gesamtbevölkerung					
38	1987	%	44,0	44,0	43,7	42,5
39	1970	%	42,6	41,1	45,5	41,8
	Erwerbstätigenquote der Ausländer bezogen auf die ausländische Gesamtbevölkerung					
40	1987	%	44,7	41,2	40,0	40,1
41	1970	%	70,4	64,4	66,1	69,4

1) Erwerbstätige insgesamt = 100 %.

2) Erwerbstätige in den jeweiligen Berufsbereichen = 100 %.

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

– Ergebnisse aus der Volkszählung 1987 –

Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Lfd. Nr.
14 595 5,4	437 727 6,3	163 876 6,6	90 493 5,8	279 703 6,4	292 814 5,7	22 897 5,6	53 152 5,7	24
8 942 61,3	288 104 65,8	99 552 60,7	60 043 66,4	173 312 62,0	175 481 59,9	14 949 65,3	29 782 56,0	25
5 653 38,7	149 623 34,2	64 324 39,3	30 450 33,6	106 391 38,0	117 333 40,1	7 948 34,7	23 370 44,0	26
173 791 64,0	3 939 401 56,8	1 511 715 60,7	872 933 55,6	2 332 457 53,6	2 793 927 54,8	235 161 57,0	607 584 65,5	27
62 817 36,1	1 457 088 37,0	563 585 37,3	302 079 34,6	877 741 37,6	977 181 35,0	78 218 33,3	213 671 35,2	28
21 804 12,5	564 526 14,3	194 473 12,9	121 023 13,9	305 842 13,1	392 578 14,1	34 950 14,9	70 483 11,6	29
19 378 11,2	380 776 9,7	135 017 8,9	96 234 11,0	220 490 9,5	287 622 10,3	22 626 9,6	56 955 9,4	30
16 102 9,3	326 125 8,3	179 301 11,9	84 239 9,7	212 531 9,1	282 318 10,1	22 110 9,4	58 064 9,6	31
13 701 7,9	344 973 8,8	112 702 7,5	71 836 8,2	217 810 9,3	217 419 7,8	21 322 9,1	61 313 10,1	32
13 640 7,8	330 206 8,4	117 542 7,8	71 934 8,2	195 119 8,4	218 283 7,8	21 797 9,3	59 806 9,8	33
12 785 7,4	251 352 6,4	86 886 5,7	65 796 7,5	135 382 5,8	199 894 7,2	17 543 7,5	44 870 7,4	34
10 577 6,1	221 027 5,6	96 106 6,4	48 110 5,5	128 232 5,5	164 350 5,9	13 373 5,7	24 985 4,1	35
2 987 1,7	63 328 1,6	26 103 1,7	11 682 1,3	39 310 1,7	54 282 1,9	3 222 1,4	17 437 2,9	36
9 597 3,5	179 326 2,6	37 180 1,5	24 953 1,6	91 411 2,1	72 224 1,4	3 772 0,9	17 698 1,9	37
41,5	41,6	45,0	43,3	46,6	46,5	39,2	46,2	38
42,4	40,0	43,2	41,2	44,8	45,7	35,9	44,3	39
36,0	39,6	47,3	43,1	49,7	51,5	36,1	44,9	40
66,0	67,5	71,0	66,9	74,2	72,9	50,7	69,1	41

Hamburg heute und gestern

Caravanning ist Urlaubsspaß und Hobby breiter Bevölkerungsschichten geworden. Waren 1960 in Hamburg nur rund 800 Wohnanhänger gemeldet, so gab es 1970 schon mehr als zehnmal soviel (rund 8600). Bis 1975 stieg die Zahl dieser Anhänger auf 13 600 an. In der folgenden Zeit verringerte sich der Bestand; 1990 waren noch rund 10 700 Wohnanhänger registriert. Diese Abnahme ist aber nicht etwa ein Zeichen rückläufiger Reiselust, sondern Ausdruck für das Umsteigen auf eine komfortablere Art des modernen Reisens, nämlich auf das Wohnmobil. Der Markt für diese Fahrzeuge boomt. Wer ein Wohnmobil kaufen möchte, kann heute unter mehr als 250 Basisversionen und doppelt sovielen Grundrißvarianten wählen. Das beginnt bei Fahrzeugen mit knapp vier Metern Länge und endet bei zwölf Meter langen Luxuslinern.

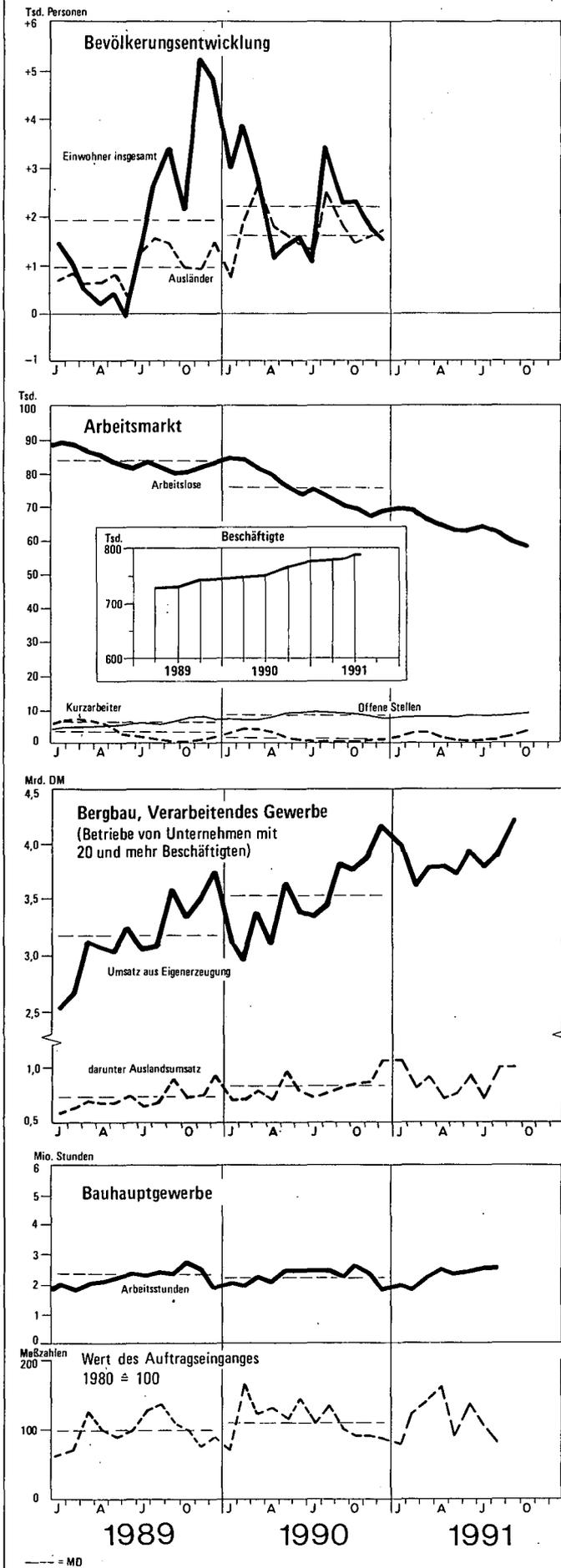
Während 1980 in Hamburg nur knapp 2200 Wohnmobile gemeldet waren, sind 1985 schon mehr als doppelt so viele zu verzeichnen gewesen. Das hohe Wachstumstempo hielt auch danach noch an, so daß die Zahl der Wohnmobile 1990 bereits bei 6200 lag. Der Trend zu mobilen Wohnfahrzeugen wird sich nach der Meinung der Hersteller fortsetzen.

Im **Verarbeitenden Gewerbe Hamburgs** sank die Zahl der tätigen Personen zwischen 1970 und 1990 von 214 000 auf knapp 135 000. Das entspricht einer Abnahme von über 37 Prozent. Gleichzeitig ging die Zahl der Betriebe (von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) um rund ein Fünftel auf etwa 800 zurück. In diesen Daten finden einmal die vollzogenen Rationalisierungsumstellungen vor allem in der industriellen Ferti-

gung ihren Niederschlag; ein beachtlicher Beschäftigtenabbau resultiert aber auch aus der langanhaltenden Rezessionsphase der 80er Jahre sowie aus den Strukturproblemen im Schiffbau und in einigen Bereichen der Grundstoffindustrie. Noch stärker rückläufig war die Entwicklung bei den geleisteten Arbeiterstunden. Mit nur noch 115 Milliarden Stunden im Jahr 1990 gegenüber 268 Milliarden vor zwei Jahrzehnten sank der Arbeitseinsatz im Produktionsbereich auf deutlich weniger als die Hälfte. Trotz des Beschäftigungsrückgangs ist der Umsatz aus Eigenherzeugung in den vergangenen 20 Jahren von 19,2 Milliarden DM auf 42,2 Milliarden DM gestiegen, also um mehr als das Doppelte. Berücksichtigt man den Preisanstieg, so kann immerhin noch von einem realen Wachstum in Höhe von etwa 60 Prozent ausgegangen werden. Rationeller gestaltete Arbeitsabläufe und arbeitssparende Fertigungstechniken haben offenbar zu einer wesentlich höheren Arbeitsproduktivität geführt. Zur Erlössteigerung des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg hat das Auslandsgeschäft erheblich beigetragen. Im Vergleich zu 1970 stieg der Auslandsumsatz nominal um nahezu das Zweieinhalbfache auf knapp zehn Milliarden DM. Infolge dieser Entwicklung nahm die Exportquote im betrachteten Zeitraum von 15 Prozent auf 23 Prozent zu.

Statistik der anderen

Mit dem Berichtsmonat September 1991 hat das Arbeitsamt Hamburg erstmals **Arbeitsmarktdaten** für die einzelnen sieben Hamburger Bezirke vorgelegt. Die Arbeitslosenquote ist in Hamburg-Mitte mit 13,9 Prozent am höchsten, in Bergedorf mit 4,7 Prozent am günstigsten. Im Bezirk Harburg sind 8,8 Prozent und in Altona 8,0 Prozent



aller nichtselbständigen Erwerbspersonen ohne Beschäftigung. Der Bezirk Hamburg-Nord verzeichnet eine Erwerbslosigkeit von etwas über sieben, die Bezirke Wandsbek und Eimsbüttel von etwas unter sieben Prozent. Für Hamburg im ganzen errechnet sich eine Arbeitslosenquote von 8,1 Prozent; ein Jahr zuvor, im September 1990, belief sich der Anteil der Menschen ohne Beschäftigung noch auf 9,7 Prozent.

Da die Bezirke in sich nicht homogen sind, ergäben sich bei tieferer Regionalisierung entsprechend auch noch stärkere Differenzierungen. Unabhängig davon ist aber schon die jetzt vorliegende Regionalisierung nach Bezirken zu begrüßen, zumal sie auch bessere Vergleiche mit den Daten der angrenzenden Arbeitsamt- Nebenstellen in den Nachbarländern ermöglicht.

Auf Bezirksebene sind Daten über Arbeitsuchende und offene Stellen, über Arbeitsvermittlungen und Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, über Kurzarbeiter und Arbeitslose verfügbar. Deren Bestand am Monatsende wird untergliedert nach Geschlecht, Arbeitern/Angestellten, ausgewählten Altersgruppen, Schwerbehinderten, Teilzeitarbeitsuchenden sowie nach Ausländern.

1/2.1990 der Zeitschrift „Stadt-forschung und Statistik“ des Verbandes Deutscher Städte-statistiker. Dort werden Beiträge einer Tagung publiziert, die der vom VDSt getragene KOSIS-Verband am 18. September 1990 in Köln mit dem Thema „Vergleichende Vorstellung Statistischer Informationssysteme“ durchgeführt hat.

Es werden insgesamt sieben Systeme vorgestellt, die entsprechend ihren Anwendungszielen unterschiedlich konzipiert und ausgelegt sind. Diese Unterschiede, aber auch ihre prinzipiellen Gemeinsamkeiten werden gut deutlich in einer am Schluß gelieferten Synopse. Auch das von Hamburg präferierte System „STATIS-G“, welches ab Herbst 1991 zum Einsatz kommen wird, ist in dieser Übersicht enthalten. – Zwei im Heft vorangestellte Referate gehen auf die Problematik des kommunalen Informationsmanagements ein.

Der Draht zum StaLa

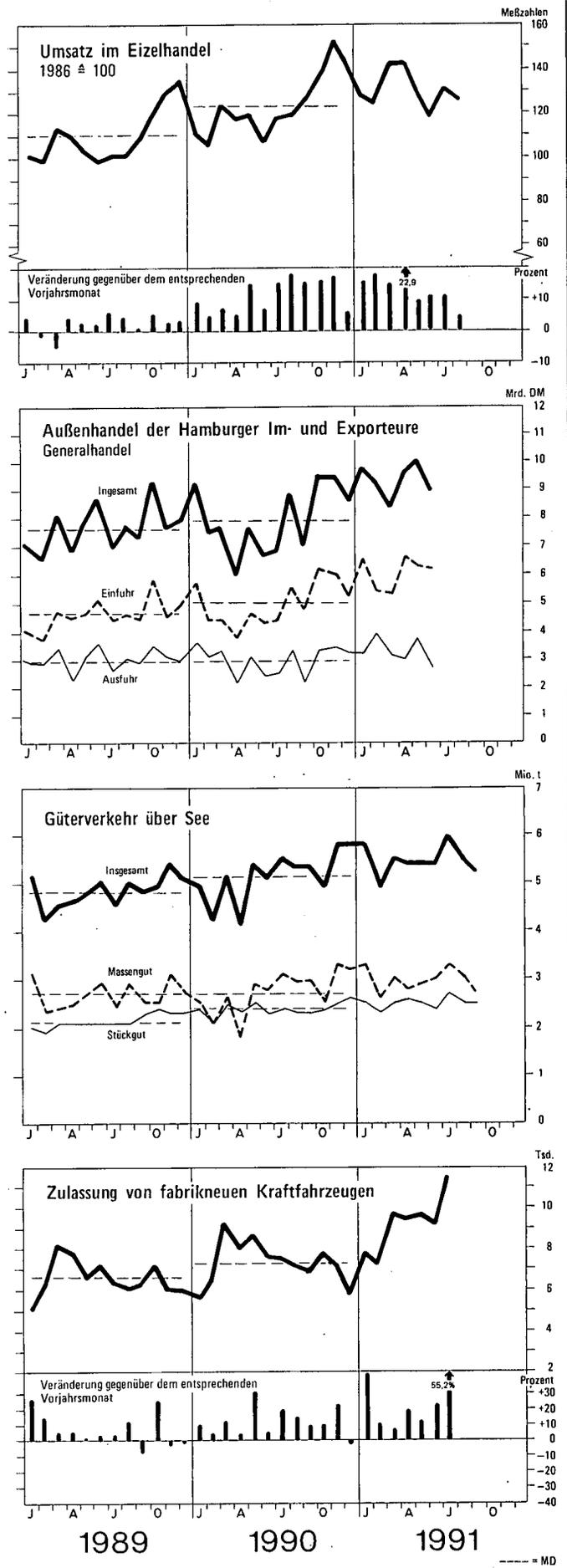
Amtsleiter	3681-1710
Auskünfte	3681-1738
	1766
	1768

 Leitseite * 36 502 #
Teiln.-Nr. 040 365038
Telefax (040) 3681-1700

Veröffentlichungen	3681-1719
Bibliothek	3681-1742
Für Thema:	
Saisonschwankungen im Einzelhandel	3681-1797
Strukturelle Entwicklung des Bauhauptgewerbes 1980 bis 1990	3681-1830
Jahrbuch:	
Beitrag der Städte zum Aufbau der Kommunalfinanzstatistik	3681-1769
125 Jahre Statistisches Landesamt	3681-1710

Neue Schriften

Ein **statistisches Informationssystem** für eine Kommune oder ein Land muß dem Anspruch genügen, alle wesentlichen Informationen aus Quellen der amtlichen und kommunalen Statistik in sich aufnehmen zu können und bereitzustellen; und es muß gleichzeitig für die Benutzer des Systems ein Instrumentarium anbieten, mit dem Informationswünsche komfortabel und gezielt aus dem System beantwortet werden können. Diese Thematik ist Schwerpunkt des Doppelheftes



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1989	1990				1991	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand										
Bevölkerung ¹⁾	1000	1 610,0	1 640,5	1 626,2	1 629,2	1 633,1	1 650,9	1 652,4
und zwar männlich	"	757,2	776,3	767,2	769,2	771,6	783,2	784,5
weiblich	"	852,8	864,1	859,1	860,0	861,6	867,6	867,9
Ausländer und Ausländerinnen	"	169,2	185,9	175,8	176,5	178,4	194,4	196,1
Bezirk Hamburg-Mitte	"	225,6	234,1	230,5	231,1	232,0	237,5	238,3
Bezirk Altona	"	227,7	231,9	229,7	230,1	230,6	233,5	233,5
Bezirk Eimsbüttel	"	228,0	230,9	230,2	230,3	230,7	231,4	231,4
Bezirk Hamburg-Nord	"	274,3	277,6	275,6	276,2	276,8	278,8	278,8
Bezirk Wandsbek	"	378,6	384,1	381,2	382,1	382,8	385,8	386,0
Bezirk Bergedorf	"	95,7	97,6	96,6	96,7	96,9	98,3	98,3
Bezirk Harburg	"	180,1	184,2	182,4	182,7	183,2	185,8	186,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	790	828	936	365	497	648	784	363	415
* Lebendgeborene ³⁾	"	1 278	1 391	1 365	1 330	1 309	1 618	1 394	1 279	1 186
dar. ausländische Lebendgeborene	"	232	251	213	232	277	306	234	243	234
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 770	1 767	2 685	1 841	1 806	1 855	2 302	2 008	1 630
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	9	11	7	11	7	11	15	15
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	"	492	376	1 320	511	497	237	908	729	444
* Eheschließungen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	5,9	6,1	6,8	2,6	4,0	4,8	5,6
* Lebendgeborene		9,5	10,2	9,9	9,6	10,5	11,9	9,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene)		13,2	12,9	19,5	13,3	14,4	13,7	16,4
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)		3,7	2,7	9,6	3,7	4,0	1,7	6,5
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene		7,8	6,1	8,1	5,3	8,4	4,3	7,9	11,7	12,6
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	7 691	7 851	11 500	9 602	8 900	6 978	6 618
* Fortgezogene Personen	"	5 269	5 297	5 328	6 084	4 520	5 043	4 197
* Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	+ 2 421	+ 2 554	+ 6 172	+ 3 518	+ 4 380	+ 1 935	+ 2 421
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	11 228	10 191	12 625	12 405	10 495	10 416	8 984
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus	"									
Schleswig-Holstein	"	1 334	1 378	1 280	1 463	1 757	1 322	1 244
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	918	897	848	1 024	1 174	824	762
Niedersachsen	"	1 303	1 164	4 371	1 887	1 451	903	815
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	325	304	333	314	434	263	271
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 159	2 071	2 777	3 162	3 097	1 529	1 639
Ausland	"	3 894	3 238	3 072	3 090	2 595	3 224	2 920
b) Fortgezogen nach	"									
Schleswig-Holstein	"	1 646	1 611	1 809	1 856	1 436	1 566	1 405
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	1 232	1 173	1 420	1 385	1 015	1 090	1 108
Niedersachsen	"	862	878	989	934	693	868	820
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	437	438	571	424	311	436	463
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 077	1 199	1 048	1 381	1 161	1 099	984
Ausland	"	1 690	1 609	1 482	1 913	1 230	1 510	988
c) Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—) gegenüber	"									
Schleswig-Holstein	"	- 312	- 233	- 529	- 393	+ 321	- 244	- 161
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	- 314	- 276	- 572	- 361	+ 159	- 266	- 346
Niedersachsen	"	+ 441	+ 286	+ 3 382	+ 953	+ 758	+ 35	- 5
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	- 112	- 134	- 238	- 110	+ 123	- 173	- 192
Umland insgesamt ⁷⁾	"	- 426	- 410	- 810	- 471	+ 282	- 439	- 538
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	+ 87	+ 872	1 729	+ 1 781	+ 1 936	+ 430	+ 655
Ausland	"	+ 2 204	+ 1 629	1 590	+ 1 177	+ 1 365	+ 1 714	+ 1 932
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) / -abnahme (—)	Anzahl	+ 1 929	+ 2 179	+ 4 852	+ 3 007	+ 3 883	+ 1 698	+ 1 513
Bevölkerungszunahme (+) / -abnahme (—)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	+ 14,4	+ 15,9	+ 35,2	+ 21,8	+ 31,0	+ 12,5	+ 10,8

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte⁸⁾										
Luftdruck ⁹⁾	hPa	1 016,3	1 014,7	1 017,5	1 017,4	1 013,6	1 011,1	1 016,9	1 018,4	1 015,4
Lufttemperatur	°C	10,8	10,9	17,2	19,1	13,2	13,8	20,1	18,7	15,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	74	76	70	67	80	73	68	72	74
Wind ¹⁰⁾	Stärke	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung ¹¹⁾	Grad	5,1	5,5	5,0	4,3	6,0	6,4	3,9	3,2	4,8
Summenwerte										
Sonnenscheindauer	Std.	142,8	127,6	222,8	236,2	85,7	125,6	305,9	213,9	162,1
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	6	7	3	1	4	1	0	0	4
Tage mit Niederschlägen ¹²⁾	"	14	14	12	17	22	24	8	15	17
Niederschlagshöhe	mm	56,7	71,5	49,8	87,9	93,1	104,2	46,1	72,7	72,9

¹⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987. — ²⁾ nach dem Ereignisort. — ³⁾ von Müttern mit alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. — ⁴⁾ mit letzter alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. — ⁵⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. — ⁶⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ⁷⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. — ⁸⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. — ⁹⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ¹⁰⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ¹¹⁾ Bevölkerungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ¹²⁾ Tage mit 0,1 mm oder mehr Niederschlägen.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	605 485	599 591	537 342	537 582	604 230	579 323	461 512	575 181	600 089
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	"	81 740	86 358	81 387	76 716	71 951	89 223	91 759	74 181	72 676
Ausgeliehene Bände	"	32 237	31 227	31 802	21 305	25 314	33 878	32 917	22 531	29 247
Besucher der Lesesäle	"	5 284	5 251	4 982	5 212	5 576	4 360	5 250	5 639	5 537
WWVA – Institut für Wirtschaftsforschung	"	2 596	2 719	2 709	3 207	2 885	2 548	1 846	2 325	2 841
Besucher der Bibliothek und Archive	"	1 592	1 783	1 820	1 826	1 794	1 720	1 117	1 345	1 736
Commerzbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"									
Lesesaalbesucher und Entleiher	"									
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	88 945	92 321	66 868	69 377	78 114	91 587	52 430	69 665	102 893
davon Hamburger Kunsthalle	"	15 487	17 202	11 127	12 685	12 296	14 266	10 259	16 423	14 785
Altonaer Museum in Hamburg,	"	8 450	8 819	8 082	5 767	8 083	10 976	6 609	7 766	8 643
Norddeutsches Landesmuseum	"	8 135	11 172	6 059	4 053	6 879	12 763	3 043	5 682	6 917
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"									
Hamburger Museum für Archäologie und die	"									
Stadtgeschichte Harburgs	"	5 328	6 277	1 038	3 177	3 917	4 372	1 483	1 252	4 609
Museum für Hamburgische Geschichte	"	19 956	18 242	18 957	17 814	20 608	22 373	15 403	17 322	32 869
Museum für Kunst und Gewerbe	"	18 219	17 139	9 055	13 259	16 104	10 328	6 481	10 758	22 085
Planetarium	"	11 494	11 503	10 469	10 992	8 422	12 648	8 509	8 789	11 038
Bischofsburg	"	1 876	1 967	2 081	1 630	1 805	3 871	643	1 673	1 947
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	463 578	453 212	511 149	672 605	408 997	432 052	799 227	617 476	424 036
Arbeitsmarkt										
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	Anzahl	726 816	735 196	748 000	758 600	765 300	788 200	786 400
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	83 457	75 493	75 020	72 339	69 925	62 227	63 768	62 433	59 201
* davon Männer	"	48 634	43 854	43 230	41 565	40 502	37 076	37 708	36 946	35 154
Frauen	"	34 823	31 639	31 790	30 774	29 423	25 151	26 060	25 487	24 047
Arbeitslosenquote	%	11,7	10,5	10,4	10,0	9,7	8,5	8,8	8,6	8,1
Kurzarbeiter	Anzahl	3 142	1 812	598	328	467	380	164	894	1 862
Arbeitsuchende										
Arbeitsuchende ¹⁾ insgesamt	"	102 183	95 381	95 031	91 881	90 445	83 330	84 166	82 849	81 808
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	7 061	6 429	6 481	6 335	6 019	5 039	5 103	5 055	4 852
Offene Stellen	"	6 134	8 218	9 328	9 037	8 877	8 197	7 932	7 657	7 949
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	971	1 005	989	931	948	1 093	1 005	1 013	...
* dar. an Molkereien geliefert	%	94,6	94,8	96,4	93,9	91,8	97,6	96,4	94,4	...
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,9	14,1	13,2	13,9	14,4	14,0	14,1	...
Schlachtungen von Inlandtieren²⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	3,5	4,6	3,3	6,2	7,9	6,7	6,0	8,0	...
* Kälber	"	1,8	2,6	2,3	2,5	1,7	3,7	3,8	3,4	...
* Schweine	"	17,6	21,9	21,5	33,8	25,4	22,3	23,1	22,0	...
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	2 727	3 568	3 115	5 122	4 866	4 495	4 324	4 931	...
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 067	1 356	989	1 744	2 359	2 037	1 775	2 531	...
* Kälber	"	208	353	313	348	230	494	526	472	...
* Schweine	"	1 450	1 855	1 808	3 025	2 271	1 957	2 021	1 925	...
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	134 004	134 679	134 669	136 070	136 155	135 853	137 285	138 254	137 518
* dar. Arbeiter ⁶⁾	"	70 717	71 141	71 412	72 327	72 079	71 340	71 989	72 316	71 137
* Geleistete Arbeiterstunden ⁷⁾	1000	9 597	9 564	9 258	9 550	9 381	9 367	9 098	9 409	9 537
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	257	273	265	274	262	291	296	292	279
* Bruttogehaltssumme	"	367	386	370	365	367	459	400	394	392
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁸⁾)	"	6 619	7 507	7 100	7 390	7 727	8 722	7 893	8 226	9 066
dar. Auslandsumsatz	"	871	1 026	934	999	1 094	1 096	946	1 187	1 254
* Kohleverbrauch ¹⁰⁾	1000 tSK ⁹⁾	6	7	6	8	6	5	5	5	3
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	1000 m ³	96 647	94 026	78 126	92 544	77 958	91 027	91 027	91 027	77 943
* Stromverbrauch ¹⁰⁾	Mio. kWh	1 147	1 176	1 181	1 149	1 181	1 192	1 192	1 192	1 210
* Heizölverbrauch ¹⁰⁾	1000 t	53	55	51	50	51	53	53	53	47
* davon leichtes Heizöl ¹⁰⁾	"	5	6	6	4	6	4	4	4	4
* schweres Heizöl ¹⁰⁾	"	48	49	45	46	45	48	48	48	43

¹⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ²⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. – ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ einschl. Bergbau. – ⁶⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. – ⁷⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. – ⁸⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. – ⁹⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – ¹⁰⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den September-Spalten der Jahre 1990 und 1991 beziehen sich jeweils auf das erste 3. Vierteljahr des Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige										
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	Mio. DM	3 171	3 515	3 338	3 460	3 836	3 961	3 761	3 859	4 228
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	1 474	1 631	1 607	1 670	1 771	1 832	1 870	1 824	1 912
Investitionsgütergewerbe	"	1 038	1 180	1 079	1 041	1 336	1 362	1 093	1 240	1 518
Verbrauchsgütergewerbe	"	142	162	159	183	176	180	182	199	200
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	517	543	493	566	553	587	616	596	597
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	20 776	21 315	21 414	21 708	22 046	21 820	22 259	21 997	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	15 912	16 318	16 405	16 668	16 969	16 659	17 058	16 789	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 192	2 172	2 315	2 373	2 255	2 369	2 472	2 493	...
* davon für Wohnungsbau	"	442	444	494	477	450	529	558	660	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	1 010	1 059	1 082	1 104	1 094	1 169	1 193	1 121	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	740	669	739	792	711	671	712	712	...
* Brutto Lohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	57	64	67	70	64	67	77	73	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	19	22	22	22	22	26	24	23	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	289	320	356	331	347	367	374	363	...
davon im Wohnungsbau	"	49	49	53	47	43	57	61	49	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	146	176	196	172	202	217	213	207	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	94	95	107	112	102	94	99	107	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 730	8 892	8 774	9 025	9 017	9 068	9 037	9 236	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	6 928	7 090	7 031	7 166	7 236	7 187	7 173	7 336	...
Geleistete Arbeitsstunden	1000	996	1 015	1 016	1 069	990	1 004	1 063	1 051	...
Brutto Lohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	24	25	26	27	24	26	28	28	...
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	8	9	8	8	8	11	9	9	...
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	88	95	90	100	100	107	111	111	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	97	101	162	45	79	184	120	176	209
* Stromverbrauch	"	991	1 004	899	891	928	955	936	948	951
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 737	1 824	1 173	726	1 266	1 583	890	1 041	1 330
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	83,5
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	95,9
Investitionsgütergewerbe	"	91,4
Verbrauchsgütergewerbe	"	85,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	60,9
Bauhauptgewerbe	"	76,8
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	123	206
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	116	164
* Rauminhalt	1000 m ³	131	256
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	41,0	91,7
* Wohnfläche	1000 m ²	22,4	48,0
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	17	27
* Rauminhalt	1000 m ³	305	323
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	98,0	101,0
* Nutzfläche	1000 m ²	59,4	56,0
Wohnungen	Anzahl	276	738
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	"	276	738
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	109	111
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	12	14
Rauminhalt	1000 m ³	180	223
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	271	236
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	210	211	s 210
Wohnungen	"	787	790	s 789

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ nach den fortgeschriebenen Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987. Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	108,6	115,9		117,4				126,0	
Wohngebäude insgesamt	"	108,7	116,1		117,6				126,1	
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	108,5	115,7		117,2				126,0	
Mehrfamiliengebäude	"	108,8	116,0		117,6				125,9	
Gemischt genutzte Gebäude	"									
Bürogebäude	"	110,1	116,6		118,0				125,9	
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	110,0	117,0		118,3				126,2	
Wohngeld										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 790	63 288	63 596	63 448	65 162	56 510	49 054	45 685	43 596
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	9 174,8	10 321,9	10 459,9	10 370,6	10 681,1	9 194,9	7 628,9	6 805,8	6 290,7
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausfuhr des Landes Hamburg ²⁾)	Mio. DM	998	1 002	956	1 072	781	822	1 196	1 008	...
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	106	116	106	140	75	105	198	149	...
Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	892	886	850	932	706	718	998	860	...
davon Rohstoffe	"	7	6	5	14	3	5	10	4	...
Halbwaren	"	119	129	111	162	117	83	152	163	...
Fertigwaren	"	766	751	734	755	587	629	836	693	...
davon Vorerzeugnisse	"	112	101	89	106	76	82	107	77	...
Enderzeugnisse	"	654	650	645	649	511	547	728	616	...
nach Europa	"	704	710	665	735	602	602	665	716	...
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	474	485	475	507	405	429	475	494	...
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure ⁵⁾	"									
Einfuhr	"	4 598	4 959	4 375	5 599	4 770	6 237	5 220
davon Europa	"	2 701	2 979	2 828	3 044	3 166	3 700	2 942
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 080	2 239	2 119	2 248	2 454	3 010	2 223
Außereuropa	"	1 897	1 980	1 547	2 555	1 604	2 537	2 278
Ausfuhr	"	3 039	2 980	2 534	3 274	2 245	2 725	3 513
davon Europa	"	2 289	2 217	1 795	2 499	1 734	2 207	2 535
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 769	1 650	1 170	1 868	1 265	1 795	1 935
Außereuropa	"	750	763	739	775	511	518	978
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1986 = 100	103,9	107,4	104,8	109,8	105,8	104,3	102,9	101,4	...
* davon Binnengroßhandel	"	98,8	111,7	109,5	120,7	115,2	112,8	112,8	113,5	...
Außenhandel	"	108,4	103,6	100,6	100,1	97,4	96,7	94,2	90,6	...
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1986 = 100	110,0	122,4	117,9	119,4	124,5	117,1	131,4	125,2	...
darunter Warenhäuser	"	106,0	122,5	113,5	106,4	99,9	101,4	114,1	105,8	...
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	120,4	129,5	127,2	134,4	134,6	140,9	130,4	145,2	...
darunter Beherbergungsgewerbe	"	129,1	142,1	133,2	151,9	165,1	164,7	138,0	157,8	...
Gaststättengewerbe	"	118,2	125,5	124,9	132,0	127,8	134,8	127,9	142,3	...
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Gäste	1000	164	174	196	203	208	198	194	204	...
* darunter Auslandsgäste	"	54	56	83	78	63	55	69	63	...
* Übernachtungen	"	316	330	369	392	388	378	362	391	...
* darunter von Auslandsgästen	"	107	108	154	156	117	104	119	117	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 059	1 111	1 141	1 150	1 096	1 150	1 150	970	1 120
Angekommene Schiffe	"									
Güterverkehr über See	1000 t	4 799	5 134	5 462	5 270	5 128	5 358	6 008	5 463	5 221
davon Empfang	"	3 053	3 310	3 762	3 472	3 320	3 486	4 002	3 426	3 206
dar. Sack- und Stückgut	"	1 016	1 127	1 160	1 156	1 151	1 196	1 302	1 231	1 184
Versand	"	1 746	1 824	1 700	1 798	1 808	1 872	2 006	2 037	2 016
dar. Sack- und Stückgut	"	1 175	1 253	1 216	1 190	1 129	1 235	1 361	1 240	1 309
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	144 080	164 082	170 489	169 260	167 697	185 503	205 479	188 598	191 467
in Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t	1 421	1 632	1 631	1 640	1 664	1 784	1 949	1 803	1 832
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	347	383	352	327	367
* Güterversand	"	344	370	367	263	300
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	9 019	9 448	10 056	10 297	10 167	9 546	10 229	10 398	...
Fluggäste	"	508 263	555 471	609 239	631 114	663 313	600 948	599 321	613 196	...
Fracht	t	3 076	3 402	3 252	3 444	3 923	3 259	2 966	2 974	...
Luftpost	"	1 343	1 378	1 343	1 363	1 374	1 527	1 505	1 561	...
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	25 640	25 990				25 586	24 508	25 947	...
Busse (ohne Private)	"	19 297	20 377				19 840	18 900	20 074	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 521	7 257	7 440	6 941	6 794	9 177	11 549	4 670	p 5 900
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 938	6 547	6 790	6 288	5 935	8 283	10 727	3 709	p 4 768
* Lastkraftwagen	"	376	468	412	442	671	524	458	708	p 922
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	932	924	879	1 025	1 040	p 967	p 819	p 958	p 948
* Getötete Personen	"	10	9	11	5	6	p 9	p 8	p 8	p 4
* Verletzte Personen	"	1 222	1 205	1 135	1 339	1 333	p 1 254	p 1 042	p 1 231	p 1 216
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	123 927,9	136 337,7	126 578,4	127 234,0	130 121,4	140 416,1	139 533,9	141 218,5	140 844,6
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	118 028,9	126 997,5	119 477,5	119 823,0	121 940,6	131 182,5	130 585,7	132 281,1	131 816,3
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	20 933,1	23 845,2	20 720,2	20 410,6	21 835,6	25 248,8	24 901,7	25 501,2	25 534,5
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	20 771,1	23 804,4	20 663,1	20 396,4	21 811,5	25 136,2	24 826,8	25 432,6	25 464,1
* an öffentliche Haushalte	"	162,0	40,8	57,1	14,2	24,1	112,6	74,9	68,6	70,4
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	10 806,0	13 569,7	11 937,1	12 260,4	12 469,5	14 251,7	13 970,8	14 704,3	14 997,3
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 310,5	8 336,5	7 977,4	7 900,9	7 973,3	7 794,2	8 031,4	8 269,5	8 571,8
* an öffentliche Haushalte	"	3 495,5	5 233,2	3 959,7	4 359,5	4 496,2	6 457,5	5 939,4	6 434,8	6 425,5
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	86 287,8	89 582,6	86 820,2	87 152,0	87 635,5	91 682,0	91 713,2	92 075,6	91 284,5
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	66 479,2	68 788,4	67 597,7	67 818,5	67 907,7	70 057,2	70 366,8	70 871,7	71 093,7
* an öffentliche Haushalte	"	19 808,6	20 794,2	19 222,5	19 333,5	19 727,8	21 624,8	21 346,4	21 203,9	20 190,8
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁵⁾	"	73 952,1	79 221,5	72 743,8	72 658,4	73 847,9	77 913,2	77 365,9	77 714,5	77 602,2
* Sichteinlagen und Termingelder	"	56 834,3	62 395,7	56 550,8	56 522,6	57 697,6	61 534,2	61 059,0	61 431,4	61 350,9
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	48 999,9	54 382,4	49 869,6	49 297,3	50 159,6	53 916,8	53 917,2	53 516,7	53 267,5
* von öffentlichen Haushalten	"	7 834,4	8 013,3	6 681,2	7 225,3	7 537,9	7 617,4	7 141,8	7 914,7	8 083,4
* Spareinlagen	"	17 117,8	16 825,8	16 193,0	16 135,0	16 150,3	16 379,0	16 306,9	16 283,1	16 251,3
* bei Sparkassen	"	10 010,2	9 534,6	9 342,1	9 290,0	9 273,0	9 005,4	8 943,7	8 911,3	8 890,9
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	1 712,9	1 747,0	1 233,2	1 073,0	982,1	1 068,1	1 161,2	1 094,9	1 066,7
* Lastschriften auf Sparkonten	"	1 157,1	521,1	1 302,7	1 109,2	967,6	1 117,3	1 233,2	1 118,7	1 098,5
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	50	43	26	49	45	46	31	33	30
* Vergleichsverfahren	"	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	150	125	125	129	126	112	105	85	114
* Wechselsumme	Mio. DM	1,7	2,8	2,8	1,6	1,5	2,0	1,3	1,6	1,6
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlass eines Mahnbescheides	Anzahl	25 674	24 144	25 768	24 904	22 288	20 689	26 874	22 912	23 217
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftssteuern	Mio. DM	1 900,8	1 823,8	1 779,7	1 500,5	2 233,2	2 449,1	1 888,4	1 718,9	...
* Steuern vom Einkommen	"	1 107,3	1 083,5	1 066,7	759,0	1 532,8	1 634,9	1 174,8	913,3	...
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	768,1	741,3	775,9	684,2	665,4	926,1	938,1	787,7	...
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	148,8	161,1	11,1	21,0	433,0	403,0	57,3	82,8	...
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	81,5	57,6	198,6	73,3	52,3	124,6	173,0	88,3	...
* Körperschaftsteuer ⁹⁾	"	108,9	123,5	81,0	19,5	382,2	181,3	6,4	45,4	...
* Steuern vom Umsatz	"	793,5	740,1	713,0	741,6	700,3	814,2	713,7	805,6	...
* Umsatzsteuer	"	375,2	448,3	426,4	461,4	429,4	499,4	396,8	491,1	...
* Einfuhrumsatzsteuer ⁹⁾	"	418,3	291,8	286,6	280,2	270,9	314,8	316,9	314,5	...
* Bundessteuern	"	1 386,7	1 383,4	1 454,4	1 379,1	1 444,2	1 577,3	1 596,1	1 858,0	...
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle) ⁹⁾	"	90,1	9,8	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	...
* Verbrauchsteuern	"	1 245,9	1 321,6	1 411,2	1 312,1	1 405,6	1 537,2	1 539,4	1 707,1	...
* Landessteuern	"	75,7	79,9	57,6	131,1	56,8	49,1	54,9	137,8	...
* Vermögensteuer	"	23,8	27,4	7,2	65,6	16,1	2,8	5,6	74,0	...
* Kraftfahrzeugsteuer	"	17,0	15,6	14,2	13,5	11,9	14,4	12,8	27,7	...
* Biersteuer	"	3,1	3,2	2,5	4,4	4,7	5,4	3,5	4,9	...
* Gemeindesteuern	"	168,7	176,3	99,2	477,8	63,9	39,2	117,6	519,6	...
* Grundsteuer A ¹⁰⁾	"	0,1	0,1	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,4	...
* Grundsteuer B ¹¹⁾	"	30,6	32,6	59,3	73,4	2,8	6,9	58,9	76,6	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹²⁾	"	136,3	141,8	38,2	401,1	59,8	31,2	57,5	439,8	...

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. - ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. - ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. - ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. - ⁷⁾ vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ⁸⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁹⁾ Rückgang bedingt durch die seit 01.01.90 erfolgte Verlagerung der Zuständigkeit auf die EURO-Zollkasse Trier. - ¹⁰⁾ Grundsteuerbeiträge abgeglichen. - ¹¹⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - ¹²⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 306,2	2 337,6	2 392,2	2 210,2	2 583,4	2 824,3	2 572,7	2 800,3	...
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	484,9	474,1	474,3	326,6	684,0	717,8	523,2	391,4	...
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	515,8	481,1	463,5	482,0	455,2	529,2	463,9	523,6	...
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	-	22,5	-	-	-	27,3	...
* Steuereinnahmen des Landes	"	547,7	547,1	292,9	608,0	826,4	866,0	287,7	670,5	...
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾³⁾	"	366,6	355,9	144,3	315,0	674,6	714,9	128,7	381,0	...
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	96,5	102,4	91,0	139,3	95,0	102,0	104,1	124,4	...
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	-	22,5	-	-	-	27,3	...
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	250,1	256,0	106,3	538,5	228,6	238,6	138,7	595,5	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	118,5	124,0	38,2	356,1	59,6	31,2	57,5	385,2	...
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ²⁾³⁾	"	99,2	97,5	7,1	105,6	164,7	199,3	21,1	130,4	...
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	798,8	809,8	398,5	1 145,8	943,8	1 114,1	425,7	1 265,3	...
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	885	928	938	.	.	.	982	.	.
* dar. Facharbeiter	"	921	966	976	.	.	.	1 026	.	.
* weibliche Arbeiter	"	615	640	646	.	.	.	677	.	.
* dar. Hilfsarbeiter	"	580	604	608	.	.	.	632	.	.
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	21,95	23,23	23,49	.	.	.	24,85	.	.
* dar. Facharbeiter	"	22,85	24,17	24,48	.	.	.	25,96	.	.
* weibliche Arbeiter	"	15,74	16,61	16,72	.	.	.	17,71	.	.
* dar. Hilfsarbeiter	"	14,76	15,53	15,59	.	.	.	16,45	.	.
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	5 711	5 904	5 954	.	.	.	6 168	.	.
* weiblich	"	3 926	4 095	4 121	.	.	.	4 347	.	.
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	5 349	5 573	5 639	.	.	.	5 968	.	.
* weiblich	"	3 731	3 929	3 940	.	.	.	4 298	.	.
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 606	4 844	4 850	.	.	.	5 114	.	.
* weiblich	"	3 441	3 620	3 641	.	.	.	3 891	.	.
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
dar. Straftaten wider das Leben	Anzahl	22 460	23 225	27 442	23 584	19 910	24 548	27 602	22 574	14 651
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	8	8	10	7	3	3	12	22	4
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	136	139	165	157	88	134	141	129	86
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 150	1 217	1 340	1 205	1 120	1 439	1 595	1 241	879
Diebstahl	"	2 560	2 803	3 122	2 119	1 846	2 070	2 437	2 214	1 205
dar. unter erschwerenden Umständen	"	15 145	15 450	18 956	16 623	13 783	16 655	19 310	15 559	10 451
Außerdem Verkehrsvergehen	"	10 346	10 070	12 712	10 656	8 942	10 381	12 645	10 047	6 553
	"	869	957	1 007	1 060	867	1 041	973	...	991
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feueralarme	"	15 616	...	13 497	14 535	13 144
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	681	...	615	677	489
Rettungswageneinsätze	"	186	...	187	232	149
	"	13 593	...	11 268	12 119	11 120
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	180	202	148

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern nach Berücksichtigung der Zahlungen im Länderfinanzausgleich und der Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Berichtsmonat ¹⁾			
			1991			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) insgesamt - einschließlich Berlin(West) -	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Bevölkerung	1000	Januar	1 629,2	
Lebendgeborene	Anzahl	"	1 279	...	1 330	
Gestorbene	"	"	2 008	...	1 841	
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	729	...	511	
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	9 602	
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	6 084	
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	+ 3 518	
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	"	"	+ 3 007	
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	176,5	
Lebendgeborene	Anzahl	"	243	...	232	
Gestorbene	"	"	25	...	19	
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	+ 218	...	+ 213	
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	2 887	
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	2 130	
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	+ 757	
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—) ²⁾	"	"	+ 970	
Arbeitsmarkt⁴⁾						
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	Anzahl	Juli	786 400	4 319 500	23 300 600	748 000
Arbeitslose	"	September	59 201	393 749	1 609 520	69 925
und zwar Männer	"	"	35 154	208 933	838 560	40 502
Frauen	"	"	24 047	184 816	770 960	29 423
Teilzeitkräfte	"	"	4 852	45 800	186 884	6 019
Ausländer	"	"	9 697	36 885	206 201	10 315
Arbeitslosenquote	%	"	8,1	7,6	6,0	9,7
Offene Stellen	Anzahl	"	7 949	51 976	341 028	8 877
Kurzarbeiter	"	"	1 862	15 827	132 442	467
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Mai	135 857	1 085 133	7 500 137	133 707
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	9 426	99 840	648 762	9 558
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	758	4 961	34 112	691
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁶⁾	"	"	3 656	24 342	134 762	3 638
Gesamtumsatz ⁶⁾	"	"	8 008	32 519	155 468	7 290
darunter Auslandsumsatz	"	"	983	7 962	41 281	1 142
Bauhauptgewerbe⁷⁾						
Beschäftigte	Anzahl	August	21 997	193 638	1 069 969	21 708
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	2 493	22 696	112 856	2 373
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	96	725	3 978	92
Baugewerblicher Umsatz ⁸⁾	"	"	363	2 674	13 943	331
Fremdenverkehr						
Gäste	1000	Juli	194	1 674	...	196
darunter Auslandsgäste	"	"	69	318	...	79
Übernachtungen	"	"	362	8 002	...	369
darunter von Auslandsgästen	"	"	119	634	...	146
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁸⁾	Anzahl	Juli	10 727	84 534	444 589	6 790
Steuern⁹⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Januar-März	8 524,5
darunter	"	"	4 943,4
Gemeinschaftssteuern	"	"	258,2
Landessteuern	"	"	456,8
Gemeindesteuern	"	"	

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. — ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. — ³⁾ Ohne den Saldo zugunsten der deutschen Anpassungen der errechneten Durchschnittszahlen ergeben. — ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. — ⁶⁾ nach Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4. — ⁷⁾ Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990

Jahresbeginn bis Berichtsmontat (einschl.) ²⁾										
1990		1991			1990			Veränderung 1991 gegenüber 1990 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) insgesamt - einschließlich Berlin(West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) insgesamt - einschließlich Berlin(West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) insgesamt - einschließlich Berlin(West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet*) insgesamt - einschließlich Berlin(West) -
12 204,2	62 796,9	1 627,7	12 191,2	62 738,0
9 801	54 229	1 279	1 330	9 801	54 229	-	3,8	...
14 698	69 874	2 008	1 841	14 698	69 874	+	9,1	...
4 897	15 645	729	511	4 897	15 645	-
77 568	180 757	9 602	77 568	180 757
46 797	47 443	6 084	46 797	47 443
30 771	133 314	3 518	30 771	133 314	+
25 874	117 669	3 007	25 874	117 669	+
786	5 935	243	176,2	786	5 935	+	4,7	...
90	775	25	232	90	775	+	31,6	...
696	5 160	218	19	696	5 160	+
16 220	67 200	213	16 220	67 200
11 195	36 611	2 887	11 195	36 611
5 025	30 589	2 130	5 025	30 589
5 721	35 749	757	5 721	35 749	+
970	970	+
4 112 000	22 352 500	777 700	4 260 800	23 062 600	744 600	4 064 800	22 155 900	+	4,4	+ 4,1
439 753	1 727 760	64 729	427 386	1 709 417	77 924	498 752	1 941 028	-	16,9	- 11,9
229 686	870 058	38 464	231 149	910 594	45 224	265 081	999 403	-	14,9	- 8,9
210 067	857 702	26 265	196 237	798 825	32 700	233 671	941 625	-	19,7	- 15,2
49 539	200 526	5 281	47 430	189 854	6 633	53 839	217 799	-	20,4	- 12,8
35 214	187 400	10 169	37 301	205 609	11 427	38 985	206 963	-	11,0	- 0,7
8,8	6,6	8,9	8,3	6,4	10,8	9,9	7,4	x	x	x
48 823	319 521	7 647	53 427	338 081	8 293	49 230	317 393	-	7,8	+ 6,5
4 249	32 233	1 466	19 434	132 166	2 174	16 373	58 995	-	32,6	+ 124,0
1 060 141	7 356 610	135 975	1 084 282	7 501 475	133 543	1 055 181	7 327 656	+	1,8	+ 2,3
100 459	686 037	48 741	509 402	3 370 853	48 143	497 654	3 371 127	+	1,2	+ 0,0
4 525	31 669	3 340	22 417	155 926	3 087	20 533	144 514	+	8,1	+ 7,8
22 966	134 656	18 804	119 847	689 245	16 235	107 861	643 131	+	15,8	+ 7,1
29 727	153 529	40 852	162 398	796 362	34 735	141 272	734 452	+	17,6	+ 8,4
8 312	46 972	5 133	39 424	214 733	4 751	40 332	226 494	+	8,0	- 5,1
192 105	1 061 182	21 856	189 025	1 039 491	21 106	182 874	1 022 472	+	3,6	+ 1,7
22 634	118 351	18 085	159 853	871 169	17 300	161 426	893 219	+	4,5	- 2,5
685	3 798	704	5 172	28 721	640	4 702	26 902	+	10,1	+ 6,8
2 412	12 499	2 483	17 444	93 267	2 340	15 576	84 262	+	6,1	+ 10,7
1 665	7 491	1 191	8 718	...	1 152	8 258	41 431	+	3,4	+ 5,9
319	2 085	315	1 221	...	373	1 183	8 868	-	15,6	+ 3,3
7 863	29 699	2 268	32 687	...	2 189	31 064	143 474	+	3,6	+ 5,2
614	4 609	606	2 613	...	716	2 408	19 765	-	15,4	+ 8,5
54 370	271 693	58 296	481 524	2 450 789	47 246	360 430	1 841 345	+	23,4	+ 33,6
22 605,5	127 087,3	8 524,5	22 605,5	127 087,3
15 545,7	95 197,9	4 943,4	15 545,7	95 197,9
1 206,9	6 629,9	258,2	1 206,9	6 629,9
1 970,0	11 802,5	456,8	1 970,0	11 802,5

Staatsangehörigkeit. - *) Die Zahlen für den aktuellen Monat des laufenden Jahres sind vorläufig. Aufgrund der - erfahrungsgemäß geringen - Korrekturen können sich auch noch den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - *) einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/ -post. - *) Quelle: Statistisches

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	3. Vj. 90	1 647	2 151	1 231	952	627	645	576	579	551	511	493
		2. Vj. 90	1 640	2 146	1 220	950	626	641	575	576	549	510	491
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90	11,6	13,4	.	.	.	24,1	.	20,4	10,4	10,9	.
		2. Vj. 90	11,3	13,3	.	.	.	23,6	.	20,0	10,1	10,8	.
Lebendgeborene	Anzahl	3. Vj. 90	4 089	5 783	4 580	2 834	1 795	1 794	1 597	1 622	1 498	1 546	1 768
		2. Vj. 90	4 023	5 429	3 101	2 256	1 422	1 342	1 340	1 543	1 302	1 225	1 230
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90	18,0	25,0	.	23,4	14,6	33,5	20,3	23,6	16,8	17,9	.
		2. Vj. 90	17,8	25,3	.	29,4	15,5	33,6	20,8	24,3	16,3	16,7	.
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	9,8	10,7	14,8	11,8	11,4	11,0	11,0	11,1	10,8	12,0	14,2
		2. Vj. 90	9,8	10,1	10,2	9,5	9,1	8,4	9,3	10,8	9,5	9,6	10,1
Gestorbene	Anzahl	3. Vj. 90	5 020	6 984	3 242	2 529	1 998	1 997	1 733	1 384	1 502	1 753	1 521
		2. Vj. 90	5 007	7 082	3 015	2 433	2 130	1 635	1 790	1 422	1 584	1 637	1 420
Gestorbene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	12,1	12,9	10,4	10,5	12,6	12,3	11,9	9,5	10,8	13,6	12,2
		2. Vj. 90	12,2	13,2	9,9	10,3	13,6	10,2	12,5	9,9	11,6	12,9	11,6
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (—)	Anzahl	3. Vj. 90	- 931	- 1 201	+ 1 338	+ 305	- 203	- 203	- 136	+ 238	- 4	- 207	+ 247
		2. Vj. 90	- 984	- 1 653	+ 86	+ 177	- 708	- 293	- 450	+ 121	- 282	- 412	- 190
Zugezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90	25 485	27 145	31 777	11 241	4 881	11 834	6 935	14 424	8 530	7 672	12 162
		2. Vj. 90	20 002	25 742	22 543	8 874	3 883	10 324	5 968	11 153	6 251	6 585	10 890
Zugezogene Personen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	61,4	50,1	102,4	46,8	30,9	72,8	47,8	98,8	61,4	59,5	97,8
		2. Vj. 90	48,9	48,1	74,1	37,5	24,9	64,6	41,6	77,7	45,7	51,8	89,0
Fortgezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90	17 788	21 185	20 495	9 310	3 673	8 262	6 317	11 290	6 186	5 957	9 421
		2. Vj. 90	14 927	18 420	15 527	8 321	1 892	6 902	5 520	8 724	4 907	5 455	7 454
Fortgezogene Personen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	42,8	39,1	66,0	38,8	23,2	50,8	43,5	77,4	44,5	46,2	75,8
		2. Vj. 90	36,5	34,4	51,1	35,1	12,1	43,2	38,5	60,8	35,9	42,9	60,9
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	Anzahl	3. Vj. 90	+ 7 697	+ 5 960	+ 11 282	+ 1 931	+ 1 208	+ 3 572	+ 618	+ 3 134	+ 2 344	+ 1 715	+ 2 741
		2. Vj. 90	+ 5 075	+ 7 322	+ 7 016	+ 553	+ 1 991	+ 3 422	+ 448	+ 2 429	+ 1 344	+ 1 130	+ 3 436
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	+ 18,5	+ 11,0	+ 36,3	+ 8,0	+ 7,6	+ 22,0	+ 4,3	+ 21,5	+ 16,9	+ 13,3	+ 22,0
		2. Vj. 90	+ 12,4	+ 13,7	+ 23,1	+ 2,3	+ 12,8	+ 21,4	+ 3,1	+ 16,9	+ 9,8	+ 8,9	+ 28,1
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	Anzahl	3. Vj. 90	+ 6 766	+ 4 759	+ 12 620	+ 2 236	+ 1 005	+ 3 369	+ 482	+ 3 372	+ 2 340	+ 1 508	+ 2 988
		2. Vj. 90	+ 4 091	+ 5 669	+ 7 102	+ 376	+ 1 283	+ 3 129	- 2	+ 2 550	+ 1 062	+ 718	+ 3 246
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	+ 16,3	+ 8,8	+ 40,7	+ 9,3	+ 6,4	+ 20,7	+ 3,3	+ 23,1	+ 16,8	+ 11,7	+ 24,0
		2. Vj. 90	+ 10,0	+ 10,6	+ 23,4	+ 1,6	+ 8,2	+ 19,6	- 0,0	+ 17,8	+ 7,8	+ 5,6	+ 26,5
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	3. Vj. 90	28 663	47 983	24 648	...	10 265	8 044	...	10 107	11 190	8 694	7 921
		2. Vj. 90	30 137	30 044	24 956	17 537	10 157	8 424	8 983	9 808	8 726	8 674	8 728
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	69,0	88,5	79,4	...	64,9	49,5	...	69,2	80,5	67,4	63,7
		2. Vj. 90	73,7	56,1	82,1	74,0	65,1	52,7	62,7	68,3	63,8	68,2	71,4
Arbeitsmarkt²⁾													
Arbeitslose	Anzahl	3. Vj. 90	69 925	84 031	30 936	45 756	31 231	25 345	34 645	13 960	31 505	34 590	27 221
		2. Vj. 90	74 027	86 435	31 972	47 307	33 373	26 276	37 371	14 132	33 677	35 280	28 570
und zwar Männer	"	3. Vj. 90	40 502	47 937	15 076	26 721	17 957	13 702	18 568	7 255	17 317	18 481	12 366
		2. Vj. 90	42 929	49 553	15 592	27 298	19 205	14 176	20 137	7 402	18 498	18 691	12 754
Frauen	"	3. Vj. 90	29 423	36 094	15 860	19 035	13 274	11 643	16 077	6 705	14 188	16 109	14 855
		2. Vj. 90	31 098	36 882	16 380	20 009	14 168	12 100	17 234	6 730	15 179	16 589	15 816
Teilzeitkräfte	"	3. Vj. 90	6 019	5 934	4 413	3 278	2 195	2 930	3 278	1 420	3 164	3 259	3 777
		2. Vj. 90	6 436	5 890	4 756	3 501	2 282	3 042	3 513	1 391	3 332	3 466	4 344
Arbeitslosenquote	%	3. Vj. 90	9,7	8,7	3,4	11,1	12,2	4,6	8,3	3,3	11,5	10,0	5,4
		2. Vj. 90	10,3	9,0	3,5	11,5	13,0	4,8	8,9	3,4	12,3	10,2	5,7
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	3. Vj. 90	10 315	13 239	5 943	9 713	2 948	5 929	5 715	3 705	3 108	5 157	3 817
		2. Vj. 90	10 951	13 391	6 172	9 724	2 950	6 132	6 135	3 766	3 306	5 250	4 190
Öffene Stellen	"	3. Vj. 90	8 877	7 390	20 459	4 951	1 990	8 501	5 094	10 434	4 052	3 610	8 182
		2. Vj. 90	9 318	9 701	19 451	5 084	1 865	8 303	5 055	10 614	3 496	3 632	7 646
Kurzarbeiter	"	3. Vj. 90	467	1 562	97	407	26	105	50	10	438	164	625
		2. Vj. 90	951	1 604	251	316	56	217	229	1	400	452	1 072

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	135 497	175 783	167 841	98 863	44 658	103 081	74 775	123 812	70 712	76 640	86 695
		2. Vj. 90	134 309	170 520	166 925	99 085	44 840	101 840	73 695	123 086	69 228	74 742	85 172
je 1000 Einwohner	3. Vj. 90	2. Vj. 90	82	82	136	104	71	160	130	214	128	150	176
		3. Vj. 90	82	79	137	104	72	159	128	214	126	147	174
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	3. Vj. 90	1 896	2 089	2 683	1 493	635	1 829	1 095	1 868	928	1 071	1 057
		2. Vj. 90	2 002	2 066	2 643	1 515	638	1 798	1 146	2 065	1 276	976	1 031
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	3. Vj. 90	2. Vj. 90	56	47	63	60	56	70	58	60	52	55	48
		3. Vj. 90	60	49	64	61	57	71	62	67	74	52	49
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	10 642	13 639	14 739	7 824	3 019	4 762	4 990	6 528	5 616	3 966	3 930
		2. Vj. 90	10 144	12 529	14 739	7 553	2 867	4 582	5 282	6 279	6 315	4 061	3 716
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	22 169	14 240	15 968	8 550	3 747	7 825	5 655	7 738	6 144	4 440	4 267
		2. Vj. 90	21 078	12 964	15 973	8 264	3 220	7 364	5 916	7 339	6 841	4 432	4 036
darunter Auslandsumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	3 034	1 551	7 028	2 579	393	2 066	1 785	2 421	2 322	1 353	924
		2. Vj. 90	3 006	1 519	7 414	2 871	401	2 257	2 313	2 218	2 483	1 482	1 002
Gesamtumsatz ⁴⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	53	26	51	36	24	48	39	53	44	34	34
		2. Vj. 90	52	24	53	35	21	46	41	51	50	35	33
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	3. Vj. 90	2. Vj. 90	649	321	377	343	333	301	300	248	345	230	195
		3. Vj. 90	629	305	384	335	288	290	322	239	396	238	190
Bauhauptgewerbe³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	16 326	27 600	26 360	9 922	6 708	13 643	9 798	10 438	7 424	6 373	8 724
		2. Vj. 90	15 637	26 536	25 904	9 809	6 634	13 886	9 424	10 327	6 975	6 242	8 698
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	866	1 148	1 093	442	226	550	502	509	352	282	325
		2. Vj. 90	760	939	1 004	398	241	524	428	476	270	216	278
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	3. Vj. 90	607 499	785 846	1 072 207	358 140	57 946	551 659	255 542	155 653	128 493	147 848	227 767
		2. Vj. 90	553 807	804 964	955 551	308 397	62 512	495 701	267 752	146 733	110 907	137 363	197 023
Fremdenübernachtungen von Gästen	"	3. Vj. 90	1 148 411	1 989 616	2 035 592	683 563	145 845	1 005 666	465 919	311 246	232 993	242 882	391 918
		2. Vj. 90	1 050 895	2 069 222	1 837 228	660 898	178 222	887 151	582 872	303 278	208 314	251 770	354 092
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	3. Vj. 90	444 324	554 155	1 081 463	323 945	29 522	616 231	202 382	119 118	62 930	76 656	127 309
		2. Vj. 90	340 842	489 930	850 505	301 548	46 610	504 164	294 861	103 003	56 651	72 627	98 294
Fremdenübernachtungen von Gästen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	2 766	3 669	6 558	2 847	923	6 189	3 211	2 132	1 677	1 884	3 152
		2. Vj. 90	2 570	3 867	6 042	2 790	1 142	5 549	4 065	2 113	1 522	1 981	2 895
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁵⁾	Anzahl	3. Vj. 90	19 013	17 402	22 532	11 350	7 231	7 784	9 781	5 250	5 195	5 604	
		2. Vj. 90	21 386	19 208	26 512	15 017	8 073	9 908	12 102	6 084	5 950	4 887	
Steuer-einnahmen													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital - nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	3. Vj. 90	454	136	605	255	118	349	222	191	88	116	126
		2. Vj. 90	312	135	323	232	90	322	213	139	95	101	84
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	1 094	250	1 949	1 062	748	2 150	1 530	1 312	635	899	1 012
		2. Vj. 90	763	253	1 061	980	574	2 015	1 488	970	692	796	686
DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	2. Vj. 90	277	115	227	132	77	99	89	92	70	57	73
		3. Vj. 90	298	105	207	114	83	96	96	98	63	61	67
DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	2. Vj. 90	668	213	732	548	490	608	614	632	506	445	590
		3. Vj. 90	729	196	681	483	534	599	668	684	458	481	546

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. - ²⁾ Arbeitsamtsbezirk. - ³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁴⁾ Ohne Umsatzsteuer. - ⁵⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post.

Im Oktober 1991 veröffentlichte Statistische Berichte

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung November 1990

Produzierendes Gewerbe

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe August 1991

Bautätigkeit

Bauhauptgewerbe Juli 1991

Handel und Gastgewerbe

Einzelhandel Juli 1991

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle April 1991

Preise

Preisindizes für Bauwerke August 1991

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich; sie enthält textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse sowie mehrere ständige Zahlenübersichten.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtsreihen gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Taschenbuch

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen.

Das Statistische Taschenbuch 1991 ist 251 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Faltblatt „Daten und Informationen“

In dem jährlich herausgegebenen Faltblatt „Daten und Informationen“ wird ein breites Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik in knapper Form dargeboten. Das Faltblatt wird Interessenten kostenlos überlassen.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1990

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält die amtlich benannten Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet, mit Angabe der Ortsteile, Stadtteile, Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke; zudem werden die Standesamts-, Finanzamts- und Amtsgerichtsbezirke aufgeführt. Das Verzeichnis umfaßt des weiteren eine Zusammenstellung der Hamburger Kleingartenvereine. Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist 377 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 15,- DM.

Statistik des Hamburgischen Staates

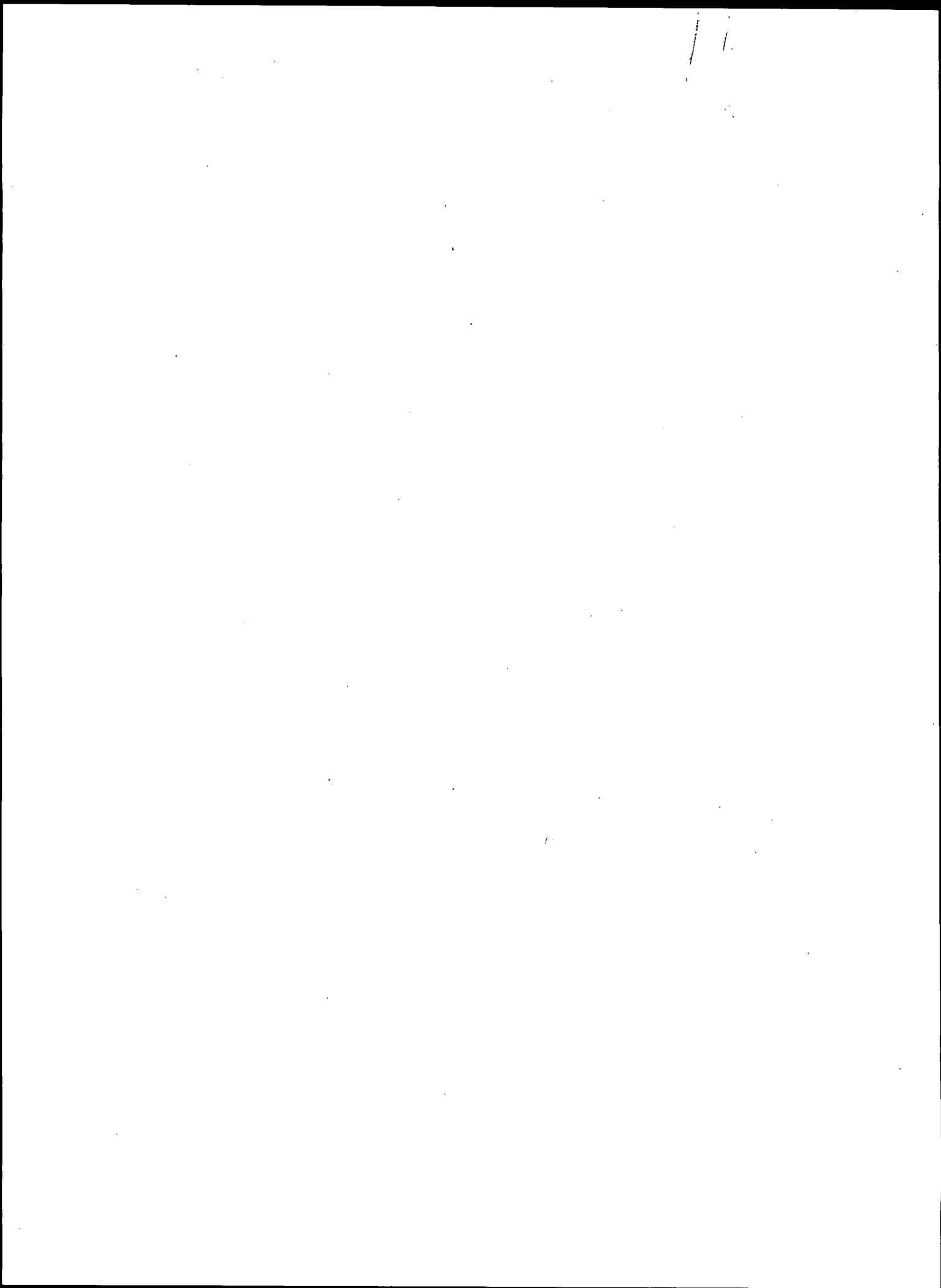
In dieser Reihe erscheinen Quellenwerke mit tiefgegliederten Tabellen aus Großzählungen und wichtigen laufenden Statistiken. Darüber hinaus werden in dieser Reihe die Ergebnisse von Wahlen ausführlich dokumentiert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
- Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
- Heft 107 Die Pendelwandlung über die Hamburger Landesgrenze – Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 – (vergriffen)
- Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 – Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
- Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 – Landesergebnisse –
- Heft 110 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
- Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
- Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
- Heft 113 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
- Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
- Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
- Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
- Heft 117 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1975
- Heft 118 Regionalstatistik – Daten für die Region Hamburg/Umland 1976 (vergriffen)
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 (vergriffen)
- Heft 130 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik – Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982

- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1985
- Heft 146 Handels- und Gaststättenzählung 1985
- Heft 147 Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987
- Heft 148 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 9. November 1986 und am 17. Mai 1987
Teil 1: Wahlen am 9. November 1986
Teil 2: Wahlen am 17. Mai 1987
- Heft 149 Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989
- Heft 150 Produzierendes Gewerbe 1984 bis 1989

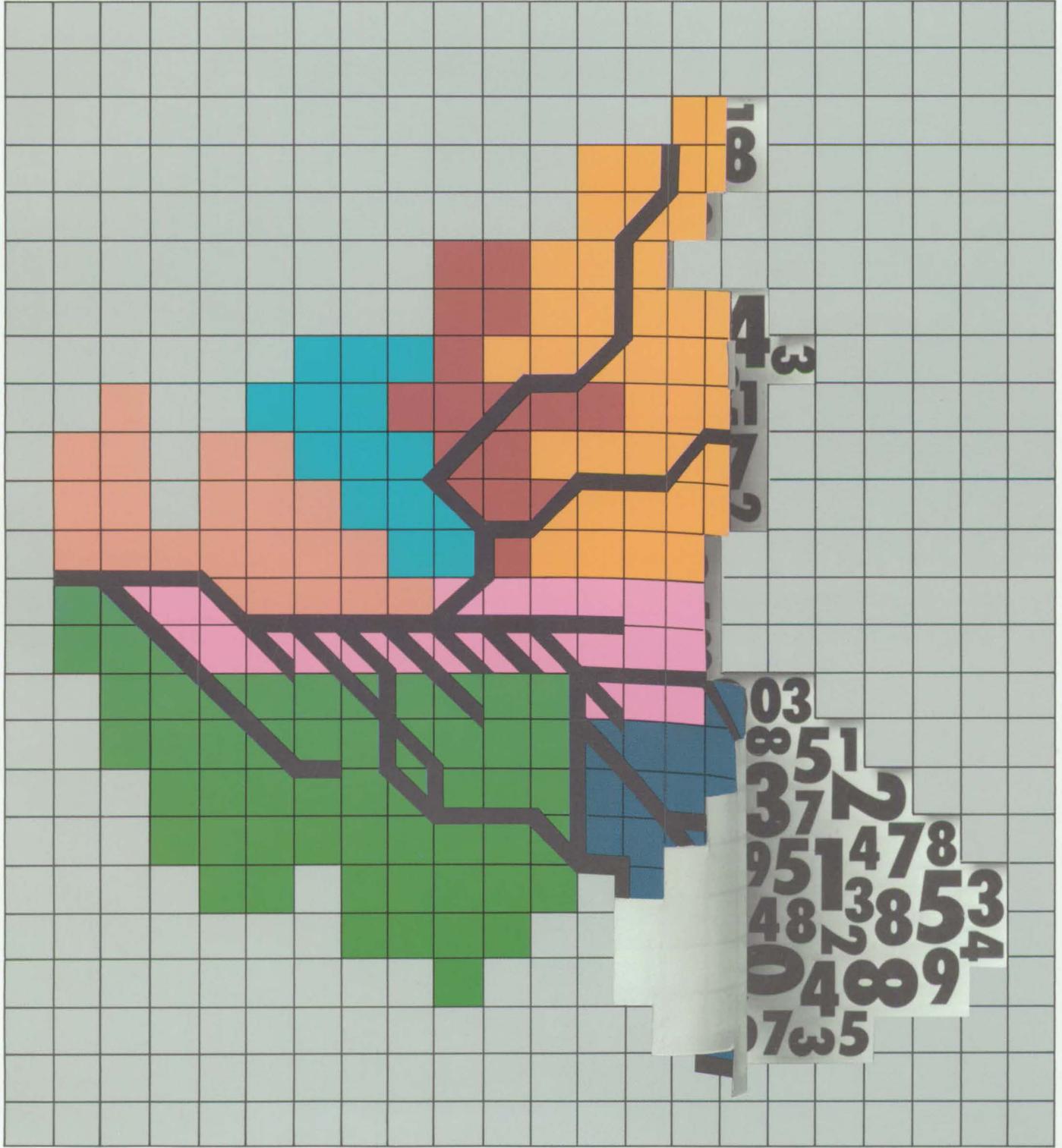
Vertrieb der vorstehenden
Veröffentlichungen:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721
Telefax: (040) 3681-1700
Btx: * 36 502 #



Hamburg in Zahlen

1991

12



Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtete Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
- ≐ = entspricht
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

- MD = Monatsdurchschnitt
- Vj = Vierteljahr
- Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Impressum

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721
Telefax: (040) 3681-1700

Btx: * 36 502 #

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka

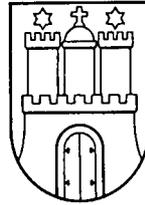
Einzelpreis: DM 4,-

Jahresabonnement: DM 40,-

Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamtes
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 12.1991

Das statistische Stichwort

○ Haushalte und Familien 402

*

Statistik aktuell

○ Noch kein Ende des
Beschäftigungsbooms 402

○ Außenhandel mit
Jugoslawien 402

○ Über 100 Millionen DM
für den Umweltschutz 402

*

Volkzählungsergebnisse in Karten

○ Personen mit evangelischer
Religionszugehörigkeit
in den Hamburger Stadt-
teilen am 25. Mai 1987 403

*

Mikrozensusdaten für

Hamburg –

Möglichkeiten und Grenzen
ihrer Nutzung 404

Nutzungs- und Wirtschafts-
struktur der Hamburger

Stadtteile 413

*

1866 - 1991

125 Jahre Statistisches

Landesamt Hamburg 425

*

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

○ Ergebnisse der
Arbeitsstättenzählung
vom 25. Mai 1987 430

*

Das interessiert in Hamburg

○ Diagramme 432

○ Statistik der anderen 432

○ Statistik international 432

○ Neue Schriften 432

○ Der Draht zum StaLa 433

*

Hamburger Zahlenspiegel 434

Hamburg im

großräumlichen Vergleich 440

Hamburg im Städtevergleich 442

Das statistische Stichwort

Haushalte und Familien

Die Formen des Zusammenlebens der Menschen in unserer Gesellschaft werden in der amtlichen Statistik im Rahmen der Haushalts- und Familienstatistik dargestellt. Als Haushalt werden dabei Personengruppen gezählt, die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft führen beziehungsweise ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren (Mehrpersonenhaushalt). Personen, die allein wohnen und wirtschaften bilden ebenfalls einen eigenständigen Haushalt (Einpersonenhaushalt), und zwar auch dann, wenn sie mit anderen Personen eine gemeinsame Wohnung haben. Dieser Haushaltsbegriff ordnet – mit Ausnahme der in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften untergebrachten Personen ohne eigene Haushaltsführung (Anstaltsbevölkerung) – jede Person einem Haushalt zu. Personen mit mehreren Wohnsitzen gehören in jeder Wohnung einem Haushalt an. Dies hat zur Folge, daß der Begriff der Bevölkerung in Haushalten im allgemeinen Doppelzählungen von Personen beinhaltet.

Während die Haushalte wegen ihrer besonderen Bedeutung als Erhebungseinheit für die Erfassung der Personen bei Volkszählungen schon sehr frühzeitig auch Gegenstand von statistischen Auszählungen gewesen sind, gibt es eine amtliche Familienstatistik in der Bundesrepublik erst seit Mitte der 50er Jahre. Als Familien werden Ehepaare oder alleinstehende Elternteile mit ihren ledigen Kindern bezeichnet, die in einem Haushalt zusammenleben. Der Familienbegriff wird somit auf die Zwei-Generationenfamilie (Kernfamilie) begrenzt. Es werden aber auch kinderlose Ehepaare sowie verwitwete und geschiedene Personen ohne Kinder mit in die Familienstatistik einbezogen, auch wenn sie streng genommen keine Familien im Sinne einer Zwei-Generationen-Gemeinschaft (mehr) sind.

Die Familien werden nach dem Familienstand der Erwachsenen und dem Vorhandensein von Kindern in acht Typen unterteilt. Da nach der Familiendefinition mehrere Familien in einem Haushalt zusammenleben können, lassen sich die Haushalte nicht nur nach der Anzahl der in ihnen lebenden Personen (Haushaltsgröße), sondern auch hinsichtlich der Anzahl der Familien sowie der Anzahl der zusammenlebenden Generationen typisieren. Leider berücksichtigt das inzwischen mehr als 30 Jahre alte Gliederungskonzept nur unzureichend die immer mehr an Bedeutung gewinnenden neuen Formen des Zusammenlebens (nichteheliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften).

Hans-Jürgen Bach

Statistik aktuell

Noch kein Ende des Beschäftigungsbooms

In Hamburg wurden Ende Juli 1991 786 400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gezählt. Das sind 22 700 oder drei Prozent mehr als am Jahresanfang. Der kontinuierliche Anstieg wurde saisonal bedingt im Juli durch einen leichten Rückgang um 2400 Beschäftigte unterbrochen. An dem anhaltenden Beschäftigtenanstieg haben die Einpendler aus den neuen Bundesländern einen nicht unerheblichen Anteil. Ihre Zahl wird auf über 20 000 geschätzt.

Eine Aufgliederung der Beschäftigtenzahlen für 1991 ist bisher nur nach Wirtschaftsbereichen möglich. Aber schon in dieser groben Gliederung belegen die Zahlen, daß der langjährige Prozeß der Umstrukturierung vom Verarbeitenden Gewerbe zu den Dienstleistungsbereichen überlagert wird durch die Beschäftigungsimpulse, die von der Wiedervereinigung für alle Wirtschaftsbereiche ausgehen. Ins Auge fällt besonders der Boom im Baugewerbe. In diesem Wirtschaftsbereich wurden Ende Juli 40 200 Beschäftigte gezählt, 2400 mehr als zu Jahresanfang. Die Steigerung fiel mit 6,4 Prozent mehr als doppelt so hoch aus wie im Durchschnitt der Wirtschaftsbereiche. Eine deutlich überdurchschnittliche Zunahme hat auch der Bereich Banken, Versicherungen (54 400 Beschäftigte Ende Juli) mit einem Plus von vier Prozent zu verzeichnen. Der Bereich Dienstleistungen – seit Jahren der wichtigste Träger der Beschäftigungsexpansion in Hamburg – konnte mit einer Steigerung um 7100 Beschäftigte den zahlenmäßig größten Zuwachs verbuchen (plus 3,4 Prozent). Dieser Bereich ist mit 216 000 Beschäftigten der mit Abstand größte Wirtschaftsbereich in Hamburg geworden. Fast jeder vierte Beschäftigte findet in ihm seinen Arbeitsplatz. Das Verarbeitende Gewerbe (156 600 Beschäftigte) hat nach den erheblichen Einbußen der 80er und der Stagnation der letzten Jahre von den neuen Impulsen profitieren können. Die Steigerung um drei Prozent entspricht dem Durchschnitt der Wirtschaftsbereiche. Die Bereiche Energiewirtschaft (9500 Beschäftigte) und Organisationen ohne Erwerbszweck (20 300 Beschäftigte) haben mit einer Steigerung um jeweils drei Prozent gegenüber dem Jahresanfang ebenfalls deutlich zugelegt. Dagegen sind die Zunahmen in den Bereichen Gebietskörperschaften, Sozialversicherung (47 500 Beschäftigte) um 2,6 Prozent, Handel (143 600 Beschäftigte) um 1,7 Prozent und Verkehr (95 000 Beschäftigte) um 1,8 Prozent gegenüber Anfang 1991 vergleichsweise bescheidener ausgefallen.

Hans Badur

Außenhandel mit Jugoslawien

Die Außenhandelsbeziehungen der in Hamburg ansässigen Im- und Exporteure zu Jugoslawien wurden in den letzten Jahren kontinuierlich ausgeweitet. Im vergangenen Jahr erreichte das Außenhandelsvolumen einen Wert von 385 Millionen DM.

Hiervon entfielen 152 Millionen DM auf die Einfuhr, die sich damit in etwa auf der Höhe des Jahres 1989 hielt. Hamburger Importeure kauften vor allem chemische Erzeugnisse und Mineralölderivate; nennenswert sind auch die Bezüge von Obst.

Der Wert der von hamburgischen Exporteuren im Jahr 1990 nach Jugoslawien gelieferten Waren belief sich auf 233 Millionen DM und lag damit um gut ein Zehntel über dem Vorjahreswert. Die hauptsächlichsten Warengruppen waren chemische Produkte, Erzeugnisse des Maschinenbaus und elektrotechnische Artikel. Auch Tabakerzeugnisse spielten eine Rolle.

In den ersten sieben Monaten 1991 übertraf der Außenhandel Hamburger Firmen mit Jugoslawien das Volumen des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Erst die Daten der folgenden Monate werden zeigen, wie stark der Bürgerkrieg die Handelsbeziehungen beeinträchtigt.

Horst Schlie

Über 100 Millionen DM für den Umweltschutz

Die hamburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten investierten 1989 insgesamt 106 Millionen DM für Umweltschutzmaßnahmen. Gegenüber 1988 wurden die Aufwendungen damit um ein Fünftel gesteigert. Die höchsten Investitionen (24 Millionen DM) wurden wie schon 1988 in der Mineralölverarbeitung getätigt. Die Chemische Industrie gab mit zwölf Millionen DM knapp ein Drittel mehr als 1988 für Zwecke des Umweltschutzes aus.

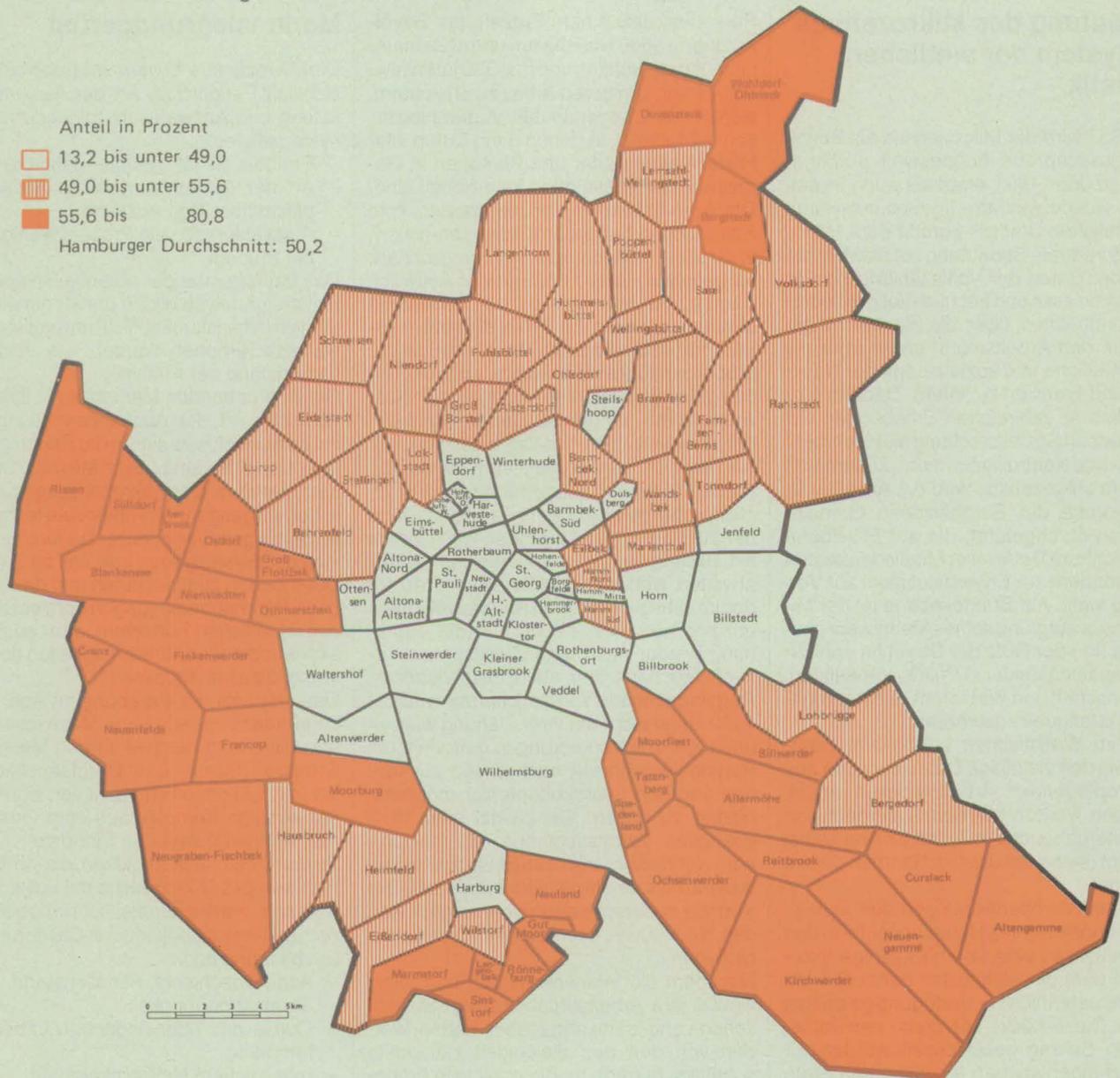
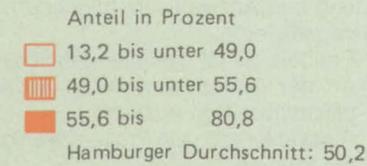
Bei den Investitionsvorhaben entfiel der größte Teil der Aufwendungen (53 Millionen DM) auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung. Die Ausgaben für diese Projekte stiegen binnen Jahresfrist um ein Viertel. Die erhöhten Anstrengungen der Industrie, umweltfreundlich zu produzieren, zeigen sich vor allem auf dem Gebiet des Gewässerschutzes; hierfür wurden 46 Millionen DM oder 37 Prozent mehr als 1988 aufgewendet. Verhältnismäßig bescheiden nehmen sich daneben die Mittel zur Verbesserung der betrieblichen Abfallentsorgung (sechs Millionen DM) und für die Lärmbekämpfung (eine Million DM) aus.

Von den größeren Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes tätigte 1989 etwa jeder siebte Umweltschutzinvestitionen. Die zur Verringerung der Umweltbelastungen eingesetzten Mittel machten rund sechs Prozent der Gesamtinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes aus.

Ulrich Wiemann

Volkszählungsergebnisse in Karten

Personen mit
EVANGELISCHER RELIGIONSZUGEHÖRIGKEIT
in den Hamburger Stadtteilen am 25. Mai 1987



Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 gehört in Hamburg ziemlich genau die Hälfte der Bevölkerung zur evangelisch-lutherischen Landeskirche. Zweitgrößte Gruppe sind die konfessionell nicht Gebundenen mit gut 27 Prozent. Zu den übrigen Religionsgemeinschaften gehören 23 Prozent der Hamburger. Von diesen haben nennenswerte Anteile die Angehörigen der römisch-katholischen Kirche mit fast neun Prozent und der islamischen Religionsgemeinschaft (knapp vier Prozent). Der Bevölkerungsanteil mit evangelisch-lutherischer Glaubenszugehörigkeit schwankt in den einzelnen Stadtteilen zwischen 13,3 Prozent (Waltershof) und 80,8 Prozent (Kirchwerder). Insgesamt verteilen sich die Stadtteile mit unterdurchschnittlichem Anteil an evangelischer Bevölkerung über ein zusammenhängendes Gebiet, das von der inneren Stadt, den angrenzenden Stadtteilen sowie einer südlichen Verlängerung (Wilhelmsburg/Harburg) und einer östlichen Ausdehnung (Billstedt) gebildet wird. Überdurchschnittlich hohe Anteile sind demgegenüber in den zum Teil ländlich strukturierten Gebieten im Westen Hamburgs, in den Walddörfern im Norden sowie in Harburger Stadtteilen und den Vier- und Marschlanden im Süden Hamburgs festzustellen.

Mikrozensusdaten für Hamburg – Möglichkeiten und Grenzen ihrer Nutzung

Bedeutung des Mikrozensus im System der amtlichen Statistik

Seit 1957 wird der Mikrozensus als Bevölkerungstichprobe bundesweit durchgeführt, im Jahr 1991 erstmals auch in den neuen Bundesländern. Im Gesamtsystem der amtlichen Statistik kommt dem Mikrozensus zentrale Bedeutung zu; er erfüllt die Aufgabe, Daten der Volkszählung jährlich zu aktualisieren und sachlich tief gegliederte Informationen über die Bevölkerungsstruktur, den Arbeitsmarkt sowie über die wirtschaftliche und soziale Lage der Haushalte und Familien zu liefern. Darüber hinaus dient er zahlreichen Erhebungen der empirischen Sozialforschung als Hochrechnungs- und Kontrollinstrument. Zusammen mit dem Mikrozensus wird die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften durchgeführt, die auf EG-Ebene vergleichbare Daten aller Mitgliederstaaten insbesondere zur Erwerbstätigkeit zur Verfügung stellt. Auf Bundesebene ist der Mikrozensus aufgrund seines Mehrzweckcharakters und der Güte der Daten für zahlreiche Handlungsfelder in Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft zu einer wichtigen Datenquelle geworden.

Auch im Statistischen Landesamt Hamburg werden vielfältige Datenwünsche aus den vorliegenden Arbeitstabellen erfüllt. Daneben werden Mikrozensusergebnisse für weitergehende Analysen im Amt selbst benötigt (siehe Exkurse im Rahmen dieses Beitrags).

Unter den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Hamburg fehlte in den letzten Jahren eine überblicksartige Information über die wichtigsten durch den Mikrozensus jährlich zur Verfügung gestellten Daten. Diese Lücke soll durch den vorliegenden Beitrag geschlossen werden. Er ergänzt einen soeben erschienenen Statistischen Bericht, mit dem erstmals seit 1982 wieder ausführliche Hamburger Mikrozensusergebnisse veröffentlicht wurden. Bevor aber auf einzelne empirische Befunde eingegangen wird, sollen noch einige Erläuterungen zur Erhebung selbst und den erhebungsbedingten Grenzen der Datennutzung gegeben werden.

Auswahl und Erhebungsablauf

In Hamburg werden jährlich im Rahmen des Mikrozensus Angaben von über 16 000

Personen, also einem Prozent der Bevölkerung, in 8600 Haushalten und in Gemeinschaftsunterkünften von fast 300 Interviewern erfragt. Um deren Arbeit zu erleichtern, werden sie in sogenannten „Auswahlbezirken“ eingesetzt, in denen dann Daten aller Haushaltsmitglieder und Personen in Gemeinschaftsunterkünften zu erheben sind. Die Auswahlbezirksgrenzen werden vom Statistischen Landesamt adressenscharf, in Großgebäuden sogar wohnungsscharf, vorgegeben. Über 1000 solcher Auswahlbezirke, die über das ganze Stadtgebiet streuen, gehören zu einer Mikrozensusstichprobe. Um einzelne Mikrozensusstichproben abzugrenzen, wurde ursprünglich das gesamte bewohnte Stadtgebiet in Auswahlbezirke eingeteilt. Jeder Auswahlbezirk wurde dann zufällig einer von 100 Stichproben zugeordnet, von denen 20, wiederum zufällig ausgewählte, die Vorratstichprobe des Mikrozensus bilden. Jede der 20 Einprozentstichproben wird jährlich aktualisiert, indem sie um Auswahlbezirke erweitert wird, die jeweils einem Prozent des im Jahr genehmigten Neubauvolumens entsprechen, wobei auch hier die Zuordnung wieder nach dem Zufallsprinzip erfolgt. Die nach den eben beschriebenen Regeln gezogene Vorratstichprobe wird seit 1990 eingesetzt. Bei ihrer Ziehung wurden umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um Regionalergebnisse nachweisen zu können und den Stichprobenfehler möglichst niedrig zu halten. Sie ersetzt eine 1972 gezogene Vorratstichprobe, die in Hamburg während ihrer letzten Einsatzjahre teilweise zu systematischen Verzerrungen führte, unter anderem weil es nicht möglich war, das Neubauvolumen repräsentativ einzu beziehen.

Nachdem die Interviewerinnen und Interviewer ihre Arbeitsergebnisse im Statistischen Landesamt abgegeben haben, werden von dort aus diejenigen Haushalte schriftlich befragt, für die noch kein Fragebogen vorliegt, zum Beispiel, weil sie während der Feldphase nicht angetroffen worden waren. Der Durchsetzung der gesetzlich angeordneten Auskunftspflicht wird dabei größte Sorgfalt beigemessen, um systematische Verzerrungen der Ergebnisse zu vermeiden, die den Ertrag des Mikrozensus entscheidend mindern würden. Die hierzu notwendigen Arbeitsschritte, aber auch die intensiven Qualitätskontrollen und Fehlerbereinigungen bewirken, daß zwischen der Berichtswoche, die in der Regel in der zweiten Aprilhälfte liegt, und dem Vorliegen erster Ergebnisse etwa 12 Monate vergehen.

Merkmalsgrundgerüst

Die Mikrozensus-Merkmale lassen sich hinsichtlich Periodizität, Art der Auskunftserteilung und Auswahlatz folgendermaßen systematisieren:

- Periodizität: jährlich/mehrfachjährlich,
- Art der Auskunftserteilung: Auskunftspflicht/freiwillige Auskunft,
- Auswahlersatz: ein Prozent/weniger als ein Prozent.

Das Grundgerüst der potentiellen kontinuierlichen Analyse bilden die Merkmale, die jährlich mit Auskunftspflicht und vollem Auswahlatz erhoben werden, sie sind hier Gegenstand der Analyse.

Die zu erhebenden Merkmale mit ihrer Periodizität, Art der Auskunftserteilung und ihrem Auswahlatz sind in der Rechtsgrundlage der Erhebung, dem Mikrozensusgesetz, geregelt. Das Mikrozensusgesetz hat in der Vergangenheit immer eine festgelegte Geltungsdauer gehabt. Dadurch zwingt sich der Gesetzgeber, von Zeit zu Zeit den Datenbedarf zu überprüfen und die rechtlichen Rahmenbedingungen dem sozialwissenschaftlichen Fortschritt, aber auch den sich wandelnden Notwendigkeiten des Datenschutzes anzupassen.

Das erstmals der Erhebung im April 1991 zugrundegelegende neue Mikrozensusgesetz sieht zum Beispiel für den Merkmalskomplex „Schul- und Berufsausbildung“ keine Auskunftspflicht mehr vor, womit dieser wichtige Komplex aus dem Grundgerüst im oben definierten Sinne fiel.

Zu den Merkmalskomplexen, die jährlich im Rahmen des Mikrozensus mit vollem Auswahlatz und Auskunftspflicht erhoben werden, gehören insbesondere: Gliederung der Bevölkerung nach

- Alter, Geschlecht, Familienstand,
- Staatsangehörigkeit,
- Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes,
- monatlichem Nettoeinkommen,
- Beteiligung am Erwerbsleben.

Gliederung der Erwerbstätigen zusätzlich nach

- Stellung im Beruf,
- Wirtschaftszweig des Betriebes,
- normalerweise und tatsächlich in der Berichtswoche geleisteter Arbeitszeit.

Außerdem wird die Einbindung der Personen mit den oben angeführten Merkmalen in den Haushalts- und Familienzusammenhang erfaßt. Für Haushalte und Familien liegen darüber hinaus Angaben vor zum/ zur

- Haushalts-, Familientyp,
- monatlichen Nettoeinkommen,

Exkurs I: Mikrozensus und Prognosen

Das Statistische Landesamt rechnet in unregelmäßigen Abständen in Zusammenarbeit mit den hamburgischen Fachbehörden Bevölkerungs-, Wohnungs- und Arbeitsmarktprognosen für Hamburg, die als Grundlage für Planungen in Hamburg dienen. Für diese Arbeiten sind Kenntnisse bezüglich verschiedener struktureller Merkmale der Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Hierzu zwei Beispiele:

Die zukünftige Nachfrage nach Wohnraum bestimmt sich durch die Zahl der erwarteten Haushalte und deren Größe. Setzt sich die in den 70er und 80er Jahren beobachtete Tendenz zunehmender Haushaltszahlen mit im Durchschnitt immer weniger Personen fort, würde bei gleichbleibender Bevölkerungszahl eine verstärkte Nachfrage nach Wohnraum die Folge sein. Die Neigung, einen eigenen Haushalt zu bilden, ist mit unterschiedlichem Alter und Geschlecht nicht die gleiche. Der Mikrozensus stellt Angaben über die Haushaltszahlen in der Unterscheidung nach Ein- und Mehrpersonenhaushalten sowie nach Alter und Geschlecht zur Verfügung. Aus diesen Angaben können nach Haushaltsgröße, Geschlecht und Altersgruppen differenzierte Haushaltsquoten ermittelt werden, die angelegt an prognostizierte Bevölkerungszahlen der entsprechenden Geschlechts- und Altersgruppe zu Schätzungen der Haushaltszahlen führen. Der Mikrozensus erlaubt es, derartige Strukturen in der notwendigen Aufteilung zu beobachten und langjährige Trends auszumachen.

Für eine Arbeitsmarktprognose muß das künftig zur Verfügung stehende Erwerbspersonenpotential geschätzt werden. Dieses ist zu einem großen Teil durch die Erwerbsneigung der Bevölkerung bestimmt: Längere Ausbildungszeiten und ein vorgezogener Ruhestand vermindern den Anteil der Bevölkerung, der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Um zu Aussagen über die mögliche zukünftige Entwicklung der Erwerbsneigung der Bevölkerung – differenziert nach Geschlecht und Alter – zu gelangen, ist es wichtig, die vergangene Entwicklung zu untersuchen und gegebenenfalls Trends abzuleiten. Neben den Großzählungen ist der Mikrozensus auch hier die einzige Datenquelle, die regelmäßig die notwendigen Strukturdaten zur Verfügung stellt.

Bernd-Uwe Loll

Exkurs II: Mikrozensus und Schätzung der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl

Der Mikrozensus hat – obwohl er nur Stichprobenergebnisse bieten kann – eine erhebliche Bedeutung für die Schätzung der laufenden Erwerbstätigenzahl; denn er ist die einzige Erhebung zwischen den in der Regel alle zehn Jahre erfolgenden Totalzählungen (Arbeitsstätten-, Volks- und Berufszählung), die ein umfassendes Bild der Erwerbstätigkeit liefert.

Für eine laufende jährliche Ermittlung der Gesamtzahl der Erwerbstätigen wird zwischen den Großzählungen teilweise auf sogenannte Bereichsstatistiken zurückgegriffen, in denen einige Wirtschaftsbereiche statistisch sehr gut abgedeckt sind, wie zum Beispiel das Produzierende Gewerbe. Viele Wirtschaftszweige, so zum Beispiel der Dienstleistungsbereich, werden aber durch Bereichsstatistiken nur unzureichend oder überhaupt nicht erfaßt. Aus den Bereichsstatistiken läßt sich daher kein zusammenhängendes geschlossenes Bild des Umfangs der Erwerbstätigkeit ableiten. Über die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer gibt zwar die sogenannte Beschäftigtenstatistik Auskunft. Für Selbständige und mithelfende Familienangehörige muß aber häufig auf den Mikrozensus als einzige Informationsquelle zurückgegriffen werden. Dabei wird dann versucht, dem bei kleinen Besetzungen nicht unbedeutlichen Stichprobenfehler durch eine Durchschnittsbildung von Mikrozensuswerten aus mehreren Jahren zu begegnen.

Der Aufgabe der laufenden Schätzung der Erwerbstätigkeit hat sich seit 1987 ein Bund/Länderarbeitskreis der amtlichen Statistik angenommen, der Daten für Kreise, Länder und den Bund bereitstellt. Auch dieser Arbeitskreis verwendet Angaben über Selbständige und mithelfende Familienangehörige überwiegend aus dem Mikrozensus.

Im Rahmen dieser Schätzung muß außerdem der Mikrozensus häufig für Plausibilitätsüberlegungen herangezogen werden, um zum Beispiel Fragen des Umfangs der geringfügigen Beschäftigung, zur wöchentlichen Arbeitszeit und zur Erwerbsbeteiligung nach Geschlecht und nach der Stellung im Beruf zu beantworten.

Außerdem bietet der Mikrozensus auch Informationen über Berufspendler. Obwohl diese Angaben nur eine geringe Zuverlässigkeit haben, mußten sie in der Vergangenheit regelmäßig verwendet werden, um den Pendlersaldo für die Ermittlung der Erwerbstätigen am Arbeitsort zu schätzen. Man wird abwarten müssen, wie die Qualität der Pendlerangaben in Zukunft ausfällt, da die Beantwortung der Frage nach dem Arbeitsort ab 1991 nur noch freiwillig ist.

Joachim Müller

- Zahl und Alter der ledigen Kinder im Haushalt, in der Familie,
- Zahl der Haushalts-, Familienmitglieder. Hinzu kommen Merkmalskomplexe, deren Nachweis auf Bundesebene angezeigt ist, die aber aus methodischen Gründen vor allem in kleinen Bundesländern nur eine eingeschränkte Aussagekraft haben.

Stichprobencharakter der Daten

Beim Nachweis von Daten aus dem Mikrozensus und deren Interpretation ist ihr Stichprobencharakter zu beachten. Stichproben wie der Mikrozensus haben gegenüber Totalerhebungen wie zum Beispiel der Volkszählung den Vorteil, kostengünstige und vergleichsweise stichtagsnahe Ergebnisse zur Verfügung zu stellen und dabei wenige Bürger mit der Auskunftspflicht zu belasten. Dagegen stehen – neben der erwähnten Einschränkung der Aussagekraft in kleineren Bundesländern – Ungenauigkeiten, die durch Interviewer, Auskunft gebende Haushalte oder Bearbeitungsfehler während der Aufbereitung hervorgerufen werden, die sogenannten „systematischen Fehler“, denen trotz größter Sorgfalt auch Totalerhebungen nicht entgehen können. Außerdem unterliegen Stichproben zusätzlich noch dem Zufallsfehler, der beispielsweise dazu führen kann, daß in der Stichprobe festgestellte Größen von einem Jahr zu einem anderen schwanken, obwohl sich an der Grundgesamtheit nichts verändert hat.

Auch Stichproben kommen nicht ohne Totalerhebung aus, da sie ja aus einer Grundgesamtheit gezogen werden müssen, die nur durch Totalerhebungen zustande kommt. So ist auch die seit 1990 genutzte neue Vorratsstichprobe aus dem Material der Volkszählung 1987 gezogen worden. Damit können nicht nur systematische Fehler verringert werden, durch die neue Auswahlgrundlage und die aufwendige Konzeptionierung der Stichprobenziehung verspricht man sich zudem auch eine Verringerung des Zufallsfehlers. Gleichzeitig soll eine innerstädtische Regionalisierung von Mikrozensusergebnissen ermöglicht werden.

Fehlerschätzungen liegen zur Zeit noch nicht vor, es ist aber davon auszugehen, daß die für die alte Vorratsstichprobe geltenden „Faustregeln“ auf Länder- und Bundesebene bestehen bleiben. Sie gehen von der Erkenntnis aus, daß der Zufallsfehler in erster Linie nicht vom Auswahlatz (Anteil der Stichprobe an der Grundgesamtheit) sondern von der absoluten Fallzahl abhängig ist. Deshalb werden im Rahmen des Mikrozensus keine Fallzahlen unter 50 (hochgerechnet auf die Grundgesamtheit, also 5000) veröffentlicht. Merkmalsausprägungen mit einer Häufigkeit von 50 bis unter 150 (hochgerechnet also 5000 bis unter 15 000 Fälle) sind noch mit einem erheblichen Zufallsfehler von zehn bis 15

Prozent (einfacher relativer Standardfehler) behaftet und werden, um diese Unsicherheit deutlich zu machen, in Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes eingeklammert nachgewiesen. Die Stichprobenbedingten Ungenauigkeiten sind auch bei Vergleichen (zum Beispiel Zeitvergleichen) zu beachten, kleinere Differenzen dürfen also nicht als eindeutige Veränderungen der Grundgesamtheit interpretiert werden.

Beim Wunsch nach tiefgegliederten Auswertungen müssen die genannten Faustregeln bedacht werden. Die Orientierung der Nachweismöglichkeit an absoluten Fallzahlen bewirkt, daß für ein vergleichsweise kleines Bundesland wie Hamburg Veröffentlichungstabellen viel stärker aggregiert werden müssen als für ein bevölkerungsreiches Bundesland oder die gesamte Bundesrepublik. Die jährlich für Hamburg vorliegenden über 100 Arbeitstabellen sind allerdings so stark gegliedert, daß sie eine sehr flexible Aggregation zulassen.

Im folgenden werden Eckwerte des Mikrozensus 1990 im Vergleich zu den Daten der Erhebungen der Jahre 1985 und 1980 kommentiert. Die Anhangtabelle vermittelt Interessenten differenziertere Ergebnisse und Anhaltspunkte, inwieweit die einzelnen Merkmale unter Berücksichtigung der Faustregeln eine weitere Disaggregation zulassen. Die im folgenden Text fettgedruckten Begriffe werden im Anschluß an den Beitrag definiert.

Ausgewählte Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit sowie zur Haushalts- und Familienstruktur 1980, 1985 und 1990

Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt und Beteiligung am Erwerbsleben

In Art und Umfang der verschiedenen Quellen, aus denen die Bevölkerung ihren Lebensunterhalt überwiegender bestreitet, spiegelt sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Einwohner wider. Verschieben sich die Verhältnisse, ist das ein Indikator für Veränderungen in der Bevölkerungs- und/oder Einkommenstruktur.

Im April 1990 lebten 43,5 Prozent der Hamburger überwiegender von den Einkünften aus der eigenen Erwerbstätigkeit. Im Vergleich zum Juni 1985 und April 1980 hat die Erwerbstätigkeit als Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts damit an Gewicht gewonnen. Gleichzeitig ging der Anteil der Einwohner, die vom Unterhalt durch Angehörige, also insbesondere der Eltern oder des Ehepartners, lebten, deutlich zurück. Diese Entwicklung steht zum einen im Zusammenhang mit dem geringeren Anteil der jungen Bevölkerung (vergleiche die Entwicklung der Nichterwerbspersonen im Alter von unter 15 Jahren in der Anhangtabelle), zum anderen aber auch

mit dem veränderten Erwerbsverhalten der Frauen. So bestritten 1980 noch 58,4 Prozent der verheirateten Frauen ihren Lebensunterhalt überwiegender aus Einkommen ihrer Ehemänner, 1990 aber nur 40 Prozent (vergleiche Tabelle 1). Gleichzeitig wuchs der Anteil der Ehefrauen, die überwiegender vom Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit oder Rente lebten.

Durch Rente, Pension oder eigenes Vermögen finanzieren etwa 23 Prozent der Hamburger überwiegender ihren Lebensunterhalt, im Vergleich mit 1980 kommt das einem nur leichten Anstieg gleich. Mehr als verdoppelt hat sich dagegen der Anteil derjenigen, die ihren Lebensunterhalt mehrheitlich durch Arbeitslosengeld, -hilfe oder sonstige Unterstützung bestreiten müssen.

Hinsichtlich der Untergliederung der Hamburger nach der Beteiligung am Erwerbsleben zeigen sich deutliche Veränderungen. Entfielen 1980 rein rechnerisch noch 88 Erwerbspersonen auf 100 Nichterwerbspersonen, so hatte sich das Verhältnis im Jahr 1990 auf 106 Erwerbspersonen je 100 Nichterwerbspersonen verschoben. Differenziert man allerdings die Erwerbspersonen nach den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen, zeigt sich, daß insbesondere die Zahl der Erwerbslosen angestiegen ist, dagegen die Zahl der Erwerbstätigen – nach einem Einbruch Mitte der 80er Jahre – im Jahr 1990 das Niveau des Jahres 1980 gerade wieder erreichte.

Tabelle 1 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im April 1990 nach Familienstand, Geschlecht und überwiegender Lebensunterhalt

Familienstand	Bevölkerung insgesamt		davon mit überwiegender Lebensunterhalt durch...							
			Erwerbstätigkeit		Angehörige		Rente, Pension, Vermögen		Arbeitslosengeld, -hilfe, Sonstiges	
	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%
	Männlich									
Alleinstehend*	403,4	100	172,9	42,9	148,8	36,9	37,4	9,3	44,3	11,0
Verheiratet	370,5	100	238,4	64,3	(6,4)	(1,7)	103,8	28,0	21,9	5,9
Zusammen	773,9	100	411,3	53,1	155,2	20,1	141,2	18,2	66,2	8,6
	Weiblich									
Alleinstehend*	504,3	100	161,6	32,0	133,8	26,5	170,2	33,7	38,6	7,7
Verheiratet	358,6	100	138,4	38,6	143,6	40,0	59,1	16,5	17,5	4,9
Zusammen	862,9	100	300,0	34,8	277,4	32,1	229,3	26,6	56,1	6,5
	Insgesamt									
Alleinstehend*	907,8	100	334,5	36,8	282,6	31,1	207,6	22,9	83,0	9,1
Verheiratet	729,0	100	376,7	51,7	150,0	20,6	162,9	22,3	39,4	5,4
Zusammen	1636,8	100	711,2	43,5	432,6	26,4	370,5	22,6	122,4	7,5

* Ledige, Verwitwete und Geschiedene.

Erwerbspersonen und Erwerbstätige

Die Altersstruktur der **Erwerbspersonen** und ihre Veränderung im betrachteten Zeitraum läßt sich folgendermaßen beschreiben:

- Die Zahl der Erwerbspersonen im Alter von 60 Jahren und mehr blieb relativ unverändert. Nur etwa vier Prozent der Erwerbspersonen gehören zu dieser Altersgruppe.
- Hinsichtlich der unter 60jährigen Erwerbspersonen sind insofern Strukturverschiebungen festzustellen, als daß der Anteil der 45- bis unter 60jährigen wie auch der, der 15- bis unter 30jährigen deutlich zugenommen hat, während die Gruppe der Erwerbspersonen mittleren Alters erheblich an Bedeutung verlor.

Um unterscheiden zu können, ob die Strukturveränderungen eher demographisch oder verhaltensbedingt sind, werden die altersspezifischen **Erwerbsquoten** herangezogen, wobei auch eine geschlechtsspezifische Betrachtung angebracht erscheint, da die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen stärker zugenommen hat als die der männlichen.

Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren	Erwerbsquoten im ...		
	April 1990	Juni 1985	April 1980
15-30			
männlich	73,9	68,8	64,5
weiblich	66,3	63,1	56,7
zusammen	70,2	65,9	60,7
30-45			
männlich	94,7	95,5	96,7
weiblich	76,3	71,5	63,8
zusammen	85,7	83,4	80,7
45-60			
männlich	90,2	91,7	95,0
weiblich	67,5	60,6	55,9
zusammen	78,7	76,0	73,7
60-65			
männlich	36,9	43,5	51,2
weiblich	(14,8)	(12,8)	(19,2)
zusammen	24,4	25,7	31,8
15-65			
männlich	82,4	82,0	83,9
weiblich	64,6	59,8	55,9
insgesamt	73,5	70,7	69,6

Die Erwerbsquote der 15- bis unter 65jährigen ist insgesamt von 69,6 Prozent im Jahr 1980 auf 73,5 Prozent im Jahr 1990 angestiegen, wobei die Zunahme allein auf den deutlichen Anstieg der Frauenerwerbsquote zurückzuführen ist. Während die altersspezifische Erwerbsquote der Männer nur in der Altersgruppe der 15- bis unter 30jährigen zugenommen hat, ist bei den Frauen

ein deutlicher Anstieg in allen Altersgruppen unter 60 Jahren festzustellen, am stärksten bei den 30- bis unter 45jährigen.

Für die Altersstruktur der **Erwerbstätigen** gelten in etwa die für die Erwerbspersonen getroffenen Aussagen. Allerdings hat die Zahl der männlichen Erwerbstätigen zwischen 1980 und 1990 um etwa 20 000 ab-, die der weiblichen dagegen im gleichen Ausmaß zugenommen. Die **Erwerbstätigenquote** der 15- bis unter 65jährigen Männer ist im selben Zeitraum von 81,6 Prozent auf 73,7 Prozent gesunken, dagegen die der Frauen von 54,1 Prozent auf 57,5 Prozent angestiegen. Insgesamt ergab sich ein leichter Rückgang.

Die Daten zur wirtschaftssystematischen Zuordnung der Erwerbstätigen beschreiben - wie auch die ihrer Einordnung nach der Stellung im Beruf - den bekannten Strukturwandel: Immer weniger erwerbstätige Hamburger sind im Produzierenden Gewerbe, immer mehr im Dienstleistungsbereich außerhalb von Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung tätig.

Gleichzeitig wuchs der Anteil der Angestellten um zehn Prozentpunkte auf 56 Prozent an, der Anteil der Arbeiter an den Hamburger Erwerbstätigen ging im gleichen Maße zurück. Das Tempo des Strukturwandels war in der zweiten Hälfte des betrachteten Jahrzehnts deutlich langsamer als in der ersten.

Aus der Differenzierung der Erwerbstätigen nach der Zahl der normalerweise je Woche geleisteten Arbeitsstunden ist zum einen die geschwundene Bedeutung der „40-Stunden-Woche“ ersichtlich, andererseits ist aber auch nur eine verhalten positive Entwicklung für die Gruppe der Teilzeiterwerbstätigen mit einer Arbeitszeit von höchstens 30 Stunden zu erkennen. Der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit ist also nicht mit einer gleich starken Ausweitung der Teilzeiterwerbstätigkeit verbunden gewesen. Verdeutlicht wird diese Erkenntnis bei der Betrachtung der - nach Geschlecht differenzierten - durchschnittlichen Wochenarbeitszeit. Dabei ergibt sich für männliche Erwerbstätige im Zeitraum 1980 bis 1990 eine Reduzierung von 42,3 auf 40,2 Stunden, also um 2,1 Wochenstunden, für weibliche Erwerbstätige dagegen eine Reduzierung um lediglich 1,5 Wochenstunden, nämlich von 34,8 auf 33,3 normalerweise je Woche geleisteter Arbeitsstunden (einschließlich Angaben von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen).

Haushalte und Bevölkerung in Haushalten

Die Zahl der **Haushalte** hat in Hamburg seit 1980 um circa 60 000 zugenommen, wobei sich der Anstieg fast ausschließlich auf Einpersonenhaushalte konzentriert. Eine leichte Steigerung ist daneben nur noch für Haushalte mit zwei Personen festzustellen, während die Zahl größerer Haushalte seit 1980 um über 20 000 abnahm. Inzwischen lebt fast jeder vierte Hamburger allein in

einem Haushalt, ein weiteres Drittel wohnt in Haushalten mit nur zwei Mitgliedern. In großen Haushalten mit vier und mehr Personen gibt es im April 1990 dagegen weniger Hamburger als in den Einpersonenhaushalten. Die höhere Zahl der Kleinsthaushalte ist sehr stark auf Verhaltensänderungen jüngerer Hamburger zurückzuführen. Lebten 1980 nur etwa 125 000 Personen im Alter von unter 45 Jahren allein, so waren 1990 schon 175 000 Personen dieser Altersgruppe „Singles“.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich seit 1980 von 2,01 Personen auf 1,90 Personen verringert; was nicht allein auf die gestiegene Zahl der Einpersonenhaushalte zurückzuführen ist, da auch die Durchschnittsgröße der Mehrpersonenhaushalte von 2,77 auf 2,68 Personen abgenommen hat.

Die Zahl der Haushalte mit ledigen Kindern hat seit 1980 um etwa 15 000 abgenommen, gleichzeitig sank auch die durchschnittliche Kinderzahl je Haushalt mit Kindern von 1,62 auf 1,55. Im April 1990 lebte allerdings in fast drei Vierteln der Haushalte überhaupt kein lediges Kind.

Die Differenzierung der Haushalte nach dem Haushaltstyp bestätigt das beschriebene Bild der Strukturveränderungen. Besonders beachtenswert ist auch der Anstieg der Zahl der Mehrpersonenhaushalte, deren Mitglieder nicht oder nicht geradlinig miteinander verwandt sind.

Für die Haushalte, die im Rahmen des Mikrozensus befragt werden, wird auch das monatliche Nettoeinkommen festgestellt, und zwar aus den erfragten Individualeinkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder, die ihre Zugehörigkeit zu einer von 20 Einkommensklassen anzugeben haben. Dabei sind alle Einkommensquellen zu berücksichtigen.

Die Verteilung auf die zu fünf Einkommensklassen zusammengefaßten Angaben zeigt eine zunehmende Häufigkeit von monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 3500 DM, während die Zahl der Haushalte, die sich mit Einkommen unter 1800 DM begnügen muß, deutlich abgenommen hat. Um den Einfluß der veränderten Haushaltsgrößenstruktur zu eliminieren, wurde der Median (Einkommen, unter/über dem 50 Prozent der entsprechenden Haushalte liegen) für drei Haushaltsgrößen geschätzt:

Haushalte	Median in DM (gerundete Werte)		
	April 1990	Juni 1985	April 1980
Insgesamt	2400	2150	2000
mit 1 Person	1750	1600	1350
dar. weiblich	1700	1500	1250
mit 2 Personen	3200	2500	2300
mit 3 und mehr Personen	3800	3050	2800

Tabelle 2 **Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von über 14 Jahren im April 1990 nach Beteiligung am Erwerbsleben, Geschlecht, Alter und Familienstand**

Beteiligung am Erwerbsleben	Bevölkerung im Alter von über 14 Jahren		davon im Alter von...bis unter...Jahren								
			15 - 30		30 - 45		45 - 60		60 und mehr		
	insgesamt	darunter verheiratet	zusammen	darunter verheiratet	zusammen	darunter verheiratet	zusammen	darunter verheiratet	zusammen	darunter verheiratet	
Erwerbspersonen (1000)											
männlich	473,7	261,3	132,6	24,9	159,5	93,6	159,4	123,1	22,3	19,8	
weiblich	370,1	176,6	112,9	22,7	124,5	72,4	122,4	76,7	(10,3)	/	
Insgesamt	843,9	437,9	245,4	47,6	284,0	165,9	281,8	200,0	32,6	24,5	
Erwerbstätige (1000)											
männlich	424,3	242,9	119,2	22,7	140,3	86,8	144,1	114,8	20,7	18,6	
weiblich	329,7	156,7	100,3	18,9	108,0	62,9	112,2	71,1	(9,0)	/	
Insgesamt	754,0	399,6	219,6	41,5	248,4	149,8	256,3	185,9	29,7	22,3	
Nichterwerbspersonen (1000)											
männlich	194,1	109,1	46,9	/	(8,9)	/	17,3	(11,0)	121,0	92,5	
weiblich	399,8	182,0	57,5	16,7	38,5	32,6	59,0	47,4	244,8	85,3	
Insgesamt	593,8	291,1	104,3	18,5	47,4	36,4	76,3	58,5	365,8	177,7	
Erwerbsquote											
männlich	70,9	70,5	73,9	93,3	94,7	96,2	90,2	91,8	15,6	17,6	
weiblich	48,1	49,2	66,3	57,8	76,3	69,0	67,5	61,8	(4,0)	/	
Insgesamt	58,7	60,1	70,2	72,1	85,7	82,0	78,7	77,4	8,2	12,1	
Erwerbstätigenquote											
männlich	63,5	65,6	66,4	85,0	83,3	89,2	81,6	85,6	14,4	16,6	
weiblich	42,8	43,7	58,9	48,1	66,2	59,9	61,9	57,2	(3,5)	/	
Insgesamt	52,4	54,8	62,8	62,9	74,9	74,0	71,6	71,9	7,5	11,0	

Generell sind die Einkommenszuwächse in der zweiten Hälfte des betrachteten Jahrzehnts größer als in der ersten Hälfte. Die Steigerungen sind unter den Haushalten mit zwei Personen besonders auffällig, außerdem hat sich der Wert für die weiblichen Einpersonenhaushalte dem aller Einpersonenhaushalte genähert.

Familien und Alleinstehende ohne ledige Kinder

Im Unterschied zu Haushalten, die sozio-ökonomische Einheiten darstellen und aus den miteinander wohnenden und wirtschaftenden Personen bestehen, sind Familien sozio-biologische Einheiten, deren Mitglieder durch enge Verwandtschaftsbeziehungen verbunden sind. Da der Mikrozensus als Haushaltsbefragung durchgeführt wird, kann er Familien nur die Mitglieder zuordnen, die in einem Haushalt zusammenwohnen. Alleinstehende, verheiratet getrenntlebende, geschiedene oder verwitwete Personen ohne ledige Kinder werden im Sinne von „Restfamilie“ in die Betrachtung mit einbezogen, nicht aber ledige Alleinstehende ohne Kinder. Die Zahl der Familien/Alleinstehenden ist

seit 1980 um etwa 20 000 zurückgegangen. Deutlich verringert hat sich die Zahl der Ehepaare und insbesondere die der Ehepaare mit ledigen Kindern in der Familie. Dagegen hat die Gruppe der Alleinstehenden mit und ohne Kinder an Bedeutung zugenommen. Der Anteil der ledigen Kinder von Alleinstehenden an den ledigen Kindern insgesamt stieg von 18,4 Prozent im Jahr 1980 auf 23,5 Prozent im Jahr 1990.

Frauen, Erwerbstätigkeit und Kinder

Wie die Daten im abschließenden Teil der Anhangtabelle zeigen, ist die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit allein auf eine Zunahme der Zahl erwerbstätiger Frauen ohne ledige Kinder in der Familie zurückzuführen. Der Umfang der Gruppe der weiblichen Erwerbstätigen mit ledigen Kindern hat sich dagegen seit 1980 nicht verändert. Da aber gleichzeitig die Zahl der Frauen mit Kindern abnahm, erhöhte sich der Erwerbstätigenanteil unter ihnen. Im April 1990 war mehr als die Hälfte aller Frauen mit ledigen Kindern in der Familie erwerbstätig. In diesen Familien lebte die Hälfte der ledigen

Kinder, die mit ihrer Mutter in einer Familie zusammenwohnen.

Erweiterte Nutzung von Mikrozensusdaten in naher Zukunft möglich

In der Vergangenheit sind immer wieder Anfragen nach innerstädtisch regionalisierten Mikrozensusdaten gestellt worden. Der Auswahlplan ab 1990 berücksichtigt diese Wünsche, wenn auch aus methodischen Gründen an einen kleinräumigen Datennachweis, zum Beispiel auf der Ebene der Stadtteile, nicht zu denken war. Ergebnisse können künftig für die „Innere“ und „Äußere Stadt“ sowie für die sieben Hamburger Bezirke angeboten werden. Die Aufteilung Hamburgs in die „Innere“ und „Äußere Stadt“ greift die größtmögliche planungsbezogene Untergliederung auf. Zur „Inneren Stadt“ gehören die dichtbevölkerten Stadtteile rund um die Außenalster sowie die Hamburger City mit insgesamt etwa 500 000 Einwohnern. Der Rest der Stadt mit circa 1,1 Millionen Einwohnern zählt zur „Äußeren Stadt“. Für beide Teilräume wird der in diesem

Beitrag vorgestellte Merkmalskranz in der Differenzierung der Anhangtabelle in etwa nachgewiesen werden können. Auch für das Hamburger Umland (Summe der sechs Randkreise) wird ein entsprechendes Datenangebot angestrebt.

Nur wenige Daten werden für alle sieben Bezirke in gleicher Weise dargestellt werden können, da sich ihre Weitergabe an den stichprobenbedingten Beschränkungen des kleinsten Bezirkes (das ist Bergedorf mit circa 100 000 Einwohnern, also etwa 1000 Personen in der Stichprobe) orientieren muß. Für bevölkerungsreiche Bezirke wie Wandsbek oder Hamburg-Nord werden aber differenziertere Merkmalsnachweise möglich sein. Im einzelnen ist hier die Fehlerschätzung abzuwarten.

Für Hamburg insgesamt können Daten zur Verfügung gestellt werden, die zum Teil deutlich über die in diesem Beitrag vorgestellten hinausgehen. Die aus der Erfahrung heraus am häufigsten nachgefragten Tabellen sind in dem bereits genannten Statistischen Bericht veröffentlicht. Weitergehende Datenwünsche müssen derzeit noch aus der Vielfalt der vorliegenden Arbeitstabellen manuell zusammengestellt werden. Zukünftig werden aber auch Mikrozensusdaten in die im Aufbau befindliche Datenbank eingespeist werden, so daß auf diesem Wege ein flexibles Instrument zur Darstellung von Mikrozensusdaten in Aussicht steht.

Sven Wohlfahrt

Begriffsdefinitionen

Erwerbspersonen sind Personen mit Wohnsitz in Hamburg, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen, unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit. Die Erwerbspersonen setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen.

Erwerbstätige sind Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschließlich Soldaten und mithelfende Familienangehörige), selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben.

Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um einen Arbeitsplatz bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind.

Erwerbsquoten bezeichnen den Anteil der Erwerbspersonen an 100 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Erwerbstätigenquoten bezeichnen den Anteil der Erwerbstätigen an 100 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Zur **Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung** (Bevölkerung) gehören alle Personen mit nur einer Wohnung. Personen mit mehreren Wohnungen gehören am Ort der vorwiegend benutzten Wohnung zur Bevölkerung.

Als **Haushalte** (Privathaushalte) zählen zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaften sowie Personen, die alleine wohnen und wirtschaften. Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören. Personen in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften gelten nicht als Haushalten zugehörig.

Bezugsperson im Haushalt ist die Person, die im Erhebungsbogen als erste Person eingetragen ist. Als Vorgabe bei der Reihenfolge der Eintragungen im Erhebungsbogen war zu beachten: Ehegatten, Kinder, sonstige Verwandte, Familienfremde.

Zur **Bevölkerung in Privathaushalten** zählen alle Mitglieder von Haushalten, unabhängig davon, ob die Personen noch eine weitere Wohnung bewohnen.

Familien bilden Ehepaare mit und ohne Kinder, ferner alleinerziehende ledige, verheiratet getrenntlebende, geschiedene und verwitwete Väter und Mütter mit ihren – im selben Haushalt lebenden – Kindern. Zu den „Familien/Alleinstehenden“ gehören auch verheiratet getrenntlebende, geschiedene und verwitwete Personen ohne Kinder (im Sinne von „Restfamilien“).

Die **Bevölkerung am Familienwohnsitz** wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet und ist zahlenmäßig geringer als diese, weil Personen mit mehreren Wohnsitzen nur am Ort der Hauptwohnung zur Bevölkerung am Familienwohnsitz zählen.

Art der Angabe	April 1990		Juni 1985		April 1980	
	1000	%	1000	%	1000	%
Bevölkerung	1636,8	100	1586,8	100	1650,7	100
nach überwiegendem Lebensunterhalt						
Erwerbstätigkeit	711,2	43,5	661,3	41,7	686,4	41,6
Unterhalt durch Angehörige	432,6	26,4	498,1	31,4	579,7	35,1
Rente, Pension, eigenes Vermögen	370,5	22,6	335,4	21,1	333,1	20,2
Arbeitslosengeld, -hilfe, Sonstiges	122,4	7,5	92,0	5,8	51,5	3,1
nach Beteiligung am Erwerbsleben						
Erwerbspersonen	843,9	51,6	796,3	50,2	770,8	46,7
davon: Erwerbstätige	754,0	46,1	704,7	44,4	748,9	45,4
Erwerbslose	89,9	5,5	91,6	5,8	21,9	1,3
Nichterwerbspersonen	793,0	48,4	790,5	49,8	879,9	53,3
Erwerbspersonen	843,9	100	796,3	100	770,8	100
nach Altersgruppen (von...bis unter...Jahren)						
15-30	245,4	29,1	225,3	28,3	195,5	25,4
30-45	284,0	33,7	284,7	35,8	308,7	40,0
45-60	281,8	33,4	252,1	31,7	230,9	30,0
60 und mehr	32,6	3,9	34,2	4,3	35,7	4,6
nach Geschlecht						
männlich	473,7	56,1	452,3	56,8	454,5	59,0
weiblich	370,1	43,9	344,0	43,2	316,3	41,0
Erwerbstätige	754,0	100	704,7	100	748,9	100
nach Altersgruppen (von...bis unter...Jahren)						
15-30	219,6	29,1	190,3	27,0	186,6	24,9
30-45	248,4	32,9	252,1	35,8	300,8	40,2
45-60	256,3	34,0	229,5	32,6	226,6	30,3
60 und mehr	29,7	3,9	32,8	4,7	34,9	4,7
nach Geschlecht						
männlich	424,3	56,3	401,0	56,9	442,5	59,1
weiblich	329,7	43,7	303,7	43,1	306,4	40,9
nach Wirtschaftsbereichen						
Produzierendes Gewerbe	187,5	24,9	183,3	26,0	237,1	31,7
Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung	211,6	28,1	205,2	29,1	213,7	28,5
sonstige Wirtschaftsbereiche	354,8	47,1	316,3	44,9	298,1	39,8
nach Stellung im Beruf						
Angestellte (einschl. zugehörige Auszubildende)	422,1	56,0	356,4	50,6	344,3	46,0
Arbeiter (einschl. zugehörige Auszubildende)	201,8	26,8	221,0	31,4	270,1	36,1
Beamte, Richter und Soldaten	59,8	7,9	60,5	8,6	63,9	8,5
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	70,3	9,3	66,8	9,5	70,6	9,4
nach normalerweise je Woche geleisteten Arbeitsstunden						
bis 20	82,7	11,0	59,4	8,4	59,0	7,9
21-30	47,9	6,4	45,7	6,5	45,2	6,0
31-39	371,7	49,3	75,8	10,8	(12,2)	(1,6)
40 und mehr	251,7	33,4	523,8	74,3	632,5	84,5
Nichterwerbspersonen	793,0	100	790,5	100	879,9	100
nach Altersgruppen (von...bis unter...Jahren)						
bis 15	199,0	25,1	190,4	24,1	233,1	26,5
15-30	104,3	13,2	116,4	14,7	126,7	14,4
30-45	47,4	6,0	56,7	7,2	73,6	8,4
45-60	76,3	9,6	79,8	10,1	82,5	9,4
60 und mehr	365,8	46,1	347,2	43,9	364,0	41,4
nach Geschlecht						
männlich	300,2	37,9	289,8	36,7	314,2	35,7
weiblich	492,8	62,1	500,7	63,3	565,7	64,3

Art der Angabe	April 1990		Juni 1985		April 1980	
	1000	%	1000	%	1000	%
Privathaushalte	863,9	100	815,8	100	808,0	100
davon mit deutscher Bezugsperson	797,3	92,3	754,7	92,5	751,1	93,0
mit ausländischer Bezugsperson	66,6	7,7	61,1	7,5	56,9	7,0
nach Haushaltsgröße						
1 Person	399,5	46,2	365,1	44,8	334,4	41,4
2 Personen	269,4	31,2	253,2	31,0	255,3	31,6
3 Personen	105,2	12,2	106,1	13,0	110,8	13,7
4 Personen	66,9	7,7	69,4	8,5	80,1	9,9
5 und mehr Personen	22,8	2,6	22,0	2,7	27,4	3,4
nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen (von...bis unter...DM)*						
unter 1800	251,4	29,7	290,7	36,8	352,6	43,8
1800-2500	194,0	22,9	199,6	25,3	187,8	23,3
2500-3500	158,5	18,7	158,5	20,1	158,8	19,7
3500-4500	114,4	13,5	70,2	8,9	59,3	7,4
4500 und mehr	129,3	15,3	70,5	8,9	46,2	5,7
nach der Zahl der ledigen Kinder im Haushalt						
ohne Kinder	636,0	73,6	588,7	72,2	564,9	69,9
1 Kind	131,1	15,2	127,6	15,6	129,2	16,0
2 Kinder	75,0	8,7	77,9	9,5	86,5	10,7
3 und mehr Kinder	21,9	2,5	21,6	2,6	27,4	3,4
Kinder zusammen	353,9	x	353,9	x	392,8	x
nach dem Haushaltstyp						
Einpersonenhaushalte	399,5	46,2	365,1	44,8	334,4	41,4
Mehrpersonenhaushalte	464,4	53,8	450,7	55,2	473,6	58,6
davon: Einfamilienhaushalte ohne Kinder	181,7	21,0	177,2	21,7	190,1	23,5
Einfamilienhaushalte mit Kindern	212,4	24,6	213,9	26,2	230,5	28,5
Mehrfamilienhaushalte	18,8	2,2	16,0	2,0	18,5	2,3
nur nicht geradlinig verwandte oder nicht verwandte Personen	51,3	5,9	43,6	5,3	34,5	4,3
Bevölkerung in Privathaushalten	1642,9	100	1586,2	100	1627,4	100
nach der Haushaltsgröße						
in Haushalten mit 1 Person	399,5	24,3	365,1	23,0	334,4	20,5
in Haushalten mit 2 Personen	538,8	32,8	508,2	32,1	505,8	31,1
in Haushalten mit 3 Personen	315,7	19,2	319,3	20,1	328,1	20,2
in Haushalten mit 4 Personen	267,7	16,3	277,5	17,5	315,3	19,4
in Haushalten mit 5 und mehr Personen	121,2	7,4	116,1	7,3	143,8	8,8
Familien / Alleinstehende**	653,8	100	641,7	100	674,2	100
nach Familienzusammenhang und Zahl der ledigen Kinder in der Familie						
Ehepaare ohne Kinder	185,1	28,3	179,3	27,9	195,3	29,0
Ehepaare mit Kindern	164,3	25,1	170,7	26,6	191,2	28,4
zugehörige Kinder	268,6	x	276,7	x	320,7	x
Alleinstehende ohne Kinder	242,2	37,0	236,3	36,8	234,9	34,8
Alleinstehende mit Kindern	62,2	9,5	55,4	8,6	52,8	7,8
zugehörige Kinder	82,4	x	74,6	x	72,1	x
Frauen*** im Alter von über 14 Jahren	759,2	100	753,6	100	754,7	100
nach Zahl der ledigen Kinder in der Familie und Erwerbsbeteiligung						
ohne Kinder	541,5	71,3	532,2	70,6	524,0	69,4
darunter Erwerbstätige	218,4	28,8	196,7	26,1	189,5	25,1
mit 1 Kind	124,0	16,3	124,1	16,5	122,3	16,2
darunter Erwerbstätige	67,8	8,9	66,7	8,9	63,8	8,5
mit 2 und mehr Kindern	93,6	12,3	97,3	12,9	108,3	14,4
darunter Erwerbstätige	45,1	5,9	42,1	5,6	48,2	6,4
mit Kindern zusammen	217,6	28,7	221,4	29,4	230,6	30,6
darunter Erwerbstätige	112,9	14,9	108,8	14,4	112,0	14,8
zugehörige Kinder insgesamt	339,8	100	345,0	100	372,9	100
darunter mit erwerbstätigen Müttern	167,9	49,4	158,6	46,0	172,5	46,3

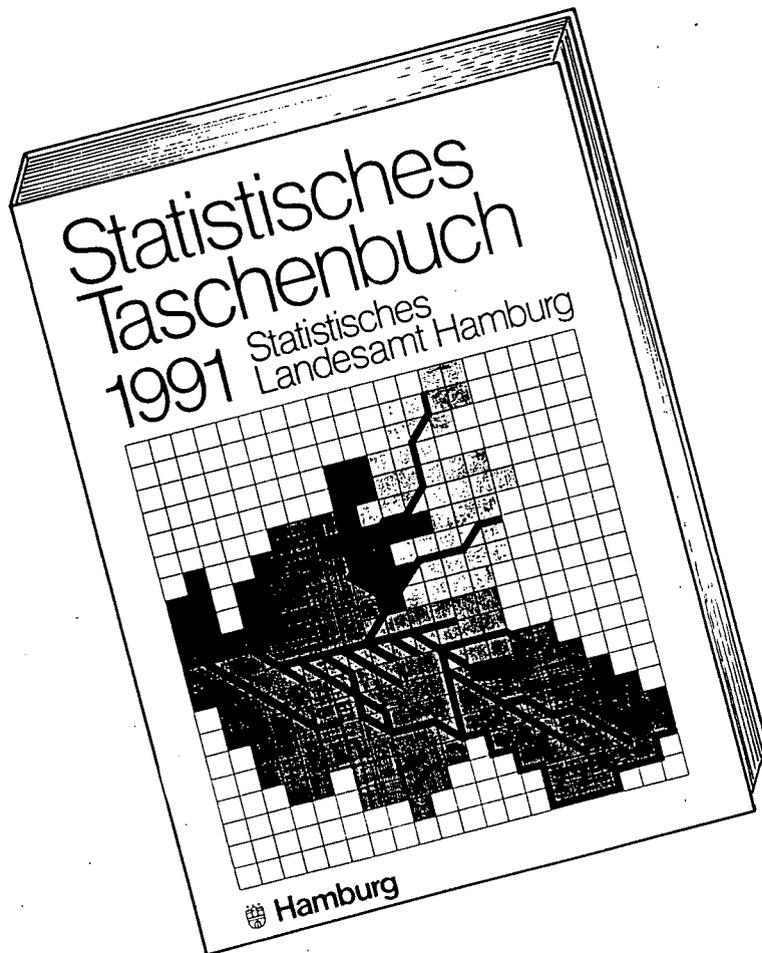
* nur Haushalte mit Angaben zum Einkommen.

** Bei den Alleinstehenden ohne Kinder sind ledige Personen nicht einbezogen.

***am Familienwohnsitz.

Im Oktober ist die Ausgabe 1991 des Statistischen Taschenbuchs mit vielfältigen und aktuellen Zahlenangaben über Bevölkerung, Wirtschaft und Kultur in Hamburg erschienen. Zur Ergänzung des hamburgischen Datenmaterials enthält die Veröffentlichung Vergleichszahlen über die schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Nachbargebiete, andere Bundesländer und ausgewählte Großstädte.

Die Ausgabe 1991 umfaßt 251 Seiten mit 223 Tabellen und mehreren Schaubildern.



Das Statistische Taschenbuch 1991 kann beim

Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12
2000 Hamburg 11

zum Preis von 10,-- DM zuzüglich Porto und Verpackung bezogen werden (schriftliche Bestellung erbeten).

Nutzungs- und Wirtschaftsstruktur der Hamburger Stadtteile

Teil 1: Nutzungsstruktur

Die Großzählungen von 1987 haben eine Vielzahl von Daten und Informationen geliefert, die die seltene Möglichkeit zu differenzierten kleinräumigen Strukturanalysen eröffnen.

In diesem Beitrag soll durch Verknüpfung von Eckdaten aus der Arbeitsstätten- und der Volkszählung versucht werden, die Hamburger Stadtteile nach ihren Nutzungsschwerpunkten für Wohn- und Arbeitszwecke zu analysieren, zu klassifizieren und zeitliche Veränderungen der Nutzungsintensität aufzuzeigen. Dabei wird von einer tiefergehenden Darstellung der Hamburger Gesamtentwicklung abgesehen, da sie bereits ausführlich in dieser Veröffentlichungsreihe erörtert wurde¹⁾. Während sich dieser erste Teil der Untersuchung überwiegend mit der räumlichen Verteilung der Nutzungsintensität und deren Veränderung seit 1970 beschäftigt, wird der im Folgeheft erscheinende zweite Teil vor allem die Darstellung und Typisierung der Wirtschaftsstruktur in den Stadtteilen beinhalten.

Art und Intensität der Raumnutzung

Für eine Beschreibung der Raumnutzung einer Großstadtregion sind zwei Nutzungsarten von besonderer Bedeutung: die Wohnnutzung und die Nutzung für wirtschaftliche Zwecke im weitesten Sinne (Arbeitsfunktion). Beide Arten sollen hier auf der Basis von Zählungsergebnissen über die 104 Stadtteile besprochen werden. Dabei genügt es, wenn die Wohnfunktion durch den Indikator „Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung“ abgebildet wird. Die Funktion eines Gebietes als Standort von Arbeitsstätten läßt sich mittels der Zahl der Beschäftigten ausreichend gut darstellen. Sie wird im Rahmen von Arbeitsstättenzählungen in voller wirtschaftssystematischer Breite und tiefer regionaler Untergliederung erfaßt²⁾.

Die Raumstruktur wird nicht nur durch die Art, sondern auch von der Intensität der Nutzung geprägt, für deren Nachweis die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte ein geeigneter Maßstab ist. Diese kombinierte Dichteziffer errechnet sich aus der Summe von Einwohner- und Beschäftigtenzahlen dividiert durch die Fläche der jeweils betrachteten Raumeinheit in Hektar³⁾. Mit steigender Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte erhöht sich nach dieser Formel die Intensität der Raumnutzung. Bezieht man die Beschäftigtenzahl auf 100 Einwohner, so läßt sich die Bedeutung der Arbeitsbeziehungsweise Wohnfunktion in jeder Gebietseinheit feststellen. Berücksichtigt man zusätzlich die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte, so stehen zwei statistisch unabhängige Indikatoren zur Beschreibung und Typisierung der Raumstruktur zur Verfügung⁴⁾.

Im großräumigen Vergleich erweist sich Hamburg anhand der vorgenannten Indikatoren wie fast alle Großstädte als ein intensiv genutzter Raum mit einer vergleichsweise starken Stellung der Arbeitsfunktion. Während für das Gebiet der alten Bundesländer eine Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte von 3,5 gemessen wurde, kamen in Hamburg etwa neunmal so viele, nämlich 33 Einwohner und Beschäftigte auf einen Hektar Gebietsfläche. Die Arbeitsplatz-Einwohner-Relation belief sich im Bundesdurchschnitt auf 44 Beschäftigte je 100 Einwohner; mit 59 Beschäftigten je 100 Einwohner wurde dieser Wert in Hamburg gleichfalls deutlich übertroffen.

Hamburg im großräumigen Vergleich

In der Region Hamburg (bestehend aus der Hansestadt und den sechs angrenzenden Kreisen) übertrifft die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte der Stadt die der Region (5,6 Beschäftigte und Einwohner je Hektar) um fast das Fünffache und die des Umlandes (2,4) sogar um das 13fache. Darüber hin-

aus lag die Beschäftigtenzahl je 100 Einwohner in Hamburg um rund ein Viertel über der der Region (47) und um mehr als vier Fünftel über der des Umlandes (32).

Die räumliche Konzentration der Arbeitsplätze übersteigt die der Bevölkerung

Bevor näher auf kleinräumige Unterschiede der Nutzungsart und -intensität innerhalb Hamburgs eingegangen wird, soll zunächst eine Gesamtbetrachtung der räumlichen Konzentration von Standorten für Wohn- und Arbeitszwecke vorgenommen werden. Die regionale Konzentrationsmessung erfolgt dabei für beide Funktionen getrennt mittels einer modifizierten Form des „Index of dissimilarity“⁵⁾, dessen Berechnung am Beispiel der Beschäftigten erläutert werden soll (für die Bevölkerung gilt entsprechendes). Zunächst wird sowohl für die Fläche als auch für die Beschäftigten der Flächen- und Beschäftigtenanteil aller Stadtteile am Hamburger Gesamtwert ermittelt. Danach werden stadtteilweise die Differenzbeträge zwischen den beiden Prozentwerten errechnet und anschließend summiert. Dividiert man diese Summe durch zwei, so erhält man ein relatives räumliches Konzentrationsmaß für die Beschäftigten. Es kann interpretiert werden als der Anteil der Hamburger Arbeitsplätze, die verlegt werden müßten, um eine Gleichverteilung der Beschäftigten im Stadtgebiet zu erreichen.

Anhand dieser Maßzahlen läßt sich in Hamburg für die Arbeitsplätze eine stärkere räumliche Konzentration feststellen als für die Bevölkerung. Während das auf Stadtteilbasis berechnete Konzentrationsmaß 1987 bei den Beschäftigten den Wert 53,6 aufwies, lag es bei der Bevölkerung um mehr als ein Fünftel niedriger (41,9). Für beide Elemente der Raumnutzung zusammen, also für die Summe aus Bevölkerung und Beschäftigten, ergab sich ein Wert von 42,1. Gegenüber 1970 (44,9) bedeutet dies eine Abnahme von rund sechs Prozent. Der Rückgang der Konzentration war bei den Beschäftigten mit neun Prozent stärker ausgeprägt als bei der Bevölkerung (drei Prozent). Damit haben sich die räumlichen Verteilungsmuster von Arbeitsplätzen und Einwohnern einander angenähert.

1) Stegen, Hans-Eckhard: Hamburgs Wirtschaftsstruktur – Erste Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987. In: Hamburg in Zahlen, 9.1989, S. 276 ff. und Hausherr, Jörn-Ulrich: Aspekte der kleinräumigen Wirtschaftsentwicklung Hamburgs – Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987. In: Hamburg in Zahlen, 6.1990, S. 204 ff.

2) Eine Ausnahme bildet allerdings die Land- und Forstwirtschaft. Gezählt werden nur solche Arbeitsstätten, die steuerlich als Gewerbebetrieb einzustufen sind. Damit geht der Großteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen nicht in die Untersuchung ein. Dies kann im Hinblick auf die geringe Bedeutung dieses Wirtschaftsbereiches für einen städtischen Raum wie Hamburg hingenommen werden; nur einige wenige Gebiete der Stadt – etwa die Vier- und Marschlande – weisen eine gewisse Anzahl nichtgewerblicher landwirtschaftlicher Betriebe auf.

3) Da die Nutzungsdichte das gesamte Stadtgebiet charakterisieren soll, geht hier die Bruttofläche in die Berechnung ein. Sie umfaßt im Gegensatz zur Nettoblockfläche auch die Wasser- und Verkehrsflächen, die in enger Verbindung beziehungsweise in Konkurrenz zu den unmittelbar für Arbeits- und Wohnzwecke genutzten Räumen stehen.

4) Auf der Stadtebene ergibt sich zwischen der Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte und der Arbeitsplatz-Beschäftigten-Relation ein nahe bei null liegender Korrelationskoeffizient.

5) Bähr, Jürgen: Bevölkerungsgeographie, Stuttgart 1983, S. 46.

Schaubild 2 Art der Nutzung der Hamburger Stadtteile 1987

— ohne Neuwerk —



Art der Nutzung:
Anzahl der Beschäftigten je 100 Einwohner¹⁾

- unter 25
- 25 bis unter 50
- 50 bis unter 75
- 75 bis unter 100
- 100 und mehr

1) Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

4/5 912 L

Unterschiedliche Raummuster von Art und Intensität der Nutzung

In den **Schaubildern 1 und 2** sind für jeden Stadtteil die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte beziehungsweise die Arbeitsplatz-Einwohner-Relation dargestellt. Der Vergleich beider Darstellungen ergibt folgende Unterschiede:

Während die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte ein zentral-peripheres Gefälle aufweist, das nur durch intensiver genutzte Subzentren wie Bergedorf und Harburg sowie durch das weniger stark verdichtete Gebiet im Verlauf der Süderelbe unterbrochen wird, folgt die Art der Nutzung einem anderen Muster. Die Stadtteile, in denen die Zahl der Beschäftigten die der Einwohner übersteigt, liegt hauptsächlich in der Innenstadt und in einigen angrenzenden Gebieten sowie in einem etwa dem nördlichen Hafengelände folgenden Streifen von Waltershof bis Billbrook. Die Stadtteile Harburg und Neuland sowie Fuhlsbüttel bilden von der Arbeitsfunktion dominierte Inseln in einem sonst durch überwiegende Wohnnutzung geprägten Umfeld. Demgegenüber erreicht die Wohnfunktion an den Landesgrenzen, aber auch in zentraler gelegenen Stadtteilen wie Ottensen, Eimsbüttel und Hamm-Nord eine überragende Stellung.

Kombiniert man beide Nutzungsindikatoren, so erhält man verschiedene Gebietskategorien, von denen einige etwas näher analysiert werden sollen:

Die Stadtteile mit hoher Nutzungsintensität und mit einem Übergewicht der Arbeitsfunktion (Anzahl der Beschäftigten größer als die Einwohnerzahl) bilden einen zusammenhängenden Raum in zentraler Lage. Hierzu zählen die beschäftigtenstarken Stadtteile Hamburg-Altstadt, Neustadt, Rotherbaum, St. Georg und Hammerbrook. Sie vereinigen etwa 24 Prozent aller Arbeitsplätze, jedoch nicht einmal drei Prozent der Hamburger Bevölkerung auf sich und sind geprägt durch eine hohe Bebauungsdichte, die die Ansiedlung vor allem von Arbeitsplätzen des tertiären Sektors bei hoher vertikaler Verdichtung ermöglicht. Die größten Werte der Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte werden infolgedessen in den Stadtteilen Hamburg-Altstadt (376), Neustadt (315) und St. Georg (220) erreicht. Dabei muß angemerkt werden, daß im Stadtteil Hamburg-Altstadt und in Hammerbrook die Einwohnerdichte unter dem Landesdurchschnitt liegt. In Hammerbrook kommen auf 100 Einwohner sogar über 4800 Arbeitsplätze, so daß hier von einem reinen „Arbeitsstadtteil“ gesprochen werden kann.

Die Gebiete Ottensen, Eimsbüttel, Hoheluft-West, Barmbek-Nord, Dulsberg, Eilbek sowie Hamm-Nord und Hamm-Mitte sind Stadtteile mit **hoher Nutzungsintensität und stark dominierender Wohnfunktion**. Während die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte jeweils über 120, also mindestens das Dreieinhalbfache des Landesdurchschnittes

beträgt, kommen dort auf 100 Einwohner weniger als 50 Beschäftigte. So entfallen auf diese Gebiete auch nur sieben Prozent aller Arbeitsplätze, aber beinahe 13 Prozent aller Einwohner Harburgs. Diese Stadtteile sind in einem rund fünf Kilometer vom Rathausmarkt entfernten nördlichen Halbkreis angeordnet. Die Bevölkerungsdichte erreicht in Eimsbüttel, Hoheluft-West, Dulsberg, Hamm-Nord und Hamm-Mitte Spitzenwerte. Im Unterschied zur Innenstadt sind hier nicht Arbeitsplätze, sondern Wohnungen in mehrgeschossiger Bauweise vorherrschend. Für die Wohnnutzung ist eine starke urbane Verdichtung charakteristisch (große Wohngebäude, niedrige Haushaltsgrößen, geringer Anteil großer Wohnungen und schwach ausgeprägte Eigentümerquote)⁶⁾.

Als Gebiete mit niedriger Nutzungsintensität und vorherrschender Arbeitsfunktion sollen Stadtteile mit einer Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte von unter 40 angesehen werden, wenn außerdem die Beschäftigtenzahl die der Einwohner übersteigt. Die meisten derartigen Areale finden sich im Einzugsbereich des Hafens. Die niedrigere Nutzungsintensität resultiert ausschließlich aus der nur dünnen Wohnbesiedlung. Es handelt sich hierbei nämlich in der Mehrzahl um Gebiete mit ausgedehnten Gewerbe- und Industrieflächen, die überwiegend mit den verschiedenen Servicefunktionen des Hafens in Verbindung stehen. Wegen ihrer verkehrsgünstigen Lage an der Elbe und ihrer Hochwassergefährdung kamen sie für eine Wohnbebauung lange Zeit kaum in Betracht, so daß sich dort fast reine Arbeitsstadtteile entwickelt haben. So zählen auch heute noch Waltershof, Altenwerder, Steinwerder, Kleiner Grasbrook, Veddel, Rothenburgsort und Billbrook zu dieser Kategorie.

Obwohl die Arbeitsfunktion die Wohnnutzung in den meisten dieser Stadtteile um ein Vielfaches übertrifft, liegt die Beschäftigtendichte oft nur wenig über, teilweise sogar unter dem gesamtstädtischen Mittelwert. Die Stadtteile mit niedriger Nutzungsintensität und dominierender Arbeitsfunktion sind mit nicht ganz acht Prozent am Beschäftigtenvolumen der Stadt beteiligt, während der Einwohneranteil nur knapp zwei Prozent ausmacht. Aufgrund der großen Wasserflächenanteile, der starken Stellung des Produktionssektors mit seiner relativ raumintensiven Fertigungsweise und der ebenfalls sehr flächenbeanspruchenden Hafenfunktionen werden in dieser Kategorie keine Spitzenwerte der Beschäftigtendichte erreicht. In Steinwerder (55 Einwohner) und Waltershof (15 Einwohner) kann man die Wohnnutzung im Grunde vernachlässigen. Hier sind Extremfälle reiner Wirtschaftsstandorte anzutreffen.

Zu den **Gebieten mit einer geringen Nutzungsdichte** (Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte unter 40) bei gleichzeitig **stark do-**

minierender Wohnfunktion (weniger als 50 Beschäftigte je 100 Einwohner) zählen die meisten Stadtteile in den nördlichen Außenbezirken, den Vier- und Marschlanden sowie im Bezirk Harburg. Insgesamt gehören 40 Stadtteile dieser Kategorie an, die immerhin mehr als 30 Prozent der Hamburger Bevölkerung und gut zwölf Prozent der Beschäftigten auf sich vereinigen. Typisch für sie sind ein großes, nicht für Siedlungszwecke genutztes Freiflächenpotential in Form von Wäldern und landwirtschaftlichen Flächen sowie eine nur aufgelockerte Bebauung.

Es verbleiben noch 39 Stadtteile, die als **Mischgebiete** bezeichnet werden müssen. Sie bilden eine sehr heterogene Gruppe. Bei jeweiligen Dichtewerten zwischen 40 und 120 tätigen Personen und Einwohnern je Hektar Gebietsfläche kommen dort auf 100 Einwohner 50 bis 100 Beschäftigte, wodurch ein leichtes Übergewicht der Wohnnutzung gegeben ist. Solche Stadtteiltypen sind hauptsächlich in einem nördlichen Halbkreis um den Innenstadtkern lokalisiert und bilden den Übergang zwischen Zentrum und Peripherie.

Wengleich arbeitsintensive Gebiete hoher Nutzungsintensität und gering verdichtete Räume mit vorherrschender Wohnfunktion nicht unmittelbar nebeneinander liegen, lassen sich dennoch einige abrupte Übergänge von hoch zu gering verdichteten Stadtteilen einerseits und von wohn- zu arbeitsdominanten Gebieten andererseits erkennen. Dies tritt besonders an der Nordeelbe zwischen City und Hafen und am Innenstadtrand zwischen Arbeits- und Wohngebieten in Erscheinung. Allerdings wirkt sich die hier zugrundeliegende, rein verwaltungsorientierte Stadtteigliederung ungünstig auf die Klassifizierung von Übergangszonen im Grenzbereich der Stadtteile aus.

Rückläufige Nutzungsintensität vor allem in den zentralen Gebieten

Im Hamburger Durchschnitt lag die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte 1987 um etwas weniger als neun Prozent unter dem Wert von 1970. Dem stand eine Zunahme im Hamburger Umland von rund 23 Prozent gegenüber; für die Region Hamburg im ganzen errechnete sich ein Anstieg von über ein Prozent. Im Bundesdurchschnitt hatte sich die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte 1987 gegenüber 1970 um knapp vier Prozent erhöht. Die Ursachen für die rückläufige Entwicklung in Hamburg sind wie bei den meisten Großstädten sowohl in einer Abnahme der Bevölkerung (negative natürliche Bevölkerungsbilanz, Stadt-Umland-Wanderungen) als auch im Rückgang der Beschäftigten infolge wirtschaftlicher Umstrukturierungen und Betriebsverlagerungen zu suchen.

Innerhalb Hamburgs wurde aber in 37 Stadtteilen ein Anstieg der Nutzungsintensität

6) Loll, Bernd-Uwe und Müller, Joachim: Sozialräumliche Gliederung Hamburgs. In: Hamburg in Zahlen, 3.1990, S. 72 ff.

Schaubild 3 Ausgewählte Stadtteiltypen in Hamburg nach Art und Intensität der Nutzung 1987

— ohne Neuwerk —



Stadtteil mit	Anzahl der Einwohner ¹⁾ und Beschäftigten je ha Bruttostadtteilfläche	Anzahl der Beschäftigten je 100 Einwohner ¹⁾
hoher Nutzungsintensität, dominierender Arbeitsfunktion	120 und mehr	100 und mehr
hoher Nutzungsintensität, stark dominierender Wohnfunktion	120 und mehr	bis unter 50
niedriger Nutzungsintensität, dominierender Arbeitsfunktion	bis unter 40	100 und mehr
niedriger Nutzungsintensität, stark dominierender Wohnfunktion	bis unter 40	bis unter 50

1) Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

registriert. Dabei handelt es sich weitgehend um auch heutzutage noch vergleichsweise schwach genutzte Gebiete im Randbereich der Stadt. Sie bilden allerdings keinen zusammenhängenden Raum, sondern sind vornehmlich im Westen und Süden von Stadtteilen mit rückläufiger Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte durchsetzt. In fast zwei Drittel aller Stadtteile ist die Nutzungsintensität zurückgegangen. Überdurchschnittlich stark war der Verlust im Stadtkern und angrenzenden Gebieten, im Hafengebiet und um das Zentrum von Harburg. Es handelt sich in erster Linie um Stadtteile, in denen sowohl die Einwohnerzahl als auch das Beschäftigtenvolumen (teilweise sogar erheblich) gesunken sind. Dennoch blieb das bereits 1970 vorhandene zentral-periphere Dichtegefälle erhalten. Es erfuhr lediglich eine Abflachung durch geringere Einwohner- und Beschäftigtenzahlen in den Kerngebieten und eine gestiegene Nutzungsintensität in den an der Landesgrenze gelegenen Stadtteilen. Legt man durch die Vergleichswerte der Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte sämtlicher Stadtteile eine Regressionsgerade, so erhält man mit der Steigerung der Geraden ein Maß zur Interpretation der Veränderung des Dichtegefälles. Im Zeitraum von 1970 bis 1987 dürfte demnach der Rückgang etwa ein Viertel betragen haben. Der hohe Korrelationskoeffizient von 0,98 zwischen den Einzelwerten dieser Jahre unterstreicht die zeitliche Beständigkeit der räumlichen Dichteunterschiede. In den zentralen, hochverdichteten Stadtteilen ist mittlerweile die Nutzungsintensität in bezug auf Wohnen wie auch auf Arbeiten rückläufig, nachdem ein Ausweichen in die Randgebiete oder gar ins Umland erfolgt. Die Ursache dafür ist unter anderem darin zu finden, daß der wachsende Bedarf an Wohn-, Büro-, Verkehrs- und Gemeinflächen an den ursprünglichen Standorten nicht mehr gedeckt werden kann. Demgegenüber ist in den weniger verdichteten Randgebieten noch ein größeres Ansiedlungspotential vorhanden.

Grundsätzlich läßt sich zwischen der Bevölkerungs- und der Beschäftigtenentwicklung ein gewisser Zusammenhang erkennen, was durch einen Korrelationskoeffizienten von 0,67 unterstrichen wird. Es gab 1987 aber noch 40 Stadtteile meist mittlerer Nutzungsdichte, in denen einer zurückgehenden Bevölkerung eine gestiegene Beschäftigtenzahl gegenüberstand. Lediglich in drei Fällen wurde eine zunehmende Bevölkerungszahl und eine gegenläufige Beschäftigtenbewegung verzeichnet. Daher ist zu vermuten, daß die Arbeitsplatzentwicklung räumlich der der Einwohner folgt oder daß die gemeinsamen Ursachen zuerst auf die Bevölkerungsentwicklung und erst später auf die Arbeitsplatzansiedlung Einfluß nehmen. So dürften etwa viele Arbeitsstätten des Einzelhandels und der persönlichen Dienstleistungen ihren in die Randgebiete ziehenden Kunden gefolgt sein. Auf der anderen Seite führt die Nutzungskonkurrenz um die knappen und da-

her teuren Standorte in den zentral gelegenen Stadtteilen zu einer sukzessiven Verdrängung der weniger rentablen Wohnnutzung. Dies schlägt sich dort in einer Dominanz der Arbeitsfunktion nieder. Hat die Nutzungsintensität in Hamburg zwischen 1970 und 1987 in den Außenbereichen zu- und in den Kerngebieten abgenommen, so ist bei der Art der Raumnutzung gleichzeitig eine Verschiebung zugunsten der Arbeitsfunktion festzustellen. 1970 kamen auf 100 Einwohner noch 54 Beschäftigte, 1987 waren es 59, das heißt, rund neun Prozent mehr. Damit hat Hamburg eine ähnliche Entwicklung durchlaufen wie das Umland oder das Bundesgebiet. Die Erhöhung der Arbeitsplatz-Einwohner-Relation resultiert jeweils aus einer gegenüber der Bevölkerungsveränderung günstigeren Arbeitsplatzentwicklung. Während das Beschäftigtenvolumen sich weitgehend als das Ergebnis rein ökonomischer Determinanten darstellt, wirkte sich auf die Bevölkerungsentwicklung vor allem das seit Anfang der 70er Jahre bestehende Geburtendefizit ungünstig aus. Da die geburtenschwachen Jahrgänge bis 1987 noch kaum Einfluß auf die Besetzung der erwerbsrelevanten Altersgruppen hatten, blieb das Beschäftigtenpotential davon jedoch nahezu unberührt. Ebenso wie auf Landesebene hat sich auch in der Mehrzahl der Stadtteile das Gewicht zu den Arbeitsplätzen verschoben. Dabei hat in den Randgebieten die Arbeitsfunktion stärker an Bedeutung gewonnen als im Kernbereich. In den Stadtteilen Fuhsbüttel und Neuland wurden 1987 erstmals mehr Beschäftigte als Einwohner registriert. Lediglich in 13 unregelmäßig über das Stadtgebiet verteilten Raumeinheiten ist die Wohnnutzung im Vergleich zu 1970 gestiegen.

Entgegengesetzte Dichteverteilung von Arbeitsplatz- und Einwohnerzahlen

Besonders plastisch läßt sich der Wechsel von Nutzungsdichte und -art anhand von sogenannten Profilschnitten darstellen. Dies soll hier auf der Basis der Stadt- beziehungsweise Ortsteilergebnissen an einem Schnitt von Westen nach Osten entlang des nördlichen Elbufers bis nach Bergedorf sowie an einem Süd-Nord-Profil von Sinstorf bis Langenhorn erläutert werden. Dabei wird in den *Schaubildern* 5 und 6 durch die vertikale Achse die Dichte wiedergegeben, während die waagerechte den Abstand der Stadt- beziehungsweise Ortsteile vom Zentrum zeigt.

Gut sichtbar wird im *Schaubild* 5a der Gegensatz zwischen den weniger intensiv genutzten Stadtteilen am Rand Hamburgs und den sehr extremen Dichtewerten im Bereich der Innenstadt, die optisch wie ein steiler Bergkamm in Erscheinung treten. Während die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte

in den Randgebieten durch die Wohnnutzung bestimmt ist, sind die um ein Vielfaches größeren Dichtewerte von Neustadt und Hamburg-Altstadt weitgehend durch die Konzentration von Arbeitsplätzen hervorgerufen; die Beschäftigtendichte erreicht dort Höchstwerte. Demgegenüber tritt das Maximum der Bevölkerungsdichte erst in einiger Entfernung vom Stadtkern im Stadtteil Ottensen auf. Da vor allem in Hamburg-Altstadt und Klostertor weniger Einwohner auf den Hektar Gebietsfläche kommen als in den Stadtteilen im Westen, übertrifft die Beschäftigtendichte im Stadtkern die Dichte der Bevölkerung. So findet die stärkere Konzentration der Arbeitsplätze auch im Profilschnitt ihren optischen Ausdruck.

Verfolgt man die Dichteverteilung weiter nach Osten, so fällt der Rückgang der Nutzungsintensität vom Stadtteil Hamburg-Altstadt zum Stadtteil Klostertor ins Auge. Dieser Bruch kennzeichnet den abrupten Übergang zum Wirtschaftsraum des Hafens. In den Stadtteilen Klostertor, Rothenburgsort und Billbrook bleibt die Bevölkerungsdichte auf einem der City vergleichbaren niedrigen Niveau und macht die Dominanz der Arbeitsfunktion in den hafengebundenen Industrie- und Gewerbegebieten deutlich. Die äußerst geringe Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte im Stadtteil Billwerder kennzeichnet ein ländliches Gebiet geringer Nutzungsintensität. Der dann ostwärts folgende erneute Anstieg der Dichteziffern dokumentiert das Bergedorfer Kerngebiet mit einer im Gegensatz zur Innenstadt schwachen Konzentration von Siedlungs- und Wirtschaftstätigkeit. Anders als in der City überwiegt in diesem Subzentrum die Wohnfunktion.

Betrachtet man parallel zu dieser Zustandsbeschreibung von 1987 die Veränderungsdaten der Dichtewerte gegenüber 1970 (*Schaubild* 5b), so tritt auch im Profilschnitt die bereits beschriebene Abnahme im kernnahen Bereich in Erscheinung. Außerdem fällt auf, daß sich der Rückgang der Nutzungsintensität sowohl auf die hochverdichtete Innenstadt als auch auf die benachbarten hafengebundenen Räume mit niedrigerer Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte erstreckt. Die am Stadtrand gelegenen Gebiete Rissen und Bergedorf sowie Othmarschen und Billbrook verzeichneten dagegen als einzige eine wenn auch geringe Zunahme der Nutzungsintensität.

Im von Süden nach Norden verlaufenden Profilschnitt (*Schaubild* 6a) tritt südlich der Elbe zunächst das von der Arbeitsfunktion dominierte Subzentrum Harburg hervor, dem sich nach Norden die Hafenzonen mit geringer Nutzungsintensität anschließt. Der Rückgang der Nutzungsdichte von der Innenstadt bis Langenhorn wird durch zwei Subzentren modifiziert, was allerdings nur durch Darstellung von Ortsteildaten sichtbar wird. Im nördlichen Winterhude wird eine St. Pauli oder Altona-Altstadt vergleichbare Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte gemessen. Sie geht vor allem auf die erhöhte Beschäftigtendichte zurück,

Schaubild 4 Veränderung der Nutzungsintensität in den Hamburger Stadtteilen 1987 gegenüber 1970

— ohne Neuwerk —



Anzahl der Einwohner¹⁾ und Beschäftigten je ha Bruttostadtteilfläche
(Einwohner¹⁾-Arbeitsplatz-Dichte)
Zu- (+) bzw. Abnahme (–) in Prozent

- unter –20
- 20 bis unter –10
- 10 bis unter 0
- 0 bis unter 10
- 10 und mehr

1) Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

4/5 914 L

die ihrerseits auf der Arbeitsplatzkonzentration in der „City-Nord“ beruht. Dort sind Management- und Verwaltungsfunktionen vieler Großunternehmen konzentriert. Obwohl am Stadtrand gelegen, übersteigt im Ortsteil Fuhlsbüttel die Zahl der Arbeitsplätze die der Einwohner, was in Zusammenhang mit dem dortigen Flughafen gesehen werden muß. Er stellt nicht nur selbst viele Arbeitsplätze, sondern strahlt durch die Ansiedlung zahlreicher Hilfs- und Ergänzungsbetriebe auf die örtliche Wirtschaft aus. Die große Flächenausdehnung des Flughafengeländes hat dabei eine Herabsetzung der Nutzungsintensität zur Folge, weshalb der Stadtteil nicht als separates Dichtezentrum in Erscheinung tritt. Im Gegensatz zu allen anderen Gebietseinheiten auf dem Profilschnitt, führte im nördlichen Winterhude wie auch in Fuhlsbüttel der Beschäftigtenzuwachs zu einer Erhöhung der Nutzungsintensität (siehe Schaubild 6b).

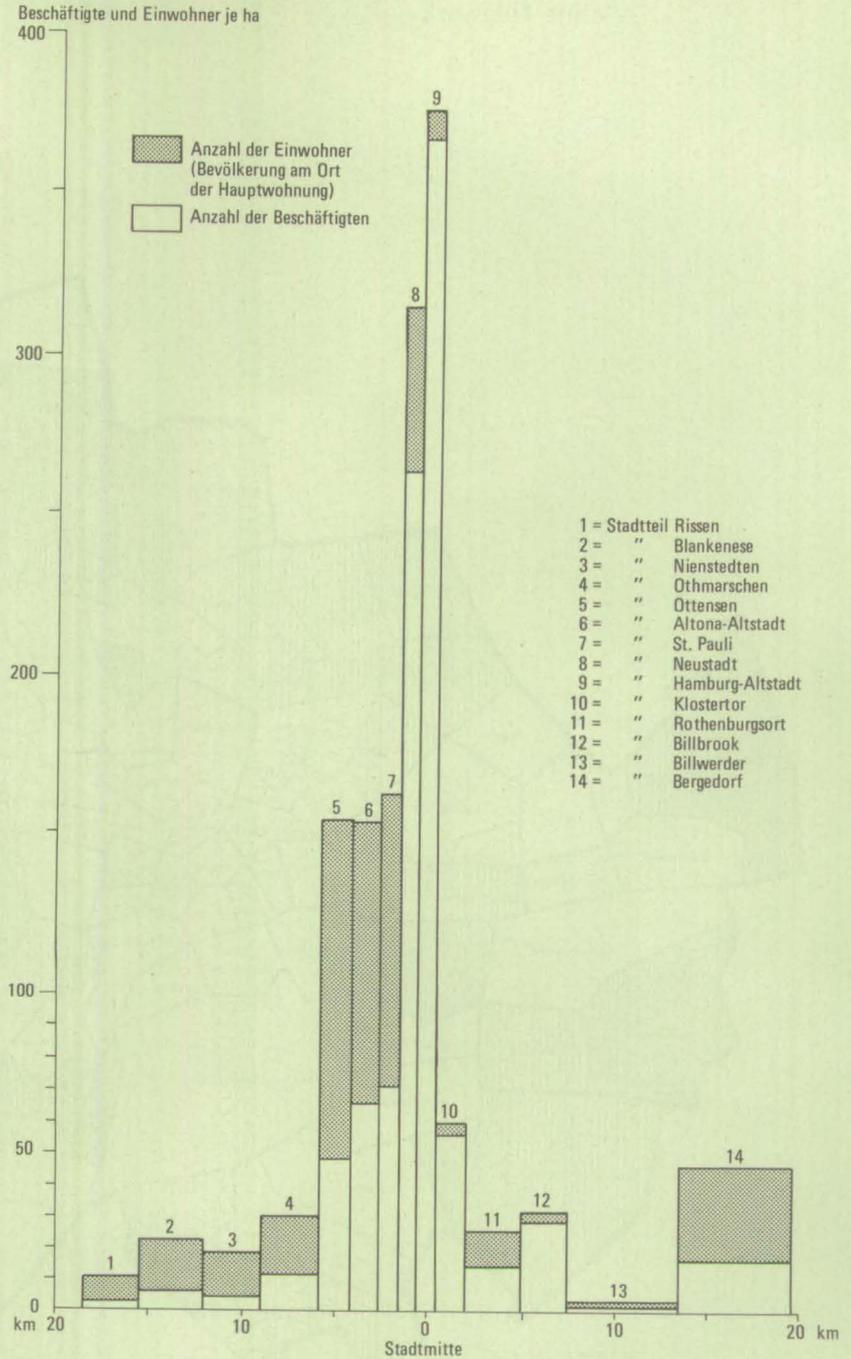
Höchste Beschäftigten-dichte im Zentrum, höchste Einwohnerdichte in den Stadtteilen um die Innenstadt

Anhand der Profilschnitte läßt sich nochmals hervorheben, daß nördlich der Elbe die Maxima von Beschäftigtendichte und Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte in etwa in denselben Gebieten liegen. Dagegen erreicht die Einwohnerdichte erst in einiger Entfernung vom Stadtzentrum ihren Höchststand und fällt dann zum Zentrum hin wieder ab. Folglich kann man sagen, daß die Nutzungsdichte des Hamburger Stadtkerns uneingeschränkt auf der Konzentration von Arbeitsplätzen beruht.

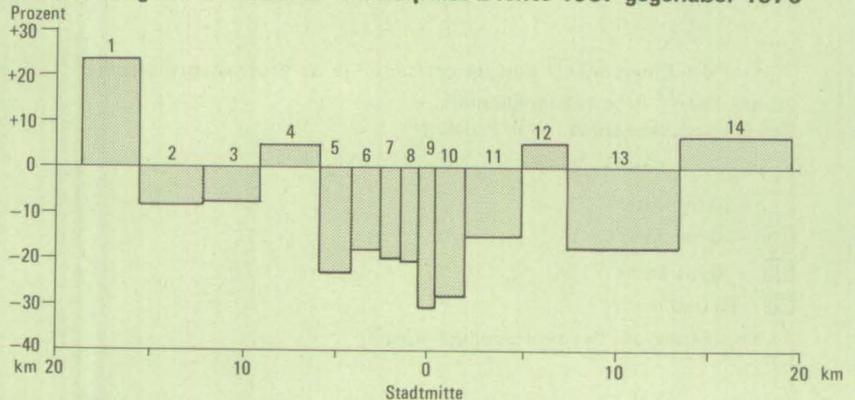
In der äußeren Stadt treten trotz der noch relativ groben Regionalisierung auf Stadtteilebene an verschiedenen Stellen Verdichtungsschwerpunkte auf, die entweder der Wohnnutzung (Bergedorf) oder der Ballung von Arbeitsplätzen („City-Nord“, Fuhlsbüttel) zuzuordnen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß vor allem am Stadtrand gelegene kleine Subzentren wegen der größeren Flächen der hier anzutreffenden Stadtteile nicht oder nur unzureichend wiedergegeben werden können.

Einen erheblichen Einfluß auf die Dichteverteilung nehmen aber auch natürliche Gegebenheiten. So sind von der Elbe durchflossene Stadtteile durch eine verhältnismäßig geringe Nutzungsintensität charakterisiert. Sie resultiert im von der Wohnfunktion dominierten Osten (Vier- und Marschlande) aus der ländlichen Gebietsstruktur und im Westen (Hafen und angrenzende Gebiete) aus dem hohen Wasserflächenanteil und der weitläufigen Hafen-, Industrie- und Gewerbenutzung, was hier die Vorrangstellung der Arbeitsfunktion in der Raumnutzung bewirkt.

a) Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte 1987



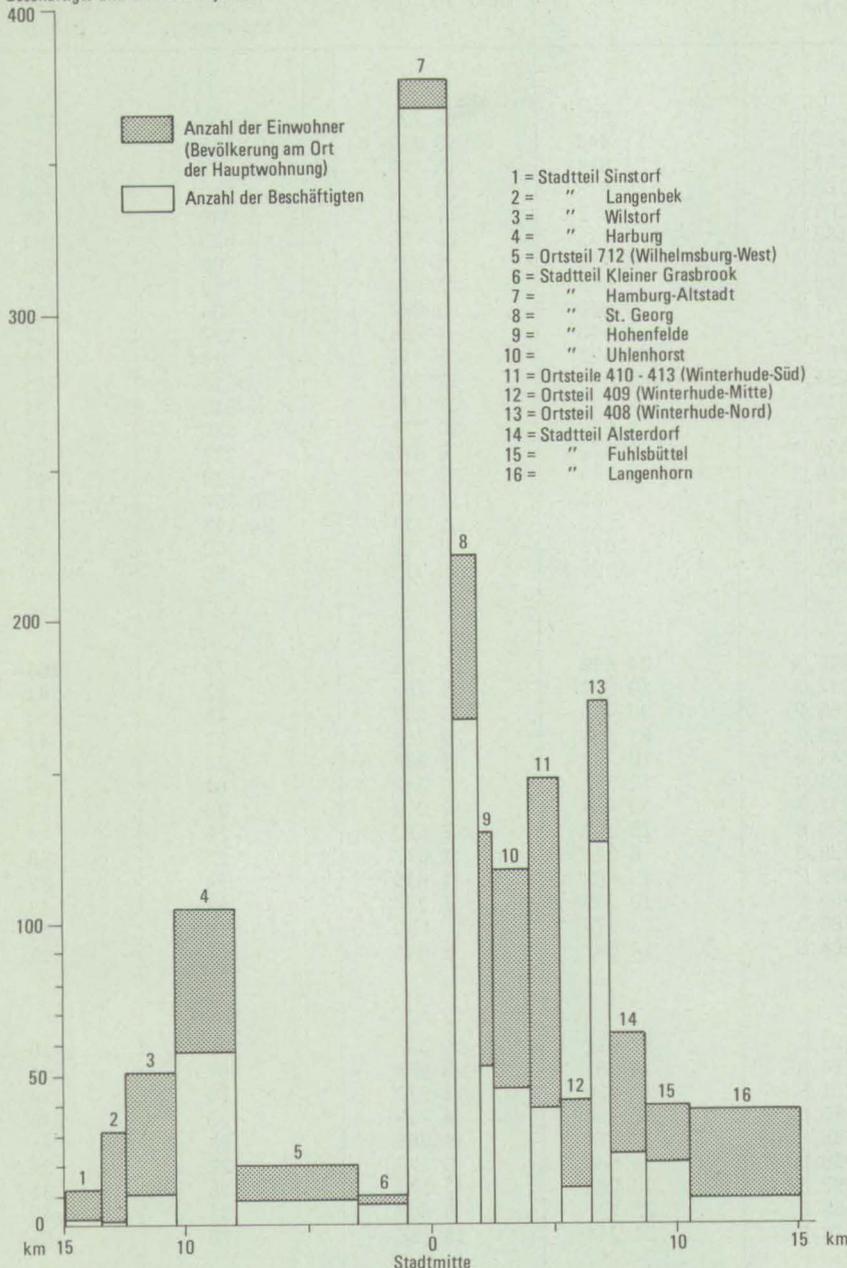
b) Veränderung der Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte 1987 gegenüber 1970



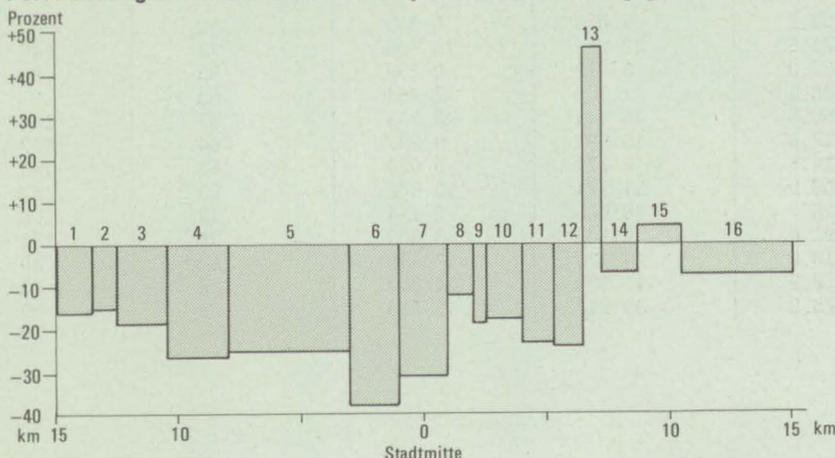
4/5 915 L

a) Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte 1987

Beschäftigte und Einwohner je ha



b) Veränderung der Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte 1987 gegenüber 1970



Obwohl sich im Hamburger Stadtgebiet – wie dargestellt – sehr unterschiedliche Nutzungsstrukturen nachweisen lassen, können auf der Basis von Stadtteilen sowie der verwendeten wirtschaftssystematischen Grobgliederung des Datenmaterials aus der Arbeitsstättenzählung örtliche Schwerpunkte des Handels, des Verkehrssektors oder gar einzelne Gewerbegebiete beziehungsweise Einkaufszonen nicht dargestellt werden. Im Hinblick auf die regionale Einteilung trifft dieser Einwand in besonderem Maße auf die Außenbereiche der Stadt zu, wo die Stadtteile wegen ihrer Flächengröße recht verschiedenartige Teilräume in ihren Grenzen vereinen. Auf die damit angesprochenen wirtschaftsstrukturellen Aspekte wird im zweiten Teil dieser Untersuchung genauer eingegangen. Insofern kann dieser erste Teil der Untersuchung als ein Einstieg in die Analyse von innerstädtischen Nutzungs- und Wirtschaftsstrukturen angesehen werden.

Als Zwischenergebnis in bezug auf die Intensität und die Art der Nutzung Hamburgs lassen sich zusammenfassend die folgenden charakteristischen Raumtypen unterscheiden:

Das Stadtgebiet nördlich von Elbe und Bille wird vom Gegensatz zwischen den zentralen Stadtteilen und den Randgebieten geprägt. Während der Kernbereich eine sehr hohe auf der Konzentration von Arbeitsplätzen beruhende Nutzungsintensität und einen starken Einwohner- und Beschäftigtenrückgang aufweist, dominiert im Randgebiet bei geringer Nutzungsdichte und gestiegenen Einwohner- und Beschäftigtenzahlen die Wohnfunktion.

Der Übergangsbereich zwischen Kern- und Randgebieten ist als dritter Raumtyp insofern von Bedeutung, als sich dort bei einer noch überdurchschnittlichen Nutzungsintensität das Maximum der Einwohnerdichte befindet. Diese deutliche Abweichung zwischen Zeitraum und Peripherie wird allerdings durch verschiedenartige Subzentren (zum Beispiel Bergedorf, „City-Nord“, Fuhlsbüttel) modifiziert.

Dagegen folgt die Nutzungsstruktur südlich der Elbe und in den Vier- und Marschlanden einem anderen Muster. Dieser Teil gliedert sich in einen hafennahen Bereich im Westen und einen ländlich geprägten im Osten. Die hafennahen Gebiete sind durch eine niedrige Nutzungsdichte bei gleichzeitig dominierender Arbeitsfunktion gekennzeichnet. Demgegenüber herrscht im Osten, insbesondere in den am wenigsten verdichteten Vier- und Marschlanden, die Wohnnutzung vor.

Thorsten Erdmann

4/5 916 L

Anhangtabelle Art und Intensität der Stadtteilnutzung in Hamburg 1987

Bezirk Stadtteil	Bruttofläche in ha	Einwohner ¹⁾	Beschäftigte ²⁾	Beschäftigte je 100 Einwohner	Einwohner- Arbeitsplatz- Dichte ³⁾
Hamburg-Mitte					
Hamburg-Altstadt	235,9	2 062	86 726	4 206	376
Neustadt	223,3	11 448	58 919	515	315
St. Pauli	257,3	23 614	18 222	77	163
St. Georg	183,6	9 573	30 793	322	220
Klostertor	209,1	856	11 538	1 348	59
Hammerbrook	152,4	415	20 015	4 823	134
Borgfelde	86,4	6 156	5 075	82	130
Hamm-Nord	178,4	21 864	2 840	13	138
Hamm-Mitte	85,0	9 612	3 247	34	151
Hamm-Süd	112,9	3 340	4 228	127	67
Horn	582,2	36 122	5 748	16	72
Billstedt	1 684,1	65 153	11 294	17	45
Billbrook	612,4	2 112	17 118	811	31
Rothenburgsort	757,0	8 200	10 777	131	25
Veddel	436,5	3 972	6 875	173	25
Kleiner Grasbrook	448,3	1 133	3 610	319	11
Steinwerder	781,7	55	11 385	20 700	15
Waltershof	926,7	15	5 117	34 113	6
Finkenwerder	1 933,1	11 078	7 792	70	10
Neuwerk	701,2	26	13	50	0
Altona					
Altona-Altstadt	279,7	24 899	18 151	73	154
Altona-Nord	217,7	19 020	11 763	62	141
Ottensen	286,2	30 404	13 699	45	154
Bahrenfeld	1 085,7	23 498	22 783	97	43
Groß Flottbek	241,4	10 303	2 842	28	54
Othmarschen	601,4	10 757	6 842	64	29
Lurup	637,7	30 486	6 003	20	57
Osdorf	725,9	25 329	6 570	26	44
Nienstedten	439,0	6 245	1 672	27	18
Blankenese	825,2	13 463	4 639	34	22
Iserbrook	265,7	10 299	1 187	12	43
Sülldorf	560,3	7 174	980	14	15
Rissen	1 664,8	14 047	3 681	26	11
Eimsbüttel					
Eimsbüttel	323,1	53 952	16 347	30	218
Rotherbaum	288,5	14 631	28 873	197	151
Harvestehude	201,9	17 026	11 973	70	144
Hoheluft-West	69,0	12 730	4 218	33	246
Lokstedt	485,8	22 027	14 289	65	75
Niendorf	1 269,8	36 880	8 178	22	35
Schnelsen	897,8	20 233	7 175	35	31
Eidelstedt	869,0	27 957	8 800	31	42
Stellingen	578,2	21 251	16 256	76	65
Hamburg-Nord					
Hoheluft-Ost	58,1	9 088	5 343	59	248
Eppendorf	271,6	22 272	15 806	71	140
Groß Borstel	453,3	8 872	8 238	93	38
Alsterdorf	306,1	11 906	7 451	63	63
Winterhude	760,0	46 445	40 348	87	114
Uhlenhorst	217,6	15 595	9 927	64	117
Hohenfelde	114,5	8 771	6 039	69	129
Barmbek-Süd	306,0	31 321	19 842	63	167
Dulsberg	118,7	16 905	2 114	13	160
Barmbek-Nord	391,4	38 149	13 309	35	131
Ohlsdorf	716,6	14 420	7 435	52	30
Fuhlsbüttel	658,2	11 923	14 004	117	39
Langenhorn	1 375,3	39 712	13 296	33	39

Bezirk Stadtteil	Bruttofläche in ha	Einwohner ¹⁾	Beschäftigte ²⁾	Beschäftigte je 100 Einwohner	Einwohner- Arbeitsplatz- Dichte ³⁾
Wandsbek					
Eilbek	172,6	19 324	9 510	49	167
Wandsbek	599,4	31 550	22 796	72	91
Marienthal	325,3	11 060	8 346	75	60
Jenfeld	502,5	23 520	3 878	16	55
Tonndorf	394,1	11 986	9 158	76	54
Farmsen-Berne	825,6	28 186	4 605	16	40
Bramfeld	1 009,2	48 253	17 319	36	65
Steilshoop	245,7	20 930	4 086	20	102
Wellingsbüttel	407,2	9 181	1 608	18	26
Sasel	835,9	19 048	5 047	26	29
Poppenbüttel	812,0	21 274	8 139	38	36
Hummelsbüttel	916,1	17 423	5 697	33	25
Lemsahl-Mellingstedt	793,6	4 019	532	13	6
Duvenstedt	682,4	3 313	1 049	32	6
Wohldorf-Ohlstedt	1 732,3	3 566	1 223	34	3
Bergstedt	705,4	7 373	1 081	15	12
Volksdorf	1 157,8	16 079	4 625	29	18
Rahlstedt	2 657,6	78 332	14 508	19	35
Bergedorf					
Lohbrügge	1 304,5	35 757	6 410	18	32
Bergedorf	1 134,1	33 561	18 384	55	46
Curslack	1 061,8	2 377	539	23	3
Altengamme	1 561,3	1 985	422	21	2
Neuengamme	1 861,8	3 315	929	28	2
Kirchwerder	3 235,4	7 832	1 799	23	3
Ochsenwerder	1 408,0	2 162	525	24	2
Reitbrook	691,4	500	47	9	1
Allermöhe	1 187,8	3 091	1 066	34	3
Billwerder	947,3	1 429	748	52	2
Moorfleet	427,5	1 373	379	28	4
Tatenberg	310,2	480	63	13	2
Spadenland	339,8	410	220	54	2
Harburg					
Harburg	385,5	18 170	22 350	123	105
Neuland	804,5	1 081	2 512	232	4
Gut Moor	196,7	147	48	33	1
Wilstorf	348,2	14 118	3 773	27	51
Rönneburg	226,3	2 031	539	27	11
Langenbek	83,8	2 507	176	7	32
Sinstorf	256,1	2 473	798	32	13
Marmstorf	581,6	8 930	1 344	15	18
Eißendorf	837,1	22 021	2 558	12	29
Heimfeld	1 171,7	17 213	12 450	72	25
Wilhelmsburg	3 525,6	42 998	20 040	47	18
Altenwerder	679,5	72	1 705	2 368	3
Moorburg	1 002,2	946	205	22	1
Hausbruch	1 118,0	13 628	3 558	26	15
Neugraben-Fischbek	2 251,1	25 135	3 984	16	13
Francop	908,9	693	101	15	1
Neuenfelde	1 550,2	4 516	3 486	77	5
Cranz	133,2	945	318	34	9
Hamburg	75 530,0	1 591 109 ⁴⁾	936 088	59	33

1) Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

2) am Arbeitsort

3) Einwohner und Beschäftigte je Hektar Bruttofläche

4) ohne Seeleute



Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt Hamburg bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext (Btx)** an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen.

Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Gemeinschaftsprogramm der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 040 36 5038 oder über die Mitteilungsseite * 36 5029 # möglich.



4. Die Mietbelastung der Hamburger Haushalte 1882

IV. Einkommen und Miethen.

Das Verhältniss der Einkommen zu den von den Erzielern dieser Einkommen für das Wohnungsbedürfniss aufzuwendenden Summen ist in der Statistik des Hamburgischen Staats bisher zweimal besprochen worden. Im zweiten Heft sind den Ergebnissen einer Spezialuntersuchung entnommene Tabellen nach Miethen und Einkommensteuern aus den Jahren 1867/68 ¹⁾, im siebenten Heft nach den gleichen Materialien aus den Jahren 1873/74 ²⁾ mitgetheilt.

Beide Untersuchungen hatten das Resultat, dass von kleineren Einkommen ein höherer Prozentsatz für die Wohnung zu verwenden ist als von höheren, zu ähnlichen Verhältnissen war man auch für Berlin durch Vergleichen, angestellt vom Statistischen Bureau, gelangt. ³⁾ Die in nachstehender Uebersicht auf S. 97 ff. gegebenen Zahlen über Einkommen und Miethen, welchen Material von 1881/82 zu Grunde gelegt ist, bestätigen die schon zweimal gefundene Erscheinung, dass Einkommen und Miethen im umgekehrten Verhältniss steigen und fallen, so dass man eine gewisse Gesetzmässigkeit in diesem Verhältniss wohl nicht mehr in Abrede stellen kann.

Ebenso wie früher sind den Einkommen möglichst reine Wohnungsmiethen gegenüber gestellt, indem nur Fälle in die Tabellen aufgenommen sind, in welchen die Beurtheilung der den Steuerbüchern entnommenen Mietbeträge nicht durch Wiedervermietungen oder durch theilweise gewerbliche Benutzung des gemietheten Gelasses getrübt war. Eine Aussonderung aller Gelasse, bei welchen Wiedervermietung oder gewerbliche Benutzung nicht absolut ausgeschlossen erschien, ergab unter Weglassung der ganz kleinen Einkommen die Zulässigkeit der Benutzung von 17 289 Fällen, während 1868 nur 13 059 und 1874 nur 14 691 Fälle zur Vergleichung gezogen werden konnten.

Die Weglassung der kleinen Einkommen unter 600 Mark, von welchen früher eine, wenn auch nur geringe Anzahl mit herangezogen war, erschien zweckmässig, weil nach den jetzigen Miet-, Preis- und Lohnverhältnissen wohl kaum anzunehmen ist, dass geringere Einkommen im Stande sein werden, wenn nicht im erkennbaren Einkommen verschiedene Zuschüsse hinzukommen, den Aufwand für eine selbständige Wohnung leisten zu können.

Die erwähnten 17 289 Fälle repräsentiren ein Einkommen von 96 737 250 Mark, (fast zwei Fünftel des Hamburgischen persönlichen Gesamteinkommens), und 10 857 296 Mark der Miethen, also etwas über ein

Sechstel sämmtlicher Miethen. Der verschiedene Antheil an den Gesamteinheiten erklärt sich aus der Weglassung der Wiedervermietungen und der oft sehr hohen gewerblichen Miethen. Aus dem Durchschnittseinkommen von 5595 Mark und der Durchschnittsmiethe von 628 Mark berechnet sich ein durchschnittlicher Antheil der Miethe am Einkommen von 11,22 %. Die früheren Untersuchungen haben höhere Prozentsätze ergeben, 13,64 und 18,22 %, es würde aber vollkommen verkehrt sein, diese Gesamtdurchschnittsprozente zu vergleichen und daraus etwa folgern zu wollen, dass das durchschnittliche Miethebedürfniss zu den verschiedenen Perioden nach Analogie dieser Prozentzahlen gestiegen oder gefallen sei.

Diese Gesamtzahlen sind nämlich absolut unvergleichbar, da die betreffenden Tabellen, welchen sie entnommen sind, nur einen, doch immerhin ziemlich willkürlich gegriffenen Theil der Einkommen und Miethen enthalten und ferner, was am schwersten ins Gewicht fällt, der Antheil der einzelnen Klassen der Einkommen in jedem Jahre ein sehr verschiedener gewesen ist. Es liegt auf der Hand, dass eine verhältnissmässig hohe Zahl grosser Einkommen, mit einer relativ geringen Durchschnittsmiethe den Gesamtdurchschnitt herabdrücken, grosse Mengen kleiner Einkommen mit relativ hoher Miethe den Durchschnitt der Gesamtheit erhöhen müssen. Dazu kommt noch, dass bei den kleinen Einkommen immerhin das Vorhandensein anderer Einnahmen ausserhalb des versteuerten, also erkennbaren Einkommens vorauszusetzen ist, während Familien mit hohem Einkommen, sei es wegen Benutzung noch einer zweiten, aus den Steuerbüchern nicht immer erkennbaren Wohnung (z. B. Landwohnung, Sommerfrischen u. s. w.), sei es wegen oft lange dauernden auswärtigen Aufenthalts in Wirklichkeit einen weit höheren Aufwand für das Wohnungsbedürfniss tragen als aus den angestellten Vergleichen zu ersehen ist.

Die Verhältnisszahlen der einzelnen Gruppen der Einkommen sind aber sehr wohl für die drei Jahre mit einander vergleichbar und es lassen sich die Veränderungen dadurch nachweisen, welche in den Aufnahmejahren der Aufwand für das Wohnungsbedürfniss erlitten hat.

In den folgenden Tabellen sind die Durchschnitte der Einkommen, die Durchschnitte der Miethen und die aus diesen beiden Faktoren für jede Einkommenklasse berechneten Verhältnisse der Miethe zum Einkommen für die drei untersuchten Jahre zusammengestellt. Um thunlichst vergleichbare Zahlen zu gewinnen, sind für 1868 und 1874 auch Einkommen unter 600 Mark bis auf die diese Summe fast erreichenden, welche nicht zu trennen waren, fortgelassen, die Einkommen über 60 000 Mark in eine Klasse zusammengefasst worden.

¹⁾ Das Verhältniss der Miethe zu den Einkommen. S. XXXVIII und S. 106–107.

²⁾ Das Verhältniss der Einkommen zu der von den Steuerzahlern verwohnten Miethe. S. 16–17 und S. 42–43.

³⁾ Statistisches Jahrbuch. Bd. II, III und VI.

1. Vergleichung der durchschnittlichen Einkommen.

In den Klassen der Einkommen von		1868	1874	1882
		M.	M.	M.
M.	600	579	586	600
bis "	1 200	879	842	855
" "	1 800	1 569	1 524	1 526
" "	2 400	2 205	2 203	2 138
" "	3 000	2 823	2 796	2 795
" "	3 600	3 492	3 521	3 397
" "	4 200	4 014	4 040	3 977
" "	4 800	4 686	4 672	4 542
" "	6 000	5 643	5 620	5 495
" "	12 000	8 817	8 554	8 760
" "	30 000	19 137	18 540	19 100
" "	60 000	42 012	38 957	42 999
über "	60 000	101 446	83 553	125 432

Diese Durchschnittszahlen sind allerdings zum Verständniss der beiden folgenden Tabellen unerlässlich, geben aber zur Berechnung von Verhältnisszahlen keinen Anlass, weil die in der Regel auch nur unwesentlichen Abweichungen in den einzelnen Klassen durch den Antheil der einzelnen zur Vergleichung herangezogenen Einkommen innerhalb der zusammengefassten Klasse bedingt werden und deshalb für eine zutreffende Vergleichung der durchschnittlichen Einkommen in den einzelnen Jahren kein brauchbares Material bieten.

2. Vergleichung der durchschnittlichen Miethen.

In den Klassen der Einkommen von	1868	1874	1874 gegen 1868	1882	1882 gegen		
					1874	1868	
					M.	M.	
M.	600	129	142	+ 13	159	+ 17	+ 30
bis "	1 200	165	176	+ 11	201	+ 25	+ 36
" "	1 800	312	322	+ 10	289	— 33	— 23
" "	2 400	447	460	+ 13	417	— 43	— 30
" "	3 000	549	537	— 12	525	— 12	— 24
" "	3 600	684	670	— 14	608	— 62	— 76
" "	4 200	774	734	— 40	729	— 5	— 45
" "	4 800	885	812	— 73	782	— 30	— 103
" "	6 000	1 047	975	— 72	1 007	+ 32	— 40
" "	12 000	1 410	1 367	— 43	1 465	+ 98	+ 55
" "	30 000	2 202	1 993	— 209	2 335	+ 342	+ 133
" "	60 000	2 805	2 900	+ 95	3 476	+ 576	+ 671
über "	60 000	3 775	3 156	— 619	4 861	+ 1 705	+ 1 086

3. Vergleichung des Verhältnisses der Miethen zu den Einkommen.

In den Klassen der Einkommen von	1868	1874	1874 gegen 1868	1882	1882 gegen		
					1874	1868	
					%	%	
M.	600	22,28	24,23	+ 1,95	26,53	+ 2,27	+ 4,22
bis "	1 200	18,77	20,90	+ 2,13	23,51	+ 2,61	+ 4,74
" "	1 800	19,89	21,13	+ 1,24	18,94	— 2,19	— 0,95
" "	2 400	20,27	20,83	+ 0,61	19,50	— 1,38	— 0,77
" "	3 000	19,45	19,21	— 0,24	18,78	— 0,43	— 0,67
" "	3 600	19,59	19,03	— 0,56	17,90	— 1,13	— 1,09
" "	4 200	19,28	18,17	— 1,11	18,33	+ 0,16	— 0,95
" "	4 800	18,69	17,38	— 1,31	17,22	— 0,16	— 1,07
" "	6 000	18,55	17,35	— 1,20	18,33	+ 0,98	— 0,22
" "	12 000	15,99	15,48	— 0,51	16,72	+ 0,74	+ 0,73
" "	30 000	11,51	10,75	— 0,76	12,23	+ 1,48	+ 0,72
" "	60 000	6,68	7,44	+ 0,76	8,08	+ 1,04	+ 1,40
über "	60 000	3,72	3,78	+ 0,06	3,87	+ 0,09	+ 0,15

Tabelle 2 zeigt in absoluten, Tabelle 3 in relativen Zahlen, in welcher Weise der für das Wohnungsbedürfniss aufzuwendende Theil des Einkommens sich verändert hat. Uebereinstimmend geht aus denselben hervor, dass in den beiden unteren Gruppen bis 1200 Mark Einkommen dieser Antheil gewachsen ist, von da bis zu einem Einkommen von 6000 Mark sich vermindert und in den noch höheren Einkommen wieder zugenommen hat. Die Zunahme in den unteren Gruppen erklärt sich wohl am natürlichsten aus dem notorisch immer stärker hervortretenden Mangel kleiner Wohnungen und der gesteigerten Herstellung von Wohnungen zu mittleren Miethepreisen. In den oberen Klassen wird der sich steigernde Geschmack an künstlerischer oder wenigstens luxuriöser baulicher Ausstattung des Wohnungsraumes zu der Erhöhung beitragen; denn einem dem Bedürfniss nicht genügenden Angebot kann diese Erscheinung bei den Miethen, in welchen namentlich in den letzten Jahren die Liebhaberei als pretium affectionis eine wesentliche Rolle spielt, schwerlich zugeschrieben werden.

Es geht also aus den gegebenen Tabellen hervor, dass, wenn der zur Miethe verwandte Antheil der Einkommen für 1868 auf 100 angenommen wird, derselbe bis 1882

in den Klassen der Einkommen von	stieg auf	sank auf	oder	
			stieg um %	sank um %
M. 600	118,94	—	18,94	—
" 1 200	125,25	—	25,25	—
" 1 800	—	95,22	—	4,78
" 2 400	—	96,20	—	3,80
" 3 000	—	96,56	—	3,44
" 3 600	—	91,37	—	8,63
" 4 200	—	95,07	—	4,93
" 4 800	—	91,16	—	8,84
" 6 000	—	98,81	—	1,19
" 12 000	104,57	—	4,57	—
" 30 000	106,26	—	6,26	—
" 60 000	120,06	—	20,06	—
über, 60 000	104,03	—	4,03	—

Diese letzte Uebersicht wird auch das Maass der vorgekommenen Veränderungen klar machen, welches zur Erklärung von manchen Erscheinungen in unseren Wohnungs- und Mietheverhältnissen von Interesse sein wird, wenn bei Benutzung der Zahlen allerdings auch immer darauf Rücksicht zu nehmen sein wird, dass die Resultate nicht aus allen Einkommen und Miethen gezogen wurden, dass namentlich Wiedervermietungen und gewerbliche Mitbenutzung der Gelasse in den nicht zur Vergleichung gezogenen manche Veränderung in den einzelnen Positionen hervorbringen können. Aber wenn der Vorwurf der Lückenhaftigkeit allen Berechnungen nicht erspart werden kann, welche nicht auf Beobachtung von Gesammtheiten, sondern von sogenannten ausgewählten Objekten beruhen, so werden doch die mitgetheilten Ergebnisse zur Beurtheilung des eigentlichen persönlichen Miethebedarfs der Haushaltungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

J. C. F. Nessmann.

Uebersicht der Miethen und ihres Verhältnisses zum Einkommen i. J. 1882.

Höhe der Einkommen M.	Anzahl der beobachteten Fälle	Summe der Einkommen M.	Durchschnitt der Einkommen M.	Summe der Miethen M.	Durchschnitt der Miethen M.	Verhältniss der Miethen zum Einkommen
bis 600	481	288 600	600	76 428	159	26,50 %
720	1 521	1 048 475	689	262 930	173	25,11 "
840	4 688	3 656 063	780	898 613	192	24,82 "
960	987	891 999	904	198 039	201	22,23 "
1 080	1 167	1 167 741	1 001	267 441	229	22,83 "
1 200	1 217	1 423 248	1 169	296 023	243	20,79 "
1 320	257	329 782	1 283	61 898	241	18,79 "
1 440	291	402 571	1 383	78 574	270	19,59 "
1 560	389	582 195	1 497	110 162	283	18,90 "
1 680	241	386 459	1 604	70 713	293	18,27 "
1 800	386	685 353	1 776	130 193	337	18,98 "
1 920	58	109 491	1 888	18 697	322	17,06 "
2 040	296	591 230	1 997	124 348	420	21,05 "
2 160	114	238 901	2 096	45 856	402	19,13 "
2 280	137	303 403	2 215	55 346	404	18,24 "
2 400	210	499 042	2 376	95 439	454	19,11 "
2 520	117	291 897	2 495	54 975	470	18,54 "
2 640	80	208 151	2 602	36 753	459	17,54 "
2 760	79	213 602	2 704	40 501	513	18,97 "
2 880	56	157 757	2 817	28 965	517	18,35 "
3 000	288	861 767	2 992	164 084	570	19,35 "
3 600	345	1 171 998	3 397	209 781	608	17,90 "
4 200	332	1 320 514	3 977	242 061	729	18,33 "
4 800	243	1 103 706	4 542	190 045	782	17,22 "
5 400	226	1 156 775	5 118	208 527	923	18,05 "
6 000	261	1 519 307	5 821	281 798	1 080	18,55 "
6 600	132	842 017	6 379	144 619	1 096	17,13 "
7 200	157	1 097 374	6 990	194 787	1 241	17,75 "
7 800	112	843 421	7 531	148 249	1 324	17,58 "
8 400	165	1 332 817	8 078	226 371	1 372	16,99 "
9 000	152	1 342 630	8 893	231 624	1 524	17,25 "
9 600	86	815 430	9 482	125 170	1 455	15,34 "
10 200	153	1 528 133	9 988	261 904	1 712	17,14 "
10 800	63	663 127	10 526	103 721	1 646	15,64 "
11 400	65	723 053	11 124	121 067	1 863	16,75 "
12 000	101	1 201 859	11 900	180 008	1 782	14,97 "
13 200	96	1 216 103	12 668	159 116	1 657	13,08 "
14 400	103	1 421 281	13 799	198 992	1 932	14,00 "
15 600	123	1 846 669	15 014	257 653	2 095	13,95 "
16 800	103	1 663 884	16 154	226 190	2 196	13,59 "
18 000	93	1 630 621	17 534	222 214	2 389	13,62 "
19 200	54	1 006 470	18 638	125 745	2 329	12,50 "
20 400	66	1 313 450	19 901	163 174	2 472	12,42 "
21 600	51	1 077 931	21 136	113 559	2 227	10,54 "
22 800	53	1 173 989	22 151	148 110	2 795	12,62 "
24 000	61	1 440 558	23 616	163 493	2 680	11,35 "
25 200	44	1 089 257	24 756	121 381	2 759	11,14 "
26 400	40	1 034 936	25 873	102 152	2 554	9,37 "
27 600	34	920 906	27 085	91 227	2 683	9,91 "
28 800	31	873 014	28 162	92 297	2 977	10,57 "
30 000	45	1 333 324	29 629	142 296	3 162	10,67 "
31 200	20	613 071	30 654	64 140	3 207	10,46 "
32 400	34	1 081 691	31 814	99 525	2 927	9,20 "
33 600	23	757 216	32 922	68 074	2 960	8,99 "
34 800	13	443 051	34 081	45 439	3 495	10,25 "
36 000	21	740 924	35 282	74 289	3 538	10,03 "
37 200	18	660 642	36 702	57 314	3 184	8,63 "
38 400	14	531 229	37 945	51 900	3 707	9,77 "
39 600	8	313 130	39 141	29 851	3 731	9,53 "
40 800	34	1 362 978	40 088	129 272	3 802	9,48 "
42 000	24	998 821	41 618	76 164	3 174	7,63 "
Transport	16 859	57 545 034	—	9 009 277	—	—

Statistik des Hamburg. Staats, XII. (2).

Fortsetzung auf Seite 98.

Uebersicht der Miethen und ihres

Fortsetzung von Seite 97.

Höhe der Einkommen M.	Anzahl der beobachteten Fälle	Summe der Einkommen M.	Durchschnitt der Einkommen M.	Summe der Miethen M.	Durchschnitt der Miethen M.	Verhältniss der Miethen zum Einkommen
Transport	16 859	57 545 034	—	9 009 277	—	—
bis 43 200	16	686 299	42 894	46 660	2 916	6,80 %
" 44 400	12	525 330	43 778	43 491	3 624	8,28 "
" 45 600	21	948 494	45 166	68 444	3 259	7,22 "
" 46 800	9	414 100	46 011	34 170	3 797	8,25 "
" 48 000	16	762 110	47 632	67 500	4 219	8,86 "
" 49 200	14	684 413	48 887	47 114	3 365	6,88 "
" 50 400	16	799 762	49 985	59 840	3 740	7,48 "
" 51 600	7	357 476	51 068	26 780	3 826	7,49 "
" 52 800	15	782 768	52 185	61 663	4 111	7,68 "
" 54 000	17	909 035	53 473	63 119	3 713	6,94 "
" 55 200	10	547 343	54 734	36 307	3 631	6,63 "
" 56 400	14	782 110	55 865	51 020	3 644	6,52 "
" 57 600	9	513 658	57 073	28 825	3 203	5,61 "
" 58 800	9	523 797	58 200	30 025	3 336	5,73 "
" 60 000	12	718 200	59 850	50 425	4 202	7,02 "
" 61 200	6	364 665	60 777	24 140	4 023	6,62 "
" 62 400	6	372 364	62 061	27 700	4 617	7,44 "
" 63 600	3	189 236	63 079	11 796	3 932	6,23 "
" 64 800	3	193 342	64 447	12 200	4 067	6,31 "
" 66 000	7	455 300	65 043	23 953	3 422	5,26 "
" 67 200	5	334 575	66 915	16 900	3 380	5,05 "
" 68 400	6	407 810	67 968	28 500	4 750	6,99 "
" 69 600	4	276 513	69 128	12 960	3 240	4,69 "
" 70 800	11	769 800	69 982	44 957	4 087	5,84 "
" 72 000	4	286 500	71 625	24 500	6 125	8,55 "
" 73 200	2	146 000	73 000	9 700	4 850	6,64 "
" 74 400	2	148 285	74 143	8 000	4 000	5,39 "
" 75 600	3	225 000	75 000	15 361	5 120	6,83 "
" 76 800	7	532 546	76 078	25 900	3 700	4,86 "
" 78 000	3	233 000	77 667	15 100	5 033	6,48 "
" 79 200	2	156 850	78 425	11 500	5 750	7,33 "
" 80 400	9	718 766	79 863	37 130	4 126	5,17 "
" 81 600	3	242 200	80 733	12 030	4 010	4,97 "
" 82 800	2	163 969	81 985	8 000	4 000	4,88 "
" 84 000	5	417 392	83 478	16 792	3 358	4,02 "
" 85 200	2	169 893	84 947	7 000	3 500	4,12 "
" 86 400	2	171 550	85 775	5 500	2 750	3,21 "
" 87 600	2	174 582	87 291	7 100	3 550	4,07 "
" 88 800	1	88 000	88 000	2 190	2 190	2,49 "
" 90 000	4	359 187	89 797	16 140	4 035	4,49 "
" 95 000	9	834 599	92 733	37 300	4 144	4,47 "
" 100 000	8	786 036	98 255	41 050	5 131	5,22 "
" 105 000	8	827 000	103 375	33 574	4 197	4,06 "
" 110 000	9	975 289	108 365	38 440	4 271	3,94 "
" 115 000	7	790 675	112 954	30 580	4 369	3,87 "
" 120 000	11	1 313 730	119 430	61 100	5 555	4,65 "
" 125 000	7	853 560	121 937	35 100	5 014	4,11 "
" 130 000	5	641 310	128 262	20 220	4 044	3,15 "
" 135 000	6	801 646	133 608	26 900	4 483	3,36 "
" 140 000	2	279 600	139 800	9 040	4 520	3,23 "
" 145 000	3	432 000	144 000	17 000	5 667	3,94 "
" 150 000	5	743 246	148 649	25 400	5 080	3,42 "
" 155 000	5	757 261	151 452	29 400	5 880	3,88 "
" 160 000	3	480 000	160 000	19 800	6 600	4,12 "
" 165 000	3	491 100	163 700	20 200	6 733	4,11 "
" 175 000	2	346 433	173 217	18 000	9 000	5,20 "
" 180 000	3	538 829	179 610	16 605	5 535	3,08 "
" 185 000	3	547 768	182 589	15 558	5 186	2,84 "
" 190 000	2	379 000	189 500	11 000	5 500	2,90 "
" 195 000	2	387 979	193 990	15 000	7 500	3,87 "
Transport	17 263	88 304 315	—	10 670 976	—	—

Fortsetzung auf Seite 99.

Verhältnisses zum Einkommen im Jahre 1882.

Fortsetzung von Seite 98.

Höhe der Einkommen M.	Anzahl der beobachteten Fälle	Summe der Einkommen M.	Durchschnitt der Einkommen M.	Summe der Miethen M.	Durchschnitt der Miethen M.	Verhältniss der Miethen zum Einkommen
Transport	17 263	88 304 315	—	10 670 976	—	—
bis 200 000	3	593 100	197 700	16 500	5 500	2,73 %
" 210 000	3	622 500	207 500	21 000	7 000	3,37 "
" 230 000	1	230 000	230 000	5 500	5 500	2,39 "
" 240 000	1	230 500	230 500	4 500	4 500	1,95 "
" 250 000	1	250 000	250 000	4 090	4 090	1,54 "
" 270 000	1	261 000	261 000	4 000	4 000	1,53 "
" 300 000	1	300 000	300 000	4 430	4 430	1,49 "
" 350 000	4	1 324 822	331 206	40 800	10 200	3,08 "
" 400 000	6	2 256 077	376 013	42 700	7 117	1,59 "
" 450 000	3	1 285 900	428 633	18 200	6 067	1,42 "
" 550 000	2	1 079 036	539 518	24 600	12 300	2,22 "
Zusammen	17 289	96 737 250	5 595	10 857 296	628	11,22 %
Zusammenziehung nach grösseren Klassen der Einkommen.						
bis 600	481	288 600	600	76 428	159	26,59 %
" 1 200	9 580	8 187 526	855	1 923 046	201	23,51 "
" 1 800	1 564	2 386 360	1 526	451 540	289	18,94 "
" 2 400	815	1 742 067	2 138	339 686	417	19,59 "
" 3 000	620	1 733 174	2 795	325 278	525	18,78 "
" 3 600	345	1 171 998	3 397	209 781	608	17,90 "
" 4 200	332	1 320 514	3 977	242 061	729	18,35 "
" 4 800	243	1 103 706	4 542	190 045	782	17,22 "
" 6 000	487	2 676 082	5 495	490 325	1 007	18,33 "
" 12 000	1 186	10 389 861	8 760	1 737 520	1 465	16,72 "
" 30 000	997	19 042 393	19 100	2 327 599	2 335	12,23 "
" 60 000	406	17 457 648	42 999	1 411 351	3 476	8,05 "
" 120 000	156	13 124 654	84 132	667 093	4 276	5,08 "
" 200 000	54	8 272 832	153 201	295 723	5 476	3,57 "
" 300 000	8	1 894 000	236 750	43 520	5 440	2,39 "
" 550 000	15	5 945 835	396 389	126 300	8 420	2,12 "
Zusammen	17 289	96 737 250	5 595	10 857 296	628	11,22 %

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung

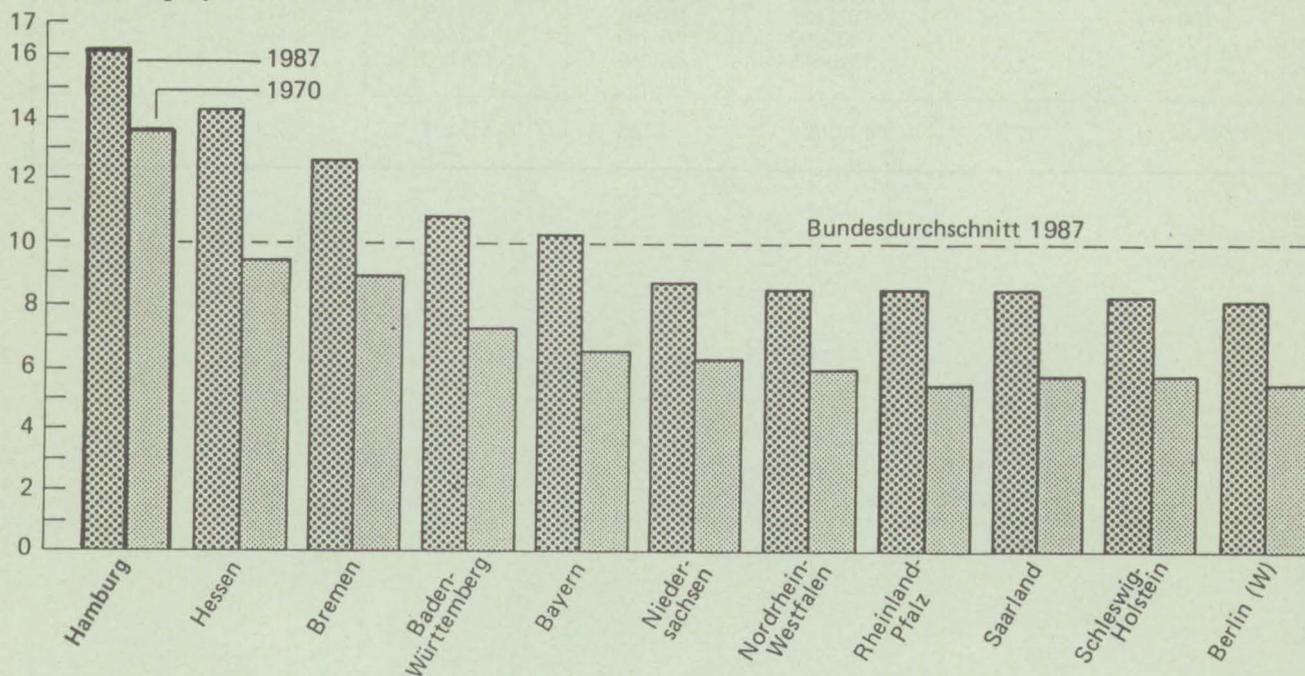
Arbeitsstätten, Beschäftigte und Löhne und Gehälter der Kreditwirtschaft in den Bundesländern und im Bundesgebiet

Land / Bundesgebiet	Arbeitsstätten		Beschäftigte					Löhne und Gehälter	
	1987	Veränderung 1987 gegenüber 1970 ¹⁾	1987				im Jahr 1986		
	Anteil am Bundesgebiet		insgesamt	Anteil am Bundesgebiet	Anteil an den Beschäftigten insgesamt	je 1000 Einwohner	Veränderung 1987 gegenüber 1970 ¹⁾	insgesamt	Anteil am Bundesgebiet
		%							
Baden-Württemberg	19,3	+ 27,3	101 029	16,5	2,2	10,9	+ 54,5	4 041,5	15,1
Bayern	22,6	+ 50,6	112 492	18,4	2,2	10,3	+ 62,4	4 530,1	17,0
Berlin (West)	1,5	+ 27,3	16 437	2,7	1,7	8,2	+ 35,7	738,7	2,8
Bremen	0,6	+ 0,8	8 326	1,4	2,4	12,6	+ 27,1	381,0	1,4
Hamburg	1,7	- 11,7	25 722	4,2	2,7	16,1	+ 5,7	1 444,7	5,4
Hessen	10,1	+ 37,0	78 936	12,9	3,1	14,3	+ 55,1	3 995,0	14,9
Niedersachsen	12,0	+ 9,4	62 670	10,2	2,3	8,8	+ 40,2	2 614,4	9,8
Nordrhein-Westfalen	18,8	+ 33,3	143 960	23,5	2,0	8,6	+ 40,5	6 415,2	24,0
Rheinland-Pfalz	7,3	+ 51,2	31 347	5,1	2,2	8,6	+ 58,5	1 264,2	4,7
Saarland	1,9	+ 10,1	9 038	1,5	2,0	8,6	+ 37,0	415,3	1,6
Schleswig-Holstein	4,1	+ 17,7	21 541	3,5	2,3	8,4	+ 46,0	883,5	3,3
Bundesgebiet	100	+ 30,8	611 498	100	2,3	10,0	+ 46,7	26 723,6	100

1) Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970.

Bankbeschäftigte in den Bundesländern 1970 und 1987

Bankbeschäftigte je 1000 Einwohner



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Herausgeber): Statistisch-prognostischer Bericht 1990/91 – Daten-Analysen-Perspektiven – Stuttgart 1991, S. 12

Hamburg im Bund-Länder-Vergleich

vom 25. Mai 1987

Arbeitsstätten und Beschäftigte der Kreditwirtschaft in den Bundesländern und im Bundesgebiet nach Bankengruppen

Bankengruppe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin (West)	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Arbeitsstätten - Anzahl -												
Deutsche Bundesbank ¹⁾	37	32	1	1	4	20	31	46	21	4	14	211
Kreditbanken	734	1 467	402	108	353	563	665	1 494	203	58	331	6 378
Sparkassenwesen ²⁾	3 271	3 100	96	94	206	1 622	2 153	3 210	1 119	360	654	15 885
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	3 378	4 155	52	35	46	1 728	1 845	2 375	1 488	319	579	16 000
Bausparkassen	195	177	14	4	21	49	81	212	64	12	31	860
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	101	136	56	11	64	86	51	182	23	13	24	747
Kreditwirtschaft insgesamt	7 716	9 067	621	253	694	4 068	4 826	7 519	2 918	766	1 633	40 081
Beschäftigte - Anzahl -												
Deutsche Bundesbank ¹⁾	1 817	1 492	363	272	765	3 993	1 218	2 414	1 027	260	534	14 155
Kreditbanken	17 266	32 185	9 573	3 218	15 007	33 062	11 011	41 956	4 413	1 451	5 320	174 462
Sparkassenwesen ²⁾	38 563	41 483	3 759	4 097	6 803	20 468	28 547	66 157	14 429	4 618	9 495	238 419
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	31 485	32 901	1 363	409	708	16 059	16 089	26 698	10 303	2 474	4 794	143 283
Bausparkassen	9 916	1 582	109	37	779	370	4 728	1 896	660	59	412	20 548
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	1 982	2 849	1 270	293	1 660	4 984	1 077	4 839	515	176	986	20 631
Kreditwirtschaft insgesamt	101 029	112 492	16 437	8 326	25 722	78 936	62 670	143 960	31 347	9 038	21 541	611 498
Arbeitsstätten - Anteil am Bundesgebiet in % -												
Deutsche Bundesbank ¹⁾	17,5	15,2	0,5	0,5	1,9	9,5	14,7	21,8	10,0	1,9	6,6	100
Kreditbanken	11,5	23,0	6,3	1,7	5,5	8,8	10,4	23,4	3,2	0,9	5,2	100
Sparkassenwesen ²⁾	20,6	19,5	0,6	0,6	1,3	10,2	13,6	20,2	7,0	2,3	4,1	100
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	21,1	26,0	0,3	0,2	0,3	10,8	11,5	14,8	9,3	2,0	3,6	100
Bausparkassen	22,7	20,6	1,6	0,5	2,4	5,7	9,4	24,7	7,4	1,4	3,6	100
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	13,5	18,2	7,5	1,5	8,6	11,5	6,8	24,4	3,1	1,7	3,2	100
Kreditwirtschaft insgesamt	19,3	22,6	1,5	0,6	1,7	10,1	12,0	18,8	7,3	1,9	4,1	100
Beschäftigte - Anteil am Bundesgebiet in % -												
Deutsche Bundesbank ¹⁾	12,8	10,5	2,6	1,9	5,4	28,2	8,6	17,1	7,3	1,8	3,8	100
Kreditbanken	9,9	18,4	5,5	1,8	8,6	19,0	6,3	24,0	2,5	0,8	3,0	100
Sparkassenwesen ²⁾	16,2	17,4	1,6	1,7	2,9	8,6	12,0	27,7	6,1	1,9	4,0	100
Genossenschaftliche Kreditinstitute ³⁾	22,0	23,0	1,0	0,3	0,5	11,2	11,2	18,6	7,2	1,7	3,3	100
Bausparkassen	48,3	7,7	0,5	0,2	3,8	1,8	23,0	9,2	3,2	0,3	2,0	100
Übrige Kreditinstitute ⁴⁾	9,6	13,8	6,2	1,4	8,0	24,2	5,2	23,5	2,5	0,9	4,8	100
Kreditwirtschaft insgesamt	16,5	18,4	2,7	1,4	4,2	12,9	10,2	23,5	5,1	1,5	3,5	100

1) Einschließlich Haupt- und Zweigstellen der Landeszentralbanken. - 2) Einschließlich Girozentralen, Landesbanken. - 3) Einschließlich Genossenschaftliche Zentralbanken. - 4) Realkreditinstitute, Teilzahlungskreditinstitute, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben und sonstige Kreditinstitute.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Herausgeber): Statistisch-prognostischer Bericht 1990/91
- Daten-Analysen-Perspektiven - Stuttgart 1991, S. 209

Hamburg in Zahlen 12.1991

Statistik der anderen

Nach den vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Ergebnissen waren am Ende des vergangenen Jahres 1195 Fluß- und Hafenfahrzeuge ins **Hamburger Binnenschiffsregister** eingetragen. Sie hatten insgesamt eine Tragfähigkeit von 522 000 Tonnen.

Der Zahl der Fahrzeuge nach stellten die fast ausschließlich im Hafenverkehr eingesetzten für Hamburg typischen Schuten mit 704 Einheiten (rund 60 Prozent des Gesamtbestandes) den größten Anteil. An der Transportkapazität waren sie zu knapp einem Drittel beteiligt.

Gemessen an der Tragfähigkeit entfielen demgegenüber 50 Prozent auf die vorwiegend im Flußverkehr eingesetzten Gütermotorschiffe (einschließlich Tankmotorschiffe). 280 Fahrzeuge mit 263 000 Tragfähigkeits-Tonnen waren am 31.12.1990 registriert.

Hamburg war auch der Heimathafen für 115 Flußfahrzeuge ohne eigenen Antrieb, also Schleppkähne und Schubleichter, mit nahezu 100 000 Tonnen Tragfähigkeit.

Abgerundet wird der Bestand mit 55 Hafen-, Strom- und Kanalschleppern sowie 32 Fahrgastschiffen.

Statistik international

Während der 48. Tagung des Internationalen Statistischen Instituts hat dessen Sektion „Internationale Vereinigung für amtliche Statistik“ (IAOS) Organisation und Arbeitsprogramm für die Jahre 1992 und 1993 festgelegt.

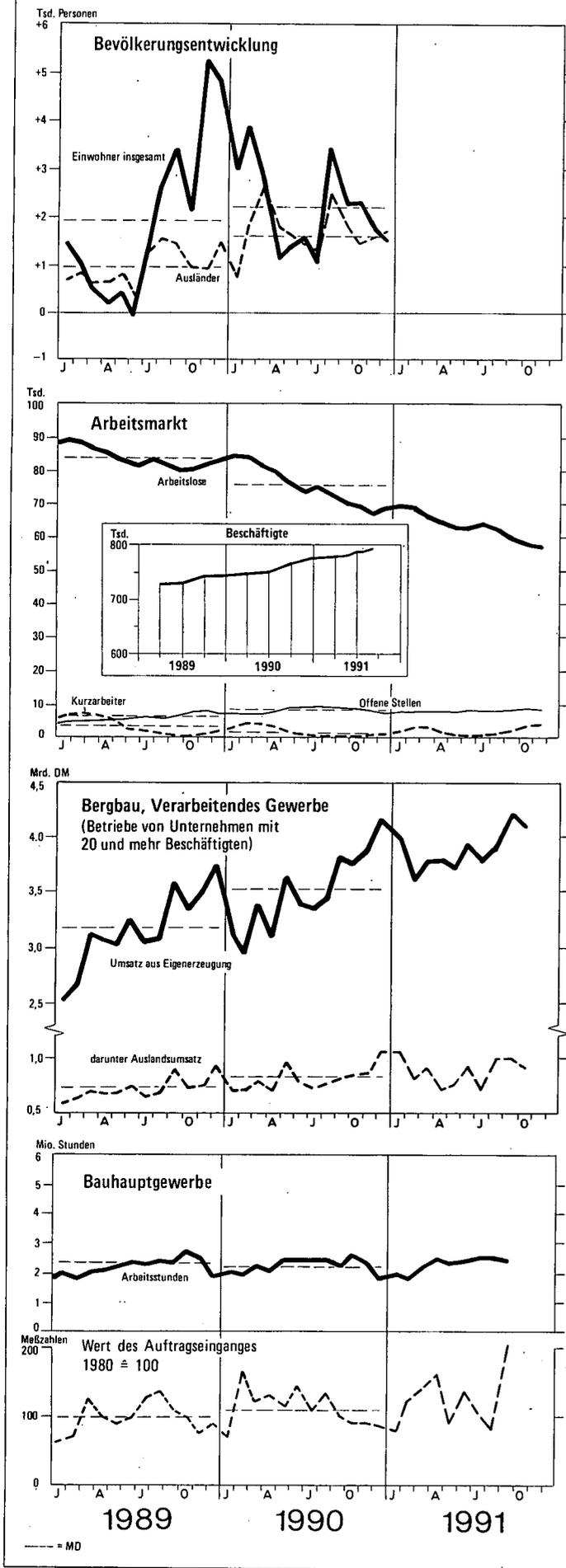
Die Sektion hat dabei Dr. Erhard Hruschka, den Leiter des Statistischen Landesamtes Hamburg, zu einem der Vizepräsidenten der IAOS gewählt.

Dr. Hruschka wird im kommen-

den Frühjahr auf der Fachtagung für Regional- und Städtestatistik der IAOS in Prag das Einführungsreferat zur Diskussionssitzung über „Die Zukunft der Städte – die zukünftigen Aufgaben der Stadt- und Regionalforscher“ halten. Er wurde außerdem gebeten, für die Herbsttagung 1992 der IAOS in Ankara die Sitzung über „Soziale, wirtschaftliche und Umweltindikatoren für Großstädte und Regionen“ vorzubereiten und zu leiten.

Neue Schriften

Vor kurzem ist Heft 19 der Reihe „Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter“ erschienen mit Daten über die **„Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte, der Landkreise und der Arbeitsmarktregionen** in der Bundesrepublik Deutschland 1980 und 1988 (in den Grenzen vor dem 3. Oktober 1990)“. Damit hat der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder unter der Federführung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg die im September 1989 in Heft 18 für 1986 veröffentlichten Daten fortgeschrieben. Die Wertschöpfung wird wieder zu Marktpreisen und zu Faktorkosten ausgewiesen. Dabei ist erstere als Indikator für die Leistungskraft der in der Region ansässigen Wirtschaftseinheiten anzusehen, während letztere die in einer Region erzielten Einkommen umfaßt. Neu und eine wesentliche Verbesserung gegenüber den bisherigen Veröffentlichungen ist, daß Heft 19 erstmalig auch Daten für die 167 **Arbeitsmarktregionen** (mit Berlin-West) in der für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ festgelegten kreisscharfen Abgrenzung enthält. Diese Arbeitsmarktregionen bilden nicht nur die Pendlereinzugsbereiche und damit die Realität der Ar-



t in Hamburg

beitsmarktzentren als Verflechtungsräume ab, sie sind zugleich die methodisch richtige regionale Entsprechung für alle Pro-Kopf-Rechnungen mit der Wohnbevölkerung. Hamburg zum Beispiel ist für die Arbeitsmarktregion zusammengefaßt mit den Nachbarkreisen Pinneberg, Segeberg und Stormarn aus Schleswig-Holstein sowie Harburg aus Niedersachsen. Die Bruttowertschöpfung der Arbeitsmarktregion liegt um ein Viertel über der des Stadtstaates Hamburg und beträgt etwas über fünf Prozent des gesamten Bundeswertes. Das Wachstum der Arbeitsmarktregion lag zwischen 1980 und 1988 um mehr als zwei Prozentpunkte über dem des Stadtstaates. Das bedeutet, daß ein wesentlicher Teil der Wachstumsimpulse Hamburgs dem Umland zugute gekommen ist. Trotzdem blieb die Entwicklung auch der Arbeitsmarktregion in dem genannten Zeitraum immer noch hinter der des Bundesgebietes zurück. Die hier besprochene Veröffentlichung kann ab sofort zum Preise von DM 13,20 (zuzüglich Porto) beim Statistischen Landesamt Hamburg bestellt werden.

dadurch die Abdrängung Älterer aus dem Erwerbsleben beschleunigt. Bereits 1967/68 und 1975 bis 1978 sind vergleichbare Entwicklungen beobachtet worden.

Für die Untersuchung der regionalen Verteilung älterer Arbeitsloser wurden deren Zahl in Beziehung zur älteren Bevölkerung insgesamt gesetzt. Es zeigt sich, daß in altindustrialisierten Gebieten die Arbeitslosigkeit Älterer besonders hoch ist. In ländlichen Gebieten liegt sie dagegen besonders niedrig. Zwischen hoher regionaler Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit Älterer besteht ein ausgeprägter positiver Zusammenhang.

In den neuen Ländern besteht aufgrund der dort höheren Erwerbstätigkeit Älterer die Gefahr, daß die Arbeitsmarktrisiken bevorzugt den Älteren aufgebürdet werden. Die stark altersselektive Abwanderung junger Erwerbspersonen aus den neuen Ländern verschlechtert darüber hinaus die Einstellungschancen Älterer in den alten Ländern."

Der Draht zum StaLa

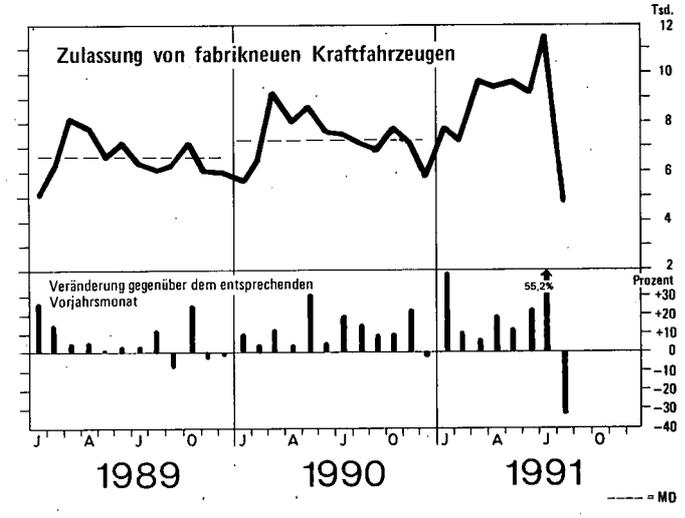
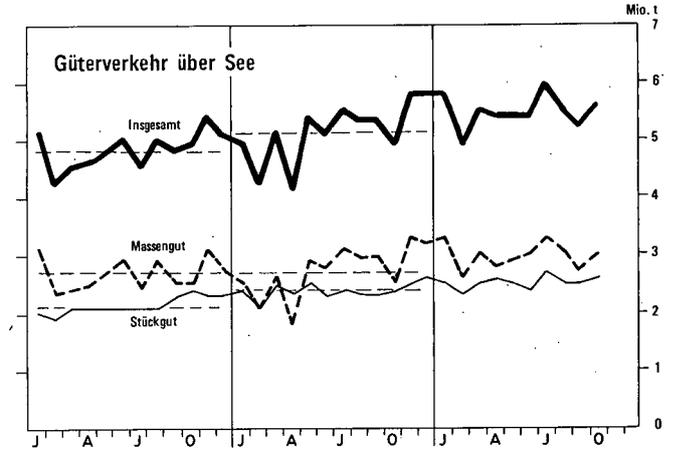
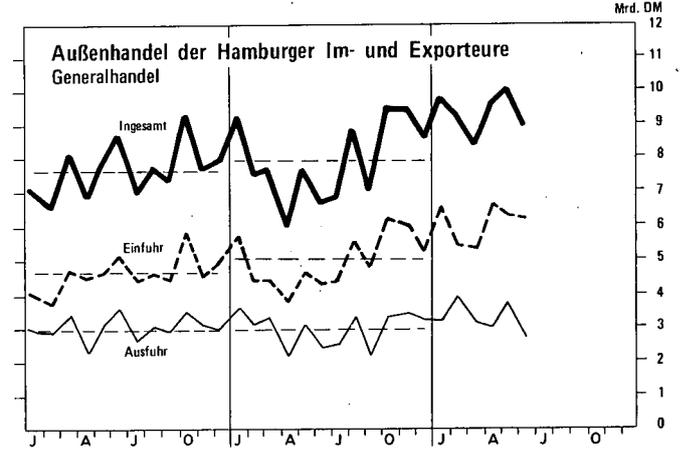
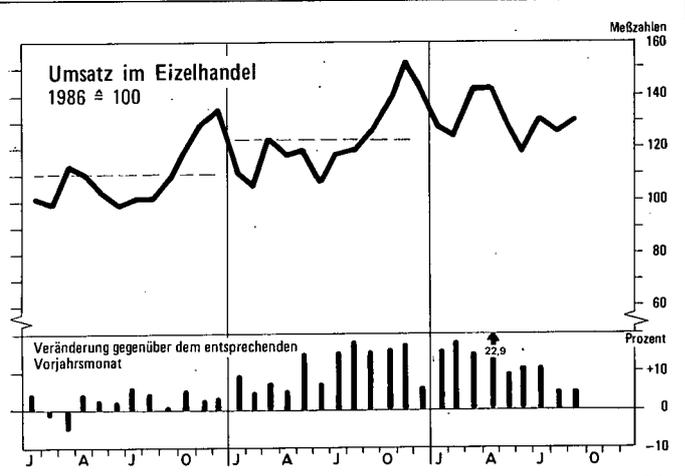
Amtsleiter 3681-1710
Auskünfte 3681-1738
1766
1768

 Leitseite * 36 502 #
Teiln.-Nr. 040 365038
Telefax (040) 3681-1700

Veröffentlichungen 3681-1719
Bibliothek 3681-1742

Für Thema:
Mikrozensusdaten –
Möglichkeiten und
Grenzen ihrer
Nutzung 3681-1733
Nutzungs- und
Wirtschaftsstruktur
der Hamburger
Stadtteile 3681-1757
125 Jahre Statisti-
sches Landesamt 3681-1710

Heft 3/4 1991 der **Informationen zur Raumentwicklung** ist dem Thema „Ältere Menschen und räumliche Forschung“ gewidmet. In einem der zehn Beiträge beschäftigt sich Aribert Peters mit dem Thema „Ältere Menschen als Problemgruppe des Arbeitsmarkts. Ein neues Phänomen und dessen regionale Dimension.“ Im folgenden wird die Zusammenfassung zitiert: „Die Entwicklung der altersspezifischen Erwerbsquoten zwischen 1984 und 1989 zeigt, daß nicht mehr Jüngere, sondern Ältere die Hauptleidtragenden der anhaltenden Unterbeschäftigung sind. Der konjunkturelle Aufschwung hat zur bevorzugten Einstellung junger Arbeitssuchender geführt und



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990				1991		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand										
Bevölkerung ¹⁾	1000	1 610,0	1 640,5	1 629,2	1 633,1	1 636,0	1 652,4
und zwar männlich	"	757,2	776,3	769,2	771,6	773,4	784,5
weiblich	"	852,8	864,1	860,0	861,6	862,5	867,9
Ausländer und Ausländerinnen	"	169,2	185,9	176,5	178,4	181,0	196,1
Bezirk Hamburg-Mitte	"	225,6	234,1	231,1	232,0	232,9	238,3
Bezirk Altona	"	227,7	231,9	230,1	230,6	231,1	233,5
Bezirk Eimsbüttel	"	228,0	230,9	230,3	230,7	230,8	231,4
Bezirk Hamburg-Nord	"	274,3	277,6	276,2	276,2	277,2	278,8
Bezirk Wandsbek	"	378,6	384,1	382,1	382,8	383,4	386,0
Bezirk Bergedorf	"	95,7	97,6	96,7	96,9	97,1	98,3
Bezirk Harburg	"	180,1	184,2	182,7	183,2	183,5	186,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	790	828	365	497	708	784	363	415	660
* Lebendgeborene ³⁾	"	1 278	1 391	1 330	1 309	1 285	1 394	1 279	1 186	1 321
dar. ausländische Lebendgeborene	"	232	251	232	277	219	234	243	234	227
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 770	1 767	1 841	1 806	1 823	2 302	2 008	1 630	1 737
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	9	7	11	6	11	15	15	5
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	"	- 492	- 376	- 511	- 497	- 538	- 908	- 729	- 444	- 416
* Eheschließungen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	5,9	6,1	2,6	4,0	5,1	5,6
* Lebendgeborene	"	9,5	10,2	9,6	10,5	9,2	9,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	13,2	12,9	13,3	14,4	13,1	16,4
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (—)	"	- 3,7	- 2,7	- 3,7	- 4,0	- 3,9	- 6,5
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000 Lebendgeb.	7,8	6,1	5,3	8,4	4,7	7,9	11,7	12,6	3,8
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	7 691	7 851	9 602	8 900	8 391	6 618
* Fortgezogene Personen	"	5 269	5 297	6 084	4 520	4 980	4 197
* Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	+ 2 421	+ 2 554	+ 3 518	+ 4 380	+ 3 411	+ 2 421
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	11 228	10 191	12 405	10 495	11 210	8 984
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus										
Schleswig-Holstein	"	1 334	1 378	1 463	1 757	1 698	1 244
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	918	897	1 024	1 174	1 114	762
Niedersachsen	"	1 303	1 164	1 887	1 451	1 517	815
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	325	304	314	434	350	271
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 159	2 071	3 162	3 097	2 389	1 639
Ausland	"	3 894	3 238	3 090	2 595	2 787	2 920
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	"	1 646	1 611	1 856	1 436	1 703	1 405
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	1 232	1 173	1 385	1 015	1 292	1 108
Niedersachsen	"	862	878	934	693	829	820
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	437	438	424	311	407	463
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	1 077	1 199	1 381	1 161	1 202	984
Ausland	"	1 690	1 609	1 913	1 230	1 246	988
c) Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	- 312	- 233	- 393	+ 321	- 5	- 161
dar. angrenzende Kreise ⁵⁾	"	- 314	- 276	- 361	+ 159	- 178	- 346
Niedersachsen	"	+ 441	+ 286	+ 953	+ 758	+ 688	- 5
dar. angrenzende Landkreise ⁶⁾	"	- 112	- 134	- 110	+ 123	- 57	- 192
Umland insgesamt ⁷⁾	"	- 426	- 410	- 471	+ 282	- 235	- 538
Übrige Bundesländer (Gebietsstand 3.10.1990)	"	+ 87	+ 872	+ 1 781	+ 1 936	+ 1 187	+ 655
Ausland	"	+ 2 204	+ 1 629	+ 1 177	+ 1 365	+ 1 541	+ 1 932
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) / -abnahme (—)	Anzahl	+ 1 929	+ 2 179	+ 3 007	+ 3 883	+ 2 873	+ 1 513
Bevölkerungszunahme (+) / -abnahme (—)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	+ 14,4	+ 15,9	+ 21,8	+ 31,0	+ 20,7	+ 10,8

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte⁸⁾										
Luftdruck ⁹⁾	hPa	1 016,3	1 014,7	1 017,4	1 013,6	1 012,2	1 016,9	1 018,4	1 015,4	...
Lufttemperatur	°C	10,8	10,9	19,1	13,2	11,5	20,1	18,7	15,5	...
Relative Luftfeuchtigkeit	%	74	76	67	80	77	68	72	74	...
Wind ¹⁰⁾	Stärke	3	3	3	3	3	3	3	3	...
Bewölkung ¹¹⁾	Grad	5,1	5,5	4,3	6,0	5,0	3,9	3,2	4,8	...
Summenwerte										
Sonnenscheindauer	Std.	142,8	127,6	236,2	85,7	125,0	305,9	213,9	162,1	...
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	6	7	1	4	3	0	0	4	...
Tage mit Niederschlägen ¹²⁾	"	14	14	17	22	10	8	15	17	...
Niederschlagshöhe	mm	56,7	71,5	87,9	93,1	38,1	46,1	72,7	72,9	...

¹⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987. — ²⁾ nach dem Ereignisort. — ³⁾ von Müttern mit alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. — ⁴⁾ mit letzter alleiniger oder Hauptwohnung in Hamburg. — ⁵⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. — ⁶⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ⁷⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. — ⁸⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. — ⁹⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ¹⁰⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ¹¹⁾ Bevölkerungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ¹²⁾ Tage mit 0,1 mm oder mehr Niederschlägen.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Jul	August	September	Oktober
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	605 485	599 591	537 582	604 230	674 227	461 512	575 181	600 089	582 525
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	"	81 740	86 358	76 716	71 951	89 640	91 759	74 181	72 676	93 999
Ausgeliehene Bände	"	32 237	31 227	21 305	25 314	32 753	32 917	22 531	29 247	36 828
Besucher der Lesesäle	"	5 284	5 251	5 212	5 576	5 404	5 250	5 639	5 537	4 311
HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung	"	2 596	2 719	3 207	2 885	2 610	1 846	2 325	2 841	2 994
Besucher der Bibliothek und Archive	"	1 592	1 783	1 826	1 794	1 749	1 117	1 345	1 736	1 598
Commerzbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"									
Lesesaalbesucher und Entleiher	"									
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	88 945	92 321	69 377	78 114	79 114	52 430	69 665	102 888	93 841
davon Hamburger Kunsthalle	"	15 487	17 202	12 685	12 296	11 568	10 259	16 423	14 785	15 415
Altonaer Museum in Hamburg,	"	8 450	8 819	5 767	8 083	7 290	6 609	7 766	8 643	7 998
Norddeutsches Landesmuseum	"	8 135	11 172	4 053	6 879	9 515	3 043	5 682	6 917	8 372
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	5 328	6 277	3 177	3 917	5 464	1 483	1 252	4 609	4 673
Hamburger Museum für Archäologie und die Stadtgeschichte Harburgs	"	19 956	18 242	17 814	20 608	17 028	15 403	17 322	32 864	17 287
Museum für Hamburgische Geschichte	"	18 219	17 139	13 259	16 104	11 544	6 481	10 758	22 085	23 724
Museum für Kunst und Gewerbe	"	11 494	11 503	10 992	8 422	14 989	8 509	8 789	11 038	14 593
Planetarium	"	1 876	1 967	1 630	1 805	1 716	643	1 673	1 947	1 779
Bischofsburg	"									
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	463 578	453 212	672 605	408 997	386 122	799 227	617 476	424 036	374 173
Arbeitsmarkt										
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	Anzahl	726 816	735 196	758 600	765 300	768 400	786 400	792 000		
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	"	83 457	75 493	72 339	69 925	68 698	63 768	62 433	59 201	57 717
* davon Männer	"	48 634	43 854	41 565	40 502	39 849	37 708	36 946	35 154	34 353
Frauen	"	34 823	31 639	30 774	29 423	28 849	26 060	25 487	24 047	23 364
Arbeitslosenquote	%	11,7	10,5	10,0	9,7	9,5	8,8	8,6	8,1	7,9
Kurzarbeiter	Anzahl	3 142	1 812	328	467	400	164	894	1 862	3 090
Arbeitsuchende										
Arbeitsuchende ¹⁾ insgesamt	"	102 183	95 381	91 881	90 445	88 346	84 166	82 849	81 808	80 484
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	7 061	6 429	6 335	6 019	5 928	5 103	5 055	4 852	4 778
Offene Stellen	"	6 134	8 218	9 037	8 877	8 489	7 932	7 657	7 949	8 317
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	971	1 005	931	948	1 108	1 005	1 013	1 013	...
* dar. an Molkereien geliefert	%	94,6	94,8	93,9	91,8	93,0	96,4	94,4	92,3	...
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,9	13,2	13,9	15,7	14,0	14,1	14,6	...
Schlachtungen von Inlandtieren²⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	3,5	4,6	6,2	7,9	9,8	6,0	8,0	8,4	...
* Kälber	"	1,8	2,6	2,5	1,7	2,6	3,8	3,4	3,8	...
* Schweine	"	17,6	21,9	33,8	25,4	27,3	23,1	22,0	21,9	...
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	t	2 727	3 568	5 122	4 866	5 723	4 324	4 931	4 977	...
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 067	1 356	1 744	2 359	2 972	1 775	2 531	2 535	...
Kälber	"	208	353	348	230	346	526	472	536	...
Schweine	"	1 450	1 855	3 025	2 271	2 401	2 021	1 925	1 903	...
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁴⁾										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	134 004	134 679	136 070	136 155	136 010	137 285	138 254	137 518	136 346
* dar. Arbeiter ⁶⁾	"	70 717	71 141	72 327	72 079	72 146	71 989	72 316	71 137	71 284
* Geleistete Arbeiterstunden ⁷⁾	1000	9 597	9 564	9 550	9 381	10 292	9 098	9 409	9 537	9 979
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	257	273	274	262	295	296	292	279	311
* Bruttogehaltssumme	"	367	386	365	367	364	400	394	392	391
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁸⁾)	"	6 619	7 507	7 390	7 727	8 704	7 893	8 226	9 066	9 082
dar. Auslandsumsatz	"	871	1 026	999	1 094	1 116	946	1 187	1 254	1 082
* Kohleverbrauch ¹⁰⁾	1000 tSK ⁹⁾	6	7	8	6	6	5	5	3	3
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	1000 m ³	96 647	94 026	92 544	77 958	78 126	91 027	91 027	77 943	77 943
* Stromverbrauch ¹⁰⁾	Mio. kWh	1 147	1 176	1 149	1 181	1 181	1 192	1 192	1 210	1 210
* Heizölverbrauch ¹⁰⁾	1000 t	53	55	50	51	51	53	53	47	47
* davon leichtes Heizöl ¹⁰⁾	"	5	6	4	6	6	4	4	4	4
* schweres Heizöl ¹⁰⁾	"	48	49	46	45	45	48	48	43	43

¹⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - ²⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. - ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁵⁾ einschl. Bergbau. - ⁶⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. - ⁷⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. - ⁸⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. - ⁹⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. - ¹⁰⁾ in den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils 11 Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den Oktober-Spalten der Jahre 1990 und 1991 beziehen sich jeweils auf das erste 3. Vierteljahr des Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	Mio. DM	3 171	3 515	3 460	3 836	3 788	3 761	3 859	4 228	4 122
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	1 474	1 631	1 670	1 771	1 888	1 870	1 824	1 912	1 971
Investitionsgütergewerbe	"	1 038	1 180	1 041	1 336	1 180	1 093	1 240	1 518	1 262
Verbrauchsgütergewerbe	"	142	162	183	176	173	182	199	200	186
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	517	543	566	553	546	616	596	597	703
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	20 776	21 315	21 708	22 046	21 835	22 259	21 997	22 045	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	15 912	16 318	16 668	16 969	16 743	17 058	16 789	16 796	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 192	2 172	2 373	2 255	2 551	2 472	2 493	2 420	...
* davon für Wohnungsbau	"	442	444	477	450	537	558	660	476	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	1 010	1 059	1 104	1 094	1 221	1 193	1 121	1 223	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	740	669	792	711	793	721	712	721	...
* Bruttohohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	57	64	70	64	71	77	73	71	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	19	22	22	22	21	24	23	23	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	289	320	331	347	358	374	363	385	...
davon im Wohnungsbau	"	49	49	47	43	65	61	49	50	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	146	176	172	202	187	213	207	226	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	94	95	112	102	105	99	107	109	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 730	8 892	9 025	9 017	9 272	9 037	9 236	9 242	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	6 928	7 090	7 166	7 236	7 433	7 173	7 336	7 348	...
Geleistete Arbeitsstunden	1000	996	1 015	1 069	990	1 121	1 063	1 051	1 040	...
Bruttohohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	24	25	27	24	28	28	28	27	...
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	8	9	8	8	9	9	9	9	...
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	88	95	100	100	107	111	111	118	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	97	101	45	79	85	120	176	209	206
* Stromverbrauch	"	991	1 004	891	928	1 036	936	948	951	1 098
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 737	1 824	726	1 266	1 699	890	1 041	1 330	2 246
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	83,5
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	95,9
Investitionsgütergewerbe	"	91,4
Verbrauchsgütergewerbe	"	85,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	60,9
Bauhauptgewerbe	"	76,8
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	123	206
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	116	164
* Rauminhalt	1000 m ³	131	256
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	41,0	91,7
* Wohnfläche	1000 m ²	22,4	48,0
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	17	27
* Rauminhalt	1000 m ³	305	323
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	98,0	101,0
* Nutzfläche	1000 m ²	59,4	56,0
Wohnungen	Anzahl	276	738
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	"	276	738
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	109	111
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	12	14
Rauminhalt	1000 m ³	180	223
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	271	236
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	210	211	...	s 210	s 211
Wohnungen	"	787	790	...	s 789	s 789

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ nach den fortgeschriebenen Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987. Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	108,6	115,9	117,4	.	.	.	126,0	.	.
Wohngebäude insgesamt	"	108,7	116,1	117,6	.	.	.	126,1	.	.
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	108,5	115,7	117,2	.	.	.	126,0	.	.
Mehrfamiliengebäude	"	108,8	116,0	117,6	.	.	.	125,9	.	.
Gemischt genutzte Gebäude	"	110,1	116,6	118,0	.	.	.	125,9	.	.
Bürogebäude	"	110,0	117,0	118,3	.	.	.	126,2	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeid										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 790	63 288	63 448	65 162	61 817	49 054	45 685	43 596	...
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	9 174,8	10 321,9	10 370,6	10 681,1	10 134,1	7 628,9	6 805,8	6 290,7	...
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausfuhr des Landes Hamburg ²⁾)	Mio. DM	998	1 002	1 072	781	1 114	1 196	1 008
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	106	116	140	75	113	198	149
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	892	886	932	706	1 002	998	860
* davon Rohstoffe	"	7	6	14	3	7	10	4
* Halbwaren	"	119	129	162	117	170	152	163
* Fertigwaren	"	766	751	755	587	824	836	693
* davon Vorerzeugnisse	"	112	101	106	76	110	107	77
* Enderzeugnisse	"	654	650	649	511	714	728	616
* nach Europa	"	704	710	735	602	846	828	716
* dar. EG-Länder ⁴⁾	"	474	485	507	405	599	575	494
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure⁵⁾										
Einfuhr	"	4 598	4 959	5 599	4 770	6 248	5 220	5 681
davon Europa	"	2 701	2 979	3 044	3 166	4 046	2 942	3 241
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 080	2 239	2 248	2 454	3 102	2 223	2 994
Außereuropa	"	1 897	1 980	2 555	1 604	2 202	2 278	2 440
Ausfuhr	"	3 039	2 980	3 274	2 245	3 281	3 513	3 573
davon Europa	"	2 289	2 217	2 499	1 734	2 595	2 535	2 876
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 769	1 650	1 868	1 265	1 993	1 935	2 316
Außereuropa	"	750	763	775	511	686	978	697
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1986 = 100	103,9	107,4	109,8	105,8	r 121,6	102,9	101,4	106,2	...
* davon Binnengroßhandel	"	98,8	111,7	120,7	115,2	r 135,2	112,8	113,5	115,7	...
* Außenhandel	"	108,4	r 103,7	100,1	97,4	109,6	94,2	90,6	97,7	...
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1986 = 100	110,0	122,4	119,4	124,5	138,1	131,4	125,2	130,5	...
darunter Warenhäuser	"	106,0	122,5	106,4	99,9	111,4	114,1	105,8	96,3	...
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	120,4	r 129,1	134,4	134,6	r 142,3	130,4	145,2	147,5	...
darunter Beherbergungsgewerbe	"	129,1	r 140,3	151,9	165,1	r 160,4	138,0	157,8	182,9	...
Gaststättengewerbe	"	118,2	125,5	132,0	127,8	r 133,2	127,9	142,3	136,6	...
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Gäste	1000	164	174	203	208	195	194	204	202	...
* darunter Auslandsgäste	"	54	56	78	63	64	69	63	60	...
* Übernachtungen	"	316	330	392	388	378	362	391	392	...
* darunter von Auslandsgästen	"	107	108	156	117	130	119	117	119	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 059	s 1 111	1 150	1 096	1 158	s 1 150	s 970	s 1 120	s 1 170
Angekommene Schiffe	"	4 799	p 5 134	5 270	5 128	5 113	p 6 008	p 5 463	p 5 221	p 5 613
Güterverkehr über See	1000 t	3 053	p 3 310	3 472	3 320	3 193	p 4 002	p 3 426	p 3 206	p 3 488
davon Empfang	"	1 016	p 1 127	1 156	1 114	1 114	p 1 302	p 1 231	p 1 184	p 1 225
dar. Sack- und Stückgut	"	1 746	p 1 824	1 798	1 808	1 920	p 2 006	p 2 037	p 2 016	p 2 125
Versand	"	1 175	p 1 253	1 190	1 129	1 240	p 1 361	p 1 240	p 1 309	p 1 386
dar. Sack- und Stückgut	"	144 080	p 164 082	169 260	167 697	172 093	p 205 479	p 188 598	p 191 467	p 192 341
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	1 421	1 632	1 640	1 664	1 702	1 949	1 803	1 832	1 902
in Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t									
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	347	383	327	367	486	p 386	p 480	p 320	...
* Güterversand	"	344	370	263	300	307	p 353	p 336	p 313	...
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	9 019	9 448	10 297	10 167	10 648	p 10 229	p 10 398
Fluggäste	"	508 263	555 471	631 114	663 313	681 361	p 599 321	p 613 196
Fracht	t	3 076	3 402	3 444	3 923	3 874	p 2 966	p 2 974
Luftpost	"	1 343	1 378	1 363	1 374	1 431	p 1 505	p 1 561
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	25 640	25 990	.	.	.	24 508	25 947	25 803	...
Busse (ohne Private)	"	19 297	20 377	.	.	.	18 900	20 074	19 942	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 521	7 257	6 941	6 794	7 767	11 549	4 670	5 900	p 6 637
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 938	6 547	6 288	5 935	7 122	10 727	3 709	4 768	p 5 996
* Lastkraftwagen	"	376	468	442	671	503	458	708	922	p 513
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	932	924	1 025	1 040	906	p 819	p 958	p 948	p 740
* Getötete Personen	"	10	9	5	6	4	p 8	p 8	p 4	p 5
* Verletzte Personen	"	1 222	1 205	1 339	1 333	1 174	p 1 042	p 1 231	p 1 216	p 967
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	123 927,9	136 337,7	127 234,0	130 121,4	131 699,3	139 533,9	141 218,5	140 844,6	...
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	118 026,9	126 997,5	119 823,0	121 940,6	122 993,2	130 585,7	132 281,1	131 816,3	...
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	20 933,1	23 845,2	20 410,6	21 835,6	22 097,9	24 901,7	25 501,2	25 534,5	...
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	20 771,1	23 804,4	20 396,4	21 811,5	22 076,7	24 826,8	25 432,6	25 464,1	...
* an öffentliche Haushalte	"	162,0	40,8	14,2	24,1	21,2	74,9	68,6	70,4	...
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	10 806,0	13 569,7	12 260,4	12 469,5	12 834,4	13 970,8	14 704,3	14 997,3	...
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 310,5	8 336,5	7 900,9	7 973,3	7 930,5	8 031,4	8 269,5	8 571,8	...
* an öffentliche Haushalte	"	3 495,5	5 233,2	4 359,5	4 496,2	4 903,9	5 939,4	6 434,8	6 425,5	...
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	86 287,8	89 582,6	87 152,0	87 635,5	88 060,9	91 713,2	92 075,6	91 284,5	...
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	66 479,2	68 788,4	67 818,5	67 907,7	68 189,0	70 366,8	70 871,7	71 093,7	...
* an öffentliche Haushalte	"	19 808,6	20 794,2	19 333,5	19 727,8	19 871,9	21 346,4	21 203,9	20 190,8	...
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁵⁾	"	73 952,1	79 221,5	72 658,4	73 847,9	74 191,8	77 365,9	77 714,5	77 602,2	...
* Sichteinlagen und Termingelder	"	56 834,3	62 395,7	56 522,6	57 697,6	58 079,1	61 059,0	61 431,4	61 350,9	...
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	48 999,9	54 382,4	49 297,3	50 159,6	51 163,6	53 917,2	53 516,7	53 267,5	...
* von öffentlichen Haushalten	"	7 834,4	8 013,3	7 225,3	7 537,9	6 915,5	7 141,8	7 914,7	8 083,4	...
* Spareinlagen	"	17 117,8	16 825,8	16 135,8	16 150,3	16 112,7	16 306,9	16 283,1	16 251,3	...
* bei Sparkassen	"	10 010,2	9 534,6	9 290,0	9 273,0	9 212,1	8 943,7	8 911,3	8 890,9	...
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	1 712,9	1 747,0	1 073,0	982,1	1 058,2	1 161,2	1 094,9	1 066,7	...
* Lastschriften auf Sparkonten	"	1 157,1	521,1	1 109,2	967,6	1 095,9	1 233,2	1 118,7	1 098,5	...
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	50	43	49	45	58	31	33	30	41
* Vergleichsverfahren	"	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	150	125	129	126	166	105	85	114	...
* Wechselsumme	Mio. DM	1,7	2,8	1,6	1,5	2,3	1,3	1,6	1,6	...
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	25 674	24 144	24 904	22 288	24 940	26 874	22 912	23 217	27 755
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 900,8	1 823,8	1 500,5	2 233,2	1 449,1	1 888,4	1 718,9	2 457,6	...
* Steuern vom Einkommen	"	1 107,3	1 083,5	759,0	1 532,8	695,6	1 174,8	913,3	1 795,0	...
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	768,1	741,3	684,2	665,4	662,1	938,1	787,7	757,2	...
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	148,8	161,1	21,0	433,0	5,1	57,3	82,8	399,9	...
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	81,5	57,6	73,3	52,3	358	173,0	88,3	41,2	...
* Körperschaftsteuer ⁹⁾	"	108,9	123,5	19,5	382,2	7,4	6,4	45,4	596,6	...
* Steuern vom Umsatz	"	793,5	740,1	741,6	700,3	753,6	713,7	805,6	662,7	...
* Umsatzsteuer	"	375,2	448,3	461,4	429,4	454,9	396,8	491,1	370,4	...
* Einfuhrumsatzsteuer ⁹⁾	"	418,3	291,8	280,2	270,9	298,7	316,9	314,5	292,3	...
* Bundessteuern	"	1 386,7	1 383,4	1 379,1	1 444,2	1 440,2	1 596,1	1 858,0	1 888,0	...
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle) ⁹⁾	"	90,1	9,8	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	...
* Verbrauchsteuern	"	1 245,9	1 321,6	1 312,1	1 405,6	1 403,5	1 539,4	1 707,1	1 703,7	...
* Landessteuern	"	75,7	79,9	131,1	56,8	57,5	54,9	137,8	46,4	...
* Vermögensteuer	"	23,8	27,4	65,6	16,1	7,7	5,6	74,0	1,2	...
* Kraftfahrzeugsteuer	"	17,0	15,6	13,5	11,9	14,2	12,8	27,7	16,3	...
* Biersteuer	"	3,1	3,2	4,4	4,7	2,8	3,5	4,9	2,8	...
* Gemeindesteuern	"	168,7	176,3	477,8	63,9	49,9	117,6	519,6	41,7	...
* Grundsteuer A ¹⁰⁾	"	0,1	0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,4	0,0	...
* Grundsteuer B ¹¹⁾	"	30,6	32,6	73,4	2,8	0,1	58,9	76,6	2,8	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹²⁾	"	136,3	141,8	401,1	59,8	48,5	57,5	439,8	37,6	...

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. - ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. - ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. - ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. - ⁷⁾ vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ⁸⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁹⁾ Rückgang bedingt durch die seit 01.01.90 erfolgte Verlagerung der Zuständigkeit auf die EURO-Zollkasse Trier. - ¹⁰⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. - ¹¹⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - ¹²⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1989	1990	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 306,2	2 337,6	2 210,2	2 583,4	2 227,8	2 572,7	2 800,3	3 129,4	...
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	484,9	474,1	326,6	684,0	297,8	523,2	391,4	810,7	...
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	515,8	481,1	482,0	455,2	489,8	463,9	523,6	430,7	...
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	22,5	-	-	-	27,3	-	...
* Steuereinnahmen des Landes	"	547,7	547,1	608,0	826,4	60,1	287,7	670,5	886,5	...
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾	"	366,6	355,9	315,0	674,6	94,7	128,7	381,0	802,4	...
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	96,5	102,4	139,3	95,0	97,3	104,1	124,4	37,8	...
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,9	8,9	22,5	-	-	-	27,3	-	...
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	250,1	256,0	538,5	228,6	42,8	138,7	595,5	215,2	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	118,5	124,0	356,1	59,6	48,5	57,5	385,2	37,6	...
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ²⁾	"	99,2	97,5	105,6	164,7	7,0	21,1	130,4	173,5	...
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	798,8	809,8	1 145,8	943,8	102,2	425,7	1 265,3	1 112,1	...
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	885	928	.	.	955	982
* dar. Facharbeiter	"	921	966	.	.	997	1 026
* weibliche Arbeiter	"	615	640	.	.	654	677
* dar. Hilfsarbeiter	"	580	604	.	.	616	632
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	21,95	23,23	.	.	23,67	24,85
* dar. Facharbeiter	"	22,85	24,17	.	.	24,65	25,96
* weibliche Arbeiter	"	15,74	16,61	.	.	17,04	17,71
* dar. Hilfsarbeiter	"	14,76	15,53	.	.	16,01	16,45
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	5 711	5 904	.	.	5 952	6 168
* weiblich	"	3 926	4 095	.	.	4 172	4 347
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	5 349	5 573	.	.	5 676	5 968
* weiblich	"	3 731	3 929	.	.	4 032	4 298
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 606	4 844	.	.	4 885	5 114
* weiblich	"	3 441	3 620	.	.	3 657	3 891
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
Straftaten insgesamt	Anzahl	22 460	23 225	23 584	19 910	22 654	27 602	22 574	14 651	27 447
dar. Straftaten wider das Leben	"	8	8	7	3	9	12	22	4	7
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	136	139	157	88	134	141	129	86	159
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	1 150	1 217	1 205	1 120	1 232	1 595	1 241	879	1 470
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	2 560	2 803	2 119	1 846	2 145	2 437	2 214	1 205	2 448
Diebstahl	"	15 145	15 450	16 623	13 783	15 780	19 310	15 559	10 451	19 761
dar. unter erschwerenden Umständen	"	10 346	10 070	10 656	8 942	10 539	12 645	10 047	6 553	13 162
Außerdem Verkehrsvergehen	"	869	957	1 060	867	1 015	973	...	991	1 102
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
Alarmierungen insgesamt	"	15 616	...	14 535	13 144	13 817
dar. Feueralarme	"	681	...	677	489	639
dar. falsche Alarme und Ufnugmeldungen	"	186	...	232	149	209
Rettungswageneinsätze	"	13 593	...	12 119	11 120	11 778
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
Alarmierungen insgesamt	"	180	...	202	148	151

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern nach Berücksichtigung der Zahlungen im Länderfinanzausgleich und der Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Berichtsmonat ¹⁾			
			1991			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet ²⁾ insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Bevölkerung	1000	Januar	1 629,2
Lebendgeborene	Anzahl	"	1 279	1 330
Gestorbene	"	"	2 008	1 841
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	729	511
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	9 602
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	6 084
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	+ 3 518
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	"	"	+ 3 007
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	176,5
Lebendgeborene	Anzahl	"	243	232
Gestorbene	"	"	25	19
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	"	+ 218	+ 213
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	2 887
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	2 130
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (—)	"	"	+ 757
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—) ³⁾	"	"	+ 970
Arbeitsmarkt⁴⁾						
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	Anzahl	August	792 900	4 372 700	23 416 200	758 600
Arbeitslose	"	Oktober	57 717	388 692	1 598 959	68 698
und zwar Männer	"	"	34 353	205 705	833 855	39 849
Frauen	"	"	23 364	182 987	765 104	28 849
Teilzeitkräfte	"	"	4 778	45 674	187 116	5 928
Ausländer	"	"	9 377	37 048	211 019	10 190
Arbeitslosenquote	%	"	7,9	7,5	6,0	9,5
Offene Stellen	Anzahl	"	8 317	50 278	320 701	8 489
Kurzarbeiter	"	"	3 090	19 313	173 136	400
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Juni	135 853	1 085 698	7 504 126	r 134 123
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	9 367	100 727	665 978	r 9 365
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	750	4 920	35 642	r 695
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁶⁾	"	"	3 961	25 269	145 890	r 3 363
Gesamtumsatz ⁶⁾	"	"	8 722	34 010	168 422	r 6 989
darunter Auslandsumsatz	"	"	1 096	8 029	44 844	r 962
Bauhauptgewerbe⁷⁾						
Beschäftigte	Anzahl	September	22 045	194 056	1 073 848	22 046
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	2 420	23 207	128 012	2 255
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	94	708	3 928	85
Baugewerblicher Umsatz ⁸⁾	"	"	385	2 848	14 897	347
Fremdenverkehr						
Gäste	1000	August	204	1 727	...	203
darunter Auslandsgäste	"	"	63	246	...	78
Übernachtungen	"	"	391	8 317	...	392
darunter von Auslandsgästen	"	"	117	522	...	156
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁹⁾	Anzahl	August	3 709	27 372	135 003	6 288
Steuern⁹⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Januar-März	8 524,5
darunter						
Gemeinschaftssteuern	"	"	4 943,4
Landessteuern	"	"	258,2
Gemeindesteuern	"	"	456,8

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. – ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. – ³⁾ Ohne den Saldo zugunsten der deutschen Anpassungen der errechneten Durchschnittszahlen ergeben. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁶⁾ nach Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4. – ⁷⁾ Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990

		Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ²⁾									
1990		1991			1990			Veränderung 1991 gegenüber 1990 in %			
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet* insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet* insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet* insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet* insgesamt – einschließlich Berlin(West) –	
12 204,2	62 796,9	1 627,7	12 191,2	62 738,0	
9 801	54 229	1 279	1 330	9 801	54 229	-	3,8	...	
14 698	69 874	2 008	1 841	14 698	69 874	+	9,1	...	
4 897	15 645	729	511	4 897	15 645	-	
77 568	180 757	9 602	77 568	180 757	
46 797	47 443	6 084	46 797	47 443	
30 771	133 314	3 518	30 771	133 314	+	
25 874	117 669	3 007	25 874	117 669	+	
...	176,2	
786	5 935	243	232	786	5 935	+	4,7	...	
90	775	25	19	90	775	+	31,6	...	
696	5 160	218	213	696	5 160	+	
16 220	67 200	2 887	16 220	67 200	
11 195	36 611	2 130	11 195	36 611	
5 025	30 589	757	5 025	30 589	+	
5 721	35 749	970	5 721	35 749	+	
4 184 800	22 627 700	779 600	4 274 800	23 106 800	746 300	4 079 800	22 214 800	+	4,5	+ 4,8	+ 4,0
429 534	1 687 434	64 102	423 769	1 698 901	77 063	492 340	1 917 685	-	16,8	- 13,9	- 11,4
223 632	851 289	38 093	228 766	903 155	44 719	261 238	985 530	-	14,8	- 12,4	- 8,4
205 902	836 145	26 009	195 003	795 746	32 344	231 102	932 155	-	19,6	- 15,6	- 14,6
49 462	198 368	5 234	47 261	189 568	6 567	53 404	215 964	-	20,3	- 11,5	- 12,2
35 373	188 272	10 106	37 267	205 906	11 310	38 616	205 050	-	10,6	- 3,5	+ 0,4
8,5	6,5	8,8	8,2	6,3	10,7	9,8	7,3	x	x	x	x
46 895	310 433	7 696	53 197	337 359	8 332	49 093	317 152	-	7,6	+ 8,4	+ 6,4
5 309	39 404	1 628	19 423	136 281	1 997	15 267	57 036	-	18,5	+ 27,2	+ 138,9
1 063 992	7 384 123	135 954	1 084 518	7 501 917	r 133 640	1 056 649	7 337 068	+	1,7	+ 2,6	+ 2,2
99 318	645 472	58 108	610 129	4 036 831	r 57 508	596 972	4 016 599	+	1,0	+ 2,2	+ 0,5
4 493	32 651	4 091	27 337	191 567	r 3 782	25 025	177 165	+	8,2	+ 9,2	+ 8,1
23 058	130 206	22 765	145 116	835 135	r 19 598	130 920	773 337	+	16,2	+ 10,8	+ 8,0
29 733	148 693	49 574	196 408	964 784	r 41 723	171 005	883 145	+	18,8	+ 14,9	+ 9,2
7 949	44 665	6 229	47 452	259 577	r 5 713	48 281	271 159	+	9,0	- 1,7	- 4,3
192 750	1 063 210	21 877	189 584	1 043 308	21 210	183 972	1 026 999	+	3,1	+ 3,1	+ 1,6
21 772	121 091	20 505	183 060	999 181	19 555	183 198	1 014 310	+	4,9	- 0,1	- 1,5
627	3 516	798	5 879	32 648	725	5 329	30 418	+	10,1	+ 10,3	+ 7,3
2 356	12 433	2 868	20 292	108 163	2 687	17 931	96 695	+	10,9	+ 13,2	+ 11,9
1 623	7 526	1 395	10 453	...	1 355	9 859	48 959	+	2,9	+ 6,0	...
280	1 943	378	1 469	...	451	1 568	10 813	-	16,1	- 6,3	...
7 659	29 942	2 659	38 414	...	2 580	38 623	173 426	+	3,0	- 0,5	...
604	4 459	723	3 107	...	872	3 330	24 227	-	17,0	- 6,7	...
44 979	223 936	62 005	508 896	2 585 792	53 534	405 409	2 065 281	+	15,8	+ 25,5	+ 25,2
22 605,5	127 087,3	8 524,5	22 605,5	127 087,3
15 545,7	95 197,9	4 943,4	15 545,7	95 197,9
1 206,9	6 629,9	258,2	1 206,9	6 629,9
1 970,0	11 802,5	456,8	1 970,0	11 802,5

Staatsangehörigkeit. – *) Die Zahlen für den aktuellen Monat des laufenden Jahres sind vorläufig. Aufgrund der – erfahrungsgemäß geringen – Korrekturen können sich auch noch den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. – *) einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/ -post. – *) Quelle: Statistisches

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	3. Vj. 90 2. Vj. 90	1 647 1 640	2 151 2 146	1 231 1 220	952 950	627 626	645 641	576 575	579 576	551 549	511 510	493 491
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	11,6 11,3	13,4 13,3	.	.	.	24,1 23,6	.	20,4 20,0	10,4 10,1	10,9 10,8	.
Lebendgeborene	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	4 089 4 023	5 783 5 429	4 580 3 101	2 834 2 256	1 795 1 422	1 794 1 342	1 597 1 340	1 622 1 543	1 498 1 302	1 546 1 225	1 768 1 230
darunter Ausländer	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	18,0 17,8	25,0 25,3	.	23,4 29,4	14,6 15,5	33,5 33,6	20,3 20,8	23,6 24,3	16,8 16,3	17,9 16,7	.
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	9,8 9,8	10,7 10,1	14,8 10,2	11,8 9,5	11,4 9,1	11,0 8,4	11,0 9,3	11,1 10,8	10,8 9,5	12,0 9,6	14,2 10,1
Gestorbene	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	5 020 5 007	6 984 7 082	3 242 3 015	2 529 2 433	1 998 2 130	1 997 1 635	1 733 1 790	1 384 1 422	1 502 1 584	1 753 1 637	1 521 1 420
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	12,1 12,2	12,9 13,2	10,4 9,9	10,5 10,3	12,6 13,6	12,3 10,2	11,9 12,5	9,5 9,9	10,8 11,6	13,6 12,9	12,2 11,6
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	- 931 - 984	- 1 201 - 1 653	+ 1 338 + 86	+ 305 - 177	- 203 - 708	- 203 - 293	- 136 + 450	+ 238 + 121	- 4 - 282	- 207 - 412	+ 247 + 190
Zugezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	25 485 20 002	27 145 25 742	31 777 22 543	11 241 8 874	4 881 3 883	11 834 10 324	6 935 5 968	14 424 11 153	8 530 6 251	7 672 6 585	12 162 10 890
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	61,4 48,9	50,1 48,1	102,4 74,1	46,8 37,5	30,9 24,9	72,8 64,6	47,8 41,6	98,8 77,7	61,4 45,7	59,5 51,8	97,8 89,0
Fortgezogene Personen	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	17 788 14 927	21 185 18 420	20 495 15 527	9 310 8 321	3 673 1 892	8 262 6 902	6 317 5 520	11 290 8 724	6 186 4 907	5 957 5 455	9 421 7 454
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	42,8 36,5	39,1 34,4	66,0 51,1	38,8 35,1	23,2 12,1	50,8 43,2	43,5 38,5	77,4 60,8	44,5 35,9	46,2 42,9	75,8 60,9
Wanderungs-gewinn (+) / -verlust (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 7 697 + 5 075	+ 5 960 + 7 322	+ 11 282 + 7 016	+ 1 931 + 553	+ 1 208 + 1 991	+ 3 572 + 3 422	+ 618 + 448	+ 3 134 + 2 429	+ 2 344 + 1 344	+ 1 715 + 1 130	+ 2 741 + 3 436
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 18,5 + 12,4	+ 11,0 + 13,7	+ 36,3 + 23,1	+ 8,0 + 2,3	+ 7,6 + 12,8	+ 22,0 + 21,4	+ 4,3 + 3,1	+ 21,5 + 16,9	+ 16,9 + 9,8	+ 13,3 + 8,9	+ 22,0 + 28,1
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (—)	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 6 766 + 4 091	+ 4 759 + 5 669	+ 12 620 + 7 102	+ 2 236 + 376	+ 1 005 + 1 283	+ 3 369 + 3 129	+ 482 + 2	+ 3 372 + 2 550	+ 2 340 + 1 062	+ 1 508 + 718	+ 2 988 + 3 246
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	+ 16,3 + 10,0	+ 8,8 + 10,6	+ 40,7 + 23,4	+ 9,3 + 1,6	+ 6,4 + 8,2	+ 20,7 + 19,6	+ 3,3 + 0,0	+ 23,1 + 17,8	+ 16,8 + 7,8	+ 11,7 + 5,6	+ 24,0 + 26,5
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	28 663 30 137	47 983 30 044	24 648 24 956	...	10 265 10 157	8 044 8 424	...	10 107 9 808	11 190 8 726	8 694 8 674	7 921 8 728
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90 2. Vj. 90	69,0 73,7	88,5 56,1	79,4 82,1	...	64,9 65,1	49,5 52,7	...	69,2 68,3	80,5 63,8	67,4 68,2	63,7 71,4
Arbeitsmarkt²⁾													
Arbeitslose	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	69 925 74 027	84 031 86 435	30 936 31 972	45 756 47 307	31 231 33 373	25 345 26 276	34 645 37 371	13 960 14 132	31 505 33 677	34 590 35 280	27 221 28 570
und zwar Männer	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	40 502 42 929	47 937 49 553	15 076 15 592	26 721 27 298	17 957 19 205	13 702 14 176	18 568 20 137	7 255 7 402	17 317 18 498	18 481 18 691	12 366 12 754
Frauen	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	29 423 31 098	36 094 36 882	15 860 16 380	19 035 20 009	13 274 14 168	11 643 12 100	16 077 17 234	6 705 6 730	14 188 15 179	16 109 16 589	14 855 15 816
Teilzeitkräfte	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	6 019 6 436	5 934 5 890	4 413 4 756	3 278 3 501	2 195 2 282	2 930 3 042	3 278 3 513	1 420 1 391	3 164 3 332	3 259 3 466	3 777 4 344
Arbeitslosenquote	%	3. Vj. 90 2. Vj. 90	9,7 10,3	8,7 9,0	3,4 3,5	11,1 11,5	12,2 13,0	4,6 4,8	8,3 8,9	3,3 3,4	11,5 12,3	10,0 10,2	5,4 5,7
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	3. Vj. 90 2. Vj. 90	10 315 10 951	13 239 13 391	5 943 6 172	9 713 9 724	2 948 2 950	5 929 6 132	5 715 6 135	3 705 3 766	3 108 3 306	5 157 5 250	3 817 4 190
Offene Stellen	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	8 877 9 318	7 390 9 701	20 459 19 451	4 951 5 084	1 990 1 865	8 501 8 303	5 094 5 055	10 434 10 614	4 052 3 496	3 610 3 632	8 182 7 646
Kurzarbeiter	"	3. Vj. 90 2. Vj. 90	467 951	1 562 1 604	97 251	407 316	26 56	105 217	50 229	10 1	438 400	164 452	625 1 072

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	135 497	175 783	167 841	98 863	44 658	103 081	74 775	123 812	70 712	76 640	86 695
		2. Vj. 90	134 309	170 520	166 925	99 085	44 840	101 840	73 695	123 086	69 228	74 742	85 172
je 1000 Einwohner	Mio. DM	3. Vj. 90	82	82	136	104	71	160	130	214	128	150	176
		2. Vj. 90	82	79	137	104	72	159	128	214	126	147	174
Bruttolohn- und -gehaltssumme	1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	3. Vj. 90	1 896	2 089	2 683	1 493	635	1 829	1 095	1 868	928	1 071	1 057
		2. Vj. 90	2 002	2 066	2 643	1 515	638	1 798	1 146	2 065	1 276	976	1 031
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	10 642	13 639	14 739	7 824	3 019	4 762	4 990	6 528	5 616	3 966	3 930
		2. Vj. 90	10 144	12 529	14 739	7 553	2 867	4 582	5 282	6 279	6 315	4 061	3 716
Gesamtumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	22 169	14 240	15 968	8 550	3 747	7 825	5 655	7 738	6 144	4 440	4 267
		2. Vj. 90	21 078	12 964	15 973	8 264	3 220	7 364	5 916	7 339	6 841	4 432	4 036
darunter Auslandsumsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	3 034	1 551	7 028	2 579	393	2 066	1 785	2 421	2 322	1 353	924
		2. Vj. 90	3 006	1 519	7 414	2 871	401	2 257	2 313	2 218	2 483	1 482	1 002
Gesamtumsatz ⁴⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	53	26	51	36	24	48	39	53	44	34	34
		2. Vj. 90	52	24	53	35	21	46	41	51	50	35	33
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	649	321	377	343	333	301	300	248	345	230	195
		2. Vj. 90	629	305	384	335	288	290	322	239	396	238	190
Bauhauptgewerbe³⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	3. Vj. 90	16 326	27 600	26 360	9 922	6 708	13 643	9 798	10 438	7 424	6 373	8 724
		2. Vj. 90	15 637	26 536	25 904	9 809	6 634	13 886	9 424	10 327	6 975	6 242	8 698
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	Mio. DM	3. Vj. 90	866	1 148	1 093	442	226	550	502	509	352	282	325
		2. Vj. 90	760	939	1 004	398	241	524	428	476	270	216	278
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	3. Vj. 90	607 499	785 846	1 072 207	358 140	57 946	551 659	255 542	155 653	128 493	147 848	227 767
		2. Vj. 90	553 807	804 964	955 551	308 397	62 512	495 701	267 752	146 733	110 907	137 363	197 023
Fremdenübernachtungen von Gästen	"	3. Vj. 90	1 148 411	1 989 616	2 035 592	683 563	145 845	1 005 666	465 919	311 246	232 993	242 882	391 918
		2. Vj. 90	1 050 895	2 069 222	1 837 228	660 898	178 222	887 151	582 872	303 278	208 314	251 770	354 092
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	3. Vj. 90	444 324	554 155	1 081 463	323 945	29 522	616 231	202 382	119 118	62 930	76 656	127 309
		2. Vj. 90	340 842	489 930	850 505	301 548	46 610	504 164	294 861	103 003	56 651	72 627	98 294
Fremdenübernachtungen von Gästen je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	3. Vj. 90	2 766	3 669	6 558	2 847	923	6 189	3 211	2 132	1 677	1 884	3 152
		2. Vj. 90	2 570	3 867	6 042	2 790	1 142	5 549	4 065	2 113	1 522	1 981	2 895
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁵⁾	Anzahl	3. Vj. 90	19 013	17 402	22 532	11 350	7 231	7 784	9 781	5 250	5 195	5 604	
		2. Vj. 90	21 386	19 208	26 512	15 017	8 073	9 908	12 102	6 084	5 950	4 887	
Steuer-einnahmen													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital - nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	3. Vj. 90	454	136	605	255	118	349	222	191	88	116	126
		2. Vj. 90	312	135	323	232	90	322	213	139	95	101	84
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	DM je Einwohner und 1 Jahr	3. Vj. 90	1 094	250	1 949	1 062	748	2 150	1 530	1 312	635	899	1 012
		2. Vj. 90	763	253	1 061	980	574	2 015	1 488	970	692	796	686
DM je Einwohner und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	277	115	227	132	77	99	89	92	70	57	73
		2. Vj. 90	298	105	207	114	83	96	96	98	63	61	67
DM je Einwohner und 1 Jahr	Mio. DM	3. Vj. 90	668	213	732	548	490	608	614	632	506	445	590
		2. Vj. 90	729	196	681	483	534	599	668	684	458	481	546

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. - ²⁾ Arbeitsamtsbezirk. - ³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁴⁾ Ohne Umsatzsteuer. - ⁵⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post.

Im November 1991 veröffentlichte Statistische Berichte

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung Dezember 1990

Bevölkerungsentwicklung 3.Vierteljahr 1990 in den Bezirken, Kern- und Ortsamtsgebieten

Bautätigkeit

Bauhauptgewerbe August 1991

Ausbaugewerbe August 1991

Handel und Gastgewerbe

Einzelhandel August 1991

Einzelhandel September 1991

Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg April 1991 (Generalhandel)

Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg Mai 1991 (Generalhandel)

Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg Juni 1991 (Generalhandel)

Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure über Hamburg und
über andere Grenzstellen 2.Vierteljahr 1991 (Generalhandel)

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr August 1991

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr September 1991

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle Mai 1991

Straßenverkehrsunfälle Juni 1991

Seeverkehr des Hafens Hamburg 1.Halbjahr 1990

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich; sie enthält textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse sowie mehrere ständige Zahlenübersichten.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtsreihen gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Taschenbuch

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen.

Das Statistische Taschenbuch 1991 ist 251 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Faltblatt „Daten und Informationen“

In dem jährlich herausgegebenen Faltblatt „Daten und Informationen“ wird ein breites Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik in knapper Form dargeboten. Das Faltblatt wird Interessenten kostenlos überlassen.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1990

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält die amtlich benannten Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet, mit Angabe der Ortsteile, Stadtteile, Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke; zudem werden die Standesamts-, Finanzamts- und Amtsgerichtsbezirke aufgeführt. Das Verzeichnis umfaßt des weiteren eine Zusammenstellung der Hamburger Kleingartenvereine. Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist 377 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 15,- DM.

Statistik des Hamburgischen Staates

In dieser Reihe erscheinen Quellenwerke mit tiefgegliederten Tabellen aus Großzählungen und wichtigen laufenden Statistiken. Darüber hinaus werden in dieser Reihe die Ergebnisse von Wahlen ausführlich dokumentiert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
- Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
- Heft 107 Die Pendelwandlung über die Hamburger Landesgrenze – Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 – (vergriffen)
- Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 – Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
- Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 – Landesergebnisse –
- Heft 110 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
- Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
- Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
- Heft 113 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
- Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
- Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
- Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
- Heft 117 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1975
- Heft 118 Regionalstatistik – Daten für die Region Hamburg/Umland 1976 (vergriffen)
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 (vergriffen)
- Heft 130 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik – Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982

- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1985
- Heft 146 Handels- und Gaststättenzählung 1985
- Heft 147 Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987
- Heft 148 Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 9. November 1986 und am 17. Mai 1987
Teil 1: Wahlen am 9. November 1986
Teil 2: Wahlen am 17. Mai 1987
- Heft 149 Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989
- Heft 150 Produzierendes Gewerbe 1984 bis 1989

Vertrieb der vorstehenden
Veröffentlichungen:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-1719 bzw. 1721
Telefax: (040) 3681-1700
Btx: * 36 502 #

40
100